ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 16. Januar 2025 | 76. Jahrgang | Nummer 1/2


Bild: bayern.de

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Staatsministerinnen Scharf und Stolz:

„Bayern.Gemeinsam. Stark für den Ganztagsausbau“

Aktualisierte Förderrichtlinie tritt in Kraft
Freistaat steht eng an der Seite der Kommunen

Ab dem Schuljahr 2026/2027 tritt der bundesweite Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter schrittweise in Kraft. Bereits im Sommer haben Bayerns Familienministerin Ulrike Scharf und Kultusministerin Anna Stolz Eckpunkte vorgelegt, um den Ganztagsaubau in den Kommunen zu beschleunigen. Dieses Paket verbessert u.a. die Förderkonditionen im Landesförderprogramm Ganztagsausbau. Die geänderte Richtlinie wurde im Bayerischen Ministerialblatt veröffentlicht und trat am 19. Dezember 2024 offiziell in Kraft.

Bayerns Familienministerin Ulrike Scharf richtet sich in diesem Zusammenhang noch einmal an die Kommunen: „Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ist ein Meilenstein für die Bildung von Kindern, die Integration und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mir ist der Kraftakt für die Landkreise, Städte und Gemeinden bewusst. Wir zünden jetzt den Turbo und fördern unsere Kommunen noch besser. Gemeinsam machen wir unsere Heimat noch familienfreundlicher und bieten Kindern beste Bildungschancen! In engem Schulterschluss schaffen wir zusammen die dringend benötigten Bildungs- und Betreuungsplätze. Familien in Bayern brauchen eine verlässliche und hochwertige Kinderbetreuung.“


Ministerin Ulrike Scharf. Bild: stmuk


Ministerin Anna Stolz. Bild: stmuk

Weiter betont die Ministerin: „Die Kommunen sind mit großen und vielen unterschiedlichen Aufgaben konfrontiert. Mir ist es wichtig, eng an ihrer Seite zu stehen. Sie können sich auf den Freistaat verlassen. Unser Gesamtpaket unterstützt mit einem Landesförderprogramm kraftvoll bei den Investitionskosten pro Platz und bei der Ausstattung.“

Kultusministerin Anna Stolz ergänzt: „Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf ganztägige Bildung und Betreuung hat eine hohe gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Durch eine ganztägige Bildung und Betreuung lassen sich nicht nur Beruf und Familie besser vereinbaren, wir können dadurch auch alle Kinder von Anfang an bestmöglich unterstützen. Deshalb ist es gut, dass alle an einem Strang ziehen: die Kommunen als Träger der öffentlichen Jugendhilfe und des Schulaufwands, die Schulen sowie die Kinder- und Jugendhilfe und auch die Staatsregierung.

Durch den Ausbau der ganztägigen Bildung und Betreuung soll es noch mehr Bildungsgerechtigkeit in Bayern geben.“

Informationen zur Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter gibt es online.

Die Eckpunkte des Ganztagspakets:

Verbesserung der Konditionen im Landesförderprogramm:

- Zusätzlich zur Investitionskostenförderung gibt es für jeden neu geschaffenen Platz eine Ausstattungspauschale in Höhe von bis zu 1.500 Euro. Damit können zum Beispiel Möbel, Spielgeräte oder Ausstattung von Küchen finanziert werden.
- Das Landesförderprogramm sieht nun eine einheitliche Platzpauschale zur Förderung der Investition in Höhe von 6.000 Euro vor. Die Förderhöchstbeträge für Plätze in Angeboten unter Schulaufsicht und in Kombieinrichtungen werden von bisher 4.500 Euro auf bis zu 6.000 Euro pro zusätzlich geschaffenen oder erhaltenen Platz erhöht.
- Die Förderung von Um- und Erweiterungsbauten im Hortbereich wird erleichtert, indem die Bagatellgrenze auf 50.000 Euro halbiert wird. Damit können auch kleinere Bauprojekte und Maßnahmen gefördert werden.
- Außerdem wird zukünftig eine gleichzeitige Förderung durch das Bayerische Holzbauförderprogramm ermöglicht.

Die viertägigen Angebote (Montag bis Donnerstag) unter Schulaufsicht (offener, gebundener Ganztag und Angebote der Mittagsbetreuung) werden auf fünf Tage während der Schulwochen (also auch auf den Freitag) ausgeweitet.

Zur Finanzierung der Betriebskosten werden die seitens des Bundes zur Verfügung gestellten Mittel in voller Höhe an die Kommunen weitergegeben.

Die Kommunen werden bei der Organisation von Ferienangeboten durch die Schulseite unterstützt, z. B. bei der Durchführung von Bedarfsabfragen in den Schulen. ❒

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried



Neujahrsempfang des Bayerischen Ministerpräsidenten

„Das ist unser Dankeschön an Ehrenamt, Soziales, Kultur, Sport und Brauchtum“, sagte Ministerpräsident Dr. Markus Söder anlässlich seines diesjährigen Neujahrsempfangs in der Münchner Residenz. „Heute stehen all diejenigen im Mittelpunkt, die sich das ganze Jahr über für andere einsetzen – ob als Helfer bei großen Katastrophen wie dem Hochwasser vom Sommer oder den vielen kleineren Herausforderungen des Lebens. Sie alle prägen unser Land durch Engagement und Zusammenhalt. Sie verbreiten Hoffnung, Mut und Optimismus. Das zeichnet Bayern aus.“
Unser Bild zeigt Dr. Söder gemeinsam mit Ehefrau Karin und Bayerns Landtagspräsidentin Ilse Aigner. Bild: bayern.de

BKG-Mitgliederversammlung in München:

Zuckersteuer statt Versorgungsbürokratie

Bischof und Engehausen fordern die Korrektur des „Reform-Irrwegs“

Bayerns Krankenhäuser stehen wegen der Reformpolitik der Ampel vor gewaltigen finanziellen Herausforderungen. Insbesondere die Kliniken im ländlichen Raum sind existenziell gefährdet. Durch die komplexe Krankenhausreform sieht die Bayerische Krankenhausgesellschaft (BKG) keinen Vorteil für Patientinnen und Patienten, sondern mehr Bürokratie und eine Bedrohung für die flächendeckende Versorgung. Um die Reform umsetzbar zu machen, seien handwerkliche Nachbesserungen im Schulterschluss mit den Ländern dringend erforderlich, teilten Tamara Bischof, Landrätin und 1. BKG-Vorsitzende sowie BKG-Geschäftsführer Roland Engehausen bei der Mitgliederversammlung in München mit.

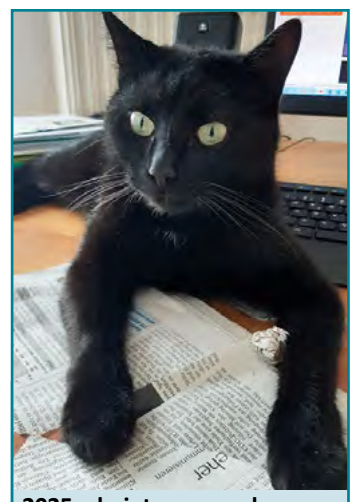
Tamara Bischof erläuterte, wie weit die Reform von den Zielen des Koalitionsvertrags 2021 entfernt ist: „Die Rede war von einem gemeinsamen Bund-Länder-Pakt für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung. Geplant war eine erlösunabhängige Finanzierung von Vorhaltekosten, die auch zum Beispiel in der Nacht entstehen, wenn ein Krankenhaus nicht vollständig ausgelastet ist. Doch von diesen Zielen ist wenig übriggeblieben.

Keine Verbesserungen

Verbesserungen für Patientinnen und Patienten sind – anders als der Name vermuten lässt – mit dem Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz nicht in Sicht. Die Krankenhausreform wird auch nicht die finanzielle Misere der Kliniken lindern.“

Aus Sicht der BKG-Vorsitzenden muss die Wertschätzung der Kliniken und ihrer Mitarbeiter wieder im Zentrum der Krankenhauspolitik stehen: „Der amtierende Bundesgesundheitsminister hat in den drei Jahren seiner Amtszeit die Kliniken nahezu wöchentlich schlecht geredet. Ich persönlich hätte es nie für möglich gehalten, dass ein Bundesgesundheitsminister so wenig Wertschätzung für Krankenhäuser und unsere Beschäftigten übrighat. „Aus Sicht der Patientinnen und Patienten werden Krankenhäuser vor Ort nicht als überflüssig wahrgenommen, im

(Fortsetzung auf Seite 4)


2025 scheint spannend zu werden. Wer besonders dazu beiträgt: Elon Musk. „Insgesamt sollte man“, so unser Rathauskater, „die Zwischenrufe von Musk und seine Wahlempfehlungen hierzulande etwas tiefer hängen.“ Pinos Fazit: Wenig Substanz mit viel zu viel medialem Widerhall. S.15

DStGB-Bilanzpressekonferenz:

Starke Kommunen möglich machen

„Die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden ist bedroht. Das Finanzierungsdefizit der Kommunen wächst auf mehr als 17 Milliarden Euro an. Trotz aller Anstrengungen schaffen es die meisten Kommunen nicht mehr, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Die Politik in Bund und Ländern muss unverzüglich handeln, um nicht die Funktionsfähigkeit unseres Staates insgesamt aufs Spiel zu setzen“, unterstrichen DStGB-Präsident Dr. Uwe Brandl und Hauptgeschäftsführer Dr. André Berghegger im Rahmen der Bilanzpressekonferenz des kommunalen Spitzenverbandes in Berlin. Kommunen müssten seit mehr als 20 Jahren immer mehr Leistungen erbringen, ohne dafür von Bund und Ländern eine ausreichende Gegenfinanzierung zu erhalten. „So kann und darf es nicht weitergehen.“

Fakt ist: Die Ausgaben für soziale Leistungen steigen ungebremst an. Gleichzeitig ist die konjunkturelle Lage angespannt, die Einnahmen stagnieren. Hinzu kommen Transformationsaufgaben, wie etwa der Umbau des Energiesystems oder die Anpassung an den Klimawandel.

Leistungsgrenze ist erreicht

Brandl und Berghegger zufolge ist die Grenze des Leistbaren vielerorts erreicht. Für immer neue und komplexere Aufgaben fehle den Kommunen nicht nur das Geld, sondern immer häufiger auch das Personal, weshalb ein „grundlegender Kurswechsel“ erforderlich sei.

Stabilitätsanker Kommunen

Gerade in Zeiten der Krise seien die Kommunen als Stabilitätsanker gefordert. Städte und Gemeinden stellten das Fundament der Demokratie dar. Hier hätten die Bürgerinnen und Bürger den ersten Kontakt mit dem Staat. „Wir brauchen starke Kommunen für ein starkes Gemeinwesen und ein starkes Land. Umso mehr muss es alle politischen Ebenen alarmieren, wenn die kommunalen Kapazitäten finanziell, organisatorisch und personell an immer mehr Orten nicht einmal mehr für die pflichtigen Aufgaben ausreichen. Wo die Infrastruktur bröckelt, Daseinsvorsorgeleistungen nur noch mit Mühe erbracht werden können und Streichungen bei Sport- oder Kulturangeboten notwendig werden, sinkt die Zufriedenheit der Menschen und damit auch das Vertrauen in den Staat insgesamt“, betonte die Verbandsspitze.

Notwendig seien eine grundlegende Aufgabenkritik und ein Moratorium bei neuen staatlichen Leistungsversprechen. „Neue

(Fortsetzung auf Seite 4)

Sie lesen in dieser Ausgabe

CSU-Landesgruppe: Agenda für den Politikwechsel 2
Akute Fragen zu Demenz 2
Gemeinsam für eine lebendige Wirtshauskultur in Bayern . . .2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:
Kommunalpolitischer Ausblick zu Bundstagswahl 3
Preisträger beim Bundeswettbewerb „Kommune bewegt Welt“ 3
Achtzig Jahre Flucht und Vertreibung 3
Kommunale Energiethemen . . . . . .5 - 8
Umwelt- und Abfallthemen. 9
Kommunales Verkehrswesen . ÖPNV . . . . . 10 - 12
Kommunaltechnik . Wald 13
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 14 - 16

Klausur der CSU-Landesgruppe im Bundestag:

Agenda für den Politikwechsel

Bei ihrer Klausurtagung in Kloster Seeon setzte die CSU-Landesgruppe im Bundestag ein klares Zeichen für Stabilität, Sicherheit und Erneuerung. „Das Ampel-Ende muss eine politische Wende zur Folge haben. Die Ampel hat Deutschland in Unordnung gebracht. Wir sind die politische Kraft, die wieder Ordnung schafft", machte CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt deutlich.

Wie Parteivorsitzender Dr. Markus Söder erläuterte, wolle die CSU bei der Bundestagswahl am 23. Februar die Wähler mit den Themen Wirtschaft, Migration sowie innere und äußere Sicherheit von sich überzeugen. Das seien in der Bevölkerung die Topthemen. Dafür liefere seine Partei die Antworten und habe auch die Kompetenz dafür.

Veränderte Position der CDU

Bayerns Ministerpräsident lobte die veränderte Position der großen Schwesterpartei CDU bei der Migrationsfrage. Früher sei hier jeder Beschluss mit der CDU ein Hin und Her um jedes Wort gewesen. Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz habe das Unionsprogramm grundlegend verändert. „Es weht wirklich ein anderer Geist, auch in der CDU", erklärte Söder. „So viel Gemeinsamkeit war noch nie."

Man müsse Migration begrenzen und damit die innere Sicherheit verbessern, betonte der Parteichef. Das sei für die CSU zentral. „Wir garantieren, dass sich da etwas Grundlegendes ändern wird." Die illegale und in Teilen auch die legale Migration in den vergangenen Jahren sei zu viel gewesen. „Dies muss nicht nur ein bisschen kosmetisch, sondern grundlegend geändert werden."

„Deutschland braucht den Politikwechsel. Einen Politikwechsel, der Deutschlands Potenziale entfesselt, der eine Renaissance von Wirtschaftswachstum, Sicherheit und Zusammenhalt einläutet", heißt es im Seeoner Beschlusspapier. „Wir wollen dem Land geben, was das Land jetzt braucht: eine Politik, die Arbeitsplätze schützt, die Leistung belohnt, die die Menschen entlastet, die Energie dauerhaft bezahlbar und klimafreundlich hält, die unsere Grenzen schützt und illegale Migration stoppt, die unsere Bundeswehr in die Verteidigungsbereitschaft versetzt, die sie angesichts der russischen Aggression haben muss. Kurz: eine Politik, die sich mit den Menschen und den Herausforderungen des Landes beschäftigt und nicht mit sich selbst."

Gegenentwurf zur gescheiterten Reste-Ampel

Zu einem Politikwechsel in Deutschland gehöre aber auch ein Stilwechsel in der Regierung und der Regierungsarbeit: „Zentrale Kennzeichen der Ampel-Politik waren Dauerstreit, Ineffizienz und Ignoranz. Die Ampel war nicht in der Lage, ihre Politik an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen und Streitigkeiten zeitnah und nachhaltig beizulegen. Wir wollen auch das ändern und die Prozesse in der Koalitionsarbeit in der kommenden Wahlperiode grundlegend neu aufstellen hin zu Effizienz, Einigkeit, und Erfolg."

Statt grün-roter Ideologie setzt die CSU auf pragmatische Lösungen und präsentierte als „Gegenentwurf zur gescheiterten Reste-Ampel von Olaf Scholz und Robert Habeck" folgende „bürgerliche Chancen-Projekte, die wir umsetzen werden":

1. Wir werden Leistung und Fleiß belohnen, indem Überstundenzuschläge steuerfrei gestellt werden und Rentner bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei hinzuverdienen können.

2. Wir werden Wachstum anreizen und Arbeitsplätze schützen, indem wir die Unternehmensteuer auf 25 Prozent senken, die Stromsteuer dauerhaft und für alle auf das europäische Minimum begrenzen und die Netzentgelte mindestens halbieren.

3. Wir werden die illegale Migration stoppen, indem wir konsequente Zurückweisungen an der Grenze vornehmen und ein Drittstaatenmodell umsetzen.

4. Wir werden Gefährder und Straftäter ausweisen. Wer hier Schutz sucht und ein Verbrechen begeht oder vorsätzlich mehrfach straffällig wird, muss unser Land verlassen. Das gleiche gilt für Gefährder oder für diejenigen, die die Begehung schwerer Straftaten ankündigen oder billigen oder die für die Errichtung einer nicht freiheitlichen und nicht demokratischen Staatsform werben.

5. Wir werden Familien deutlich entlasten, indem Kinderfreibetrag und Kindergeld angehoben werden.

6. Wir werden eine vierte Rentensäule einführen, indem der Staat für jedes Kind vom 6. bis zum 18. Lebensjahr pro Monat 10 Euro in ein individuelles, kapitalgedecktes und privatwirtschaftlich organisiertes Altersvorsorgedepot einzahlt.

7. Wir stärken unsere Automobilindustrie und werden eine E-Auto-Prämie einführen, die insbesondere den Transportweg vom Montagewerk zum Verkaufsort sowie den Herstellungsort der Batterie berücksichtigt. Außerdem stärken wir den klimafreundlichen Verbrenner.

8. Wir werden bezahlbare, saubere und sichere Energieversorgung gewährleisten, indem wir die Kosten für energetische Sanierungen von der Erbschaft- und Schenkungsteuer abzugsfähig machen und keinen Energieträger ideologisch von der Stromerzeugung ausschließen, auch nicht die Kernenergie.

9. Wir werden den Kauf der eigenen vier Wände unterstützen, indem wir beim erstmaligen Kauf einer selbstgenutzten Immobilie einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer einführen.

10. Wir werden eine nachhaltige Finanzierung der Bundeswehr sicherstellen, indem wir dauerhaft mindestens zwei Prozent des BIP in die Sicherheit unseres Landes investieren und uns perspektivisch auf drei Prozent zubewegen.

Wege aus der Krise und neue Chancen für Deutschland und Europa wurden mit Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft, darunter Marie-Christine Ostermann, Präsidentin vom Verband „Die Familienunternehmer", Prof. Dr. Peter R. Neumann, Sicherheitsexperte am King's College London, Prof. Dr. Veronika Grimm, Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, und Timotheus Höttges, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom AG, erörtert. Darüber hinaus waren der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende und Kanzlerkandidat Friedrich Merz sowie Luxemburgs Premierminister Luc Frieden Gäste der dreitägigen Klausur. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dieter Rampe
Gemeinde Muhr am See
am 16.1.

Bürgermeisterin Barbara Unger
Gemeinde Feldkirchen
am 17.1.

Landrat Johann Kalb
Landkreis Bamberg
am 20.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Konrad Zeiler
Gemeinde Pleiskirchen
am 16.1.

Bürgermeister
Thomas Schneider
Gemeinde Röttenbach
am 20.1.

Bürgermeister Wolfgang Fendt
Stadt Weißenhorn
am 21.1.

Bürgermeister Helmut Voit
Gemeinde Nagel
am 24.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Thomas Glashauser
Gemeinde Aschheim
am 26.1.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Tobias Paintner
Markt Weiler-Simmerberg
am 27.1.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Finanz- und Heimatstaatssekretär Martin Schöffel:

Gemeinsam für eine lebendige Wirtshauskultur in Bayern

Heimatministerium unterstützt Projekt der Otto-Friedrich-Universität Bamberg mit über 183.000 Euro – Forschungsprojekt „Genuss und Gemeinsinn" startet

„Bayerische Wirtshäuser gehören zum Herzstück unserer bayerischen Lebensart und Heimatkultur: Hier, wo Tradition auf Geselligkeit trifft, werden neue Bekanntschaften geknüpft, entstehen Freundschaften und werden Geschichten zusammen erlebt, die unsere Kultur lebendig halten! Wenn wir unsere Wirtshäuser unterstützen, bewahren wir nicht nur unsere bayerische Identität, sondern fördern auch das Gefühl von Heimat, das uns alle verbindet", betonte Finanz- und Heimatstaatssekretär Martin Schöffel zum Projektauftakt des neuen Forschungsprojekts in Bamberg.

„Es freut mich daher sehr, dass das Heimatministerium das Forschungsprojekt der Otto-Friedrich-Universität Bamberg ‚Genuss und Gemeinsinn: neue ehrenamtliche Strategien für das Wirtshaus' mit 183.321 Euro unterstützt", so Schöffel weiter.

Angebote im Baukastensystem

Im Mittelpunkt des Projekts steht die Entwicklung eines Baukastensystems mit vielfältigen Angeboten, wie sich die Menschen ehrenamtlich für ‚ihr Wirtshaus' vor Ort einsetzen können – je nach Interesse und Bedarf und in Abstimmung mit den jeweiligen Betreibern. Das kann von der Unterstützung beim Social-Media-Auftritt, über neue Ideen beispielsweise bei Speisekarte und Rahmenangebot bis hin zur Schaffung zusätzlicher Möglichkeiten im Kultur- und Bildungsbereich gehen – etwa mit Lesungen, Konzerten oder Kulturabenden lokaler Künstler und Vereine. Damit setzen wir einen weiteren wichtigen Impuls, um die Wirthauskultur in Bayern durch die stärkere Einbindung der Menschen vor Ort lebendig zu halten und neue Wege des Miteinanders zu fördern. „Unsere bayerischen Wirtshäuser, aber auch die Gastronomie allgemein, stehen aktuell vor großen Herausforderungen. Daher setzen wir uns als Freistaat auf allen Ebenen für gute Bedingungen für unsere Wirtinnen und Wirte ein. Wir kämpfen für flexiblere Arbeitszeitmöglichkeiten, weniger Bürokratie und die Reduzierung der Umsatzsteuer auf Speisen in der Gastronomie auf 7 Prozent. So bleibt mehr Geld für Investitionen, Renovierungen und ein gutes Wirtshausangebot und mehr Zeit für die Gäste", so Schöffel weiter.

Brücken zwischen Wissenschaft und Praxis

„Als Universität wollen wir Brücken zwischen Wissenschaft und Praxis bauen und sind überzeugt, dass aktive Partnerschaften mit Wirtschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft positive Veränderungen anstoßen können ", sagte Prof. Dr. Kai Fischbach, Präsident der Universität Bamberg. „Das Forschungsprojekt unter Leitung von Kulturgeograph Prof. Dr. Marc Redepenning ist ein Paradebeispiel für dieses Engagement: Es stellt die Lebensrealität der Menschen in Bayern in den Fokus, sorgt für nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe an Wissenschaft und bietet den Menschen vor Ort die Möglichkeit, aktiv an der Gestaltung ihrer Gemeinschaft mitzuwirken und innovative Ansätze für die Zukunft zu entwickeln."

Die Menschen aktiv einbinden

In den kommenden drei Jahren wird das Forschungsprojekt innovative und praxisnahe Konzepte für den Betrieb von Wirtshäusern mit ehrenamtlicher Unterstützung in ganz Bayern entwickeln. Im Fokus des Projekts steht dabei die Frage, wie die Menschen vor Ort aktiv in die Wirtshauskultur eingebunden werden können. Ziel ist es, die Wirtshäuser als traditionelle Treffpunkte zu sichern und damit die Lebensqualität der Menschen, insbesondere in ländlichen Regionen, zu steigern.

Das Forschungsvorhaben ist ein wichtiger Baustein der bayerischen Heimatstrategie „Offensive.Heimat.Bayern 2025" das zeigt, wie Politik zusammen mit der Wissenschaft und den Menschen vor Ort die Zukunft der Wirtshäuser im Freistaat gestalten kann. Es greift damit ein zentrales Anliegen der Beteiligten aus dem Bürgerdialog (www.zukunftsdialog.bayern) auf: den Erhalt der bayerischen Gastlichkeit und Gastwirtschaft zu unterstützen. ❐

GZ-PODCAST

Das gute Beispiel

Podcast-Host Michael von Hassel zeigt beeindruckende Menschen, die mit ihrem Talent und Engagement Hoffnung in schwierigen Zeiten schaffen, besonders im Ehrenamt und in der Kommunalpolitik.

Folge 1: Die Sanierung des über 100 Jahre alten Großhesseloher Wehrs – Ein Gespräch mit Dr. Christoph Rapp



In dieser Folge spricht Dr. Christoph Rapp, Leiter Wasserkraft bei den Stadtwerken München, über die Sanierung des Großhesseloher Wehrs. Dieses über 100 Jahre alte Bauwerk vereint Hochwasserschutz, Energieerzeugung, Denkmalschutz und ökologische Ziele. Zudem fördert Dr. Rapp globalen Wissensaustausch bei KnowledgeXchange für nachhaltige Lösungen. www.gemeindezeitung.de/podcast ❐

Akute Fragen zu Demenz

Die Online-Demenzsprechstunde hilft weiter

Zeigt ein Familienmitglied erste Gedächtnisstörungen oder hat die Diagnose Demenz, sind Angehörige oftmals überfordert. Rat suchen sie meist im Internet. Mit der Online-Demenzsprechstunde „Frag nach Demenz" hat die gemeinnützige Organisation Desideria ein Beratungsangebot geschaffen, das auch abends oder an den Feiertagen erreichbar ist. Ein interdisziplinäres Experten-Team berät individuell per Mail- und Live-Chat: rund um die Uhr, kostenlos und anonym.

Über 1,8 Millionen Menschen in Deutschland haben Demenz. Hinter jedem Erkrankten stehen zwei bis drei Angehörige. Mit der Demenzdiagnose stehen auch sie vor vielen offenen Fragen: Wie geht es weiter, wie schnell oder langsam wird die Demenz fortschreiten? Und auch im Laufe der Erkrankung gibt es immer wieder Phasen der Unsicherheit. Ist dieses oder jenes Verhalten normal? Wie gehe ich mit den Wahnvorstellungen oder Aggressivität meines Vaters um? Bekommt meine Mutter wirklich die richtigen Medikamente? Was soll ich tun, wenn mein Partner trotz Demenz Autofahren will? Das Experten-Team der Online-Demenzsprechstunde hilft bei diesen und vielen weiteren Fragen zeitnah weiter.

Förderung durch das Gesundheitsministerium

„Bei der Online-Demenzsprechstunde geht es vor allem darum, Menschen in Phasen der Unsicherheit zu begleiten und ihnen mit Expertenrat zeitnah Orientierung für die nächsten sinnvollen Schritte zu geben", sagt Anja Kälin, Vorständin von Desideria Care e.V.. Der gemeinnützige Verein hat die Online-Demenzsprechstunde ins Leben gerufen. Sie wird als Modellprojekt vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention sowie der Arbeitsgemeinschaft der Pflegekassenverbände in Bayern (soziale Pflegekassen) und Private Pflegepflichtversicherung über drei Jahre gefördert.

Zeitnahe Hilfe

„Ratsuchende, die sich überfordert oder hilflos fühlen, können sich Tag und Nacht bei uns melden und bekommen zeitnah und von ausgewiesenen Demenzexperten Rückmeldung. Das Team ist gezielt darauf geschult, auch Menschen ohne Wissen über das Thema Demenz „abzuholen" und sie an die Hand zu nehmen", sagt Dr. Sarah Straub. Die Neuropsychologin und Demenzexpertin leitet das Experten-Team bestehend aus Psychologen, Medizinern der Fachbereiche Neuropsychologie, Gerontologie und Neurologie, sowie Sozialberatern. Neben der zeitnahen Beratung zu konkreten Fragen, helfen sie den Ratsuchenden, an die bestehenden Versorgungsstrukturen in der jeweiligen Region anzudocken, damit sie heimatnah die Hilfe bekommen, die sie brauchen.

Bei Fragen zu Demenz haben Ratsuchende zwei Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme:

So funktioniert die Anfrage:

Mailberatung: Hier können Ratsuchende ihr Anliegen schriftlich an das Experten-Team der Online-Demenzsprechstunde richten. Die Frage wird innerhalb von 48 Stunden beantwortet.

Chatberatung: Im Live-Chat können Ratsuchende ihre Fragen und Anliegen im direkten schriftlichen Austausch klären. Die Live-Chat-Termine werden bewusst am Abend und am Wochenende angeboten. Termine können dienstags und donnerstags zwischen 19 und 21 Uhr und samstags zwischen 10 und 12 Uhr gebucht werden. Unter www.frag-nach-demenz.de ist die Online-Demenzsprechstunde rund um die Uhr eine zuverlässige Anlaufstelle. Die Experten des Beratungs-Teams reagieren innerhalb von maximal 48 Stunden und können durch ihren professionellen Background komplexe Frage zu Diagnose, Medikation, herausforderndem Verhalten und vielem mehr zeitnah beantworten.

Erklärvideos: Zur Online-Demenzsprechstunde gibt es eine 10-teilige Videoreihe. Einen Überblick aller Folgen finden Sie unter: https://www.desideria.org/demenz/erklaervideos

Über das Modellprojekt

Die Online-Demenzsprechstunde „Frag nach Demenz" ist ein Angebot des Vereins Desideria Care e.V.. Es ist ein Modellprojekt, das für drei Jahre aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit, Pflege und Prävention sowie durch die Arbeitsgemeinschaft der Pflegekassenverbände in Bayern (soziale Pflegekassen) und durch die private Pflegepflichtversicherung gefördert wird.

Über den Projektträger Desideria Care

Desideria Care unterstützt und stärkt Angehörige von Menschen mit Demenz mit innovativen Onlineangeboten, damit sie diese herausfordernde Lebensphase gut meistern und selbst gesund bleiben. Ziel des gemeinnützigen Vereins ist, Angehörigen Orientierung in der komplexen Welt der Demenz zu bieten und geschützte Räume für den persönlichen Austausch mit anderen Betroffenen zu schaffen. Desideria Care arbeitet stetig daran, einen Bewusstseinswandel in der Gesellschaft herbeizuführen, Angehörigen eine Stimme zu geben und deren Leistung sichtbarer zu machen. ❐

Bundeswettbewerb „Kommune bewegt Welt“:

Engagierte Preisträger aus Bayern

Bei der Preisverleihung des 10. Wettbewerbs „Kommune bewegt Welt“ im Rahmen der Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik im vergangenen Oktober in Ingelheim am Rhein wurden zwölf Städte, Kreise und Gemeinden für herausragende entwicklungspolitische Arbeit ausgezeichnet. Zu den bayerischen Preisträgern zählen der Landkreis Regen, die Städte Pfaffenhofen an der Ilm und Ebern (Landkreis Haßberge) sowie der Markt Heimenkirch, Landkreis Lindau.

„Vor Ort wird Entwicklungspolitik erfahrbar und bekommt ein Gesicht, denn oft sind es engagierte Partnerschaften von Initiativen und Vereinen, die den Einsatz der Kommunen in der Entwicklungspolitik prägen“, betonte Svenja Schulze, Entwicklungsministerin und Schirmherrin des von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW bei Engagement Global) durchgeführten Wettbewerbs.

In einer Zeit voller Krisen und Konflikte sei es wichtig, über den Tellerrand hinauszublicken und gemeinsam zu handeln. Jede Kommune, die sich für eine nachhaltigere und gerechtere Zukunft, für Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit einsetzt, verdiene deshalb den Respekt der Gesamtgesellschaft und setze ein Zeichen gegen verengte nationale Sichtweisen. „Städte, Gemeinden und Kreise gestalten nicht nur die Zukunft vor Ort, sondern auch das globale Miteinander“, so Schulze.

Die Sieger

Die Gewinner im Wettbewerbsdurchgang 2024 sind die Städte Kiel, Greifswald und Bad Köstritz. Sie konnten in den drei Hauptkategorien ‚große, mittlere und kleine Kommunen‘ überzeugen und mit ihrem Gewinn ein Preisgeld von 30.000 Euro entgegennehmen. Damit können sie ihre entwicklungspolitischen Strukturen und Projekte weiter ausbauen.

Zweite Plätze

Bremen, der Landkreis Regen und die Gemeinde Nohfelden durften sich über zweite Plätze und jeweils 20.000 Euro freuen. Der Landkreis Regen überzeugte die Jury vor allem durch seine kontinuierliche Steigerung und schrittweise Verankerung seines entwicklungspolitischen Engagements über die vergangenen Jahrzehnte. Besonders hervorgehoben wurde etwa die Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie, die alle Bereiche der Verwaltung mitdenke und Themen wie soziale Gerechtigkeit, globale Verantwortung oder Ressourcenschutz und Klimafolgenanpassung umfasse.

Über die Verwaltung hinaus beeindruckte der Landkreis mit einem Netzwerk und mehreren Arbeitskreisen, die unter Einbeziehung von Politik, Einwohnern und Wirtschaft Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung vorantreiben, sowie mit der intensiven Zusammenarbeit mit weiteren Kommunen in der Region – so beispielsweise auch mit der sogenannten Eltviller Erklärung, in der sich mittlerweile über 300 Kommunen für die Förderung nachhaltiger Entwicklung aussprechen. Inhaltliche Schwerpunkte des Engagements liegen dabei besonders in der fairen öffentlichen Beschaffung.

Nachhaltigkeitsthemen

Darüber hinaus arbeitet der Landkreis Regen international umfassend an Nachhaltigkeitsthemen, etwa im Städtenetzwerk Südkaukasus, in dem sich deutsche Kommunen mit Städten und Regionen in Aserbaidschan, Armenien und Georgien austauschen, um die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern oder die Einbindung der Bevölkerung in Entscheidungsprozesse zu stärken. In der noch jungen Partnerschaft des Landkreises Regen mit mehreren brasilianischen Kommunen stehen derweil die Themen Ressourcenschutz, nachhaltiger Tourismus und Umweltbildung im Fokus – und Regen profitiert von den Erfahrungen der Partner. So werden gemeinsames Lernen und gleichberechtigte globale Zusammenarbeit vorbildhaft gelebt.

Dritte Plätze

Die mit 10.000 Euro dotieren dritten Plätze belegten der Landkreis Böblingen, Pfaffenhofen an der Ilm und Gehrde. Pfaffenhofen wurde für seine langjährige Nachhaltigkeitspartnerschaft mit der Stadt Turrialba in Costa Rica geehrt. Die Jury hob vor allem den innovativen Ansatz der lokalen Bodenallianz, deren Maßnahmen in der Partnerstadt erfolgreich adaptiert worden seien, hervor. In Turrialba werden Bildungs- und Beratungsangebote umgesetzt, um Kleinbauern bei der Umstellung auf ökologische Landwirtschaft zu unterstützen. Dieses Engagement dient nicht nur dem Schutz des Bodens als Lebensgrundlage, sondern auch dem globalen Klimaschutz.

Regionale Partner

Besonders anerkannt wurden auch die Rolle der regionalen Partner in Pfaffenhofen und die Verankerung in Wirtschaft und Politik sowie die Tatsache, dass die Stadt das Projekt mittlerweile aus eigenen Mitteln finanziert, um die städtischen Emissionen auszugleichen. Die Kaffeerösterei Fausto und die Regionalinitiative Pfaffenhofener Land tragen mit der Vermarktung von Kaffee- und Kakaobohnen aus Turrialba – den Partnerschaftsprodukten „PuraVida“ – zum Erfolg des Projekts bei. Ein Teil des Verkaufserlöses fließt in die Weiterführung der Initiative, während gleichzeitig faire Löhne in der Produktion garantiert werden. Der Austausch im Bereich Agroforst, der nachhaltigen Kombination von Bäumen mit landwirtschaftlicher Nutzung, bringt zudem wichtige Vorteile für die Landwirte der Pfaffenhofener Bodenallianz.

Neben Flensburg erhielt der Markt Heimenkirch einen Sonderpreis für sein außerordentliches Partnerschaftsengagement im Libanon. Heimenkirch, Bawarej und Ghazze verbindet seit 2016 eine enge kommunale Partnerschaft. Im Mittelpunkt steht u.a. die intensive Zusammenarbeit zum Thema Flucht und Migration, in der die Kommunen gemeinsam mit einer besonders engagierten Zivilgesellschaft ihre Erfahrungen bei der Partizipation und Integration geflüchteter Menschen teilen.

Besonders beeindruckte die Jury dabei ein Austauschprojekt, in dem junge Menschen aus Bawarej und Heimenkirch direkt in Kontakt gebracht wurden, sowie die Sanierung eines Bürgerparks in Ghazze, der als Begegnungs- und Freizeitstätte für die Menschen vor Ort dient, den freundschaftlichen Kontakt zwischen Geflüchteten und Einheimischen stärkt und für gegenseitiges Verständnis sorgt. Das Engagement des Sonderpreisträgers für die Partnerschaftsarbeit erfolgt ohne eine dafür zuständige Personalstelle und wird getragen durch die Einbeziehung zahlreicher Akteursgruppen vor Ort.

Der Einsatz Heimenkirchs inspirierte zudem weitere Kommunen in der Region, sich selbst in Partnerschaftsprojekten mit libanesischen Kommunen zu engagieren. So entstand auch über die eigene Gemeinde hinaus ein starkes Netzwerk, in dem sich die Kommunen regelmäßig zur Zusammenarbeit mit dem Libanon austauschen.

Publikumspreis

Über den durch eine Online-Abstimmung ermittelten Publikumspreis in Höhe von 10.000 Euro durfte sich die kleine bayerische Kommune Ebern freuen. „Wir können Netzwerk. Ich bin stolz, dass Ebern bundesweit eine Rolle spielt. Es ist toll, dass wir über unsere Netzwerke vor Ort geschafft haben, Vielen das Thema Kommunen mit globaler Verantwortung zu erreichen“, unterstrich Bürgermeister Jürgen Hennemann. „Das Preisgeld ist für uns klasse, um damit weitere Projekte zur kommunalen Entwicklungspolitik anzugeben. Dabei sollen die Schulen einbezogen werden.“

Nach Angaben der Stadt „ist vor allem die gute Netzwerkarbeit der Baunach-Allianz-Kommunen hervorzuheben“. „Wir sind sehr engagiert, die entwicklungspolitischen Themen im gesamten Allianzgebiet voranzutreiben und zu verankern. Auch lokale Akteursgruppen, z.B. im Bereich fairer Handel und faire Beschaffung, werden eng in die Nachhaltigkeitsarbeit eingebunden. Darüber hinaus konnten wir uns durch die gute Einbindung der Bevölkerung im Rahmen innovativer Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit u.a. zu den SDGs, Publikumsstimmen sichern.“

Auch international ist die Stadt Ebern engagiert. Gemeinsam mit weiteren Kommunen der Baunach-Allianz pflegt sie eine kommunale Partnerschaft mit der tunesischen Kommune El Maamoura und engagiert sich gemeinsam mit ihr etwa im Bereich erneuerbarer Energien: So soll in El Maamoura eine Photovoltaikanlage auf einer Festhalle installiert werden, die im Sommer den Strom für den Betrieb der Klimaanlage erzeugt.

DK

GZ KOLUMNE Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,



im Jahr 2025 stehen entscheidende Weichenstellungen für die Zukunft unserer bayerischen Kommunen an. So beginnt das politische Jahr sogleich mit der vorgezogenen Bundestagswahl. Die Wähler entscheiden am 23. Februar mit ihrer Stimme nicht nur über die Neubesetzung des Deutschen Bundestags, sondern auch über Kommunalfreundlichkeit der neuen Bundesregierung.

Für die KPV ist klar: Die neue Bundesregierung muss ihrer politischen Verantwortung gegenüber den Kommunen wieder mehr nachkommen. Die kommunalen Ebenen müssen massiv entlastet werden, statt sie weiter mit neuen Aufgaben zu belasten.

Bundestagswahl 2025:

Ein kommunalpolitischer Ausblick

Als KPV haben wir deshalb unsere Kernforderungen zur BTW25 klar formuliert: Eine verlässliche finanzielle Grundausstattung der Kommunen, der spürbare Abbau von Bürokratie, eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung und eine klare Wende in der Asyl- und Migrationspolitik sowie eine qualifizierte Kinderbetreuung vor Ort. Diese Herausforderungen können die Kommunen nicht allein stemmen. Die neue Bundesregierung muss hier wieder ihrer Verantwortung gerecht werden.

Ein besonders drängendes Problem ist die überbordende Bürokratie. Kleinteilige Vorschriften, unnötige Auflagen und ineffiziente Förderstrukturen lähmen die Handlungsfähigkeit unserer kommunalen Ebenen. Hier zeigt sich besonders, wie eng die Entscheidungen auf Bundesebene mit den Herausforderungen vor Ort verwoben sind. Wir fordern daher ein Bürokratie-Moratorium sowie die Digitalisierung und Vereinfachung von Förderprogrammen. Unsere Kommunen brauchen mehr Entscheidungsspielräume und weniger Auflagen, damit sie sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können: eine leistungsfähige Infrastruktur, eine sichere Gesundheitsversorgung und bürgerfreundliche Verwaltungen.

Für uns ist klar: Der Schlüssel zu starken Kommunen liegt in einem neuen Miteinander zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Nur so können unsere Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke auch in Zukunft ihre Rolle als Rückgrat unserer Gesellschaft vor Ort erfüllen. Es ist an der Zeit, dass die kommunale Selbstverwaltung wieder gestärkt wird. Lassen Sie uns gemeinsam 2025 zu einem Jahr des Neuanfangs machen – für unsere Kommunen, für Bayern und für Deutschland.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Aufruf der Beauftragten der Länder für deutsche Heimatvertriebene:

Achtzig Jahre Flucht und Vertreibung

„Vor fast fünf Jahren“, so schreiben die Beauftragten der Länder für deutsche Heimatvertriebene und (Spät-)Aussiedler, „im Frühjahr 2020, haben wir, die Beauftragten der Länder für Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler, gemeinsam des 75. Jahrestages des Kriegsendes gedacht und dabei an die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten erinnert. Angesichts der seinerzeit grassierenden Corona-Pandemie war es leider nicht möglich, diesen Anlass so zu begehen, wie es ihm angemessen gewesen wäre. Umso wichtiger ist es, im kommenden Jahr 2025 das Schicksal der von Flucht, Vertreibung und Deportation Betroffenen zu würdigen, sich ihres Leidens zu erinnern und Lehren für die Zukunft daraus zu ziehen. Unterschrieben haben Dr. Jens Baumann, Walter Gauks, Heiko Hendriks, Andreas Hofmeister MdL, und für Bayern Dr. Petra Loibl MdL, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene. Wir geben den Text im Wortlaut wider.

„Dabei dürfen wir nie vergessen, dass die Vertreibung und Deportation von vielen Millionen Deutschen und Angehöriger anderer Völker aus ihrer Heimat zum Anfang des zweiten Weltkrieges und nach dem Zweiten Weltkrieg eine Vorgeschichte hatten: Schließlich war das nationalsozialistische Deutschland verantwortlich für einen, vor allem im östlichen Europa, mit äußerster Brutalität geführten Eroberungs- und Vernichtungskrieg und den Völkermord an den europäischen Juden. Die Erinnerung daran und der Imperativ des „Nie wieder“ sind unverzichtbarer Bestandteil unserer Gedenkkultur und nationalen Identität. Sie impliziert zugleich aber auch die Verantwortung und den Auftrag, sich stets für Frieden in Freiheit, für Demokratie und Menschenwürde einzusetzen und Krieg, Völkerhass und Vertreibungen zu bekämpfen.

In Europa werden Angriffskriege geführt

Die Erinnerung an Flucht, Vertreibung vor achtzig Jahren und die bereits zeitlich davor vollzogene Deportation der Deutschen in Russland ist umso wichtiger, als Europa (und leider nicht nur Europa, denken wir z. B. an den Nahen Osten) heute

(Fortsetzung auf Seite 4)

Benefiz-Schafkopfrennen

für kommunalpolitische Mandatsträger und Freunde



Schirmherren:
Landrat Stefan Löwl (Landkreis Dachau),
Landrat Thomas Karmasin (Landkreis Fürstenfeldbruck) und
Oberbürgermeister Dieter Reiter (Stadt München)

Anmeldung nur digital unter:
www.landratsamt-dachau.de/benefizschafkopf2025

Startgeld: 50 €/Person

1. Platz Reisegutschein im Wert von 400 €
2. Platz Preis im Wert von 200 €
3. Platz Preis im Wert von 150 €
Benefizgewinne: Jeder und jede spielt für einen guten Zweck, der bei Anmeldung angegeben wird.

Mitspielen dürfen alle Freunde der Kommunalpolitik

Schlossgut Odelzhausen
Am Schlossberg 1, 85235 Odelzhausen
www.schlossgut-odelzhausen.de

15.3.2025
Anmeldung ab 14:00 Uhr
Beginn 15:00 Uhr
Schlossgut Odelzhausen
www.landratsamt-dachau.de/benefizschafkopf2025

BAU INDUSTRIE Bayern · Bayerische GemeindeZeitung · Sparkasse Dachau

Starke Kommunen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Standards, Rechtsansprüche und gesetzliche Leistungen sind nicht mehr erfüllbar, ohne dass das Bestehende ehrlich überprüft und angepasst wird“, stellten Brandl und Berghegger klar. Gleichzeitig sei eine strikte Anwendung des Konnexitätsprinzips zwischen Bund und Kommunen notwendig. Städte und Gemeinden dürften nicht länger Ausfallbürgen für Bund und Länder sein. Allein bei den Ausgaben für soziale Leistungen verzeichneten die Kommunen Jahr für Jahr Anstiege im zweistelligen Prozentbereich. Im Jahr 2025 werden sie erstmals mehr als 80 Milliarden Euro für diesen Bereich aufwenden müssen.

Kurswechsel

Zum notwendigen Kurswechsel gehört aus Sicht des DStGB auch, die Chancen der Digitalisierung konsequent zu nutzen. Automatisierung und Künstliche Intelligenz könnten deutlich zu einer Entlastung der Kommunen beitragen, führten Brandl und Berghegger aus. Zudem biete die Digitalisierung die Chance, grundsätzlich über eine Aufgabenverteilung im Staat zu sprechen: „Städte und Gemeinden sind nicht die Filialen von Bund und Ländern. Wenn es nur darum geht, Leistungen zu erbringen, bei denen es kein Ermessen vor Ort gibt, müssen wir die Frage stellen, ob diese nicht auch zentral erbracht werden können. Die KFZ-Zulassung ist ein Beispiel dafür, wie es im digitalen Zeitalter gelingen könnte, Personal und Kosten zu sparen.“

Apropos Kosten: Die Finanzsituation der Kommunen hat sich im Vergleich zum Vorjahr nochmals deutlich verschlechtert. Mit Blick auf die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit vor Ort kann der Deutsche Städte- und Gemeindebund keine positiven Signale oder Entwicklungen erkennen. „Die Tatsache, dass kaum noch finanzielle Kapazitäten verbleiben, um die Infrastruktur in Deutschland zu sanieren, geschweige denn zu modernisieren, sollte deutlich mehr Alarmbereitschaft auf allen politischen Ebenen hervorrufen“, erklärten Brandl und Berghegger.

In nahezu allen Bereichen, von der Straße über die Schulen bis hin zu den Sportstätten, mache sich der Substanzverlust bei der technischen und sozialen Infrastruktur deutlich bemerkbar. Seit Jahrzehnten werde zu wenig in die öffentliche Infrastruktur investiert. Auf Ebene der Kommunen liege der wahrgenommene Investitionsrückstand bei 186 Milliarden Euro. In den vergangenen zehn Jahren habe sich dieser Wert mehr als verdoppelt. Über die Hälfte des Investitionsstaus gehe dabei auf die Bereiche Bildung und Verkehrsinfrastruktur zurück. „Wir müssen den Substanzverlust stoppen und in den Investitions-Modus schalten. Nur so kann es uns gelingen, dass wir international nicht noch stärker zurückfallen und Made-in-Germany wieder zum Aushängeschild werden kann“, forderten die Verbandschefs.

Die chronische Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden sei die größte Hürde für kommunale Investitionen. Hinzu kämen nicht-monetäre Hindernisse wie begrenzte Kapazitäten in der Bauverwaltung, steigende Baupreise, überbordende Administration, teilweise zu hohe und damit in der Regel teure Baustandards oder lange Gerichtsverfahren bei Klagen. Kommunalpolitik findet laut Brandl und Berghegger „nicht im Wolkenkuckucksheim statt, sondern mit dem größten und nächsten Bezug zu Menschen vor Ort. Wir brauchen zusätzliche Handlungsspielräume statt überbordender Bürokratie.“

Von der Bundespolitik erwartet der DStGB in der neuen Legislaturperiode insbesondere folgende Maßnahmen:

1. Die kommunale Investitionskraft muss mit einem Investitionsprogramm gestärkt werden. Die gesamtstaatliche Steuerverteilung ist zugunsten der Kommunen zu reformieren. Staatliche Sozialleistungen müssen zielgenau und effizient sein. Die Kommunen tragen derzeit gesamtstaatlich rund 25 Prozent der Ausgaben, erhalten jedoch nur rund 14 Prozent der gesamtstaatlichen Steuereinnahmen. Die Sozialausgaben haben sich in 15 Jahren verdoppelt und die Tendenz ist weiter stark steigend. Das liegt nicht zuletzt an deutlichen Aufgaben- und Standarderweiterungen durch den Bund. Deutschlands wirtschaftliche Stärke und Wohlstand müssen vorrangig gesichert werden. Ohne starke Infrastruktur keine starke Wirtschaft. Deshalb müssen Investitionen jetzt Vorrang haben. Durch die dramatische finanzielle Lage ist die kommunale Selbstverwaltung ausgehöhlt. Kommunale Rettungspakete genügen jetzt nicht mehr. Wir brauchen ein Moratorium: Neue Standards, Rechtsansprüche und gesetzliche Leistungen sind nicht mehr erfüllbar, ohne dass das Bestehende „ehrlich“ überprüft und angepasst wird.

2. Die Zuwanderung muss gesteuert, geordnet und begrenzt werden. Es bedarf einer gemeinsamen groß angelegten Integrationsoffensive von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Die Fachkräftezuwanderung muss beschleunigt werden. Die Kommunen brauchen die Zeit und die Möglichkeit, denen gut zu helfen, die der Hilfe bedürfen. Allein seit 2022 sind rund 2 Millionen Menschen nach Deutschland gekommen, die integriert werden müssen. Die Kraft und die Ressourcen reichen jedoch dafür vor Ort nicht mehr aus. Die Sozialstandards in der EU müssen nach Kaufkraft vereinheitlicht werden. Der Bund muss mit seinen Kompetenzen mehr Verantwortung bei Abschiebungen übernehmen. Die Zuwanderung von dringend notwendigen Fachkräften ist verfahrensmäßig zu beschleunigen.

3. Die äußere und innere Sicherheit muss gestärkt werden. Das beinhaltet auch eine deutliche Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes. Die vergangenen Jahre haben vor Augen geführt, dass Sicherheit und Freiheit auch im Zentrum von Europa nicht mehr selbstverständlich sind. Auf diese Situation müssen wir uns einstellen. Neben dem deutlichen Ausbau der äußeren Sicherheit ist es zwingend notwendig, die innere Resilienz Deutschlands zu stärken. Dazu beitragen könnte die Einführung eines verbindlichen Gesellschaftsjahres. Der Zivil- und Katastrophenschutz und die Klimafolgenanpassung unter Einbeziehung der Eigenverantwortung der Bevölkerung sind auszubauen. Um vorhandene Konzepte umzusetzen, muss der Bund in den nächsten Jahren ausreichend Mittel bereitstellen.

4. Die Digitalisierung staatlicher Dienste ist dringend voranzubringen. Benötigt wird eine deutliche Entbürokratisierung. Bis 2030 werden allein auf der kommunalen Ebene rund 30.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlen. Daher müssen die Digitalisierungspotenziale konsequent genutzt werden. Der Bund muss zusammen mit den Ländern klare und einheitliche Vorgaben machen und Lösungen präsentieren. Durchgehend digitale Prozesse sind zu ermöglichen und dabei muss der Datenschutz pragmatisch ausgestaltet werden. Die Kommunen wissen vor Ort am besten, was benötigt wird. Sie brauchen keine Kleinststeuerung in Förderprogrammen und Verwaltungsvereinbarungen durch den Bund und die Länder. Bundes-Förderprogramme sollten daraufhin überprüft werden, ob die Mittel nicht besser nach pauschalen Kriterien für einen bestimmten Zweck an die Städte und Gemeinden gegeben werden.

5. Die frühkindliche Bildung und Betreuung muss flexibilisiert und ausfinanziert werden, um den Betreuungsumfang sicherstellen zu können. Der Ausbau der Ganztagsbetreuung im Grundschulalter muss im investiven Bereich und im Betrieb an den tatsächlichen Kosten orientiert ausfinanziert werden. Angesichts fehlender pädagogischer Kräfte lässt er sich auch nicht vollständig erfüllen. Zumindest sollte eine zeitliche Verschiebung beschlossen werden. Die Kita-Kosten steigen in kürzester Zeit in ungeahnte Höhen, Personalmangel führt zu immer mehr Gruppenschließungen. Neben pädagogischen Fachkräften müssen in diesen Bereichen auch weitere geeignete Personen zugelassen werden, heißt es abschließend in der Resolution des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. **DK**

Bayerischer Integrationspreis 2025:

Kunst macht sichtbar

Achtung: Bewerbungsfrist läuft bis zum 12. Februar 2025

Der Bayerische Landtag, das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration sowie der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung vergeben auch 2025 wieder gemeinsam den Bayerischen Integrationspreis. In diesem Jahr steht er unter dem Motto „Kunst macht sichtbar – Integration durch Teilhabe am kulturellen Leben“. Bis zum 12. Februar 2025 können sich Vereine, Institutionen und Einzelpersonen beteiligen, die sich in besonderer Weise um die gemeinsame kulturelle Teilhabe von einheimischen und zugewanderten Menschen verdient gemacht haben und integrative Strahlkraft ausüben.

„Kunst und Kultur“ umfasst eine Vielzahl von Bereichen, die sich kreativen Ausdrucksformen und kulturellen Praktiken widmen. Malerei, Musik, Tanz, Theater und Film, auch gelebte Brauchtumspflege können Brücken zu einer gelungenen Integration von zugewanderten Menschen sein. Künstlerische Beschäftigung und kulturelle Veranstaltungen bieten eine Plattform für den Austausch von Ideen, Traditionen und Erfahrungen und bringen Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen. Kunst hilft, die eigene Identität auszudrücken, zu reflektieren und für andere sichtbar zu machen. Sie kann dazu beitragen, gegenseitige Vorurteile abzubauen und sich für neue Sichtweisen zu öffnen. Kunst- und Kulturprojekte bieten zudem gute Gelegenheiten, die deutsche Sprache zu erlernen und anzuwenden.

Gemeinsam etwas schaffen

Deshalb richtet sich die Ausschreibung vor allem an Ehrenamtliche, zivilgesellschaftlich engagierte Vereine, Institutionen oder Initiativen, die in innovativer Weise die regelmäßige und dauerhafte kulturelle Teilhabe von zugewanderten und geflüchteten Menschen fördern und hierdurch das Ankommen in unserem gesellschaftlichen Alltag erleichtern.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner betont: „Kunst und Kultur bieten Menschen jeder Herkunft und mit unterschiedlicher Geschichte unendlich viele Möglichkeiten, gemeinsam etwas zu schaffen. Bei kreativer Tätigkeit lernt man sich kennen und versteht, was der oder dem anderen wichtig ist. Ich finde es großartig, dass wir den Fokus beim Bayerischen Integrationspreis 2025 auf diesen wichtigen Bereich richten. Ich bin gespannt auf die Bewerberinnen und Bewerber und freue mich darauf, den herausragenden Projekten bei der Preisverleihung im Bayerischen Landtag wieder eine große Bühne zu bieten. Die Integration der Menschen, die zu uns gekommen sind, ist entscheidend für den gesellschaftlichen Frieden. In der aktuellen Zeit kann man ehrenamtliches Engagement in diesem Bereich daher gar nicht hoch genug würdigen.“

Gegenseitiges Interesse an verschiedenen Lebenswelten

Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann stellt fest: „Integration lebt von der Begegnung zwischen Zugewanderten und Einheimischen. Das gegenseitige Interesse an verschiedenen Lebenswelten, der Austausch untereinander und die Offenheit für die kulturelle Vielfalt, die Migration mit sich bringt, bilden die Basis für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und bereichern unseren Alltag. Dabei prägen und beeinflussen auch zugewanderte Künstler schon seit langem und bis heute in hervorragender Weise die bayerische Kunst- und Kulturgeschichte.“

Der Integrationsbeauftragte Karl Straub findet das diesjährige Motto sehr passend gewählt: „Kunst hat schon immer Sichtweisen auf den Kopf gestellt, dem Betrachter erlaubt, eine neue Perspektive einzunehmen. Sie lädt ein zur Auseinandersetzung, provoziert vielleicht auch – auf eine inspirierte und inspirierende Art. Nicht umsonst wird in autoritären Regimen die Kunstfreiheit, die in unserem Grundgesetz verankert ist, stark eingeschränkt. Wenn sich die Erfahrungen zugewanderter Menschen also auf diese Weise ausdrücken können, ist das gelebte Demokratie und damit Freiheit.“

Der Bayerische Integrationspreis 2025 ist mit insgesamt 9.000 Euro dotiert. Es ist zweckgebunden für Projekte und Initiativen im Bereich der Integration einzusetzen.

https://integrationsbeauftragter.bayern.de/integrationspreis-2025/ ❐

Achtzig Jahre Flucht ...

(Fortsetzung von Seite 3)
wieder ein Kontinent ist, in dem Angriffskriege geführt, nationaler Hass geschürt und Menschen massakriert und vertrieben werden. Nach den vom Drang nach „ethnischer Säuberung“, nationalem und religiösem Hass befeuerten Kriegen in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo in den neunziger Jahren sind es heute der russische Überfall auf die Ukraine mit seinen mittlerweile in die Hunderttausende gehenden Opfern und Millionen von Heimatvertriebenen, und die von der Weltöffentlichkeit weder zur Kenntnis genommene noch sanktionierte Vertreibung fast der gesamten armenischen Bevölkerung aus Berg-Karabach, die uns fassungslos machen.

Vertreibung muss geächtet werden

Diese Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit und der Gegenwart belegen, welche Folgen es hat, wenn Vertreibung nicht geächtet, wenn ihre Geschichte nicht umfassend aufgearbeitet und im kollektiven Gedächtnis verankert wird. Das Jahr 2025 bietet nun die Chance, sich gemeinsam mit den noch lebenden Zeitzeugen der damaligen Ereignisse von Flucht, Vertreibung und Deportation zu erinnern. Wir gedenken der dabei und in Internierungs- und Arbeitslagern Getöteten, der Versehrten, der zur Zwangsarbeit Verschleppten und der unzähligen Vergewaltigungsopfer. Viele der von Gewaltexzessen, Not, Hunger, Kälte, Krankheiten und allgegenwärtiger Willkür Betroffenen blieben lebenslang traumatisiert, wobei gerade Frauen, Kinder, Alte und Kranke zu leiden hatten und haben. Diese Traumatisierung wirkt in Folgegenerationen nach. Wiewohl in ihrer neuen Heimat oft unwillkommen und diskriminiert, haben die Vertriebenen wesentlich zum Wiederaufbau Deutschlands nach dem Krieg beigetragen. Aussiedler und Spätaussiedler trugen zur positiven Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere nach der Wiedervereinigung, bei. Besonders zu würdigen ist aber, dass die Vertriebenen schon wenige Jahre nach Kriegsende den Völkern des östlichen Europas die Hand zur Versöhnung gereicht haben. Trotz ihres schweren Verlusts haben sie sich als Brückenbauer um die Einheit und Zukunft Europas verdient gemacht und setzen sich vereint mit Aus-siedlern und Spätaussiedlern in der Gegenwart und Zukunft weiterhin dafür ein.“ ❐

Zuckersteuer statt ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Gegenteil: Die Kliniken sind täglich 24/7 gefordert und werden gebraucht.“

Roland Engehausen zufolge setzt das KHVVG auf höhere Strukturvorgaben in der Annahme, dass dadurch die Versorgungsqualität steigt. Wahrscheinlicher sei aber das Gegenteil: „Es entstehen höhere Kosten, die nicht gedeckt sind, während gleichzeitig die Wartezeiten für die Patientinnen und Patienten steigen.“

Grundsätzliches Umdenken

„Natürlich muss der Sozialstaat finanzierbar sein und wir können in Deutschland besser werden, um die Lebenserwartung im OECD-Vergleich zu steigern“, fuhr der Geschäftsführer fort. Deshalb sei ein grundsätzliches Umdenken für eine zukunftsorientierte Versorgung, die endlich auch eine effektive Patientensteuerung in den Blick nimmt und die Prävention in den Mittelpunkt stellt, vonnöten. Die Einführung einer gezielten Zuckersteuer wie in Großbritannien und weiteren europäischen Ländern könnte wirksam dazu beitragen, ernährungsbedingte Krankheiten deutlich zu reduzieren. Nach Ansicht von Experten ließen sich in den nächsten 20 Jahren 160.000 Lebensjahre gewinnen und 16 Milliarden Euro gesellschaftliche Kosten einsparen. „Dies wäre ein echter und einfach umsetzbarer Beitrag zur besseren Gesundheit für die Bürgerinnen und Bürger. Leider hat der amtierende Bundesgesundheitsminister solche Themen liegen gelassen und dafür die Versorgungsbürokratie mit noch mehr Dokumentation und unerfüllbaren Vorgaben weiter erhöht, die für die Menschen aber keine praktischen Vorteile bringt. Dieser gesundheitspolitische Irrweg muss grundlegend korrigiert werden“, forderte Engehausen.

Kluge Digitalisierung

Dass kluge Digitalisierung ein Weg aus der Krise sein kann und als „Jahrhundertchance für den Gesundheitssektor“ begriffen werden sollte, machte Digitalminister Dr. Fabian Mehring bei einem Informationsaustausch mit den Spitzenvertretern der Bayerischen Krankenhausgesellschaft deutlich. Sie erhöhe einerseits die Qualität der Behandlung und gleichzeitig die Effizienz im Gesundheitswesen, weil sich Prozesse automatisieren lassen oder Kliniken und ambulante Ärzte besser miteinander vernetzt sind.

Um die Versorgung der Patienten zu optimieren, setzt die BKG konsequent auf Digitalisierung und hat sich darum 2023 an der Gründung der Klinik IT Genossenschaft (KIG) mit Sitz in München beteiligt – eine bundesweit einmalige Einrichtung, die als Vorbild für Digital-Kooperationen in der Gesundheitsversorgung gilt. Die KIG setzt flächendeckend Digitalisierungsprojekte um und entwickelt eine gemeinsame Digitalstrategie für die Krankenhäuser. Ein Beispiel dafür ist die Plattform „mein-krankenhaus.bayern“, die ein einheitliches digitales Patientenportal aufbaut. 137 Krankenhäuser beteiligen sich mittlerweile an der Initiative, die im Herbst 2024 an den Start ging.

Gemeinsam mit dem Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention fördert das Staatsministerium für Digitales zwei KIG-Projekte, die die Vernetzung zwischen Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten verbessern sowie eine Eingreiftruppe für Cybernotfälle in den Kliniken aufbauen wollen. Im Sommer 2024 haben Digitalminister Mehring und Gesundheitsministerin Gerlach den Förderbescheid über 1,4 Millionen Euro an die KIG übergeben. Die beiden Projekte sind laut Mehring „Leuchtturmprojekte, die weit über Bayern hinaus Vorbilder für andere Kliniken werden könnten“.

Die Förderung für die KIG ist eines von weiteren Vorhaben im Gesundheitsbereich, die das Digitalministerium unterstützt. Im Pilotprojekt „Frau.Herz.KI – Gerechte Medizin für Frauen“ wurde zum Beispiel untersucht, wie Künstliche Intelligenz Hinweise auf eine koronare Herzkrankheit bei Frauen geben und so die Ärzte bei der Diagnose unterstützen kann. Zudem entwickelte der Krankenhauszweckverband Aschaffenburg-Alzenau im Rahmen von „TwinBy – Digitale Zwillinge für Bayern“ ein Bettenbelegungstool, das den Prozess der Bettenverwaltung deutlich vereinfacht und so das medizinische Personal spürbar entlastet. Darüber hinaus werden mit der Pflege-App „Nui“ pflegende Angehörige bei der Organisation von Pflegeaufgaben und der Beantragung von Pflegeleistungen unterstützt.

„Die Zukunft ist digital“, betonte Mehring: „Wir stehen erst am Anfang einer faszinierenden Entwicklung, die unser Gesundheitssystem effizienter und besser machen wird – zum Wohle der Patienten und der Beschäftigten in den Kliniken. Und zwar sowohl in den Städten als auch auf dem Land.“ **DK**

Bayerischer Ministerrat:

Vorfahrt für die Energiewende

Bayern ist eines der ersten Bundesländer, dass die Bundesvorgaben des Wärmeplanungsgesetzes auf Landesebene umsetzt. Die entsprechende Verordnung beschloss der Ministerrat kurz vor Weihnachten. Um den Städten und Gemeinden die Erstellung der kommunalen Wärmeplanung zu erleichtern, verzichtet die Staatsregierung auf zusätzliche Vorgaben und Berichtspflichten. In Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden erstattet der Freistaat bis 2028 rund 79 Millionen Euro.

Wie Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger erläuterte, „stellen wir bei der Umsetzung des Bundesgesetzes die Machbarkeit nach vorne; es gilt Freiwilligkeit vor Zwang. Wir wünschen uns, dass Kommunen die Bürger bei der Wärmeplanung mitnehmen und von sinnvollen Konzepten überzeugen, wo es solche Konzepte gibt. Wir lassen unsere Gemeinden dabei weder im Regen stehen, noch planen wir von oben herab."

Städte und Gemeinden hätten ab 2025 die volle Planungshoheit, um die Vorgaben des Bundes effektiv und vernünftig umzusetzen. „Die Umsetzung gestalten wir dabei so bürokratiearm wie nur möglich, zum Beispiel durch Kurzenergienutzungspläne für kleine Kommunen. Der Freistaat unterstützt finanziell, zum Beispiel bei den Planungskosten, und in Form von Beratungsangeboten, indem wir gemeindescharfe Daten zu den Wärmebedarfen liefern."

Wärmeplanung

Zudem erhält jede bayerische Gemeinde ein Kurzgutachten über den Stand der Wärmeversorgung in ihrem Gebiet. Die Bayerische Verwaltungsschule bietet heuer laut Aiwanger in allen Regierungsbezirken Informationsveranstaltungen zur kommunalen Wärmeplanung an. Vollzugsbehörde für die Umsetzung des Wärmeplanungsgesetzes wird das Bayerische Landesamt für Maß und Gewicht, eine nachgeordnete Behörde des Bayerischen Wirtschaftsministeriums.

Darüber hinaus beschloss der Ministerrat auf Aiwangers Initiative, eine verpflichtende Beteiligung von Bürgern und Gemeinden an neuen Windkraft- und Photovoltaik-Freiflächenanlagen einzuführen. Dieses Gesetz wird nun nach der Verbandsanhörung dem Landtag zur Abstimmung vorgelegt.

Aiwanger zufolge ist die lokale Akzeptanz ein entscheidender Faktor für das Gelingen der Energiewende: „Durch die Beteiligung der Gemeinden und Bürger an Anlagen vor Ort sehen wir eine Möglichkeit, die Akzeptanz für die Energiewende weiter zu stärken. Künftig müssen bei einem Windrad von über 50 Metern oder eine PV-Freiflächenanlage von mindestens fünf Megawatt insgesamt 0,3 Cent pro eingespeiste Kilowattstunde an Gemeinde und Bürgerbeteiligungsprojekte gehen. Für einen Gemeinderat, der über Flächen für Windkraft und Photovoltaik debattiert, könnte das einen großen Unterschied machen. Es ist durchaus relevant, ob jährlich beispielsweise 30.000 Euro zusätzlich in die Kasse kommen. Es war uns wichtig, das zu beschließen. Wir warten hier nicht auf den Bund."

Die Beteiligungspflicht gilt für Windenergieanlagen ab einer Gesamthöhe von mehr als 50 Metern und für Photovoltaik-Freiflächenanlagen ab einer installierten Leistung von über fünf Megawatt. Ausgenommen sind Projekte von Bürgerenergiegesellschaften oder für spezielle Photovoltaikanlagen, wie Agri- oder Floating-PV.

Die Regelung sieht nach Angaben des Bayerischen Wirtschaftsministeriums vor, dass sich Vorhabenträger von diesen Anlagen mit den Gemeinden auf eine individuelle Beteiligungsvereinbarung einigen. Die Möglichkeiten reichten von einer Beteiligung an der Projektgesellschaft bis hin zu vergünstigten Stromtarifen oder der Finanzierung gemeinnütziger Projekte. Eine weitere Maßnahme könne etwa der Aufbau einer Ladeinfrastruktur für Elektromobilität sein. Insgesamt sollen Gemeinden und Anwohner Teilhabemöglichkeiten in einem Wert von 0,3 Cent pro Kilowattstunde erhalten.

Windenergie

Bei Windenergieanlagen sind sämtliche Gemeinden in einem 2,5 Kilometer-Radius um die Anlagen sowie zusätzlich die Einwohner mit Hauptwohnsitz in diesen Gemeinden beteiligungsberechtigt. Damit profitierten nicht nur die Standort- und Nachbargemeinden, sondern auch die Bürger, so Aiwanger. Bei PV-Anlagen profitierten die jeweiligen Standortgemeinden sowie deren Einwohner.

Der Bundesgesetzgeber hat mit § 6 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) eine freiwillige Regelung zur finanziellen Beteiligung von Kommunen geschaffen. Bürger profitieren dabei nur indirekt. Eine bundesweit einheitliche Regelung ist derzeit nicht in Sicht, weshalb Bayern eine eigene verbindliche Regelung entwickelt hat. **DK**

AKE-Landesversammlung 2024:

Mehr Markt für den Strommarkt

Sachkundige Diskussionen zur Energiewende lieferte die jüngste Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende der CSU (AKE) in München. Im Mittelpunkt stand der verabschiedete Leitantrag „Mehr Markt für den Strommarkt", der die Mandatsträger auf landes-, bundes- und europäischer Ebene auffordert, sich für konkrete energiepolitische Maßnahmen einzusetzen. Teil dieser Maßnahmen seien unter anderem der Netzausbau und entsprechende Speichermöglichkeiten.

Mit Blick auf die notwendige Entwicklung eines marktwirtschaftlichen Strommarktdesigns plädiert der AKE für eine umlage- und abgabenfreie Direktvermarktung von EE-Strom über nichtöffentliche Netze/Verteilnetze innerhalb einer Kommune oder Verwaltungsgemeinschaft. Statt fiktiven Referenzerlösen sollten Flexibilitäten sowie die Förderung von realen Fördermengen priorisiert werden. Durch Einbeziehung des Stromhandels könnten Redispatch-Kosten verringert werden. Die Auseinandersetzung mit einem künftigen Strommarktdesign müsse unter Beteiligung aller relevanten Verbände und Akteure, insbesondere auch der kleinen und mittleren Projektierer und Bürgerenergiegesellschaften, vonstattengehen.

Netzausbau beschleunigen

Darüber hinaus sei der Netzausbau zu beschleunigen, indem temporär auch Betreiber Netzausbaukosten auf die Netzentgelte umlegen können, und den Übertragungsnetzbetreibern ein proaktiver Netzausbau ermöglicht wird. Netze müssen laut Leitantrag entlastet werden, indem eine Dynamisierung der Stromtarife nach EE-Verfügbarkeit angewendet wird, die Netzentgelte dynamisiert und ungeregelte Auf-Dach-Anlagen und Balkonmodule auf den Eigenverbrauch beschränkt werden. Zudem müssten die Sektorenkopplung besser im Strommarktdesign abgebildet und Hochtemperatur-Wärmespeicher einbezogen werden. Auch sollten Erneuerbare Energien weiterhin flächendeckend vorrangig eingespeist werden dürfen und es sollte mehr Leistung für kombinierte PV und Wind an Einspeisepunkten möglich sein.

Der AKE fordert darüber hinaus die Schaffung eines Marktes für netzdienliche Energiespeicher. Erneuerbare Energieanlagen und Speicher seien als Einheit zu betrachten. Abgeschafft werden soll die Doppelbelastung von Speichern durch Umlagen, Steuern und Abgaben. Jegliche Art der Speicherung elektrischer Energie (ohne Verbrauch) sei umlage- und abgabefrei zu stellen. Die Leistungsfähigkeit vorhandener Netze sei durch netzvorgelagerte Speicher zu erhöhen. Unbundling solle für netzvorgelagerte Speicher gelockert sowie das Beihilferecht funktional ausgestaltet werden.

Effizienzsteigerung und Sektorenkopplung

Mit Blick auf Effizienzsteigerung und Sektorenkopplung wird dafür plädiert, Biomasse primär zur Deckung von Spitzenlast und weniger zur Deckung von Grundlast einzusetzen. Ist der Bedarf besonders hoch, soll wertvolle Biomasse als Energiespeicher genutzt und aus Biogas vorrangig Wärme und Strom erzeugt werden. Dazu müssten die Rahmenbedingungen und Vergütungen angepasst, Flexibilitätsprämien erhöht und Biogasspeicher gefördert werden. Dadurch soll Speicherkapazität im TWh-Bereich mit bereits vorhandenen Anlagen geschaffen werden.

Planungssicherheit schaffen

Im Fokus steht zudem die Schaffung von Investitionsplanungssicherheit bei Substitution in den Sektoren Industrie, Wärme und Mobilität, z.B. durch garantierte dynamische Preisgrenzen für Wärmepumpen-/E-Ladestrom, oder indem erneuerbarer Strom nicht mehr als fossile Alternativen (inkl. CO2-Preis, Energiesteuer etc.) kosten darf. Überdies sollten beim Aufbau einer effizienten Ladeinfrastruktur, insbesondere für den Schwerlastverkehr, gekoppelte Business-Cases für EE-Erzeugung und Ladeinfrastruktur zugelassen werden.

„Perspektiven auf langfristig bezahlbare und sichere Energieversorgung durch ausschließlich erneuerbare Energien müssen entwickelt und aufgezeigt werden", heißt es weiter. Wichtig sei es, die Bürgerbeteiligung zu stärken und ausschließlich Modelle zu fördern, die dauerhaft günstigen Strombezug gewährleisten oder eine aktive gesellschaftsrechtliche Beteiligung ermöglichen. Regionale Bürgernetze sollten unterstützt werden.

Verfahren vereinfachen

Das überragende öffentliche Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien muss nach Auffassung des AKE zum Grundsatz des Verwaltungshandelns werden. Für sämtliche erneuerbaren Energieanlagen und dafür nötige Infrastrukturen solle die Ausgleichsflächenpflicht entfallen. Das Verbandsklagerecht solle ausgesetzt und Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfacht, digitalisiert, standardisiert und beschleunigt werden. Innovative Geschäftsmodelle und Sektorenkoppelung müssten rechtlichen und marktwirtschaftlichen Freiraum erhalten.

Stromsteuer reduzieren

Um die Stromkosten zu senken, müssten das EEG, die Netzentgelte und der Redis patch-Mechanismus reformiert werden. Die Stromsteuer sei auf das europäische Minimum zu reduzieren und die Digitalisierung des Energiesystems zur Effizienzsteigerung voranzubringen.

Um die Klimaschutzziele trotz verbleibender Restemissionen wirtschaftlich zu erreichen, sollen schließlich „Abscheidung, Weiterverarbeitung und Speicherung von CO2 durch CCS und CCU technologieoffen onshore und offshore im großen Stil ermöglicht werden". Für diese Klimaschutzlösungen sei ein „technologieoffener Marktmechanismus" erstrebenswert. **DK**

Appell des Verbands kommunaler Unternehmen:

Technologieoffenheit nicht untergraben

Im Zusammenhang mit der Festlegung der Bundesnetzagentur zu Wasserstoff-Fahrplänen („FAUNA") kritisiert der VKU die engen Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes (GEG), die die Regulierungsbehörde nun umsetzt. Laut VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing ist Wasserstoff ein zentraler Baustein der Energiewende. Mit der Festlegung zu „FAUNA" komme ein weiterer Baustein hinzu. Allerdings werde der Einsatz des Energieträgers bei der Wärmewende durch die Vorgaben des § 71k GEG als Rechtsgrundlage für „FAUNA" unnötig erschwert, wenn nicht sogar ausgeschlossen.

Gasnetzbetreiber müssten für den Übergang von Gas auf Wasserstoff einen verbindlichen Fahrplan inklusive Wirtschaftlichkeitsnachweis für die 2030er Jahre erbringen, was heute niemand verbindlich leisten kann. So werde Technologieoffenheit bewusst konterkariert.

Ausdruck von Misstrauen

„Dass das GEG für kommunale Planungen derart detaillierte Vorgaben macht, ist ungewöhnlich und der einzige Fall, in dem kommunale Planungen durch eine Bundesbehörde genehmigt werden müssen. Das ist Ausdruck von Misstrauen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Genehmigungspflicht entfällt", stellte Liebing klar.

Aus seiner Sicht bleibt Wasserstoff mit diesem „Verhinderungsparagraphen" nur eine theoretische Option. Die notwendige Infrastruktur werde unter diesen Vorzeichen nicht gebaut bzw. auf Wasserstoff umgestellt werden können. Ziel müsse sein, die Wärmewende vor Ort in den Kommunen praxistauglich und technologieoffen voranzubringen. „Überregulierung und Mikromanagement fördern Ineffizienzen und bremsen die Energiewende", betonte der VKU- Hauptgeschäftsführer.

Als „bedauerlich" bezeichnete Liebing in einer weiteren Stellungnahme das Scheitern des Kraftwerkssicherheitsgesetzes. Schließlich sei das Thema absolut dringlich: „Wir brauchen Kraftwerke mit gesicherter Leistung für die Zeiten, wenn Wind nicht weht und Sonne nicht scheint. Je schneller der Hochlauf der Erneuerbaren Energien von statten geht, umso wichtiger werden diese Kraftwerke, die eigentlich schon im letzten Jahr ausgeschrieben werden sollten. Allerdings war auch der zuletzt vorliegende Gesetzentwurf nicht geeignet, die notwendigen Investitionen anzureizen und bot nicht die notwendige Grundlage für entsprechende Investitionen von Stadtwerken. Umso wichtiger ist, dass dieses Thema nach der Bundestagswahl oberste Priorität für die nächste Bundesregierung bekommt. Die kommunale Energiewirtschaft ist gerne bereit, an guten Lösungen mitzuwirken, die wir für den Erfolg der Energiewende brauchen." **DK**



CellCircle ist bestes Energie Start-up Bayern

Sieger beim Wettbewerb „Energie Start-up Bayern 2024“ mit neuem Batterierecycling

Mit dem ersten Platz beim internationalen Wettbewerb „Energie Start-up Bayern“ erhielt das Würzburger Unternehmen CellCircle eine wichtige Auszeichnung für sein neuartiges Verfahren zum besonders ressourceneffizienten Recycling von Lithium-Ionen-Batterien. Auch Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger lobte bei der Preisverleihung in München das große Engagement für die nachhaltige Energiezukunft des Freistaats.

Vor allem die im Vergleich mit bisherigen Prozessen um bis zu 60 Prozent geringeren CO2-Emissionen des innovativen CellCircle-Recyclings überzeugten die Jury. Das von Gründer Dr. Andreas Bittner in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer ISC entwickelte Verfahren für Lithium-Ionen-Batterien sorgt zudem noch für geschlossene Wertstoffkreisläufe innerhalb Europas und verbraucht weniger Energie sowie Chemikalien.

Die Preisverleihung im Rahmen der Start-up Demo Night in München mit über 800 Teilnehmern bildete den Höhepunkt des renommierten Gründer-Wettbewerbs „Energie Start-up Bayern“, der alle zwei Jahre stattfindet. Gemeinsam initiiert vom Bayerischen Wirtschaftsministeriums, der Bayern Innovativ GmbH, der BayStartUp GmbH sowie der Bayernwerk AG, dem Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) und der Verbund AG sollen damit Ideen, Technologien und Start-ups für die Energiezukunft Bayerns gefördert werden.

„Der Preis motiviert uns nun noch mehr bei Investorengesprächen und der zeitnahen industriellen Umsetzung unseres Verfahrens“ kommentiert Bittner die Auszeichnung. „Eine Pilotanlage dafür wollen wir in Süddeutschland aufbauen. Wir sehen hier beste Voraussetzungen und durch die Marktstudien großes Potenzial für eine europaweit agierende Batterie-Kreislaufwirtschaft. Diese wird unser Land wirtschaftlich unabhängiger machen“ resümiert der Unternehmer aus Würzburg.

Freude beim Rathauschef

Auch OB Christian Schuchardt würdigt die Auszeichnung: „Ich freue mich sehr, dass kurz nach dem Gewinn des Deutschen Gründerpreises durch unser Würzburger Start-up WeSort.AI nun auch CellCircle mit diesem Erfolg erneut zeigt, wie hochwertig die Ideen und vielversprechend die Aktivitäten der Würzburger Gründerszene sind. Auch CellCircle wurde durch unsere High-Tech-Gründerzentren (IGZ, TGZ und ZDI-Mainfranken) unterstützt und beraten. Dies unterstreicht die Bedeutung dieser grundlegenden Arbeit. Ich gratuliere dem Start-up herzlich und bin überzeugt, dass es – wie viele andere in unserer Stadt – erfolgreich weiterwachsen wird und unseren Standort überregional, national und vielleicht sogar weltweit bekannt machen kann.“

CellCircle wurde 2022 als Spin-off des Fraunhofer-Instituts für Silicatforschung ISC gegründet und hat seinen Sitz in Würzburg. Das Start-up entwickelt innovative Batterierecyclingprozesse, um Funktionsmaterialien von Lithium-Ionen-Batterien zerstörungsfrei in hoher Reinheit zurückzugewinnen. Dies spart im Vergleich mit bisherigen Verfahren bis zu 60 Prozent der CO2-Emissionen ein. Vorteile sind geschlossene Wertstoffkreisläufe innerhalb Europas sowie niedriger Energie- und Chemikalienbedarf. CellCircles Mission ist es, die Ressourceneffizienz der europäischen Batterieindustrie zu verbessern sowie zu einer nachhaltigen und vor allem unabhängigen Kreislaufwirtschaft beizutragen. Darüber hinaus engagiert sich CellCircle für eine verlässlichere Ökobilanzierung, um grüne Lösungen besser von Standardprozessen unterscheiden zu können. ❐



Jubel bei der Preisverleihung zum „Energie Start-up Bayern 2024“: Hubert Aiwanger (Bildmitte) und der Sieger Dr. Andreas Bittner (1. Reihe von unten, links) mit seinem Unternehmen CellCircle aus Würzburg. Bild: BayStartUP/Bert Willer

Weißenburg i.Bay.:

Solares Denkmalkonzept in der Altstadt

Die Änderung des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes 2023 und die verstärkte Bedeutung der Nutzung regenerativer Energien hat die Stadt Weißenburg i.Bay. veranlasst, nach tragfähigen Möglichkeiten zu suchen, wie sich Solaranlagen harmonisch in die Dachlandschaft und das Stadtbild einfügen lassen. Seit kurzem liegt ein solares Denkmalkonzept in der mittelalterlichen Altstadt von Weißenburg vor, welches das Spannungsfeld aufzulösen versucht.

Der Rahmenplan „Solar in der Stadt“ in Weißenburg ist eine Initiative, die darauf abzielt, die Nutzung von Solaranlagen mit dem Denkmalschutz in Einklang zu bringen. Dieser Plan stellt ein innovatives Instrument sowohl für Eigentümer als auch für die Verwaltung dar, das aufzeigt, wo und wie Solaranlagen zulässig sind.

Damit sich Solaranlagen durch eine entsprechende Gestaltung verträglich in die Dachlandschaft einfügen, wurden je nach Wahrnehmbarkeit und Lage der Dachfläche im Stadtraum spezifische gestalterische Anforderungen für Planung und Bau erarbeitet.

Die Dächer in Weißenburg werden in drei verschiedene Raumtypen eingeteilt, basierend auf Kriterien wie Lage im Stadtraum, Dachneigung, Geometrie der Dachfläche, Silhouette, Gebäudetypologie und -höhe, sowie historische Nutzung. Diese Einteilung hilft dabei, die Wahrnehmbarkeit und den Einfluss von Solaranlagen auf das Stadtbild zu bewerten.

Für jeden Raumtyp wurden spezifische gestalterische Anforderungen entwickelt, um sicherzustellen, dass Solaranlagen verträglich in die Dachlandschaft eingefügt werden. Diese Anforderungen umfassen Aspekte wie Farbe, Material und Struktur der Dacheindeckung sowie die Ausrichtung der Solaranlagen.

In der bisher geltenden Baugestaltungssatzung der Stadt Weißenburg i.Bay. sind Solaranlagen nicht zulässig, mit Ausnahme, wenn diese vom öffentlichen Verkehrsraum nicht sichtbar sind. Die Novellierung der Baugestaltungssatzung um den „Rahmenplan Solar“ ermöglicht in Verbindung mit der Novellierung des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes nun auch im einsehbaren Bereich eine Zulässigkeit von Solaranlagen, wenn sie verträglich und ruhig angeordnet werden. Eine höchstmögliche energetische Ausnutzung liegt allerdings nicht im Interesse der Denkmalpflege. Bei mehreren Alternativen für die Verlegung von Solarmodulen soll deshalb immer die denkmalverträglichste Variante verfolgt werden.

Intensiver Dialog mit der Stadt

Zur Ausarbeitung des Rahmenplans zählte auch ein intensiver Dialog mit der Stadt Weißenburg und dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege. In diversen Besprechungen wurden der aktuelle Arbeitsstand der Untersuchungen vorgestellt und die Rahmenbedingungen und Ziele diskutiert und abgestimmt. Die Grundlage des Rahmenplans konnte bei einer umfassenden Augenscheinnahme anhand von Fallbeispielen gemeinsam überprüft und gefestigt werden.

Für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Weißenburg fand im Juni 2024 eine Informationsveranstaltung im Innenhof des Rathauses mit anschließendem Spaziergang durch die Altstadt statt. Unter großer Beteiligung der Bürgerschaft wurden die unterschiedlichen Blickrichtungen und Sichtweisen aus den Gassen, Straßen und Plätzen auf die Dächer der Altstadt erläutert, diskutiert und der Bewertungsprozess, der zum Rahmenplan Solar geführt hat, transparent gemacht.

Weißenburg setzt mit diesem Plan einen wichtigen Schritt in Richtung einer klimafreundlicheren, zukunftsfähigen Stadtentwicklung und kann als Vorbild für andere Städte dienen, die ähnliche Herausforderungen meistern müssen. **DK**



Vier neue Schnellladesäulen in Parsdorf City (v.l.): Sebastian Töpfer (ESB), Marcus Böske (Geschäftsführer ESB), Michael Käfer (Vorstand Käfer AG), Daniel Inkoferer (ESB), Johann Mürnseer (Geschäftsführer Scarabeus Besitzgesellschaft mbH & Co. KG). Bild: Energie Südbayern GmbH

Partnerschaft für die Verkehrswende

Energie Südbayern und Feinkost Käfer nehmen Schnellladesäulen in Parsdorf City in Betrieb

Feinkost Käfer und Energie Südbayern (ESB) bringen die Mobilitätswende gemeinsam voran: In Parsdorf City haben die Projektpartner vier neue Schnellladesäulen in Betrieb genommen. Ab sofort können dort insgesamt acht E-Fahrzeuge gleichzeitig mit einer Leistung von je 150 kW und maximal 300 kW laden – und das mit 100 Prozent Ökostrom.

Die neuen Schnelllader befinden sich auf dem Parsdorf City Gelände direkt vor dem Ladengeschäft von Feinkost Käfer – ideal, um während der Ladepause zu stöbern, einen Kaffee zu genießen oder eine Kleinigkeit zu essen. Der Standort bietet also gleich mehrere Vorteile: Wer im beliebten Outletcenter einkauft, kann die Zeit nutzen, um das Elektroauto aufzuladen. Parsdorf City ist zudem hervorragend an die Autobahn A94 angebunden und dadurch für den Durchreiseverkehr eine praktische Lademöglichkeit – mit hohem Freizeitwert dank einem breiten kulinarischen Angebot und der zahlreichen Rast- und Einkaufsmöglichkeiten.

Partner mit großer Expertise

Michael Käfer, Vorstand Käfer AG, freut sich über die neuen Ladesäulen: „Elektromobilität spielt eine immer größere Rolle und natürlich möchten wir unseren Kunden eine komfortable Möglichkeit bieten, ihr E-Auto aufzuladen. Mit Energie Südbayern haben wir einen regionalen Partner mit großer Expertise für die Umsetzung gefunden.“

Marcus Böske, Sprecher der Geschäftsführung bei ESB, ergänzt: „Standorte wie Parsdorf City eignen sich bestens für Ladestationen. Denn so bringen wir die Infrastruktur dorthin, wo die Menschen ihre Zeit verbringen und Ladevorgänge einfach in ihren Tagesablauf integrieren können. Wir freuen uns bereits auf die weitere Zusammenarbeit mit Feinkost Käfer.“

Der neue Ladestandort ist außerdem mit einer Trafostation ausgestattet und kann dadurch zukünftig bei Bedarf weiter ausgebaut werden.

Energie Südbayern baut Ladeinfrastruktur in Ober- und Niederbayern aus

Durch intelligente Ladelösungen für zuhause und unterwegs macht ESB Elektromobilität im Alltag komfortabel. In Ober- und Niederbayern betreibt das Unternehmen gemeinsam mit regionalen Beteiligungen bereits heute über 1.400 Normal- und Schnellladepunkte abseits der großen Metropolen. Damit ist ESB Vorreiter bei der Entwicklung von Ladeinfrastruktur im ländlichen Raum.

Unkomplizierte Vorgänge

Der Lade- und Bezahlvorgang ist sowohl für Gelegenheits- als auch für Stammkunden unkompliziert: Freigeschaltet werden die Ladestationen mittels Smartphone-App oder RFID-Chipkarte. Die Ladestationen akzeptieren dabei die Ladekarten und Apps verschiedenster Anbieter und Roaming-Partner. ESB bietet auch eine eigene Ladekarte an, die Fahrern europaweit Zugang zum Elektroladenetz ermöglicht. Zudem ist das Adhoc-Laden, also mittels EC- oder Kreditkarte, möglich. ❐



Bayerische Bruttostromerzeugung 2023 auf niedrigstem Stand seit 1984

Anteil erneuerbarer Energien erreicht mit 70,4 Prozent Höchstwert

Im Berichtsjahr 2023 wurden nach vorläufigen Ergebnissen des Bayerischen Landesamts für Statistik in Bayern insgesamt 60.652 GWh Strom erzeugt. Das sind 11,5 Prozent weniger als im Jahr 2022. Die Stromerzeugung aus konventionellen Energieträgern liegt in Bayern im Berichtsjahr 2023 bei nur noch 17.935 GWh und sinkt damit im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 36,7 Prozent. Hingegen steigt die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien um 6,2 Prozent auf 42.717 GWh.

Der Anstieg der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien resultiert hauptsächlich aus einer höheren Stromerzeugung aus Windenergie auf 5.916 GWh (+29,3 Prozent) und aus Wasserkraft auf 11.587 GWh (+11,2 Prozent). Diese Entwicklungen sind witterungsgetrieben. So beträgt beispielsweise laut Deutschem Wetterdienst die mittlere Niederschlagsmenge 2023 in Bayern 1.044 Liter pro Quadratmeter. Im Jahr 2022 waren es gerade einmal 818 Liter pro Quadratmeter. Hiervon profitiert die Stromerzeugung aus Wasserkraft. Ebenso stieg die Stromerzeugung aus Photovoltaik im Jahr 2023 auf 16.137 GWh (+4,0 Prozent). Ursächlich für den Erzeugungszuwachs ist der Zubau der Erzeugungskapazität, während die Sonnenstunden rund 10 Prozent hinter dem sehr sonnenreichen Vorjahr zurückblieben. Die Stromerzeugung aus sonstigen erneuerbaren Energieträgern ist mit 525 GWh (+1,2 Prozent) nahezu unverändert, jene aus Biomasse sinkt um 6,8 Prozent auf 8.553 GWh.

Insgesamt wurden 2023 aus erneuerbaren Energien 2.508 GWh mehr Strom produziert als im Vorjahr. Deren Anteil am bayerischen Stromerzeugungsmix erhöht sich somit auf 70,4 Prozent. Wie in den Vorjahren leistet die Photovoltaik auch 2023 den größten Beitrag zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien.

Konventionelle Energieträger auf dem Rückzug

Im Vergleich zum Vorjahr nimmt die Stromerzeugung aus konventionellen Energieträgern 2023 insgesamt um 10.380 GWh auf 17.935 GWh ab. Ohne den Streckbetrieb des letzten bayerischen Kernkraftwerkes Isar 2 wäre dieser Rückgang noch höher ausgefallen. Durch dessen Abschaltung am 15. April 2023 sinkt die Stromerzeugung aus Kernenergie 2023 um 75,4 Prozent auf 3.024 GWh. Auch sinkt die Stromerzeugung aus Erdgas 2023 um 6,4 Prozent auf 10.859 GWh.

Die Stromerzeugung aus anderen konventionellen Energieträgern, die im Jahr 2022 deutliche Zuwächse verzeichnete, nimmt im Jahr 2023 gleichermaßen wieder ab. Im Einzelnen sinkt die Stromerzeugung aus Steinkohle um 7,3 Prozent, die aus sonstigen konventionellen Energieträgern um 9,1 Prozent und die aus Heizöl um 22,2 Prozent. In Summe haben diese Energieträger aber mit 4.052 GWh (im Vorjahr 4.443 GWh) nur eine geringe Bedeutung für die bayerische Stromerzeugung. Insgesamt haben konventionelle Energieträger im Jahr 2023 noch einen Anteil von 29,6 Prozent an der bayerischen Stromerzeugung. Ursächlich dafür sind neben dem Kernenergieausstieg auch die zunehmende Nutzung erneuerbarer Energien und ein sich verändernder Kraftwerkseinsatz im Rahmen des europäischen Stromhandels.

Ausblick auf Bilanz 2024

Für die ersten drei Quartale 2024 deuten die vorläufigen Ergebnisse der Monatserhebung über die Stromein- und -ausspeisung bei Netzbetreibern auf eine stabile Stromerzeugung in Bayern hin. Insgesamt wird bis Ende September 2024 eine Netzeinspeisung von 41.130 GWh (-2,3 Prozent) gemeldet. Im gleichen Vorjahreszeitraum wurden 42.107 GWh eingespeist. Der Anstieg der Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien auf 33.718 GWh (+7,0 Prozent) und die Zunahme der Einspeisung aus Erdgaskraftwerken auf 5.970 GWh (+5,9 Prozent) können den Wegfall der Stromerzeugung des Kernkraftwerks Isar 2 aus dem ersten Quartal 2023 zu ca. 2/3 kompensieren. Zu beachten ist, dass die Stromeinspeisung selbsterzeugte und verbrauchte Strommengen nicht abbilden kann. Ein Großteil der Stromerzeugung aus Industriekraftwerken bleibt hier ebenso unberücksichtigt wie Teile der Stromerzeugung aus Photovoltaik, sofern diese selbst verbraucht und nicht in öffentliche Netze eingespeist werden. ❐

VBEW zu Realismus und Verlässlichkeit:

Die Energiewende zum Erfolg führen

Die bayerische Energiewirtschaft hat viel erreicht auf dem Weg zur Klimaneutralität. Mehr als die Hälfte des bayerischen Stromverbrauchs wird bereits heute durch Erneuerbare Energien gedeckt. Mehr als 1,1 Millionen Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von über 25 Gigawatt wurden schon an das bayerische Stromnetz angeschlossen", erklärte Marian Rappl, Hauptgeschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (VBEW).

Um weiterhin erfolgreich am Energiesystem der Zukunft arbeiten zu können, benötigt die Energiebranche jedoch einen langfristig stabilen und berechenbaren Ordnungsrahmen, sie benötigt Realismus und Verlässlichkeit. Insbesondere die folgenden Punkte sind für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende unerlässlich:

- Die Energiewende ist eine Generationenaufgabe, deren Finanzierung neu gedacht werden muss, damit Unternehmen und Wirtschaft nicht überlastet werden.
- Alle Elemente der Energiewende müssen synchron zueinander weiterentwickelt werden. Die Vergangenheit hat gezeigt: Singuläre Maßnahmen führen nur zu aufwändigen Nachbesserungen an anderen Stellen des Energiesystems.
- Die Unternehmen haben den Auftrag der Politik zur Umsetzung der Energiewende angenommen und fordern dafür Investitions- und Planungssicherheit.
- Politische Maßnahmen müssen auf maximale klimapolitische Effizienz ausgerichtet sein, statt unrealistischer Zeitpläne aufzustellen oder ineffiziente und kleinteilige Maßnahmen zu fordern.
- Bürokratieabbau und ein kooperativer Dialog sind essenziell, um Ressourcen effektiv für die Energiewende zu nutzen und deren Akzeptanz zu fördern.

„Die bayerischen Energieunternehmen arbeiten mit aller Energie am Erreichen der Klimaziele. Dabei haben Sie immer die Versorgungssicherheit, die Bezahlbarkeit, die Umweltverträglichkeit sowie den wichtigen Aspekt der Akzeptanz im Blick", betont Rappl. „Gerade deswegen fordern wir angesichts der derzeit immer größer werdenden Herausforderungen von der Politik Verlässlichkeit und Realismus. Denn ausufernde Kosten und Abstriche bei der Versorgungssicherheit gefährden die Akzeptanz der gesamten Energiewende", so Rappl weiter. ❐

Bayernwerk und Stadt Bamberg:

Grünes Licht für Leitungssanierung

Bamberg/Regensburg. Die Erneuerung eines rund 3,9 Kilometer langen Abschnitts der Hochspannungsleitung zwischen den Umspannwerken Bamberg Süd und Bamberg Nord ist genehmigt. Der Bayernwerk Netz GmbH liegt jetzt der Beschluss zur Planfeststellung von der Regierung von Oberfranken vor. Durch die Ertüchtigung der 110-Kilovolt-Leitung wird die Leistungsfähigkeit der Leitung verbessert. Dadurch kann künftig mehr Strom aus erneuerbaren Energien regional verteilt werden. Die Sanierung der Freileitung startet voraussichtlich im Herbst 2025. Die Gesamtkosten des Projekts liegen bei rund 3,7 Millionen Euro.

Die Bayernwerk Netz wird 2025 einen rund 3,9 Kilometer langen Abschnitt der Freileitung zwischen der Memmelsdorfer Straße im Bamberger Norden und dem Umspannwerk Bamberg Süd erneuern. Die Regierung von Oberfranken hat das Projekt nun per Planfeststellungsbeschluss genehmigt. Den Antrag hatte die Bayernwerk Netz im Juni 2024 eingereicht. Dem Stromnetzbetreiber liegt mit der Entscheidung der Behörde nun das Recht zur Sanierung der bestehenden Hochspannungsfreileitung vor. Der zu sanierende Abschnitt der Hochspannungsleitung verläuft ab der Memmelsdorfer Straße entlang des Berliner Rings Richtung Muna-Gelände bis zum Umspannwerk Bamberg Süd.

Mehr Sonnenenergie für Oberfranken

„Mit der Modernisierung machen wir die Hochspannungsleitung in Bamberg fit für die Zukunft und sichern den zuverlässigen Betrieb auch bei wachsender Einspeisung von Sonnenstrom und anderen erneuerbaren Energien", erklärt Genehmigungsmanager Tobias Schneider. „Wir erneuern das Blitzschutzseil und die Leiterseile und verbessern damit die Leistungsfähigkeit der Leitung." Für den vorgesehenen Seiltausch verstärkt und erneuert der Netzbetreiber Fundamente sowie einzelne Mastteile. Ein Mast vor dem Umspannwerk Bamberg Süd wird am gleichen Standort ausgetauscht. Die optische Erscheinung der Leitung bleibt von den Eingriffen weitgehend unberührt.

Baubeginn im Herbst 2025

Mit dem vorliegenden Planfeststellungsbeschluss kann der Netzbetreiber nun die Bauplanung starten. Dazu gehören der Einkauf des benötigten Materials wie Stahlteile und Seile sowie die Beauftragung einer Baufirma. Diese plant zusammen mit dem Netzbetreiber in den nächsten Monaten den genauen Bauablauf und kontaktiert die zuständigen Behörden beispielsweise für benötigte verkehrsrechtliche Anordnungen. Der Bau erfolgt unter Beachtung aller geltenden Auflagen und Sicherheitsvorschriften, einschließlich einer Kampfmittelsondierung des Muna-Geländes. Die Bayernwerk Netz plant abhängig von der Verfügbarkeit des Baumaterials und von Baupersonal ab Herbst 2025 mit dem Start der Leitungssanierung. ❐

Ørsted und SWW Wunsiedel:

Langfristige Sonnenstromlieferung

Die SWW Wunsiedel GmbH und die Orsted Onshore Deutschland GmbH (Ørsted) unterzeichneten einen langfristigen Stromliefervertrag – auch Power Purchase Agreement (PPA) genannt. Die Vereinbarung stellt die Versorgung der Region Wunsiedel mit regional produziertem Grünstrom aus zwei bayerischen Solarparks sicher.

Der CO2-freie Strom wird ab dem 1. Januar 2025 über einen Zeitraum von zehn Jahren aus den beiden Solarparks Amberg Süd (4,7 MWp) und Altenschwand (10,4 MWp) geliefert. Beide Parks zusammen verfügen über eine Gesamtleistung von 15,1 MWp, die über die Vertragslaufzeit insgesamt etwa 167 GWh nachhaltige Energie produzieren werden – genug, um etwa 5.600 Haushalte jährlich zu versorgen.

Lokale Bedeutung: Energie für die Region aus der Region

Das PPA stellt einen wichtigen Meilenstein für die regionale Energiewende dar. Mit dem Strom aus den beiden Solarparks setzt die SWW auf eine dezentrale und nachhaltige Energieversorgung. Zudem stärkt die Vereinbarung die regionale Versorgungssicherheit. Der Stromliefervertrag ergänzt das eigene Erneuerbare-Energien-Portfolio der SWW Wunsiedel.

„Das PPA ist eine hervorragende Ergänzung zum regenerativen Strom, den die SWW bereits mit eigenen Wind- und Solarparks erzeugen. Wir sind stolz, dass wir unsere Kommune zu 100 Prozent CO2-neutral versorgen können. Mit Ørsted haben wir einen verlässlichen Partner gefunden, um die Versorgung mit erneuerbarer Energie nachhaltig zu sichern und Wunsiedel zukunftsfähig zu machen," sagt SWW-Geschäftsführer Marco Krasser.

Der Solarstrom steht den lokalen Haushalten und Unternehmen zur Verfügung. Mit einem Volumen von 167 GWh Sonnenstrom leistet das PPA einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion von CO2-Emissionen in der Region und trägt aktiv zu den kommunalen Klimazielen bei. Durch die feste Laufzeit von zunächst zehn Jahren schafft die Vereinbarung langfristige Planungssicherheit sowohl für die SWW Wunsiedel als auch für Ørsted.

Erster Onshore-Stromliefervertrag in Deutschland

„Die Partnerschaft mit der SWW Wunsiedel zeigt, wie wir gemeinsam die lokale Energiewende vorantreiben und einen regionalen Mehrwert schaffen können. Ich freue mich besonders, weil das PPA der erste direkte Stromliefervertrag von Ørsted Onshore in Deutschland ist", sagt Stefan Bachmaier, Geschäftsführer der Orsted Onshore Deutschland GmbH.

Mit dem Vertrag baut Ørsted seine Präsenz in Nordostbayern weiter aus. Das Unternehmen ist bereits über die Windkraftwerke Nordostbayern (WINOB) in der Region aktiv. Als Teil der WINOB, das Ørsted gemeinsam mit der ZukunftsEnergie Nordostbayern GmbH (ZENOB) betreibt, entwickelt das Unternehmen Windprojekte. Ørsted setzt dabei auf eine regionale Wertschöpfung und bietet Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürgern Beteiligungsmöglichkeiten. ❐





Freudestrahlende Kinder der Offenen Ganztagesschule Hutthurm, die beim Malwettbewerb „Kinder malen Wind“ gewonnen haben, bei der Übergabe der Preise. Bild: LfU

Über 3000 Kinder haben das Windland Bayern gemalt

Malwettbewerb zur Windenergie im Freistaat trifft auf große Resonanz

„Kinder malen Wind“ – unter diesem Titel hatte die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) im Bayerischen Landesamt für Umwelt Kinder in einem Malwettbewerb eingeladen, ihre Ideen zur Windenergie zu Papier zu bringen: Sie durften ihr »Windland Bayern« malen. Die Resonanz der Aktion, die sich an Hort- und Tagesbetreuungseinrichtungen richtete, war enorm: Fast 200 Einrichtungen aus ganz Bayern haben an dem Wettbewerb teilgenommen, mehr als 3.500 Bilder haben die LENK erreicht.

„Jedes der bunten und phantasievollen Bilder hat dazu beigetragen, Ideen für eine nachhaltige Zukunft zu entwerfen“, sagt der Leiter der LENK, Dr. Ulrich Buchhauser. „Windenergie ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz und zu einer sicheren Energieversorgung“, so Buchhauser weiter. „Umso wichtiger ist es, dass wir schon die Kleinsten für dieses Thema begeistern.“

Mit dem Malwettbewerb hatte die LENK das Ziel, gemeinsam mit Erzieherinnen und Erziehern aus ganz Bayern, spielerisch das Interesse und Wissen von Kindern über Windenergie zu stärken. Alle Horteinrichtungen aus Bayern waren dazu eingeladen, an der Aktion teilzunehmen. Nun wird eine große Collage aus Werken der teilnehmenden Kinder entstehen.

Die Gewinner

Unter allen Einrichtungen, die am Wettbewerb teilgenommen haben, wurden fünf Gewinner ausgelost: Gewonnen haben das Haus der Kinder in Kammlach (Lkr. Unterallgäu), die Kita Klapperstörche in Hahnbach (Lkr. Amberg-Sulzbach), die Offene Ganztagesschule Hutthurm (Lkr. Passau), der Montessori-Kinderhort in Zell am Main (Lkr. Würzburg) und der AWO Kinderburg Isaria Hort in Ebenhausen-Schäftlarn (Lkr. München). Die Gewinner-Einrichtungen dürfen sich über Experimentierkästen, Gruppenspiele und Bücher in einem Wert von 1.000 Euro freuen.

Der Malwettbewerb „Kinder malen Wind – Zeige uns dein Windland Bayern“ ist Teil der bayernweiten Informationskampagne „Bayern macht Wind“ der LENK im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie.

Weitere Informationen gibt es auf www.bayern-macht-wind.de. ❐

Buttenwiesen bekommt Großwärmepumpe für das Wärmenetz

Erste Wärmepumpe von GP JOULE mit mehr als einem Megawatt Leistung

Das Wärmenetz in Buttenwiesen (Landkreis Dillingen) wächst weiter und hat eine neue innovative Erzeugungsanlage bekommen: Am Standort der neuen Heizzentrale an der „Ochsenhalde“ wurde das Herzstück, eine moderne Luft-Wasser-Wärmepumpe, in Betrieb genommen. Sie ebnet den Weg in eine noch effizientere und nachhaltigere Wärmeerzeugung.

Weg von fossilen Brennstoffen, hin zu erneuerbarer Energie. Damit war die Gemeinde Buttenwiesen 2012 ein Vorreiter und ein Vorbild für die gesamte Region. Zusammen mit der heimischen Firma GP JOULE entwickelte die Kommune ein Wärmenetz, das inzwischen mehr als 20 Kilometer lang ist. Das Ziel: alle Ortsteile mit regenerativer Wärme versorgen.

20 Bauabschnitte

20 Bauabschnitte wurden realisiert, Privathäuser, kommunale Gebäude und ansässige Gewerbebetriebe angeschlossen. 229 Anschlussnehmer werden zuverlässig mit Wärme versorgt. Ober- und Unterthürheim sowie Pfaffenhofen-West wurden in das Netz integriert. „Wir haben viel geschafft“, freut sich Felix Schwahn, Geschäftsführer GP JOULE WÄRME, der bei dem Projekt von Anfang an dabei war.

Eines der größten Wärmenetze in Schwaben

Das Buttenwiesener Wärmenetz, das von einem Mix aus regional erzeugter Wärme aus verschiedenen Heizkraftwerken versorgt wird, ist eines der größten in ganz Schwaben und das erste, das GP JOULE realisiert hat. „In Buttenwiesen liegen unsere Wurzeln“, sagt Felix Schwahn, „deswegen sind wir auf das Netz, den Ausbau und den großen Zuspruch besonders stolz.“

Fortschrittliche Technik

Aber auf dem Bestehenden wollen sich die Kommune und GP JOULE nicht ausruhen. Mit der neuen Großwärmepumpe kann das Wärmenetz weiterwachsen und noch mehr Haushalte und Gewerbebetriebe mit nachhaltiger Wärme versorgen.

Diese Großwärmepumpe ist die zweite ihrer Art, die GP JOULE in Betrieb genommen hat und die erste, die mehr als ein Megawatt Leistung hat. Die erste Wärmepumpe wurde im vergangenen Jahr in Mertingen in Betrieb genommen.

Die Buttenwiesener Wärmepumpe erreicht eine Vorlauftemperatur von circa 80 Grad Celsius. Das Gesamtsystem hat einen COP-Wert (Coefficient of Performance) von 2,3 bei null Grad Umgebungstemperatur. Im Sommer verbessert sich dieser Wert auf etwa 3,1. Der COP-Wert ist ein Maß für die Effizienz einer Wärmepumpe, das angibt, wie viel Wärmeenergie im Verhältnis zur eingesetzten elektrischen Energie produziert wird, wobei er typischerweise höher ausfällt als bei konventionellen Heizformen wie Gas- oder Ölheizungen. Diese haben in der Regel einen Wirkungsgrad von unter 1, da sie mehr Energie verbrauchen als in Form von Wärme abgegeben wird.

Ergänzung zu bestehenden Anlagen

Die Wärmepumpe ergänzt die elf bestehenden Erzeugungsanlagen. Darüber hinaus kommt ein 500 Kubikmeter Wasser fassender Pufferspeicher zum Einsatz. Der größte Pufferspeicher, der je in einem Netz von GP JOULE verbaut wurde. Er kann Wärme speichern und bei Bedarf wieder in das Netz abgeben. Das macht die Anlage noch effizienter und systemdienlicher. ❐



V.l.: Jan Dühring (Vorstand Stadtwerke Geretsried), Steffen Otto (Geschäftsführer ESB Wärme) und Andrea Loeffl (Geschäftsführerin ESB Wärme). Bild: ESB Wärme GmbH

Partnerschaft für Geothermie-Wärmenetz in Geretsried

ESB Wärme wird Gesellschafter der Isar-Loisach-Naturwärme GmbH

Mit Unterzeichnung des Anteilskaufvertrages trat am 16. Dezember 2024 die ESB Wärme GmbH der Isar-Loisach-Naturwärme GmbH (ILN) bei. Die ESB Wärme ist neben den Stadtwerken Geretsried nun Gesellschafter der ILN. Die ILN hat sich zum Ziel gesetzt, in den nächsten Jahren in Geretsried ein Wärmenetz zu errichten und Gewerbekunden sowie Privatkunden mit regenerativer Wärme aus der Geothermiebohrung der Fa. Eavor zu versorgen.

Die kanadische Firma Eavor hat ein neuartiges Verfahren, den Eavor-Loop™, entwickelt. Der Eavor-Loop™ ist ein unterirdischer Wärmetauscher. In geschlossenen Schleifen im tiefen Untergrund zirkuliert selbstständig ein Wärmemedium. Das ist einzigartig und richtungsweisend in der Geothermie. Die ESB Wärme wird ihre Kompetenzen sowie Erfahrungen im Bereich Bau und Betrieb von Wärmenetzen in die Gesellschaft einbringen.

Die ESB Wärme ist Ihr Spezialist für effiziente Contracting-Lösungen und Energiedienstleistungen. Das 100-prozentige Tochterunternehmen der Energie Südbayern GmbH ist Teil der ESB-Unternehmensgruppe und entwickelt kundenspezifische Konzepte für eine moderne Versorgung mit Wärme, Kälte, Dampf und Strom sowie Infrastrukturprojekte. Auf die über 25-jährige Erfahrung vertrauen Kunden aus Industrie, Handel, Gewerbe und Kommunen. ❐

Bayerische Staatsregierung zur Freiflächen-Photovoltaik:

Vereinfachte Regelungen für Ausgleichsflächen

PV-Freiflächenanlagen ohne zusätzlichen Ausgleichbedarf werden zum Regelfall

Die Bayerische Staatsregierung vereinfacht die Regelung für Ausgleichsflächen bei PV-Freiflächenanlagen. Ab sofort werden PV-Freiflächenanlagen ohne zusätzlichen Ausgleichbedarf zum Regelfall. Damit wird ein politischer Auftrag des Bayerischen Landtags umgesetzt. Bisher mussten durch Freiflächenanlagen verursachte Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes im Regelfall durch ökologische Ausgleichsmaßnahmen auf einer Fläche außerhalb der Anlagen kompensiert werden. Die entsprechende bauplanungsrechtliche Eingriffsregelung wurde nun geändert und veröffentlicht.

Für zwei Falltypen wird fortan eine vereinfachte Vorgehensweise zur Ermittlung des Ausgleichsbedarfs angewandt: Im ersten Falltyp entfällt der Ausgleichsbedarf vollständig, im zweiten Falltyp liegt der Ausgleichsbedarf bei 10 Prozent. Dabei soll der Ausgleich zwischen den Modulreihen oder direkt angrenzend erbracht werden. Bei den übrigen Anlagenkonstellationen bekommen Projektierer die Möglichkeit, durch ökologische Gestaltungs- und Pflegemaßnahmen den Ausgleichsbedarf teilweise oder vollständig zu reduzieren.

Energie- und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Der Ausbau der Photovoltaik ist entscheidend für das Gelingen der bayerischen Energiewende. Die neue Regelung zu den Ausgleichsflächen stärkt den naturverträglichen und flächeneffizienten Ausbau von PV-Freiflächenanlagen. Sie führen zu einer geringeren Flächennutzung und ermöglichen damit niedrigere Projektkosten. Dadurch steigern wir gleichzeitig auch die Akzeptanz für den PV-Ausbau in der Bevölkerung.“

Bauminister Christian Bernreiter: Mit den Empfehlungen setzen wir ein klares Signal zur Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren bei Freiflächen-Photovoltaikanlagen. Die Einführung eines pauschalisierten Vorgehens bei den Ausgleichsflächen ermöglicht eine praktische und rechtssichere Anwendung und beinhaltet zudem umfangreiche Erleichterungen gegenüber dem Status quo.

Die Neuregelung finden Sie im Energieatlas Bayern: https://www.energieatlas.bayern.de/thema_sonne/photovoltaik/themenplattform-photovoltaik/eingriffsregelung. ❐

Regionaler Planungsverband München (RPV):

Beteiligungsverfahren zu Windenergie startet

Der Regionale Planungsverband München (RPV) beschließt neben dem Haushalt für das Jahr 2025 den Entwurf für die Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans München. Mit dem Beschluss beginnt das formale Beteiligungsverfahren mit zwei geplanten Beteiligungen. Die erste findet im ersten Quartal 2025 statt. RPV-Mitglieder, Träger öffentlicher Belange und die Öffentlichkeit können zum Fortschreibungsentwurf Windenergie in der Region München Stellung nehmen. Er umfasst 65 Vorranggebiete mit einer Fläche von rund 110 Quadratkilometern.

RPV-Geschäftsführer Marc Wißmann und Thomas Bläser, Regionsbeauftragter der Regierung von Oberbayern, stellten dem Planungsausschuss den ausgearbeiteten Fortschreibungsentwurf vor. Er bildet die Basis für das erste Beteiligungsverfahren von Januar bis März 2025. Insgesamt enthält der Entwurf 65 Vorranggebiete Windenergie in der Planungsregion München, was 2,01 Prozent der Regionsfläche entspricht. Weiter ist ein Vorbehaltsgebiet Windenergie im Landkreis Ebersberg im Anzinger Forst vorgesehen. Zusätzlich kommen 14 Vorranggebiete im Landkreis Starnberg und eines im Landkreis Landsberg am Lech hinzu, die hauptsächlich in Bezug auf den Artenschutz zu prüfen sind. Ausschlussgebiete hat der RPV nicht festgelegt.

Zweites Beteiligungsverfahren

Ein zweites Beteiligungsverfahren ist für das dritte Quartal 2025 angesetzt und für Anfang 2026 der Beschluss zur Änderung des Regionalplans. Mit dessen Verbindlicherklärung erreicht der RPV sein erstes Teilflächenziel, mindestens 1,1 Prozent der Regionsfläche als Windenergiegebiete auszuweisen. Der RPV möchte bereits mit dem jetzigen Fortschreibungsverfahren das für Ende 2032 geltende Flächenziel von mindestens 1,8 Prozent der Regionsfläche schaffen.

„Ein Ziel, das durchaus realistisch ist“, freut sich RPV-Vorsitzender Stefan Schelle, Erster Bürgermeister der Gemeinde Oberhaching. Er bezeichnet den Beschluss als wichtigen Meilenstein für die Region München und für das konstruktive Miteinander. „Wir haben bewiesen, dass wir gemeinsam Herausforderungen meistern, wenn es darauf ankommt“, so Schelle.

Keine Ausschlussgebiete

Der RPV legt keine Ausschlussflächen Windenergie fest. Der RPV-Geschäftsführer und der Regionsbeauftragte haben die Festlegung geprüft und empfohlen, auf einen Ausschluss zu verzichten. „Unserem Fortschreibungsentwurf liegt eine Positivplanung zugrunde“, erläuterte Wißmann die Entscheidung. „Wir weisen Vorranggebiete aus, dadurch entfällt die im Baugesetzbuch verankerte Privilegierung von Windenergieanlagen im Außenbereich weitgehend. Aus planerisch-fachlichen Gesichtspunkten ist es daher sinnvoll, die Positivplanung beizubehalten und auf einen Ausschluss zu verzichten“, führte Wißmann aus.

Keine Umzingelung von Ortsteilen

Grundlage für die Prüfung war ein Antrag des RPV-Mitglieds Stefan Kern, Erster Bürgermeister der Gemeinde Brunnthal, in der RPV-Sitzung vom September 2024. Er bat darum, die Festlegung von Ausschlussflächen in großen Vorranggebieten wie in Aying/Brunnthal/Sauerlach zu betrachten. Die Umzingelung von Ortsteilen wie Hofolding durch Windenergieanlagen sollte so vermieden werden.

Sonderfall: Vorranggebiete zur Prüfung

Aufgenommen werden für Windenergie geeignete Flächen, die es insbesondere mit Blick auf den Artenschutz zu prüfen gilt. Ob der RPV diese Flächen in das Planungskonzept aufnehmen kann, wird in dem Beteiligungsverfahren mit den Trägern öffentlicher Belange (TöB) geklärt. Es sind 14 Vorranggebiete im Landkreis Starnberg und eines im Landkreis Landsberg am Lech. Es handelt sich um kommunale Windenergieflächen, die zu einem früheren Zeitpunkt ausgewiesen und auf Eignung und Artenschutz bereits geprüft wurden, die jedoch nach aktuellem Kenntnisstand artenschutzrechtlich bedenklich sind. Sie stellen ein besonders geeignetes Habitat für kollisionsgefährdete Vogelarten wie etwa Rohrweihe oder Wespenbussard dar. ❐

BDE, bvse und VBS:

Forderungskatalog zur Bundestagswahl 2025

BDE, bvse und VBS haben zentrale Punkte für die ersten hundert Tage der künftigen Bundesregierung vorgelegt. Die politischen Entscheidungen in diesem Zeitrahmen seien von großer Bedeutung, um die Rohstoffunabhängigkeit zu stärken und den Hochlauf der Kreislaufwirtschaft in Deutschland anzutreiben, heißt es in einer gemeinsamen Mitteilung der Verbände.

Zentrale Punkte

1. Der erste wesentliche Meilenstein für erfolgreiches Recycling in Bezug auf Materialqualität und Sammelmengen wird beim Produktdesign gesetzt. Eine wirtschaftliche Besserstellung für recyclingfähige Produkte muss sicherstellen, dass Hersteller bereits vor dem Inverkehrbringen die Recyclingfähigkeit ihrer Produkte im Blick haben, um die enthaltenen Wertstoffe nach der ersten Gebrauchsphase effektiv in den Recyclingkreislauf zurückführen zu können.

2. Um die Kreislaufwirtschaftsziele zu erreichen, muss eine Mindestrezyklateinsatzquote im Kunststoffbereich eingeführt werden. Ein Level-Playing-Field ist erforderlich, in dem der CO2-Fußabdruck von Kunststoffneuware mit einem Preiszuschlag für Neuware berücksichtigt wird. Dies verhindert, dass Rezyklate in einem preissensiblen Marktumfeld benachteiligt werden. Der anerkannte grundsätzliche Vorrang des mechanischen Recyclings gegenüber dem chemischen Recycling ist auch gesetzlich festzuschreiben.

3. Sammelstrukturen sowie Aufbereitungs-, Recycling- und Verwertungsanlagen benötigen internationale Märkte. Deutschland und Europa allein können keine ausreichende Nachfrage für alle anfallenden Sekundärrohstoffe generieren. Daher ist es sinnvoll, überschüssige Mengen (zum Beispiel Metallschrott) internationalen Verbrauchern zur Verfügung zu stellen, um weltweit CO2-arme Produktionsprozesse im Rahmen der Kreislaufwirtschaft zu unterstützen. Voraussetzung dafür sind auch klare und praxisnahe Regeln beim Übergang vom Abfall- zum Produktrecht: Insbesondere sind Regelungen für die Materialien Altpapier, Altkunststoffe und Ersatzbaustoffe notwendig. Diese Abfälle müssen nach anerkannten Behandlungsverfahren sicher aus dem Abfallregime entlassen und als Produkte vermarktet werden können. Insbesondere müssen alle gütegesicherten Sekundärbaustoffe aller Materialklassen aus dem Abfallstatus entlassen werden, um sie für neue Baustoffe nutzbar zu machen.

4. Die öffentliche Hand kann mit ihrem Investitionsvolumen von rund 500 Milliarden Euro einen bedeutenden Beitrag zur Kreislaufwirtschaft leisten. Ein staatliches Recyclinglabel, das den Rezyklateinsatz und die Recyclingfähigkeit von Produkten transparent macht, würde die ökologische Beschaffung erleichtern und den Bürokratieaufwand reduzieren.

5. Um Brände durch Lithium-Ionen-Batterien in Müllfahrzeugen und Entsorgungsanlagen zu verhindern, ist ein Batteriepfand bzw. ein Pfand auf batteriebetriebene Elektro(nik)geräte erforderlich. Ein Batteriefonds könnte die erweiterte Herstellerverantwortung (EPR) umsetzen, indem Produzenten an den Kosten für Brandschutz und Versicherungen beteiligt werden. Um Lithium-Ionen-Akkus vor dem Recyclingprozess herausfiltern zu können, ist eine technische Kennzeichnungspflicht für Batterien, etwa mittels RFID-Technologie, erforderlich. Zusätzlich sollten Inverkehrbringungsverbote für bestimmte Einwegprodukte mit Batterien, wie Einweg-E-Zigaretten, eingeführt werden.

6. Der Bund muss die Bundesländer und Kommunen bei der Umsetzung der Klärschlammverordnung unterstützen. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Ausbau der Phosphor-Recyclinginfrastruktur fördern. Eine Fristverlängerung für Ausnahmen bei der Phosphor-Rückgewinnung darf es nicht geben; eine langfristige Deponierung von Klärschlammaschen ist zu verhindern.

7. Ein fairer Wettbewerb erfordert gleiche Regeln für alle Marktteilnehmer. Umsatzsteuerliche und körperschaftsteuerliche Privilegien für kommunale Entsorgungsdienstleister sind abzuschaffen. Die Einhaltung der Wettbewerbsvorschriften muss durch eine unabhängige Kontrolle sichergestellt werden.

8. Planungsrechtliche Vorgaben müssen als Leitplanken fungieren und dürfen nicht als Bremsklötze wirken. Einfachere und schnellere Genehmigungsverfahren sind wesentlich, um Innovationen zu fördern, die für die Implementierung der Kreislaufwirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen entscheidend sind. Die digitale Verwaltung ist rasch umzusetzen und der „One-Stop-Shop"-Ansatz sollte konsequent verfolgt werden.

9. Deutschland muss seine Expertise nutzen, um einen einheitlichen EU-Rechtsrahmen der Kreislaufwirtschaft aktiv zu gestalten. Nationale Alleingänge und zusätzliche Verschärfungen europarechtlicher Vorgaben sind zu vermeiden. Statt eines bloßen „German Vote" sollten „German Impulses" den Fortschritt der Kreislaufwirtschaft vorantreiben. Die erweiterte Herstellerverantwortung ist zu stärken, und EU-Recyclingmärkte sind vor unlauterem Wettbewerb zu schützen. Zudem ist ein europaweites Verbot der Deponierung verwertbarer Siedlungsabfälle erforderlich.

10. Die strategische Bedeutung der Kreislaufwirtschaft muss auf nationaler Ebene anerkannt werden. Sie sollte im Bundeswirtschaftsministerium verankert werden, wo die Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie und die Rohstoffstrategie zusammengeführt und finanziell unterstützt werden.

Politische Hürden

Wie bvse-Präsident Henry Forster erläuterte, „ist die Kreislaufwirtschaft mit der Generierung von Sekundärrohstoffen wesentlicher Bestandteil einer Industrienation, die kaum über Primärrohstoffe verfügt. Gerade in einem so wichtigen Sektor wird es immer schwieriger, notwendige Investitionen zu tätigen und Innovationen voranzutreiben. Es häufen sich Meldungen aus der Branche, dass Unternehmen die Erschließung neuer Standorte und Geschäftsfelder aufgeben, weil die politischen Hürden zu hoch wurden und die Ansiedlung zu einem Politikum verkommen ist. So kann es nicht weitergehen."

„Wir brauchen endlich eine Politik, die den Unternehmen wieder Luft zum Atmen lässt", forderte Forster. „Schnellere und unkompliziertere Genehmigungsverfahren, eine starke politische und gesellschaftliche Rückendeckung auf allen Ebenen – von Berlin bis in die Kommunen. Andernfalls riskieren wir nicht nur das Wohlstandsniveau, sondern auch den Verlust der Innovationskraft, die für eine zukunftsfähige Kreislaufwirtschaft unerlässlich ist."

Mehr Freiraum für wirtschaftliche Entfaltung

Nach Auffassung von VBS-Präsident Stefan Böhme „sind die Unternehmen unserer Branche bereit, durch ihre Investitionen, leistungsfähige Anlagen und innovative Verfahren einen Riesenbeitrag zum Klimaschutz und zur Versorgung mit Energie und Rohstoffen aus Abfällen zu leisten. Mehr Tempo bei Genehmigungsverfahren, mehr Freiraum für wirtschaftliche Entfaltung und den Turbo bei der Digitalisierung zünden: So schaffen wir Chancen für mehr dynamische wirtschaftliche Entwicklung, die wir jetzt in Deutschland dringend brauchen."

„Es gibt nichts, was gegen mehr Kreislaufwirtschaft spricht. Von einer neuen Bundesregierung erwarten wir deshalb konkrete Schritte und klare Rahmenbedingungen für zirkuläres Wirtschaften", unterstrich BDE-Präsidentin Anja Siegesmund. „Wer den Wohlstand und Industriestandort Deutschland sichern will, kommt an einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft nicht vorbei. Diese Aufgabe sollte in einem Bundesressort gebündelt und in der kommenden Legislaturperiode im Wirtschaftsministerium angesiedelt werden." **DK**



Grünbeck wurde der Status „Offizielles Leitprojekt 2024" für ein innovatives Verfahren zur Spülwasseraufbereitung für Schwimmbäder verliehen. Markus Müller, Landrat Landkreis Dillingen a.d. Donau, Jürgen Weißenburger, Grünbeck-Aufsichtsratsvorsitzender, sowie die Grünbeck Verantwortlichen Christian Zehetgruber und Andreas Trinkl (v.l.) nahmen den Preis im Augsburger Kongress am Park entgegen. Bild: KUMAS

Auszeichnung „KUMAS-Leitprojekt 2024"

Seit über einem Vierteljahrhundert verleiht der Förderverein KUMAS – Kompetenzzentrum für Umwelt e.V. für innovative Verfahren, Produkte, Dienstleistungen, Entwicklungen oder Forschungsergebnisse jährlich einen Umweltpreis. Initiativen des Instituts für Textiltechnik Augsburg gGmbH, der Grünbeck AG, Höchstädt, sowie der Trägergemeinschaft Heide-Allianz Donau-Ries und Geopark Ries e. V., Donauwörth, erhielten Ende vergangenen Jahres in Augsburg die begehrte Auszeichnung „Offizielles KUMAS-Leitprojekt".

Nur ein Prozent der weltweit im Umlauf befindlichen Textilien wird aktuell in einem Stoffkreislauf recycelt. Das Recycling-Atelier, ein Gemeinschaftsprojekt der Technischen Hochschule Augsburg und dem Institut für Textiltechnik Augsburg, bietet als erste Modellfabrik seiner Art ein neuartiges und weltweit bisher einzigartiges Konzept für ein ganzheitliches Recycling von Textilien an. Die Wissenschaftler forschen dort an den notwendigen Prozessschritten des Textilrecyclings: von der Materialanalyse, über die Sortierung, die Aufbereitung und die textile Verarbeitung bis hin zur Produktgestaltung. Die Umsetzung erfolgt im Recycling-Atelier im Modelmaßstab unter Einbindung relevanter Industriepartner mit dem Ziel, den anschließenden Transfer und die Skalierung bestmöglich vorzubereiten.

Für ein neues Verfahren zur Spülabwasseraufbereitung für Schwimmbäder wurde die Grünbeck Wasseraufbereitung GmbH, Höchstädt, geehrt. Im Rahmen der langjährigen Partnerschaft mit dem FC Augsburg stattete Grünbeck die Arena 2009 mit einem Entmüdungsbecken samt Wasseraufbereitung aus. 2023 wurde diese Technik energetisch optimiert. Der Sandfilter wurde durch eine hochmoderne Ultrafiltration ersetzt, die Keime wie Viren und Bakterien aus dem Wasser filtert. Zudem wurde eine Pilotanlage zur Wasserentsalzung installiert, die von Grünbeck erforscht und entwickelt wurde. Dabei kommt ein membranunterstütztes kapazitatives Deionisationsverfahren in Verbindung mit einer vorherigen Ultrafiltration zum Einsatz. Dadurch kann bis zu 80 Prozent Trinkwasser eingespart werden. Da es nicht für die Nutzung im Becken erwärmt werden muss, kann Energie eingespart werden. Seit der Inbetriebnahme wird die Anlage per Fernzugriff überwacht und läuft seit Ende 2023 im Dauerbetrieb.

Bayerische Hausmüllbilanz 2023:

Niedrigstes Abfallaufkommen seit 1991

So wenig Haushaltsmüll wie noch nie seit 1991 haben die bayerischen Bürger im Jahr 2023 produziert. Wie das Bayerische Landesamt für Umwelt mitteilt, war das Pro-Kopf-Aufkommen mit 459 Kilogramm so niedrig wie noch nie seit Beginn der Erhebung (1991: 512,8 kg/EW). Vergangenes Jahr setzte es sich zusammen aus 155 kg Restmüll aus Haushalten, 159 kg Wertstoffen aus Haushalten sowie 145 kg Grüngut und Bioabfällen. Ermittelt wird der Wert auf Grundlage der Zahlen der Abfallbetriebe, die auf die Einwohnerzahl heruntergebrochen werden.

Die Verwertungsquote lag im Bilanzjahr bei 66,0 Prozent und ist gegenüber 2022 gesunken (66,3 Prozent). Seit 2017 werden die Elektro- und Elektronik-Altgeräte in der Berechnung berücksichtigt. Von den 2,3 Mio. Tonnen Restabfall, die im Bilanzjahr in Bayern angefallen sind, wurden 98,6 Prozent thermisch behandelt. 32.578 Tonnen wurden einer mechanisch-biologischen Vorbehandlung unterzogen. Für die thermische Behandlung standen im Bilanzjahr in Bayern 14 Anlagen zur Verfügung. Die Gesamtkapazität dieser Anlagen belief sich auf etwa 3,2 Mio. Tonnen.

Die schadstoffhaltigen Abfälle (Problemabfall), die den entsorgungspflichtigen Körperschaften überlassen wurden, stieg von 6.241 Tonnen im Vorjahr auf 6.801 Tonnen im Bilanzjahr. Rund 56 Prozent dieser Problemabfälle konnten verwertet werden.

In 95 von 96 Körperschaften standen den Bürgern im Jahr 2023 insgesamt 1.504 Wertstoffhöfe zur Verfügung (Vorjahr: 1.530). Zudem wurden 223 Kompostieranlagen (Vorjahr: 217) und 5 Vergärungsanlagen (Vorjahr: 7) in sowie eine Anlage außerhalb Bayerns zur Verarbeitung von insgesamt 839.852 Tonnen Grüngut (823.158 Tonnen im Vorjahr) genutzt.

Bei 42 bayerischen Bioabfall-Kompostieranlagen (58 im Vorjahr) und 24 Vergärungsanlagen (24 im Vorjahr) sowie 6 Anlagen außerhalb Bayerns wurden insgesamt rund 1.065.375 Tonnen Bioabfallgemische mit Abfällen aus der Biotonne angeliefert (1.053.824 Tonnen im Vorjahr).

Im Bilanzjahr wurden im Freistaat 30 Deponien der Klasse I und II zur Ablagerung von Abfällen betrieben. An fünf Standorten wurden keine Abfälle abgelagert, dort stehen jedoch weiterhin Kapazitäten zur Verfügung. 2023 wurden insgesamt 505.237 Tonnen (Vorjahr: 578.192 Tonnen) abgelagert. Bei 25.486 Tonnen handelt es sich hier um Reste aus der thermischen Abfallbehandlung oder der mechanisch-biologischen Vorbehandlung. Zum 31.12.2023 war ein ausgebautes Restvolumen der Deponieklassen I und II von 6,6 Mio. m^3 verfügbar.

„Die Abfallmengen sollen auch in Zukunft weiter reduziert werden", betonte Dr. Monika Kratzer, Präsidentin des Bayerischen Landesamtes für Umwelt. Eine gute Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung seien wichtige Faktoren für eine nachhaltige Platzierung des Themas im gesellschaftlichen Diskurs. „Auch beim Abfall gilt: Weniger ist mehr. Ziel des Freistaats ist eine gut funktionierende Kreislaufwirtschaft." Hierzu sei es wichtig zu wissen, wie Abfälle ordnungsgemäß und schadlos zu verwerten sind. Zudem sei es notwendig, Schadstoffe auszuschleusen, um Stoffkreisläufe für eine zukunftsfähige Kreislaufwirtschaft schließen zu können. **DK**

Auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft:

Getrennte Sammlung von Textilien wird Pflicht

Es gibt zu viel Kleidung. Nicht nur die Herstellung, auch die Entsorgung stellen zunehmend ein Problem dar. Dem will die EU gegensteuern und hat daher beschlossen, dass ab dem 1.1.2025 eine getrennte Sammlung von Textilien in allen Mitgliedsstaaten verpflichtend ist. Damit dürfen aussortierte Textilien wie Kleidung, Bettwäsche, Handtücher oder Decken nicht mehr über den Restmüll entsorgt werden. Ziel dieser Maßnahme ist es, das Recycling zu fördern und Umweltbelastungen zu reduzieren. Der Verbraucher Service Bayern im KDFB (VSB) gibt Tipps zum verantwortungsvollen Umgang mit Kleidung.

In Deutschland ist die Altkleidersammlung etabliert und wird von gemeinnützigen, kommunalen und gewerblichen Sammlern durchgeführt. Probleme bereitet die Zunahme an Altkleidern bei sinkender Qualität. Ergänzend zur Sammelpflicht plant die EU deshalb die Einführung einer erweiterten Herstellerverantwortung:- Dies soll zur Finanzierung der Entsorgung beitragen und Anreize schaffen, langlebige und recyclebare Textilien zu produzieren.

„Das Recycling von alten Stoffen zu neuer Kleidung spielt bisher kaum eine Rolle. Hier bedarf es kreislauffähiger Materialien sowie geeigneter Recyclingverfahren", informiert VSB-Expertin Maria Leidemann. Derzeit dominiert das mechanische Recycling, das zu einem hohen Anteil an Kurzfasern und somit zum Downcycling führt: Die Stoffe werden zerkleinert und anschließend zu Putzlappen oder Dämmmaterialien weiterverarbeitet. Problematisch sind auch die vorherrschenden Mischfasern, für die aktuell geeignete Recyclingverfahren fehlen.

„Mit unserem Einkaufsverhalten beeinflussen wir sowohl die Menge an Altkleidern als auch deren Recyclingmöglichkeit. Textilien, die sich gut wiederverwerten lassen, kennzeichnet beispielsweise das Gütezeichen ‚cradle to cradle'. Es lohnt sich, beim Einkauf auf Qualität zu achten, dann kommt auch eine Reparatur in Frage", so Leidemann.

Kaputter Reißverschluss, verschlissenes Innenfutter oder abgenutztes Bündchen? Wer Schäden nicht selbst reparieren kann, findet Hilfe in Änderungsschneidereien, Schustereien oder bei lokalen Reparaturinitiativen. Auch Hersteller bieten Reparaturservices an, um die Gebrauchsdauer der Textilien zu verlängern. Die Abgabe von aussortierter oder kaputter Kleidung und Textilien ist über Sammelsysteme vor Ort möglich, zum Beispiel Altkleidercontainer oder Wertstoffhöfe. Hier gilt es, die jeweiligen Entsorgungshinweise zu beachten. ❐

Heide-Allianz Donau-Ries

Ziele der Projekte der Heide-Allianz Donau-Ries sind der Erhalt bzw. die Wiederherstellung der biologischen Vielfalt, die Aufrechterhaltung des prägenden Landschaftsbildes des Riesrandes sowie der Monheimer Alb durch Pflege und Beweidung und die Optimierung der Bedingungen der Weidebetriebe. Wesentliches Merkmal der Projekte der Heide-Allianz ist, dass die Vorhaben zeitlich und räumlich aufeinander aufbauen und sich sachlich ergänzen.

Das Projektgebiet umfasst herausragende Trockenstandorte und gut entwickelbare Grünländer im Landkreis Donau-Ries. Alle diese Entwicklungs- und Sicherungsflächen liegen im UNESCO Global Geopark Ries. Die Etablierung einer Beweidung der zum Teil schwer zugänglichen Abbaustellen mit Schafen und Ziegen ist in ihrer Umsetzung überregional eine Besonderheit. Nach Erstpflegemaßnahmen wäre eine dauerhafte maschinelle Pflege hier nur mit weit größerem Aufwand möglich. Insbesondere Ziegen erreichen dagegen schwierige Hänge und Bereiche innerhalb von Abbaustellen, um dort die Offenheit der Lebensräume für Amphibien, Insekten und Reptilien durch den Verbiss zu gewährleisten. **DK**

Entschlossene Maßnahmen zur Stärkung der Kunststoff-Wertschöpfungskette erforderlich

Der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung hat gemeinsam mit weiteren europäischen Verbänden, darunter EuRIC und Plastic Recyclers Europe, ein dringendes Schreiben an die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, gerichtet. Nach den Worten von bvse-Vizepräsident Herbert Snell muss es das Ziel sein, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Kunststoff-Wertschöpfungskette zu sichern und deren Rolle in der angestrebten Kreislaufwirtschaft zu stärken.

Kunststoffindustrie als Schlüsselakteur der Klimaneutralität

Die Kunststoffindustrie umfasst in Europa 53.000 Unternehmen, beschäftigt 1,5 Millionen Menschen und erwirtschaftet einen Jahresumsatz von 400 Milliarden Euro. Als unverzichtbarer Bestandteil der Kreislaufwirtschaft ist sie von zentraler Bedeutung, um die Klimaneutralität der EU bis 2050 zu erreichen.

Die Branche hat bereits bedeutende Fortschritte erzielt, insbesondere bei der Recyclingfähigkeit, der Ressourceneffizienz und der Verringerung von Umweltauswirkungen. Kunststoffe spielen in zahlreichen Sektoren, wie Verpackung, Gesundheitswesen, Automobilindustrie, Bauwesen und Elektronik, eine unverzichtbare Rolle. Trotz dieser Errungenschaften steht die europäische Kunststoffindustrie aufgrund von Marktinstabilität, Rechtsunsicherheiten und regulatorischen Hürden an einem kritischen Scheideweg.

Drastischer Rückgang in der Wettbewerbsfähigkeit

Europas Anteil an der weltweiten Kunststoffproduktion ist in den letzten 20 Jahren von 28 Prozent auf 14 Prozent gesunken. Gleichzeitig stagniert das Wachstum der Recyclingkapazitäten. Ohne gezielte Gegenmaßnahmen droht der Verlust der globalen Führungsrolle in der Kunststoffinnovation.

Forderungen an die EU-Institutionen

Die europäischen Verbände betonen die Dringlichkeit strategischer Maßnahmen, um eine widerstandsfähige, innovative und ökologisch nachhaltige Kunststoff-Wertschöpfungskette zu sichern. Sie fordern:

1. Gleiche Wettbewerbsbedingungen in der globalen Landschaft: Importierte Produkte müssen denselben strengen Umwelt- und Regulierungsverpflichtungen unterliegen wie europäische Produkte. Hohe Energiekosten, die die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen, müssen adressiert werden.

2. Effektive Umsetzung der Umweltgesetzgebung: Es bedarf einer einheitlichen und rechtzeitigen Umsetzung des EU-Rechtsrahmens in allen Mitgliedstaaten. Eine enge Zusammenarbeit zwischen politischen Entscheidungsträgern und Branchenexperten ist unabdingbar.

3. Harmonisierung bewährter Verfahren: Unterschiedliche Praktiken in den Mitgliedstaaten behindern den Fortschritt. Ein integrierter Ansatz, wie er im Draghi-Bericht empfohlen wurde, ist erforderlich, um einen echten Binnenmarkt für Abfall und Kreislaufwirtschaft zu schaffen.

4. Gezielte finanzielle Unterstützung – Investitionen in die zirkuläre Kunststoffinfrastruktur und innovative Technologien müssen durch ein europäisches Anreizsystem gefördert werden.

Dringender Handlungsbedarf

„Das bevorstehende EU-Kreislaufwirtschaftsgesetz und der Clean Industrial Deal bieten eine einzigartige Gelegenheit, die Führungsrolle Europas in der Kreislaufwirtschaft auszubauen", betont Herbert Snell. Durch entschlossenes Handeln können strukturelle Engpässe überwunden, grüne Arbeitsplätze geschaffen und die Klimaziele der EU erreicht werden.

Die europäischen Verbände rufen die politischen Entscheidungsträger zu einem offenen Dialog und gemeinsamen Anstrengungen auf, um die Wettbewerbsfähigkeit der Kunststoff-Wertschöpfungskette zu sichern und den Übergang zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft erfolgreich zu gestalten. ❐

Erneut bessere Luftqualität in Bayern

Im vergangenen Jahr hat sich die Luftqualität im Freistaat erneut deutlich verbessert. Die Tendenz zu rückläufigen Stickstoffdioxid-Werten setzte sich fort. Erstmals unterschritten wurde der Grenzwert für NO2 am Mittleren Ring in München, wie nach Mitteilung des Bayerischen Landesamtes für Umwelt eine vorläufige Kurzanalyse ausweist.

An der verkehrsreichen Messstation Landshuter Allee in München lag der Jahresmittelwert im abgelaufenen Jahr bei 39 Mikrogramm pro Kubikmeter und damit unter dem Grenzwert von 40. 2023 wurden noch 45 Mikrogramm pro Kubikmeter verzeichnet. Mit 27 Mikrogramm pro Kubikmeter (Vorjahr: 30 Mikrogramm) wurde der zweithöchste NO2-Jahresmittelwert verkehrsnah in Passau in der Angerstraße ermittelt. LfU-Präsidentin Dr. Monika Kratzer bezeichnete es als „gute Nachricht, dass sich die Luftqualität in Bayern auch im vergangenen Jahr deutlich verbessert hat und erstmalig an allen Messstationen in Bayern die Grenzwerte eingehalten wurden. Das zeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg."

Durch die bei Feuerwerken freigesetzten Feinstäube wurden an den Messstationen für Feinstaub zeitweise erhöhte Werte gemessen, so die Kurzanalyse. Der Tagesmittelgrenzwert von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter wurde nach vorläufigen Daten an Silvester an drei und an Neujahr an 18 von 32 Messstationen überschritten. Je Messstation und Kalenderjahr sind 35 Überschreitungen des Tagesmittelgrenzwerts zulässig.

Meteorologische Einflüsse

Entscheidenden Einfluss auf die gemessenen Feinstaubkonzentrationen haben auch verschiedene meteorologische Einflussfaktoren. Die Windgeschwindigkeit beeinflusst die Durchmischung der Luft, Inversionswetterlagen und nächtliche Bodeninversionen können einen Frischluftaustausch mit höheren Schichten verhindern. Niederschläge bewirken durch Auswaschung eine Reduzierung der Belastung. So wurden meteorologisch bedingt in Süddeutschland über die Weihnachtstage hinweg bis zum Neujahrstag erhöhte Feinstaubwerte festgestellt.

Ein halbes Jahrhundert nach der Inbetriebnahme des Lufthygienischen Landesüberwachungssystems Bayern (LÜB) durch das LfU wurden im Jahr 2024 über 50 auf ganz Bayern verteilte Messstationen betrieben, mit denen verschiedene Luftschadstoffe und meteorologische Kenndaten erfasst wurden. Die Schwerpunkte haben sich seitdem verschoben – die Schwefeldioxid-Belastung der Anfangsjahre hat sich durch die zunehmende Rauchgasentschwefelung und die Einführung von schwefelfreien Kraftstoffen erheblich verringert. Auch die Benzol- und die Kohlenmonoxid-Konzentrationen konnten deutlich reduziert werden. Heute stehen vor allem die Luftschadstoffe Feinstaub und Stickstoffdioxid im Zentrum der Aufmerksamkeit. **DK**

Umweltminister Glauber:

Länder sollen an Einnahmen aus CO2-Preis beteiligt werden

Angesichts der aktuellen Rekordeinnahmen bei der CO2-Bepreisung erneuerte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber in München die Forderung, die Länder zukünftig mit mindestens 25 Prozent an den Einnahmen zu beteiligen.

„Die Länder müssen mit zusätzlichen finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um Klimaschutzmaßnahmen vor Ort substanziell fördern zu können. Hier muss die neue Bundesregierung wichtige Weichen stellen", betonte Glauber. „Wir wollen den Klimaschutz vor Ort stärken. Die Mittel aus der CO2-Bepreisung stammen ohnehin teilweise von den Ländern und Kommunen und sollten dahin zurückfließen. Von der Länderbeteiligung an den Einnahmen aus der CO2-Bepreisung werden vor allem die Kommunen profitieren. Sie erhalten verlässlich zusätzlichen und individuellen Spielraum beim Klimaschutz und bei der Klimaanpassung. Wir wollen den Kommunen die Mittel dauerhaft und unbürokratisch zur Verfügung stellen. Welche Maßnahmen vor Ort wirken, wissen die Kommunen selbst am besten", ergänzte der Minister.

Der Bund hat 2024 nach Angaben der Deutschen Emissionshandelsstelle rund 18,5 Milliarden Euro aus der CO2-Bepreisung eingenommen. Für Bayern ergäben sich bei der geforderten Länderbeteiligung perspektivisch rund 1 Milliarde Euro zusätzlicher Einnahmen. Die Einnahmen aus der CO2-Bepreisung fließen in den Klima- und Transformationsfonds des Bundes. ❐

Münchner Pilotprojekt:

Bedarfsgerechte Grünzeit-Verlängerung für Fußgänger

Im Rahmen eines Pilotprojekts erprobt das Münchner Mobilitätsreferat an sechs Kreuzungen eine bedarfsgerechte Verlängerung der Grünphase für den Fußverkehr. Dabei kommuniziert eine App auf dem Smartphone von mobilitätseingeschränkten Personen über Bluetooth mit der Fußgängerampel, welche dann automatisch die Grünzeit um mehrere Sekunden verlängert, um die Straße komfortabel und ohne Eile queren zu können. Das Ziel des Projekts ist es vor allem, Menschen mit Mobilitätseinschränkung die Teilhabe am Straßenverkehr zu erleichtern und die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Im Pilotprojekt zur bedarfsgerechten Verlängerung der Grünzeit von Fußgängerampeln kommt die bereits für ähnliche Anwendungen bekannte App LOC.id von RTB zum Einsatz. Im Pilotprojekt soll die in der App bereits verfügbare Sonderfunktion der Grünzeitverlängerung evaluiert werden. Mobilitätseingeschränkte Personen können sich die App auf ihr Smartphone laden, sich registrieren und mittels eines entsprechenden Nachweises für die bedarfsgerechte Grünzeitverlängerung freischalten lassen. Insgesamt werden sechs Fußgängerampeln zur Kommunikation mit der App mit entsprechenden Bluetooth-Empfängern ausgestattet.

Zwei Testkreuzungen – zwischen Kreillerstraße und Marianne-Plehn-Straße sowie an der Ganghoferstraße auf Höhe der Hausnummer 80 – sind bereits in Betrieb. Vier weitere Anlagen werden in den nächsten Monaten freigeschaltet: An den Kreuzungen Blumenstraße/Papa-Schmid-Straße und Pfingstrosenstraße/Sauerbruchstraße, am Partnachplatz sowie an der S-Bahn-Unterführung an der Albert-Roßhaupter-Straße. Wenn eine Person sich mit der aktivierten Sonderfunktion in der App einer dieser Kreuzungen nähert, wird die Grünphase um mehrere Sekunden verlängert. Die Taste zur Anforderung der Grünphase an der Ampel muss wie bisher gedrückt werden. Der reguläre Verkehrsfluss wird durch die gezielte Verlängerung nur bei Bedarf nicht spürbar beeinträchtigt.

Für eine inklusivere Stadt

Mobilitätsreferent Georg Dunkel: „Das Pilotprojekt ist ein wichtiger Schritt hin zu einer inklusiveren Stadt. Wir wollen, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger sicher und selbstständig im öffentlichen Raum bewegen können – unabhängig von ihren körperlichen Fähigkeiten."

Bernhard Claus, Vorsitzender des FAK Mobilität im Behindertenbeirat der Landeshauptstadt München: „Es ist ein weiterer Schritt, Fußgängern die langsamer sind als Andere – aus welchen Gründen auch immer –, die Überquerung stark befahrener Straßen ohne Angst und Stress zu ermöglichen. Ein Projekt, das mobilitätseingeschränkten Menschen ein Stück mehr Teilhabe im öffentlichen Raum bringt."

Um den Erfolg des Projekts zu messen, werden begleitende Untersuchungen durchgeführt. Dabei wird der Nutzen der Maßnahme sowie die Akzeptanz bei den Nutzenden überprüft. Die gewonnenen Erkenntnisse fließen in mögliche Weiterentwicklungen des Systems ein. Bei positivem Feedback und erfolgreicher Umsetzung könnte das System auf andere Standorte in der Stadt ausgeweitet werden.

Das Pilotprojekt ist Part der Teilstrategie Fußverkehr der Mobilitätsstrategie 2035, mit dem Ziel, den Fußverkehr zu stärken und den öffentlichen Raum für alle Bevölkerungsgruppen zugänglicher zu gestalten.

Weitere Informationen zum Projekt, den berechtigten Personen sowie zu Registrierung und zum Bedarfsnachweis unter https://muenchenunterwegs.de/laenger-gruen ❐



Die patentierte Landbox®. ❐

Radikal nachhaltig:

Stroh statt Styropor

Die patentierte Landbox® aus dem bayerischen Alling ist weltweit die erste kompostierbare Isolierverpackung, die sich mit Styropor messen kann. Hinter dem Produkt stehen zwei entschlossene Unternehmer, die die Vision einer klimaneutralen Wirtschaft leben. Die Bayerische Staatsregierung engagiert sich auf einer übergeordneten Ebene mit der Bioökonomiestrategie für eine nachhaltige Zukunft.

Täglich werden stoß- und temperaturempfindliche Produkte wie Lebensmittel, Medikamente, Impfstoffe und Enzyme in großen Mengen durch die Welt transportiert. Dabei hat sich Styropor über Jahrzehnte als zuverlässig schützendes Verpackungsmaterial etabliert – trotz des Bewusstseins für die schädlichen Folgen der wachsenden Plastikflut.

Die Gründer der Landpack GmbH, Patricia und Thomas Maier-Eschenlohr, setzen dem Kunststoff ein natürliches Material entgegen. Aus der ökologischen Vision der Betriebswirtin und des Maschinenbauingenieurs, das landwirtschaftliche Nebenprodukt Stroh als Rohstoff zu verwerten, ist in wenigen Jahren eine eigene Fabrik und eine vielseitige Produktpalette entstanden. Heute beliefert Landpack zahlreiche Geschäftskunden mit umweltfreundlichen und kompostierbaren Isolierverpackungen aus Stroh: ein bayerisches Leuchtturmbeispiel der Bioökonomie, das wörtlich in die Welt getragen wird.

Ganz im Sinne der Strategie „Zukunft.Bioökonomie.Bayern", mit der die Bayerische Staatsregierung den Wandel in eine nachhaltige Wirtschaftsweise vorantreibt, ersetzt Landpack fossile Ressourcen durch einen nachwachsenden Rohstoff. Das Stroh stammt von Vertragslandwirten aus Bayern und wird mit 100 Prozent erneuerbaren Energien und ohne Zusatzstoffe verarbeitet, bevor es im weiteren Kreislauf wieder kompostiert werden kann. Anders als die traditionelle lineare Wirtschaftsweise geht es beim bioökonomischen Ansatz auch darum, die Wertschätzung der heimischen Rohstoffe und die Arbeit der Erzeuger zu fördern.

Landpack: Pionier mit Patent

Stroh wächst weltweit im Überfluss, etwa 50 Prozent der Getreideernte besteht schließlich aus den trockenen Halmen. Allein in Deutschland können ohne ökologische Nachteile jährlich zehn Mio. Tonnen Stroh für Anwendungen außerhalb der Landwirtschaft verwendet werden. Gesagt, getan: Das Landpack-Team nutzt die natürlich gegebenen Isolier- und Stoßdämpfungseigenschaften der Naturfasern und verarbeitet die Biomasse im Münchner Westen zu zertifizierten Verpackungen – lebensmittelkonform, ohne den Zusatz von Chemie und quasi ohne Wasser. Auch bei der Rohstoffbeschaffung bleibt der ökologische Fußabdruck minimal, denn das Stroh kommt von Landwirten aus der Umgebung, kein Transportweg ist länger als zehn Kilometer.

Bayern handelt und wandelt die Wirtschaft

Die Bayerische Staatsregierung macht sich mit der Strategie „Zukunft.Bioökonomie.Bayern" stark für eine nachhaltige Wirtschaftsweise – und wird damit heute aktiv für ein lebenswertes Morgen. Langfristiges Ziel ist es, fossile Rohstoffe wie Mineralöl, Erdgas und Kohle sukzessive durch biobasierte nachwachsende Ressourcen und Reststoffe zu ersetzen. Dabei orientiert sich die Bioökonomie an den Kreislaufprozessen der Natur und setzt auf innovative Technologien. Insgesamt wurden gemeinsam mit Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik 50 konkrete Maßnahmen definiert, um den notwendigen Strukturwandel voranzutreiben. Das moderne Wirtschaftsmodell soll auch die Wertschätzung heimischer Rohstoffe fördern, die Arbeit lokaler und regionaler Erzeuger rückt wieder in den Vordergrund.

Weitere Informationen zu diesen Produkten und weiteren Projekten und Unternehmen finden sich unter www.bayern-handelt.de sowie auf dem Instagram-Kanal @zukunft.biooekonomie. ❐

Feier zur MVV-Verbundraumerweiterung:

Freistaat Bayern überreicht Förderbescheide

„Damit der Umstieg vom PKW leichtfällt, muss der Einstieg in Bus und Bahn möglichst einfach sein." So lautet das gemeinsame Ziel aller MVV-Verbundpartner. Zum Jahreswechsel 2025 kamen zwei weitere Landkreise dazu, die Landkreise Landsberg am Lech und Weilheim-Schongau traten dem Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) bei. Das bedeutet eine Harmonisierung von Tarif, Vertrieb, Fahrgastinformation und vielen weiteren Bereichen. Die Verbunderweiterung wurde in Schondorf im Landkreis Landsberg gefeiert, den Landkreisen wurden ihre Förderbescheide überreicht.



V.l.: Stv. Landrat Josef Huber, Landkreis Rosenheim; Landrat Thomas Karmasin, Landkreis Fürstenfeldbruck; Peter Kleemann, Referat für Arbeit und Wirtschaft LH München; Torsten Belter, Mobilitätsreferat LH München; Markus Reichart, Landratsamt Starnberg, Fachbereich Verkehrswesen; Landrat Josef Niedermaier, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen; Landrat Stefan Löwl, Landkreis Dachau; Landrätin Andrea Jochner-Weiß, Landkreis Weilheim-Schongau; Landrat Thomas Eichinger, Landkreis Landsberg am Lech; Landrat Robert Niedergesäß, Landkreis Ebersberg und Sprecher der MVV-Verbundlandkreise; Landrat Christoph Göbel, Landkreis München; Landrat Martin Bayerstorfer, Landkreis Erding; Dr. Josef Rott, Ministerialdirigent, Bayerisches Staatsministerium für Bauen, Wohnen und Verkehr; Dr. Bernd Rosenbusch, MVV-Geschäftsführer. Bild: MVV

Verkehrsminister Christian Bernreiter: „Ein guter öffentlicher Verkehr entlastet die Straßen, reduziert CO2-Emissionen und verbessert die Lebensqualität für alle. Als Freistaat Bayern stehen wir für die Erweiterung des MVV an der Seite der Landkreise und tragen einen Großteil der Kosten der Verbunderweiterung. Wir haben bereits die Grundlagenstudie mit bis zu 7,8 Millionen Euro gefördert. Jetzt übernehmen wir auch einmalige und dauerhafte Kosten des Verbundbeitritts – und das mit bis zu 90 Prozent Förderquote. Mit 5 Millionen Euro finanzieren wir nun unter anderem neue Fahrscheindrucker in Bussen, Fahrplanaushänge an Haltestellen und die Anpassung von Fahrscheinautomaten. Außerdem gleichen wir die Einnahmenverluste der Verkehrsunternehmen aus, die durch die günstigeren MVV-Tickets entstehen."

Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Die kontinuierliche Erweiterung des MVV-Verbundraumes ist die strategisch richtige Weichenstellung im ÖPNV. Zusammen sind wir noch stärker. Eine gute Zusammenarbeit mit den Landkreisen im Großraum München war mir von Anfang an wichtig. Daher freue ich mich sehr über den Zuwachs der Landkreise Landsberg am Lech und Weilheim-Schongau."

Historischer Meilenstein

Landrätin Andrea Jochner-Weiß, Landkreis Weilheim-Schongau: „Der Beitritt des Landkreises Weilheim-Schongau zum Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) markiert einen historischen Meilenstein für unsere Region und ihre Entwicklung. Wir sind stolz darauf, unseren Bürgerinnen und Bürgern durch die Integration in dieses etablierte Nahverkehrsnetz eine deutliche Verbesserung der Mobilität zu bieten. Egal, ob für den Arbeitsweg, zu Bildungseinrichtungen oder für Freizeitaktivitäten – der öffentliche Nahverkehr wird durch einheitliche Tarife, bessere Anbindungen und einfachere Umsteigemöglichkeiten deutlich attraktiver. Darüber hinaus leisten wir gemeinsam einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz, indem wir den Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn fördern. Diese Maßnahme stärkt auch die Lebensqualität in unserem Landkreis. Der MVV-Beitritt ist daher nicht nur ein Fortschritt für die Mobilitätswende, sondern ein entscheidender Schritt in eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft für alle Generationen."

Stärkung der Region

Landrat Thomas Eichinger, Landkreis Landsberg am Lech: „Der Beitritt des Landkreises Landsberg am Lech markiert eine bedeutende Wegmarke in der Geschichte unseres Landkreises. Seit nunmehr 30 Jahren gibt es Bestrebungen, dem MVV beizutreten. Diese Bestrebungen und die Arbeit der vergangenen Jahre werden nun mit dem Beitritt zum 1. Januar 2025 belohnt. Die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises können sich auf eine deutlich verbesserte Fahrgastinformation, einen hochmodernen Fahrkartenvertrieb und neue Ticketangebote freuen. Der Zugang zum ÖPNV wird erleichtert, Hemmschwellen werden abgebaut, und der Landkreis Landsberg am Lech wird nachhaltig als Region gestärkt."

Landrat Robert Niedergesäß, Sprecher der MVV-Landkreise: „Die kommunale ÖPNV-Familie im MVV wächst beständig weiter, das MVV-Gebiet wird mit mittlerweile zwölf Landkreisen immer ländlicher. Es ist ein starkes Signal, dass wir den ÖPNV als das schätzen, was er ist: eine echte Alternative zum Auto. Und ein weiterer wichtiger Schritt, um unsere Region lebens- und liebenswert zu erhalten. Wir freuen uns sehr auf die enge Zusammenarbeit mit unseren neuen Partnern, den Landkreisen Landsberg am Lech und Weilheim-Schongau."

Synergieeffekte

MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch: „Ein Verbund bringt wertvolle Synergieeffekte mit sich, Aufgaben werden zentral erledigt – zum Beispiel die Ausschreibung von Verkehrsleistungen, Fahrgasterhebungen, Marktforschung oder Marketingmaßnahmen. Die dadurch eingesparten Kosten stärken den gesamten ÖPNV – und machen ihn für die Fahrgäste noch attraktiver!"

Der MVV-Raum wächst, fast jeder dritte Einwohner Bayerns lebt im MVV-Gebiet

Mit den beiden Landkreisen Landsberg am Lech und Weilheim-Schongau kommen ca. 260.000 Einwohnerinnen und Einwohner hinzu, der MVV-Raum wächst auf 3,7 Millionen Einwohner an. Seit dem 1. Januar 2025 ist die Zahl der Gemeinden auf rund 320 gestiegen, die Fläche ist auf ca. 10.365 km² gewachsen. Aus den Landkreisen Landsberg am Lech und Weilheim-Schongau kommen 57 Gemeinden neu dazu, acht gehörten auch vor der Verbundraumerweiterung schon zum MVV-Gebiet. Zusätzlich kommen noch Gemeinden aus den Landkreisen Augsburg und Aichach-Friedberg dazu, da diese durch den Beitritt der 2. Welle einen MVV-Halt bekommen haben.

Seit dem 01.01.2025 verkaufen die Busfahrerinnen und Busfahrer in den neuen Verbundlandkreisen Tickets im MVV-Tarif. Damit die Fahrgäste die auf den Strecken, die neu im MVV-Gebiet liegen, weiß, wie der MVV-Tarif funktioniert, hat der MVV mehrere Schulungen durchgeführt und Hintergrundsysteme angepasst. Zahlreiche Bordrechner mussten aktualisiert oder ausgetauscht, Fahrkartenentwerter an Haltestellen und Bussen installiert werden.

20 neue Bahnhöfe

20 neue Bahnhöfe bzw. Bahnhalte sowie ca. 50 Buslinien kommen neu dazu. Mit dabei sind auch die Ammersee- und die Pfaffenwinkelbahn. Die Bewohner der beiden neuen Verbundlandkreise profitieren ebenso wie alle bisherigen MVV-Nutzer u.a. von einem vereinfachten Tarif sowie einer übergreifenden Fahrplan- und Tarifauskunft. Diese kann ganz einfach mit der kostenlosen und werbefreien MVV-App abgefragt werden. Mit der MVV-App haben die Fahrgäste stets ihren eigenen Ticketautomaten mobil auf dem Handy dabei, bei der Eingabe von Start und Ziel zeigt die MVV-App immer die günstigste Ticketvariante an, mit einfachen Schritten geht es direkt zum Fahrkartenkauf. Unter www.mvv-muenchen.de/willkommen finden sich weitere Informationen zur MVV-Verbundraumerweiterung.

Damit die Fahrgäste ab 1.1.2025 über die digitalen Informationsmedien einfach und schnell an die gewünschten Verbindungs- und Tarifinformationen kommen, wurden die neuen Daten in die entsprechenden Systeme eingepflegt. Für Haltestellen, Bahnhöfe, Busse und Bahnen wurden Aufkleber, Schilder, Aushangfahrpläne sowie Infoplakate produziert, alles in enger Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen und Landratsämtern.

Integration des Streckenabschnitts Markt Schwaben – Dorfen

Zeitgleich zur Erweiterung um die beiden neuen Landkreise im Westen wurde zum 1.1.2025 mit der Integration des Streckenabschnitts Markt Schwaben – Dorfen auch im östlichen Teil des MVV-Verbundgebiets eine längst überfällige Tariflücke geschlossen. Mit Beginn des neuen Verkehrsdurchführungsvertrags der Regionalzugstrecke von München nach Mühldorf (RE 4/RB 40) trat dort die Vorgabe zur Anwendung des MVV-Tarifs für den Abschnitt innerhalb des MVV-Verbundlandkreises Erding in Kraft. Fahrgäste ab den Haltestellen Dorfen Bahnhof, Thann-Matzbach, Walpertskirchen und Hörlkofen nutzen jetzt für die Fahrt nach Markt Schwaben oder München ein MVV-Ticket und profitieren von oftmals günstigeren Angeboten wie z.B. der MVV-Tageskarte ohne zeitliche Einschränkungen. Schülerinnen und Schüler mit einem 365-Euro-Ticket MVV haben dann auch auf diesem Streckenabschnitt freie Fahrt. ❐

VDV-Positionspapier:

ÖPNV im ländlichen Raum

Der ländliche Raum unterscheidet sich in seiner Verkehrsinfrastruktur deutlich von urbanen Gebieten. Während Städte vor allem mit dem Problem überlasteter Verkehrswege zu kämpfen haben, steht der ländliche Raum vor einer Mangelsituation im Mobilitätsangebot. Diese Mangellage betrifft etwa die Hälfte der in Deutschland lebenden Bevölkerung, da jede zweite Person in einer ländlichen Region lebt. „Für diese Menschen ist eine zuverlässige und flächendeckende Versorgung mit Mobilitätsdienstleistungen von zentraler Bedeutung, um die Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse sicherzustellen", hob VDV-Präsident Ingo Wortmann anlässlich der Veröffentlichung des VDV-Positionspapiers „Zukunftsfähige Mobilität im ländlichen Raum. Sechs Schritte zu einem attraktiven öffentlichen Personenverkehr" hervor.

Aus Wortmanns Sicht ist es „die zentrale Aufgabe der nächsten Bundesregierung", die Frage der öffentlichen Mobilität im ländlichen Raum mit Zielen und Mitteln zu beantworten und damit sowohl die regionale Wirtschaft zu stärken als auch dem grundgesetzlichen Anspruch der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Land näher zu kommen. Hierzu arbeitete der VDV u.a. folgende Herausforderungen und Maßnahmen für den ÖPNV im ländlichen Raum heraus:

- Stärkung der ÖPNV-Kultur: Raumplanung und ÖPNV müssen von Anfang an zusammen gedacht werden, während aktive Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren die Nutzung des ÖPNV fördern. Gleichzeitig muss die Einbindung von Entscheidungsträgern wie Landräten oder Abgeordneten durch gezielte Aktionen das Bewusstsein für die Bedeutung des ÖPNV stärken.
- Leistungsangebot: Ein flächendeckender 60-Minuten-Takt kombiniert mit On-Demand-Angeboten ist notwendig. Die Fahrzeit im ÖPNV darf nicht länger als das 1,5-fache einer Autofahrt betragen. Ergänzend dazu sorgt ein integrierter Fahrplan mit Takt- und Anschlusszeiten für bedarfsorientierte Mobilität.
- Digitalisierung: Der lückenlose Ausbau von schnellem Internet und WLAN muss gewährleistet werden, um digitale Echtzeit-Informationen zu er-



VDV-Präsident Ingo Wortmann.

möglichen und den ländlichen ÖPNV attraktiver zu gestalten. Darüber hinaus müssen Verwaltungsprozesse digitalisiert werden, um Förderanträge und Planungsabläufe effizienter zu gestalten.
- Infrastruktur und Flottenmodernisierung: Die Antriebswende erfordert langfristige Fördermittel zur Umstellung der Flotten, während gleichzeitig Bürokratieabbau bei Förderprozessen die Modernisierung beschleunigen muss. Die Anpassung und der Ausbau der Ladeinfrastruktur sind essenziell, um die klimapolitischen Ziele zu erreichen.
- Finanzierung und Tarife: Eine langfristige und verlässliche Finanzierung des Deutschland-Tickets sowie zusätzliche Mittel für den Ausbau des ländlichen ÖPNV-Angebots sind unabdingbar. Gleichzeitig braucht es eine faire Einnahmeverteilung, die den besonderen Herausforderungen ländlicher Regionen Rechnung tragen.
- Personal und Bildung: Die Busführerscheinreform muss die Anforderungen des ÖPNV berücksichtigen. Die Digitalisierung der Berufsausbildung soll Auszubildende entlasten und die Personalgewinnung stärken. Zugleich muss die Integration von ausländischen Fachkräften durch schnellere Anerkennungsverfahren und Unterstützungsmaßnahmen erleichtert werden.

Konsequente Modernisierung vonnöten

Laut Präsident Wortmann „steht und fällt die Zukunftsfähigkeit des ÖPNV im ländlichen Raum mit einer konsequenten Modernisierung". Die Ausweitung des Förderkataloges des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes um eine zusätzliche Milliarde Euro sei einer der Hebel, um den Markthochlauf emissionsfreier Busse voranzutreiben. Benötigt würden insgesamt effiziente Strukturen und verlässliche Rahmenbedingungen, um den ÖPNV im ländlichen Raum nachhaltig zu ermöglichen. **DK**





Rollstuhlfahrer können nunmehr spontan und selbstbestimmt unterwegs sein. Evi Gerhard (vorne) testete die selbstständige Ein- und Ausfahrt in den Wagen. V.li. Sozialreferentin Dr. Hülya Düber, Holger Klier (Geschäftsführer, Vorstand Taxi Wü eG), Dr. Sandra Michel (Inklusionsbeauftragte Stadt Würzburg), Stella Münch (Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung Stadt Würzburg), Marco Schmid (Vorstand Taxi Würzburg eG), Dr. Uwe Zimmermann (Leiter Allgemeine Bürgerdienste Stadt Würzburg), Andreas Prell (Taxi Würzburg eG). Bild: Claudia Lother

„Barrierefreies Taxi für alle“ in Würzburg gestartet

Ab sofort gibt es in Würzburg ein „barrierefreies Taxi für alle“. Über eine Rampe können Menschen in ihrem Rollstuhl sitzend direkt in den Fond des Wagens fahren, ganz ohne fremde Hilfe. Das „Barrierefreie Taxi für alle“ ist damit ein wichtiger Baustein barrierefreien Nahverkehrs und inklusiver Mobilität.

Sich abends spontan mit Freunden in der Stadt treffen und danach mit den öffentlichen Verkehrsmitteln nach Hause fahren? Was für die meisten Menschen unproblematisch ist, war für Menschen im Rollstuhl in Würzburg bislang unter Umständen ganz schön schwierig. Denn Bus und Straßenbahn sind noch nicht überall im Stadtgebiet barrierefrei; Schwerbehinderten-Fahrdienste können aufgrund des allgemeinen Personalmangels aktuell nur wenige Fahrten anbieten. Zudem müssen diese mehrere Tage im Voraus angefragt werden und sind in der Regel nur tagsüber verfügbar.

Wichtige Ergänzung

Das „barrierefreie Taxi für alle“ stellt eine wichtige Ergänzung dar, denn es ist über die Rufnummer der Taxizentrale 0931/19410 rund um die Uhr verfügbar. Damit können Menschen im Rollstuhl, die nicht über ein eigenes Auto verfügen, flexibel und selbstbestimmt mobil sein und im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Um den Zielen der UN-BRK näher zu kommen, war das barrierefreie Taxi bereits im Kommunalen Aktionsplan Inklusion der Stadt Würzburg von 2014 als Handlungsempfehlung benannt worden.

„Ich bin sehr froh, dass es uns in enger Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Taxigenossenschaft gelungen ist, ein ‚barrierefreies Taxi für alle‘ auf die Straße zu bringen. Durch die finanzielle Förderung können wir die Anschaffung eines solchen Taxis nun auch für die Taxiunternehmen attraktiv machen,“ freut sich Sozialreferentin Dr. Hülya Düber.

Spontane Teilhabe

„Wenn man als Person mit Rollstuhl oder Rollator auf den Transport mit einem Auto angewiesen ist und über kein eigenes Auto verfügt, war es in Würzburg bislang nur sehr schwer möglich, eine spontane Fahrt zu machen. Dieser Bedarf sollte nun durch das Taxi zu einem Teil gedeckt werden“, bestätigt der kommunale Behindertenbeauftragte Julian Wendel. „Da Teilhabe immer auch spontane Teilhabe bedeutet, ist das Taxi ein wichtiger Schritt auf unserem Weg der Inklusion. Vielen Dank an das Kommunalreferat, das Sozialreferat und das Taxi-Unternehmen für die Unterstützung und die gute Zusammenarbeit.“ ❒

Autofreier Kita- und Schulweg für alle ein Gewinn

Landkreisweit verzichteten fast 10.000 Kinder im Rahmen der Aktion „Autofrei zu Kita und Schule“ im Herbst vergangenen Jahres auf das Elterntaxi und setzten damit ein wichtiges Zeichen für ein verantwortungsbewusstes Mobilitätsverhalten im Landkreis Donau-Ries.

In der Woche vom 18. – 27. September 2024 waren so viele Kinder wie nie zuvor zu Fuß, mit dem Lauf-/Fahrrad, dem Tretroller oder den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Kita und Schule unterwegs. Die Projektewoche „Autofrei zu Kita und Schule“, die vom Landratsamt Donau-Ries jährlich initiiert wird, hat auch 2024 wieder mit großem Erfolg den Bring- und Abholverkehr durch Elterntaxis an Kitas und Schulen spürbar reduziert.

Attraktive Preise

Mitmachen hat sich nicht nur deshalb gelohnt: Unter allen angemeldeten Kitas und Schulen wurden attraktive Preise verlost: So dürfen sich die Kinder des Katholischen Kinderhauses St. Ulrich Buchdorf im Frühjahr 2025 auf einen großen Verkehrssicherheitstag mit dem ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club) Donau-Ries im Wert von ca. 2.500 Euro freuen. Iris Czech nahm für ihr Team den symbolischen Scheck entgegen. „Unsere Kinder machen von Anfang an bei dieser Aktion mit. Wir freuen uns sehr auf den Verkehrssicherheitstag im Mai 2025.“

Die Graf-Heinrich-Grundschule Kaisheim, die Kita Christi Himmelfahrt in Donauwörth und die Kindertagesstätte Blumenwichtel Oberndorf am Lech erhalten Spielgeräte im Wert von 1.000 bzw. 500 Euro. ❒

Bayerischer Eisenbahnempfang in Fürth:

Sonderpreis für Bogener Bahnhof

Beim Bayerischen Eisenbahnempfang 2024 in Fürth unter dem Motto „Zug um Zug für unsere Zukunftsbahnhöfe in Bayern“ wurde die Stadt Bogen mit dem Sonderpreis des Bayerischen Eisenbahnpreises ausgezeichnet. Verkehrsminister Christian Bernreiter verlieh der niederbayerischen Stadt den zum ersten Mal ausgelobten Sonderpreis für besonderes kommunales Engagement im Bahnhofsumfeld. Gewürdigt wurde die Konzeption des dortigen Erlebnisbahnhofs samt Schnittstelle zum allgemeinen ÖPNV.

In seiner Laudatio betonte Regierungspräsident Rainer Haselbeck: „Bahnhöfe verbinden Menschen und Orte. Sie sind Treffpunkt, Arbeitsplatz, Einkaufsmöglichkeit, Hotel und manchmal sogar Museum, Film- und Fotokulisse. Sie sind Orte des Abschieds und des Neuanfangs. Sie prägen das gesellschaftliche Leben einer Stadt ganz entscheidend. Die Stadt Bogen weiß um diese Bedeutung und hat deswegen keine Kosten und Mühen gescheut, das alte Bahnhofsgebäude und den Vorplatz in ein wahres Schmuckstück zu verwandeln. Ein großes Kompliment an die Stadt Bogen. Sie hat mit diesem Bahnhof einen Ort geschaffen, der das pulsierende Herz Bogens geworden ist.“

Viel gewagt, viel gewonnen

„Die Stadt hat am Endpunkt der Gäubodenbahn mit der Umgestaltung des Bahnhofsumfelds und des Empfangsgebäudes viel gewagt und viel gewonnen. Insbesondere preiswürdig erschien, dass von allen Angeboten dort Fahrgäste profitieren“, stellte Minister Bernreiter fest.

„Dass wir diesen Preis hier erhalten, macht mich sehr stolz“, erklärte Bogens Erste Bürgermeisterin Andrea Probst. „Es ist nicht der Verdienst einer Person, sondern es war eine Gemeinschaftsleistung vieler Funktionäre und Verantwortlicher, dass unser Bahnhof ein moderner Verkehrsknotenpunkt mit besonderer Aufenthaltsqualität geworden ist.“

Weitere Sonderpreise verlieh Bernreiter an die weißblauen Eisenbahn-Urgesteine Klaus-Dieter Josel und Dieter Wellner. Josel fungierte u.a. von 2003 bis Mitte 2024 als Konzernbevollmächtigter der DB AG für den Freistaat Bayern. Wellner war nicht nur über 30 Jahre bis zu seinem Ruhestand 2008 in der bayerischen Ministerialverwaltung für die Eisenbahn zuständig und stand zuletzt 15 Jahre der Verkehrsabteilung vor, sondern leitete auch lange Zeit innerhalb der Verkehrsministerkonferenz den Arbeitskreis Bahnpolitik.

Mit dem Hauptpreis für besondere Qualität im bayerischen Bahnverkehr wurde das zuletzt beste Bahnhofsmanagement im Freistaat ausgezeichnet. Dabei handelt es sich um das der DB-Tochter Westfrankenbahn mit Sitz in Aschaffenburg, die am Bayerischen Untermain insgesamt 35 Stationen betreibt.

Bernreiter kündigte an, dass die Stationen im bayerischen Bahnnetz attraktiver für Fahrgäste werden sollen. Dafür werde die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) ihr Controlling-Tool für die bayerischen Bahnhofsmanagements erweitern und zusätzlich ein Qualitätsranking einführen. Seinen Angaben zufolge gibt es bei vielen Stationen der Deutschen Bahn im Freistaat noch Luft nach oben, gerade auch bei der Aufenthaltsqualität, den Informationsangeboten oder der Verfügbarkeit funktionierender Aufzüge. „Wir machen das transparent und schaffen damit Anreize, damit es besser wird“, betonte der Minister und verwies in diesem Zusammenhang auf die positiven Effekte, die aus dem seit Längerem bewährten Servicequalitätsranking des Freistaats für die Eisenbahnverkehrsunternehmen und deren Netze resultierten. Die erste Veröffentlichung des bayerischen Stationsqualitätsrankings soll im ersten Quartal 2025 erfolgen. **DK**

Söder und Herrmann:

Bayerns Bahnhöfe sollen noch sicherer werden

Mit verstärkten Fußstreifen, mit Drogenhunden, mit mehr Videoüberwachung, mit Alkohol- und Waffenverbotszonen und mit dem Einsatz von Bereitschaftspolizei arbeitet Bayerns Polizei im Rahmen der Offensive „Sichere Bahnhöfe“ daran, die Bahnhöfe im Freistaat noch sicherer und damit auch attraktiver zu machen. Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Innenminister Joachim Herrmann haben sich einen Eindruck davon verschafft, wie die Offensive am Nürnberger Hauptbahnhof umgesetzt wird.

„Ohne Sicherheit keine Freiheit“, machte Ministerpräsident Söder zu Beginn deutlich. „Unsere Bahnhöfe sind die Ankunftsorte der Städte für viele Reisende. Mit 200.000 Menschen täglich ist der Nürnberger Hauptbahnhof einer der zentralen Verkehrsknotenpunkte in Bayern, aber auch ein neuralgischer Punkt für Kriminalität. Wir haben uns deshalb heute einen Überblick über die Offensive „Sichere Bahnhöfe“ und das Sicherheitskonzept am Nürnberger Hauptbahnhof verschafft.“

Konzepte optimieren

Innenminister Herrmann sagte, die Offensive „Sichere Bahnhöfe“ sei eingebettet in die bayernweite Arbeitsgruppe „Bayern. 360° Sicherheit.“, die federführend beim Polizeipräsidium Mittelfranken angesiedelt ist. „Ziel ist, die bereits in vielen Städten vorhandenen Einsatzkonzepte für Bahnhofsbereiche und Innenstädte zu optimieren.“ Ganz konkret gehe es um fünf Maßnahmen. So werde die Polizei in diesen Bereichen verstärkt zu Fuß gemeinsam mit der Bundespolizei auf Streife sein. „Hinzukommen regelmäßige so genannte Konzept- und Unterstützungseinsätze unter Beteiligung geschlossener Einheiten der Bereitschaftspolizei.“

Herrmann weiter: „Mit dem Einsatz von Diensthunden werden Polizisten das Bahnhofsumfeld nach Drogenverstecken absuchen.“ In enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Kommunen soll die Polizei auch prüfen, ob eine Ausweisung von Alkoholkonsum- und Waffenverbotszonen sinnvoll ist. „An Brennpunkten planen wir den Ausbau der offenen polizeilichen Videoüberwachung.“

Kommunikationsbeamte als Ansprechpartner

Insbesondere große Bahnhöfe wie der Hauptbahnhof Nürnberg sind häufig nicht nur Verkehrsknoten, sondern auch typische Aufenthaltsorte und Treffpunkte von sozialen Randgruppen. In Nürnberg existiert bereits eine enge Vernetzung der für die Sicherheit rund um den Hauptbahnhof verantwortlichen Sicherheitspartner. Diese soll weiter verstärkt werden. Ziel ist, mit baulichen und infrastrukturellen Maßnahmen den Aufenthalt in und um den Nürnberger Hauptbahnhof attraktiver zu machen. Sogenannte Kommunikationsbeamte der Polizei sollen als Ansprechpartner für die Bahnhofsnutzer dienen. Regelmäßige Fallkonferenzen in enger Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft sollen Ermittlungs- und Strafverfahren deutlich priorisieren und beschleunigen. „Wir setzen auch auf eine verstärkte Sicherheitstechnik und bauen die Videoüberwachung im Nürnberger Bahnhofsumfeld weiter aus.“

„Der bayerische Weg greift“, bekräftigte der Ministerpräsident. Söder weiter: „Mit mehr Streifenpatrouillen, Kameras und Kontrollen gehen wir konsequent gegen Straftaten vor. Jedoch ist auch der Bund in der Pflicht: Es braucht mehr Personal für die Bundespolizei sowie endlich angepasste gesetzliche Rahmenbedingungen, die ein schnelleres und effizienteres Handeln ermöglichen. Danke an die Polizei für den täglichen Einsatz.“ Herrmann betonte den notwendigen Schulterschluss als Schlüssel für den Erfolg des Konzepts: „Nur durch die enge und effektive Zusammenarbeit von Bayerischer Polizei und Bundespolizei mit der Justiz, der Deutschen Bahn und insbesondere den Behörden der Stadt kann die objektive Sicherheitslage nachhaltig verbessert werden. Damit stärken wir das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger.“ ❒



Landrat Johann Kalb mit dem Förderbescheid. Bild: LRA Bamberg/Förtsch

Metropolradweg Nürnberg – Bamberg:

Förderung in Höhe von 815.000 Euro

13 Kommunen und drei Landkreise profitieren

Damit noch mehr Menschen auch im Alltag immer häufiger gerne auf das Fahrrad steigen, ist unter anderem eine gut ausgebaute und ganzjährig sicher befahrbare Radverkehrsinfrastruktur erforderlich. Das interkommunale Radwegeprojekt „Metropolradweg Nürnberg - Bamberg“ setzt hier an und soll zwischen den Schleusen Nürnberg und Bamberg auf einer Länge von insgesamt 65 Kilometern auf allen Streckenabschnitten für einheitliche Qualität und größere Sicherheit sorgen.

Nun wurde dem interkommunalen Planungsverband unter Federführung des Landkreises Bamberg der lang erhoffte Förderbescheid an Landrat Johann Kalb übergeben: „Die Förderung der Planungskosten der nächsten Projektphase durch das Bundesministerium für Digitales und Verkehr mit knapp 694.000 Euro und die zusätzliche Förderung um weitere 121.000 Euro des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr helfen uns und den Kommunen enorm, dieses Projekt voran zu treiben. Die Kommunen werden dank dieser Förderung so entlastet, dass deren Eigenanteil auf nur noch 10 Prozent sinkt.“

Nachhaltige Mobilität sichern

Die Förderung des Projekts erfolgt dabei im Rahmen der Richtlinie zur „Förderung innovativer Projekte zur Verbesserung des Radverkehrs in Deutschland“. Mit dem Förderprogramm werden Radverkehrsprojekte unterstützt, die „einen Beitrag zur Verbesserung der Verhältnisse für den Radverkehr leisten“ und eine nachhaltige Mobilität sichern.

Nach Abschluss der Projektphase I konnten sich die Projektpartner bereits über das grundsätzlich positive Ergebnis einer definierten Vorzugstrasse, einheitlicher Qualitätsstandards und ein empfohlenes Maßnahmenpaket freuen. Damit aus den engagierten Bestrebungen der Metropolregion auch echter Asphalt für die Radfahrer werden kann, konkretisieren Fachbüros in enger Abstimmung mit den beteiligten Kommunen weiter planerisch die bisherigen Ausarbeitungen in der nun anstehenden Projektphase II mittels Entwurfs- und Genehmigungsplanung.

Projekt mit Strahlkraft

Die im Willen zur aktiven Stärkung von Radverkehr und Klimaschutz geeinten Akteure aus Ober- und Mittelfranken können unter Federführung des Landkreises Bamberg dank des Förderbescheides nun die nächsten nötigen Schritte für dieses Projekt mit Strahlkraft weit über die Region hinaus einleiten.

Läuft alles nach Plan, beginnt nach Unterzeichnung der interkommunalen Planungsvereinbarung der beteiligten Kommunen im Jahr 2025 die europaweite Ausschreibung der Planungsleistungen. Daran schließt sich im Jahr 2026 die eigentliche Fachplanung an, die im Jahr 2027 abgeschlossen werden soll. ❒

Die erste Mammutpumpe auf einem Unimog

Von Pionieren für Pioniere: Die Wasserwirtschafts-Experten der Dresdner wks group haben sich die überbordende Kraft eines Unimog U 535 zu Nutze gemacht, um eine bisher einmalige mobile Hydraulik-Pumpe zu bauen. Eine Erfindung von großer Bedeutung, denn Kommunen auf der ganzen Welt können damit der Bedrohung durch Hochwasser voraussichtlich besser Herr werden.

Meilenstein für den Hochwasserschutz

Wann kommt die Flut…?“ sang Peter Heppner so erfolgreich, dass er mit seinem Song „Flut“ eine Platin-Auszeichnung erhielt. Für Menschen allerdings, die bei Starkregen Angst vor Hochwasser in ihrer Stadt haben müssen, wird dieses Lied sicherlich niemals ein Gassenhauer werden. Für die Frage „Wann geht die Flut?“ ist Axel Marx aus Dresden zuständig.

Marx ist Geschäftsführer der wks group Deutschland, die mit ihren 150 Mitarbeitern wasserwirtschaftliche Anlagen entwickelt und baut. Das sind bspw. Wasserwerke, Kläranlagen und Regenrückhaltebecken. Was Marx mit seinem Tüftlerteam jetzt entwickelt hat, könnte für viele von der Hochwassergefahr bedrohte Kommunen die Lösung sein.

Das Schreckensszenario sieht so aus: Es regnet tagelang wie aus Eimern, die Kanalisation läuft voll, kann aber aus eigener Kraft nicht mehr in den nahegelegenen Fluss abfließen. Die Folge: Die Stadt steht unter Wasser.

Natürlich gibt es längst Systeme, die per fest installierter Pumpen das Mischwasser (Regen- und Abwasser) vom Kanal in den Fluss einpumpen. Doch sind diese Systeme, die vielleicht alle zehn Jahre mal zum Einsatz kommen, sehr wartungsintensiv und teuer. „Und am Ende, wenn die Katastrophe droht, sind sie meistens kaputt“, weiß Marx aus Erfahrung. Nach intensiver Forschung an der TU Dresden hat Marx mit seinem Team eine mobile Pumpanlage entwickelt – auf Basis eines Unimog U 535 in tieforange mit langem Radstand (3900 mm) und 354 PS.



Der U 535 als mobiles Wasserhebewerk. Bild: Daimler Truck AG

Unimog Hydraulikmotor gibt Vollgas.

Der Vorteil der von Marx entwickelten Lösung: Im Fall der Fälle fährt der Unimog, der eine gigantische Gebläseeinheit (2 x 110 kW) auf einer Wechselbrücke huckepack mitführt, an den Deich oder an einen ähnlichen Hochwasserschutz am Fluss. Dort wird ein robuster Luftdruckschlauch an ein fest installiertes Rohr, das aus dem Kanal heraufkommt, angeschlossen. Und dann: Vollgas!

Der Unimog treibt über seine Nebenabtriebe die Hydraulikmotoren in der Hydraulikpumpe an. Ein spezieller 500-l-Öltank ist dafür unter der Fahrerseite verbaut worden. Für den Langzeitbetrieb an der Pumpstelle gab es einen 300-l-Dieseltank dazu.

Spätestens zwei Stunden nach dem Alarm im Einsatz

Das Prinzip ist einfach: Die mobile Mammutpumpe erzeugt einen immensen Luftdruck. Der Schlauch wird am tiefsten Punkt der Kanalisation angeschlossen. Durch die von unten aufsteigenden Luftblasen wird das Wasser aus der Kanalisation hinauf zum Deich und in den Fluss gedrückt. Ein mobiles Wasserhebewerk also, mit einer stündlichen Durchflussmenge zwischen 500 und 3.500 m³. Vorteil dieses Systems: Der Unimog kann im Tagesgeschäft des Wasserzweckverbandes eingesetzt werden und ist im Alarmfall nach spätestens zwei Stunden einsatzbereit. Alternative Lösungen mit Pumpen und Aggregaten auf Anhängern brauchen bis zu 24 Stunden, bis sie einsatzbereit sind, verbrauchen viel Platz und sind wartungsintensiv.

Der erste Kunde ist schon gefunden

Bis zu 80 cm stark ist der Durchlass der mobilen Mammutpumpe. „Da gehen Äste und Zigel spielend durch“, weiß Marx. „Die Flexibilität des Fahrzeugs hat uns überzeugt, das System auf dem Unimog anzubieten. Der Unimog ist schnell, er benötigt wenig Platz, er hat eine gigantische Wattiefe und in unserem Fall ist er völlig autark, kann das Pumpsystem per Palfinger Ladekran selbst aufnehmen.“

Erster Kunde der wks group Deutschland ist die Stadt Weißenfels im Burgenlandkreis bei Leipzig. Hier ist die Saale, die mitten durch die Stadt fließt, die drohende Hochwassergefahr. ❐

Schritt für Schritt zum klimastabilen Zukunftswald

Im Auftrag der Bayernwerk Netz GmbH entsteht in Kirchenlamitz im Landkreis Wunsiedel ein klimastabiler Zukunftswald. Gemeinsam mit der Bayerischen Kulturlandstiftung (BKLS) und lokalen Partnern lässt der Energienetzbetreiber einen strukturarmen Fichtenforst umbauen, um Ökopunkte für Netzbauprojekte im Hochspannungsbereich zu sammeln. In den kommenden Jahren sollen 8.290 Bäume gepflanzt werden.

Eine bunte Mischung aus Rotbuchen, Traubeneichen und Weißtannen soll den eintönigen Fichtenforst künftig ablösen. Zusätzlich werden Winterlinden und Wildobstbäume einen gestuften Waldrand bilden, so dass zahlreiche Tiere Lebensraum und Nahrung finden. Dadurch baut der Netzbetreiber sogenannte Ökokonten auf und generiert Punkte für künftige Eingriffe in die Natur und Landschaft, etwa für Neubauten oder Instandhaltungsmaßnahmen. Statt Ökopunkte zu kaufen, hat sich das Unternehmen der Aufgabe verschrieben, ökologische Ausgleichsflächen verantwortungsvoll zu gestalten und zu pflegen. „Als Projektträger übernehmen wir eine aktive Rolle in der Planung, Genehmigung, Umsetzung und langfristigen Betreuung dieser Flächen. So wollen wir sicherstellen, dass unsere Kompensationsmaßnahmen nachhaltig und sinnvoll sind“, bestätigt Projekt-Controller Harald Wolz vom Genehmigungsmanagement der Bayernwerk Netz.



Im Auftrag der Bayernwerk Netz GmbH entsteht in Kirchenlamitz im Landkreis Wunsiedel ein klimastabiler Zukunftswald. V.l.: Stephanie Huber (WBD Hochfranken), Harald Wolz (Bayernwerk Netz), Julian Brandner (Forstservice Brandner) und Lisa Ott (BKLS). Bild: Adriane Lochner, Bayernwerk Netz

Insgesamt 8.290 Bäume sollen bis zum Jahr 2037 auf der 4,6 Hektar großen Fläche gepflanzt werden. Anfang November fand der Auftakt mit 735 Bäumen statt. BKLS-Projektleiterin Lisa Ott erklärt: „Ein Waldumbau geht nicht von heute auf morgen. Anstatt die Fläche kahl zu schlagen und neu zu bepflanzen, gehen wir in kleinen Schritten vor, sodass der Wald als Ökosystem durchgehend erhalten bleibt.“ Gemeinsam mit der örtlichen Forstbehörde und der Waldbesitzer Dienstleistungs GmbH (WBD) Hochfranken sei ein vorbildliches Konzept für einen langfristigen und tragfähigen Waldumbau erarbeitet worden. Ott zufolge ist die Maßnahme dringend notwendig, um Schäden durch Sturm und den Borkenkäfer zu minimieren.

Waldumbau in Etappen

In Kirchenlamitz ist geplant, nach und nach Fichten aus dem Altbestand zu entnehmen und neue Bäume nachzupflanzen. Die erste Durchforstung fand Anfang des Jahres 2024 statt. Im Januar holten Forstleute mit Harvester und Rückezug etwa 20 Prozent der Bäume aus dem dichten Fichtenforst. „Wir wollen, dass mehr Licht auf den Waldboden fällt, aber nicht zu viel. Vor allem Rotbuchen und Tannen wachsen nicht gern in der prallen Sonne. Sie haben unter dem Schirm der Altbäume einen Wuchsvorteil gegenüber Fichte und Kiefer“, betont Stephanie Huber, Projektleiterin bei der WBD Hochfranken. Ihr zufolge bildet sich im Vergleich zur Freifläche im Bestand ein besonderes Klima, das Frost und Trockenheit abmildert. So können die neuen Bäume optimal wachsen.

Nachhaltige Kompensation

Ähnlich wie im Landkreis Wunsiedel engagiert sich die Bayernwerk Netz GmbH derzeit bayernweit für die ökologische Aufwertung zahlreicher Flächen. Dabei liegt der Fokus nicht nur auf naturnahem Waldumbau, sondern auch auf der Schaffung von extensiv genutztem Grünland, Äckern und Streuobstwiesen – abgestimmt auf die Besonderheiten des jeweiligen Naturraums. Die Maßnahmen werden über einen Zeitraum von 25 Jahren durch die Experten der Bayerischen Kulturlandstiftung begleitet und betreut. ❐

Bayerns Wälder im umfangreichen Fitness-Check:

Ergebnisse der Waldzustandserhebung 2024

Trotz ergiebiger Regenfälle: Die Gesundheit der Waldbäume hat sich nicht verbessert. Das geht aus dem aktuellen Waldzustandsbericht hervor, den Forstministerin Michaela Kaniber veröffentlicht hat: „Unsere Waldbäume hat der üppige Regen bayernweit gesehen vermutlich vor Schlimmerem bewahrt. Zur Wahrheit gehört aber auch, unser Wald hat sich von der extremen Hitze und Trockenheit der vergangenen Jahre noch nicht erholt.“ Der mittlere Nadel-/Blattverlust aller Baumarten ist laut Kaniber mit 26,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (26,0 Prozent) nahezu unverändert. Unterschiede gibt es allerdings bei den einzelnen Baumarten. So hat sich der Zustand der Nadelbäume leicht verschlechtert, während es den Laubbäumen besser geht.

Regional betrachtet verzeichnet erneut der Norden Bayerns höhere Schadenswerte als der Süden. Den höchsten Nadel-/Blattverlust weist auch in diesem Jahr Mittelfranken mit 29,3 Prozent (Vorjahr: 29,1 Prozent) auf, gefolgt von der Oberpfalz (28,9 Prozent, Vorjahr: 25,0 Prozent) und Oberfranken (27,7 Prozent, Vorjahr: 28,1 Prozent). Bei den Nadelbäumen ist die Kiefer nach wie vor das Sorgenkind. Ihr Nadelverlust beträgt 32,3 Prozent (Vorjahr: 31,1 Prozent). Bei der Fichte ist der Nadelverlust mit 25,1 Prozent gegenüber 2023 auf hohem Niveau konstant geblieben. Erfreulich ist die Entwicklung bei der Tanne im Flachland, ihr Nadelverlust ging von 22,7 Prozent auf 21,6 Prozent zurück. Bei den Laubbäumen hat sich der Zustand der Buche leicht verbessert (23,3 Prozent, Vorjahr: 23,5 Prozent), der Blattverlust der Eiche ist gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben (24,9 Prozent).

„Die Spuren von Trockenheit, Hitze und Extremwetter machen deutlich: Wir müssen den Wald fit machen für den Klimawandel. Der Waldumbau läuft bei uns im Freistaat deshalb seit Jahren auf Hochtouren. Allein im vergangenen Jahr haben Bayerns Waldbesitzer dank finanzieller Unterstützung 11,5 Millionen Zukunftsbäume gepflanzt“, so Kaniber. Der Freistaat greift den Waldbesitzern mit einem bundesweit einzigartigen waldbaulichen Förderprogramm unter die Arme. Mit Erfolg: Die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer konnten so unterstützt seit 2008 bereits 108.000 Hektar im Privat- und Körperschaftswald klimastabil umbauen.

Weitere Informationen: www.forst.bayern.de/waldzustand ❐



GZ ZU GAST BEI ...



Alois Held

Erster Bürgermeister der Stadt Thannhausen

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Ich darf Erster Bürgermeister der Stadt Thannhausen mit ca. 6.500 Einwohnern sein.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?
2020 wurde ich gewählt, gemäß der Einwohnerzahl im Hauptamt.
Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?
Ursprünglich hatte ich Schreiner gelernt, in dem Beruf noch etwas gearbeitet, später dann noch vor einem BWL-Studium eine Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten gemacht. Vor Amtsantritt war ich Personalleiter einer mittelständischen Unternehmensgruppe mit ca. 500 Mitarbeitenden.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Es ist immer leicht, sich als Außenstehender über politische Missstände zu beklagen. Die Realität ist dagegen oft komplex und dieser sollte man sich auch in Verantwortung direkt stellen. Ich hatte mir einmal vorgenommen, Herausforderungen in meinem Leben anzunehmen. Dass ich dann 1. Bürgermeister werden würde, hatte ich damals aber eigentlich nicht vorgesehen. Ich habe diese Entscheidung nicht bereut und bringe mich bisher sehr gerne ein in der Kommunalpolitik.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Da ich bereits im Stadtrat war und auch in der öffentlichen Verwaltung gearbeitet hatte, war ich mit gewissen Dingen bereits vertraut. Alles andere kommt mit der Erfahrung, außerdem hat man ja viele Mitarbeitende in der Verwaltung die beratend unterstützen – bei dieser Gelegenheit darf ich mich bei diesen ganz herzlich bedanken.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Begonnen hat meine Amtszeit mitten in der Coronapandemie, was durch den Wegfall vieler Präsenztermine auch Vorteile hatte. Thannhausen ist sehr gut aufgestellt, sodass die Fußstapfen schon sehr groß waren. Zusammengefasst bin ich sehr gut in mein Amt gestartet.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Grundsätzlich und mittelfristig geht es darum, strukturelle Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass alle Akteure im Ort gute Bedingungen vorfinden. Konkret ist mit der Renovierung der Mittelschule gerade viel Abstimmungsbedarf verbunden, in der Masse beschäftigen mich allerdings oft tagtägliche Themen von der Kläranlage, Wasserversorgung, Hallenbadbetrieb, personelle Ausstattung der Verwaltung bis hin zu Bürgeranfragen. Eine Aufzählung ließe sich beliebig lange fortsetzen ...
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Die finanzielle Lage bei uns ist zwar noch gut; es wird aber absehbar immer schwieriger. Handlungsspielräume werden immer kleiner und wir müssen es schaffen, hier auch die Bevölkerung mitzunehmen. Die Politik hat es offenbar in den letzten Jahren versäumt, den Bürgerinnen und Bürgern verständlich zu machen, dass der Staat die umfangreichen Leistungen auch finanzieren muss. Alles erscheint irgendwie selbstverständlich und wir müssen uns dagegen trauen, auch unbequeme Entscheidungen in der Öffentlichkeit ehrlich zu kommunizieren.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Man darf sich vieles wirklich nicht allzu sehr zu Herzen nehmen. Auf manche Kritik sollte man sich schlicht nicht einlassen, denn diese ist es oft nicht wert. Da ich zwei Kinder habe, würde ich auch empfehlen, feste Zeiten für die Familie einzuplanen. Ich habe mir z.B. den Dienstagnachmittag dafür reserviert.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Selbstverständlich ist man vernetzt über den eigenen Freundeskreis und man bietet unterschiedliche Formate, um auch niederschwellig allen die Möglichkeit des unkomplizierten Austausches zu geben. Umgekehrt kann ich jeden nur ermuntern sich auch selbst einzubringen, denn die Entscheidungswege in der Politik sind durchaus so kurz dass man auch Gehör finden kann in der Kommune.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Die Welt ändert sich rasant, besonders bei der Digitalisierung. Natürlich müssen wir zunehmend digitale Prozesse auch in den öffentlichen Verwaltungen implementieren. Das dazu erforderliche Change Management lässt sich allerdings aufgrund offenbar noch nicht ausgereifter Softwarelösungen, fehlenden rechtlichen Rahmenbedingungen und wohl auch noch fehlender Akzeptanz nicht so umsetzen wie gewünscht. Wo es geht, wird natürlich zum bewährten Service vor Ort auch eine digitale Lösung geboten.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Nein, ich bin wohl ein rationaler Mensch und lege auf inspirierende Weisheiten keinen Wert. Im Kern geht es darum, dass man mit sich, der Familie, Gott und den Mitmenschen im Reinen ist – man muss guten Gewissens „in den Spiegel schauen können" wie man so sagt. Bisher gelingt mir das sehr gut.
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Da möchte ich mich nicht festlegen, denn jeder nimmt einen ja anders wahr. Das Amt des Bürgermeisters ist herausfordernd und auch mit viel Ärger verbunden, es ist aber selbstverständlich auch schön und sinnstiftend. Es ist eine Ehre, ein solches Amt überhaupt ausüben zu dürfen. ❐

Sonthofen – Stadt der Zukunft

Preis „Vermittlung im Museum" geht an das AlpenStadtMuseum

Das AlpenStadtMuseum Sonthofen wurde mit dem renommierten Preis „Vermittlung im Museum" ausgezeichnet.

Dieser Preis wird alle zwei Jahre von der Bayerischen Sparkassenstiftung gemeinsam mit der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern verliehen. Mit dieser Ehrung würdigen die Initiatoren innovative Vermittlungskonzepte, die Museen zu lebendigen Orten des Austauschs und der Inspiration machen.

Das prämierte Projekt des AlpenStadtMuseums trägt den Titel „Stadt der Zukunft" und hebt die Bedeutung von Partizipation und kreativem Denken in der Gestaltung von Stadtentwicklung hervor. Es bindet insbesondere die Jugend der Stadt Sonthofen in einen mehrstufigen Prozess ein, der von der Reflexion der Stadtgeschichte bis hin zur Entwicklung zukunftsorientierter Ideen reicht. Die Ergebnisse dieses kreativen Prozesses werden nun in einer Sonderausstellung im AlpenStadtMuseum präsentiert – ein Schritt, der nicht nur den Austausch mit der Öffentlichkeit, sondern auch mit politischen Entscheidungsträgern fördert.

Museen als Plattformen der Zukunftsgestaltung

Museen sind heute weit mehr als reine Sammlungs- und Ausstellungsorte. Sie fungieren als Orte des gesellschaftlichen Dialogs, die aktuelle Herausforderungen und Entwicklungen aufgreifen. Dabei spielen innovative Vermittlungsansätze eine zentrale Rolle.

Die Bayerische Sparkassenstiftung engagiert sich seit Jahren für die Förderung von Bildung und Kultur. „Mit Projekten wie ‚Stadt der Zukunft' zeigen wir, wie Museen auch und gerade in einer sich zunehmend schneller wandelnden Welt von Bedeutung sind", so Dr. Ingo Krüger, Geschäftsführender Vorstand der Bayerischen Sparkassenstiftung. „Es ist inspirierend zu sehen, wie das AlpenStadtMuseum Sonthofen mit seinem Konzept sowohl junge Menschen als auch die gesamte Gemeinschaft anspricht.", pflichtet ihm Angelo Picierro, Vorstandsmitglied der Sparkasse Allgäu, bei. . „Sehr gerne haben wir das Projekt mit einer Spende aus der Sparkassenstiftung Allgäu unterstützt", so Picierro weiter.

„Unser Preis zeigt, dass Museen in Bayern die Chancen der digitalen und analogen Vermittlung hervorragend nutzen, um Bildung und Partizipation zu fördern", fügt Dr. Dirk Blübaum, Leiter der Landesstelle für nichtstaatliche Museen in Bayern, hinzu.

Eine Zukunftswerkstatt für Sonthofen

Das ausgezeichnete Projekt basiert auf einem partizipativen Ansatz, bei dem die Jugendlichen nicht nur lernen, sondern selbst zu Akteuren der Stadtentwicklung werden. „Das AlpenStadtMuseum etabliert sich dabei als Raum, in dem Visionen entstehen und diskutiert werden können", lobte die Jury. Die Leiterin des Projekts, Alexandra Konda, betonte: „Die Zukunft beginnt im Kopf, Museen können dafür inspirierende Orte sein, wenn die Vergangenheit auf die Zukunft trifft".

Ein starkes Symbol für die Vielfalt im Museum

„Die Preisstele erinnert uns daran, dass Museen wie offene Türen sind: Sie laden uns ein, neue Perspektiven zu entdecken und die Vielfalt menschlicher Erfahrungen zu reflektieren", erklärte Helena Blickenberger, Managerin der Bayerischen Sparkassenstiftung, bei der Preisverleihung. „Die Spiegel in der Stele symbolisieren eindrucksvoll, wie Museen nicht nur Inhalte präsentieren, sondern uns auch ermutigen, uns selbst und unsere Welt immer wieder neu zu betrachten."

Mit dem Preis „Vermittlung im Museum" wird nicht nur die Qualität innovativer Konzepte, sondern auch die Relevanz von Museen in der modernen Gesellschaft hervorgehoben. Das AlpenStadtMuseum Sonthofen zeigt beispielhaft, wie Museen sich als Zukunftswerkstätten positionieren können – ein Meilenstein für die Region und ein Vorbild für Museen über die Grenzen Bayerns hinaus. ❐



V.l.: Werner Pecher, Isabella Pecher, Landrat Stefan Rössle.

Bild: LRA Donau-Ries

Stadt Bamberg: Stadtspitze kritisiert „glatten Wortbruch"

Staatsregierung hält am Ankerzentrum fest

Schreiben von Innenminister Herrmann widerspricht der gemeinsamen Erklärung von 2015

Bis zum letzten Tag hat die Staatsregierung die von der Stadt Bamberg gesetzte Frist ausgereizt, um die geforderte definitive Aussage zur Schließung des Ankerzentrums zum 1.1.2026 abzugeben. Anders als vertraglich vereinbart, will die Staatsregierung am Ankerzentrum festhalten. Das stößt auf deutliche Kritik der Stadtspitze: „Wir sehen darin einen glatten Wortbruch. Die Bürgerschaft in Bamberg hatte sich darauf verlassen, dass sich der Freistaat vertragstreu verhält. Jetzt ist klar, dass die getroffenen Absprachen nicht eingehalten werden", betont Oberbürgermeister Andreas Starke.

Der Oberbürgermeister beanstandet weiter, dass „in den vergangenen neun Jahren nichts unternommen worden ist, um eine Alternative für das Anker-Zentrum in Oberfranken zu schaffen."

Nachteile für die Bamberger Bürgerschaft

Die Stadt hat bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf hingewiesen, dass die vereinbarte Frist zur „unwiderruflichen" Schließung des Ankerzentrums zum 1.1.2026 eingehalten werden muss. Trotz dieser Erklärungen wurde weder ein Neubau an anderer Stelle in Oberfranken, noch eine andere Struktur geplant. Dieses Versäumnis lastet die Stadt Bamberg der Staatsregierung an, weil dadurch Nachteile für die Bamberger Bürgerschaft ausgelöst werden. „Wer seine Hausaufgaben in München nicht macht, darf nicht mit den Fingern auf andere deuten", sagt Starke.

Faktenlage

Die Stadtspitze unterstreicht die Faktenlage: „Zuständig und verantwortlich für die Unterbringung von geflüchteten Menschen ist der Freistaat. Die Kosten für eine dezentrale Unterbringung sind immer durch den Freistaat zu tragen, so wie in allen anderen Städten auch."

Organisation einer dezentralen Unterbringung möglich

Die Stadt tritt auch dem Vorwurf entgegen, eine dezentrale Unterbringung nicht umsetzen zu können. „Wir können eine dezentrale Unterbringung in Bamberg organisieren", stellt Starke klar und betont: „Der Freistaat setzt mit seinem Schreiben das Schwarze-Peter-Spiel der letzten Monate fort, das führt zu keiner Lösung der aktuellen Herausforderung. Der Stadtrat wird sich in seiner Vollsitzung am 29. Januar mit der Tatsache auseinandersetzen müssen, dass der Freistaat das Ankerzentrum nicht schließen will." ❐

Asbach-Bäumenheim: Haus der Immobilien

Spende für Schulbau in Tansania

Werner Pecher, ehemaliger Geschäftsführer der C.P. Immobilienverwaltungs- und Service GmbH aus Asbach-Bäumenheim, hat mit großem Engagement Spenden in Höhe von 4.600 Euro gesammelt. Damit will er die Initiative „1000 Schulen für unsere Welt" unterstützen. Jetzt übergab er zusammen mit der Prokuristin, Frau Isabella Pecher, den Betrag an Landrat Stefan Rößle. Die großzügige Spende kommt nun einem Schulbauprojekt in Tansania zugute:

Dank dieser Unterstützung kann das gemeinsame Schulbauprojekt des Schulverbandes Mönchsdeggingen und des Landkreises Donau-Ries in Sanjan, Tansania, um ein dringend benötigtes Lehrerwohnhaus erweitert werden. Ursprünglich war das Spendenziel für die vergleichsweise große Schule bereits erreicht und sogar übertroffen worden. Die neue Lehrerunterkunft ermöglicht es jedoch, die Lehrkräfte langfristig und nachhaltig an der Schule in der abgelegenen Region zu halten.

Die Schule in Sanjan ist ein wichtiger Bestandteil der lokalen Bildungsinfrastruktur. Sie bietet den Kindern der Region bessere Zukunftsperspektiven und leistet einen entscheidenden Beitrag zur Bildungsförderung. „Die Spende von Herrn Pecher hilft uns, die dringend benötigte Lehrerwohnung zu realisieren und so die Schulbildung in einer der ärmsten Regionen Tansanias nachhaltig zu verbessern", erklärt Landrat Stefan Rößle. „Solche Projekte zeigen, wie wir gemeinsam – durch die Initiative „1000 Schulen für unsere Welt" – weltweit Zukunftsperspektiven schaffen können." ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Anne-Marie von Hassel,
Inge Metzger
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 59 vom 01.01.2025
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-17

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Integrationspreis und Inklusionspreis Oberbayern 2024:

Vielfältiges Spektrum

Regierungspräsident Dr. Konrad Schober und Regierungsvizepräsidentin Sabine Kahle-Sander verliehen in München gemeinsam mit Innen- und Integrationsstaatssekretär Sandro Kirchner und dem Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, Karl Straub, die diesjährigen Integrationspreise für den Regierungsbezirk Oberbayern. Sieben Initiativen aus Freising, Herrsching/Breitbrunn (Landkreis Starnberg), Riedering (Landkreis Rosenheim) und der Landeshauptstadt München dürfen sich jeweils über einen Geldpreis in Höhe von 850 Euro freuen.

Für ihre Bemühungen um eine Ausbildung von Menschen mit Migrationshintergrund wurde die Bäckerei und Konditorei Geisenhofer in Freising, die noch weitere Fachgeschäfte in Dachau und Marzling betreibt, ausgezeichnet. Aktuell werden knapp 100 Mitarbeiter aus 16 Ländern und fünf Auszubildende mit Migrationshintergrund beschäftigt. Die Bäckerei punktet unter anderem mit sogenannten Ausbildungspaten, die zugleich auch als Vertrauenspersonen fungieren.

Erfolgreiche Wohnungsvermittlung

Das Projekt „Raumgeben.net“ (Herrsching/Breitbrunn) ermöglicht es Eigentümern von leerstehenden Wohnungen, ihre Flächen an anerkannte Geflüchtete zu vermieten. Und das mit Erfolg: Seit März 2023 konnten im Landkreis Starnberg bereits 50 Wohneinheiten vermittelt werden, etwa 120 Personen fanden auf diesem Weg ein privates Zuhause. Drei Ehrenamtliche betreuen die Organisation in Herrsching, zudem sind sieben Helferkreise beteiligt. Sie schlüpfen in die Rolle des Maklers und prüfen Wohnungsangebote. Sie besprechen mit Vermietern deren Angebote, erstellen Exposees und vermitteln die Wohnungen schließlich an die Wohnungssuchenden.

Schülerinitiative

Auf Initiative von Schülerinnen und Schülern (12 bis 15 Jahre alt) wurde an der Mittelschule Elisabeth-Kohn-Straße in München während des Ramadans im März 2024 ein Gebetsraum in der Schulbibliothek eingerichtet. Dieser wurde neutral und inklusiv gestaltet, alle sollten sich dabei berücksichtigt und wohlfühlen. Die Jugendlichen engagierten sich eigenverantwortlich für die gesamte Umsetzung. Im Gebetsraum treffen Schülerinnen und Schüler mit ähnlichen religiösen Überzeugungen aufeinander und können sich zu ihren Religionen austauschen.

„KIKUS App“

Das Zentrum für kindliche Mehrsprachigkeit e.V. in München hat die KIKUS App entwickelt, um die Mehrsprachigkeit und die Integration zugewanderter Kinder zu fördern und zu erleichtern. Innerhalb der ersten acht Monate wurde die 2023 eingeführte App bereits 45.000mal heruntergeladen. Sie enthält fünf Sprachlernspiele, die in Deutsch und zehn weiteren Sprachen zur Verfügung stehen. Ein besonderes Anliegen ist dem Verein, dass die KIKUS App – gleich ob zu Hause oder in Bildungseinrichtungen – für alle kostenfrei, leicht und schnell zugänglich ist.

„Mädchen an den Ball“

Seit nunmehr 17 Jahren bietet das Projekt „Mädchen an den Ball“ der BIKU gGmbH, München, jungen Frauen aktuell in München und Augsburg die Möglichkeit, Spaß und Freude am Fußballspielen zu erleben. Sie kicken regelmäßig und dies in einem geschützten Raum nur für sie. Das Projekt verbindet die Mädchen unabhängig von Herkunft, Sprache, Religion oder einem vermeintlichen Handicap. Sie werden durch den Sport in ihrem Selbstbewusstsein und ihrer Persönlichkeitsentwicklung gestärkt. „Mädchen an den Ball“ ist eines der wenigen Outdoor-Projekte, das sich ausschließlich an Mädchen richtet. Die Teilnahme an den zweistündigen Trainingseinheiten, die immer einmal pro Woche stattfinden, ist kostenlos.

Theaterarbeit mit Jugendlichen

„Die Jugendtheatergruppe „TIME BUSTERS“ an den Münchner Kammerspielen befasst sich mit unterschiedlichen familienbiografischen Bezugspunkten als Gemeinschaft mit der deutschen Erinnerungskultur. Das Projekt besteht aus vier Phasen: Zunächst werden Workshops an verschiedenen Schulen in Neuperlach durchgeführt, danach folgen Intensivworkshops und außerschulische Theaterarbeit mit Jugendlichen. Seit 2023 werden außerdem Premieren und Vorstellungen durchgeführt. Bei den Aufführungen und Workshops wird das Publikum jeweils aktiv mit eingebunden.

Das weltoffene Riederinger Warenhaus (RiWa) im Landkreis Rosenheim bietet eine vielfältige Auswahl an Waren, etwa Haushaltsgeräte oder Kleidung. Diese werden kostenlos oder gegen Spende an Geflüchtete vergeben. Ausschließlich ehrenamtlich engagierte Mitarbeiter betreiben das Warenhaus. „Bringen – Mitnehmen – Tauschen“ lautet der Leitsatz des Konzepts.

Begegnung auf Augenhöhe

Der Bezirk Oberbayern zeichnete mit dem Inklusionspreis unter dem Motto „Barrierefrei – gemeinsam finden wir Wege“ vier Initiativen aus, die sich für ein barrierefreies Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen einsetzen und Begegnung auf Augenhöhe ermöglichen. Weitere acht wurden mit Anerkennungspreisen gewürdigt. „Herz dieser Initiativen sind engagierte Menschen, die andere ermutigen, an sich und ihre Fähigkeiten zu glauben, ihre Möglichkeiten auszuloten, ihre Potenziale zu erkennen, sich einzubringen und über sich hinauszuwachsen. So gelingt Inklusion“, hob Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger hervor.

Plätze 1 bis 3

Über den mit 5.000 Euro dotierten 1. Preis freuten sich die Verantwortlichen der Lebenshilfe Freising e. V. mit ihrem Projekt „LENADI – mit Herz und Hirn barrierefrei“. „LENADI“ ist eine Abkürzung für „Leichter Nachrichtendienst“, dahinter verbirgt sich ein inklusives Redaktionsteam, das Nachrichten und Informationen digital und in einfacher Sprache bereitstellt. Von Unterhaltung über Sport bis hin zu politischen Themen: Die Bandbreite ist groß. Die Inhalte werden in Redaktionskonferenzen festgelegt und in kurzen Videos in einfacher Sprache und mit Hilfe von Symbolen vermittelt.

Den 2. Preis (3.000 Euro) erhielt Your Capabilities gUG für ihr berufsvorbereitendes Gründerprogramm „Entrepreneurship Inklusiv“ in Kooperation mit der Stiftung Pfennigparade und der Hypo Vereinsbank in München. Dabei entwickeln junge Menschen mit und ohne Behinderungen mit der Unterstützung ehrenamtlicher Mentoren sozialunternehmerische Geschäftsideen. Die Jugendlichen sollen Selbstwirksamkeit erfahren, ihre Fähigkeiten und Talente stärken und befähigt werden, den Weg in eine inklusive Gesellschaft aktiv mitzugestalten. In München hat die Ernst-Barlach-Schule bereits an dem Programm teilgenommen. Perspektivisch soll das Projekt an Schulen bundesweit und in anderen Ländern ausgerollt werden.

Der mit jeweils 1.000 Euro dotierte 3. Preis ging an den Stadtjugendring Ingolstadt des BJR (Bayerischer Jugendring) für das seit 2006 bestehende Projekt „Jugendkultursommer: Bewegungstheater“ sowie die IG Klettern München & Südbayern e. V. für die Initiative „Bayerns beste Gipfelstürmer“.

Beim Projekt „Jugendkultursommer: Bewegungstheater“ handelt es sich um eine kooperative, schulübergreifende Initiative, bei der junge Menschen mit und ohne Behinderungen miteinander trainieren und ein Tanztheater aufführen. Das Projekt findet jährlich über mehrere Monate statt. Die Schülerinnen und Schülern sollen möglichst viele Ideen einbringen und ihre Potenziale entfalten.

Bei der Initiative „Bayerns beste Gipfelstürmer“ klettern Menschen mit und ohne Behinderungen gemeinsam, ob am Felsen in den Bergen oder in der Kletterhalle. Ein inklusives Team, darunter pädagogisch geschulte Trainer und Sozialpädagogen, übernimmt die Leitung der Klettergruppen und wird dabei von ehrenamtlichen Jugendlichen – Scouts – unterstützt. Großes Anliegen des Projekts ist, dass jeder von jedem lernt und das Klettern allen ermöglicht werden kann. **DK**

Regionale Musik für alle

In seiner Sitzung Anfang Dezember 2024 genehmigte der niederbayerische Bezirksausschuss dem Bayerischen Landesverein für Heimatpflege e. V. einen Zuschuss von jeweils 15.000 Euro für die Jahre 2025, 2026 und 2027 zur Fortführung des Projekts „Regionale Musik für alle“.

Ohne Berührungsängste mit anderen Musikgenres und modernen Strömungen wird im Rahmen von Erlebnistagen ein (erster) Zugang zum eigenen Musizieren ermöglicht.

Seit Projektstart wurden bereits hunderte Menschen durch verschiedene Seminare und Veranstaltungen für Volksmusik begleitet. Zahlreiche Schulklassen, Kindergärten, Behinderteneinrichtungen, Familien sowie Senioreneinrichtungen nahmen daran teil.

„Der niederschwellige Zugang zur Volksmusik ist für die Pflege dieses Kulturguts von großer Bedeutung“, so Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich. ❒

GZ PINOS WELT



Der Mensch, der mir Nahrung und Wohnung zu geben berechtigt ist, also der Bürgermeister, wünscht seinen Mitmenschen auf seinen Weihnachtskarten gerne ein spannendes Neues Jahr. 2025 hat schon in seinen ersten Tagen das Zeug dazu, besonders spannend und aufregend zu werden.

Da sind zum Beispiel die Aufregungen darüber, dass es eine große Zeitung gewagt hat, in ihrer Sonntagsausgabe einen Text von Elon Musk abzudrucken, in dem er seine vorher schon massenhaft auf X verbreitete Wahlempfehlung für eine deutsche Partei erklärt. Eingeordnet wurde dieser Meinungsartikel durch den Kommentar eines führenden Redakteurs der Zeitung, der etliche der Muskschen Behauptungen dem harten Licht der Wirklichkeit aussetzte, ein Faktencheck. Und den hatte der Musk-Artikel bitter nötig, denn so klar seine Analyse des gegenwärtigen Zustands Deutschlands ausfiel, so irrig und uninformiert waren seine Ausführungen zu den Zielen, politischen Rezepten und dem Auftreten seiner Lieblingspartei.

Vorsatz für 2025: Tiefer hängen!

Nun weiß man nicht, ob der Artikel von einer KI oder einem bezahlten Ghostwriter geschrieben wurde. Klar ist nur, bei den vielen Schnitzern in der Recherche und der Argumentation muss er noch viele Milliarden in die KI-Entwicklung pumpen oder sollte seinem Assistenten den Lieblingssatz seines Helden Trump entgegenschleudern „You're fired!“.

Ich fand die Lektüre jedenfalls äußerst luzide, denn man konnte sich selbst ein Bild davon machen, auf welchem bullshit die medial breit wahrgenommene Wahlempfehlung beruht und so zu einem Urteil kommen. Wer glaubt, dass so etwas journalistischer Auftrag sei, durfte nicht in andere Zeitungen schauen. Da wurde heftig kritisiert, dass Musk eine publizistische Bühne bereitet wurde. Dafür gab es natürlich auch erwägenswerte Argumente. Stutzig machte mich allerdings eine journalistische Wortmeldung, die sinngemäß auf das Argument hinauslief, dass man einer Person, die mit der Plattform X eine hohe publizistische Macht habe, nicht auch noch ein Forum in einer Zeitung bieten sollte.

In meinem eingeschränkten Verstand übersetzt heißt das: Weil Musk die Macht hat, jeden bei X mit jedem Müll zuzuspammen, sollte man darauf verzichten, sich in journalistisch seriöser Weise mit ihm auseinanderzusetzen. Echt jetzt? In der Zeitung können seine Ansichten kritisch eingeordnet werden – bei X ja wohl eher nicht.

Insgesamt sollte man, vor allem jetzt im schleppend anlaufenden Wahlkampf, die Zwischenrufe von Musk und seine Wahlempfehlungen hierzulande wieder etwas tiefer hängen. Der Ausdruck wird Friedrich dem Großen zugeschrieben, der eine Menschenmenge sah, wie sie sich um eine hoch aufgehängte Karikatur zu seiner Kaffeesteuer scharte. Er befahl, das Pamphlet „tiefer zu hängen“, damit sich die Leute nicht den Hals verrenken müssen und schon war das Interesse an dem Ding erloschen.

So wünschte man es sich mit manchen Aktionen von Musk. Ich kann wirklich nicht beantworten, ob Musk der Anführer einer faschistischen Weltbewegung ist, wie (überspitzt) ein Historiker behauptet. Vielleicht hat er nur Freude daran, publizistische Stinkbomben zu werfen und hat Großbritannien und Deutschland zu bevorzugten Zielen gemacht, weil er dort am zuverlässigsten empörte Reaktionen erwarten kann. Also schlicht die Freude des Unternehmers daran, auch auf dem Markt der politischen Aufmerksamkeitsökonomie der Größte zu sein.

Jedenfalls hat sein X-Space mit einer deutschen Kanzlerkandidatin bei wenig Substanz viel zu viel medialen Widerhall gefunden. Rausgekommen ist nur, dass Hitler Kommunist war und deshalb die Hitler-Tagebücher umgeschrieben werden müssen. Und das vor 200.000 Hörern weltweit, weit weniger als die Hälfte der Einschaltquote von „Dahoam is dahoam“ allein in Bayern. Aber trotzdem unglaublich verstärkt durch Berichte auf allen Kanälen – kostenlose und unnötige Parteiwerbung.

Vielleicht der beste Rat auch für alle weiteren Aufreger des noch jungen Jahres: „Tiefer hängen“.

Ihr Pino

Fachtagung zur Migrationspolitik in Tutzing:

Ehrenamt und gemeinsamer Austausch

Mitte Dezember fand in der Evangelischen Akademie Tutzing eine zweitägige Fachtagung zum Thema „Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik – eine Zäsur?“ statt. Eingeladen hatten das Landratsamt München und das Landratsamt Starnberg. Die Veranstaltung richtete sich an ehrenamtlich Engagierte aus den Landkreisen München und Starnberg und wurde vom Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration gefördert.

Das abwechslungsreiche Programm der zweitägigen Veranstaltung bot den Teilnehmenden zahlreiche Möglichkeiten zur Weiterbildung und zum gemeinsamen Austausch. In Vorträgen und Workshops behandelten Expertinnen und Experten aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft die drängendsten Fragen der Migrationspolitik. Dabei standen nicht nur aktuelle Herausforderungen im Fokus, sondern auch die Chancen und Potenziale einer modernen, integrativen Migrationspolitik.

Ehrenamt ist Grundlage zahlerfolgreicher Integrationsprojekte

Landrat Christoph Göbel hob in seinem Impulsvortrag die Bedeutung des Ehrenamts hervor. Er betonte, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt maßgeblich von den Leistungen der freiwillig Engagierten abhängt: „Das Ehrenamt bildet die Grundlage zahlreicher erfolgreicher Integrationsprojekte und ist von unschätzbarem Wert für den sozialen Frieden und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

Ein weiterer Höhepunkt war das Abendprogramm, das Raum für weitere Gespräche und die Vertiefung der Themen in entspannter Atmosphäre bot. Die über 70 Teilnehmenden nutzten diese Gelegenheit, um Netzwerke zu pflegen und Erfahrungen aus ihrer ehrenamtlichen Arbeit auszutauschen.

Positive Resonanz bei den Teilnehmenden

Die Organisatoren aus Starnberg und München zeigten sich hochzufrieden mit der Veranstaltung: Thomas Zimmermann, Ehrenamtskoordinator des Landratsamts München: „Die Fachtagung war ein voller Erfolg. Die Kombination aus fachlich anspruchsvollen Vorträgen und praxisnahen Workshops wurde von den Teilnehmenden sehr geschätzt. Solche Veranstaltungen sind essenziell, um aktuelle Entwicklungen zu diskutieren und die Zusammenarbeit der Akteure zu stärken.“

Zimmermann betonte, wie wichtig es sei, gerade in Zeiten globaler Krisen und gesellschaftlicher Herausforderungen, das Thema Migration aktiv und lösungsorientiert anzugehen: „Migration bleibt eines der zentralen Themen unserer Zeit. Es erfordert Engagement, Expertise und vor allem den Austausch zwischen den Akteuren – sowohl hauptamtlich als auch ehrenamtlich.“ ❒



Teilnehmerinnen und Teilnehmer am zweiten Tag der Veranstaltung. Bild: LRA München

Landkreis München:

Hitzewellen und Starkregen

Landratsamt entwickelt konkrete Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel im Landkreis

Auch im Landkreis München sind bereits Auswirkungen des Klimawandels spürbar. Der Sommer 2024 war einer der wärmsten seit Beginn der Temperaturaufzeichnungen. Gleichzeitig kam es zu intensiven Regenfällen, die Keller, Tiefgaragen und landwirtschaftliche Flächen überfluteten.

Im Sommer dieses Jahres wurde im Rahmen des Klimafolgenanpassungskonzepts für den Landkreis München erarbeitet, welche Klimaveränderungen in Zukunft zu erwarten sind und in welchen Kommunen die Auswirkungen besonders stark ausgeprägt sein könnten. Auf dieser Basis diskutierten Mitarbeitende des Landratsamts sowie weitere Fachleute in einem Workshop Ende November, welche Maßnahmen notwendig sind, um die Lebensqualität der Bevölkerung zu sichern und die natürlichen sowie wirtschaftlichen Ressourcen des Landkreises vor den Folgen des Klimawandels zu schützen.

Einige der entwickelten Ideen aus dem Workshop sind strategischer Natur und setzen eine enge Zusammenarbeit verschiedener Akteure voraus. Die Vernetzung und der Austausch zwischen Landratsamt, Kommunen und externen Partnern spielen eine zentrale Rolle. So könnten beispielsweise relevante Informationen systematisch erfasst und an die zuständigen Stellen weitergegeben werden. Im Workshop wurden auch Ideen zu hitzeresistenten Baumarten sowie innovativen Schutzansätzen gegen erhöhte Sonneneinstrahlung und Hitze diskutiert. Auch im Bereich des Katastrophenschutzes ist eine Zusammenarbeit auf regionaler Ebene vorteilhaft, da solche Ereignisse zwar noch unregelmäßig auftreten, im Ernstfall jedoch viele Ressourcen benötigt werden.

Konkrete Maßnahmen

Neben diesen übergeordneten strategischen Ansätzen wurden auch konkrete Maßnahmen erörtert, die auf landkreiseigenen Liegenschaften umgesetzt werden können. Hierzu gehören Anpassungen der Arbeitsbedingungen für Mitarbeitende in Zeiten von Hitzewellen durch Beschattung, Begrünung oder Klimatisierungsmaßnahmen sowie Flächenentsiegelungen und die Verbesserung von Frei- und Aufenthaltsflächen in Verwaltungsgebäuden, Schulen und Kitas.

Vorbildfunktion Landratsamt

Das Landratsamt ist sich seiner Verantwortung bewusst und möchte bei der Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen eine Vorbildfunktion übernehmen. Aus den im Workshop entwickelten Ideen werden in enger Abstimmung mit den zuständigen Akteuren konkrete Maßnahmen erarbeitet. Ziel ist es, die priorisierten Ansätze in das umfassende Klimaanpassungskonzept des Landkreises zu integrieren. In den kommenden Monaten sind weitere Veranstaltungen geplant, bei denen auch die Kommunen des Landkreises eingebunden werden. So sollen zusätzliche Maßnahmenideen auf kommunaler Ebene entwickelt werden. Auch die Bevölkerung wird im kommenden Jahr durch verschiedene Informationsveranstaltungen und -angebote eingebunden.

Durch die systematische Kombination von Maßnahmen auf kommunaler und Landkreisebene können die Klimafolgen gezielt in den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen angegangen werden. Strategische Maßnahmen, die auf verschiedenen Ebenen ineinandergreifen, können so ihre volle Wirkung entfalten. Kommunen und Landkreis können sich gegenseitig ergänzen, voneinander lernen und gemeinsam eine klimaresiliente Zukunft gestalten.

Umfassende Informationen zum Klimaanpassungskonzept des Landkreises gibt es unter www.landkreis-muenchen.de/themen/energieklimaschutz/klimaanpassung-im-landkreis-muenchen/. ❐

Vorschau auf GZ 3

In unserer Ausgabe Nr. 3/2025, die am 30. Januar 2025 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunaler Bau**
- **Gestaltung öffentlicher Räume · Stadtmobiliar**
- **Freizeitanlagen · Tourismus**
- **Kommunale Finanzthemen**
- **Wasser · Abwasser**

Probleme der Bürger und der Belegschaft im Blick

Geschäfts- und Personalleiter der niederbayerischen Landratsämter tagten in Regen

Landrat Dr. Ronny Raith, Landkreis Regen, begrüßte die Geschäfts- und Personalleiter der niederbayerischen Landratsämter im Arberland Tagungshaus zu ihrer Klausurtagung. „Ich freue mich, dass Sie zu uns gekommen sind, um sich auszutauschen, zu vernetzen und gemeinsam Lösungen für aktuelle Trends und Herausforderungen der öffentlichen Verwaltung zu finden", sagte Landrat Dr. Ronny Raith bei der Eröffnung.

Die Tagung findet regelmäßig statt, wobei jedes Mal ein anderer Landkreis als Gastgeber auftritt. Diesmal war das Landratsamt Regen an der Reihe. Die Führungskräfte der niederbayerischen Landratsämter hatten eine umfangreiche Tagesordnung: Themen aus dem Arbeits- und Beamtenrecht, kommunalrechtliche Fragestellungen und die Optimierung von Geschäftsprozessen, um die Qualität der Dienstleistungen für die eigene Belegschaft und die Bürger zu erhöhen. Fokussiert haben sich die Teilnehmer zudem auf die aktuelle Finanzsituation der niederbayerischen Behörden und die laufenden Tarifverhandlungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände. Aber auch Vor- und Nachteile neuer Arbeitsweisen wie Desk Sharing oder die Nutzung von Künstlicher Intelligenz im behördlichen Alltag wurden von den Personal- und Geschäftsleitern thematisiert und besprochen. Raith dankte den Organisatoren Günther Weinberger und Reinhard Wölfl für die Vorbereitung der Veranstaltung. ❐



Die Teilnehmer mit Regens Landrat Dr. Ronny Raith. Bild: Iris Gerhard

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

ESB ENERGIE SÜDBAYERN

Fahnen/Arbeitsbekleidung

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Arbeitskleidung
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Fahnenmaste
Vereinsbedarf

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.
LEONET.DE

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
www.Mein-Datenschutzberater.de
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektiven Winterdienst
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung
Nachrüstbar im laufenden Betrieb
Montage vor Ort durch modulare Bauweise
Keim- und schadstoffübertragungsfrei
Werkseigener Kundendienst
Systemverantwortung durch Gesamtplanung
Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.
SEW® GmbH
www.sew-kempen.de
SEW®

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de
Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 30. Januar 2025 | 76. Jahrgang | Nummer 3





BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Klausurtagung der CSU-Fraktion in Kloster Banz:

„Vertrauen stärken, Lösungen liefern“

„Wir müssen Deutschland wieder in Ordnung bringen. Und zwar grundlegend. Wir brauchen klare Kante und kein Wischiwaschi“, unterstrich Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder bei der Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion im oberfränkischen Kloster Banz. Entscheidend sind laut Fraktionschef Klaus Holetschek dabei die Themen Wirtschaft, Migration sowie die soziale Frage. „Die Menschen haben eine Sehnsucht nach Normalität. Wir müssen schauen, dass die Grundversorgung wieder funktioniert“, so Holetschek.

Unter dem Motto „Vertrauen stärken – Lösungen liefern!“ diskutierte die Fraktion mit hochkarätigen Gästen aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft wichtige Zukunftsfragen.



V.l.: Markus Pannermayr, Klaus Holetschek, Thomas Karmasin und Franz Löffler. Bild: CSU

Mit Sachsens Ministerpräsidenten Michael Kretschmer besprachen die Abgeordneten, welche gemeinsamen Wege beide Länder gehen können.

Mutige Reformen

Bertram Kawlath, Präsident des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau, berichtete über die Herausforderungen in Sachen Innovation und Freihandel seiner Branche. Wie es möglich ist, in punkto Cybersicherheit besser und resilient gegen Angriffe zu werden, darüber informierte Claudia Plattner, Präsidentin des Bundesamts für IT-Sicherheit.

Mit Prof. Dr. Carlo Masala, Professor für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr München, diskutierten die Abgeordneten über sicherheitspolitische Herausforderungen für Deutschland und die Bundeswehr. Prof. Dr. Rainer Schlegel, Ombudsmann der Privaten Kranken- und Pflegeversicherung und ehemaliger Präsident des Bundessozialgerichts, plädierte für mutige Reformen des Sozialsystems und betonte: „Ein System, wie wir es jetzt haben, wird in Zukunft nicht möglich sein.“ Unter dem Motto „Raus aus Konjunkturflaute und Kostendruck“ stand die Diskus-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Dringlichkeitsantrag im Landtag:

Verbesserungen für Sparer statt neuer Abgaben

Sparen und Anlegen für die Altersvorsorge darf nach Auffassung der Regierungsfraktionen von CSU und Freie Wähler im Bayerischen Landtag nicht durch zusätzliche Abgaben belastet werden. Ein entsprechender Dringlichkeitsantrag wurde im Plenum mehrheitlich angenommen. Er listet eine Reihe von Vorschlägen auf, wie besonders junge Sparerinnen und Sparer zum Investieren motiviert werden können.

In dem Antrag wird die Staatsregierung aufgefordert, auf Bundesebene für attraktivere Rahmenbedingungen für Sparer und Anleger, vor allem für Kleinsparer und -anleger, einzutreten. Dazu sollen auch zusätzliche, wirksame Anreize gesetzt werden, damit Anlegen und Vermögensaufbau zur Alterssicherung attraktiver werden, gerade auch für Menschen mit niedrigeren und mittleren Einkommen. Der Landtag lehnt insbesondere Sozialabgaben auf Kapitalerträge als Bremse für eine private Altersvorsorge ab. Stattdessen sollen Chancen und Risiken der Möglichkeiten auf den Finanzmärkten in die Breite der Gesellschaft getragen werden.

Zur Begründung heißt es unter anderem: „Sparen und Anlegen muss attraktiv bleiben und darf nicht durch zusätzliche Abgaben belastet werden. Insbesondere der langfristige Vermögensaufbau am Kapitalmarkt mit Aktien/Fonds/ETFs ist ein wichtiger Baustein für die private Altersvorsorge, der auch mit kleinen Beträgen aufgebaut und demnach noch stärker genutzt werden sollte. Obwohl die durchschnittliche Rendite am Aktienmarkt in den letzten 20 Jahren bei über 8 Prozent lag und der DAX aktuell bei über 20.000 Punkten markiert, wissen 27 Prozent der 14- bis 24-Jährigen in Deutschland nicht, was eine Aktie ist. Aktien, Fonds und ETFs sind eine ideale Möglichkeit, viele Menschen an Unternehmenserfolgen zu beteiligen. Partizipativ und demokratisch. Das gilt es in Schule und Erwachsenenbildung stärker zu vermitteln.“ Auch Anlagemöglichkeiten in staatlichen Fonds, höhere Freibeträge, und begleitetes Investieren auch für Jugendliche könnten Möglichkeiten sein, um mehr Menschen an Unternehmenserfolgen teilhaben zu lassen.

„Wir brauchen wirksame Anreize, um den Vermögensaufbau für die Alterssicherung attraktiv zu fördern. Hier sollten wir weitere Steuerfreistellungen prüfen, zum Beispiel wenn langfristig privat gehaltene Aktien im Rahmen der Altersvorsorge veräußert werden oder wenn langfristige Kapitallebensversicherungen Erträge abwerfen“, forderte CSU-Fraktionsvorsitzender Klaus Holetschek.

Robert Habecks Pläne seien „eine Attacke auf die Sparguthaben der Bevölkerung und vor allem für die kleinen Sparer ein Debakel“. „Durch diese ständigen Schnellschüsse verlieren die Menschen das Vertrauen in die Politik. Ja, die Sozialsysteme sind an ihren Grenzen. Helfen würde hier aber vor allem eine Wirtschaftspolitik, die Investitionen fördert und eine echte Reform des Sozialstaats. Wir brauchen große Lösungen statt Flickschusterei auf Kosten der Sparer.“ **DK**

DStGB-Positionspapier:

Regional- und Strukturförderung für starke Kommunen

Mehr denn je sind Städte und Gemeinden in Folge von Transformationsprozessen durch Klimaschutz und Digitalisierung sowie des Demografischen Wandels gefordert, Zukunftsinvestitionen zu tätigen, um eine hohe Lebensqualität für die Menschen zu sichern und die Standortqualität für die Wirtschaft zu steigern. Angesichts der Herausforderungen bedarf es vor allem handlungsfähiger Kommunen und passgenauer Förderinstrumente. Das neue Positionspapier „Eine zukunftsgerichtete Regional- und Strukturförderung für starke Städte und Gemeinden“ fasst die maßgeblichen Forderungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes zur Regional- und Strukturpolitik zusammen und adressiert dabei die Akteure auf Ebene der EU, des Bundes und der Länder.

„Ziel muss sein, über eine Stärkung der Regionen eine Entlastung der Ballungsräume, etwa mit Blick auf den Wohnungsmarkt oder die Verkehrssituation herbeizuführen. Deutschlands Zukunft ist entscheidend an ein partnerschaftliches Zusammenwirken von Stadt und Land geknüpft. Die Bündelung der Programme verschiedener Bundesressorts im Gesamtdeutschen Fördersystem für strukturschwache Regionen bildete einen richtigen Ansatz“, urteilt der DStGB. Auf europäischer Ebene gelte es, für die Förderperiode ab 2028 jetzt entscheidende Weichen zu stellen, damit die Regional- und Strukturförderung sowie ländliche Räume ausreichend Berücksichtigung finden. Wichtig werde es auch in den kommenden Jahren sein, dass ausreichend Investitionsmittel für die Kommunen zur Verfügung stehen.

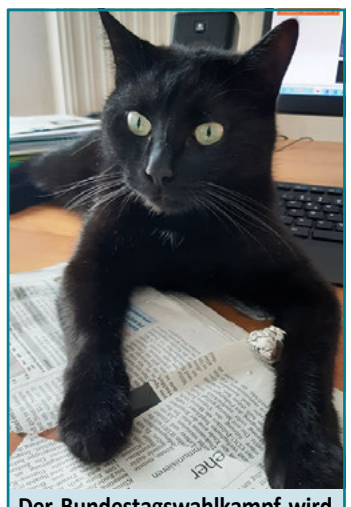
Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur

Eine Erfolgsstory sei die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Bereits seit 1969 fördere sie eine ausgewogene regionale Entwicklung in Deutschland. Dies betreffe Investitionen in gewerbliche sowie kommunale und wirtschaftsnahe Infrastruktur sowie Maßnahmen zur Vernetzung lokaler Akteure und Maßnahmen mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Die Förderung löse dabei in den Regionen erhebliche Hebeleffekte durch private Investitionen aus und schaffe bzw. sichere wichtige Arbeitsplätze.

Zusätzliche Förderbedarfe

Angesichts der umfangreichen Transformationsaufgaben ergäben sich zusätzliche Förderbedarfe. Die Neuausrichtung und Erweiterung der GRW hin zur klimaneutralen Wirtschaft sowie neue Fördermöglichkeiten wie Aspekte der Daseinsvorsorge berücksichtigten dies. „Eine erweiterte GRW bedarf nun

(Fortsetzung auf Seite 4)



Der Bundestagswahlkampf wird lebhaft und polemisch: Politiker werfen einander Lügen vor. Dabei zeigt sich, dass Wahrheiten oft ambivalent sind. Die Lüge, historisch tief verwurzelt, hat auch in der Politik Tradition, wie Bismarck und Machiavelli illustrieren. **Seite 13**

Für eine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft

Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken legen 10-Punkte-Plan zur Bundestagswahl vor

Die vorgezogene Bundestagswahl am 23. Februar 2025 bietet aus Sicht von Sparkassenverband und Genossenschaftsverband Bayern die große Chance, grundlegende Maßnahmen zu ergreifen, die die deutsche Volkswirtschaft aus ihrer Strukturkrise führen. Hierzu haben die Regionalbanken ein 10-Punkte-Papier verfasst, das die aus ihrer Sicht wichtigsten Forderungen für den Bankensektor an eine neue Bundesregierung enthält.

Die zentralen Forderungen umfassen unter anderem den Abbau von Bürokratie und regulatorisch bedingter Informationsflut, neue Wege zur Förderung der Altersvorsorge sowie die Ablehnung einer europäischen Vergemeinschaftung der Einlagensicherung und der Bankenabwicklung:

1. Unternehmen und Verbraucher müssen dringend von überflüssiger Bürokratie entlastet werden. Kurzfristig ist ein Belastungsmoratorium zu erlassen. Dauerhaft ist eine One-In-Two-Out-Regel in Deutschland und Europa einzuführen.

2. Bis zum Frühjahr 2021 konnten Banken ihre AGBs im Wege der Zustimmungsfiktion ändern. Seitdem leiden Bankkunden unter der Reaktionslast bei AGB-Änderungen. Es muss wieder zu einer praktikablen Regelung kommen, die die Zustimmungsfiktion explizit erlaubt.

3. In der Wertpapierberatung wird die Transparenz für Bankkunden durch eine regulatorisch induzierte Informationsflut behindert. Informationsblätter sind oft schwer verständlich und widersprüchlich. Gesetzlich vorgeschriebene Informationsblätter sind daher auf ein Minimum zu vereinfachen und zu reduzieren.

4. Die Versorgung des ländlichen Raums mit Bankfilialen ist uns ein großes Anliegen. Schutzmaßnahmen der Banken gegen kriminelle Attacken können aber nur flankierend sein. Dauerhaft werden Angriffe auf Geldautomaten nur zurückgehen, wenn Straftäter gefasst werden.

5. Kleinere Banken haben ein weniger komplexes Geschäftsmodell als internationale Großbanken und stellen keine potenzielle Gefahr für die wirtschaftliche Stabilität dar. Im Sinne der Proportionalität sollten für sie nicht dieselben Regeln gelten.

6. Der demographische Wandel bringt das Modell des Generationenvertrags an seine Grenzen. Es braucht ein staatlich gefördertes privates Altersvorsorgedepot, auch um die Ka-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
GZ-Podcast: Das gute Beispiel 2
FW-Klausur: Für Verlässlichkeit und Eigenverantwortung 2
Landräte fordern: Bürokratieabbau jetzt 2
Gerlach: 7-Punkte-Plan für Bayerns Krankenhäuser 2
GZ-Kolumne Christoph Göbel: Mit Zuversicht nach vorne! 3
Jahresbilanzen Messe München und NürnbergMesse 3
Kommunale Finanzthemen . . . . . 5 - 7
Kommunale Bauthemen • Kommunale Verkehrsthemen . . . 8 - 10
Wasser • Abwasser 11
Aus den bayerischen Kommunen . . . . . 12 - 14

FW-Klausur in Chieming:

Für Verlässlichkeit und Eigenverantwortung

Mit aktuellen Herausforderungen für Bayern befasste sich die Freie Wähler-Landtagsfraktion bei ihrer Klausurtagung in Chieming. Wie Fraktionsvorsitzender Florian Streibl hervorhob, „erwarten die Menschen von uns als Regierungsfraktion zurecht Antworten in einer Zeit voller Unsicherheiten und einer gescheiterten Ampelregierung, die einen Scherbenhaufen hinterlässt". Anstelle populistischer Forderungen brauche es nun eine verlässliche Politik, die dem Bürger nicht auf jedem Schritt misstraue, sondern eigenverantwortliches Handeln belohne.

Mit Blick auf die zunehmende finanzielle Herausforderung der Kommunen wurde in einer Resolution dargelegt, dass nur eine effiziente Politik vor Ort für Vertrauen in demokratische Institutionen sorgen und die wachsende Gefahr politischer Extreme eindämmen könne. Dafür brauche es neben einer auskömmlichen finanziellen Grundlage strukturelle Lösungsansätze, die ohne einen Abbau von Standards und übertragenen Aufgaben nicht ausreichen würden.

Neben der finanziellen Belastung dürfe man auch die Leistungsfähigkeit der Kommunen in Krisensituationen nicht außer Acht lassen. Dies sei besonders in der aktuellen geopolitischen Lage notwendig, um Leib und Leben der Bevölkerung effektiv schützen zu können.

Bescheunigung der Prozesse

Mit der Beschleunigung genehmigungsrechtlicher Prozesse beschäftigte sich eine weitere Entschließung. Zu oft bremsten Prüfverfahren wichtige Bauvorhaben, beispielsweise im Bereich des Hochwasserschutzes. Deshalb fordert die FW-Fraktion eine Anpassung der bundes- und europarechtlichen Normen. Bauten, die dem Schutz von Leib und Leben dienen, sowie Vorhaben in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung als auch allgemein im Bereich der kritischen Infrastruktur dürften nicht länger durch Prüfverfahren verzögert und verteuert werden. Besonders der Einsatz von Zukunftstechnologien wie Künstlicher Intelligenz könne Genehmigungsprozesse massiv beschleunigen. Zeitgleich werde Bayerns Verwaltung hierdurch effizienter, bürokratieärmer und rüste sich gegen den grassierenden Fachkräftemangel.

Konsequente Digitalisierung

„Es ist nicht hinnehmbar, dass notwendige Bauprojekte, die zur Verbesserung der Infrastruktur und der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft erforderlich sind, wegen langwieriger bürokratischer Verfahren auf unbestimmte Zeit verzögert werden", heißt es in einer Resolution zur Vereinbarkeit von Artenschutz und Investitionen im Bausektor. „Der Zustand unserer Infrastruktur und Wirtschaft zeigt deutlich, dass wir mit einem derartigen Ansatz nicht nur auf nationaler Ebene zurückfallen, sondern auch im internationalen Vergleich an Wettbewerbsfähigkeit verlieren."

Zudem plädierten die Freien Wähler für die konsequente Digitalisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, denn sie erschließe dringend benötigte Potenziale. Bei Zukunftstechnologien dürfe die Bayerische Wirtschaft nicht auf Know-how im Silicon Valley angewiesen sein. Während sich in der aktuellen Wirtschaftskrise zahlreiche Sektoren in Stagnation oder Rezession befänden, wachse die Digitalwirtschaft in Bayern hochdynamisch. Die FW-Fraktion wolle dafür sorgen, dass dieser Standortvorteil Bayern auch weiterhin auszeichnet.

Quote für's Heimatgefühl

In Chieming galt das Augenmerk auch den bayerischen Künstlern und deren wichtiger Leistung für das Heimatgefühl. In einer entsprechenden Entschließung sprachen sich die Freien Wähler unter anderem für eine Radioquote aus: Gerade der öffentlich-rechtliche Hörfunk, der einen besonderen Kultur- und Bildungsauftrag habe, solle verstärkt deutschsprachige und insbesondere heimatbezogene, bayerische Musikproduktionen, die gerade das jüngere Publikum ansprechen, im Programm berücksichtigen. Eine freiwillige Selbstverpflichtung würde ein deutliches und willkommenes Signal der Rückbesinnung der Sender auf ihren Kernauftrag darstellen, hieß es.

„Um Bayern optimal für die Zukunft aufzustellen", wurden schließlich noch die sofortige Überführung des Wolfs in das bayerische Jagdrecht und der Schutz der bayerischen Imker gefordert. **DK**



V.l.: Präsident Thomas Karmasin, Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MdL, und der Ausschussvorsitzende Landrat Stefan Rößle.

Bild: Bayerischer Landkreistag

Bürokratieabbau jetzt!

Landräte fordern entschlossenen Abbau von Aufgaben und Standards

Von der Impfbuchkontrolle bis zur Statistikpflicht: Bürokratie nervt die Bürger, lähmt die Wirtschaft und behindert die Verwaltung. Umso dringender ist ein Abbau von Standards und Aufgaben. Der Bayerische Landkreistag hat dafür zahlreiche gute Vorschläge gemacht und nun bei der Bayerischen Staatskanzlei Gehör gefunden. Mitte Januar stand Staatsminister Dr. Florian Herrmann, der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, dem Bayerischen Landkreistag Rede und Antwort zum dringend notwendigen Abbau von Bürokratie.

„Wir brauchen beim Aufgaben- und Standardabbau deutlich mehr Tempo. Viele Verfahren lassen sich unserer Meinung nach drastisch beschleunigen und vereinfachen. Zum Beispiel im Baubereich oder im Förderwesen. Es braucht vor allem aber einen Mentalitätswandel in den Köpfen in der Verwaltung genauso wie bei den Bürgerinnen und Bürgern. Wo Entscheidungsspielräume geöffnet, wo Verfahren beschleunigt werden, da muss dann auch das Ergebnis akzeptiert und nicht 1000-fach hinterfragt werden", so der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstenfeldbruck.

„Die Handlungsfähigkeit der Landkreise hängt entscheidend davon ab, dass sie sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Dazu müssen sie von überflüssigen Aufgaben und überhöhten Standards befreit werden. Komplexe und kleinteilige Vorschriften, 70-seitige Ausführungshinweise führen zu unnötigem Personal- und Verwaltungsaufwand, verlängern die Bearbeitungszeiten für Bürger und Unternehmen und erschweren praxisnahe Lösungen vor Ort", verdeutlicht der Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen und Sparkassen, Landrat Stefan Rößle, Donau-Ries.

Die Landkreise haben bereits konstruktive Entbürokratisierungsideen eingebracht und wollen nun die notwendigen Schritte gemeinsam mit der Staatsregierung angehen. „Wir müssen zeitnah zu spürbaren Entlastungen kommen und begrüßen, dass die Kommission in der Bayerischen Staatskanzlei angesiedelt worden ist", so Karmasin und Rößle abschließend. ❐

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Landrat Johann Kalb
Landratsamt Bamberg
am 30.1.

Bürgermeister Johann Schild
Gemeinde Fridolfing
am 31.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Feigl
Stadt Königsbrunn
am 4.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Heinrichs
Gemeinde Lülsfeld
am 4.2

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach:

7-Punkte-Plan für Bayerns Krankenhäuser

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach sieht die Krankenhäuser im Freistaat auf einem guten Weg, sich zukunftsfähig aufzustellen. Sie wirft der Bundesregierung jedoch schwerwiegende Versäumnisse bei der Krankenhausreform vor und verweist auf einen neuen Informationsbereich auf der Webseite des Bayerischen Gesundheitsministeriums, der Krankenhausträger und Kommunen gezielt unterstützen soll.

Gerlach betonte, dass zahlreiche Kommunen bereits die Angebote des Bayerischen Gesundheitsministeriums nutzen, um die Transformation aktiv zu gestalten. „Unser Ziel ist es, unkoordiniertes Schließen kleinerer Kliniken, insbesondere im ländlichen Raum, zu verhindern. Die Herausforderungen durch die komplexe Krankenhausreform und die Unklarheiten der Bundesregelungen erfordern pragmatische Unterstützung – genau das leisten wir mit unserem neuen Informationsbereich."

Klare Leitplanken

Die neue Webseite richtet sich nicht nur an Krankenhausträger und Kommunen, sondern bietet auch Bürgerinnen und Bürgern nützliche Einblicke in die Gesundheitsversorgung. Dort finden sich unter anderem Details zum bayerischen 7-Punkte-Plan, der klare Leitplanken für Geburtshilfe, Pädiatrie und stationäre Notfallversorgung enthält. Auch ein Zeitplan zur Umsetzung der Reform wird transparent dargestellt. Gerlach unterstrich: „Mit diesem digitalen Angebot ergänzen wir unseren engen Austausch mit den Trägern und Kommunen."

Massive Kritik an der Bundesregierung

Die Ministerin übte scharfe Kritik an Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach. Sie erklärte, dass die strukturellen Defizite bei der Betriebskostenfinanzierung der Krankenhäuser die aktuelle Schieflage maßgeblich verschärfen. „Die Finanzierung der Betriebskosten liegt in der Verantwortung des Bundes. Trotz mehrfacher Aufforderungen Bayerns fehlt es an den notwendigen Hilfen. Dies ist eine zentrale Ursache für die schwierige Lage vieler Krankenhäuser," so Gerlach.

Zudem forderte sie Nachbesserungen der Krankenhausreform: „Wir benötigen Flexibilität bei den Leistungsgruppen-Voraussetzungen, um individuell reagieren zu können. Auch überzogene Personalanforderungen müssen angesichts des Fachkräftemangels dringend angepasst werden. Weniger Bürokratie und mehr Handlungsspielraum sind essenziell – zum Wohle der Patientinnen und Patienten."

Förderprogramme und Zukunftsinvestitionen

Gerlach verwies auf die aktive Unterstützung der Staatsregierung: „Für kleinere Krankenhäuser im ländlichen Raum haben wir 2024 ein Sonderförderprogramm mit 100 Millionen Euro über fünf Jahre aufgelegt. Zudem haben wir die Investitionskostenförderung auf 800 Millionen Euro erhöht und kommen damit der geplanten Krankenhausmilliarde näher."

Weitere Instrumente

Mit dem 7-Punkte-Plan, der im Oktober 2023 vom Ministerrat beschlossen wurde, erhalten Kliniken weitere Instrumente, um sich auf den Wandel einzustellen. Erste Erfolge zeichnen sich bereits ab: „Viele Krankenhausträger haben regionenübergreifend Fördermittel für Gutachten beantragt, um ihre Umstrukturierungspläne auf eine fundierte Basis zu stellen," erklärte die Ministerin.

Eigenverantwortung der Krankenhausträger

Gerlach betonte, dass die Krankenhäuser keine nachgeordneten Behörden der Staatsregierung seien. Entscheidungen über Schließungen oder Standortveränderungen treffen die Träger eigenverantwortlich. Die Pflicht zur Sicherstellung der stationären Versorgung liege nach bayerischem Recht bei den Landkreisen und kreisfreien Städten, nicht beim Freistaat Bayern. In dieser Angelegenheit habe sie bereits im vergangenen Dezember ein Schreiben an alle Landrätinnen, Landräte, Oberbürgermeister und Oberbürgermeisterinnen gerichtet und darin die Unterstützungsangebote des Freistaats nochmals dargelegt und sie aufgefordert, rasch davon Gebrauch zu machen.

Die Ministerin schloss mit dem Appell, dass alle Beteiligten ihren Beitrag leisten müssten, um die Gesundheitsversorgung in Bayern nachhaltig zu sichern.

Informationen

Die Online-Informationsseite ist frei zugänglich:
https://www.stmgp.bayern.de/gesundheitsversorgung/krankenhaeuser/umsetzung_krankenhausreform ❐

GZ-PODCAST

Das gute Beispiel

Podcast-Moderator Michael von Hassel spricht mit beeindruckenden Menschen, die mit ihrem Talent und Engagement für Hoffnung in schwierigen Zeiten sorgen, besonders im Ehrenamt und in der Kommunalpolitik.

Folge 2: Wenn wir nicht kommen, kommt niemand mehr. Ein Gespräch mit Volker Eisele, Vorstand Stiftung Bergwacht

Das Gespräch beleuchtet die essenzielle Rolle der Bergwacht Bayern. Als Teil des Bayerischen Roten Kreuzes leistet die Bergwacht Rettungsdienste in schwierigem Gelände – ehrenamtlich, rund um die Uhr und bei unterschiedlichsten Einsatzlagen. Die Organisation ist auf ein starkes Netzwerk aus Freiwilligen angewiesen, die eine anspruchsvolle Ausbildung durchlaufen und oft auch eigene Ausrüstung finanzieren.

Besonderes Augenmerk liegt auf der Stiftung Bergwacht, die sich für die finanzielle und logistische Unterstützung der Bergrettung einsetzt. Herausforderungen wie steigende Einsatzkosten, komplexe Einsatzlagen und die Notwendigkeit moderner Ausrüstung erfordern innovative Lösungen und eine verstärkte Zusammenarbeit mit Spendern, Unternehmen und der Öffentlichkeit.

Neben Rettungseinsätzen fördert die Bergwacht auch den Naturschutz und leistet Präventionsarbeit. Die Bedeutung von Netzwerken und interdisziplinärer Zusammenarbeit wird durch das Bayerische Zentrum für Alpine Sicherheit in Bad Tölz unterstrichen, das als Ausbildungsstätte international einzigartig ist.

Das Gespräch verdeutlicht die Leidenschaft und das Engagement der Bergwacht sowie die Wichtigkeit der Unterstützung durch die Gesellschaft – sei es durch Spenden, Öffentlichkeitsarbeit oder Anerkennung. www.gemeindezeitung.de/podcast ❐

VERANSTALTUNGSHINWEIS



Bild: Müller-BBM

21. Müller-BBM Fachgespräche am 19./20. März 2025 in München:

Immissionsschutz in der Planungs- und Genehmigungspraxis

Die Fachtagung geht in eine neue Runde. Wie immer im Europasaal im Haus der Bayerischen Wirtschaft und einmal mehr mit herausragenden Praxisberichten zum Immissionsschutz in der Planungs- und Genehmigungspraxis.

Freuen Sie sich auf die Eröffnungsrede von Gerald Ebertsch, Leitender Regierungsdirektor am Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) in Augsburg, und Vorträge u. a. von Valeska Meyer zu Heringdorf, Referentin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) in Bonn, von Dr. Richard Schlachta, Sachgebietsleiter technischer Umweltschutz an der Regierung von Oberbayern sowie Moritz Hermsdorf, Jurist und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) in Berlin.

Der Erfahrungsaustausch zwischen Vertretern von Behörden, Kommunen, Betreibern und Beratern hat sich in der Fachwelt als feste Größe im Bereich Bauleitplanung, Lärmimmissionsschutz und Luftreinhaltung etabliert.

- Bedienstete von Behörden erhalten einen Rabatt von 50 Prozent.
- Informationen und Anmeldung unter www.mbbm-ind.com.

Jahresbilanzen Messe München und NürnbergMesse:

Mit Umsatzrekorden fit für die Zukunft

Mit Rekordergebnissen warteten Messe München und NürnbergMesse im Rahmen ihrer Jahresbilanz-Pressekonferenzen auf. Während die Messe München für das Jahr 2024 einen Rekord-Konzernumsatz von 530 Mio. Euro verbuchen kann und sich dieser positive Trend auch 2025 fortsetzt, schloss die NürnbergMesse das Jahr ihres 50. Jubiläums mit einem neuen Umsatzrekord von rund 360 Mio. Euro ab.

Wie die CEO-Doppelspitze Reinhard Pfeiffer und Stefan Rummel erläuterte, lief das Geschäft der Messe München besonders im Ausland hervorragend; am Hauptsitz liegt der Umsatz bei rund 330 Mio. Euro. „In diesem wirtschaftlich schwierigen Umfeld in Deutschland zeigt sich die Stärke unseres Portfolios mit zwölf Weltleitmessen und einem robusten Kerngeschäft“, unterstrichen die Messechefs das positive Ergebnis: „Die Anziehungskraft unserer Veranstaltungen ist nach wie vor ungebrochen.“ In Zeiten wie diesen seien Messen als Treffpunkte wichtiger denn je. „Es kommen die Entscheider, und das ist für die Geschäftsanbahnung auf einer Messe wichtig.“ Oberstes Ziel sei es, „unsere Schulden aus eigener Kraft zu tilgen und in die Zukunft zu investieren“.

Steigerung über 10 Prozent

2024 organisierte die Messe München 16 Veranstaltungen in der Landeshauptstadt mit rund 1,3 Mio. Besuchern und 32.000 Ausstellern, dazu kamen 93 Gastveranstaltungen und 47 Veranstaltungen im Ausland. Zu den eigenen Veranstaltungen in München kamen gegenüber den Vorveranstaltungen sechs Prozent mehr Besucher und neun Prozent mehr Aussteller. Der Anteil ausländischer Aussteller lag bei rund 50 Prozent – eine Steigerung von über zehn Prozent.

Als Höhepunkte in der Landeshauptstadt nannten Pfeiffer und Rummel die electronica, die ceramitec sowie die Umwelttechnologiemesse IFAT mit 50 Prozent Besuchern aus dem Ausland und 55 Prozent ausländischen Ausstellern. Die EXPO REAL verbreitete auf dem kriselnden Immobilienmarkt Zuversicht. Und auch die einzige Publikumsmesse der Messe München, die Urlaubs- und Freizeitmesse f.re.e., war mit der Partnerregion Oberbayern sehr erfolgreich. „Mit dem hohen Auslandsanteil bei Veranstaltungen in München und mit unseren Messen im Ausland bieten wir dem Mittelstand eine internationale Plattform“, hoben die Messechefs hervor.

Veranstaltungen

Mit Blick auf internationale Gastveranstaltungen als wichtigen Teil des Kerngeschäfts wiesen die CEOs auf die smarter E Europe hin, die sich mit ihrem Schwerpunkt auf erneuerbare Energien zu der mit Abstand größten Gastveranstaltung entwickelt habe. Ein spektakuläres Highlight seien zudem die zehn Konzerte des Weltstars Adele mit 730.000 Besuchern in einer eigens für sie gebauten Pop-Up-Arena auf dem Gelände der Messe München ein spektakuläres Highlight gewesen. „Wenn es der eng getaktete Messekalender zulässt, sind wir gesprächsbereit für solche außergewöhnlichen Events. Klar ist aber: Unser Kerngeschäft bleiben Messen und Kongresse.“

Nach einem „intensiven Jahr 2024“ betrachtet die Messe München das laufende Jahr voller Zuversicht. Dabei handelt es sich laut Pfeiffer und Rummel um ein „Megajahr mit allein acht Weltleitmessen, wie es das nur alle zwölf Jahre gibt“. Allein am Standort in München gehen die CEOs von einem Rekordumsatz von über 500 Mio. Euro aus. Im Januar startete das Jahr 2025 mit der BAU. Im April folgt die bauma, die flächenmäßig größte Messe der Welt, die zuletzt 2022 eine halbe Million Besucher anzog.

Effiziente Reiseplanung

Dass Reisen zu einer Messe nachhaltig sind, belegt eine neue Studie im Auftrag des Messe-Dachverbands Auma, für die 3.000 Messebesucher aus dem In- und Ausland befragt wurden. Alle Teilnehmer hatten durchschnittlich 13,1 Geschäftskontakte pro Messetag. Dank des Messebesuchs konnten 5,1 zusätzliche Reisen vermieden werden. Denn Messebesuche werden hocheffizient geplant: Deutlich mehr als ein Viertel der Besucher (28 Prozent) verbindet den Messebesuch mit zusätzlichen geschäftlichen Terminen und weitere 17 Prozent kombinieren ihren Messebesuch mit einem privaten Aufenthalt. Nach der Studie profitieren internationale Besucher besonders von Messebesuchen: Sie sparen sich dadurch fast acht zusätzliche Dienstreisen.

Mit viel Rückenwind macht sich auch die NürnbergMesse fit für die Zukunft. Mit dem neuen Umsatzrekord von rund 360 Mio. Euro wird laut Peter Ottmann, CEO NürnbergMesse Group, nicht nur das turnusmäßig vergleichbare Messejahr 2022 mit 257 Mio. Euro Mio. deutlich übertroffen, sondern auch die bisherige Rekordmarke von 315 Mio. Euro aus dem Messejahr 2018.

Rückenwind bei der NürnbergMesse

Eine starke Nachfrage erlebten die weltweit 140 Veranstaltungen der NürnbergMesse. Group mit ihren insgesamt 33.900 Ausstellern (Vorjahr: 28.153) und 1,56 Mio. Besuchern (Vorjahr: 1,28 Mio.). Gleichzeitig stelle die NürnbergMesse mit der Übernahme der WEKA Fachmedien GmbH und der ALTENPFLEGE, der Leitmesse der Pflegewirtschaft, wichtige Weichen für den Messestandort. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wolle die NürnbergMesse mit ihrem Cluster Sozialmessen weiterwachsen, betonte Ottmann.

Insgesamt fanden im Messezentrum Nürnberg 71 Veranstaltungen statt, auf denen sich 23.800 Aussteller auf einer Nettofläche von 880.000 Quadratmetern vor 930.000 Besuchern präsentierten. Dabei setzten insbesondere die Eigen- und Partnerveranstaltungen im zweiten Halbjahr wie FACHPACK (+26 Prozent Aussteller), Chillventa (+20 Prozent Aussteller) und it-sa (+33 Prozent Besucher) starke Signale für ihre jeweiligen Branchen.

Internationale Beteiligung

Vor dem Hintergrund einer unverändert schwächeren Konjunktur in Deutschland profitierten die Fachmessen in Nürnberg von ihrer hohen internationalen Beteiligung mit einem Anteil von 51 Prozent an internationalen Ausstellern. Insgesamt verzeichneten die Eigen- und Partnerveranstaltungen in der Norisstadt ein Plus von 15 Prozent bei den Ausstellern, +19 Prozent bei der Nettofläche und +29 Prozent bei den Besuchern.

Um den Kunden ein eindrucksvolles, aber auch effizientes Messeerlebnis zu bieten, setze man auf digitale Innovationen, wie CEO Ottmann berichtete. 2024 sei mit der Entwicklung einer neuen E-Commerce-Plattform begonnen worden, über die Kunden künftig Zugang zu einer großen Vielfalt an Produkten und Dienstleistungen haben werden. Ebenso halte Künstliche Intelligenz verstärkt Einzug auf dem Messegelände. Auf Veranstaltungen ermöglichten KI-gestützte Dienste die Live-Übersetzungen von Vorträgen in verschiedene Sprachen.

Nachhaltigkeit

Zudem arbeite die NürnbergMesse weiter daran, den Messebesuch so nachhaltig wie möglich zu gestalten. Planmäßig voran schreite auch die Entwicklung des Mitarbeitercenters NXT74, in dem bis Ende 2025 neue Arbeitswelten und Büros für die Belegschaft entstehen. Das Gebäude am Eingang Mitte wird energetisch saniert, nachhaltig modernisiert und barrierefrei gestaltet. Ziel ist es, das Gebäude durch die Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) zertifizieren zu lassen. Bis 2026 sollen dort rund 250 Mitarbeiter einen modernen Arbeitsplatz finden, die bislang an einem externen Zweit-Standort in Nürnberg-Langwasser tätig sind.

Für 2025 stehen derzeit weltweit 140 Veranstaltungen im Messekalender, davon 76 in Nürnberg. Eine Neuheit ist die Gastveranstaltung Interlift (AFAG). Die Weltleitmesse der Aufzugsbranche wird durch den langjährigen Partner AFAG durchgeführt, der mittlerweile zehn Gastmessen im Messezentrum Nürnberg organisiert. Erstmals findet im Mai auch der Deutsche Sparkassentag, der als einer der größten wirtschafts- und finanzpolitischen Kongresse Europas gilt, in Nürnberg statt.

„Aufgrund der positiven Anmeldestände für die Veranstaltungen im ersten Halbjahr 2025 blickt die NürnbergMesse optimistisch ins neue Messejahr. „Wir erwarten einen Umsatz von rund 350 Mio. Euro“, machte Ottmann abschließend deutlich. **DK**

Bayern stimmt Reform des ÖRR zu

Der Ministerrat hat dem zwischen den Ländern beschlossenen Staatsvertrag zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zugestimmt. Dieser umfasst Änderungen des Medien-, ARD-, ZDF- und Deutschlandradiostaatsvertrags sowie des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird moderner, digitaler und schlanker. Bayern war von Anfang an Treiber der Reform, insbesondere im Hinblick auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.

Das Reformpaket setzt bayerische Forderungen wie die Reduktion der Sparten- und Hörfunkkanäle um. Auch bei presseähnlichen Angeboten erfolgt eine Nachschärfung zugunsten der Verleger, um Konkurrenz zu privaten Verlagen zu vermeiden. Kosten für den teuren Sportrechteerwerb werden gedeckelt, die Zusammenarbeit der Rundfunkanstalten gestärkt und außertarifliche Gehälter überprüft. Institutionelle Neuerungen wie ein Medienrat mit externen Sachverständigen sollen die Qualität der Angebote sichern.

Zudem werden die Öffentlich-Rechtlichen verpflichtet, mit meinungs- und vielfaltsrelevanten privaten Rundfunkanbietern zu kooperieren. Neuerungen wie das sog. Embedding – die Verlinkung öffentlich-rechtlicher Inhalte auf privaten Plattformen – tragen den Anforderungen der modernen Medienlandschaft Rechnung.

Der Vertrag wird dem Bayerischen Landtag vorgelegt und soll am 12. März 2025 bei der Ministerpräsidentenkonferenz unterzeichnet und anschließend von den Landesparlamenten ratifiziert werden. Das Inkrafttreten ist für den 1. Dezember 2025 geplant. Die Anpassung des Rundfunkbeitrags und ein neues Finanzierungsverfahren sind nicht Teil des Reformstaatsvertrags. ❐

GZ KOLUMNE Christoph Göbel

Liebe Leserinnen und Leser,



die Kommunen im Landkreis München und in ganz Bayern befinden sich mitten in den Vorbereitungen für die bevorstehende Wahl. Die organisatorischen Anforderungen sind enorm: Wahllokale müssen eingerichtet, Wahlunterlagen rechtzeitig verschickt und unzählige Abläufe bis ins Detail geplant werden, damit der Wahltag reibungslos über die Bühne geht. Es ist eine Herausforderung, der sich die Städte, Gemeinden und Kreise mit großem Engagement widmen. Denn jede Wahl – und ganz besonders die anstehende Bundestagswahl – ist nicht nur ein Verwaltungsakt, sondern ein Ausdruck gelebter Demokratie.

Gerade in einer Zeit, in der Krisenherde an vielen Orten auflodern und die Stabilität vieler Regionen gefährdet ist, müssen wir unsere demokratischen Rechte und Freiheiten bewahren und aktiv nutzen. Wir alle hoffen daher, dass die Bürgerinnen und Bürger in Bayern und ganz Deutschland die Möglichkeit nutzen, ihre Stimme abzugeben. Denn eine hohe Wahlbeteiligung ist nicht nur ein Zeichen für eine lebendige Demokratie, sondern auch eine Verpflichtung gegenüber kommenden Generationen.

Mit Zuversicht nach vorne

Gleichzeitig stehen wir vor enormen wirtschaftlichen Herausforderungen. Die äußeren Rahmenbedingungen für Kreise und Kommunen sind derzeit alles andere als einfach. Die wirtschaftliche Lage hat sich in vielen Bereichen verschlechtert. Steigende Kosten und sinkende Einnahmen zwingen uns politisch Verantwortliche dazu, die Haushalte kritisch zu prüfen und Prioritäten zu setzen. Vielfach bleibt nichts anderes übrig, als freiwillige Leistungen zu reduzieren oder Projekte zu verschieben. Das ist schmerzhaft, aber oft unvermeidbar, um finanzielle Stabilität zu gewährleisten.

Hinzu kommt der Fachkräftemangel, der auch die kommunalen Verwaltungen immer stärker betrifft. Dies stellt uns vor die Aufgabe, mit begrenzten personellen Ressourcen weiterhin den Service zu bieten, den unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten und verdienen. Um dieser Herausforderung zu begegnen, müssen wir unsere Anstrengungen in der Digitalisierung weiter intensivieren. Der Einsatz moderner Technologien kann Prozesse nicht nur effizienter gestalten, sondern auch dazu beitragen, den Zugang zu kommunalen Dienstleistungen einfacher und bürgerfreundlicher zu machen.

Trotz all dieser Schwierigkeiten blicke ich mit Zuversicht nach vorne. Denn ich weiß, dass unser Zusammenhalt und unser gemeinsames Engagement eine große Stärke sind. Gerade in den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und zum Wohle der Gemeinschaft beizutragen. Auch die Verwaltungen selbst arbeiten unermüdlich daran, Lösungen zu finden und innovative Wege zu gehen.

Mit Blick auf die bevorstehende Wahl werde ich nicht müde an alle Wahlberechtigten zu appellieren: Nutzen Sie Ihr Wahlrecht, bringen Sie sich ein und tragen Sie dazu bei, unsere Demokratie zu stärken. Gleichzeitig sollten wir die aktuellen Herausforderungen als Ansporn nehmen, uns weiterhin für eine zukunftsfähige, bürgernahe und stabile Kommunalpolitik einzusetzen.

Mit Engagement, Weitsicht und der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, können wir auch schwierige Zeiten meistern. Davon bin ich überzeugt.

Mit den besten Grüßen

Ihr Christoph Göbel
Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises München

Benefiz-Schafkopfrennen

für kommunalpolitische Mandatsträger und Freunde



Schirmherren:
Landrat Stefan Löwl (Landkreis Dachau),
Landrat Thomas Karmasin (Landkreis Fürstenfeldbruck) und
Oberbürgermeister Dieter Reiter (Stadt München)

Anmeldung nur digital unter:
www.landratsamt-dachau.de/benefizschafkopf2025

Startgeld: 50 €/Person

1. Platz Reisegutschein im Wert von 400 €
2. Platz Preis im Wert von 200 €
3. Platz Preis im Wert von 150 €
Benefizgewinne: Jeder und jede spielt für einen guten Zweck, der bei Anmeldung angegeben wird.

Mitspielen dürfen alle Freunde der Kommunalpolitik

Schlossgut Odelzhausen
Am Schlossberg 1, 85235 Odelzhausen
www.schlossgut-odelzhausen.de

15.3.2025
Anmeldung ab 14:00 Uhr
Beginn 15:00 Uhr
Schlossgut Odelzhausen
www.landratsamt-dachau.de/benefizschafkopf2025

BAU INDUSTRIE Bayern · Bayerische GemeindeZeitung · Sparkasse Dachau

Vertrauen stärken ...

(Fortsetzung von Seite 1)
sion mit Jörg Dittrich, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks und Präsident des Deutschen Handwerkskammertags.

Was es für Bayern bedeuten würde, Olympia 2040 ins Land zu holen, diskutierte die Fraktion mit Jörg Ammon, Präsident des Bayerischen Landes-Sportverbands, Sportjournalist und -kommentator Marcel Reif, Josia Topf, Schwimmer und dreifacher Medaillengewinner der Paralympics 2024 in Paris und Heino Zeidler, Vater und Trainer von Oliver Zeidler, Goldmedaillengewinner der Olympischen Spiele 2024 in Paris. Alle waren sich einig, dass in Bayern nachhaltige Spiele möglich sind, die die Menschen begeistern sowie dem Sport und auch der Wirtschaft Aufschwung bringen können.

Bayern ist Sportland

In der einstimmig beschlossenen Resolution „Bayern ist Sportland: Ja zu Olympischen und Paralympischen Spielen in Bayern!“ verspricht sich die CSU von erneuten Sommerspielen in München sowohl eine Belebung des Leistungs- und Spitzensports als auch des Breitensports, einen gesellschaftlichen Impuls für das Ehrenamt, wirtschaftliche Impulse und eine Stärkung des Tourismus, einen Modernisierungsschub für die Infrastruktur, neuen Wohnraum und ein „Fest der Völkerverständigung“. München sei in der Lage, ökologische und ressourcenschonende Spiele umzusetzen: „Große Sportstätten sind in München bereits vorhanden und müssen nicht erst neu gebaut werden. Ein deutsches Konzept sollte sich an den erfolgreichen Spielen in Paris 2024 orientieren, bei denen es eindrücklich gelungen ist, moderne Technologien umweltfreundlich einzusetzen“, heißt es in dem Beschluss.

Spitzenplatz in der Landwirtschaft

Mit Günther Felßner, Präsident des Bayerischen Bauernverbands, erörterten die Abgeordneten, wie Bayern auch weiterhin seinen Spitzenplatz in der Landwirtschaft halten kann. „Wirtschaftswende jetzt!“ lautete das Motto der Diskussion mit Dr. Rainer Dulger, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der sich klar für eine Wende in der Wirtschaftspolitik und für „Vorfahrt für mehr Wettbewerbsfähigkeit“ aussprach.

„Es braucht eine echte Zeitenwende in der inneren Sicherheit, dazu gehört ein ganzheitlicher Ansatz“, hob Prof. Dr. Peter Neumann vom renommierten King’s College in London hervor. Wie es nach der Bildung der neuen EU-Kommission weitergeht, erläuterte Prof. Dr. Angelika Niebler, Vorsitzende der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament. Dr. Richard Lutz, Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Bahn AG, skizzierte, wie eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur mit einem attraktiven Wirtschafts- und Lebensstandort zusammenhängt.

Lösungen aus der Krise

Über mögliche Lösungen aus der Krise im Schulterschluss mit den bayerischen Kommunen diskutierten die Abgeordneten mit Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags, Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirketags und Markus Pannermayr, Erster Vorsitzender des Bayerischen Städtetags. Karmasin und Pannermayr verwiesen auf das Problem der Krankenhausfinanzierung, das auch durch die in Berlin geplante Reform nicht gelöst werde. Der Freistaat wiederum dürfe Standortentscheidungen nicht allein den Landkreisen und kreisfreien Städten überlassen. Der Städtetagschef forderte explizit „einen Durchgriff der Planungsbehörde“.

Sprunghafter Anstieg der Bezirksausgaben

Bezirketagspräsident Löffler verwies auf den sprunghaften Anstieg der Bezirksausgaben für sozialpolitische Aufgaben. Die Standards dafür seien stellenweise ein Stück weit übertrieben. So führe etwa das neue Bundesteilhabegesetz dazu, dass am Unterricht teilnehmende Kinder mit körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderungen Anspruch auf jeweils einen erwachsenen Schulbegleiter haben. Somit säßen im Extremfall ein Handvoll Schulbegleiter in einer Klasse. Zudem seien die Bezirke früher bei einem Drittel der Pflegebedürftigen für Kosten aufgekommen. Heute seien es zwei Drittel der Menschen, die das wegen der hohen Kosten in Anspruch nehmen müssen.

Verschlankung des Sozialstaats

Um die Leistungen für tatsächlich Bedürftige aufrechterhalten zu können, hält Holetschek eine Verschlankung des Sozialstaats für erforderlich: „Wir müssen uns verabschieden von dem, was bis jetzt als Sozialstaat definiert worden ist“, erklärte der Fraktionsvorsitzende. Mit Blick auf das Thema Bürokratie regte er das Einrichten von Modellregionen an, in denen bestimmte Regelungen wie Statistik-Pflichten nicht mehr gelten sollen. Es brauche „disruptive Prozesse“, um den Unternehmen zu ermöglichen, sich auf ihre eigentlichen Aufgaben zu konzentrieren.

Grundlegend reformiert werden soll nach dem Willen der CSU-Landtagsfraktion das Beschaffungswesen bei gleichartigen Feuerwehrfahrzeugen. Ziel ist es, den Kommunen in Bayern künftig auch einen alternativen, zentralisierten Beschaffungsweg anzubieten, um Kosten zu senken und den Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Aktuell ermitteln und beschaffen die Kommunen den Bedarf an Feuerwehrfahrzeugen und Ausrüstungsgegenständen eigenständig, was oft mit der Beauftragung externer Büros verbunden ist. Holetschek zufolge hat sich in anderen Bundesländern die zentrale Beschaffung über staatliche Kompetenzzentren bereits bewährt.

„Wir haben die schlimmste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten“, hob Ministerpräsident Söder in seiner Grundsatzrede hervor. „Deutschland hat eine schlechte und inkompetente Wirtschaftspolitik.“ Der Arbeitsplatzabbau schreite voran, die Inflation steige und die Wettbewerbsfähigkeit sinke deutlich. Das bekomme auch Bayern zu spüren. Die Bundestagwahl sei eine „Richtungsentscheidung für unsere Demokratie und ganz Europa“.

Steuersenkungen sind unumgänglich

Um Deutschland wieder in Ordnung zu bringen, seien Steuersenkungen für Mittelstand und Gastronomie unumgänglich. Die Kürzungen bei der Landwirtschaft müssten rückgängig gemacht werden, ebenso müssten die Pendlerpauschale erhöht und das Bürgergeld abgeschafft werden. Söder forderte eine Bauoffensive für das Eigentum, um Bauhandwerk und Bauindustrie zu stabilisieren. In den kommenden Wochen werde er zu einem bayerischen Baugipfel einladen.

Im Gegensatz zum Bund, der die Investitionen in Innovation gekürzt hat, habe Bayern die Mittel seit 2018 um 36 Prozent erhöht, fuhr Söder fort. Innovation sei die Grundlage für dauerhafte wirtschaftliche Stärke. Bei KI und Supertech sei der Freistaat stärker als größere europäische Staaten. Exemplarisch nannte der Ministerpräsident den neuen Superrechner in Garching mit 7 Trillionen Rechnungen pro Sekunde. Mit 550 Unternehmen und 12 Milliarden Umsatz sei die Luft- und Raumfahrt eine der wichtigsten Zukunftsbranchen in Bayern. Der Freistaat vergesse dabei aber auch die Automobilindustrie nicht, die mit einem eigenen Autoplan gestärkt werden solle.

Zukunftstechnologie

Für die Zukunftstechnologie Kernfusion gelte: „Nicht wieder eine Technologie verschlafen, nicht wieder eine Technologie anderen Ländern überlassen“, erklärte Söder. Die Energiepolitik müsse fundamental anders werden. Bayern mache seine Hausaufgaben beim Zubau erneuerbarer Energien und sei hier führend in Deutschland. Dabei sei die Förderung nicht nur auf Windkraft zu beschränken, sondern auf Biomasse, Photovoltaik und Geothermie auszuweiten. Zudem erteilte Söder den Plänen der Ampelregierung eine Absage, das deutsche Stromnetz an ausländische Investoren zu verkaufen.

Politikwende

Im Zuge der Politikwende müsse darüber hinaus die Migration begrenzt werden. Da NGOs nicht entscheiden dürften, wer ins Land kommt, brauche es einen Visa-Stopp. Erforderlich seien auch Zurückweisungen an der Grenze und das Zurückschicken von Straftätern. Ausreisepflichtigen müssten die Leistungen gekürzt werden, „zudem wollen wir das Turbo-Staatsbürgerschaftsrecht der Ampel rückgängig machen“. Söder kündigte überdies massive Investitionen in Deutschlands Sicherheit an. Angedacht seien 10.000 neue Stellen bei der Bundespolizei. Um die äußere Sicherheit zu verteidigen, forderte der Ministerpräsident 3,5 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt für die Bundeswehr. Zudem plädierte er für die Stationierung von amerikanischen Raketen in Deutschland sowie die Wiedereinführung der Wehrpflicht.

Auch weiterhin werde die CSU für die Mütterrente kämpfen, machte Söder deutlich. Sie sei eine Frage der Gerechtigkeit und leiste einen Beitrag gegen Altersarmut. „Es ist unverständlich, dass man Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren sind, das Recht auf eine etwas verbesserte Rente abspricht“, so Söder. **DK**

Bayerische Landesausstellung 2025 in Regensburg:

Ludwig I. – Bayerns größter König?

1825 übernimmt Ludwig I. ein bankrottes Bayern. Klosteraufhebungen, Reformen und Umwälzungen hatten das Land zerrüttet. Fürsorge und Bildung lagen am Boden. Ludwig modernisiert mit Kunst, Eisenbahn und Kanalbau, während die Industrialisierung erste Schatten wirft. München wird zur Kunstmetropole ausgebaut, doch andere Regionen wie Niederbayern und die Oberpfalz bleiben zurück.

Ab den 1830er-Jahren fühlt sich Ludwig durch Revolutionen in Europa bedroht. Zensur und Unterdrückung liberaler Stimmen prägen seine Regierung. Das Volk reagiert mit Protesten. Wirtschaftliche Krisen und soziale Unruhen verschärfen die Lage.

Ludwigs Affäre mit Lola Montez ruiniert seinen Ruf endgültig. Spott und Kritik zwingen ihn, am 20. März 1848 abzutreten. Trotz seines Rücktritts prägen Ludwigs Bauprojekte Bayern bis heute. Die Bayerische Landesausstellung im Haus der Bayerischen Geschichte in Regensburg erzählt seine Geschichte vom 10. Mai bis 9. November 2025. **Infos:** www.hdbg.de . ❐

Regional- und Struktur...

(Fortsetzung von Seite 1)
auch zusätzlicher Mittel, damit alle Förderzwecke erreicht werden können. Neben einer wachsenden Finanzausstattung muss eine überjährige Verwendungsmöglichkeit der Mittel abgesichert werden“, betont der DStGB.

Auch eine Nutzung des Instruments GRW zur Realisierung strategischer Großprojekte werde nicht ohne Auswirkungen auf andere bedeutende Entwicklungsvorhaben in den Kommunen bleiben. Als eingespieltes System der Strukturförderung sei die GRW bereits heute überzeichnet, weshalb sich der Verband für eine dynamische Anhebung der GRW-Mittel in den kommenden Jahren einsetzt.

Dorfentwicklungskonzepte

Mit Blick auf das zentrale nationale Förderinstrument für die ländliche Entwicklung, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), wird darauf verwiesen, dass in den vergangenen Jahren in zahlreichen Kommunen gezielt Dorfentwicklungskonzepte erstellt worden seien, deren konkrete Umsetzung nun von der Verfügbarkeit an GAK-Mitteln abhängt. Auch Mittel aus dem europäischen ELER seien oftmals an eine GAK-Förderung gebunden, weshalb Kürzungen im Bundeshaushalt bei der GAK fatal wären.

Verlässliche Perspektive

Vielmehr bedürfe es einer Anhebung der Mittel und vor allem einer verlässlichen Perspektive, damit Maßnahmen für attraktive und lebendige Ortskerne ebenso wie Investitionen für eine bessere Infrastruktur und Grundversorgung auf dem Land oder die Stärkung des Tourismus umgesetzt werden können. „Der im Jahr 2024 abgeschaffte Sonderrahmenplan bei der GAK stellte sicher, dass Mittel für die ländliche Entwicklung im Rahmen der GAK nicht durch andere Förderzwecke, insbesondere die Agrarförderung und die Forstwirtschaft entzogen werden. Bund und Länder sind aufgefordert, die GAK-Mittel für die ländliche Entwicklung langfristig abzusichern“, heißt es in dem Papier.

Finanzierungsperspektiven

Im Sinne einer Politik zur Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts der EU und einer besonderen Aufmerksamkeit auf ländliche Gebiete sei darüber hinaus „eine angemessene und wachsende Mittelausstattung der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik“ (GAP) zwingend erforderlich. Angezeigt sei auch eine Dynamisierung der Mittel, um den ländlich geprägten Kommunen und Akteuren vor Ort eine sichere Finanzierungsperspektive zu bieten.

Insbesondere im Bereich der etwa 370 LEADER-Regionen in Deutschland hätten sich in den vergangenen Jahrzehnten erfolgreiche Strukturen der Regionalförderung und -entwicklung gebildet. Diese müssten in der Förderperiode ab 2028 erhalten und mittels des ELER mit Leben gefüllt werden. Eine Nationalisierung der Regionalentwicklung erachtet der DStGB dabei als falschen Weg. Stattdessen sollten eine Anwendung des erfolgreichen LEADER-Ansatzes auf den EFRE und den ESF ab 2028 geprüft werden. Dies betreffe auch die Nutzung von Regionalbudgets analog der GAK, „denn somit können unbürokratisch Mittel für passgenaue Projekte in die Regionen fließen“.

Die Hauptkritik an den EU-Fonds betrifft laut DStGB häufig die komplexe Bürokratie, von der Antragstellung bis zu Dokumentationspflichten. „Dies führt aufgrund fehlender Verwaltungskraft in den Kommunen nicht selten zur Nicht-Beantragung oder Aufgabe von Projekten und nicht zuletzt für Unverständnis bei den politischen Verantwortlichen und in der Bevölkerung. Es braucht daher einen Paradigmenwechsel hin zu einer Vereinfachung und Digitalisierung von Antragsverfahren sowie eine Angleichung bei der Abwicklung unterschiedlicher Fonds.“

Regionale Kompetenzzentren

Kurze Projektskizzen und eine verbesserte Beratung, etwa auf Landesebene oder durch regionale Kompetenzzentren, könnten den Zugang zu Fördermitteln erleichtern. Verwaltungs-, Kontroll- und Dokumentationsverfahren sollten auf das Notwendige beschränkt werden. Zudem sollten kommunale und professionell arbeitende Projektträger ebenso als vertrauenswürdig gelten wie regionale Gremien und Mandatsträger. Bei unvorhersehbaren Verzögerungen sei es ratsam, Fristen einfach zu verlängern.

Kofinanzierungssätze

Zu häufig sind finanzschwache Kommunen bislang nicht in der Lage, die notwendigen Eigenanteile aufzubringen. Daher müssen nach Auffassung des DStGB die Kofinanzierungssätze für ländliche und strukturschwache Regionen attraktiv und realisierbar sein und zusätzliche Verwaltungskosten berücksichtigen. Bund und Länder sollten niedrige Fördersätze gezielt aufstocken, um Struktureffekte dort auslösen zu können, wo sie benötigt werden. Weitere Erleichterungen könnten durch die Berücksichtigung sonstiger Projektkosten und das Prinzip einer einzigen Prüfung erfolgen. Auch könnte die Einführung von Bagatellgrenzen für geringfügige Verstöße die Bereitschaft steigern, an Förderprogrammen zu partizipieren. **DK**

Für eine wettbewerbs...

(Fortsetzung von Seite 1)
pitalmarktkultur in Deutschland zu stärken.

7. Sparkassen und Genossenschaftsbanken verfügen über ein eigenes, funktionierendes Sicherungssystem, das sich seit Jahrzehnten bewährt hat und über die gesetzlich vorgeschriebenen, betraglich limitierten Absicherungen hinausgeht. Die Ablösung effizienter nationaler Absicherungsmechanismen zugunsten eines pauschalen EU-Abwicklungsregimes (CMDI-Review) lehnen wir entschieden ab.

8. Die geplante Vergemeinschaftung der EU-Einlagensicherung (EDIS) verstößt elementar gegen deutsche Interessen und ist abzulehnen. Solange kein homogener EU-Bankenmarkt existiert, führen vergemeinschaftete Risiken zu falschen Anreizen und damit zu einer Destabilisierung. In Folge dieser Haftungsgemeinschaft wären die Kreditvergabemöglichkeiten der Kleinbanken eingeschränkt.

9. Die Übererfüllung von europäischen Standards schadet dem deutschen Wirtschaftsstandort massiv. Auf sogenanntes Goldplating ist künftig zu verzichten. Vor allem muss Unternehmen ausreichend Zeit gegeben werden, um EU-Gesetze zu implementieren. Nationale Gesetze, die durch neue EU-Gesetzgebung obsolet werden, wie das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, sind abzuschaffen.

10. Die Nachhaltigkeitsberichterstattung steigert nicht die Nachhaltigkeit von Firmen. Wir fordern besonders für KMU mehr freiwillige Regelungen und Ausnahmen. Nur so lässt sich Rechtssicherheit und ein fairer Wettbewerb für deutsche Unternehmen garantieren.

Kapital für den kommenden Aufschwung finanzieren

„Die Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken sind jederzeit bereit und in der Lage, der Wirtschaft das notwendige Kapital zur Verfügung zu stellen, um einen kommenden Aufschwung dauerhaft und zuverlässig zu finanzieren“, betonte der Präsident des Sparkassenverbands Bayern, Matthias Dießl. „Damit das gelingt, braucht es klare politische Weichenstellungen, um Planungssicherheit für alle Akteure zu schaffen. Als Stimmen des bayerischen Mittelstands bieten wir den politischen Entscheidungsträgern gerne unsere Zusammenarbeit an“, ergänzte der Chef des Genossenschaftsverbands Bayern, Stefan Müller. Mut, Entschlusskraft und verlässliche Rahmenparameter seien notwendig, um Deutschland gemeinsam auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurückzubringen, sind sich beide Präsidenten einig.

Kursschwenk zu nachhaltigem Wachstum

„Als Regionalbanken kennen unsere Mitglieder die neuralgischen Punkte des Mittelstands genau. Und auch die mittelständischen Kreditinstitute selbst kämpfen mit den gleichen Hürden wie die Wirtschaft in den Regionen Bayerns“, unterstrich Müller. Dießl zufolge „bietet unser Plan praxisorientierte Ansätze, die auf einen Kursschwenk zu nachhaltigem Wachstum einzahlen“. Damit Deutschland wieder wettbewerbsfähiger werden könne, „bringen sich Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken jederzeit gerne in die notwendigen Umstrukturierungen ein“.

Beide Präsidenten unterstrichen die einmalige Präsenz der Regionalbanken. Diese verstünden die spezifischen Bedürfnisse der Menschen und Unternehmen vor Ort und böten passgenaue Finanzlösungen an. Sparkassen sowie Genossenschaftsbanken unterstützten kleine und mittelständische Unternehmen insbesondere durch Kredite dabei, zu expandieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Damit förderten sie die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region. Oftmals böten sie nicht nur finanzielle Unterstützung, sondern stünden den Betrieben mit Rat und Tat zur Seite, um etwa Geschäftsmodelle zu optimieren, nachhaltiger auszurichten und geeignete Förderprogramme einzubinden. **DK**

Von Energieprojekten bis IT:

Genossenschaften stärken Bayerns Regionen

Die Genossenschaftsidee erlebt in Bayern weiterhin eine beeindruckende Erfolgsgeschichte. Insgesamt 33 neu eingetragene Genossenschaften im Jahr 2024 belegen, dass das Modell nach wie vor attraktiv ist. Besonders im Bereich der Erneuerbaren Energien hat sich der Gründungsboom fortgesetzt: 23 der neu eingetragenen Genossenschaften dienen der gemeinschaftlichen Umsetzung von Wind-, Photovoltaik- und Wärmeprojekten.

„Das Genossenschaftsmodell bietet Lösungen für viele aktuelle Herausforderungen der Menschen und ihrer Regionen", erklärt Stefan Müller, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), in München: „Gerade bei der Energiewende kommen Bürgerinnen und Bürger zusammen, um gemeinsam nachhaltige Projekte zu realisieren und unabhängiger von globalen Energiemärkten zu werden." Die neuen Energiegenossenschaften investieren knapp 70 Millionen Euro und beantragten Fördermittel in Höhe von rund 18 Millionen Euro. Diese Projekte tragen dazu bei, Kapital, Arbeit und Rohstoffe nachhaltig in den Regionen einzusetzen und eine Energiewende in Bürgerhand umzusetzen.

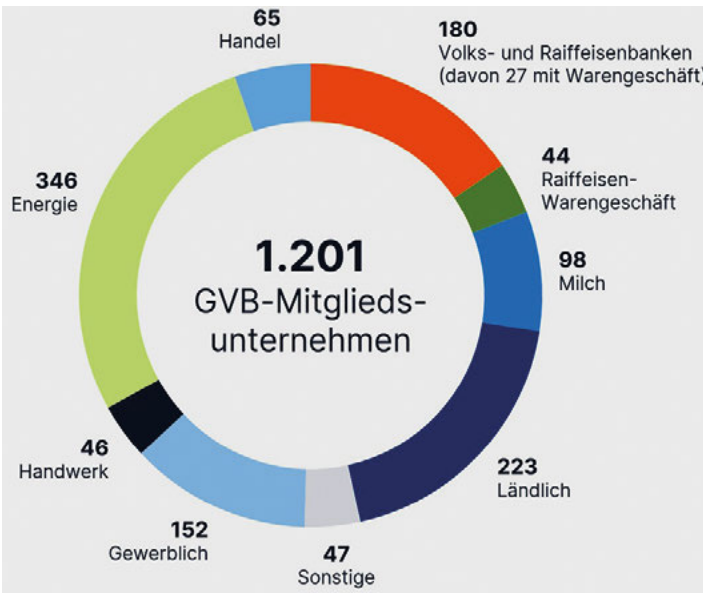
Auch außerhalb des Energiesektors bleibt die Vielfalt der Gründungen beachtlich. Kultur-, Handels-, Handwerks- und IT-Genossenschaften stehen für innovative Konzepte und eine aktive Bürgerbeteiligung. Sie zeigen, dass das Genossenschaftsmodell in einer Vielzahl von Branchen zukunftsfähige Perspektiven bietet. Die Gründungsberatung des GVB begleitete alle 33 Neugründungen und unterstützt diese in Fragen der Organisation, Finanzierung und Governance.

Bürgerbeteiligung stärken, Regionen voranbringen

Ein Vorteil der Genossenschaften liegt in ihrer demokratischen Struktur: Die Geschäftsführung der neu gegründeten Genossenschaften liegt in den Händen von 96 ehrenamtlichen Vorständen, die von 158 ebenfalls ehrenamtlichen Aufsichtsratsmitgliedern unterstützt und kontrolliert werden. „Dieses ehrenamtliche Engagement unterstreicht die starke Identifikation der Mitglieder mit der jeweiligen Region. Gemeinsam lassen sich viele gesellschaftliche Herausforderungen besser meistern", sagte Müller.

Die Vielfalt und Innovationskraft der neuen Genossenschaften beweisen, wie wertvoll dieser Ansatz für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in Bayern ist. Auch international leisten Genossenschaften einen wichtigen Beitrag: Sie fördern regionales Unternehmertum, ermöglichen den Zugang zu Märkten und bekämpfen Armut und soziale Ausgrenzung. Um dies zu feiern, haben die Vereinten Nationen 2025 zum Internationalen Jahr der Genossenschaften ausgerufen. „Ich gehe fest davon aus, dass Genossenschaften auch in diesem genossenschaftlichen Festjahr ihre Attraktivität und ihr Potenzial unter Beweis stellen werden", erklärte Müller.

Der Genossenschaftsverband Bayern e.V. (GVB) vertritt seit mehr als 130 Jahren die Interessen bayerischer Genossenschaften. Zu seinen 1.201 Mitgliedern zählen 180 Volksbanken und Raiffeisenbanken (davon 27 Banken mit Warengeschäft) sowie 1.021 Unternehmen aus Branchen wie Landwirtschaft, Energie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen. Sie bilden mit rund 50.000 Beschäftigten und 2,8 Millionen Anteilseignern eine der größten mittelständischen Wirtschaftsorganisationen im Freistaat. (Stand: 31.12.2024). ❒



Tortendiagramm Mitglieder. Bild: GVB

LfA Förderbank Bayern:

Neue Erklärung zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex

Nachhaltiges Handeln ist in der DNA der LfA Förderbank Bayern verankert. Seit Langem richtet die Förderbank deshalb sowohl ihre Fördertätigkeit als auch ihre internen Bankprozesse nach dem Nachhaltigkeitsprinzip aus. Das dokumentiert die jetzt neu vorliegende Erklärung der Förderbank zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) für das Berichtsjahr 2023 erneut.

Mit der Veröffentlichung des neuen Berichts macht die LfA ihre Nachhaltigkeitsleistungen und -aktivitäten nach festgelegten Kriterien systematisch, transparent und vergleichbar öffentlich. 20 qualitative Kriterien und zusätzliche Leistungsindikatoren ermöglichen einen kompakten Überblick über ökologische, soziale und Governance-Aspekte des internen Bankbetriebs und des Produktangebots der LfA. Eine transparente Berichterstattung ist eine der zentralen Nachhaltigkeitsanforderungen von Stakeholdern wie z.B. Geschäftspartnern und Ratingagenturen, aber auch von regulatorischer Seite.

Mit der nun vorliegenden Erklärung setzt die LfA ihre langjährige Nachhaltigkeitsberichterstattung fort. Bereits seit 2012 hatte die Förderbank alle zwei Jahre einen Nachhaltigkeitsbericht veröffentlicht, der jetzt von der DNK-Erklärung als Berichtsformat abgelöst wurde. Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex ist ein branchenübergreifender Transparenzstandard für die Berichterstattung unternehmerischer Nachhaltigkeitsleistungen. Bundesweit nutzen 1.400 Unternehmen das Format für ihre Berichterstattung.

Ergänzt wird die Nachhaltigkeitsberichterstattung der LfA durch den jährlich einzureichenden Fortschrittsbericht (COP) des UN Global Compact, dem die LfA 2023 beigetreten ist. Mit der Mitgliedschaft in der weltgrößten Initiative für unternehmerische Nachhaltigkeit hat sich die LfA dazu verpflichtet, ihre Strategien und Abläufe konsequent an universellen Grundsätzen in den vier Bereichen Menschenrechte, Arbeit, Umwelt und Korruptionsbekämpfung auszurichten.

Ausschlusskriterien

Ein wichtiger Fortschritt, der in beiden Berichten Erwähnung findet, sind die 2024 eingeführten Ausschlusskriterien, sowohl für das Kredit- als auch für das Finanzanlagengeschäft. Diese Ausschlusskriterien stellen sicher, dass keine Mittel an Kreditnehmer oder Emittenten fließen, durch deren Aktivitäten aus LfA-Sicht inakzeptable negative Auswirkungen auf bestimmte Aspekte im Bereich Umwelt, Soziales und Governance zu erwarten sind.

Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger kommentiert: „Zu den Stärken des Wirtschaftsstandorts Bayern gehören die intakte Umwelt, die attraktive Infrastruktur und die leistungsfähigen und innovativen Unternehmen. Mit ihren Förderangeboten trägt die LfA spürbar zur nachhaltigen Entwicklung der bayerischen Wirtschaft bei. Im kommenden Jahr bauen wir die Finanzierungshilfen der LfA zum Wohle Bayerns weiter aus."

Dr. Bernhard Schwab, Vorstandsvorsitzender der LfA, erläutert: „In der LfA wird Nachhaltigkeit gelebt. Um uns weiter stetig zu verbessern, messen, dokumentieren und veröffentlichen wir unsere Nachhaltigkeitsleistungen regelmäßig. Die jetzt vorliegende Erklärung zeigt nicht nur, dass wir im internen Bankbetrieb immer nachhaltiger handeln, sondern auch dass unsere Fördertätigkeit darauf ausgerichtet ist, Bayerns Mittelstand nachhaltig zukunftsfest zu machen." ❒



Wettbewerb „Schwamm|statt|Hitze“:

Bayerische Sparkassenstiftung würdigt schulische Umweltprojekte

Das Klima geht alle an. Je früher man sich mit dem Thema beschäftigt, desto mehr wird man sensibilisiert und kann etwas gegen den fortschreitenden Klimawandel tun. Die Bayerische Sparkassenstiftung setzte deshalb in Kooperation mit dem Bayerischen Staatsministerium für Kultus und Unterricht und der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) Bayern e.V. einen Wettbewerb im Rahmen von Schulprojekten rund um das Thema Schwammstadt/Schwammdorf für Schulen in Bayern auf. Nun stehen die Sieger fest. Ausgezeichnet wurden Umweltprojekte des Gymnasiums Königsbrunn und der Georg-Hipp-Realschule Pfaffenhofen.

Der Wettbewerb wurde ins Leben gerufen, um das Konzept der Schwammstadt bekannt zu machen – ein Ansatz, bei dem in der Siedlungsplanung gezielt Regenwasser lokal gespeichert wird, um Städte vor Überflutungen zu schützen, die Vegetation zu bewässern und das Mikroklima zu verbessern. Schulen in ganz Bayern wurden eingeladen, eigene Ideen für ihre Umgebung zu entwickeln.

Gymnasium Königsbrunn

Das mit dem ersten Preis bedachte Gymnasium Königsbrunn überzeugte mit einem innovativen Ansatz, der darlegt, wie sich das Konzept der „Schwammstadt“ auch im Schulumfeld umsetzen lässt. Das Team der Klima-AG entwickelte einen Plan zur Begrünung des stark versiegelten Pausenhofs. Ziel ist es, die Hitzeentwicklung im Sommer zu mildern, Regenwasser besser aufzunehmen und so gleichzeitig die Artenvielfalt zu fördern. Das Projekt sieht vor, Betonflächen durch wasserdurchlässige Böden zu ersetzen und eine grüne Fassade an der Schule zu gestalten. Diese Maßnahmen verbessern das Mikroklima, reduzieren Lärm und speichern Wasser, wodurch die Umgebung nachhaltig gekühlt wird.



Dr. Ingo Krüger. Bild: SVB

Die Schülerinnen und Schüler analysierten für das Projekt mit Wärmebildkameras die Temperaturentwicklung des Schulhofs und testeten die Wasserdurchlässigkeit verschiedener Bodenarten. Die Ergebnisse zeigten, dass beispielsweise eine Entsiegelung dringend notwendig ist.

Die Bayerische Sparkassenstiftung unterstützt die Umsetzung des Gewinnerprojekts mit einer Förderung in Höhe von 25.000 Euro. Dadurch können die Entsiegelung des Schulhofs sowie die Begrünung der Fassade realisiert werden.

Georg-Hipp-Realschule Pfaffenhofen

Die mit dem Sonderpreis gewürdigte Klasse 8c der Georg-Hipp-Realschule Pfaffenhofen widmete sich einer nachhaltigen, grüneren Gestaltung des neuen Pausenhofs. Die neue Fläche war durch den Abriss der Sporthalle bzw. des Hallenbads entstanden. Mit der Auszeichnung wird eine neue Sonnenliege auf dem Schulhof finanziert.

„Das Gymnasium Königsbrunn und die Realschule in Pfaffenhofen haben mit ihren Projekten wegweisende Beiträge geleistet, wie Bildung und Klimaschutz Hand in Hand gehen können“, betonte Dr. Ingo Krüger, Geschäftsführender Vorstand der Sparkassenstiftung. Laut Kultusministerin Anna Stolz sind die ausgezeichneten Projekte eindrucksvolle Beispiele dafür, wie junge Menschen engagiert an Lösungen arbeiten und den Herausforderungen durch den Klimawandel begegnen. „Initiativen wie diese sind Leuchttürme der Bildung für nachhaltige Entwicklung an unseren Schulen, sie verbinden Lernen mit konkretem Handeln.“ **DK**





Team S-International Business. Bild: Stadtsparkasse Augsburg

Kompetenzbündelung im Internationalen Geschäft:

Weitere Sparkassen schließen sich der S-International Business an

Zum 01.01.2025 schlossen sich die Sparkassen Bad Tölz-Wolfratshausen und Oberland dem größten Kompetenzzentrum für das Internationale Geschäft in Südbayern – der S-International Business in Augsburg – an. Durch die Fusion der Sparkassen Dillingen-Nördlingen und Donauwörth zur Sparkasse Nordschwaben wächst das Geschäftsgebiet der S-International Business zudem weiter.

Im Jahr 2008 bündelten damals acht Sparkassen ihre Expertise im Internationalen Geschäft und gründeten die S-International Business mit Sitz im Herzen von Augsburg. Von hier aus und mit den Kollegen vor Ort betreut die Gesellschaft ihr Geschäftsgebiet, das inzwischen vom Bodensee bis Neuburg und von Neu-Ulm bis zum Ammersee reichte. Mit den Sparkassen Bad Tölz-Wolfratshausen und Oberland kommt nun noch das schöne Voralpenland dazu.

Partner für mittelständische Unternehmen

Derzeit befindet sich die deutsche Wirtschaft mit ihren vielen mittelständischen Unternehmen aufgrund der geopolitischen und geoökonomischen Themen in besonders herausfordernden Zeiten, die gleichwohl auch Chancen bieten. Ein verlässlicher und leistungsfähiger Finanzpartner mit der Verantwortung, Kunden auch im internationalen Geschäft umfassend zu begleiten ist dabei unerlässlich.

Diese Kundenanforderung haben die Sparkassen Bad Tölz-Wolfratshausen, Oberland und Donauwörth zum Anlass genommen, sich dem Kompetenzcenter S-International Business anzuschließen. Mit diesem Schritt beschreitet man neue Wege und stellt die Kompetenz im internationalen Geschäft noch mehr in den Fokus. Ein Team aus erfahrenen Auslandsexperten und Spezialisten für alle Bereiche, eingebettet in das weltweite Netzwerk der Sparkassen-Finanzgruppe, macht die S-International zu einem idealen Partner für grenzüberschreitende Geschäfte. Dies betrifft sowohl den Auslandszahlungsverkehr bis hin zum Zins-, Währungs- und Rohstoffmanagement.

Erfahrung und Leistungsfähigkeit im internationalen Geschäft

Die Spezialisten der S-International Business stehen für ein individuelles Betreuungskonzept, das diverse Lösungsansätze für den Kunden bündelt. „Besonders die Nähe vor Ort zu den mittelständischen Kunden der Sparkasse spielt dabei eine zentrale Rolle“, wie Dominik Mittring, Geschäftsführer der S-International erklärt. Kurze Wege und schnelle Reaktionszeiten bei Verhandlungen mit internationalen Geschäftspartnern können problemlos gewährleistet werden. Dies erhöht die Planungssicherheit für die heimischen Unternehmen und bietet gleichzeitig die wirtschaftliche Sicherheit, vorhandene Risikofaktoren bereits bei der Geschäftsanbahnung zu minimieren.

Der starke Sparkassenverbund, gute internationale Beziehungen und ein weltumspannendes Partnernetz machen die S-International Business zu einem idealen Partner für das Internationales Geschäft - getreu dem Motto „Wir eröffnen unseren Kunden die globalen Märkte“.

Weitere Informationen unter www.s-iba.eu. ❐

BaFin-Kontenvergleich:

Kosten und Leistungen von 6.900 Girokonto-Modellen

Mitte Januar startete die Finanzaufsicht BaFin eine neue Website für die Suche nach dem passenden Zahlungskonto (Girokonto): Der BaFin-Kontenvergleich zeigt erstmals übersichtlich die Kosten und Leistungen aller Girokonten für Privatpersonen in Deutschland. Damit unterstützt die neue Website Verbraucher bei der eigenverantwortlichen Entscheidung für ein Girokonto, das ihren Bedürfnissen entspricht.

Wer ein Girokonto sucht, das zu den eigenen Bedürfnissen passt, kann ab sofort ein neues Informationsangebot der BaFin nutzen. Die Finanzaufsicht bietet erstmals in Deutschland eine Website mit einer aktuellen Übersicht aller verfügbaren Girokonten für Privatpersonen. Insgesamt sind fast 6.900 unterschiedliche Kontenmodelle von rund 1.100 Anbietern enthalten, mit Informationen wie monatliche Gebühren, Preise für Debit- und Kreditkarten sowie Haben- und Überziehungszinssätze.

Neben Girokonten führt der BaFin-Kontenvergleich sog. Basiskonten auf, die Banken seit 2016 anbieten müssen, sowie Kontenmodelle für Minderjährige, Auszubildende, Studenten oder Rentner. Um sich über die Einzelheiten zu informieren und das Konto schließlich zu eröffnen, müssen sich Verbraucher direkt an den jeweiligen Kontoanbieter wenden. Die BaFin ist dabei nicht eingebunden.

Grundlage des BaFin-Kontenvergleichs ist die EU-Zahlungskontenrichtlinie. Sie schreibt unter anderem vor, dass jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union für Verbraucherinnen und Verbraucher einen entgeltfreien Zugang zu einer privat oder staatlich betriebenen Vergleichswebsite für Zahlungskonten sicherstellen muss. Im Zahlungskontengesetz (ZKG) hat der Gesetzgeber die BaFin mit diesem wichtigen Verbraucherschutz-Projekt beauftragt. Federführend waren dabei die Bundesministerien für Finanzen (BMF) sowie für Umwelt und Verbraucherschutz (BMUV).

Für den Aufbau und den Betrieb des BaFin-Kontenvergleichs sind Zahlungsdienstleister wie Banken und Sparkassen, Neo-Banken und FinTechs, die private Girokonten anbieten, gesetzlich verpflichtet, Vergleichskriterien wie das monatliche Entgelt oder die Höhe des Überziehungszinssatzes an die Finanzaufsicht zu melden.

Suchfunktionen und Filter

Mit wenigen Mausklicks können die Nutzer Merkmale für ihr Wunschkonto festlegen, wie Kontoführungsgebühr, unentgeltliche Bargeldauszahlung im Ausland oder Ausgabe einer Kreditkarte. Die Suchergebnisse werden neutral und werbefrei dargestellt. Der BaFin-Kontenvergleich verfolgt kein kommerzielles Interesse und gibt keine Empfehlung für ein Konto oder einen Anbieter. Vielmehr ermöglicht er eine Vorauswahl aus dem großen Girokonto-Angebot und bietet die erforderliche Transparenz für eine erste Einordnung.

Die Kontenmodelle werden anhand von 27 Vergleichskriterien dargestellt. Ziel ist es, die große Bandbreite unterschiedlicher Kontenmodelle mit vielen Nebenbedingungen vergleichbar zu machen. Anhand von Such- und Filterfunktionen können Nutzer das Angebot nach ihrem Bedarf eingrenzen. Suchergebnisse lassen sich online speichern, weiterleiten und herunterladen. Dabei verzichtet die Website auf Cookies. Zudem enthält der BaFin-Kontenvergleich Inhalte in leichter Sprache und lässt sich barrierefrei bedienen.

Für die Richtigkeit der Angaben sind die Kontoanbieter selbst verantwortlich. Nach Meldung werden die Daten ohne weitere Prüfung oder Bearbeitung durch die BaFin an den Kontenvergleich übertragen. Die Aufnahme in den Kontenvergleich ist kein BaFin-Gütesiegel für Kontoanbieter oder deren Zahlungskonten, sondern gesetzlich vorgegeben. Die BaFin führt jedoch stichprobenhafte Qualitätschecks durch. Die Nutzerinnen und Nutzer müssen sich über die Einzelheiten eines Kontenmodells beim jeweiligen Kontoanbieter informieren. ❐

Sparkassenverband Bayern:

Vorreiter für attraktive Arbeitsbedingungen

Der Sparkassenverband Bayern, die Dachorganisation der 56 bayerischen Sparkassen, setzt neue Marken im Ausbau seiner Attraktivität als fortschrittlicher Arbeitgeber der Sparkassen-Finanzgruppe. Ausgehend von einem bereits hohen Niveau an Lohnzusatzleistungen eines öffentlich-rechtlich organisierten Unternehmens bietet er seinen rund 400 Mitarbeitern sukzessive eine weitere Vielzahl von Zusatzangeboten, die eine ausgewogene Work-Life-Balance fördern. In einer Zeit, in der die Ansprüche an Arbeitgeber stetig steigen, hebt sich der Sparkassenverband Bayern damit durch sein umfassendes Angebot hervor.

Dies wird durch das Top Company-Siegel 2025 beim Arbeitgeber-Bewertungsportal kununu bestätigt, das an die 5 Prozent der am besten bewerteten Unternehmen vergeben wird. Dieser Arbeitgeber-Award zeichnet Unternehmen mit hoher Mitarbeitenden-Zufriedenheit aus und wird ausschließlich auf Basis unabhängiger Bewertungen auf der Arbeitgeber-Bewertungsplattform kununu vergeben.

In den vergangenen zwei Jahren konnte der Sparkassenverband Bayern 62 neue Kolleginnen und Kollegen einstellen. Matthias Dießl, Präsident des Sparkassenverbands Bayern freut sich darüber, weiß aber auch, dass Arbeitgeber angesichts des engen Personalmarkts am Ball bleiben müssen: „Recruiting heißt heutzutage nicht mehr nur, gute Mitarbeitende zu gewinnen – es geht immer mehr darum, dafür zu sorgen, dass sie sich wohlfühlen und sie damit auch langfristig zu halten. Über die Mitarbeiterbindung setzen wir im nächsten Schritt auch auf Weiterempfehlungen durch unsere Mitarbeitenden, um so weitere Talente in unsere Teams zu holen. Deshalb stecken wir viel Energie in die Gestaltung eines positiven Arbeitsumfelds, damit unsere Wertschätzung bei den Kolleginnen und Kollegen ankommt."

Dießl: „Recruiting bedeutet Mitarbeiterbindung"

Zu den herausragenden Pluspunkten zählen umfangreiche Mobile Office-Möglichkeiten (bis zu 60 Prozent der Monatsarbeitszeit) mit flexiblen Arbeitszeiten. Mitarbeitende können so ihre beruflichen und privaten Verpflichtungen optimal miteinander vereinbaren. Dießl ist überzeugt, dass die fachliche Arbeit davon deutlich profitiert: „Unsere Mitarbeitenden gehen motivierter und konzentrierter an ihre Aufgaben, wenn sie ihre Arbeit und ihr Privatleben beweglich verzahnen können. Auch wenn einige Unternehmen zurzeit ihre Homeoffice-Quoten wieder reduzieren, haben wir den Kolleginnen und Kollegen gerade vertrauensvoll weitere Spielräume eröffnet. Mit Blick auf ein künftig noch flexibleres Arbeiten auch in den Räumen des Sparkassenverbands sehen wir hier eine Voraussetzung für eine verteilte und agile zeitgemäße Arbeitswelt."

Bereits langjährig eröffnet der Sparkassenverband Bayern seinen Mitarbeitern Gruppenangebote für Unfallversicherung und zahlreiche Gesundheitsvorsorgeuntersuchungen, -seminare und -kurse sowie Impfungen im Betrieb. Über den Mitarbeiter-Assistance-Partner pme Familienservice können Mitarbeitende in herausfordernden Lebenssituationen breite und direkte Unterstützungsangebote in Anspruch nehmen. Auch die Möglichkeit der Kantinennutzung oder das arbeitgebergeförderte Job-Radleasing sind Angebote, um das Wohlbefinden der Mitarbeitenden zu unterstützen. 150 Mitarbeitende nehmen außerdem die Förderung des Deutschlandtickets oder anderer ÖPNV-Angebote als Job-Ticket in Anspruch.

Zum Jahresende 2024 wurde das Angebot nochmals deutlich erweitert – der Sparkassenverband übernimmt mehr als 50 Prozent des Monatsbeitrags für eine Mitgliedschaft im Sport- und Wellness-Netzwerk EGYM Wellpass, das freien Zugang zu rd. 9.000 Fitness- und Yogastudios, Schwimmbäder, Boulderhallen etc. und 4.000 Onlinekursen in den Bereichen Sport, Ernährung und Meditation eröffnet. Im Sparkassenverband Bayern stößt das neue, aus dem Kreis der Mitarbeitenden initiierte Angebot bereits auf großes Interesse – 84 sportbegeisterte Mitarbeitende kosten den Wellpass bereits in vollen Zügen aus.

Ein neues Highlight für alle Mitarbeitenden seit Jahresbeginn 2025 ist weiterhin eine neue kostenfreie betriebliche Krankenzusatzversicherung, die im Bereich Zahnersatz oder Brillen Leistungen übernimmt, die von eigenen Krankenversicherungen oft nicht vollständig übernommen werden. Dießl erläutert: „Wir beteiligen uns hier, um Versorgungslücken zu schließen und eine solide Grundlage für mögliche Erweiterungen des individuellen Versicherungsschutzes zu eröffnen. Dabei denken wir auch an Lebenspartner und Kinder unserer Mitarbeitenden – auch sie können von unserem neuen Versicherungsschutz profitieren. Wir wollen mit diesen Vorsorgeleistungen Verantwortung übernehmen und bei der Umsetzung sozialer Nachhaltigkeit in der Sparkassen-Finanzgruppe Bayern vorangehen." Der Sparkassenverband Bayern ist daher auch Gründungsmitglied der „Initiative Soziale Verantwortung" der uptodate Ventures GmbH, einer Tochter des Konzerns Versicherungskammer, die in Kooperation mit der TU München Unternehmen zertifiziert, die sich nachweislich über gesetzliche Vorgaben hinaus für eine sozial nachhaltige Entwicklung einsetzen.

Der Sparkassenverband Bayern nimmt die Bedürfnisse seiner Mitarbeitenden ernst und fördert sie aktiv. Auch die 56 bayerischen Sparkassen bieten ihren Mitarbeitenden ein attraktives Arbeitsumfeld. Viele Werte und Angebote des Sparkassenverbands finden sich in ähnlicher Form auch in den einzelnen Sparkassen wieder, die sich durch ein starkes Gemeinschaftsgefühl und folglich ein hohes Maß an Mitarbeiterzufriedenheit auszeichnen.

Der Sparkassenverband und die Sparkassen stehen für eine Unternehmenskultur, die auf Wertschätzung, Gesundheit und Flexibilität setzt. Alle Interessierten, die Teil dieser erfolgreichen Gemeinschaft werden und die Vorteile eines Arbeitgebers erleben wollen, der die Zukunft seiner Mitarbeitenden aktiv gestaltet, finden weitere Informationen auf https://sparkassenverband-bayern.de/Karriere. ❒

Vermögensbarometer 2024:

Licht am Horizont

Trotz schwieriger Jahre mit geopolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen nimmt die finanzielle Zufriedenheit der Menschen hierzulande wieder etwas zu. Laut dem „Vermögensbarometer 2024" des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) bewerten 38 Prozent der Befragten ihre eigene finanzielle Lage als gut oder sehr gut, ein Anstieg um vier Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr.

Besonders auffällig ist, dass die jüngeren Generationen deutlich optimistischer sind als ältere. Knapp die Hälfte der unter 40-jährigen schätzt die eigene finanzielle Situation als gut oder sehr gut ein. Gerade die Gruppe der 50- bis 59-Jährigen zeigt hingegen größere Skepsis: Hier sieht sich nur jeder Dritte gut aufgestellt; ebenso viele bewerten ihre finanzielle Lage als schlecht.

Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Blick in die Zukunft. Gerade die ganz Jungen erwarten hier viel Gutes. In den kommenden sechs Monaten rechnen 50 Prozent der 14- bis 29-Jährigen mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation. Das ist im Vergleich zu 2023 ein Plus von acht Prozentpunkten. Mittelfristig gehen sogar 70 Prozent (2023: 63 Prozent) von einer Verbesserung aus. Ähnlich zuversichtlich ist die Gruppe der 30- bis 39-Jährigen (kurzfristige Verbesserung: 36 Prozent, in zwei Jahren: 49 Prozent).

Weiterhin drängend bleiben allerdings die Sorgen um die Rente. 39 Prozent der Befragten bleiben zurückhaltend, wenn es um ihre Altersvorsorge geht. Als Grund dafür nennen 21 Prozent der 14- bis 29-Jährigen, 15 Prozent der 30- bis 39-Jährigen und 16 Prozent der 40- bis 49-Jährigen, sie hätten sich mit dem Thema noch nicht beschäftigt. Elf Prozent der über 60-Jährigen halten ihre Rentenansprüche für ausreichend. Deutlich skeptischer sehen dies die jüngeren Altersgruppen: Nur zwei Prozent der 14- bis 29-Jährigen und der 40- bis 49-Jährigen, drei Prozent der 50- bis 59-Jährigen und vier Prozent der 30- bis 39-Jährigen erwarten, dass die gesetzliche Rente reicht.

2024 erklärten 61 Prozent der Befragten, drei Prozentpunkte mehr als im Vorjahr, bereits Maßnahmen für ihre Altersvorsorge getroffen zu haben. Unter diesen 61 Prozent sind 31 Prozent, die darüber hinaus keine weiteren Maßnahmen planen. Gestiegen ist der Anteil derjenigen, die heute schon etwas für die eigene Altersvorsorge tun und weitere Schritte vorbereiten. Es sind 21 Prozent (2023: 17 Prozent). Neun Prozent machen derzeit nichts, haben aber zumindest Maßnahmen im Blick. Über die Hälfte der 14- bis 29-Jährigen gibt an, sich bereits mit dem Thema Altersvorsorge beschäftigt zu haben. 20 Prozent haben Maßnahmen ergriffen und planen im Moment keine weiteren, 29 Prozent wollen künftig noch mehr für die Altersvorsorge tun.

Wie DSGV-Präsident Prof. Dr. Ulrich Reuter vor der Presse erläuterte, „sind viele Menschen unsicher, ob ihre bisherigen Sparmaßnahmen für eine gute Absicherung im Alter ausreichen werden. Es ist deshalb notwendig, dass sowohl private als auch staatliche Maßnahmen zur Altersvorsorge weiter gestärkt werden." Reuter begrüßt, dass die Bundesregierung wichtige Schritte in diese Richtung skizziert habe. Entscheidend sei, dass jeder Euro Eigenbetrag gefördert werden soll und auch ein Bonus für Geringverdiener und Berufseinsteiger sowie Zulagen für Familien mit Kindern geplant sind.

Das Vermögensbarometer beleuchtet seit 2005 nicht nur die finanzielle Stimmung in Deutschland, sondern auch die Auswirkungen auf das Sparverhalten. Passend zum 100. Jubiläumsjahr des Weltspartags gaben 37 Prozent an, dass sie ihr Sparverhalten aufgrund der gestiegenen Zinsen bereits angepasst haben oder dies beabsichtigen.

Vor allem die Jüngeren haben ihr Sparverhalten verändert oder haben vor, dies zu tun. Das erklären 51 Prozent der 14- bis 29-Jährigen, 48 Prozent der 30- bis 39-Jährigen und 39 Prozent der 40- bis 49-Jährigen. Etwas zurückhaltender verhalten sich die älteren Befragten. Von den 50- bis 59-Jährigen haben 32 Prozent ihr Sparverhalten an die aktuelle Situation angepasst. In der Gruppe über 60 Jahre sind es 24 Prozent.

Plädoyer für langfristige Sparstrategie

Dazu betonte Reuter die Bedeutung einer langfristigen Sparstrategie: „Ein Blick auf die aktuellen Entwicklungen beim DAX zeigt, wie wertvoll die Teilnahme am gesamtwirtschaftlichen Wertzuwachs sein kann." Derzeit halten sich nur 39 Prozent der jungen Menschen unter 30 Jahren für gut über Wertpapiere informiert, bei den Älteren sind es sogar noch weniger. „Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass das Wertpapierwissen in der Bevölkerung weiter gestärkt wird. Hier müssen wir ansetzen, um die finanzielle Zukunft breiter abzusichern", unterstrich Reuter.

Widerstandsfähig zeigt sich trotz der nach wie vor hohen Preise der Konsum in Deutschland. Zwar haben 56 Prozent der Menschen ihr Kaufverhalten eingeschränkt, doch tun dies viele bewusst und strategisch, indem sie gezielt Preise vergleichen, Angebote nutzen und bei weniger wichtigen Ausgaben sparen.

Gespart wird demnach vor allem beim Einkauf. 15 Prozent gehen weniger einkaufen und geben insgesamt weniger Geld aus. „Preise vergleichen" oder „günstiger einkaufen" ist für zwölf Prozent eine Option. Elf Prozent achten auf Angebote oder auf reduzierte Artikel. Zehn Prozent der Befragten geben an, nur noch das Nötigste zu erwerben. Genauso groß ist die Gruppe derjenigen, die in allen Lebensbereichen einspart. Reisen bleibt allerdings vielen Befragten wichtig. An diesem Haushaltsposten sparen die Menschen nach Möglichkeit gar nicht. Nur acht Prozent wollen weniger reisen, planen keine Flugreisen oder streichen einen Urlaub. Besonders bei den Jüngeren zeigt sich eine positive Entwicklung des Konsumverhaltens: 27 Prozent der 14- bis 29-Jährigen haben ihren Konsum sogar ausgeweitet.

Über alle Altersgruppen hinweg träumen wieder mehr Menschen vom eigenen Häuschen oder der eigenen Wohnung. Jedoch schrecken hohe Immobilienpreise und die gestiegenen energetischen Anforderungen an Gebäude Interessenten ab. Wie das Vermögensbarometer zeigt, ist unter den Jüngeren der Wunsch nach einer Immobilie ungebrochen. 55 Prozent der 20- bis 29-Jährigen und 39 Prozent der 30- bis 39-Jährigen planen den Kauf von Haus oder Wohnung. Das sind in beiden Altersgruppen je acht Prozentpunkte mehr als 2023.

Sprunghaft angestiegen ist der Immobilienwunsch bei Männern. 46 Prozent erklärten 2024, den Kauf einer Immobilie zu planen. Im Vorjahr waren es noch 35 Prozent. Leicht angestiegen ist der Anteil der kaufwilligen Frauen. 32 Prozent, vier Prozentpunkte mehr als 2023, überlegen, sich Haus oder Wohnung zuzulegen. 61 Prozent der Befragten im Alter zwischen 20 und 50 Jahren planen keinen Immobilienkauf. Die Gründe gegen einen Erwerb sind gegenüber 2023 unverändert: 51 Prozent geben an, nicht genügend Eigenkapital zu besitzen. 18 Prozent sind die aktuellen Immobilienpreise oder die Kosten für Neubauten (16 Prozent) zu hoch.

Grundsätzlich spielt Vertrauen bei Geldgeschäften eine wichtige Rolle. Genauso wichtig sind Erwartungen: Menschen setzen darauf, ihr Erspartes sicher und gewinnbringend anzulegen. Sparen beginnt für die meisten mit kleineren Beträgen. Doch welchem Geldinstitut würde man die Summe am ehesten anvertrauen? Für 36 Prozent der Befragten ist die Sache ganz klar: Wenn sie etwas Geld übrighätten, wären die Sparkassen erste Wahl. An zweiter Stelle folgen mit deutlichem Abstand die Volks- und Raiffeisenbanken (19 Prozent). Für die ING entschieden sich 14 Prozent. Commerzbank und Deutsche Bank nennen je neun Prozent der Befragten. Auf Postbank und DKB entfallen je fünf Prozent. Das Schlusslicht bildet N26 mit drei Prozent. **DK**



Kabinett beschließt Gebäudetyp-e-Gesetz

Bayerische Architektenkammer begrüßt die Reform des Bürgerlichen Gesetzbuches

Der durch Bundesjustizminister Buschmann vorgelegte Entwurf zur Umsetzung des Gebäudetyp-e im Architekten- und Bauvertragsrecht wurde vom Kabinett beschlossen. Damit ist ein wesentlicher Schritt für die Umsetzung des Gebäudetyp-e auf Bundesebene getan. Die Bayerische Architektenkammer, die den Planungsansatz zur Vereinfachung des Bauens angestoßen hat, freut sich, dass Planerinnen und Planer die Änderungen nun konkret anwenden können. Das Gebäudetyp-e-Gesetz geht jetzt in das parlamentarische Verfahren und wird voraussichtlich im Frühjahr 2025 in Kraft treten.

Der Planungsansatz Gebäudetyp-e reduziert die Normenflut und schafft Handlungsspielräume beim Planen und Bauen. „Einfaches“ oder „experimentelles“ (Um)Bauen nach dem Gebäudetyp-e ist suffizient und damit kostengünstiger und nachhaltiger. Angesichts hoher Baukosten und Wohnraummangels war eine Reform des Bürgerlichen Gesetzbuches dringend notwendig. Mit der Änderung von §§ 650 a ff BGB wird fachkundigen Unternehmen und ihren Planern ermöglicht, gezielt für das jeweilige Vorhaben Vereinbarungen zu treffen. Technische Normen und Regeln, die ausschließlich Komfort- oder Ausstattungsmerkmale betreffen, sind künftig ohne ausdrückliche Vereinbarung nicht mehr Gegenstand der vertraglichen Leistungspflicht. Dies betrifft auch solche Normen und Regeln, die in einer Rechtsverordnung bestimmt werden, weil sie die Nutzung von innovativen, nachhaltigen oder kostengünstigen Bauweisen erheblich erschweren.

In Bayern gilt bereits seit August 2023 ein „Recht auf Abweichung“ in Art. 63 der Bayerischen Bauordnung. Im Dezember 2023 starteten nach einem Beschluss des Bayerischen Landtags 19 Pilotprojekte in Bayern, die den Gebäudetyp-e in der Praxis erproben und weiteren Regulierungsbedarf identifizieren. Auf Bundesebene wurde entsprechend dem bayerischen Modell die Musterbauordnung angepasst.

Prof. Lydia Haack, Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer: „Die Bayerische Architektenkammer hat mit viel Elan und Ausdauer auf die Umsetzung ihrer Initiative hingewirkt, wir sind froh und stolz, dass das Gesetz nun kommen wird. Mein Dank gilt an dieser Stelle allen, die uns dabei auf Bundes- und Landesebene unterstützt haben, vor allem der Bundesarchitektenkammer und den Bayerischen Staatsministerien für Wohnen, Bau und Verkehr sowie der Justiz. Damit wird das Bauen in Deutschland insgesamt schneller, einfacher und kostengünstiger.“

Wunsch der Architektenkammer ist es, dass die in Bayern laufenden Pilotprojekte nun bundesweit Schule machen und einen neuen, vereinfachten Standard setzen. Es bleibt zu hoffen, dass die amtierende Bundesregierung das Vorhaben auf den letzten Metern zielgerichtet zu Ende führt. Entscheidend ist aber auch, dass die Rechtsverordnung für die Normen, deren Einhaltung dann nicht mehr automatisch vertraglich geschuldet ist, noch mutig und entschlossen auf den Weg gebracht wird. ❐



V.l.: Monika Kagermeier, Cathleen Winkler, Nina Ferg, Carola Kossak, Dylbe Danushi, Chiara Ptach (SEJ Praktikantin).

Bild: Ingo Knott, Stadt Abensberg

Kindergarten „Lummerland“ in Abensberg:

Zebra-Kinder fühlen sich wohl

Die Stadt Abensberg und ihre Ortsteile verzeichnen seit vielen Jahren ein stabiles Plus der Bevölkerungszahlen. Damit einhergehend verändern sich laufend die Anforderungen an die Betreuungs- und Bildungseinrichtungen. Zum Start des Kindergartenjahrs 2024/2025 mussten deshalb im Kindergarten „Lummerland“ an der Römerstraße zusätzliche Räume für eine sechste Kindergartengruppe geschaffen werden. Zu einem abschließenden Gespräch traf sich Bauingenieurin Monika Kagermeier von der Stadt Abensberg mit den Verantwortlichen vor Ort.

Susanne Kammerer, stellvertretende Leiterin im „Lummerland“, stellte zu Beginn des Treffens fest, dass sich die Situation als sehr entspannt darstelle. Die Zebragruppe gibt es als Vormittags- und als Nachmittagsgruppe mit jeweils 25 Kindern.

Die neue Gruppen und die dafür nötigen Räumlichkeiten wurden in Modulbauweise ermöglicht – sieben Module sind für diese beiden Gruppen nötig. Drei für den Gruppenraum, einer für einen Nebenraum, damit Platz für Extraprojekte geboten ist, einer für sanitäre Anlagen und zwei, die als Garderoben genutzt werden.

Hochwertiger Wärmeschutz

Cathleen Winkler, Leiterin des Kindergartens, verwies auf den hochwertigen Wärmeschutz, der gemütliches Beisammensein ermöglicht, und die Klimaanlage für wärmere Tage. Auch Schallschutz wurde von Anfang an berücksichtigt. „Gerade Eltern, die die Gruppe wechseln mussten, waren skeptisch“, berichtete Winkler. Die Skepsis habe sich aber angesichts der Umsetzung schnell gelegt.

Vormittags liegt die Gruppenleitung in den Händen von Carola Kossak, nachmittags hat Nina Ferg die Gruppenleitung. Die Kinderpflegerinnen Sandra Lichteblau und Dülbe Danushi gehören zum Zebra-Team, ebenso Chiara, die als Praktikantin das Soziale Erziehungsjahr absolviert – das erste von fünf Jahren Ausbildung zur Erzieherin.

„Die Kinder fühlen sich wohl“, so Cathleen Winkler. Alles ist neu, auch die Spielsachen – sie ist zufrieden. „Die Ängste haben sich schnell gelegt“, sagt sie. Auch die Sprachbarrieren haben sie mit den Kindern gemeistert. Winkler dankte Kagermeier herzlich für die unkomplizierte und enge Zusammenarbeit zum Wohle der Kinder. „Es ging schnell, aber es klappt! Lieber diese Lösung als zu große Gruppen.“

Aktuell laufen noch Umbauten im Bestand, die schon länger geplant waren, und nun noch an die neuen Gegebenheiten angepasst werden mussten. In diesem Zuge wird u.a. die Haustechnik im Kindergarten modernisiert und der Sozial- und Sanitärbereich des Personals vergrößert und somit an die gestiegenen Anforderungen und Personalzahlen angepasst. Diese Umbauten werden derzeit abgeschlossen und bald kann der Kindergarten wieder die komplette Fläche nutzen. ❐

Digitaler Bauantrag:

Positive Jahresbilanz

Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr erfreut sich der Digitale Bauantrag im Freistaat großer Beliebtheit. An den bislang teilnehmenden Ämtern werden monatlich rund 2.500 digitale Anträge eingereicht. „Die Planerinnen und Planer können die Bauanträge dank des digitalen Verfahrens viel einfacher stellen und die Bauaufsichtsbehörden können sie leichter bearbeiten. Die analoge Antragstellung bleibt aber auch weiterhin möglich“, unterstrich Staatsminister Christian Bernreiter.

Zum Jahresanfang 2025 boten bereits 106 Städte und Landratsämter den Digitalen Bauantrag an, weitere neun befinden sich im Probebetrieb. Neu hinzu kamen in diesem Jahr die Landratsämter Coburg, Dillingen a. d. Donau, Erlangen-Höchstadt, Forchheim, Haßberge, Lichtenfels, Neuburg-Schrobenhausen, Rhön-Grabfeld und Schweinfurt sowie die Städte Deggendorf, Germering, Lindau (Bodensee) und Waldsassen. Zusammen sind dies mehr als drei Viertel aller bayerischen Bauaufsichtsbehörden, die sogar über 90 Prozent der bayerischen Bevölkerung abdecken.

Echter Standortvorteil

Wie Bayerns Digitalminister Dr. Fabian Mehring betonte, „bauen wir mit dem Digitalen Bauantrag Barrieren für die Antragsteller ab und beschleunigen die Bearbeitung ihrer Anliegen im Sinne einer schlanken, unbürokratischen und effizienten Verwaltung. Daraus erwächst ein echter Standortvorteil für unsere heimische Bauwirtschaft.“

Beschleunigte Bearbeitung

Der Digitale Bauantrag ermöglicht es, Bauanträge und weitere Anträge über Online-Formulare direkt beim zuständigen Landratsamt, der kreisfreien Stadt, Großen Kreisstadt oder Delegationsgemeinde einzureichen. Auch die am Computer entworfenen Pläne können unmittelbar am Online-Antrag angehängt werden. Beim Ausfüllen werden zahlreiche Hilfestellungen gegeben, zum Beispiel wird auf erforderliche Bauvorlagen hingewiesen. Dadurch werden Bauanträge vollständiger und die Bearbeitungszeiten reduziert. Für die Beratung von Bauherren oder Planern sind weiterhin die Gemeinden erste Ansprechpartner. Diese werden auch in den Genehmigungsprozess miteinbezogen. **DK**

Regierung der Oberpfalz.

Seminar zur flächeneffizienten Siedlungsentwicklung

Schutz von Natur, Klima und Umwelt, geringere Kosten und Erhalt von Lebensqualität – das sind nur einige der vielen Vorteile, die eine flächeneffiziente Siedlungsentwicklung bietet. Patrick Dichtler und Markus Roth von der Regierung der Oberpfalz setzen sich dafür ein, platzsparende Planungen voranzutreiben, Mehrfachnutzungen von Flächen aufzuzeigen und größere Siedlungsgebiete gezielt dort zu fördern, wo bereits eine gut ausgebaute Infrastruktur vorhanden ist.

Grundlage dazu ist die 2023 vom Bayerischen Landtag beschlossenen Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP). Deswegen luden Patrick Dichtler und Markus Roth jetzt Bürgermeisterinnen, Bürgermeister sowie Fachleute aus Planungsbüros und Bauverwaltungen zu einem Seminar ein, um über die neuen LEP-Festlegungen zum Flächensparen zu informieren. Ein voller Erfolg - über 70 Interessierte meldeten sich an und verfolgten die Erläuterungen und Beispiele aus der Praxis.

Innenentwicklung hat Vorrang vor Außenentwicklung. Das wird als Ziel im LEP klar festgesetzt, so Patrick Dichtler. Die neuen Grundsätze im LEP, wie „Ressourcen schonen“ und „Integrierte Siedlungsentwicklung“, unterstützen zudem eine flächeneffiziente Siedlungsentwicklung. Markus Roth betonte die praktische Relevanz für die Kommunen: „Bei der Bedarfsbegründung müssen die Gemeinden ihre Baulücken und Leerstände z.B. genau prüfen, mit dem Ziel diese möglichst bald nutzen zu können.“ Dafür wurde eine praktische Auslegungshilfe erarbeitet, die klar zeigt, welche Anforderungen bei der Ausweisung neuer Siedlungsflächen gelten.

Ein inspirierendes Praxis-Beispiel lieferte die Gemeinde Sünching im Landkreis Regensburg. Christian Stern, Sachgebietsleiter der Bauabteilung, berichtete, wie es gelungen war, freie Bauflächen im Innenbereich zu nutzen und ungenutzte Gebäude wiederzubeleben. „Es war kein Bauland auf der grünen Wiese verfügbar. Deshalb konzentrierte sich die Gemeinde auf die Innenentwicklung. Die Nähe zum Regionalzentrum Regensburg und die Unterstützung durch die Städtebauförderung haben uns dabei enorm geholfen“, so Stern. Das Ergebnis: Ein attraktiveres Ortsbild, eine Stärkung des Ortszentrums und eine Wertsteigerung der Immobilien.

Ein weiterer Höhepunkt des Seminars war das Beispiel zum digitalen Siedlungsmanagement im Landkreis Cham. Dr. Ulrich Huber und Lisa Rehm vom Landratsamt Cham präsentierten ein innovatives interkommunales Leerstands- und Baulückenkataster, das auf einem Geoinformationssystem (GIS) basiert. „Dieses Projekt bietet den 39 Kommunen nicht nur eine aktuelle Übersicht über Innenentwicklungspotenziale, sondern auch Prognosemodelle für Leerstände“, erklärten die beiden GIS-Experten. Der Ansatz sei zudem auf andere Landkreise übertragbar, erläuterten sie abschließend. ❐

Zum Ende des dritten Quartals 2024:

Bayernweit 14,9 Prozent weniger Wohnungsbaugenehmigungen

Nach Auskunft der Fachgruppe im Bayerischen Landesamt für Statistik werden von den unteren Bauaufsichtsbehörden in Bayern von Januar bis September 2024 insgesamt 36.379 Wohnungsbaugenehmigungen (einschließlich Genehmigungsfreistellungen) erteilt. Somit geht die Zahl der zum Bau freigegebenen Wohnungen um 6.361 beziehungsweise 14,9 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück.

Fast zwei Drittel der neuen Wohnungen sind für Mehrfamilienhäuser sowie Wohnheime genehmigt. Die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern reduziert sich allerdings im Vorjahresvergleich um 16,8 Prozent. Wohnungen in Wohnheimen verzeichnen ein Minus von 42,8 Prozent. Genehmigungen für Einfamilienhäuser fallen um 20,7 Prozent.

Alle Regierungsbezirke bei Baugenehmigungen im Minus

Im Vergleich der Regierungsbezirke verbuchen die Oberpfalz, Niederbayern, Unterfranken, Mittelfranken und Oberfranken ungefähr ein Viertel weniger Wohnungsbaugenehmigungen als im Vorjahr. Die Genehmigungen in Oberbayern gehen um 7,8 Prozent zurück und in Schwaben um 0,5 Prozent. Schwaben wies zuletzt zum Halbjahr als einziger Regierungsbezirk noch ein Plus von 3,5 Prozent auf.

Städte und Landkreise: Ähnliche Entwicklungen bei Wohnungsgenehmigungen

Der Blick auf die Kreise Bayerns zeigt ähnliche Entwicklungen in Stadt und Land: Kreisfreie Städte weisen 16,7 Prozent weniger Wohnungsgenehmigungen auf, bei den Großstädten sind es -13,3 Prozent und bei den Landkreisen -13,9 Prozent. ❐

Marktplatz für gebrauchte Bauteile

In Deutschland gehen bis zu 60 Prozent der gesamten Rohstoffgewinnung sowie mehr als die Hälfte der Abfälle auf das Konto des Bausektors. Diese Zahlen zeigen: Gerade im Bau- und Gebäudesektor bieten die Prinzipien der Kreislaufwirtschaft ein besonderes Potenzial. Daher wird die Landeshauptstadt München in Zusammenarbeit mit weiteren europäischen Partnerstädten und -regionen sowie Partnerorganisationen im Rahmen des EU-Horizon-Projekts „CirCoFin“ Konzepte für einen Marktplatz für gebrauchte Bauteile, die wiederverwendet werden sollen, entwickeln. Die EU unterstützt das Gesamtprojekt in den Jahren 2025 bis 2028 mit insgesamt sechs Millionen Euro.

Die europäischen Projektpartner trafen sich jüngst zum Projektstart in München. Neben München sind am CirCoFin-Projekt drei weitere Städte und Regionen beteiligt: Lissabon, Zero Waste Schottland und Kopenhagen. Jede Stadt beziehungsweise Region entwickelt in einem lokalen Pilotprojekt sehr konkrete technische, rechtliche, operative und wirtschaftlich tragfähige Pläne für eine lokale Bauteilbörse. Koordiniert wird das Gesamtprojekt vom Referat für Klima- und Umweltschutz, wobei das Kommunalreferat das Münchner Pilotprojekt verantwortet.

Bausektor als weltweit größter Klimakiller

Christine Kugler, Referentin für Klima- und Umweltschutz: „Ich freue mich sehr, dass wir nun den Startschuss für die Entwicklung einer finanzierungsfähigen Bauteilbörse in München gegeben haben. Mit bis zu 70 Prozent des globalen CO2-Ausstoßes ist der Bausektor der weltweit größte Klimakiller. Darüber hinaus gehen 35 Prozent des gesamten Mülls weltweit aufs Konto der Baubranche. Hier können und wollen wir klimafreundlicher und ressourceneffizienter werden. Eine Bauteilbörse wird es uns ermöglichen, kreislauffähig zu bauen und Bestandteile aus Abriss- und Umbauprojekten im Sinne eines ‚Urban Mining‘ wiederzuverwenden. Dabei freue ich mich besonders auf eine gewinnbringende Zusammenarbeit und den Austausch mit unseren europäischen Projekt-Partner*innen.“

Praktische Ansätze und Erfahrungen

Jacqueline Charlier, Kommunalreferentin: „Mit unserem lokalen Projekt ‚Zirkuläres Bauen‘ in der ehemaligen Bayernkaserne liefern wir praktische Ansätze und Erfahrungen für das EU-Projekt CirCoFin. Der Aufbau einer Bauteilbörse als Münchner Pilotprojekt basiert auf drei Säulen: Abbruchmaterialien an einen festen Standort bringen, wo sie vor einem Neueinsatz aufbereitet, gereinigt und gelagert werden. Flächen zur Zwischenlagerung identifizieren – das minimiert Transportwege. Drittens sollen Lösungen entwickelt werden, die bereits vor dem Abbruch potenzielle Bauteile digital erfassen, so dass Kunden die verfügbaren Bauteile online einsehen können. Die Entwicklung einer Bauteilbörse ergänzt unsere weiteren Maßnahmen, die in unserem Zero-Waste-Konzept verankert sind. Denn der Grundstein zur Müllvermeidung und Wiederverwertung liegt im Bausektor, dem ressourcenintensivsten Wirtschaftssektor.“

Weitere Partner

Neben den europäischen Partnerstädten und -regionen sind auch neun weitere Partner an CirCoFin beteiligt – unter anderem das Gründungs- und Innovationszentrum UnternehmerTUM GmbH, die Bayrische Forschungsallianz, das auf Nachhaltigkeit ausgelegte Gemeindenetzwerk ICLEI, das auf wiederverwendete Bauteile spezialisierte Start-up Concular und das Deutsche Institut für Normung (DIN). ❐



Wohnen und Wohlfühlen“ steht als Motto auf dem Raiffeisenhaus. Bilder: Raiffeisenbank Parkstetten



Anton Ismair, Vorstand der Raiffeisenbank Parkstetten, mit Raiffeisenhaus-Bewohner Hans Kohlhofer.

Als Genossenschaft der Gesellschaft etwas zurückgeben

Autorin: Dr. Verena Rudolf, Redaktion „Profil“

Nachdem die Raiffeisenbank Parkstetten mit ihrer Filiale in Oberalteich umgezogen war, eröffnete sich die Möglichkeit, das alte Bankgebäude einer neuen Nutzung zuzuführen. Die demografische Entwicklung zeigt, dass unsere Gesellschaft immer älter wird. „Und alt werden sollen die Menschen in Würde“, betont Anton Ismair, Vorstand der Raiffeisenbank Parkstetten. Getreu diesem Leitgedanken war es der Genossenschaftsbank ein Herzensanliegen, den Menschen in ihrer Region etwas Gutes zu tun. So entstand das Raiffeisenhaus – ein modernes, barrierefreies Wohnkonzept mit Betreuung, das den Bedürfnissen älterer Menschen gerecht wird.

„Wir haben uns gefragt, was wir als Genossenschaft der Gesellschaft zurückgeben können“, erklärt Ismair. Die Antwort: Die Bank schuf in Oberalteich im niederbayerischen Landkreis Straubing-Bogen das „Raiffeisenhaus“ – eine Wohnanlage für Menschen ab 65 Jahren oder Personen mit Pflegebedarf. Seit Mai 2024 stehen dort 19 barrierefreie Zwei- und Dreizimmerwohnungen zur Verfügung, die betreutes Wohnen ermöglichen.

Das Konzept war in der Region bisher einzigartig. „Betreutes Wohnen gab es bei uns vorher nicht“, betont Ismair.

Investition in ehemalige Bankfiliale

Der Ursprung des Projekts liegt im Umzug der Oberalteicher Bankfiliale. Diese wurde in den Neubau eines Edeka-Marktes integriert. Das alte Bankgebäude hätte saniert werden müssen, doch stattdessen entschied sich die Bank für eine neue Nutzung.

„Mit dem Gedanken, eine Tagespflege anzubieten, spielten wir schon länger. Doch dieses Projekt realisierten wir schließlich in der ehemaligen Klosterschenke“, so Ismair. Als später auch das Nachbargrundstück der alten Filiale verfügbar wurde, entstand die Idee, beide Gebäude für eine betreute Wohnanlage zu nutzen.

Das Konzept richtete sich an ältere Menschen, die im eigenen Haus oft mit Problemen kämpfen: zu große Räume, fehlende Barrierefreiheit oder Einsamkeit. „Ein Heim ist für viele keine Option – vor allem, wenn es weiter weg liegt“, weiß Ismair. Die Lösung: eine Zwischenform des Wohnens, die Sicherheit und Gemeinschaft bietet.

Erfahrung mit Immobilienprojekten

Die Raiffeisenbank hatte bereits Erfahrung mit ähnlichen Vorhaben. Ein früheres Projekt verwandelte ein altes Lagerhaus in eine Wohnanlage mit 20 Wohnungen. „Jetzt gingen wir einen Schritt weiter, um den großen Bedarf an betreutem Wohnraum zu decken“, sagt Ismair.

Das Ziel war, nicht nur nachhaltig Erträge zu generieren, sondern auch einen Mehrwert für die Region zu schaffen. Der Aufsichtsrat war von der Idee überzeugt, und so wurde aus dem Umbau der ehemaligen Filiale ein „Reputationsprojekt“.

Vier Jahre Planungszeit

Von der ersten Idee bis zur Fertigstellung vergingen rund vier Jahre. „Zwei Jahre benötigten wir allein für die Baugenehmigung - es war ein langwieriger Prozess“, erinnert sich Ismair. Doch dank der Beharrlichkeit der Genossenschaft wurde das Projekt umgesetzt. Heute trägt das Gebäude den Schriftzug „Wohnen und Wohlfühlen“.

Die ersten Bewohner zogen im Mai 2024 ein, bis Weihnachten sind alle 19 Wohneinheiten belegt. Für 13 Wohnungen besteht eine Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Roten Kreuz (BRK), das Pflegeleistungen übernimmt. Die übrigen sechs Wohnungen bieten ebenfalls die Möglichkeit, BRK-Dienste bei Bedarf hinzuzubuchen. Alle Einheiten verfügen über einen Hausnotruf, der rund um die Uhr Sicherheit bietet.

Gemeinschaft statt Einsamkeit

Der Schritt, das eigene Haus zu verlassen, fiel vielen Bewohnern schwer. Doch die Vorteile überwiegen: „Herzstück unserer Wohnanlage ist der Gemeinschaftsraum“, berichtet Ismair. Dort treffen sich die Mieter zum Kochen, Plaudern oder Feiern. „So können sie etwas gegen Einsamkeit im Alter unternehmen.“

Die Lage des Raiffeisenhauses ist ein weiterer Pluspunkt: Lebensmittelgeschäfte, Drogerie und eine Bushaltestelle sind innerhalb von 500 Metern fußläufig erreichbar. Das Haus liegt in einer ruhigen Wohngegend von Oberalteich, einem Ortsteil der Stadt Bogen.

Auch die Bankfiliale ist nah – ein zusätzlicher Vorteil. „Das Projekt ist eine Win-win-Situation: 19 Wohneinheiten bedeuten auch 19 Bankkunden“, sagt Ismair.

Genossenschaftliches Handeln

Für die Raiffeisenbank Parkstetten ist das Raiffeisenhaus ein Vorzeigeprojekt. „Wir wollten etwas schaffen, das die Menschen mit ihrer Region verbindet“, erklärt Ismair. „Lieber selbst handeln, bevor ein Großinvestor etwas in fünffacher Größe baut.“ Die Genossenschaftsbank zeigt, wie innovative Projekte für ältere Menschen erfolgreich umgesetzt werden können und zugleich die Region gestärkt wird. ❒

Gemeinde Niederbergkirchen:

Effiziente Straßensanierung

Die Gemeinde Niederbergkirchen, die zur Verwaltungsgemeinschaft Rohrbach gehört, hat in Zusammenarbeit mit der Panmax GmbH und dem Ingenieurbüro ING Altötting GmbH einen wichtigen Schritt zur Verbesserung ihrer Infrastruktur unternommen. Die Sanierung von fünf Straßenabschnitten im November 2024 markiert ein erfolgreiches Projekt, das durch innovative Technologien und eine hervorragende Kooperation aller Beteiligten geprägt war.

Aufgrund der jahrelangen Beanspruchung und des Verschleißes war eine umfassende Erneuerung der betroffenen Straßen dringend erforderlich. Bereits 2022 hatte Panmax GmbH eine kleinere Maßnahme in der Gemeinde erfolgreich umgesetzt und so das Vertrauen der Verantwortlichen gewonnen. Dieses Vertrauen bildete die Grundlage für die erneute Zusammenarbeit bei diesem größeren Projekt.

Das Panmax-Verfahren: Innovation und Effizienz

Das Sanierungsverfahren der Panmax GmbH zeichnet sich durch eine Kombination aus Bodenstabilisierung und moderner Nanotechnologie aus. Die einzelnen Schritte des Projekts waren wie folgt:

1. Vorbereitende Maßnahmen durch die Gemeinde

Die Gemeinde Niederbergkirchen leistete im Vorfeld einen entscheidenden Beitrag zur Tragfähigkeit der Straßen. Mit Unterstützung des gut ausgestatteten Bauhofs und der ortsansässigen Firma Huber wurden in Teilbereichen Kiesvorlagen eingebaut. Diese dienten als stabile Grundlage für die weiteren Arbeiten.

2. Stabilisierung mit dem Panmax-Verfahren

Im Kern des Projekts stand die Stabilisierung des Straßenuntergrunds. Dabei wurde Zement auf der Straßenoberfläche verteilt und anschließend mit einem Bodenstabilisierer eingefräst. Der innovative Einsatz der Nanotechnologie FixiFest® vermengte die bestehende Schicht mit dem vorgelegten Kies und Zement zu einer hochstabilen Basis. Dieses Verfahren gewährleistet eine langfristige Belastbarkeit und Widerstandsfähigkeit der Straßen.

3. Bituminöse Behandlung und Absplittung

Nach der Stabilisierung wurde die neue Schicht mit Bitumen versiegelt, um sie vor Witterungseinflüssen zu schützen. Eine anschließende Absplittung sorgte für eine griffige Oberfläche, die bereits vor der finalen Asphaltierung befahrbar war.

4. Endgültige Fertigstellung mit Asphaltierung

Nach einer Aushärtungszeit von drei Tagen wurde die Straße mit einer sechs cm dicken Asphalt-Tragdeckschicht fertiggestellt. Die gewählte AC 16-Körnung bietet eine witterungsbeständige und belastbare Oberfläche, die den Anforderungen des Verkehrs langfristig standhält.

Ergebnisse und Vorteile

Die Sanierung der Straßen in Niederbergkirchen konnte termingerecht und zur vollsten Zufriedenheit aller Beteiligten abgeschlossen werden. Das Ingenieurbüro ING Altötting GmbH begleitete das Projekt beratend, überwachte die Arbeiten und prüfte die Abrechnung.

Die wichtigsten Vorteile des Projekts sind:

- Erhöhte Tragfähigkeit: Die Kombination aus Kies, Zement und der Nanotechnologie FixiFest® sorgt für eine stabile Basis.
- Langlebigkeit: Die Straßenqualität reduziert langfristig die Wartungskosten.
- Effizienz: Dank der zügigen Umsetzung war der Zeitaufwand minimal.

Die erfolgreiche Sanierung der fünf Straßenabschnitte in Niederbergkirchen verdeutlicht die Vorteile des innovativen Panmax-Verfahrens. Durch die exzellente Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde, der Panmax GmbH und dem Ingenieurbüro ING Altötting GmbH konnte ein nachhaltiges Ergebnis erzielt werden. Die Einwohner der Gemeinde Niederbergkirchen profitieren nun von sicheren und belastbaren Straßen, die den Anforderungen des modernen Verkehrs gerecht werden. Geo-Koordinaten der Projektstandorte: Bayernatlas Geo-Punkt https://v.bayern.de/8pRgS. ❒



Vorher.



Nachher. Bilder: Panmax

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit Bayerischer Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e. V. www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC der heimischen Rohstoffgewinnung

Serielles Bauen

Mehr Effizienz für kommunale Bauvorhaben

Die wachsenden Anforderungen im Wohnungsbau, bei Infrastrukturprojekten und öffentlichen Einrichtungen stellen Gemeinden und Landkreise vor erhebliche Herausforderungen. Aspekte wie Termintreue, Qualität und Nachhaltigkeit sind oft schwer mit Kostensicherheit und fehlenden Fachkräften in Einklang zu bringen. In diesem Kontext bietet der Einsatz von Betonfertigteilen eine effiziente Alternative. Serielles Bauen setzt neue Maßstäbe in Bauqualität, Wirtschaftlichkeit und Zeitersparnis und gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Hohe kalkulierbare Qualität

Fertigteile aus Beton werden in hochspezialisierten Produktionsanlagen hergestellt und im Anschluss direkt auf die Baustelle geliefert. Standardisierte Fertigungsprozesse in Hallen gewährleisten eine konstant hohe Qualität und machen die Herstellung unabhängig von der Witterung. Hinzu kommt, dass bereits in der Planungs- bzw. Fertigungsphase Vorrichtungen für die Hausinstallation berücksichtigt werden.

Kostensicherheit und wirtschaftliche Effizienz

Laut einer Studie von McKinsey aus dem Jahr 2019 können Bauprojekte mit vorgefertigten Elementen bis zu 50 Prozent schneller und bis zu 20 Prozent kostengünstiger realisiert werden, weil Rohstoffe, Personal und Maschinen exakt geplant und effizient eingesetzt werden. Der Einsatz schlanker Bauteile ermöglicht zudem flächeneffizientes Bauen. Darüber hinaus unterstützt die Wärmespeicherfähigkeit des Betons den Heiz- oder Kühlbedarf von Gebäuden. Dieser verringert im Jahresverlauf Temperaturschwankungen, steigert die Energieeffizienz und trägt dazu bei, CO2-Emissionen zu senken. Allein diese Einsparpotenziale bieten insbesondere für Kommunen mit begrenztem Budget immense wirtschaftliche und klimarelevante Vorteile.

Ressourcenschonender Einsatz von Rohstoffen durch optimierte Produktion

Durch Vielfachnutzung der Schalung und bei Fertigung großer Serien werden Abfälle vermieden und Reste, die bei der Produktion anfallen, aufbereitet und wiederverwendet. Die Bewehrung besteht in der Regel zu 100 Prozent aus Recyclingmaterial. Und der Einsatz von Recyclingbeton trägt zudem zur Ressourcenschonung bei. Diese Nachhaltigkeitsaspekte machen die langlebigen Betonfertigteile, die selbst wiederum recyclebar sind, besonders zukunftsfähig. ❒

Begriffserläuterungen

- **Betonfertigteile:** Decken, Innen- und Außenwände, Tragwerke, Balkone, Treppen, Fassaden, Pflaster, Kanalrohre, Lichtschächte bis hin zu Fertigkellern. Außerdem: Viele architektonische Ideen, wie z.B. spezielle Fassadenformen oder Skateparks und Kletterwände können erst durch die Vorfertigung in speziellen Schalungen flexibel umgesetzt werden.
- **Einsatz:** Im Hochbau für Wohngebäude, Gewerbebauten, kommunale Gebäude wie Schulen und Kindergärten, Straßen und Brücken, im GaLa-Bau für Gehwege und Freizeitanlagen, im Tiefbau für die Kanalisation.

Hallenbad-Neubau in Moosburg a. d. Isar:

Begeisterte Premierengäste

Was lange währt, wird endlich gut. Mehr als viereinhalb Jahre nach dem Spatenstich und zwei Jahre später als geplant, wurde Mitte Dezember 2024 das neue Hallenbad in der Drei-Rosen-Stadt offiziell seiner Bestimmung übergeben. „Es ist eine Investition, um die uns viele Kommunen beneiden werden“, unterstrich Erster Bürgermeister Josef Dollinger. Das Hallenbad, direkt neben dem städtischen Freibad gelegen, stelle eine „Bereicherung für das Mittelzentrum Moosburg“ dar und sei ein „weiterer Meilenstein für den Schul- und Vereinssport“.

Bis zum Happy End war der Weg allerdings äußerst steinig. Dollinger erinnerte bei der feierlichen Eröffnung daran, dass der Bauzeitplan wegen Mängeln an der Bauausführung durcheinandergeraten sei. Der teils über 20 Zentimeter dicke Estrich sei unsachgemäß eingebaut worden. Der aufgedeckte „Pfusch“ habe für Stillstand am Bau gesorgt, es folgten Gutachten, ein zäher Rechtsstreit mit den Verantwortlichen sowie schließlich die Sanierung ab Jahresende 2023. Die Gesamtkosten belaufen sich nunmehr auf rund 16 Millionen Euro, abzüglich 2,7 Millionen Euro Förderung.

Hubboden als Attraktion

Im ersten Stock des hellen und weiträumigen Gebäudes befindet sich ein Lehrschwimmbecken mit fünf wettkampftauglichen 25-Meter-Bahnen, dessen Wassertiefe per Hubboden zum Nichtschwimmerbereich umfunktioniert werden kann. Der längs geteilte Hubboden, deutschlandweit einzigartig, umfasst drei der fünf Bahnen. So kann dieser Bereich von zwei Gruppen gleichzeitig genutzt werden, etwa für Schwimmkurse oder Vereinstraining, während nebenan zwei komplette 25-Meter-Bahnen zum Beispiel für die Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Im abgeschirmten Kinderbereich wartet ein Becken mit 21 Wasserattraktionen auf die kleinen Besucher und deren Eltern. Höchsten Standards entspricht auch die Barrierefreiheit – unter anderem führen Liftanlagen in die Halle und direkt ins Becken.

Nach der Einweihung unterzogen mehrere Stadträte das Bad einem persönlichen Test und zeigten sich ebenso wie die restlichen Premierengäste, darunter Vizelandrätin Anita Meinelt, in deren Amtszeit als Moosburger Bürgermeisterin der Hallenbad-Neubau initiiert wurde, begeistert. **DK**

Zurück in die Zukunft

Mobilitätsentwicklung für die Metropolregion München

Die Internationale Bauausstellung IBA findet zum ersten Mal in Bayern statt. Sie will bis 2034 die Mobilitätswende in der Metropolregion München im Schulterschluss mit den Kommunen, Städte und Gebietskörperschaften schaffen. Unter dem IBA-Motto „Räume der Mobilität" wurden 120 Projektideen nun vorgestellt.

Speed-Dating für Zukunftsvisionen für die Metropolregion München: In nur 180 Sekunden wurde im Dezember in München je ein Projekt von den 120 eingereichten Ideen Vertretern aus Kommunen, Politik, Wirtschaft und Verbänden vorgestellt, das in 3.650 Tagen umgesetzt werden soll. Die IBA, die unter dem Motto „Räume der Mobilität" steht, läuft bis 2034 und will mit den realisierten Bauprojekten eine Mobilitätswende im Schulterschluss mit den Landkreisen, Gemeinden und Bürgern schaffen. Bei der IBA Metropolregion München sollen die Projektideen Stadt und Land in der Mobilitätsinfrastruktur besser vernetzen. Die Münchener Stadtbaurätin und Aufsichtsratsvorsitzende der IBA, Prof. Dr. (Univ. Florenz) Elisabeth Merk, sagt: „Die IBA ist ein Motor und Innovationsprogramm für eine integrierte Stadtentwicklung, die den Grundstein für eine gestiegene Lebensqualität legt, von der alle profitieren. Die IBA bringt Projekte aus der Region zusammen und sollen bis 2034 größtenteils realisiert werden." Prof. Dr. Oliver Weigel – seit Oktober 2024 ist er der neue Geschäftsführer der IBA GmbH – betont: „Die Bauausstellung bietet den Raum zu experimentieren und zu diskutieren. Eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Mobilität ist Grundlage für eine zukunftsfähige Entwicklung von Stadt und Region. Die IBA will neue Wege aufzeigen und die Mobilität von Morgen in der Metropolregion maßgeblich mitgestalten, weil hiervon der wirtschaftliche Erfolg, mehr Umweltschutz und die Zukunftsfähigkeit der Region abhängt."

Projekteinreichung weiterhin möglich

Die meisten Projektideen stammen aus München, Kaufbeuren, Augsburg, Ingolstadt und Landkreis Freising. Eine auffallende „Projekt-Wüste" in der Landkarte sind die Landkreise München, Ebersberg, Landsberg am Lech, Landshut und Mühldorf am Inn, die keine Projekte einreichten. Auch für die „Projekt-Wüste" ist der Zug noch nicht abgefahren: Weitere Projektideen können laufend bei der IBA noch eingereicht werden.

Projektbeispiele

Im Juli 2019 fand in München das Bürgerbegehren für eine bessere Radinfrastruktur statt. Der Zuspruch von über 160.000 Unterschriften von Bürgern macht nun den Radentscheid für den Münchner Stadtrat bindend. Doch von der im Koalitionsvertrag des rot-grünen Rathausbündnisses anvisierten Summe von 1,6 Milliarden Euro, die für die Umsetzung des Radentscheids vorgesehen waren, sind gerade einmal 4,4 Prozent investiert worden. Bei der Projektpräsentation zur IBA wurden auch zahlreiche Ideen für den Ausbau eines zukunftsfähigen Radwegnetzes präsentiert, die zeitnah umgesetzt werden könnten, wie z. B. die Pipelane. Diese von Bernhard Dufter entworfene Röhre – ein Fahrrad-Highway auf Stelzen, errichtet entlang an Straßen – ermöglicht sicheres Radfahren zu allen Tages- und Jahreszeiten und stellt eine kreuzungsfreie Radschnellverbindung dar.

Eine Lösung gegen urbane Hitze in den Sommermonaten in den Innenstädten – asphaltierte Flächen erhitzen sich aufgrund des Klimawandels schnell auf 45 Grad – ist die Vision von Kälteinseln von Alexandra von Bartschikowski. In ihrer eingereichten Abschlussarbeit an der Technischen Hochschule Augsburg entwickelte sie Bushaltestellen mit einem Moosdach und einem integrierten Wassertank, die nicht gepflanzte Schattenbäume ersetzen können. Bei ihren Forschungen kam sie zum Ergebnis, dass ein Quadratmeter Moos hinsichtlich Luftfilterung, Kühlung, Feinstaubreduktion die gleiche Wirkung wie neun Bäume hat.

Nach der Vorstellung der Projektideen werden nun in einem mehrstufigen Prozess die Kandidaten ausgewählt, die das Label realisierbares IBA-Projekt erhalten. Das übergeordnete Ziel ist es, dass bis spätestens bei der nächsten bayerischen Kommunalwahl (8. März 2026) die Projekte fixiert sind, so dass diese bis 2034 umgesetzt werden. **Dr. Patrik Hof**

Vier gewinnt für die Mobilitätswende

Vier IBA-Projektideen im Fokus

Die IBA Internationale Bauausstellung in der Metropolregion München will während ihrer 10-jährigen Laufzeit (2024-2034) neue Lösungen für eine vernetzte Mobilität zwischen Stadt und Land umsetzen. Viele der 120 Projektideen, die Landkreise und Städten einreichten, sollen bis 2034 realisiert werden.

Drohnen-Logistik für Medikamente

Elf Projektideen stammen aus Kaufbeuren, der Stadt der Zukunftsideen oder frei im Allgäuer Dialekt: „Ned umanand ratscha, irgendebbes pfundig ausdenkt." „Mit der IBA können wir flächendeckend in der Metropolregion München die Mobilität der Zukunft aktiv mitgestalten. Für eine stressfreiere und schnellere Anbindung überlegten wir uns, wie die Mobilitätsarten zu Fuß, Rad, Auto, Schiene oder in der Luft bis 2034 einen Beitrag leisten könnten", sagt Andreas Bauer, Leiter des Referats Wirtschaft der Stadt Kaufbeuren. Eines der eingereichten Projekte unter dem Titel „Mobilität der 3. Dimension" sieht den Aufbau eines Logistiknetzwerkes mit Drohnen vor, die Krankenhäuser mit Medikamenten von Apotheken beliefern sollen. Die Vorteile der Belieferung aus der Luft sind: Verkürzung der Lieferzeiten und Erhöhung der Versorgungssicherheit der Bevölkerung.

Brücken bauen für die Mobilität von Morgen

Eines der spannenden und bei der IBA eingereichten Brückenbauprojekte stammt vom Verein Isarlust, der die seit 1981 still gelegte Braunauer Eisenbahnbrücke bis 2034 in eine Fußgänger- und Radfahrerbrücke und einen neuen kulturellen Aufenthaltsort mit Sitzflächen und Kiosk verwandeln will. „Aufgrund des Mobilitätsschwerpunkts der IBA würde die Neunutzung der Brücke hervorragend passen. Fußgänger und Radfahrer kämen mit dem neuen Isarweg ohne lange Umwege von der einen Isarseite, dem Münchner Stadtteil Giesing, auf die andere in das Dreimühlenviertel. Hiervon profitieren die Bürger, die Stadt und die Umwelt gleichermaßen", sagt Benjamin David, Vorsitzender des Vereins Isarlust.

Ein neues Wahrzeichen für München über die Isar soll entlang des rund 25 Kilometer langen Flussabschnitts zwischen Grünwald und Ismaning mit der Frei-Otto-Brücke errichtet werden, benannt nach dem Entwickler der Zeltdachkonstruktion für Olympia 1972. Der Entwurf dieser nachhaltigen Brücke mit integrierten PV-Paneelen und einer vertikalen Begrünung zwischen den Fahrspuren stammt von Architektur-Professorin Xiaoping Xie und Dipl.-Ing. Heiko Fechner (Institut für Bautechnik der TU Dresden). So soll zwischen den Bögen der 18 Meter breiten und 120 Meter langen Brücke, die aus dem umweltfreundlichen Baumaterial Carbonbeton bestehen soll, eine 420 Quadratmeter große Zeltfläche mit integrierten Solar-PV-Paneele gespannt werden. Nach Fertigstellung soll dann die Sonne die gewonnene Energie für die Beleuchtung der Brücke und für die in Brückennähe befindlichen Ladestationen für Elektrofahrzeuge und E-Fahrräder liefern. Prof. Dr. Xie erklärt ihre Brückenidee. „In unserem Institut untersuchen wir Anwendungspotenziale innovativer Materialien und Technologien im Bausektor, wie jetzt für unsere Frei-Otto-Brücke die organischen Photovoltaikzellen", sagt Prof. Xie.

Eine Hängebahn für on-demand-ÖPNV

Die neue Generation der „Wuppertaler Schwebebahn" ist die Ottobahn, die den ÖPNV in den Gemeinden Bergkirchen, Gröbenzell, Karlsfeld, Maisach, Odelzhausen, Pfaffenhofen an der Glonn und Sulzemoos verbessern soll. Der regionale Wirtschaftsverband WestAllianz will diese aufgeständerte Hochbahn für eine bessere Mobilität in den Landkreisen bauen. „Die Ottobahn bietet den Komfort des Individualverkehrs und die Nachhaltigkeit des ÖPNV. Inzwischen haben wir die Hochbahn technisch so weit entwickelt, das sie nach kurzer Planungs- und Bauzeit einsetzbar ist", sagt Marc Schindler, der Gründer des Taufkirchner Unternehmens Ottobahn. Die Gondeln auf den Schienen-Hochtrassen sind für den Antrieb mit Solarzellen ausgestattet und funktionieren nach einem on-demand-Prinzip. Die Fahrkabine bestellt der ÖPNV-Nutzer individuell und bequem mit dem Smartphone. **Dr. Patrik Hof**

Weitere Informationen

Auf www.gemeindezeitung.de haben wir weitere Informationen in Text und Bild zu den Projekten bereitgestellt. ❐





Kabine der Ottobahn mit Gründer Marc Schindler und die Vision. Bild und Grafik: Ottobahn





Die Braunauer Eisenbahnbrücke heute und vielleicht in Zukunft. Bild: Dr. Patrik Hof, Grafik: Agentur Zeichen & Wunder

AKDB übernimmt OTS AG:

Ausbau der Digitalisierung im Bauwesen

Die AKDB gibt den Kauf der OTS Informationstechnologie AG (OTS) bekannt. Die OTS AG ist seit über 30 Jahren ein führender Anbieter von Softwarelösungen für kommunale Bauämter und Banken, insbesondere aus dem öffentlichen Sektor.

AKDB und OTS verbindet eine langjährige erfolgreiche Zusammenarbeit im Baugenehmigungsbereich von Kommunen. Die Übernahme markiert einen wichtigen Schritt, um diese Partnerschaft weiter zu vertiefen und gemeinsam innovative Lösungen zu entwickeln.

Rudolf Schleyer, Vorstandsvorsitzender der AKDB, erklärt dazu: „Wir freuen uns, mit der OTS AG einen weiteren starken Partner in die AKDB-Unternehmensgruppe aufzunehmen. Die Vertiefung unserer Zusammenarbeit bietet die Möglichkeit, die Anforderungen unserer kommunalen Kunden noch schneller und gezielter umzusetzen. Besonders erfreulich ist, dass Günter Erdl als Vorstandsvorsitzender der OTS AG weiterhin an Bord bleibt. Gemeinsam werden wir die erfolgreiche Partnerschaft zum Nutzen der Kunden weiter ausbauen."

Günter Erdl, Vorstandsvorsitzender der OTS AG: „Ich bin zuversichtlich, dass die OTS AG und ihre Kunden durch die Integration in die AKDB-Gruppe erheblich profitieren werden. Vor allem sehe ich große Potenziale im Ausbau unseres Software-as-a-Service-Angebots, das derzeit stark nachgefragt wird. Zusätzlich bieten sich durch die Integration von KI-Technologien in unsere Produkte neue Chancen.



V.r.: Rudolf Schleyer (AKDB) mit Günter Erdl (OTS AG). Bild: AKDB

Mit der AKDB haben wir einen starken und zuverlässigen Eigentümer gefunden, der langfristige Kundenbeziehungen weiterhin in den Fokus stellt."

Mit der Übernahme der OTS AG stärkt die AKDB ihre Position als führender Anbieter digitaler Lösungen für den öffentlichen Sektor und treibt die Digitalisierung in Deutschland nachhaltig voran. Die gemeinsame Vision beider Unternehmen basiert auf Innovation, Effizienz und Kundenorientierung. Vertragsbeziehungen und Leistungen zu Kunden sind durch den Kauf nicht betroffen. ❐



Prof. Dr. (Univ. Florenz) Elisabeth Merk. Bild: Michael Nagy



Prof. Dr. Oliver Weigel. Bild: Dr. Patrik Hof

Bayerischer Denkmalpflegepreis:

Oscar für Ingenieurskunst

Sechs bayerische Baudenkmäler und ihre Bauherrschaften wurden im Schloss Schleißheim mit dem Bayerischen Denkmalpflegepreis 2024 ausgezeichnet. Drei der prämierten Bauwerke stehen in Oberbayern, je eines in Oberfranken, Unterfranken und Niederbayern. Den Preis überreichten Prof. Dr. Norbert Gebbeken, Präsident der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau sowie Bayerns Bauminister Christian Bernreiter.

Sieger bei den öffentlichen Bauwerken sind die ehemalige Abteikirche St. Michael in Bamberg (Gold), die Grundschule an der Haimhauserstraße in München (Silber) und die Pfarrkirche St. Anton in Schweinfurt (Bronze). Bei den privaten Denkmälern wurden das Schloss Geltolfing in Aiterhofen (Gold), die Historische Mühle in Unterammergau (Silber) und das Diringlo, ehemals Hof zum Hauser in Ohlstadt (Bronze), ausgezeichnet.

St. Michael in Bamberg

Der Instandsetzung des Tragwerks der ehemaligen Abteikirche St. Michael in Bamberg gingen laut Jury beispielgebende Voruntersuchungen voran. Im Zuge mehrjähriger Messungen wurden Schwankungen bei den Rissbreiten und den Verformungen erfasst. Auf dieser Grundlage entwickelte man ein nachjustierbares Stahltragwerk, das den Bestand sichert. Der Einsatz von Messtechnik und umfangreiche Voruntersuchungen ermöglichten eine besonders wirtschaftliche und denkmalgerechte Instandsetzung des Tragwerks. Besonders hervorzuheben seien auch das interdisziplinäre Planungsteam und die eng getakteten Abstimmungsprozesse zwischen den einzelnen Disziplinen.

Grundschule an der Haimhauser Straße

Im Zuge der Voruntersuchungen an der Grundschule an der Haimhauser Straße in München wurden die ehemaligen Lüftungsschächte aus dem Jahr 1897 lokalisiert und dokumentiert. Es gelang anschließend, die Schächte instand zu setzen und dadurch das bauzeitliche freie Lüftungssystem wieder herzustellen. Auf den Einbau einer energie- und kostenintensiven raumlufttechnischen Anlage konnte somit verzichtet werden. Bei der statischen Ertüchtigung der Decken erfolgte eine Reduzierung der Lasten durch Veränderungen im Bodenaufbau. Hierdurch konnte auf zusätzliche Tragsysteme verzichtet, die Sicherheit erhöht und die Substanz des Baudenkmals geschont werden. „Insgesamt handelt es sich um eine außerordentlich nachhaltige Instandsetzung des Denkmals", heißt es in der Jurybegründung.

St. Anton in Schweinfurt

Die Umgestaltung der Betonrahmenkirche St. Anton in Schweinfurt ist einem massiven, gesellschaftlich motivierten Veränderungsdruck geschuldet. Die Aufgabe bestand darin, funktionierende Nachnutzungsräume zu schaffen und trotzdem noch einen kleineren, aber schlüssigen Sakralbau zu erhalten. Die zentrale Ingenieurleistung war es, das aus vielen Einzelteilen bestehende, rund 27 Tonnen schwere Fenster vorsichtig aus dem Bestand zu lösen und um 18 Meter zu verschieben, ohne dass die empfindlichen Scheiben oder die nur schwach bewehrten Rippen Schaden nehmen. Zudem ist das ursprüngliche Baudenkmal weiterhin ablesbar, ebenso wie die denkmalkonformen Veränderungen. Dem kreativen Ansatz des Ingenieurteams sei es zu verdanken, dass dies gelungen ist.

„Der Erhalt historischer Bausubstanz ist Vorbild für den nachhaltigen Einsatz von Rohstoffen. Das ist ressourcenschonendes Bauen par excellence", lobte Kammerpräsident Gebbeken. Minister Bernreiter ergänzte: „Unsere historischen Gebäude und Denkmäler sind es wert, für die Nachwelt erhalten zu werden." **DK**

Auch RSV soll erfasst werden

Hohe Kosten für das Abwassermonitoring auf Viren stoßen zum Teil auf Kritik

Längst ist Corona keine kaum einschätzbare Gefahr mehr. Doch wer weiß, was noch geschieht. Wir müssen, heißt es, darauf eingestellt sein, dass eine neue Pandemie kommt. Wir müssen vorbeugen. Das geschieht zunehmend über das Abwasser. Dort befindet sich, wenngleich in geringen Mengen, genetische Information von Krankheitserregern. Über Abwassermonitoring in bayerischen Kläranlagen werden Infektionslasten qualitativ erfasst.

Es steht außer Frage, dass man eine Situation nur dann richtig einschätzen kann, wenn man Daten hat. Bei der Datenerhebung wiederum gilt es, auf ein adäquates Verhältnis zwischen Aufwand und Nutzen zu achten. Das Abwassermonitoring auf Erreger verschlingt Millionen. Und damit Geld, das zum Beispiel im Gesundheitssystem fehlt. Verwunderlich ist aber auch, sagt der Münchner Immunologe Peter Schleicher, dass einerseits so viel Geld dafür ausgegeben wird, Erreger zu identifizieren. Andererseits flössen kaum Mittel in die Aufklärung darüber, was jeder zur Stärkung seines Immunsystems tun kann.

Die sei aber wichtig, da es kein direktes Therapeutikum gegen Viren gebe: „Nur ein intaktes Immunsystem kann Bakterien, Viren und Pilze kontrollieren." Gestärkt werden könne das Immunsystem zum Beispiel dadurch, dass darauf geachtet wird, möglichst wenig Schwermetalle und Hormone zu sich zu nehmen sowie Alkohol und Nikotin zu reduzieren. Weiter gebe es Medikamente wie Ivermectin, die das Eindringen des Virus in die Zelle verhindern. Der Münchner Arzt würde sich wünschen, dass die Politik mehr Geld in die Hand nimmt, um dieses Wissen zu verbreiten. Statt derart stark auf Abwassermonitoring zu setzen.

Bay-VOC nennt sich das Projekt, durch das der Freistaat Abwassermonitoring unter anderem auf Fragmente von SARS-CoV-2-Varianten sowie Influenza A- und B-Viren fördert. In Bay-VOC fließen Gelder aus Bayern sowie vom Bund. Letzterer lässt SARS-CoV-2, Influenza- und Polioerreger im Abwasser durch das bis Ende 2025 laufende Projekt AMELAG (Abwassermonitoring für die epidemiologische Lagebewertung) überwachen. Ziel ist es, SARS-CoV-2 in bis zu 175 Kläranlagen aufzuspüren. Außerdem soll die Überwachung sukzessive auf andere Erreger ausgeweitet werden.

Nicht direkt vergleichbar

Die beteiligten Kläranlagen lassen ihr Abwasser zweimal wöchentlich molekular untersuchen. Das Ganze ist kompliziert. Da jedes Abwasser anders ist, lassen sich die Viruslasten absolut nicht vergleichen. Für jeden Standort werden deshalb „relative Genkopien" errechnet. Im Januar 2024 lag dieser Wert im Münchner Abwasser bei 70. Im April sank er gegen Null. Mit fast 87 erreichte er am 9. Oktober einen Spitzenwert.

Auch in Erlangen werden Erreger im Abwasser aufgespürt. Laut Jörg Holzapfel vom städtischen Entwässerungsbetrieb begann das Monitoring auf SARS-CoV-2 am 5. Dezember 2022. Auch hier gab es im Oktober 2024 einen Peak mit einem Wert von über 70. Die jüngste Einzelmessung lag bei unter zehn.

Am 27. November 2023 begannen die Messungen auf Influenza. „Es wird eine automatisierte 24-Stunden-Mischprobe vom Gesamtzulauf entnommen", erklärt Jörg Holzapfel. Rund eineinhalb Stunden Arbeitsaufwand falle für das Monitoring an: „Die Kosten werden vergütet." Analysiert würden die Proben beim Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL). Dort wird die Erbinformation der Erreger extrahiert. Mittels Polymerase-Kettenreaktion werden die Virusgenfragmente quantitativ erfasst.

Nicht alle machen mit

Nicht jede Kommune, die das gerne möchte, ist ins Monitoring einbezogen. Günzburg zum Beispiel nicht. „Wir hätte ein Monitoring für uns gut gefunden, da damit frühzeitig die Ausbreitung von Erregern erkannt werden hätte können", sagt Roland Baumgärtner von den Stadtwerken. Er vermutet, Günzburg wurde nicht einbezogen, weil die Kommune zu klein ist: „Bei uns sind nur rund 25.000 Einwohner angeschlossen." Den Mehraufwand hätte er nicht gescheut: „Abwasserproben werden sowieso regelmäßig gezogen." Auch in Würzburg, teilt Peter Stadtmüller vom Entwässerungsbetrieb mit, gibt es noch kein Abwassermonitoring auf Erreger.

Im Gegensatz zu Roland Baumgärtner ist Veronika Völker vom Amperverband in Olching froh, dass sie kein Monitoring auf Viren machen muss. Sie fragt sich, ob die enormen Kosten in einem guten Verhältnis zum Output stehen. Nach dem, was sie in Erfahrung gebracht hat, kostet eine einzige Analyse zwischen 150 und 250 Euro.

Und was bedeutet es eigentlich und was wird es womöglich künftig bedeuten, wenn irgendwo eine hohe Virenlast oder ein besonderer Erreger entdeckt wird? In München zum Beispiel wurden unlängst als weitgehend ausgerottet erklärten Erreger von Kinderlähmung nachgewiesen. Zu vermuten steht, dass die von Polio-Schluckimpfungen im Ausland kommen. Das Robert-Koch-Institut (RKI) nahm die Entdeckung dennoch ernst. Durch die weiträumig zirkulierenden Viren, wurde verkündet, könnten Erkrankungen nicht ausgeschlossen werden.

An 30 Standorten

Aktuell werden in Bayern Daten von 30 Standorten genutzt. Überwacht wird das Abwasser in Altötting, Berchtesgaden, Bad Reichenhall, Piding, Teisendorf, Freilassing, Ebersberg, Grafing, Glonn, Freising, Ingolstadt, München, Starnberg, Passau, Straubing, Regensburg, Weiden, Bayreuth, Erlangen und Nürnberg. Außerdem sind Hof, Aschaffenburg, Schweinfurt, Augsburg, Stadtbergen, Königsbrunn, Schwabmünchen, Zusmarshausen, Kempten und Neu-Ulm einbezogen. Mehr als zwei Millionen Euro fließen seitens des Freistaats in das Projekt. Damit sind etwa ein Viertel der Gesamtkosten gedeckt. Den Rest schießt der Bund zu.

Wobei damit noch längst nicht alle Kosten gedeckt sind. Ganz unterschiedliche Akteure mit jeweils reichlich Manpower machen beim Monitoring mit. Dazu gehören das Bundesgesundheits- und das Bundesumweltministerium. Aber auch der Sanitätsdienst der Bundeswehr ist integriert. Neben Kläranlagenbetreibern beteiligen sich außerdem die Gesundheits- und Abwasserbehörden von 16 Bundesländern, Labore, Logistikunternehmen, Forschungseinrichtungen und Universitäten.

Experten im Umweltbundesamt entwickeln fortlaufend weitere Methoden zum Nachweis von Infektionserregern. So befinden sich Verfahren zur Identifizierung für respiratorische und gastrointestinale Erreger in der Pipeline. Künftig soll auch das Respiratorische Synzytial-Virus (RSV) im Abwasser nachgewiesen werden können.

Bald Routine?

Möglicherweise könnte in naher Zukunft ein mehrstufiger Screening-Prozess Routine werden. Ziel ist es, unterschiedliche Überwachungssysteme zusammenzuführen, um die jeweils aktuelle Lage epidemiologisch bewerten zu können. Je nach Resultat sollen „Maßnahmen für den Gesundheitsschutz" abgeleitet werden.

Abwassermonitoring an sich ist nichts Neues. In den 1940er Jahren wurden erstmals Viren im Abwasser nachgewiesen. Seit den 1990er Jahren gehört der Nachweis von Chemikalien- und Schadstoffeinträgen zur Routine in Kläranlagen. Vor rund 25 Jahren begann das Screening auf illegale Drogen.

Die Aussagekraft ist laut dem Virologe Oliver Keppler, Vorstand des Münchner Max von Pettenkofer Instituts, das Laboruntersuchungen zu Infektionskrankheiten durchführt, zu relativieren. Auch wenn viele Virenfragmente im Abwasser gefunden werden, heiße das nicht, dass viele Menschen schwer krank wären. Man könne auch nicht rückschließen, wie viele Menschen mit dem jeweiligen Virus infiziert sind. Unbekannt sei weiter, wo sich Virenträger befinden und von wo aus also die Infektion übertragen werden kann.

Tausende neuer Viren

Am Berliner Max Delbrück Center treibt die Arbeitsgruppe „RNA-Biologie und posttranskriptionale Regulation" von Markus Landthaler das Abwassermonitoring voran. Über 17 Monate hinweg wurde das Berliner Abwasser auf die Ausbreitung von Krankheitserregern hin untersucht. Dabei wurden Tausende neuer Viren entdeckt.

EU-weit soll das Abwasser stärker überwacht werden. Jeder Mitgliedstaat muss bis Herbst 2027 ein nationales Abwasserüberwachungssystem eingerichtet haben. Zweimal im Monat soll damit das Abwasser von Großstädten ab 150.000 Einwohnern auf SARS-CoV-2 analysiert werden. Die Ergebnisse sind an eine europäische Austauschplattform zu übermitteln.

Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) begrüßt dies. Das wird verständlich, hält man sich vor Augen, dass es sich um eine Interessensvereinigung der Wasserwirtschaft handelt. Sie setzt sich nach eigenen Angaben aktuell für rund 14.000 Mitglieder aus den Bereichen Wasserwirtschaft und Abfallwirtschaft ein. Die Mitglieder aus dem Bereich „Wasserwirtschaft" könnten von einem staatlich subventionierte Abwassermonitoring durchaus profitieren.

„Die meisten Menschen lassen sich erst nach dem Auftreten von Symptomen auf SARS-CoV-2 testen", wird dazu in den 2023 veröffentlichten Leitlinien zur Entwicklung und Durchführung eines Abwasserüberwachungsprogramms für SARS-CoV-2 ausgeführt. Nachdem jedoch das Virus ausgeschieden werde, bevor erste Symptome auftreten, könne durch das Monitoring wertvolle Zeit gewonnen werden. Der DWA geht von einem Zeitvorsprung von bis zu sieben Tagen im Vergleich zu Daten aus klinischen Tests aus.

Schnellere Evaluation

„Dieser Zeitgewinn ist im Falle eines ansteigenden Trends von großem Nutzen, um die Bevölkerung aufzuklären, die Testkapazitäten zu erhöhen und die Krankenhäuser vorzubereiten oder weitergehende Maßnahmen zu ergreifen", heißt es in den Leitlinien. Durch „gute Kommunikation" könne die Bevölkerung früh für eine höhere Testfrequenz, Kontaktbeschränkungen und Hygienestrategien sensibilisiert werden. Das Überwachungssystem biete außerdem die Möglichkeit, zeitnah den Effekt von Maßnahmen zur Eindämmung der Krankheitsausbreitung zu evaluieren.

Da sich auch ein absinkender Trend frühzeitiger abbilden lasse, könnten Lockerungen unmittelbarer erfolgen. „Das SARS-CoV-2-Abwassermonitoring eignet sich daher nicht nur als Frühwarn- sondern auch als Entwarnsystem", führt der DWA ins Feld. Der Zeitvorsprung des Monitorings hängt dem DWA-Report zufolge allerdings von bestimmten Faktoren ab. So kommt es darauf an, um welche SARS-CoV-2-Variante es sich handelt. Auch braucht es natürlich ausreichend Laborkapazitäten, um die vielen Proben zu analysieren.

„Das Abwassermonitoring kann einen wichtigen Beitrag zu einem effizienten Pandemiemanagement leisten, die Gesundheitsseite unterstützen und zum Gesamtbild der pandemischen Lage beitragen", so das Fazit der Abwasserexperten. Allerdings sollten die Abwasserdaten nicht isoliert, sondern im Kontext mit anderen Daten betrachtet werden. Nach wie vor werde es klinische Test brauchen. Nach wie vor müsse die Belegung der Intensivbetten betrachtet werden. Nach wie vor sei es wichtig, die Impfquote im Blick zu haben.

Zudem müsse die Virusmenge über einer bestimmten Nachweisgrenze liegen, damit das Ganze funktioniert. Auch die hängt von der jeweiligen SARS-CoV-2-Variante ab. Ein negatives Ergebnis im Abwassertest bedeutet nicht zwangsläufig, dass niemand infiziert ist. Ein positives Ergebnis auf der anderen Seite bedeutet auch nicht, dass jemand krank ist. **Pat Christ**

Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Städtetag und VKU:

Kritik am Grundkonzept Wassercent

Die kommunalen Spitzenverbände Bayerns sowie die VKU Landesgruppe Bayern lehnen das von den Regierungsfraktionen am 12.12.2024 vorgestellte Grundkonzept für den Wassercent ab und fordern eine grundlegende Überarbeitung, um eine gerechte und nachhaltige Lösung für den Schutz der Wasserressourcen zu gewährleisten. Über 99 Prozent der bayerischen Bevölkerung sind an die kommunale Wasserversorgung angeschlossen, was den nachhaltigen Schutz der Wasserressourcen zu einer zentralen Aufgabe macht. Gleichzeitig müsse jedoch die Verwaltungsökonomie berücksichtigt werden.

Bernd Buckenhofer, Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, bemängelt, dass der Anspruch einer „gerechten, fairen, einfachen und nachhaltigen" Umsetzung im aktuellen Konzept nicht erfüllt werde.

Die Wasserversorger formulieren drei zentrale Forderungen:

1. Messung aller Wasserentnahmen über 50 m³ pro Jahr: Statt auf Messungen setzt der Entwurf auf Schätzwerte, was zu Streitigkeiten, Bürokratie und Rechtsunsicherheit führe. Dabei seien digitale Messtechnologien verfügbar, die bereits in der Praxis eingesetzt würden. Ohne eine vollständige Erfassung aller Wasserentnahmen gingen wertvolle Erkenntnisse über die Wasserressourcen verloren.

2. Abgabe für alle Entnahmen: Das Konzept führe zu Ungleichbehandlungen:

- Die Freigrenze von 5.000 m³ pro Jahr sei zu hoch und begünstige insbesondere Betriebe mit Brunnen ohne Messeinrichtungen. Eine Freigrenze von 50 m³ wäre angemessener, um Kleinentnahmen nicht zu belasten.
- Privatnützige Entnahmen könnten rechtlich bis zu 18.250 m³ pro Jahr betragen, was ebenfalls eine Ungleichbehandlung darstelle.
- Nur öffentliche Wasserversorger, nicht jedoch landwirtschaftliche oder gewerbliche Nutzer von Uferfiltrat oder Oberflächenwasser, würden belastet.

3. Verwendung der Einnahmen für Wasserschutz: Die geplante Mittelverwendung sei unklar und vermische Wasserschutz mit landwirtschaftlicher Infrastrukturförderung. Beispielsweise könnten Bewässerungsmaßnahmen finanziert werden, die den Wasserhaushalt zusätzlich belasten. Die angedachten Boni für „wasserschonende" Methoden in Gewerbe und Landwirtschaft seien bürokratisch und führten zu weiterer Ungleichbehandlung.

Marcus Steurer, Vorsitzender der VKU Landesgruppe Bayern, fordert eine konsequente Messung und Einbeziehung aller Entnahmen, um Akzeptanz und Wirksamkeit des Wassercents zu gewährleisten. Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, warnt, dass das geplante Wasserentnahmeentgelt zu lokalen Konflikten führe, die die Kommunen nicht lösen könnten. ❐

BDEW-Statement zur PFAS-Diskussion

Im Hinblick auf die Diskussion in den Medien zur umfassenden Reduzierung PFAS in der Europäischen Union erläutert Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser: „Die Wasserwirtschaft ist bereits heute durch die Grenzwerte für Trinkwasser und die damit verbundenen Aufbereitungskosten stark von PFAS-Belastungen betroffen. Gleichzeitig trifft das PFAS-Verbot die Anwendungsbereiche der Energiewirtschaft und hier insbesondere die Schlüsseltechnologien der Energiewende und damit verbunden den notwendigen Einsatz der Erneuerbaren Energien zur Erreichung der Klimaziele. Daher gilt es, eine pragmatische Lösung zu erarbeiten.

Um beide Ziele in Einklang zu bringen, müssten pragmatische Lösungen gefunden werden, die mit dem Schutz der Bestandsanlagen, Übergangsfristen und Ausnahmeregelungen sowie Best-Practice-Beispielen sowohl die technischen Anforderungen der Energiewirtschaft – insbesondere mit Blick auf die notwendige Geschwindigkeit bei der Umsetzung der Energiewende – als auch die Schutzwürdigkeit der Umwelt bzw. der Trinkwasserressourcen und der menschlichen Gesundheit widerspiegeln, so Weyand. „ Hierzu gehört auch die Notwendigkeit einer Finanzierung von Wasseraufbereitungsleistungen durch einen Fonds."

Die Aufnahme von PFAS über die Nahrungsmittel überschreitet laut Weyand die Aufnahme durch Trinkwasser um ein Vielfaches. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, die PFAS-Belastung an der Quelle zu reduzieren und ein europaweites PFAS-Verbot anzustreben. Wir brauchen darüber hinaus eine konsequente Herstellerverantwortung, die umweltverträglichere Produktionsweisen und eine drastische Reduktion der PFAS-Einträge in die Umwelt sicherstellt. Nur so können wir Mensch und Umwelt nachhaltig schützen." ❐



GZ ZU GAST BEI ...


© Markus Schenk

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich vertrete die Stadt Eibelstadt, die flächenmäßig kleinste Stadt in Bayern mit einer Fläche von 706 Hektar und einer Einwohnerzahl von 3.210. Zudem bin ich Gemeinschaftsvorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft Eibelstadt, die insgesamt 7.800 Bürger aus den Gemeinden Stadt Eibelstadt, Markt Frickenhausen, Markt Sommerhausen und Markt Winterhausen umfasst.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Mein Amtsantritt als Erster hauptamtlicher Bürgermeister war am 01.05.2014.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Markus Schenk

Erster Bürgermeister der Stadt Eibelstadt

Ich bin Unternehmensberater für betriebliche Altersversorgung (bAV) bei der Allianz, jedoch ruht mein Arbeitsverhältnis derzeit.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Ich will für meinen Heimatort etwas bewegen und gestalten.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Eine lange Vorbereitungszeit gab es nicht, da zwischen der Nominierung und der Wahl lediglich drei Monate lagen. Dank meiner bisherigen beruflichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten verfügte ich jedoch bereits über ein gutes Netzwerk zu Politikern auf Kreis-, Landes- und Bundesebene, was mich in meiner Entscheidung bestärkt hat.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Die Herausforderung bestand darin, bei der Wahl gegen die amtierende Zweite Bürgermeisterin anzutreten und gleichzeitig in die Fußstapfen eines Bürgermeisters zu treten, der auf 36 Jahre Erfahrung in der Kommunalpolitik zurückblickte und sich aus Altersgründen nicht mehr zur Wahl gestellt hatte.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Derzeit beschäftige ich mich mit dem Neubau des Feuerwehrgerätehauses, das ein Volumen von 5,8 Millionen Euro umfasst. Zudem liegt mein Fokus auf der Stärkung des Wirtschaftsstandortes durch die Ansiedlung von Firmen im neuen Gewerbegebiet „Am Thomasboden“ sowie der Umsetzung eines Umlegungsverfahrens.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Ich möchte die städtebauliche Entwicklung des öffentlichen Raums im Altort sowie im Sanierungs- und Gestaltungsbereich weiter vorantreiben. Außerdem ist es mir ein wichtiges Anliegen, Eibelstadt weiterhin als attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort zu erhalten, um damit auch die notwendigen Einnahmen für die städtischen Aufgaben zu sichern. Darüber hinaus werde ich mich dafür einsetzen, weiterhin gute Rahmenbedingungen für ein aktives und lebendiges Vereinsleben im Ort zu schaffen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Ja: Sich den täglichen Herausforderungen im Alltag stellen, neugierig sein, aufmerksam zuhören und bei komplexen Aufgaben hartnäckig zu bleiben.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen, Bürgerinnen und Bürger, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Ich tausche mich regelmäßig mit dem Führungskreis aus und bespreche anstehende Projekte direkt mit Mitarbeitern in der Verwaltung, dem Bauhofleiter oder den Hausmeistern. Ich frage gezielt nach, wie einzelne Mitarbeiter bestimmte Vorschläge beurteilen. Bürger können jederzeit mit ihren Anliegen zu mir kommen, da meine Tür stets offen steht. Bei größeren Projekten wie städtebaulichen Maßnahmen halte ich Bürgerworkshops ab, die sich als sehr hilfreich erweisen. Erfahrene Mitarbeiter bieten wertvolle Unterstützung und sind verlässliche Ansprechpartner für die Anliegen der Bürger innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung hat bereits Einfluss auf die Kommunalpolitik genommen. Diese Entwicklung wird sich in Zukunft weiter fortsetzen. Viele Dienstleistungen können von den Bürgern einfach und bequem von zu Hause aus genutzt und beantragt werden. Bei komplexen Aufgaben bleibt das persönliche Gespräch mit der Verwaltung oder dem Bürgermeister jedoch weiterhin wichtig. Leitplanken und Gesetze wie die Gemeindeordnung, Geschäftsordnung, Satzungen, Bebauungspläne, Nutzungsordnungen oder Sitzungsinhalte lassen sich nicht einfach über eine Schlagzeile oder einen Post vermitteln.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Immer optimistisch denken; dann findet sich ein Weg!

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Das, was der Bürgermeister Schenk in seiner Amtszeit mit seinem Stadtrat gemacht hat, war gut für Eibelstadt! ❐

Impulsgeber für das Amberg-Sulzbacher Land

Anschlussförderung für das Regionalmanagement

Amberg-Sulzbach. Die erfolgreiche Arbeit des Regionalmanagements im Landkreis Amberg-Sulzbach kann auch in der Zukunft fortgeführt werden. Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie fördert dies mit 437.200 Euro und unterstützt den Landkreis, innovative Projekte umzusetzen und die Region weiter voranzubringen. Einen entsprechenden Förderbescheid erhielten Landrat Richard Reisinger und Regionalmanagerin Katharina Schenk nun aus den Händen von Staatssekretär Tobias Gotthardt.

„Ich freue mich sehr, dass wir den neuen Förderbescheid erhalten haben und somit das erfolgreiche Regionalmanagement auch in der nächsten Förderphase fortführen können“, sagte Landrat Richard Reisinger. Für ihn ist das Regionalmanagement eine wichtige Säule der Zusammenarbeit vor Ort und ein bedeutendes Instrument zur strategischen Weiterentwicklung des Landkreises.

Regionale Identität stärken

Gerade mit dem Regionalmanagement habe man viel vor, sagte Reisinger. Künftig wolle man sich verstärkt der regionalen Identität und der Imagebildung des Amberg-Sulzbacher Landes widmen. Konkrete Maßnahmen sind ein Podcast, der im Idealfall noch in der ersten Jahreshälfte an den Start geht, sowie ein Landkreismagazin, das voraussichtlich erstmals im Herbst erscheint.

„Besonders schätze ich, dass in der neuen Förderphase auch das Kulturerbe Kirwa im Amberg-Sulzbacher Land im Fokus steht“, so der Landrat. Die Kirwan wurden vor zwei Jahren als Gutes-Praxis-Beispiel in das Bayerische Landesverzeichnis des Immateriellen Kulturerbes aufgenommen; nun soll es als erste geförderte Maßnahme zum Kirwa-Kulturerbe eine eigene Homepage geben, verrät Regionalmanagerin Katharina Schenk. Die Freischaltung der Homepage steht unmittelbar bevor.

Auch die Stärkung der regionalen Erzeugung und Nahversorgung sowie die Gewinnung von Fachkräften sind Projekte, die bis September 2027 umgesetzt werden sollen, so Schenk.

Wirtschaftsstaatssekretär Tobias Gotthardt betonte: „Mit der Förderung der vier Projekte setzen wir gezielt Impulse für die Zukunft im Amberg-Sulzbacher Land. Im Handlungsfeld ‚Regionale Identität‘ stärken wir die regionale Erzeugung und Nahversorgung, bewahren unser wertvolles Kulturerbe wie die Kirwa-Tradition und schärfen das Profil der Region durch gezielte Imagebildung. Gleichzeitig leisten wir mit dem Projekt ‚Meinen Heimatberuf kennenlernen‘ einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung und zur Bindung junger Menschen an ihre Heimat. Ein zentraler Erfolgsfaktor des Regionalmanagements ist, dass die Projektideen direkt aus der Region kommen. Die Menschen vor Ort kennen ihre Bedürfnisse am besten und können mithilfe der unbürokratischen Förderung gezielt auf regionale Herausforderungen reagieren sowie maßgeschneiderte Lösungen entwickeln. Regionalentwicklung bleibt eine Gemeinschaftsaufgabe. Ich danke den Beteiligten herzlich für ihren Einsatz und wünsche ihnen viel Erfolg bei der Umsetzung der Projekte.“

Förderung für 65 regionale Initiativen

Bayernweit fördert das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie nahezu flächendeckend rund 65 regionale Initiativen. Jährlich stehen hierfür rund 10 Millionen Euro zur Verfügung. Für die bayerische Staatsregierung ist es oberstes Ziel, in ganz Bayern gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen zu fördern. Mit Regionalmanagements sollen die Qualitäten der bayerischen Regionen gesteigert werden.

Seit Wiedereinführung des Regionalmanagements im Landkreis Amberg-Sulzbach im Sommer 2018 konnten bereits einige Projekte realisiert werden, so beispielsweise die Durchführung eines Genuss- und Heimatmarktes, bei dem die regionale Wertschöpfung gestärkt und regionale Produkte und Dienstleistungen einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht wurden.

Markenstrategie

In einem weiteren Projekt wurde für die erfolgreiche Außendarstellung des Amberg-Sulzbacher Landes eine Markenstrategie erarbeitet und umgesetzt. Mithilfe eines Imagefilms wurden zudem die Standortpotenziale der Region dargestellt. Auch die regionale Identität wurde durch die Etablierung eines regionalen Erzeuger- und Verarbeiter-Netzwerks und die Herausgabe eines Heimat- und Sachkunde-Schulbuchs für Dritt- und Viertklässler im Landkreis Amberg-Sulzbach gefördert. ❐



V.l.: Alexander Bock (Regierung der Oberpfalz), MdL Bernhard Heinisch, Staatssekretär Tobias Gotthardt, Regionalmanagerin Katharina Schenk, Landrat Richard Reisinger, MdL Dr. Harald Schwartz, Niklas Scheder (Wirtschaftsministerium). Bild: Christine Hollederer

Eine Heimat für Musikanten

Das Wirtshaus im 49gradnord Hüttendorf ist eine musikantenfreundliche Gaststätte

Regenhütte. „Wirtshaus und Musik, das hat in Bayern Tradition“, sagt Regens Landrat Dr. Ronny Raith und ergänzt: „Mit guter Musik lebt es sich gleich viel leichter.“ Deswegen ließ er es sich nicht nehmen, eine Auszeichnung persönlich zu überreichen: Raith übergab im Namen des bayerischen Heimatministeriums, des Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA und des Bezirks Niederbayern die Ernennungsurkunde und das dazugehörige Metallschild „Musikantenfreundliches Wirtshaus“ an Birgit Müller, die Eigentümerin des 49gradnord Hüttendorfs in Regenhütte.

Zusammen mit ihrem leider bereits verstorbenen Lebenspartner Gunnar Schmitt sei Müller zu Coronazeiten das Wagnis eingegangen, das alte Hotel zu erwerben und auszubauen, erinnerte sich Bürgermeister Michael Herzog in seiner kurzen Ansprache. „Es wurde fleißig und sehr viel gearbeitet“, erzählte der Rathauschef und das Ergebnis komme nicht nur bei Urlaubsgästen, sondern auch im Dorf gut an. „Es passiert wieder was im Dorf“, so Herzog weiter.

Viel Herzblut

„Man sieht, dass hier viel Herzblut investiert wurde“, betonte auch Landrat Raith. Es sei immer gut, wenn in den Tourismus investiert werde. Wenn Tourismus und heimische Gastronomie Hand in Hand gehen, dann sei dies ein guter Weg. „Besonders schön ist es, wenn dann auch Musiker eine neue Heimat finden“, freute sich der Landrat und erinnerte daran, dass die Auszeichnung „nicht nur eine Ehre ist. Sie bringt auch Pflichten mit sich.“ So dürfen im Lokal jederzeit Musiker aufspielen. Es darf gesungen und gespielt werden. Einen Lohn müssten die Wirte nicht zahlen, aber Getränke und eine Brotzeit dürfen die Musiker schon erwarten, erklärte Raith.

Eine Leistung des Teams

Müller versicherte, dass sie dies gerne macht und weiterhin machen wird. „Wir freuen uns, dass wir den Titel Musikantenfreundliches Wirtshaus tragen dürfen“, sagte sie und verwies darauf, dass dies keine Einzelleistung ist: „Dies alles macht nur das gute Team möglich.“ Sie hoffe, dass zu den Musikern, die das Lokal bereits jetzt regelmäßig besuchen, viele weitere hinzukommen. Das Lokal ist momentan von Freitag bis Sonn- Ferien auch donnerstags. „Wir wollen uns weiterentwickeln und den Gästen etwas bieten“, betonte sie.

Den Glückwünschen schloss sich auch Wirtschaftsförderin Teresa Sitzberger an. Landrat Raith und Bürgermeister Herzog wünschten Müller und ihrem Team abschließend für die Zukunft alles Gute und versprachen, dass sie selbst als Gäste wiederkommen werden. ❐


Landrat Dr. Ronny Raith (re.), Bürgermeister Michael Herzog (li.) und Wirtschaftsförderin Teresa Sitzberger (Mitte li., hinten) bei der Übergabe der Auszeichnung an Wirtin Birgit Müller (Bildmitte mit Schild) und ihr Team mit Bernhard Wittmann (li.), dahinter Herbert Maier, rechts daneben Silvia Oswald und Eva Hasenkopf, dahinter Nadine Kirschenbauer. Bild: Heiko Langer / Landratsamt Regen

Ferienland DONAURIES:

Kostenlose Infomaterialien die Gutes tun

Über www.ferienland-donauries.de oder telefonisch können Interessierte kostenlos Prospekte und Informationsmaterial über das Ferienland DONAURIES bestellen. Mit dem Versand bittet das Ferienland in einem Begleitschreiben um eine freiwillige Spende, die an eine gemeinnützige Organisation weitergeleitet wird. Seit 2021 unterstützt das Ferienland DONAURIES jedes Jahr eine andere Einrichtung. Im Jahr 2024 konnten so 1.500 Euro an den Verein „1000 Schulen für unsere Welt“ gespendet werden. Davon stammen 1.058 Euro aus Spenden, der Rest wurde vom Ferienland DONAURIES e. V. selbst aufgerundet. Mit dieser Initiative stärkt das Ferienland DONAURIES die Bekanntheit der Region und setzt zugleich ein Zeichen für soziales Engagement. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Anne-Marie von Hassel,
Inge Metzger
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste
Nr. 59 vom 01.01.2025
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-17
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende
schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Gratulanten beim Geburtstagsempfang anlässlich des 65. Geburtstages von Landrat Johann Kalb, darunter auch Kommunalminister Joachim Herrmann und Melanie Huml, MdL. Bild: Landratsamt Bamberg/Förtsch

„Weitsicht und Entschlossenheit“

Innenminister Joachim Herrmann hielt die Festrede beim Empfang zum 65. Geburtstag von Landrat Johann Kalb

„Deine wertvolle Arbeit ist geprägt von lösungsorientierter Weitsicht, Entschlossenheit und dem klaren Ziel, den Landkreis Bamberg weiterhin in eine erfolgreiche Zukunft zu führen.“ Bayerns Innenminister Joachim Herrmann würdigte beim Empfang zum 65. Geburtstag von Landrat Johann Kalb dessen inzwischen 35-jähriges politisches Wirken.

„Besonderen Schwerpunkt deines Handelns hast du stets auf die Förderung der regionalen Wirtschaft gelegt“, spannte der Kommunalminister den Bogen von der Realisierung des Levi-Strauss-Museums in Buttenheim bis zum „Zukunftsprojekt ‚Cleantech Innovation Park‘ auf dem ehemaligen Werksgelände der Michelin Reifenwerke in Hallstadt. Ziel ist es dabei auch, Arbeitsplätze der Zukunft vor Ort zu sichern. Neben dem Innovationszentrum, in dem Forschungs- und Entwicklungsprojekte umgesetzt werden, soll mit dem Kreativforum ein Ort für Kommunikation und Netzwerkbildung entstehen.“

Integration und friedliches Miteinander in Europa

„Ein besonders zentrales Anliegen Deiner kommunalpolitischen Arbeit ist die Umsetzung des europäischen Gedankens des friedlichen Miteinanders“, würdigte Herrmann kommunale Partnerschaften und die vom Landkreis Bamberg initiierte erfolgreiche Bewerbung von 17 Klosterlandschaften der Zisterzienser um das Europäische Kulturerbe-Siegel. „Die Europäische Kommission bestätigte mit dieser Auszeichnung für dieses erste in Bayern entwickelte Projekt die herausragende Rolle der Zisterzienser für die Europäische Integration. Ein wichtiges Element ist dabei der 6.400 km lange Fernwanderweg ‚Weg der Zisterzienser‘, der alle beteiligten Klosterstätten verbindet.“

„Lieber Hans, du hast noch viel vor“, so der Innenminister in seiner Gratulation. „Voller Tatendrang planst du den Erweiterungsbau des Landratsamtes, setzt dich für ein zusätzliches Gymnasium in Hirschaid ein und machst dich stark für ein neues Katastrophenschutzzentrum bei Memmelsdorf. Dein außerordentliches kommunalpolitisches Engagement verdient unseren größten Respekt.“

Auch Bezirkstagspräsident Henry Schramm wusste über Kalb, der im Bezirkstag von Oberfranken als Schramms weiterer Stellvertreter fungiert, nur Lobendes zu berichten. In Anlehnung an die den Festakt umrahmenden Musikstücke bezeichnete er Kalb unter anderem als „Torero“, dessen Zielstrebigkeit, Mut und Entschlossenheit beispielhaft seien. „Hans Kalb ist jemand, der sich Herausforderungen stellt, der kämpft, wenn es nötig ist, und der dabei immer das Wohl der Gemeinschaft im Blick behält.“ Der Bezirkstag von Oberfranken könne sich glücklich schätzen, so erfahrene Kommunalpolitiker wie Kalb in seinen Reihen zu wissen.

Der Ratsvorsitzende der Europäischen Metropolregion Nürnberg, Peter Reiß, schloss sich den Glückwünschen an und nannte Kalb einen echten „Metropoliten mit Herz“. „Du hast nach außen eine entspanne Schale, aber nach innen einen unglaublich treibenden Kern. Du bist ein echter Genussmensch aber auch ein Motor in der Metropolregion und hast dabei einiges erreicht“. So konnten etwa in seiner Zeit als Ratsvorsitzender die Fördermittel für die Region verdoppelt werden. Und weiter: „Ich kenne niemanden, der so sensationell vernetzt ist. […] Hans Kalb ist ein echter Wirtschaftsförderer weit über den Landkreis hinaus.“

Landrat Dr. Oliver Bär, Bezirksvorsitzender des Bayerischen Landkreistages, bedankte sich in seinem Grußwort bei seinem Amtskollegen für die stets gute Zusammenarbeit und betonte: „Ich schätze deine Aufgaben, deine Arbeit, deine Art.“

Söders Video-Botschaft

Als Überraschung überbrachte Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder seine Glückwünsche in einer Videobotschaft: „Ich möchte auf diesem Wege meinen Respekt aber auch meine Gratulation zeigen. Du bist seit vielen Jahren ein leidenschaftlicher Kämpfer für deine Region, ein großartiger Landrat, einer der für die Region im Landkreis Bamberg steht. Dafür sage ich dir ein herzliches Dankeschön. Ich habe an dir immer deine Bodenständigkeit geschätzt, deine Bezogenheit zu deiner Region und deinen Einsatz als Kommunaler.“

Ziele haben und den Weg dorthin im Auge behalten

„Ich spüre durch eure Worte und Wünsche den Rückhalt unserer Landkreisbevölkerung“, bedankte sich Landrat Johan Kalb. In kleinen Anekdoten verglich er das Jahrzehnt seiner Geburt mit der Gegenwart. Für ihn sei es immer wichtig gewesen, Ziele zu haben. „Oft bringt dich auch der Weg dorthin weiter.“ Exakt dies ist nach seinen Worten auch in der politischen und geistigen Transformation wichtig. „Aus Unsicherheit muss wieder Sicherheit werden. Aus der Unzuverlässigkeit muss Verlässlichkeit werden. Aus Orientierungslosigkeit muss Zielgerichtetheit werden. Packen wir’s an.“

Stellvertretender Landrat Bruno Kellner hatte die Gäste des Empfanges am traditionellen Tag der Einführung amerikanischer Präsidenten begrüßt und die unermüdliche Motivation des Jubilars mit einem leicht abgewandelten Zitat John F. Kennedys beschrieben: „Frage nicht, was dein Landkreis für dich tun kann, frage, was du für deinen schönsten Landkreis der Welt tun kannst“. Von A wie Archivpflege über F wie Feuerwehrwesen, W wie Wirtschaft bis Z wie Zivil- und Katastrophenschutz: „Als passionierter Klavierspieler beherrschst du die ganze Klaviatur der kommunalen Selbstverwaltung.“ ❐

Bürgermeisterwahlen in Bayern

In der Gemeinde Prebitz (Landkreis Bayreuth) setzte sich Jörg Teufel (CSU) mit 52 Prozent der Stimmen knapp gegen Erna Eckert von der FWG Prebitz (48 Prozent) durch. Bürgermeister Hans Freiberger (Freie Wählergemeinschaft Engelmannsreuth) musste sein Amt nach 16 Jahren aus gesundheitlichen Gründen niederlegen. Die Wahlbeteiligung lag bei 76,6 Prozent.

Florian Meier (CSU) behielt in einer Stichwahl in der Gemeinde Aschheim (Landkreis München) mit 56 Prozent die Oberhand. Er siegte gegen den geschäftsführenden Bürgermeister Robert Ertl (Freie Wähler), der 44 Prozent der Stimmen holte, und den erkrankten Rathauschef Thomas Glashauser (CSU) in den vergangenen beiden Jahren im Rathaus vertreten hatte. Wahlbeteiligung: 55,6 Prozent.

In Rüdenau (Landkreis Miltenberg) gewann mit Drittem Bürgermeister Christof Farrenkopf (Freie Wählergemeinschaft) der einzige vorgeschlagene Kandidat. Auf ihn entfielen 66 Prozent der abgegebenen Stimmen. Farrenkopf trat die Nachfolge der zurückgetretenen Rathauschefin Monika Wolf-Pleßmann (SPD) an. Wahlbeteiligung: 54 Prozent.

Mit 71,1 Prozent der Stimmen wurde in Stetten (Landkreis Unterallgäu) Ewald Fischer (CSU/Unabhängige Bürger Stetten) zum neuen Bürgermeister gewählt. Seit dem vorzeitigen Ausscheiden von Uwe Gelhardt (parteilos) führte Fischer die Amtsgeschäfte kommissarisch. Sein Mitbewerber Benedikt Sassen (Wahlgemeinschaft Zukunft) erhielt 26,4 Prozent. Wahlbeteiligung: 59,6 Prozent.

Neuer Rathauschef in der Marktgemeinde Kirchenthumbach (Landkreis Neustadt/Waldnaab) ist Ewald Plößner (Christliche Wähler Gemeinschaft). Er setzte sich mit 59,8 Prozent der Stimmen gegen Dominik Fraunholz (CSU) durch, der auf 39,9 Prozent kam. Die Bürgermeisterwahl wurde vorgezogen, nachdem Bürgermeister Jürgen Kürzinger (SPD) aus gesundheitlichen Gründen das Amt niederlegen musste. Die Wahlbeteiligung betrug 76,5 Prozent. **DK**

GZ PINOS WELT



Der Wahlkampf zum Bundestag nimmt ja derzeit richtig Fahrt auf. Wer gedacht hat, das Achtsame und Rücksichtsvolle, das von der Politik im Allgemeinen Besitz ergriffen hat und jede etwas überspitzte oder unkorrekte Bemerkung mit dem Bannstrahl des Cancelns bestraft, würde den Wahlkampf so langweilig wie eine Bundestagsdebatte machen, sieht sich getäuscht.

Im Gegenteil sieht es so aus, als würde es bis zum 23. Februar noch so richtig lustig werden. Jedenfalls hat sich die Spitze einer der die Fußgängerampel tragenden Partei bei einer Demo gegen rechts so richtig beömmeln können, wie ein launiges Selfie beweist. Und der nicht sehr aussichtsreiche Spitzenkandidat der anderen Regierungspartei hat sogar den Wahlkampfklassiker schlechthin rausgehauen: Den Vorwurf der Lüge.

Wahrheit, Lüge und Wahlkampf

Nach ihm würde das Wahlvolk belogen, weil nicht alle Mitbewerber seiner Meinung zustimmen, dass weitere Ukrainehilfen nur mit weiteren Schulden zu bezahlen seien. Andere Parteien wollen diese Hilfen in Höhe von 3 Milliarden Euro durch nicht verausgabte 4 Milliarden Euro aus dem Verteidigungsetat finanzieren (Spoiler: 3 passt in 4!) oder eine überplanmäßige Ausgabe. Das bringt uns zu der Frage: Was ist eine Lüge?

Eine gute Definition dürfte sein, dass es sich um „die Kommunikation einer subjektiven Unwahrheit mit dem Ziel, im Gegenüber einen falschen Eindruck hervorzurufen oder aufrecht zu erhalten“ handelt. Demgegenüber scheint es bei der Kontroverse über die Ukrainehilfen doch eher um die Diskussion verschiedener Lösungsansätze als die Kommunikation einer Unwahrheit zu gehen.

Wahrheiten sind ja in sich auch sehr ambivalent. Die Aussage „Die Erde ist eine Kugel“ ist unzweifelhaft wahr, wenngleich man einwenden könnte, rein faktisch ähnelt die Erde eher einer Kartoffel mit ihren Ecken und Falten als einer Kugel. Aber wie sieht es mit der Behauptung aus, „die Erde ist eine Scheibe“? Jedes Kindergartenkind würde diese Feststellung empört zurückweisen und doch sieht man, wenn man aus einem einsam gelegenen Häuschen tritt, und über das Meer schaut, den Himmel und eine Abbruchkante. Wer die Erde eine Scheibe nennt, benennt also im Ergebnis nur ein Beispiel für das, was frühe Jünger des Propheten Trump einmal als alternative Fakten bezeichnet haben.

Wahrscheinlich ist die Lüge so alt wie die Menschheit und wurde geboren, als ein Jäger zum anderen sagte, der Hirsch sei in Richtung Moor geflohen, obwohl er genau wusste, dass das gejagte Tier in den Wald gelaufen ist. Der eine Jäger lief ins Moor und versank, der andere tötete im Wald den Hirsch und konnte damit sich und seine Sippe ernähren. Da somit der Lügner einen evolutionären Vorteil besaß, ist die Lüge aus unserem Leben nicht wegzudenken.

In die politische Theorie hat die Lüge kein geringerer als Niccolò Machiavelli in seinem Meisterwerk „Der Fürst“ eingeführt. Populärer in Deutschland ist allerdings ein Bismarck zugeschriebenes Zitat, wonach niemals mehr gelogen werde als vor den Wahlen, während des Krieges und nach der Jagd. Dabei wird gerne übersehen, dass der Manipulator der Emser Depesche zwar kriegserfahren und durch seine junkersche Herkunft ein begeisterter Jäger, aber auch ein Demokratieverächter war und deshalb sicher kein verlässlicher Gewährsmann für die Gepflogenheiten vor Wahlen ist.

Aber ja, der Lügenbegriff gehört auch zur bundesrepublikanischen Politik. Berühmt die Steuerlüge, als die volkswirtschaftlich sinnvolle Kompensation der Entlastung von direkten durch die Erhöhung indirekter Steuern im Auge der breiten Masse verteufelt werden sollte. Allerdings redet in diesem Wahlkampf niemand von der Entlastungslüge, obwohl dieses Jahr steuerliche Entlastungen für die meisten Steuerzahler durch höhere Sozialabgaben netto mehr als aufgefressen werden. Da ist noch deutlich polemische Luft nach oben.

Ihr Pino

Startschuss für Jubiläumsjahr:

650 Jahre Stadterhebung Traunstein

Mit einem großen Jubiläumsjahr feiert die Große Kreisstadt Traunstein heuer die 650. Wiederkehr eines besonderen Jubiläums: Am 7. Januar 1375 bekam Traunstein von Herzog Friedrich von Bayern offiziell die Stadtrechte verliehen. Zu diesem Anlass fand im Kulturforum Klosterkirche ein Festabend mit rund 250 Ehrengästen, darunter Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder, statt.

Oberbürgermeister Dr. Christian Hümmer verwies eingangs auf Ereignisse, die den wirtschaftlichen Aufschwung und die Entwicklung Traunsteins besonders geprägt haben. Dazu zähle der Startschuss als Bierstadt durch die Errichtung des herzoglichen Hofbräuhauses 1612 und die Begründung der Saline als frühneuzeitliche Industriesiedlung 1619 mit der Soleleitung von Bad Reichenhall als erste Pipeline der Welt. Von beiden Maßnahmen Herzog Maximilians hätten sowohl die Stadt wie auch der Hof als neue Einnahmequelle deutlich profitiert. Ein weiterer wegweisender Impuls, der Traunstein auch städtebaulich vorangebracht habe, sei 1860 der Anschluss der Stadt an die neue Bahnstrecke München – Salzburg unter der Regentschaft von König Maximilian II. gewesen.

Hochschulstadt

Zudem sei Traunstein seit 11. Oktober 2022 offiziell Hochschulstadt. Kaum eine andere Entscheidung werde deren Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten derart nachhaltig positiv beeinflussen, zeigte sich Hümmer überzeugt. Der Campus Chiemgau mit einer Förderzusage von über 30 Millionen Euro durch die Bayerische Staatsregierung werde die Große Kreisstadt verändern und nicht nur für die Studenten, sondern für alle Bürger neue Chancen und umfangreiche Möglichkeiten bieten.

Jahrhundertchance

Diese „Jahrhundertchance“ verweise auf das Zukunftspotenzial der sich verjüngenden Stadt. „Traunsteins beste Jahre haben gerade erst begonnen“, unterstrich der Rathauschef. Er bezeichnete das Oberzentrum als „Lebensgefühl und Herz des Chiemgaus“, das eng mit den Umlandgemeinden und der Region verbunden und durch diese geprägt sei. Als „Wohlfühlstadt für alle Generationen“ vermittle die Stadt „echte Nähe, Sicherheit und Geborgenheit“.

„Traunstein ist in Bayern ein Name“, betonte Ministerpräsident Markus Söder in seinem Grußwort. Das Salz habe die Stadt als „weißes Gold“ groß gemacht. Mit der Förderung des Campus Chiemgau setze die Staatsregierung heute darauf, „das Innovationsklima auch auf dem Land zu fördern“. Die Stadt habe ebenfalls große Persönlichkeiten wie Papst Benedikt XVI. und Ludwig Thoma hervorgebracht.

Söder lobte zudem das große ehrenamtliche Engagement der Traunsteiner bei der Gestaltung des Jubiläumsprogramms. Stadtführungen, Vorträge, ein Feuerwehrfest, das Festwochenende Anfang Juli sowie ein eigenes Theaterstück sollen das Jubiläumsjahr 2025 in der Großen Kreisstadt bereichern. Auch ein neues Logo wurde der Stadt zu ihrem Jubiläum spendiert.

Kombination von Tradition, Fortschritt und Weltoffenheit

Die Kombination von Tradition, Fortschritt und Weltoffenheit präge das Land Bayern wie die Stadt, fuhr Söder fort. Hinzu kämen „Heimatverbundenheit, Bescheidenheit, Geselligkeit“, wie eine KI-Recherche zu Traunstein ergeben habe. Dass die Traunsteiner nicht zuletzt auch „ein bisserl eigensinnig und stur sowie hart, aber herzlich“ seien, beweise die Tatsache, dass ihm bei der Teilnahme am Georgiritt in den letzten Jahren regelmäßig „Förderzusagen entlockt“ worden seien.

In seinem Festvortrag nahm der Mittelalterexperte Dr. Johannes Lang, Stadtarchivar in Bad Reichenhall, die historische Einordnung von Traunsteins Entwicklung zur Stadt vor. „Ein schriftliches Stadtrecht stand üblicherweise nicht am Anfang, sondern es markierte das Ende der Entwicklung zur Stadt.“ Anders als heute sei die Garantie von Sicherheit und wirtschaftlicher Entfaltung für die Bürger der Stadt mit einem engen Kanon von Regeln und Pflichten, etwa der Selbstverteidigungspflicht gegen Angreifer, verbunden gewesen. **DK**



Staatsministerin Michaela Kaniber gemeinsam mit (v.l.) Andreas Brigl (1. Bürgermeister Markt Titting), Josef Dintner (1. Bürgermeister Stadt Greding), Jura-Vize-Hopfenkönigin Linda Gottsmich, Ludwig Eisenreich (1. Bürgermeister Stadt Berching), Bernd Mayr (1. Bürgermeister Stadt Dietfurt) und Helmut Schloderer (1. Bürgermeister Stadt Beilngries). Bild: StMELF

Die Altmühl-Jura GmbH bringt Bayern nach Berlin

Auch in diesem Jahr präsentierte sich Bayern auf der Grünen Woche in Berlin wieder als wahres Schmankerl- und Urlaubsland. Die Bayernhalle zählte zu den beliebtesten Attraktionen der Messe und begeisterte mit einer einzigartigen Kombination aus kulinarischen Köstlichkeiten, traditioneller Kultur und Urlaubsinspiration. Über 80 Aussteller zeigten die Vielfalt Bayerns – von regionalen Spezialitäten bis hin zu abwechslungsreichen Urlaubsmöglichkeiten. Auf der Sonderfläche „Genuss Bayern" konnten Besucherinnen und Besucher die wahren Schätze entdecken, die Bayern bietet.

Bayerns Landwirtschafts- und Tourismusministerin Michaela Kaniber überzeugte sich bei ihrem Rundgang durch die Bayernhalle von der Attraktivität des bayerischen Messeauftritts. Auch am Stand der Altmühl-Jura GmbH, die mit einem eigenen Messestand ein wichtiger Teil des bayerischen Auftritts ist, machte sie Halt und informierte sich über den Naturpark Altmühltal und die Themen Wandern, Radfahren und Wassererlebnis. Die Gemeinden der Region Altmühl-Jura präsentierten außerdem Informationen zu Veranstaltungshöhepunkten, Unterkünften & gastronomischen Angeboten und Sehenswürdigkeiten.

„Die Grüne Woche ist eine perfekte Bühne, um Bayern in seiner ganzen Vielfalt zu präsentieren. Unser Freistaat ist nicht nur ein erstklassiges Urlaubsland, sondern steht auch für Gastfreundschaft und kulinarische Spitzenleistungen. Ich danke unseren Ausstellern, wie der Altmühl-Jura GmbH, die dazu beitragen, ein starkes Bild von Bayern zu vermitteln", betonte Kaniber bei ihrem Rundgang.

Gastfreundschaft und kulinarische Spitzenleistungen

„Die Grüne Woche ist eine perfekte Bühne, um Bayern in seiner ganzen Vielfalt zu präsentieren. Unser Freistaat ist nicht nur ein erstklassiges Urlaubsland, sondern steht auch für Gastfreundschaft und kulinarische Spitzenleistungen. Ich danke unseren Ausstellern, wie der Altmühl-Jura GmbH, die dazu beitragen, ein starkes Bild von Bayern zu vermitteln", betonte Kaniber bei ihrem Rundgang.

Der Biergarten vom Entenwirt aus dem Chiemgau, ein Herzstück der Bayernhalle, machte Bayern für die Messebesucher mit allen Sinnen erlebbar: fast 50 Musik- und Trachtengruppen und rund 800 Mitwirkende brachten bayerische Lebensfreude nach Berlin und zeigten, wie Bayern tanzt, musiziert und feiert. „Mehr Bayern geht nicht! Die Bayernhalle steht für Genuss, Tradition und Lebensfreude", so die Ministerin. Hier ließen sich auch die vielfältigen Angebote der vier bayerischen Tourismusregionen Oberbayern, Ostbayern, Franken und Allgäu-Schwaben entdecken. Zudem präsentieren sich Landkreise und Anbieter von Urlaub auf dem Bauernhof und begeisterten mit ihrem typisch bayerischen Flair. Die Kombination aus Tradition, Genuss und Erlebnis machten den Erfolg des bayerischen Auftritts aus. ❒

Vorschau auf GZ 4

In unserer Ausgabe Nr. 4/2025, die am 13. Februar 2025 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **IT · E-Government · Breitband · Mobilfunk**
- **Arbeitsplatz Kommune**
- **Umwelttechnologien und Ressourcenschutz**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung**
- **Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Angestellte**

Grenzüberschreitendes Netzwerktreffen stärkt Bildungsregion

Erfolgreiche Kooperationen für eine zukunftsfähige Bildungslandschaft

Im Forum Chiemgau in Traunstein fand ein grenzüberschreitendes Netzwerktreffen für Bildungsträger der EUREGIO Inntal-Region statt. Die von der Euregio Inntal im Rahmen des Interreg Bayern-Österreich-Programms geförderte Veranstaltung brachte rund 50 engagierte Bildungsakteure aus Bayern und Tirol zusammen. Ziel des Treffens war es, die regionale Bildungslandschaft sichtbar zu machen und neue Kooperationen über Landesgrenzen hinweg zu fördern.

Nach der Begrüßung durch Janina Lödding vom Landratsamt Traunstein und Carina Berger vom Innovationsraum Kufstein wurde die digitale Bildungslandkarte der EUREGIO Inntal vorgestellt. Diese Plattform macht Bildungsangebote aus den Tiroler Bezirken Kufstein und Kitzbühel sowie aus der Stadt Rosenheim und den Landkreisen Rosenheim und Traunstein transparent und zugänglich.

Präsentation der Bildungsvielfalt

Ein Impulsvortrag von Victor Paul von der Pioniergarage Salzburg zeigte praxisnah, wie grenzüberschreitende Bildungsprojekte erfolgreich umgesetzt werden können. Am Beispiel des Projekts „MINT it happen" veranschaulichte er innovative Ansätze zur Förderung von MINT-Kompetenzen in der EUREGIO Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein. Die Teilnehmer erhielten wertvolle Einblicke in Best-Practice-Beispiele und Inspirationen für eigene Initiativen.

Workshops und intensiver Austausch

In anschließenden Workshops erarbeiteten die Teilnehmenden an verschiedenen Themeninseln gemeinsame Ziele, Ressourcen und mögliche Kooperationen. Besonders im Fokus stand die Entwicklung bedarfsgerechter Ausbildungskonzepte zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Der Austausch unter den Bildungsträgern verdeutlichte die hohe Bereitschaft, durch Zusammenarbeit innovative Lösungen zu entwickeln.

Starkes Netzwerk für die Zukunft

Zum Abschluss stellte Esther Jennings, Geschäftsführerin der Euregio Inntal, Fördermöglichkeiten für grenzüberschreitende Projekte vor. Das Netzwerktreffen unterstrich die zentrale Bedeutung von Wissensaustausch, gemeinsamen Ressourcen und langfristigen Partnerschaften für eine zukunftsfähige Bildungsregion. Erste konkrete Schritte zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit wurden bereits vereinbart.

Engagierte Partner auf beiden Seiten der Grenze

Das Projekt wird von engagierten Akteuren beiderseits der Grenze getragen: Auf bayerischer Seite sind der Landkreis Traunstein mit dem Bildungsmanagement sowie die Stadt und der Landkreis Rosenheim mit der „(Digitalen) Bildungsregion" aktiv beteiligt. In Tirol unterstützen der Innovationsraum Kufstein und die International School Kufstein Tirol das Projekt.

Weitere Informationen zur Bildungslandkarte und zur Teilnahme an künftigen Veranstaltungen: finden Sie unter: https://euregio.bildungslandkarte.eu. ❒



Teilnehmer des „Grenzüberschreitenden Netzwerktreffens der Bildungsträger". Bild: Landratsamt Traunstein

LIEFERANTENNACHWEIS

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

ESB ENERGIE SÜDBAYERN

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Fahnen/Arbeitsbekleidung

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Arbeitskleidung
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Fahnenmaste
Vereinsbedarf

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.
LEONET.DE

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www. AKDB .de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektiven Winterdienst
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 13. Feburar 2025 | 76. Jahrgang | Nummer 4


Bild: Landratsamt Oświęcim, Rafał Lorek

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Bayerischer Städtetag:

Transformation braucht Verlässlichkeit

„Die großen Herausforderungen der Zeit gelingen nur mit den Städten und Gemeinden“, machte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr, in München vor Pressevertretern deutlich. Um tragfähige Lösungen zu finden, brauche es eine Veränderung des Politikstils, eine Priorisierung der Inhalte und eine Fokussierung auf wichtige Ziele, betonte der Verbandschef mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl.

Pannermayr forderte bei Gesetzgebungsverfahren die frühzeitige Einbindung der Kommunen: „Der Blick aus der kommunalen Praxis schärft das Bewusstsein für Regelungen, die sich dann auch realisieren lassen. Leider ist in den letzten Jahren die Partnerschaft oft vernachlässigt worden. Gerade, wenn Mut oder Gestaltungswille gefordert werden, müssen Bundestag und Bundesregierung die Städte und Gemeinden einbeziehen. Denn für die Umsetzung der Beschlüsse brauchen die Kommunen praktikable Regelungen und die notwendige Finanzausstattung.“

Stagnierende Steuereinnahmen

„Die kommunalen Steuereinnahmen stagnieren, während die Ausgaben massiv steigen“, erläuterte der Vorsitzende. Das Defizit der bayerischen Kommunen sei dramatisch gestiegen und liege in den ersten drei Quartalen des Jahres 2024 bei einem Rekord-Minus von 6 Milliarden Euro. Die Ursachen lägen in der Dynamik beim Anstieg von Sozialausgaben und Personalausgaben. Da die Wirtschaftskonjunktur unverändert schwach sei, stiegen die Risiken für Steuerrückgänge. Viele Städte und Gemeinden liefen Gefahr, keine genehmigungsfähigen Haushalte mehr aufstellen zu können. Dies bekämen Bürgerschaft und regionale Wirtschaft zu spüren. „Der Bedarf an Investitionen etwa bei Straßen und Wegen, Schulen und Kindergärten, Krankenhäusern und Pflegeheimen ist enorm. Dringende Investitionen in die Infrastruktur müssen zurückgestellt werden oder kommen generell auf den Prüfstand. Kommunen haben einen Anspruch auf eine aufgabengerechte Finanzierung. Wenn Bund und Freistaat den Kommunen zusätzliche Aufgaben übertragen, müssen diese auch auskömmlich finanziert werden“, forderte Pannermayr.

Resolution des Vorstands

Laut einer Resolution des Vorstands des Bayerischen Städtetags werden deshalb vom neuen Bundestag und der neuen Bundesregierung folgende Maßnahmen erwartet:

- Keine Aufgabenübertragungen und Schaffung von Rechtsansprüchen mehr, die für die kommunale Ebene nicht ausfinanziert sind. Als aktuelles Beispiel kann auf die nicht auskömmliche Betriebskostenförderung nach dem Ganztagsförderungsgesetz und dem Ganztagsfinanzierungsgesetz hingewiesen werden.
- Aufgabenspezifische Bundeserstattungen müssen dynamisiert werden, damit die Entlastungswirkung auf kommunaler Ebene nicht sukzessive durch Kostensteigerungen aufgezehrt wird. Das gilt beispielsweise für das seit 2018 greifende 5 Milliarden-Entlastungspaket des Bundes.
- Die hohe Dynamik bei den

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Deutscher Landkreistag:

Verwaltungsmodernisierung ja

Aber nicht zulasten des Föderalismus

Der Deutsche Landkreistag (DLT) begrüßt die Impulse des Normenkontrollrats (NKR) zur Verwaltungsmodernisierung, lehnt jedoch die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen ab. DLT-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke warnt vor unabsehbaren Folgen für den Föderalismus.

Das NKR-Gutachten sieht in einer stärkeren Bündelung von Verwaltungsaufgaben die Lösung für eine effizientere Verwaltung. Es analysiert dies anhand der Fahrerlaubniserteilung, der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen und der Einkommensprüfung. Henneke betont: „Die Landkreise sind bereits Bündelungsbehörden. Hier gibt es Potenzial, Zuständigkeiten weiter zu optimieren.“ Eine Zentralisierung dürfe jedoch nicht dazu führen, dass Bürger auf kompetente Ansprechpartner vor Ort verzichten müssen.

Der DLT fordert eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und kritisiert die Überregulierung durch den Bund. Statt neuer Aufgaben sollte die bestehende Bürokratie abgebaut werden. Verfassungsänderungen, wie sie das Gutachten vorschlägt, hält Henneke für unnötig: „Art. 30 und 83 GG sowie das Verbot der Mischverwaltung sind tragende Säulen des Föderalismus. Wer sie aufweicht, gefährdet das Fundament unserer bewährten Ordnung.“ Auch eine neue Infrastrukturkompetenz des Bundes sei überflüssig. Henneke appelliert abschließend, Reformen im Rahmen des Grundgesetzes anzugehen, um eine leistungsfähige Verwaltung im Interesse von Bürgern und Unternehmen zu sichern. ❐

vbw erwartet Nullwachstum

Hatz: „Neue Bundesregierung muss zügig liefern“

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. erwartet für 2025 ein Nullwachstum in Bayern. „2024 ist Bayern in die Rezession gerutscht, das BIP sinkt um 0,4 Prozent. Eine Besserung ist nicht in Sicht“, warnt vbw-Präsident Wolfram Hatz. Die Kombination aus Konjunktur- und Strukturkrise gefährde Investitionen und Arbeitsplätze. „Der Standort Deutschland ist nicht mehr wettbewerbsfähig“, so Hatz.

Die vbw fordert eine sofortige Wirtschaftswende durch bessere Standortbedingungen, niedrigere Unternehmenssteuern, reduzierte Energie- und Lohnzusatzkosten sowie weniger Bürokratie.

Handelshemmnisse und Protektionismus

Auch das außenwirtschaftliche Umfeld bereitet Sorgen: „Handelshemmnisse und Protektionismus schaden unserer exportorientierten Wirtschaft. Europa muss geschlossen dagegen vorgehen.“

Hatz fordert einen wirtschaftlichen Neustart: „Die Bundesregierung muss schnell handeln, die Transformation begleiten und Beschäftigung sichern. Die De-Industrialisierung muss gestoppt werden, besonders die Industrie braucht dringend Unterstützung.“

https://www.vbw-bayern.de/vbw/Themen-und-Services/Konjunktur/Bayern-Deutschland/Konjunkturprognose-Bayern-2025.jsp. ❐



Gedenkakt zu Ehren der Opfer des Nationalsozialismus

Der Bayerische Landtag und die Stiftung Bayerische Gedenkstätten erinnerten im Schloss Dachau in einem gemeinsamen Gedenkakt an die Opfer des Nationalsozialismus. 80 Jahre nach der Befreiung der Konzentrationslager lag der Schwerpunkt des Gedenkens heuer auf der unmittelbaren Nachkriegszeit, auf dem schwierigen Neubeginn der Überlebenden, dem oft lebenslangen Kampf mit den erlittenen Traumata; aber auch auf dem frühen Gedenken an die Toten und das Wunder des Überlebens und Weiterlebens. Bei der Veranstaltung sprachen neben Landtagspräsidentin Ilse Aigner und dem Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten, Karl Freller, auch Ministerpräsident Dr. Markus Söder, der Oberbürgermeister der Stadt Dachau, Florian Hartmann, sowie David Husarek, Enkel des Dachau-Überlebenden Dr. Paul Husarek, der unmittelbar nach der Befreiung bereits in der ersten Ex-Häftlings-Selbstorganisation aktiv war.

Bildarchiv Bayerischer Landtag Foto: Matthias Balk

Neustart jetzt!

Forderungen des Bayerischen Landkreistags an die nächste Bundesregierung

„Immer mehr Aufgaben, überbordende Vorgaben und stetig steigende Ausgaben gefährden die Handlungsfähigkeit der bayerischen Landkreise. Es ist Zeit für entschlossene Reformen durch die neue Bundesregierung, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu retten und die Lebensqualität vor Ort zu erhalten“, erklärte Verbandspräsident Thomas Karmasin bei der Vorlage eines Forderungspapiers des Bayerischen Landkreistags an die nächste Bundesregierung. Grundvoraussetzung, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern und den Bürgern eine lebenswerte Zukunft zu bieten, sei eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

„Die Kommunen tragen über 25 Prozent der Ausgaben, erhalten jedoch nur 14 Prozent der Steuereinnahmen“, heißt es in dem Papier. Diese ungleiche Finanzierung müsse dringend angegangen werden. Der Bund habe sich deutlich stärker an der Finanzierung der von ihm geschaffenen und festgelegten gesetzlichen Aufgaben, Standards und Leistungsansprüche zu beteiligen. „Wir fordern daher eine signifikante Erhöhung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer auf 6 Prozent.“

Entlastung von überflüssigen Aufgaben und Standards

Gleichzeitig müssten die Kommunen von überflüssigen Aufgaben und überhöhten Standards entlastet werden, um sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren zu können. Komplexe und praxisferne Vorschriften führten zu unnötigem Verwaltungsaufwand, der sowohl Bürger als auch Unternehmen belastet. Es sei an der Zeit, die Bürokratie zu reduzieren und den Kommunen mehr Entscheidungsspielräume zu gewähren, um flexible und pragmatische Lösungen zu ermöglichen, betonte Karmasin.

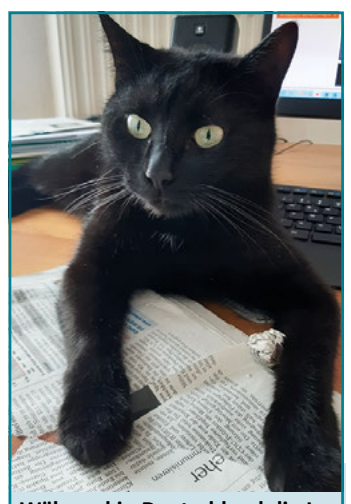
Die wirtschaftliche Situation in Deutschland ist aus Sicht der Landräte alarmierend und zeigt sich in einer anhaltenden Konjunkturkrise. Hinzu kämen strukturelle Probleme. Der Wirtschaftsstandort Deutschland sei zu teuer, überreguliert und die Infrastruktur in die Jahre gekommen. Außerdem habe der wirtschafts- und klimapolitische Zickzackkurs der vergangenen Jahre die Unternehmen tief verunsichert. Neben verschlechterten Standortbedingungen werde das internationale Handelsumfeld zunehmend herausfordernd. Auch der Arbeitsmarkt leide. Die deutsche Volkswirtschaft sei zum „schlafenden Riesen“ mutiert.

Eine starke und stabile Wirtschaft ist das Fundament für handlungsfähige Kommunen.

Verlässliche Wirtschaftspolitik

Die bayerischen Landräte verlangen von der neuen Bundesregierung daher eine verlässliche Wirtschaftspolitik mit massiven Investitionsförderungen, mutiger Deregulierung und einer signifikanten Entlastung der Unternehmen. Hierbei handle es sich nicht nur um ökonomische, sondern auch gesellschaftliche Notwendigkeiten, um Perspektiven vor Ort zu schaffen und den sozialen Zusammenhalt zu sichern. Öffentliche Dienstleistungen wie eine solide medizinische Versorgung, attraktive Bildungsangebote und ein funktionierender Öffentlicher Personennahverkehr seien ent-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Während in Deutschland die Industrie schwächelt und die Infrastruktur bröckelt, funktioniert eines tadellos: die Empörung. Die Debattenkultur, so der Rathauskater, gleiche einem wütenden Dauerfeuer. Vielleicht wäre weniger Aufregung und mehr Nachdenken manchmal ganz hilfreich. S. 13

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Ministerrat: Kernpunkte Migration und Digitalisierung 2
Landtag: Zuversicht für Bayerns Jugend 2
GZ-Podcast: Das gute Beispiel – Hoffnung für Togo. 2
GZ-Kolumne Kathrin Alte: So wird 2025 ein gutes Jahr! 3
Söder und Herrmann zur bayerischen Grenzpolizei 3
Förderung innovativer Heimatprojekte 4
Digitalisierung • IT • Breitband . . . . . .5 - 8
Abfall • Umwelt . . . . . 9 - 10
Schulungen für kommunale Entscheider 11
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 11 - 14

Bayerischer Ministerrat:

Kernpunkte Migration und Digitalisierung

Die Migrationspolitik sowie digitale Innovationen auf kommunaler Ebene standen auf der Tagesordnung der jüngsten Sitzungen des bayerischen Kabinetts in München. Mit zwei Bundesratsinitiativen wurde die Bundesregierung aufgefordert, nach dem furchtbaren Angriff in Aschaffenburg, der sich einreiht in die tragischen Vorfälle von Magdeburg, Solingen und Mannheim, endlich Konsequenzen zu ziehen und eine klare Wende in der Migrationspolitik zu vollziehen.

Mit dem Elf-Punkte-Entschließungsantrag für eine konsequente Rückführungspolitik setzt sich Bayern dafür ein, dass die Bundesregierung die generellen Voraussetzungen für Abschiebungen, insbesondere von Straftäten und Gefährdern nach Afghanistan und Syrien schafft. Der Bund müsse außerdem die rechtlichen Voraussetzungen für einen Sofort-Arrest für ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder schaffen.

Forderungen an die Bundesregierung

Weitere bayerische Forderungen sind Rückführungsabkommen mit wichtigen Herkunfts- und Transitländern, die vollständige und alleinige Übernahme der Dublin-Verfahren durch den Bund sowie dessen Einsatz zur kurzfristigen Beseitigung von massiven Defiziten bei Dublin-Überstellungen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich nachhaltig für eine verbesserte Funktionsfähigkeit des Dublin-Systems und insbesondere die Herstellung der tatsächlichen und nachhaltigen Rücknahmebereitschaft anderer EU-Mitgliedstaaten einzusetzen.

Der Bund solle überdies zentrale Bundesausreisezentren, etwa an den großen deutschen Flughäfen, errichten und die Befugnisse der Bundespolizei erweitern, ausreisepflichtige Personen festzuhalten oder festzunehmen. Auch müssten die Regeln für Ausreisepflichtige verschärft und stärkere Sanktionen bei ungeklärter Identität geschaffen werden. Auch auf EU-Ebene müsse sich der Bund für eine Reform der Rückführungs-Richtlinie einsetzen. Die Regelungskompetenzen sollten hier wieder in die Hände der Mitgliedstaaten fallen.

Darüber hinaus sollen aus bayerischer Sicht die mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vorgenommenen Erleichterungen zurückgenommen werden. Außerdem müssten Deutsche mit doppelter Staatsangehörigkeit, die wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung oder einer sonstigen schweren staatsgefährdenden Straftat rechtkräftig verurteilt werden, die deutsche Staatsangehörigkeit wieder verlieren.

Entschließungsantrag

Um das Zugangsgeschehen zu reduzieren, fordert der Freistaat vom Bund in einem weiteren Zehn-Punkte-Entschließungsantrag, auch Asylsuchende an der Grenze konsequent zurückzuweisen. Die Staatsregierung hält dies für rechtlich zulässig, praktisch möglich und mit Blick auf die gegenwärtige Lage geboten. Die nationalen Grenzkontrollen seien fortzuführen und die Bundespolizei müsse durch bis zu 10.000 Stellen verstärkt werden. Zuvor solle der Bund die Polizeien der Länder in die Lage versetzen, selbst Zurückweisungen an den Grenzen vornehmen zu können und hierfür die notwendigen Änderungen der einschlägigen Gesetze und Verwaltungsabkommen veranlassen.

Die Bundesregierung sei in der Verantwortung, sich über die laufenden und schwierigen Reformen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems hinaus für eine grundlegendere Weiterentwicklung des Asylrechts auf europäischer und nationaler Ebene einzusetzen und diese anzustoßen. Hierbei sei die Weiterentwicklung des subjektiven Rechts auf Gewährung eines Schutzstatus hin zu einer objektiven Gewährleistung im Unionsrecht und im deutschen Verfassungsrecht erforderlich.

Freiwillige Programme beenden

Darüber hinaus müssten der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten unter Beachtung des Völkerrechts unverzüglich bis auf weiteres ausgesetzt und freiwillige Bundesaufnahmeprogramme beendet werden. Ebenso fordert Bayern, endlich die Liste der sicheren Herkunftsstaaten unverzüglich auf Algerien, Marokko, Tunesien, Armenien und Indien auszuweiten und Ergebnisse zur rechtlichen und praktischen Umsetzbarkeit von Asylverfahren in Drittstaaten vorzulegen. Neben dringend notwendigen Leistungskürzungen bei vollziehbar ausreisepflichtigen Asylbewerbern seien Bezahlkarten-Umgehungen effektiv zu beenden und entsprechende Rechtsgrundlagen zu schaffen.

Nach Angaben von Innenminister Joachim Herrmann ist die Zahl der Aufenthaltsbeendigungen in bayerischer Zuständigkeit im Jahr 2024 erneut gestiegen: Von den insgesamt 17.767 Aufenthaltsbeendigungen waren 3.010 Abschiebungen und 14.757 freiwillige Ausreisen. „Damit konnten wir die Abschiebungen im Vergleich zum Vorjahr um rund 27 Prozent steigern, die freiwilligen Ausreisen um rund 26 Prozent." Letztere erreichten einen Zehnjahresrekord und übertreffen die bisherige Höchstzahl von 14.015 freiwilligen Ausreisen im Jahr 2015. Die meisten Abschiebungen fanden in die Herkunftsländer Georgien, Irak, Türkei, Nigeria und Moldau statt.

Initiative „Kommunal? Digital!"

Themenwechsel. In der Sitzung des bayerischen Ministerrats wurde die Bedeutung der Initiative „Kommunal? Digital!" für den gesamten Freistaat und das große Transferpotenzial der vom Bayerischen Staatsministerium für Digitales geförderten und nun umgesetzten Smart City/Smart Region-Projekte hervorgehoben. Mit dem Programm „Kommunal? Digital!" unterstützte die Bayerische Staatsregierung zehn bayerische Kommunen mit über vier Millionen Euro (jeweils bis zu 500.000 Euro pro Kommune) bei der Umsetzung ihrer digitalen und nachhaltigen Vorhaben. Die geförderten Kommunen wurden in einem Ideenwettbewerb von einer unabhängigen Jury aus 76 Bewerbungen ausgewählt.

Im Bereich Klimaresilienz zeigen der Markt Ergoldsbach, die Großstadt Erlangen und die Stadt Bamberg, wie digitale Lösungen Städte und Gemeinden zukunftssicher machen und wie dem Klimawandel mit Innovationen statt Verboten intelligent begegnet werden kann. In Bamberg wurde mit dem Projekt „BAKIM (Baum, Künstliche Intelligenz, Mensch)" gemeinsam mit dem Lehrstuhl für Kognitive Systeme der Universität Bamberg und weiteren Partnern ein innovatives Tool entwickelt, das durch den Einsatz von Drohnen die Baumbestände der Stadt und des städtischen Forstbetriebes mithilfe verschiedener Sensorsysteme erfasst und vermisst. Eine KI wertet die Drohnen-Daten aus. Auf diese Weise können gezielt Maßnahmen gegen Baumschäden ergriffen werden. Auch Bürger und Natur profitieren: Parkanlagen und Wälder können effizienter und kostengünstiger gepflegt werden und so ihren Erholungswert behalten.

Ressourceneffizienz

Ressourceneffizienz mithilfe digitaler Tools steht im Mittelpunkt von Projekten aus dem Landkreis Ebersberg, in den ILE Nationalparkgemeinden Bayerischer Wald, dem Markt Lu-he-Wildenau und in der Gemeinde Lauben im Oberallgäu. Hier gelingt es, mit Ideenreichtum und Innovationskraft knappe Ressourcen zu schonen, um zugleich wirtschaftlicher agieren zu können. So ist es beispielsweise das übergeordnete Ziel des Projekts „Lauben Digital", mithilfe digitaler Überwachung der Wasserleitungen den Wasserverbrauch zu optimieren und zu reduzieren, sowie auch Personalressourcen in der Gemeinde Lauben zu schonen.

Smarte Lösungen zur Partizipation

Die Stadt Aschaffenburg, der Landkreis Günzburg sowie die Stadt Kempten haben wiederum smarte Lösungen zur Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern entwickelt. Themen sind hierbei neben innovativen Beteiligungsmöglichkeiten zur Stadtentwicklung auch die Unterstützung konkreter Projekte und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz für mehr Transparenz und Effizienz. So wurde in Kempten ein „Digitales Bürgerforum" geschaffen, das aus einer Open-Source-Plattform und einer analogen Begegnungsstätte besteht. Auf der Plattform „machmit.Kempten.de" können die Bürger städtische Themen und Projekte mitgestalten, wobei auch ein Digitaler Zwilling der Stadt zur Visualisierung der Beteiligungsthemen integriert ist.

Das Programm „Kommunal? Digital!" zielt darauf ab, die Lösungen der Pionier-Kommunen in die Fläche zu bringen und bayernweit auszurollen. Im Vordergrund steht jeweils der konkrete Transfer-Mehrwert. Einige der entwickelten Lösungen wurden bereits auf andere Kommunen übertragen. Weitere Informationen zum Ideenwettbewerb und den zehn Leuchtturmprojekten unter https://kommunal-digital.bayern. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Klaus Hacker
Gemeinde Oberreichenbach
am 15.2.

Bürgermeister Josef Schuh
Gemeinde Witzmannsberg
am 19.2.

Bürgermeister Harald Michel
Stadt Kupferberg
am 23.2.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dieter Muth
Gemeinde Oberleichtersbach
am 13.2.

Bürgermeister Paul Reithmeir
Gemeinde Eurasburg
am 26.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Grau
Gemeinde Laberweinting
am 22.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dietrich Binder
Gemeinde Petersdorf
am 13.2.

Bürgermeister Joas Walter
Gemeinde Mödingen
am 26.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dr. Mario Paul
Stadt Lohr
am 17.2.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Florian A. Mayer
Gemeinde Mering
am 15.2.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johannes Polenz
Markt Burgwindheim
am 18.2.

Bürgermeister Peter Wagner
Gemeinde Aying
am 21.2.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

GZ-PODCAST

Das gute Beispiel

Podcast-Moderator Michael von Hassel spricht mit beeindruckenden Menschen, die mit ihrem Talent und Engagement für Hoffnung in schwierigen Zeiten sorgen, besonders im Ehrenamt und in der Kommunalpolitik.

Folge 3: Hoffnung für Togo – Wie ein Ehepaar aus Schwaben tausenden Menschen Zukunft schenkt

In einer Welt voller Krisen und Unsicherheiten gibt es Lichtblicke – und Barbara und Anton Weber sind einer davon. Was mit einer spontanen Spende begann, entwickelte sich zu einem der beeindruckendsten privaten Entwicklungsprojekte in Westafrika. Seit über 30 Jahren engagieren sich die beiden mit unermüdlicher Leidenschaft für den Verein „Hilfe für Togo e.V." und haben damit das Leben unzähliger Menschen verändert.

Sie haben über 50 Schulen gebaut, ein Ausbildungszentrum errichtet, Brunnen gebohrt, Krankenstationen ausgestattet und hunderten Jugendlichen eine berufliche Zukunft geschenkt. Ihr Credo: Hilfe zur Selbsthilfe. Bildung, Eigenverantwortung und nachhaltige Entwicklung stehen im Fokus – und das mit großem Erfolg.

Ihre Arbeit zeigt: Veränderung beginnt mit einer einzigen Entscheidung. Ihre unerschütterliche Begeisterung und ihr Tatendrang haben eine Bewegung ins Rollen gebracht, die nicht nur Hoffnung schenkt, sondern auch Perspektiven schafft.

Wer dieses außergewöhnliche Projekt unterstützen möchte, findet mehr Informationen unter hilfe-fuer-togo.de. Jede Spende, jede Geste der Unterstützung bedeutet Zukunft – für ein ganzes Land.

Alle Folgen unter: www.gemeindezeitung.de/podcast ❐

Aktuelle Stunde im Bayerischen Landtag:

„Zuversicht für Bayerns Jugend"

Auf Vorschlag der CSU-Fraktion stand in der Aktuellen Stunde im Bayerischen Landtag die Jugendpolitik im Zentrum der Aufmerksamkeit. Unter dem Motto „Zuversicht für Bayerns Jugend" diskutierten die Landtagsabgeordneten darüber, wie junge Menschen bestmöglich gefördert werden können.

Die CSU-Landtagsfraktion verwies auf das bayerische Aufstiegsversprechen „Stark für heute, bereit für morgen". Es soll jungen Menschen Perspektiven eröffnen und sie auf ihrem Weg optimal unterstützen. In den kommenden Wochen findet ein umfassender Dialogprozess statt, um die echten Anliegen von Jugendlichen in den politischen Prozess einfließen zu lassen. Thematisch reicht das Spektrum von Bildung, beruflicher Zukunft und Wohnen bis hin zu Mobilität, Umweltschutz und innovativen Themen wie Unternehmensgründung oder Finanzmärkte.

Jungen Menschen Mut machen

Wie der jugendpolitische Sprecher der CSU-Landtagsfraktion Josef Heisl erläuterte, „wollen wir ein Bayern, das jungen Menschen Mut macht, groß zu denken. Dazu gehört es, Werte zu vermitteln, Orientierung zu geben und Vertrauen zu schaffen. Es geht darum, jungen Menschen nicht nur Chancen zu eröffnen, sondern sie auch dort zu stärken, wo sie Unterstützung brauchen. Wir wollen ihnen die Sicherheit geben, dass ihr Engagement und ihre Anstrengungen in Bayern Anerkennung finden." Hierzu habe die Staatsregierung den Bayerischen Jugendring im vergangenen Jahr mit 29 Millionen Euro unterstützt, und auch heuer werde die Jugendarbeit weiter gefördert. Die Verlängerung des 365-Euro-Tickets habe man ebenso im Blick wie den Ausbau der Medienbildung, betonte Heisl, der auch die Überlegungen zu einem verpflichtenden Gesellschaftsjahr begrüßt.

„Gute Jugendpolitik muss international, europäisch und bundesweit konzipiert werden, ist aber vor allem vor Ort wichtig", erklärte Julian Preidl (Freie Wähler). Problematisch sei, dass der größte Teil der in Deutschland lebenden Jugendlichen mit seinen Kompetenzen, Ideen und Fragen von der Politik nicht genügend wahrgenommen werde. „Wir dürfen diesen wichtigen Teil der Gesellschaft nicht mehr als Objekte politischen Handelns begreifen, sondern müssen sie zur Grundlage und Ausgangspunkt von Jugendpolitik machen", erklärte Preidl und forderte neben mehr Mitspracherechten für Jugendparlamente in den Stadtgremien u.a. die Stärkung der Schulen sowie der digitalen Wirtschaft durch Bürokratieabbau, insbesondere bei Start-ups.

Während der AfD-Abgeordnete Johannes Meier auf die drastischen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder und Jugendliche, insbesondere auf deren psychische Gesundheit, einging, und eine Aufarbeitung der Corona-Politik forderte, machte Johannes Becher (Bündnis 90/Die Grünen) auf eine hohe psychische Belastung junger Menschen, etwa durch Kriege oder den Klimawandel, aufmerksam. Er forderte, jungen Menschen echte Perspektiven zu bieten, und plädierte für eine parteienübergreifende Zusammenarbeit in der demokratischen Mitte, um nachhaltige Lösungen zu erarbeiten. Anna Rasehorn (SPD) begrüßte den von der CSU initiierten Generationenvertrag mit Jugendverbänden und Jugendorganisationen. Zudem forderte sie das Absenken des Wahlalters auf 16 Jahre, um junge Menschen aktiv in politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse einzubinden.

Jeder dritte Euro für Bildung

„Die Jugend gehört in den Mittelpunkt! Sie ist kreativ, talentiert und motiviert. Genau das braucht unser Land", stellte Staatsministerin Ulrike Scharf fest und verwies darauf, dass der Freistaat mehr als jeden dritten Euro in Bildung investiere und die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit hierzulande aufweise. Auf dem Weg einer noch stärkeren Mitgestaltung sei die Fortführung des bayerischen Aktionsplans Jugend ein wichtiger Schritt.

Dass eine eigenständige Jugendpolitik angesichts des demographischen Wandels immer mehr an Bedeutung gewinnt, wurde beim Jahresauftakt der Kommunalen Jugendarbeit (KOJA) im Landkreis Rosenheim aufgezeigt. Eingeladen waren die Jugendbeauftragten, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Landkreisgemeinden, Mitarbeiter des Kreisjugendrings sowie die Leitungen aus dem Kreisjugendamt.

Sinkender Jungwähler-Anteil

Schätzungen zufolge ist der Anteil der Jungwähler an der Gesamtheit der Wahlberechtigten in den vergangenen Jahrzehnten auf unter zehn Prozent gesunken. Dadurch werden hauptsächlich Interessen der anderen Altersgruppen in den Mittelpunkt politischer Entscheidungen gestellt. Grund hierfür ist der demographische Wandel. Landrat Otto Lederer nutzte deshalb die Gelegenheit, den rund 80 Gästen aus den Gemeinden und der Jugendarbeit für ihr großes jugendpolitisches Engagement zu danken. Aus seiner Sicht „zeigen die Zahlen einmal mehr, wie wichtig es ist, den Jugendlichen nicht nur eine Stimme, sondern auch Räume zu geben".

Studie „Stadt. Land. Unterschied!"

Dr. Heiko Tammena, Fachreferent für Kommunale Jugendarbeit beim Bayerischen Jugendring, stellte die Ergebnisse der Studie „Stadt. Land. Unterschied!" vor, die die Katholische Landjugendbewegung (KLJB) von 2016 bis 2020 durchführte. Danach leben viele junge Menschen sehr gern auf dem Land. Positiv bewerteten sie das Umfeld, soziale Netzwerke und das Zugehörigkeitsgefühl. Als unzureichend wurden dagegen die Mobilitätsmöglichkeiten, die Jugendbeteiligung und die Vielfalt auf dem Land genannt.

Wie Tammena unterstrich, sei der Landkreis Rosenheim mit der landkreisweiten Jugendbeteiligungskonferenz „MyVision" und der Fachstelle Jugendbeteiligung bereits einen großen Schritt vorangekommen. Gleichwohl werde noch zu häufig über oder für junge Menschen gesprochen, stellte der Fachreferent fest. Sein Rat an die Gemeindevertreter: „Auf ins Gespräch!", „denn Jugendarbeit ist eines der wirksamsten Mittel für die Demokratie – auch für die zukünftigen Generationen." **DK**

Söder und Herrmann stellen Jahresbilanz der Bayerischen Grenzpolizei vor

Starker Rückgang bei unerlaubten Einreisen und Schleuserfällen

Grenzüberschreitende Kriminalität auf hohem Niveau – Über 80 Prozent mehr Rauschgift beschlagnahmt – Konsequente Zurückweisungen an der deutschen Grenze notwendig

2.385 unerlaubte Einreisen und Wiedereinreisen haben die bayerischen Grenzfahnder an den Land- und Luftgrenzen im letzten Jahr festgestellt. Das ist ein Rückgang um fast 49 Prozent gegenüber dem Vorjahr (4.667). Auch die Zahl der Schleuserfälle reduzierte sich mit 160 Delikten um knapp 61 Prozent im Vergleich zu 2023 (413). Diese Bilanz der Bayerischen Grenzpolizei im Jahr 2024 haben Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Innenminister Joachim Herrmann am Grenzübergang Oberaudorf an der deutsch-österreichischen Grenze vorgestellt.

„Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit. Die Bayerische Grenzpolizei ist unsere Elite-Einheit gegen illegale Migration, Schleuser und Kriminelle. Ihr Aufbau war goldrichtig“, sagte der Ministerpräsident.

Massive Bedrohung für die Innere Sicherheit

Joachim Herrmann bekräftigte: „Zwar konnten wir im letzten Jahr deutliche Rückgänge erzielen. Aber nachdem die Zahl der unerlaubten Einreisen und Schleuserdelikte im Jahr 2023 so hoch wie nie seit der Gründung der Bayerischen Grenzpolizei war, gibt es keine Entwarnung. Die Arbeit unserer Grenzpolizei ist wichtiger denn je!“

Das abscheuliche Verbrechen von Aschaffenburg und andere



V.l.: Fiona Rachel Fischer, Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Dr. Uwe Brückner. Bild: TH

Söder im Münchner Presseclub:

Migration, Energie und Medien im Fokus

Medienvielfalt als Stütze der Demokratie

Über zentrale politische Themen diskutierte Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder wenige Wochen vor der nächsten Bundestagswahl im Münchner Presseclub mit Fiona Rachel Fische und Dr. Uwe Brückner während des zum traditionellen Jahresgespräch. Neben Migration und Energie ging es insbesondere um die finanziellen Belastungen der Kommunen und die Zukunft der regionalen Medienlandschaft.

Herausforderungen in der Migrationspolitik

Söder betonte dass die Kommunen durch die steigende Zahl an Geflüchteten stark gefordert seien. „Die finanzielle Belastung für unsere Städte und Gemeinden ist enorm. Viele Kommunen wissen nicht, wie sie die Unterbringung und Integration stemmen sollen“, so der Ministerpräsident. Er forderte eine deutliche Beschleunigung der Asylverfahren und bessere finanzielle Unterstützung der Kommunen durch den Bund.

Bayern habe 2024 bereits zahlreiche Bundesratsinitiativen eingebracht, um die Belastungen gerechter zu verteilen.

Planbarkeit der Energieversorgung

Ein weiteres zentrales Thema war die Energiepolitik, insbesondere die steigenden Stromkosten und die Unsicherheit für Kommunen und ansässige Unternehmen. „Es reicht nicht, nur auf erneuerbare Energien zu setzen. Die Kommunen brauchen Planbarkeit und eine sichere Stromversorgung, sonst werden Betriebe abwandern“, sagte Söder. Besonders die Herausforderungen für enegieintensive Unternehmen und die wachsende Unsicherheit bei Netzanschlüssen wurden thematisiert. Der bayerische Regierungschef sprach sich für eine beschleunigte Genehmigung von Infrastrukturprojekten aus und forderte von der Bundesregierung eine veränderte Energiepolitik.

Die Lage der regionalen Medien beschrieb Söder als besorgniserregend. Viele lokale Zeitungen und Fernsehsender kämpfen ums Überleben. Kommunalpolitiker seien darauf angewiesen, dass lokale Themen weiterhin eine Plattform erhalten. Bayern habe daher gezielt Vorschläge für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Verlage und regionale Sender eingebracht. Steuersenkungen für Presseerzeugnisse z.B. wären ein wichtiger Hebel, um den Fortbestand lokaler Berichterstattung zu sichern.

Keine Zusammenarbeit mit der AfD

Dass eine Zusammenarbeit der CSU mit der AfD ausgeschlossen bleibt, betonte der CSU-Parteivorsitzende auch bei dieser Vranstaltung. „Unsere Kommunalpolitiker haben es ohnehin schwer genug, gute Arbeit vor Ort zu leisten. Eine Zusammenarbeit mit Extremisten würde nur Unsicherheit und Polarisierung bringen“, sagte er. Gerade in den Kommunen sei es wichtig, eine sachliche Politik im Sinne der Bürger zu betreiben und nicht auf populistische Parolen hereinzufallen. ❐

GZ **KOLUMNE**
Kathrin Alte

Liebe Leserinnen und Leser,



© Thomas Scheuplein

hatten auch Sie gute Vorsätze für das neue Jahr gefasst? Ich nehme mir ja immer zum Jahreswechsel vor, mehr Sport zu treiben und weniger Süßes zu essen. Zu Beginn des Februars musste ich wieder einmal feststellen, dass dies wohl doch fromme Wünsche bleiben werden. Denn als Bürgermeisterin in einem Dorf, in dem das Vereinsleben praktisch jede Woche Anlässe zur Geselligkeit bietet, funktioniert es nicht. Deshalb mache ich es jetzt für den Rest dieses Jahres anders. Der Historiker Dr. Michael Richter hat es gut formuliert: „Jeden Tag sollte man sich vornehmen, irgendetwas sein zu lassen.“ Das klingt doch gut:

So wird 2025 ein gutes Jahr!

Ich lasse es 2025 sein, mich über neue bürokratische Vorschriften oder die Auswirkungen neuer in München oder Berlin erdachter Gesetze auf meine Gemeinde aufzuregen.

Ich lasse es 2025 sein, mich zu ärgern, wenn Bauprojekte oder Förderanträge so viel länger dauern als geplant, sondern ich übe mich in mehr Geduld.

Und ich lasse es hoffentlich sein, Leuten, die immer jammern, klagen und sich beschweren, ohne eine Lösung zu haben, zu viel Zeit und Aufmerksamkeit zu schenken.

Alles andere ergibt sich dann von selbst. Nur diese Dinge lassen wir besser nicht weg: Zusammenhalt, gegenseitigen Respekt, Zuhören und die Probleme gemeinsam anpacken. Das stärkt das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit von Politik und das wünschen sich auch die meisten Bürgerinnen und Bürger.

Und da bin ich wieder bei den Vorsätzen, denn einer kommt mit Blick auf die Bundestagswahl noch dazu:

Lassen wir die überzogene Aufregung über eine Abstimmung im Bundestag sein, bleiben wir sachlich und schauen mal ganz genau hin, wer skandalisiert statt konkreter Lösungsvorschläge in der Mitte der Gesellschaft für die Probleme und Sorgen der Menschen anzubieten.

Dann kann 2025 ein gutes Jahr werden!
Mit den besten Grüßen

Ihre Kathrin Alte
Mitglied des geschäftsführenden KPV-Landesvorstands
Bürgermeisterin der Gemeinde Anzing

gangenen Jahr bei rund 680 Kilogramm. Fast zwei Drittel davon waren sichergestelltes Marihuana, im Vergleich zum Vorjahr mehr als das Siebenfache. „Offensichtlich hat die haarsträubende Entscheidung der Bundesregierung, Cannabis zu legalisieren, deutlich mehr Menschen dazu verleitet, den Stoff in unser Land zu schmuggeln. Ein schwerwiegender Fehler, der nicht nur massiv die Gesundheit der Menschen gefährdet, sondern den Schwarzmarkt und die Organisierte Kriminalität auch noch befördert anstatt sie einzudämmen“, betonte Herrmann.

Eigentums- und Vermögensdelikte

Im Bereich der Eigentums- und Vermögensdelikte hat die Grenzpolizei 622 Fälle bearbeitet (+13,9 Prozent, 2023: 546), darunter auch ein eindrucksvoller Fall: Bei einer Schleierfahndungskontrolle im November 2024 auf der Bundesautobahn A3 stellten die bayerischen Grenzfahnder rund eine Million Euro Bargeld sicher. Die Beamten leiteten ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Geldwäsche ein. Daneben deckte die Bayerische Grenzpolizei 2024 im Bereich der Waffen- und Sprengstoffdelikte 1.100 Fälle auf (2023: 1.064). Im Bereich der Urkundendelikte waren es 1.383 Fälle, ein Plus von knapp 7 Prozent (2023: 1.296), darunter beispielsweise Passfälschungen oder die missbräuchliche Verwendung von Ausweisen.

Stellenaufstockungen

„Wir werden illegale Migration und Schleuserkriminalität weiter bekämpfen. Dazu wird die Bayerische Grenzpolizei von 935 auf 1.500 Stellen aufgestockt. Auch bei der Bundespolizei braucht es 10.000 neue Stellen für Grenzen, Bahnhöfe und Flughäfen. Insgesamt müssen wir die illegale Migration in Deutschland deutlich begrenzen“, betonte Söder. Nach den Worten des Ministerpräsidenten brauche es die Möglichkeit zu generellen Zurückweisungen an den Grenzen auch durch die Bundespolizei und Bayerische Grenzpolizei, ein Abkommen für Rückführungen nach Afghanistan und Syrien und den Aufbau von nationalen Ausreisezentren. „Zudem braucht die Polizei mehr Möglichkeiten, um moderne Technik wie KI und biometrische Abgleiche im Sinne unserer Sicherheit zu nutzen.“

Alpiner Einsatzzug

Innenminister Herrmann resümierte: „Die Bayerische Grenzpolizei ist und bleibt eine wichtige Säule für die Innere Sicherheit in ganz Deutschland. Deshalb verstärken wir sie weiter! Seit der Gründung im Juli 2018 haben wir die Zahl unserer Grenzpolizisten bereits um mehr als 420 auf aktuell über 900 aufgestockt. Schon zum 1. März 2025 folgen weitere 35 Personalzuteilungen. Hierdurch erreichen wir einen neuen Personalhöchststand“. Dazu gehört auch seit 1. Januar 2025 beim Polizeipräsidium Oberbayern Süd ein Alpiner Einsatzzug der Bayerischen Grenzpolizei zur Stärkung des polizeilichen Alpinwesens. Dieser wird unter anderem auch für noch bessere Fahndungsmöglichkeiten sorgen. ❐

Benefiz-Schafkopfrennen

für kommunalpolitische Mandatsträger und Freunde



Schirmherren:
Landrat Stefan Löwl (Landkreis Dachau),
Landrat Thomas Karmasin (Landkreis Fürstenfeldbruck) und
Oberbürgermeister Dieter Reiter (Stadt München)

Anmeldung nur digital unter:
www.landratsamt-dachau.de/benefizschafkopf2025

Startgeld: 50 €/Person

1. Platz Reisegutschein im Wert von 400 €
2. Platz Preis im Wert von 200 €
3. Platz Preis im Wert von 150 €
Benefizgewinne: Jeder und jede spielt für einen guten Zweck, der bei Anmeldung angegeben wird.

Mitspielen dürfen alle Freunde der Kommunalpolitik

Schlossgut Odelzhausen
Am Schlossberg 1, 85235 Odelzhausen
www.schlossgut-odelzhausen.de

15.3.2025
Anmeldung ab 14:00 Uhr
Beginn 15:00 Uhr
Schlossgut Odelzhausen
www.landratsamt-dachau.de/benefizschafkopf2025

BAU INDUSTRIE Bayern · Bayerische GemeindeZeitung · Sparkasse Dachau

„Heimat. Engagiert!“:

Förderung für innovative Heimatprojekte

Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat hat in Kooperation mit dem Bayerischen Landesverein für Heimatpflege e. V. Ende 2023 das Förderprogramm „Heimat.Engagiert!“ ins Leben gerufen. Zunächst als Pilotprojekt ausgelegt, werden jährlich bis zu 40 Vorhaben, die der Pflege und Vermittlung von Heimat- und Brauchpflege dienen, mit einer Festbetragsförderung von 2.000 Euro unterstützt. In Nürnberg übergab Staatsminister Albert Füracker nun Förderbescheide für weitere „sieben spannende und innovative Heimatprojekte“.

Zwei Bescheide gingen nach Oberbayern: Im Rahmen des Projekts „NaturWandel – eine Geschichte des Dachauer Landes“ forscht die Dachauer Geschichtswerkstatt dazu, wie sich die Natur im Landkreis Dachau verändert hat. Hierzu werden alte Fotos und Landkarten gesucht sowie Zeitzeugen befragt. Der Museumsverein Miesbach wiederum gestaltet eine Ausstellung zur Geschichte der Stadt Miesbach als Filmkulisse mit dem Namen „Film ab – Traumkulisse Misbach“ mit anschließender digitaler Dokumentation. Dadurch soll nicht nur Stadtgeschichte lebendig gehalten, sondern auch Schein und Wirklichkeit gegenübergestellt werden.

Ebenso einen Förderbescheid erhielten drei Projekte aus Mittelfranken: Im Rahmen eines Geschichtsprojekts über die Zerstörung von Rothenburg o.d.T. im 2. Weltkrieg und den historischen Wiederaufbau besucht eine 10. Schulklasse den Röderturm und recherchiert mit Geschichtsbüchern aus den vereinseigenen Buchbeständen zum Thema. Anschließend gestaltet die Klasse große Bildtafeln, die die Besucher des Röderturms zu dessen Geschichte informieren.

Die Stiftung Schloss Neunhof hat sich die Neugestaltung der öffentlichen Informationsmöglichkeiten rund um Schloss Neunhof in Nürnberg zur Aufgabe gemacht. Mittels frei zugänglicher Schautafeln sowie über QR-Codes abrufbare Audioguides sollen sich Besucher zum Schloss informieren können.

Der Heimatverein Cadolzburg und Umgebung e. V. wird den „Einarmigen Banditen“ im Museum Cadolzburg um Fotos der vergangenen 75 Jahre bereichern. Dabei handelt es sich um eine spielerische und mit Musik verbundene innovative Darstellung der jüngeren Heimatgeschichte Cadolzburgs anhand von Bildern, die mit einem Zufallsprogramm aufgerufen werden können.

Ein Herzensanliegen des Altbürgermeisters der unterfränkischen Gemeinde Castell, Jochen Kramer, war und ist der Erhalt von Kultur und Brauchtum. Entsprechend werden im Rahmen des Projekts „Södelbrunnen“ zum 70. Jahrestag des Anschlusses der Gemeinde an die Fernwasserversorgung Franken im Jahr 1954 die alten Quellfassungen saniert. Zudem wird etwas unterhalb an einem vorbeiführenden Wanderweg ein kleines Brünnlein zum Gedenken an diese entbehrungsreiche Zeit errichtet.

Einen weiteren Förderbescheid erhielt Maria Maier, Bildende Künstlerin aus der Oberpfalz. Mit der Konzeption der Fotoausstellung „PLK Ade! – Fotowerke“ setzt sie sich mit der Geschichte von 1930 bis heute anhand der Prinz Leopold Kaserne in Regensburg auseinander. **DK**

Transformation ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Sozialausgaben muss gestoppt werden. Leistungen und Standards müssen konsequent hinterfragt und auf den Prüfstand gestellt werden. Präventive Maßnahmen zur Vermeidung der Inanspruchnahme von Sozialleistungen sowie zur (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt sind zu fördern. Die Mehrbelastungen durch den Transfer von geflüchteten Menschen aus der Ukraine in den Leistungsbereich der Sozialgesetzbücher II und XII müssen vollständig finanziert werden.

- Der Bund muss seiner Pflicht nachkommen, die Betriebskosten für Krankenhäuser sicherzustellen. Neben Soforthilfen muss eine Krankenhausreform des Bundes die strukturelle Unterfinanzierung beenden und die Finanzierung auf eine sichere Basis stellen.
- Die Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden müssen gestärkt werden. Dies gilt insbesondere für die Gewerbesteuer. Die wichtigste Steuereinnahmequelle der Städte und Gemeinden darf nicht in Frage gestellt oder beschränkt werden. Die Absenkung der Gewerbesteuerumlage ist ein wirksames Instrument, um das Netto-Aufkommen bei den Städten und Gemeinden zu verbessern.
- Es braucht eine neue Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Um die kommunale Finanzausstattung dauerhaft zu stärken, ist ein höherer Anteil an den Gemeinschaftssteuereinnahmen ein guter Ansatz, etwa durch eine dauerhafte Anhebung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und Umsatzsteuer.
- Neue Steuerentlastungsmaßnahmen dürfen nicht zu Lasten der kommunalen Ebene gehen. Gerade in der aktuellen Phase müssen Maßnahmen zur weiteren Reduzierung der Steuerlast einen Ausgleichsmechanismus für die Mindereinnahmen der Städte und Gemeinden enthalten. Dies muss vor allem beim angekündigten Steuerentlastungsprogramm gelten, das noch im Jahr 2025 auf den Weg gebracht werden soll.
- Beim Vollzug von Förderprogrammen ist weniger Komplexität, mehr Flexibilität und vor allem mehr Vertrauen gegenüber den Kommunen angebracht. Verhandlungen zwischen Bund und Ländern zur Ausgestaltung von Förderprogrammen sind schneller zum Abschluss zu bringen. Dabei müssen die Kommunen rechtzeitig vorher eingebunden und besser über den Stand der Verhandlungen informiert werden, damit sie ihre Planungen frühzeitig darauf ausrichten können.

Daueraufgabe Integration

Seit Jahren fordert die Daueraufgabe Integration Städte und Gemeinden. Wie Pannermayr ausführte, dürften Kommunen in ihrer Schlüsselrolle jedoch nicht überfordert werden. Denn scheitere Integration vor Ort, führe dies zu Spannungen mit populistischen Parolen.

Der Bund muss nach Auffassung des Deutschen Städtetags Zugangskontrollen und konsequente Aufenthaltsbeendigungen gewährleisten, illegale Migration eindämmen und sich auf europäischer Ebene für eine gerechtere Verteilung der Geflüchteten einsetzen. Die Voraussetzungen für den Familiennachzug seien anzupassen. Erteilungsvoraussetzungen für einen Aufenthaltstitel seien stark aufgeweicht worden, so dass etwa das Kriterium Verfügbarkeit von Wohnraum keine Rolle mehr spiele. Es gelte, strengere, an die örtlichen Realitäten angepasste Regelungen zu erlassen. Zudem müsse der Bund finanzielle Rahmenbedingungen schaffen, um Integrationsmaßnahmen vor Ort dauerhaft finanzieren zu können. Auch habe er dafür Sorge zu tragen, dass die Fachkräftezuwanderung erleichtert wird.

Gravierende Folgen durch demografischen Wandel

Der demografische Wandel hat Pannermayr zufolge gravierende Folgen für Städte und Gemeinden, sei es in Geburtsstationen und Krankenhäusern, Kindergärten und Pflegeheimen, Schulen und Seniorenheimen. Der demografische Wandel verschärft den Personalmangel in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Die Kommunen erleben Wachstumsdruck in Ballungsräumen oder rückläufige Bevölkerungsentwicklungen in strukturschwachen Regionen. Um diese „ungleichen und ungleichzeitigen Entwicklungen“ zu bewältigen, brauche es auch hier starke Städte und Gemeinden.

„Spätestens beim nächsten Hochwasser, bei Hitzerekorden, Waldbränden oder Wassermangel wird uns erneut drastisch vor Augen geführt, dass Klimaschutz und Klimaanpassung nicht vernachlässigt werden dürfen, fuhr der Städtetagschef fort: „Städte und Gemeinden leisten ihren Beitrag, aber sie müssen es sich auch leisten können. Es gilt, mit knappen Mitteln dort zu handeln, wo die Hebelwirkung für Klimaschutz und Klimaanpassung am größten ist. Die Aufgaben der Kommunen lassen sich nur erfüllen, wenn es klare Verantwortlichkeiten und Finanzierungswege gibt. Der Bund muss für eine nachhaltige Finanzierung von Maßnahmen bei Klimaschutz und Klimaanpassung sorgen. Wir brauchen keine neuen Pläne, sondern Geld für die Umsetzung.“

Zukunftsinvestitionen

Die bereits laufenden Transformationsprozesse bei Energiewende und Mobilitätswende seien fortzuführen. Transformation brauche Verlässlichkeit. Dies gelte etwa für Zukunftsinvestitionen in Geothermie oder eine Stärkung des Eigenkapitals für Investitionen von Stadtwerken in Energie- und Wärmewende. Nach Berechnungen der Wirtschaft beläuft sich das Investitionsvolumen für die Energiewende deutschlandweit bis 2030 auf 720 Milliarden Euro.

Städte und Gemeinden stellen eine verlässliche Verwaltung sicher und wollen Vorgänge mit neuen Technologien beschleunigen. Dafür brauchen sie stabile Rahmenbedingungen, wie der Vorsitzende erläuterte: „Der Bund muss die kommunale Perspektive berücksichtigen und Kommunen aller Größen im Blick haben. Neue digitale Verfahren können nur dann verlässlich laufen, wenn der Sachverstand aus der kommunalen Praxis frühzeitig eingebunden wird. Neue Gesetze müssen sich an den technisch möglichen digitalen Prozessen orientieren. Die Digitalisierung der Verwaltung muss stärker vereinheitlicht werden. Bund und Freistaat müssen ihre zentralen Angebote ausbauen, etwa für einheitliche Standards beim Datenaustausch und bei Schnittstellen.“

Vereinfachte digitale Verfahren und der Abbau von Bürokratie könnten nur gelingen, wenn die Belange von Städten und Gemeinden frühzeitig mitgedacht werden. Leider habe sich Bürokratie zunehmend zum Hemmschuh entwickelt. Die Gesellschaft müsse den Mut haben, weniger auf Einzelfallgerechtigkeit bis ins letzte Detail zu pochen. Nötig sei mehr Vertrauen statt Kontrolle. Pannermayrs Fazit: „Insgesamt haben wir kein Erkenntnisproblem, aber ein Handlungsproblem.“ Aus der „Mitte des Systems“ sei jedoch ein Neustart möglich, gab sich der Verbandschef zuversichtlich. **DK**

Neustart jetzt ...

(Fortsetzung von Seite 1)

scheidend für die allgemeine Lebensqualität und müssten allen Menschen zugänglich sein – unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben.

Gerade in ländlichen Gebieten sei die Gesundheitsversorgung „akut gefährdet“, mahnt der Kommunalverband an. Die von den Landkreisen getragenen Krankenhäuser seien von entscheidender Bedeutung für deren Sicherung, doch das kürzlich beschlossene Krankenhausreformgesetz des Bundes gefährde genau diese Strukturen. Die erklärten Ziele der Reform – Entökonomisierung, Entbürokratisierung und Qualitätssteigerung – würden nicht erreicht und im ländlichen Raum oft ins Gegenteil verkehrt. Die Krankenhäuser seien weiterhin gezwungen, ihre Fallzahlen zu erhöhen, um wirtschaftlich tragfähig zu bleiben.

Neue Vorhaltebudgets

„Die neuen Vorhaltebudgets werden diesen Druck nicht mindern, da sie auf Fallzahlen vergangener Jahre basieren. Statt einer Vereinfachung wird die Krankenhausfinanzierung weiter verkompliziert, was zu steigendem Verwaltungsaufwand führt. Die angestrebte Qualitätssteigerung durch Leistungsgruppen und Qualitätskriterien wird insbesondere die Kliniken im ländlichen Raum belasten, die bereits jetzt mit Defizitausgleichen im zweistelligen Millionenbereich vor nicht lösbaren finanziellen Herausforderungen stehen“, so die Landräte.

Von der neuen Bundesregierung fordern sie deshalb eine sofortige finanzielle Unterstützung zur Sicherstellung der Betriebskosten für Krankenhäuser sowie einen Transformationsfonds zur Sicherung der Liquidität. Andernfalls drohe ein schleichender Strukturwandel, der die flächendeckende Versorgung, insbesondere in der Notfallmedizin, gefährde. Die Herausforderungen in der Gesundheitsversorgung erforderten ein grundlegendes Umdenken in der Finanz- und Personaleinsatzplanung. Das Augenmerk müsse stärker auf Gesundheitsförderung und Prävention gelegt werden, anstatt auf Kuration. „Zudem sollten wir diskutieren, wie Standards und Qualität gestaltet werden können, denn nicht jede Behandlung muss zwangsläufig von einem Arzt durchgeführt werden.“

Gravierende Reformen nötig

In der Pflegeversicherung und Sozialgesetzgebung sind laut Landkreistag gravierende Reformen notwendig, um Versorgungslücken zu schließen und bürokratische Hürden abzubauen. Ein integriertes System, das die verschiedenen Bereiche der Pflege und Gesundheit miteinander verbindet, sei unerlässlich, um die Qualität der Versorgung zu gewährleisten.

Dringend geboten sei zudem „eine grundlegende Korrektur der gescheiterten Migrationspolitik vergangener Bundesregierungen“. Seit Jahren strömten unkontrolliert zu viele Flüchtlinge nach Deutschland, während zu wenige abgelehnte Asylbewerber das Land wieder verlassen. Damit müsse Schluss sein. Die neue Bundesregierung müsse die Kontrolle über die Migration zurückgewinnen und sich auf eine effektive Steuerung sowie eine tatsächliche Begrenzung der Zuwanderung konzentrieren. „Unser Ziel lautet: Weniger Zustrom, mehr Rückführungen!“

Strenge Abweisungen an den EU-Außengrenzen

Um den illegalen Asylbewerberzustrom tatsächlich dauerhaft zu begrenzen, seien „strenge Abweisungen an den EU-Außengrenzen, die Durchführung von Asylverfahren schon in den Drittstaaten genauso wie eine europaweite Harmonisierung von Sozialleistungen“ erforderlich. Für die Durchführung der Asylverfahren müssten zentrale Einrichtungen geschaffen werden, die vom Bund betrieben werden. Weiterhin bestehende flüchtlingsbedingte Mehrkosten seien den Kommunen vollständig zu erstatten. Die Abschaffung des subsidiären Schutzstatus, die Einschränkung des Familiennachzugs zu Geflüchteten, die Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten und das Ende freiwilliger Aufnahmeprogramme seien weitere Punkte, die zügig umgesetzt werden müssten.

Strikte Trennung von Asyl- und Arbeitsmigration

Darüber hinaus wünscht der Bayerische Landkreistag ein klares Bekenntnis zur strikten Trennung von Asyl- und Arbeitsmigration. „Insbesondere die Möglichkeit, trotz eines abgelehnten Asylantrags dauerhaft zur Arbeitsaufnahme in Deutschland zu bleiben, (‚Spurwechsel‘), lehnen wir ab.“ Das Schaffen tatsächlicher und rechtlicher Rahmenbedingungen sollte einen schnellen und konsequenten Vollzug der Ausreisepflicht gewährleisten. Hierzu gehöre ein funktionierendes Rückkehrsystem, das auf verbindlichen Abkommen mit den Herkunftsstaaten beruht, aus denen viele Menschen irregulär und ohne jegliche Bleibeperspektive nach Deutschland einreisen.

Das Ausländerrecht ist aus Sicht des Verbandes „durch unzählige überstürzte und unausgegorene Gesetzesänderungen in den letzten Jahren zu einer überkomplexen Rechtsmaterie geworden. Komplizierte Vorgaben, lange Bearbeitungszeiten in den Ausländerbehörden und frustrierte Fachkräfte, die im Heimatland auf ein Einreisevisum nach Deutschland warten, sind die Folge. Dabei ist Deutschland auf eine gut gesteuerte legale Migration insbesondere von qualifizierten Arbeits- und Fachkräften angewiesen, da viele deutsche Unternehmen in einem harten internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe aus aller Welt stehen.“ Daher gelte es, das Aufenthaltsrecht von Grund auf zu entrümpeln und materiell zu vereinfachen. Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts sei zurückzunehmen. Die Einbürgerung sei Abschluss und nicht Zwischenschritt eines erfolgreichen Integrationsprozesses.

Ausufernde Bundesgesetze

Mit Blick auf die ausufernden Bundesgesetze in der Kinder- und Jugendhilfe und weitere finanzielle Belastungen heißt es in dem Forderungskatalog: „Wir müssen die Standards, Anforderungen und Aufgaben in der Jugendhilfe auf ein realistisches Maß reduzieren und die Handlungs- und Steuerungsspielräume erweitern. Insbesondere fordern wir eine flexiblere Gestaltung des Ganztagsanspruchs im Grundschulalter. So sollten die Angebote der Kindertagespflege insgesamt und diejenigen der Jugendarbeit zumindest in den Ferienzeiten rechtsanspruchserfüllend sein. Die Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Ausländer muss – wie im Erwachsenenbereich – in staatlicher Verantwortung liegen; allein die kindeswohlorientierte Begleitung hat einen Jugendhilfecharakter. Gerade in diesem Bereich gilt, dass die in den letzten Jahren geschaffene Komplexität und Kostenintensität von Regelungen einem Realitätscheck unterzogen werden müssen.“

Schulbegleitungen sollten aus dem Eingliederungshilferecht herausgelöst und stärker ins Bildungssystem integriert werden. Insgesamt dürften die Landkreise nicht als Ausfallbürgen für unzureichend finanzierte soziale Regelleistungen und Förderprogramme fungieren. Neu geschaffene Rechtsansprüche sollten von Anfang an inhaltlich realistisch und finanziell tragfähig gestaltet werden. „Daher muss der Bund dringend z.B. die Investitionskosten beim Ganztagsanspruch im Grundschulalter mindestens bis Ende der Ausbauphase 2030 fördern und seine Betriebskostenbeteiligung merklich erhöhen.“ **DK**

Kostenexplosion bei den ambulanten Pflegediensten

Pflegebedürftige fühlen sich von der Bundesregierung über den Tisch gezogen

Von der Bundesregierung wird stolz verkündet, dass sich zum Jahresbeginn 2025 die Leistungen für Pflegegeld und Pflegesachleistungen um ca. 4,5 Prozent erhöhen. Nicht thematisiert wird hingegen die Tatsache, dass sich gleichzeitig die Beträge der einzelnen Pflegesachleistungen (im § 36 SGB IX) und der landesweite Ausbildungszuschlag (nach § 33 Abs. 4 Satz 1 Pflegeberufegesetz (PflBG)) massiv erhöhen. „Das ist ein echter Schildbürgerstreich“, erklärt der Landesvorsitzende der Senioren-Union, Staatssekretär a.D. und Altlandrat Franz Meyer.

„Das kann es nicht sein“, unterstreicht Dr. med. Christian Alex, Vorsitzender der SEN-AG Gesundheit und Pflege in der Senioren-Union. „Wenn die Pflege grundsätzlich von den Angehörigen geleistet wird und der ambulante Pflegedienst nur während der Bürozeiten eine gewisse Grundversorgung wie z.B. Windeln wechseln übernimmt, dann muss das von den Pflegeleistungen gedeckt sein. Schon jetzt können gerade in den Ballungszentren viele Rentner ihren Lebensunterhalt nicht mehr finanzieren. Wenn jetzt auch noch monatlich mehrere hundert Euro für den ambulanten Pflegedienst hinzukommen, wird die Altersarmut dramatisch zunehmen. Das muss die zukünftige Bundesregierung korrigieren!“ ❐

Kratzer im Lack

Genossenschaftsbanken leisten europäischer Einlagensicherung Vorschub

Ein Kommentar von Dr. Jürgen Gros

Lange Zeit galten die Volks- und Raiffeisenbanken als der Hort der Stabilität. Viele Krisenzeiten haben sie in den letzten 150 Jahren überstanden, und auch die Finanzkrisen der letzten zwanzig Jahre konnten ihnen wenig anhaben. Sie mussten nie vom Staat gerettet werden, brauchten keine Steuergelder, um zu überleben und gelten als krisenrobust.

Wenn es über die Jahrzehnte doch mal irgendwo bei den Volks- und Raiffeisenbanken brannte, so war zuverlässig die eigene Feuerwehr in Form der genossenschaftlichen Familie und/oder der verbundeigenen Institutssicherung zur Stelle, um den Brand unaufgeregt mit eigenen Mitteln und meist abseits der öffentlichen



Dr. Jürgen Gros. Bild: Barbara Obermaier

Wahrnehmung zu löschen. Damit hatten die Kreditgenossenschaften zugleich immer dann starke Argumente auf ihrer Seite, wenn in regelmäßigen Abständen insbesondere die EU-Kommission mit Vorschlägen zu einer gemeinsamen europäischen Einlagensicherung (EDIS) um die Ecke bog. Sie konnten abwehrend auf ein funktionierendes Präventionssystem verweisen, auf gut dotierte Feuerwehrfonds (Institutssicherung) und darauf, dass in der Tat noch nie ein Kunde auch nur einen Cent durch eine Bankenpleite verloren hat. Nachvollziehbar, dass sie sich mit allen politischen Mitteln dagegen wehr(t)en, in ein europäisches Einlagensicherungssystem integriert zu werden.

Über zehn Jahre konnten sie die politische Abwehrschlacht erfolgreich führen. Zuletzt im Frühjahr 2024, als im ECON, dem Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments, das Thema kurzfristig vor Ablauf der Legislaturperiode nochmals auf die Tagesordnung rutschte. Genossenschaftsbanken und Sparkassen durften es sich als Erfolg zurechnen, dass es letztlich nicht zu einem Mandat für Trilog-Verhandlungen zwischen Europäischem Parlament, Kommission und Rat zur Realisierung von EDIS kam.

Der Druck wächst

Aufgeschoben ist allerdings nicht aufgehoben. In Brüssel allemal nicht. Es darf als sicher gelten, dass das gilt, was seit 2015 immer galt. Die europäische Einlagensicherung wird in der laufenden Legislaturperiode (irgendwann) wieder auf der Agenda der EU stehen. Der darauffolgenden Debatte werden die hiesigen Genossenschaftsbanken dieses Mal womöglich geschwächt gegenüberstehen. Denn nicht nur in Kreisen deutscher Bankenaufseher, sondern auch in Europa nimmt man ihre diversen Brennpunkte wahr. Die Kratzer im Lack sind nicht zu übersehen. Deutschlandweit sind mehrere Kreditgenossenschaften ins Trudeln geraten und benötigen Hilfsleistungen aus der verbundeigenen Institutssicherung. Beobachter schätzen, dass allein die öffentlich bekannten Fälle in Düsseldorf-Neuss, Bad Salzungen-Schmalkalden, Dortmund-Nordwest den genossenschaftlichen Rettungsfonds einen mittelprächtigen dreistelligen Millionenbetrag kosten. Darüber hinaus ist ungewiss, was für die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken aus der Baywa-Misere folgt.

Gehäufte Krisenfälle

Was unterm Strich bleibt, ist das merklich geschwächte Kernargument der Genossen in ihrem Kampf gegen das europäische Einlagensicherungssystem. Bislang konnte man schließlich immer auf ein gut funktionierendes Frühwarnsystem und solide Präventionsarbeit verweisen. Beides dient dem Schutz der Kundengelder und ist quasi die spezifische – bislang erfolgreiche – Form der genossenschaftlichen Einlagensicherung. Beides war über Jahrzehnte, zumindest in der öffentlichen und politischen Wahrnehmung, Legende. Angesichts gehäufter Krisenfälle verblasst freilich der einstige Mythos. Damit höhlt sich – jedenfalls in den Augen derer, die für eine gemeinsame Einlagensicherung aller Banken in den Euro-Staaten werben – zunehmend das Argument aus, nach dem die Kreditgenossenschaften durch eine konservative Geschäfts- und Präventionspolitik gar nicht erst in die Situation kämen, für ihre Kunden im Falle des Krisenfalles eine Einlagenentschädigung zu benötigen.

Schon länger fragt sich selbst in den eigenen Reihen mancher, inwieweit die in der genossenschaftlichen Institutssicherung angesammelten Mittel künftig ausreichen, potenzielle Pannen auch in größeren (und immer größer werdenden) Kreditgenossenschaften ohne fremde Hilfe abzuschirmen. Zweierlei jedenfalls zeichnet sich im und für das genossenschaftliche Lager ab – zu welchem im Übrigen auch die Sparda- und PSD-Banken zählen. Zum einen wird der Unmut der Geschäftsleiter größer, die einen soliden Kurs steuern, zugleich aber in der Solidarhaftung für die Kollegen im Verbund stehen, die einen heißen Reifen fahren, indem sie hohe Geschäftsrisiken eingehen. Zum anderen leisten Letztere jenen Verfechtern einer europäischen Einlagensicherung Vorschub, die dem Sonderstatus der Institutssicherungssystemen der Verbundgruppen schon immer skeptisch gegenüberstanden.

Die Zeiten für die Kreditgenossen werden härter. Auch politisch.

Über unseren Autor

Der an der Ludwig-Maximilians-Universität in München promovierte Politikwissenschaftler Jürgen Gros (*1969) war zwei Jahrzehnte im Management verschiedener bayerischer Verbände tätig, zuletzt als Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Schwerpunktmäßig beschäftigt er sich mit finanzwirtschaftlichen und mittelstandspolitischen Themen. ❐

Bezirkshaushalte im Freistaat:

Ein finanzieller Drahtseilakt

Die bayerischen Bezirke stehen für das Jahr 2025 – wie alle bayerischen Kommunen – vor den größten finanziellen Herausforderungen der letzten Jahrzehnte. „Bei allenfalls noch leicht steigenden Steuereinnahmen wachsen die Ausgaben vor allem im sozialen Bereich ungebremst von Jahr zu Jahr", hob der Präsident des Bayerischen Bezirketags, Franz Löffler, hervor. Er fordert deshalb vom Bund dringend Reformen für die Finanzierung des Sozialstaates. „Der Bund beschließt viele Gesetze zur Entlastung der Bürger, die dann von den Kommunen umgesetzt und bezahlt werden müssen", erklärte Löffler. Die Kostenlast müsse wieder gerechter verteilt werden.

Erneut angehoben werden muss die Bezirksumlage in Oberfranken: auf künftig 21,3 Hebesatzpunkte. „Eine schmerzhafte, aber notwendige Entscheidung", betonte Bezirkstagspräsident Henry Schramm. „Acht Jahre lang hatten wir den niedrigsten Umlagesatz aller Bezirke. Jetzt ist der Punkt erreicht, an dem wir handeln müssen, um weiterhin handlungsfähig zu bleiben."

Steigende Sozialkosten

Trotz erheblicher wirtschaftlicher Herausforderungen, steigender Sozialausgaben und notwendiger Investitionen konnte ein ausgeglichener Haushalt verabschiedet werden. Mit einem Gesamtvolumen von 588,7 Mio. Euro steigt der Haushalt des Bezirks Oberfranken im Vergleich zum Vorjahr um 9,4 Prozent. Fast 94 Prozent des Verwaltungshaushalts fließen in soziale Aufgaben – insbesondere in die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftigen sowie Menschen mit psychischen Erkrankungen.

Trotz der angespannten Haushaltslage setzt der Bezirk seine Investitionsprojekte fort. Besonders im Fokus stehen die Modernisierung und der Ausbau von Gesundheitseinrichtungen, um eine bestmögliche Versorgung für Patienten sowie attraktive Arbeitsbedingungen für das Personal sicherzustellen. So sind in den kommenden Jahren (2025-28) 11,4 Mio. Euro Investitionen in Baumaßnahmen im Klinikbereich vorgesehen. 4,6 Mio. Euro wendet der Bezirk als Träger für den Neubau der Klinikschule an der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Bayreuth auf, 4,3 Mio. Euro sind als Investitionskostenzuschüsse für soziale Einrichtungen in Oberfranken eingeplant. Zudem werden mit mehr als 5,6 Mio. Euro kulturelle und gesellschaftliche Projekte unterstützt.

Einen Rekordhaushalt mit einem Gesamtvolumen von 1,1 Mrd. Euro beschloss der Bezirkstag von Unterfranken. Der Kameralhaushalt wird für 2025 mehr als 646 Mio. Euro betragen, für die Krankenhäuser und Heime ist ein Volumen von fast 420 Mio. Euro veranschlagt. Von den Bezirksausgaben fallen 553 Mio. Euro auf Sozialleistungen. Das macht rund 90 Prozent der Ausgaben aus. Trotz der höheren Ausgaben beträgt die Bezirksumlage 20 Prozent – der niedrigste Wert aller Bezirke im Freistaat.

Rücklagen auf gesetzlichem Minimum

Bezirkstagspräsident Stefan Funk machte deutlich, dass der Haushalt vor allem auch mit Blick auf die Umlagezahler kalkuliert wurde. „Wir haben in diesem



Franz Löffler. Bild: Bezirk Oberpfalz

Jahr die Rücklagen auf das gesetzliche Minimum abgeschmolzen, um die Umlagezahler direkt zu entlasten", erläuterte Funk. Das sei auch deswegen gelungen, weil der Freistaat Bayern nach einem Brandbrief aller sieben Bezirkstagspräsidenten die sogenannten Finanzausgleichsmittel für Unterfranken um zwölf Mio. Euro auf insgesamt 126 Mio. Euro erhöht hatte.

Neuer Rekordwert

Mit einem Gesamtvolumen von über 1,24 Mrd. Euro (plus 135,9 Mio. Euro) hat auch der Haushalt des Bezirkstags von Mittelfranken einen neuen Rekordwert erreicht. Der Verwaltungshaushalt beläuft sich auf über 1,21 Mrd. Euro. Mit einem Volumen von über einer Milliarde Euro beträgt der Anteil des Sozialetats, aus dem rund 35.000 Menschen unterstützt werden, am Verwaltungshaushalt rund 88,6 Prozent. Größter Ausgabeposten sind hier die stark angestiegenen Kosten der Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung in Höhe von 670,4 Mio. Euro, gefolgt von den ebenfalls massiv gestiegenen Ausgaben für die Hilfe zur Pflege in Höhe von 179,7 Mio. Euro.

Erhöhungen trotz aller Sparanstrengungen

Laut Bezirkstagspräsident Peter Daniel Forster geht es nun darum, die „gewonnenen Errungenschaften des Sozialstaats zu stabilisieren". Aufgrund des starken Ausgabenzuwachses im sozialen Bereich kamen die Mitglieder des Bezirkstags trotz aller Sparanstrengungen nicht an einer Erhöhung des Prozentsatzes der Bezirksumlage um 2,47 Hebesatzpunkte auf 25,9 Prozent vorbei. Die Einnahmen daraus belaufen sich damit auf 796,2 Mio. Euro. Der Vermögenshaushalt ist mit 34,2 Mio. Euro veranschlagt. Hier sind neue Kreditaufnahmen in Höhe von 25,3 Mio. Euro geplant. Zudem hat der Bezirkstag den Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben um 50 Mio. Euro auf nun 200 Mio. Euro angehoben.

Finanzieller Kraftakt auch beim Bezirk Oberpfalz: Der Gesamtetat einschließlich des Anteils der medizinischen Einrichtungen des Bezirks (medbo) erreicht die Rekordmarke von rund 930 Mio. Euro. Das Gesamtvolumen des Bezirks beträgt 649 Mio. Euro – im vergangenen Jahr waren es noch 569 Mio. Euro. Aufgrund nur noch leicht steigender Steuerein-

(Fortsetzung auf Seite 6)



Ein finanzieller …

(Fortsetzung von Seite 5)
nahmen und ungebremst wachsender Ausgaben im Sozialbereich erhöht sich der ungedeckte Bedarf um 76 auf 432 Mio. Euro. „Um alle Aufgaben erfüllen zu können, ist es unumgänglich, die Bezirksumlage um 3,9 Prozentpunkte auf 23,2 Prozent anzuheben. Diese herausfordernde Situation kann die kommunale Familie nur gemeinsam lösen“, stellte Bezirkstagspräsident Franz Löffler fest.

Der Verwaltungshaushalt umfasst 644,5 Mio. Euro, davon entfallen 609,6 Mio. Euro auf den Sozialetat (Vorjahr: 526,8 Mio. Euro). „Das sind 95 Prozent der Gesamtausgaben“, so Löffler. Für die Eingliederungshilfe sind 391,7 Mio. eingeplant, für die Hilfe zur Pflege 112,2 Mio. Euro. Um der Kostenentwicklung entgegenzuwirken, müssten die Leistungen in der Sozialhilfe auf den Prüfstand. Ein wichtiges Beispiel sei der Sockel-Spitze-Tausch, wonach bedürftige Heimbewohner künftig den Sockel bezahlen sollen, alles darüber sollte die Pflegeversicherung übernehmen. Weiter nannte der Präsident Pooling bei der Schulbegleitung, Bürokratieabbau und Steuerungsmöglichkeiten in der Eingliederungshilfe.

Investitionen trotz finanzieller Schieflage

Zu den größten Investitionen des Bezirks zählen 2025 die Planung für ein Großobjektedepot im Freilandmuseum in Neusath-Perschen sowie die Sanierung des Orientalischen Badetempels im Sybillenbad in Neualbenreuth. Im Haushalt sind keine neuen Stellen vorgesehen. Im Bereich Kultur, Denkmal und Fischerei bleiben die Ausgaben stabil.

In Niederbayern steigt der Bezirksumlagesatz heuer um 1,4 Prozentpunkte auf 21,4 Prozent. Ursprünglich war eine Umlageerhöhung um 1,7 Prozentpunkte vorgesehen.

Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich bezeichnete den Haushalt als „vernünftiges Paket“ in schwierigen Zeiten. „Wir müssen die Bezirksumlage weniger stark erhöhen als ursprünglich erwartet. Das ist ein wichtiges Zeichen an die kommunale Familie, aber kein Grund für Jubel. Mit Blick auf unsere finanzielle Lage, auf die finanzielle Lage aller Bezirke und Kommunen, stehen wir vor herausfordernden Zeiten, die sich ohne wegweisende Reformen zu echten Krisenjahren entwickeln können.“ Der Gesamthaushalt für den Bezirk Niederbayern hat ein Volumen von 969,4 Mio. Euro. Das Volumen des Verwaltungshaushalts beträgt 648,8 Mio. Euro und steigt damit im Vergleich zum Vorjahr um rund 69,4 Mio. Euro. Hauptverantwortlich für diese Entwicklung ist der starke Kostenzuwachs im Bereich der Sozialhilfeausgaben. Sie betragen heuer 586 Mio. Euro, was einen höheren Zuschussbedarf von 33,2 Mio. Euro nach sich zieht. Gleichzeitig sinkt die steuerliche Umlagekraft um 1,8 Prozent. Dies führt zu fehlenden Einnahmen für den Bezirk Niederbayern von rund 6,9 Mio. Euro. Alle anderen bayerischen Bezirke verzeichnen wenigstens leicht positives Wachstum. Der Vermögenshaushalt sieht Ausgaben von insgesamt knapp 35 Mio. Euro vor, rund 17 Mio. Euro mehr als noch 2024. Davon entfallen etwa rund 4,1 Mio. Euro auf notwendige Baumaßnahmen und 5,8 Mio. Euro auf Investitionszuschüsse. Rund zwei Mio. Euro müssen für den Erwerb von beweglichen Sachen und immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens aufgebracht werden.

Der oberbayerische Bezirkstag vermeldet einen Rekordhaushalt für 2025 von 2,9 Mrd. Euro (plus 4,2 Prozent zu 2024). Rund 92,5 Prozent fließen in die Sozialen Leistungen des Bezirks, bei denen sich jährlich die Kosten spürbar erhöhen. Die Bezirksumlage wächst nach drei gleichbleibenden Jahren mit 22 Prozentpunkten um 1,55 auf nunmehr 23,55 Prozentpunkte. Zudem ist 2025 die Aufnahme von Krediten in Höhe von 26,2 Mio. Euro geplant.

Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger zufolge „ist die Erhöhung der Bezirksumlage notwendig, da die Umlagekraft gegenüber dem Vorjahr nur um 1,4 Prozent gestiegen ist. Wenn man sich nun überlegt, wie sich demgegenüber die Ausgaben entwickeln, sieht man, dass das nicht ausreicht.“

Dem Hebesatz von 23,55 Prozentpunkten liegt ein ungedeckter Bedarf von 2,35 Mrd. Euro zugrunde (plus 185,4 Mio.). 394,4 Mio. Euro fließen dem Verwaltungshaushalt durch Einnahmen sowie durch die Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 50,4 Mio. Euro zu. Daraus ergibt sich ein Volumen von 2,80 Mrd. Euro im Verwaltungshaushalt. Für 2025 rechnet die Kämmerei im Sozialhaushalt wegen der hohen allgemeinen Preissteigerungen mit Ausgaben in Höhe von rund 2,7 Mrd. Euro – ein Plus von 6,8 Prozent. Auf die ambulante und stationäre Hilfe zur Pflege entfallen 419 Mio. Euro – mit 44 Mio. Euro ebenfalls ein deutlicher Anstieg gegenüber 2024.

Für Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen gibt der Bezirk heuer rund 1,65 Mrd. Euro aus (plus 110 Mio. Euro). In Hilfen für Kinder mit Behinderungen im Vorschul- und Schulalter fließen etwa 454 Mio. Euro (plus 45,1 Mio.). Die Leistungen für Erwachsene betragen 1,16 Mrd. Euro, ein Zuwachs von 61,5 Mio. Euro gegenüber 2024.

Rekordhaushalt auch in Schwaben

Auch der Bezirkstag von Schwaben verabschiedete einen Rekordhaushalt. Der Großteil des Gesamtvolumens in Höhe von 1,1 Mrd. Euro entfällt auf den Verwaltungshaushalt, der 2025 rund 1,08 Mrd. Euro umfasst. Nachdem der Bezirk in den vergangenen beiden Jahren den Hebesatz seiner Umlage um insgesamt 1,7 Prozentpunkte gesenkt hatte, stimmten die Bezirksräte für eine Erhöhung um 3,8 Prozentpunkte auf nunmehr 25 Prozent. Zudem sollen 2025 Kredite in Höhe von rund 11 Mio. Euro aufgenommen werden.

Der Sozialbereich macht rund 94 Prozent des Verwaltungshaushalts aus und beträgt heuer rund 1,02 Mrd. Euro – im Vergleich zum Vorjahr (924 Mio. Euro) bedeutet das ein Plus von rund 10 Prozent. „Unser Haushalt ist auf Kante genäht“, stellte Bezirkstagspräsident Martin Sailer fest. Dass der Bezirk Schwaben heuer Kredite aufnehme, um seinen Umlagezahlern Raum und Luft zu verschaffen, sei gerechtfertigt. Schließlich sei es „eher wahrscheinlich als unwahrscheinlich“, dass der Hebesatz der Bezirksumlage 2026 weiter steigen werde. Im Bereich der freiwilligen Leistungen wie der Kulturpflege oder der europäischen Partnerschaftsarbeit habe der Bezirk gespart, wo es möglich sei. Es sei jedoch nicht gekürzt geworden. „Mit unseren kulturellen Aufgaben erfüllen wir einen wichtigen Beitrag für unsere Demokratie“, unterstrich Sailer.

Dem Bayerischen Landesamt für Statistik zufolge wird die Umlagekraft 2025 in Bayerisch-Schwaben um 0,8 Prozent wachsen. Sie liegt damit unter dem bayerischen Durchschnitt von 1,4 Prozent. **DK**

Staatsminister Füracker:

Sicherheit und Entbürokratisierung durch Digitalisierung

„In Bayern nehmen wir IT-Sicherheit und digitale Zukunft sehr ernst – wir arbeiten intensiv daran, diese stets sicher zu gestalten“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker beim Start des neuen Forschungsprojekts „HeCKI“ in Amberg, das in enger Kooperation mit dem Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden erfolgt. „Das Projekt hilft, KI-Bedrohungen zu erkennen und innovative Lösungen zu entwickeln, die unsere Gesellschaft schützen“, so Füracker.

Laut Bernd Geisler, Präsident des Landesamts für Sicherheit in der Informationstechnik, „setzen wir mit dem Start des Forschungsprojekts einen wichtigen Schritt, um die Sicherheitsstandards im Freistaat langfristig optimieren und verbessern zu können. Durch die Analyse von Möglichkeiten, die KI potenziellen Angreifern bietet, wollen wir wertvolle Erkenntnisse gewinnen, um Angriffsmuster besser bewerten und gezielte Maßnahmen sowie Handlungsempfehlungen ableiten zu können. Unser Ziel ist es, nicht nur defensiv zu agieren, sondern proaktiv die IT-Sicherheit der IT-Systeme Bayerns zu stärken.“

Prof. Dr. Clemens Bulitta, Präsident der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden, ergänzte: „Digitale Souveränität und IT-Sicherheit sind die wesentlichen Grundlagen für die erfolgreiche Digitale Transformation unserer Gesellschaft. Wir freuen uns daher sehr, unsere bewährte Partnerschaft mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat weiter zu vertiefen und im gemeinsamen Forschungsprojekt ‚HeCKI‘ unsere Expertise einzubringen.“

LSI als Partner der Kommunen

Nach Angaben Fürackers habe Bayern die Gefahr, die von Cyberkriminellen ausgeht, früh erkannt und mit dem LSI als erstes Bundesland eine eigenständige Fachbehörde für IT-Sicherheit gegründet. Zentrale Aufgabe des LSI sei der Schutz der bayerischen staatlichen IT-Systeme sowie des Bayerischen Behördennetzes und des Bayernservers. Daneben stehe das LSI als spezialisierter und individueller Berater Kommunen und öffentlichen Betreibern kritischer Infrastrukturen, wie z.B. Kliniken, Trinkwasserversorgern und Stadtwerken, bei allen Themen in Fragen der IT-Sicherheit zur Seite. Durch die Erkenntnisse des Projekts könnten die Maßnahmen und Unterstützungen weiter gestärkt werden. Die OTH Amberg-Weiden sei seit vielen Jahren in der KI-Forschung aktiv und biete ein umfangreiches Studienangebot sowie zahlreiche Forschungsinitiativen, die im Innovations- und Kompetenzzentrum Künstliche Intelligenz (IKKI) gebündelt sind. Als Mitglied der Kooperationsplattform KI Campus Ostbayern würden der regionale Austausch und die Zusammenarbeit gefördert. Um dieses Wissen zielgerichtet zu vermitteln, könne die OTH Amberg-Weiden auf die Expertise des E-Learning Medienlabors zurückgreifen. Dieses wurde 2017 im Rahmen des Lernlabors Cybersicherheit gegründet und habe seitdem bereits zahlreiche Experten aus ganz Deutschland dabei unterstützt, ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse in interaktive Lernformate zu überführen.

Zukunftskommission #Digitales Bayern 5.0

„Auf Erfolgskurs“ sieht Füracker die Zukunftskommission #Digitales Bayern 5.0: „Wir haben über 60 Maßnahmen identifiziert, um Bayerns Kommunen fit für die digitale Zukunft zu machen. Ab jetzt bauen wir Bayerns Kommunen gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden flächendeckend zu volldigitalen Ämtern aus. Ob Baugenehmigung, Kfz-Zulassung oder Wohnsitzanmeldung: Vom Erstantrag bis zum finalen Bescheid wird die Kommunikation online, schnell und bürokratiearm erfolgen“, machte der Minister deutlich.

Für dieses Ziel müssten die Kommunen durch die zentralen Leistungen eines einheitlichen kommunalen IT-Dienstleisters unterstützt werden. „Diesen bringen wir bis Ende 2025 auf den Weg. Wir bündeln so Aufgaben, wo es zweckmäßig ist, und machen den IT-Betrieb für Kommunen wirtschaftlicher, effizienter und zugleich datensicherer. Alle an den IT-Dienstleister sukzessive angeschlossenen Kommunen werden unkompliziert auf dessen Anwendungen zugreifen können“, kündigte der Minister zur ab dem Frühjahr startenden neuen Umsetzungsphase an, mit der die Arbeit der Zukunftskommission #Digitales Bayern 5.0 bis Ende 2025 fortgesetzt wird.

„Damit die Ende-zu-Ende-Digitalisierung der Kommunen gelingt, müssen wir den Zugang für unsere Bürgerinnen und Bürger so effizient wie nur möglich gestalten. Sich online sicher auszuweisen, muss so einfach und selbstverständlich werden, wie es das Bezahlen im Internet bereits heute ist“, fuhr Füracker fort und ergänzte: „Mit den weitreichenden Identifikationsmöglichkeiten über unsere Steuersoftware ELSTER – made in Bavaria – trägt der Freistaat bereits eine wichtige Lösung bei. Neben ELSTER zünden wir jetzt auch den Bayern-Turbo für die eID-Funktion des Personalausweises. Der Bund hat hier mit der Abschaffung des kostenfreien PIN-Rücksetzung auf dem Postweg entscheidend gebremst, obwohl eine große Zahl an Online-Interessierten ihre hierzu nötige PIN oft nicht kennt. Wir wollen die eID-Funktion jetzt bekannter machen und Hürden für die Rücksetzung der nötigen PIN für eine bürgerfreundliche und modernere Verwaltung in Bayern abbauen.“

Noch interessanter werde die neue Möglichkeit zur Identifikation per Smartphone durch das europaweit standardisierte und vom Bund in Deutschland eingeführte „EUDI-Wallet“. **DK**

Kommunales GIS-Forum 2024:

Geoinformation in Zeiten des Wandels

Von der Klima- und Energiewende bis zum Krisenmanagement: Groß war das thematische Spektrum des Kommunalen GIS-Forums 2024 in Neu-Ulm, an dem rund 120 Gäste aus Verwaltung, Wissenschaft und Unternehmen teilnahmen. Die Geo-IT ist für Verwaltungen unverzichtbar, wollen sie eine bessere Qualität in ihren Digitalisierungsbestrebungen erzielen.

„Wichtig ist die Kommunikation, was GIS leisten kann“, stellte Neu-Ulms Oberbürgermeisterin Katrin Albsteiger fest. Für sie stehen dahinter neue Impulse und inspirierende Ansätze für Städte und Kommunen in Zeiten des Wandels. Einen solchen Impuls setzt Neu-Ulm mit einem Leuchtturmprojekt zur Umsetzung barrierefreier Webkarten in der Stadt. Das Projekt wird in enger Kooperation mit dem Runden Tisch GIS durchgeführt und sorgte bereits beim Kommunalen GIS-Forum 2023 in Ulm für Aufsehen.

Mittlerweile ist eine Webanwendung „Neu-Ulm Barrierefrei“ entstanden, die Florian Rüggenmann von der Stadt Neu-Ulm vorstellte. Ein wichtiger Meilenstein im Rahmen des Projekts ist nach seinen Ausführungen die Sprachausgabe für die Umgebungskarte mit wichtigen Informationen für blinde und sehbehinderte Menschen. Die zur Verfügung gestellten Sprachinhalte fingen bei Öffnungszeiten an und hörten bei der Entfernung zu einem Objekt oder der Möglichkeit, Feedback zu geben, noch nicht auf.

Wolfgang Bauer, Vorstandsmitglied des Runden Tisch GIS und Leiter der Abteilung Digitalisierung, Breitband und Vermessung beim Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, zeichnete unter anderem den Weg zum digitalen Zwilling Bayerns nach. Für ihn ist der digitale Zwilling die Summe aller Angebote und Initiativen. Anwendern würden Möglichkeiten einer einfachen Datenverwendung oder des Datendownloads, sowie zur Einbindung von Echtzeit- und Sensordaten geboten. Als praktisches Anwenderbeispiel nannte Bauer den BayernAtlas – verstanden als „ganz Bayern in Karte und Luftbild“. Aktuell ist die Umsetzung eines neuen Release in Arbeit. Damit verbunden sind eine neue Technologie und ein neues Design. Bauer verwies unter anderem auf die stabilen Nutzerzahlen des BayernAtlas – ein Beleg dafür, wie wichtig die konkrete Anwendbarkeit von Geoinformationen in digitalen Zwillingen ist.

TwinBy-Projekt im Landkreis Kulmbach

Wie die Landkreisebene mit dem Thema umgeht, verdeutlicht das „TwinBy-Projekt“ zum Aufbau eines digitalen Zwillings im Landkreis Kulmbach, vorgestellt von Landratsamt-Mitarbeiter Michael Beck. Gerade in Kulmbach setzten die Verantwortlichen auf die enge Verzahnung des Energiethemas mit dem digitalen Zwilling. Beck zufolge besteht das Ziel darin, nicht nur eine ganzheitliche Sicht auf die erneuerbaren Energien zu gewinnen; vielmehr stehe eine kosteneffiziente und digitale Zukunftslösung für Verwaltung, Politik, Industrie und Bürger im Vordergrund.

Mit der Wärmeplanung und digitalisierten Energienutzungsplänen für bayerische Kommunen – ebenfalls mit Unterstützung digitaler Zwillinge – befasste sich Dr. Dana Walker vom Institut für Energietechnik IfE GmbH in Amberg. Auf die Frage, was im digitalen Zwilling dargestellt wird, verwies Walker auf die Bandbreite an Daten. Hierzu zählten neben dem Wärmekataster und Energieanlagen die Infrastruktur, sprich Gas-, Wasser-, Abwasser-, Wärmenetze und Stromnetze, sowie mögliche Potenziale. Für Anwender sei das Zusammenspiel der bereitgestellten Informationen wichtig, um etwa die Frage zu klären: Wo kann welche Wärmemenge abgenommen werden? Für Walker steht ein weiterer Mehrwert durch die Verwendung des digitalen Zwillings im Zentrum, nämlich der zur Beantwortung der zentralen Frage: „Woher kommt die Energie für ein Quartier?“

Dr. Ulrich Huber, Landratsamt Cham, informierte wiederum über Bestrebungen zur „Energiewende im Landkreis Cham mit Virtual Reality“. Huber thematisierte neben der planerischen Dimension des sogenannten Wind-an-Land-Gesetzes für Bayern auch die damit einhergehenden Eingriffe in die Natur. Erforderlich sei eine Folgeabschätzung, die im Landkreis Cham zum einen mittels virtueller Realitäten (VR) mit amtlichen Geodaten und GIS-Lösungen erfolge. Hierbei würden beispielsweise Turbinen-Modelle in die virtuelle Umgebung eingebunden, um das Landschaftsbild und die Fernwirkung im Vorfeld besser abschätzen zu können. Die Visualisierungsmöglichkeiten fänden mittels diverser Endgeräte wie Computer, Smartphones oder VR-Brillen statt.

Virtual Reality im Landkreis Cham

Zum anderen setzt der Landkreis laut Huber auf Augmented Reality (AR), um durch erweiterte Realitäten einen möglichst realitätsnahen Eindruck von künftigen Planungen zu vermitteln. Der Experte verwies in diesem Zusammenhang auf das interdisziplinäre Forschungsprojekt „ENVIKO“, die „Partizipative Energiewende-Visualisierung und Kommunikation“. Auf den entsprechenden Projektseiten heißt es: „ENVIKO entwickelt und implementiert experimentelle Visualisierungs- und Kommunikationsanwendungen für interaktiven Austausch zwischen Bürgern, um Beteiligungshürden und Umsetzungshemmnisse in der Energiewende zu überwinden.“ Mit Blick auf die digitalen Lösungen bilanzierte Huber: „Man wird die gesellschaftlich geforderten Energiequellen in unseren Landschaftsbildern sehen. Hierzu sind realitätsnahe Visualisierungen mithilfe von 3D-Geoinformationssystemen im Vorfeld konkreter Planungen unerlässlich.“

Weitere Vorträge wie „KI-Lösungen für den einfachen Zugang zu geobasierten Energiedaten in München“ von Konstantin Brenner, Landeshauptstadt München, und Khaoula Kanna, Lehrstuhl für Geoinformatik, TU München, rundeten den Themenstrang ab. Im Zentrum der Ausführungen stand das EU-Projekt ASCEND (Accelerate Positive Clean Energy Districts). Das Projektziel für München lautet: Das Quartier Harthof im Norden der Metropole soll in den kommenden fünf Jahren zu einem energiepositiven Stadtteil umgebaut werden. Will heißen: Stadtviertel und Quartiere sollen künftig mehr Energie erzeugen, als sie verbrauchen.

Zum Thema „Geogefahren in Bayern – Ereigniskataster, Gefahrenhinweiskarte und Starkregenereignisse“ referierte Thomas Gallemann vom Bayerischen Landesamt für Umwelt. Auch in seinem Umfeld wird der BayernAtlas angewendet, um beispielsweise Hochwasserschutzanlagen und Hochwasserereignisse abzubilden, oder auch Natur- und Landschaftsschutzgebiete darzustellen. Demnächst wird die Geogefahrenhinweiskarte für ganz Bayern zur Verfügung stehen, in der auch kleinräumige Vorkommnisse wie Dolinen oder Sackungen enthalten sind. Seine Warnhinweise zum Krisenmanagement verknüpfte Gallemann mit einem Aufruf, Ereignisse zu melden. Denn die Daten seien immer nur so gut und aktuell, wie die Informationen, die das Bundesamt erhält. **DK**

Landkreis Regensburg:

Startschuss für innovatives Denkmal-Projekt

Anfang Januar ging die MONUMENTA-Web-App online. In Anwesenheit von Staatsminister Albert Füracker wurden im Schloss Alteglofsheim die ersten Inhalte freigeschaltet. Das bundesweit einzigartige Pilotprojekt nutzt digitale Technik, um zeitgemäß über das wertvolle Baukulturerbe in Landkreis und Stadt Regensburg zu informieren.

Ziemlich genau ein Jahr nach dem Projektstart können Nutzerinnen und Nutzer nun zunächst die Denkmäler des südlichen Landkreises Regensburg erkunden. Das Schloss Alteglofsheim, das preisgekrönte Bauernhaus in Weillohe, das Roflach-Marterl in Buchhausen – diese und alle anderen Denkmäler sowie weitere erhaltenswerte Gebäude wurden dafür systematisch erfasst.

Novum in der Region

Das Besondere an der MONUMENTA-Web-App ist, dass sie einen vielschichtigen Zugriff auf fachlich fundiertes Wissen ermöglicht. Sie gewährt nicht nur einen raschen Überblick über die wichtigsten Informationen zur jeweiligen Bau- und Kunstgeschichte, sondern bietet auch Platz für weiteres Material, um in die Tiefe zu gehen – und zwar multimedial: Neben ausführlicheren Texten und umfangreichen Fotogalerien werden sukzessiv auch verschiedene Medien wie Pläne, Rekonstruktionen, Audios, Videos und 3D- bzw. 360°-Ansichten integriert werden. Anders als etwa bei gedruckten Publikationen kann das präsentierte Wissen dabei stets aktualisiert und vermehrt werden. Ein solch umfassendes digitales Angebot zum Thema Baukulturerbe für eine ganze Region existierte bisher noch nicht.

Verknüpfung von Historie und moderner Technik

Ein erster Meilenstein für das ambitionierte Projekt wurde mit der Freischaltung der Gemeinden Alteglofsheim, Aufhausen, Barbing, Hagelstadt, Köfering, Mintraching, Mötzing, Neutraubling, Obertraubling, Pentling, Pfakofen, Pfatter, Riekofen, Schierling, Sünching und Thalmassing gesetzt. „All dieses Wissen zugänglich zu machen, fördert gleichzeitig die Wertschätzung unseres baukulturellen Erbes und die Identifikation mit unserer Heimat“, betonte Landrätin Tanja Schweiger bei ihrer Begrüßung. „Das Pilot-Projekt verknüpft Historie und moderne Technik. Ich bin sehr stolz darauf, dass der Landkreis Regensburg hier eine Vorreiterrolle einnimmt.“ Umgesetzt wird das Projekt vom Landkreis Regensburg unter Federführung von Kulturreferent Dr. Thomas Feuerer, der auch die Idee dazu hatte. Maßgeblich gefördert wird es durch das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat. Staatsminister Albert Füracker war es auch, der symbolisch den Knopf betätigte, um MONUMENTA erstmals freizuschalten.

„Heute ist ein besonderer Tag für die Kultur und das baukulturelle Erbe unserer Region: Die MONUMENTA-Web-App wird freigeschaltet! Das vom Finanz- und Heimatministerium mit 300.000 Euro geförderte Pilotprojekt ermöglicht, das wertvolle Erbe im Landkreis Regensburg auf eine völlig neue Art und Weise zu erleben! Mit der App können als Erstes rund 259 denkmalgeschützte Objekte im südlichen Landkreis digital erkundet werden – sei es Alteglofsheim, Aufhausen, Barbing oder Thalmassing. Informative Texte, beeindruckende Bilder und Videos sowie detailreiche 3D-Modelle machen unser historisches Erbe nicht nur sichtbar, sondern auch greifbar. MONUMENTA ist weit mehr als nur eine digitale Plattform – es ist eine Einladung, die Geschichten und die Kultur unserer Region neu zu entdecken. Mein herzlicher Dank gilt allen, die an der Realisierung dieses bundesweit einzigartigen und innovativen Projekts mitwirken“, freut sich Staatsminister Albert Füracker.



Initiierten feierlich den Start der Web-App MONUMENTA (v.l.): Staatsminister Albert Füracker, Landrätin Tanja Schweiger, Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer, MdL Patrick Grossmann und Regierungspräsident Walter Jonas. Bild: H.C. Wagner

Bereichernde Web-App

Mit im Boot ist auch die Stadt Regensburg, so dass MONUMENTA den ganzen Großraum abdeckt. „Regensburg als Weltkulturerbestadt hat eine reiche Geschichte, die in Denkmälern und anderen historischen Gebäuden heute noch sichtbar ist. Dass die Hintergründe dazu in einer Web-App verfügbar gemacht werden, halte ich für eine große Bereicherung für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Besucherinnen und Besucher unserer schönen Gegend“, sagte Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer.

Ein Jahr lang haben Manfred Wilhelm und Gerhard Wilhelm Schmidt-Schönenberg vom Büro Wilhelm sowie Martin Rinner vom Landratsamt Regensburg an der technischen Umsetzung gearbeitet. Parallel recherchierte und schrieb Prof. Dr. Peter Morsbach Texte zu Baudenkmälern. Dr. Patrizia Camatta lieferte Inhalte zu Bodendenkmälern, während Fotograf Gerald Richter Bilder beisteuerte. Alle Fäden liefen zusammen bei Projektkoordinatorin Nadine Merk. Was sie und Dr. Thomas Feuerer in einem kurzen Vortrag zum Projekt und zur Web-Anwendung erklärten, konnten die anwesenden Gäste, darunter auch viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der südlichen Landkreisgemeinden, nach der Freischaltung gleich selbst auf ihren Smartphones ausprobieren.

Auch Regierungspräsident Walter Jonas, Kulturreferent Wolfgang Dersch, Bezirksheimatpfleger Dr. Tobias Appl, Johann Hilger vom Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung sowie Dr. Rudolf Neumaier vom Bayerischen Landesverein für Heimatpflege ließen es sich nicht nehmen, bei der Auftaktveranstaltung dabei zu sein. Zu den weiteren Projektpartnern und Unterstützern gehören die OTH und die Universität Regensburg sowie das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege.

Das MONUMENTA-Projekt wird im Rahmen der Heimat-Digital-Regional-Förderrichtlinie gefördert und ist auf drei Jahre ausgelegt. Anschaulich, fundiert und frei zugänglich leistet die digitale Denkmalplattform einen zeitgemäßen Beitrag zur Wissensvermittlung und zum Schutz des baukulturellen Erbes – im Sinne von Verhaltensforscher Konrad Lorenz, der sagte: „Man liebt nur, was man kennt und man schützt nur, was man liebt.“ Nach den Gemeinden des südlichen Landkreises werden bis Anfang 2026 die restlichen Landkreis-Gemeinden bearbeitet, aber auch weitere Inhalte stetig ergänzt. Den Abschluss wird Ende 2026 die Freischaltung der Stadt Regensburg bilden. ❒

VITAKO zur Förderung der Digitalisierung in Deutschland:

Kernpunkte für erfolgreiche Umsetzung

Die Digitalisierung verlangt ein gemeinsames Handeln von Kommunen, Ländern, Bund und EU. Nur durch klare Prioritäten, ausreichende Investitionen und die Beseitigung von Barrieren kann Deutschland eine führende Rolle in der digitalen Transformation übernehmen. VITAKO, die Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister, hat nun wesentliche Kernpunkte für eine erfolgreiche flächenwirksame Umsetzung der Digitalisierung in Deutschland benannt.

Da Kommunen bei 80 Prozent der Verwaltungsleistungen die ersten Anlaufstellen für Bürger und Unternehmen sind, müssen laut VITAKO neben Städten und Gemeinden auch kommunale Spitzenverbände und kommunale IT-Dienstleister als zentrale Akteure frühzeitig in alle strategischen Entscheidungsprozesse zum Bürokratieabbau und zur Digitalisierung eingebunden werden. Um eine verlässliche, langfristige und angemessene finanzielle Grundlage für die Digitalisierung der kommunalen Verwaltung sicherzustellen, sollte ein höherer Steueranteil für Kommunen angestrebt werden, der gezielt für die Entwicklung und den Betrieb moderner IT-Infrastrukturen sowie für digitale Verwaltungsdienste eingesetzt werden kann. Hierbei sei vor allem die interkommunale Zusammenarbeit finanziell stärker zu berücksichtigen.

Bund und Länder sollten zudem gezielte Förderprogramme und Investitionen bereitstellen, um moderne IT-Infrastrukturen und Dienstleistungen flächendeckend auszubauen und zu sichern. Dabei sei der Schwerpunkt nicht auf isolierte Leuchtturmprojekte, sondern auf eine umfassende Digitalisierungsinitiative zu legen, die alle Regionen gleichermaßen erreicht. Die vom IT-Planungsrat eingeforderte engere Zusammenarbeit der öffentlichen IT-Dienstleister in Deutschland müsse auch weiterhin auf unternehmerischer Basis ermöglicht werden; rechtliche Hemmnisse im Vergabe-, Kartell- und Umsatzsteuerrecht seien zu beseitigen. Die Zusammenarbeit über alle Ebenen hinweg müsse verstärkt werden durch die Förderung offener, standardisierter Plattformen für interföderale Digitalisierungsvorhaben, etwa im Bereich der KI.

Einheitliche Standards und klar voneinander abgegrenzte und transparente Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen sind nach Auffassung der Kommunalen IT-Dienstleister essenziell, um die Digitalisierungsprojekte der öffentlichen Verwaltung auf allen föderalen Ebenen effizient und nachhaltig umzusetzen. Eine koordinierte Governance fördere interkommunale Zusammenarbeit und beschleunige die Digitalisierung. „Hierzu ist es notwendig, die Digitalisierung zur Chefsache der neuen Bundesregierung zu machen und die Richtlinienkompetenzen klar im Kanzleramt oder einem Digitalministerium mit umfassenden Rechten zu verorten“, heißt es.

Verwaltungen entlasten

Darüber hinaus seien Verwaltungsabläufe vollständig digitalisiert und medienbruchfrei durch Ende-zu-Ende-Prozesse plattformbasiert abzubilden. Auch bedürfe es verbindlicher Standards und Schnittstellen für eine bestmögliche Interoperabilität von Daten und Anwendungen. Alle Beteiligten, darunter kommunale IT-Dienstleister und Fachverfahrenshersteller, müssten umfassend und frühzeitig in Konzeption und Durchführung eingebunden werden. Dies entlaste die Verwaltungen und ermögliche Bürgern sowie Unternehmen schnellere und einfachere Antragsprozesse.

Eine umfassende, spätestens innerhalb eines Jahres nach der Regierungsbildung erstellte Master-Strategie muss aus Sicht der Arbeitsgemeinschaft alle relevanten Akteure aus Verwaltung, Wirtschaft, Bildung und Forschung einbeziehen, um unabhängige Technologien und datenschutzkonforme Infrastrukturen zu entwickeln. Europäische Initiativen sollten nicht nur unterstützt, sondern aktiv vorangetrieben werden, um die globale digitale Präsenz und die langfristige Wettbewerbsfähigkeit Europas auch durch wirtschaftliche Unabhängigkeit weiter zu stärken.

Kommunen müssten überdies verstärkt mit staatlichen Akteuren wie dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), der Bundeswehr und den Katastrophenschutzbehörden kooperieren, um die gesamtgesellschaftliche Resilienz im Krisen-, Katastrophen- oder Kriegsfall zu gewährleisten. „Die öffentliche Verwaltung trägt besondere Verantwortung, da sie hochsensible Daten von Bürgern, Unternehmen und Institutionen verwaltet. Daher sind verbindliche, einheitliche und hohe Sicherheitsstandards auf allen Ebenen unerlässlich, um die Sicherheit dieser Daten zu gewährleisten.“

Der zielgerichtete Einsatz von Open-Source-Lösungen muss laut VITAKO insbesondere bei Greenfield-Projekten (Neuentwicklungen ohne bestehende Abhängigkeiten) vorangetrieben werden, um Innovation, Transparenz und Interoperabilität zu fördern. Im Sinne der Förderung einer eigenen EU-weiten IT-Industrie sollten insbesondere Wirtschaftsteilnehmer gefördert werden, die auf Basis von Open Source Software Wartung und Pflege anbieten, um hoch professionelle SW-Entwicklung und IT-Betrieb zu ermöglichen.

Bevor neue Maßnahmen wie Gesetze, Verordnungen etc. ergriffen werden, sollte im Sinne einer ökonomischen Gesamtbetrachtung eine (Digital-)Rendite im Vordergrund stehen; es dürften keine Maßnahmen mehr beschlossen werden, deren analoge oder digitale Prozesskosten höher sind als der eigentliche Maßnahmeneffekt. Eine digitale Umsetzbarkeit müsse als Rechtsanspruch etabliert und durch einen verpflichtenden Digital-Check geprüft werden.

Rechenzentren (RZs) und digitale Anwendungen, insbesondere im Bereich Künstliche Intelligenz (KI), sollten darüber hinaus stärker auf die Ziele der Agenda 2030 ausgerichtet werden. Dazu zählten die Förderung energieeffizienter Technologien, der Umstieg auf erneuerbare Energien und die ressourcenschonende Gestaltung von RZs, etwa durch modulare Bauweisen, Hardware-Wiederverwendung und die Nutzung von Abwärme. **DK**





Offizieller Start des neuen M-net Hyperspeed-Tarifs mit (v.r.) dem Münchner Stadtrat Christian Vorländer, dem Bayerischen Staatsminister für Digitales Dr. Fabian Mehring, dem Sprecher der M-net Geschäftsführung Nelson Killius und dem Technischen Geschäftsführer Maximilian Oertle. Bild: M-net/Alexandra Beier

M-net mit Deutschland-Premiere:

Erster Glasfaseranschluss mit 5 Gigabit pro Sekunde für Privatkunden

Beim traditionellen M-net Neujahrsempfang hat Bayerns führender Glasfaseranbieter seinen neuen Hyperspeed-Tarif vorgestellt: Als erster Internetprovider in Deutschland bietet das Unternehmen Privatkunden einen Glasfaseranschluss mit einer Übertragungsgeschwindigkeit von 5 Gigabit pro Sekunde (= 5.000 Megabit pro Sekunde) an. Zu diesem Meilenstein sowie zur erfolgreichen Geschäftsentwicklung des Unternehmens gratulierten unter anderem der Bayerische Staatsminister für Digitales Dr. Fabian Mehring und Christian Vorländer, Stadtrat der Landeshauptstadt München. Die Einführung des neuen Hyperspeed-Tarifs unterstreicht die technologische Spitzenposition von M-net im deutschen Telekommunikationsmarkt und belegt die kontinuierliche Weiterentwicklung der leistungsstarken Glasfaser-Infrastruktur von M-net sowohl im Kern- als auch im Access-Netz.

Zum Jahresauftakt 2025 blickt das Unternehmen M-net zurück auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr: In den vergangenen zwölf Monaten wurden neue Verträge zur Glasfaser-Versorgung in 26 bayerischen Kommunen abgeschlossen. Insgesamt ist das Unternehmen heute in 700 Gemeinden in Bayern sowie im angrenzenden hessischen Main-Kinzig-Kreis aktiv. So konnte der Bestand der mit Glasfaser bis zum Kabelverzweiger (FTTC), bis ins Gebäude (FTTB) oder sogar bis in die einzelne Wohnung (FTTH) erschlossenen Haushalte 2024 auf über 900.000 gesteigert werden. Allein in München sind heute rund 640.000 Haushalte und somit rund 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger an das Glasfasernetz von M-net angeschlossen.

Bewährter Ansatz

„Unser Dank für diese ausgezeichnete Entwicklung im vergangenen Geschäftsjahr geht ganz klar an unsere Infrastrukturpartner sowie an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, so Nelson Killius, Sprecher der Geschäftsführung von M-net. „Der Erfolg bestätigt einmal mehr den bewährten Ansatz, den Ausbau der passiven und aktiven Glasfaser-Infrastruktur in enger Kooperation mit regionalen und kommunalen Partnern umzusetzen – und fairen Open Access zu leben.“

„Mit den Stadtwerken München und ihrer Telekommunikationstochter M-net stehen der Stadt München zwei starke Partner zur Seite, um die Internetversorgung weiter voranzutreiben und die Daseinsvorsorge in der Stadt zu sichern“, so Stadtrat Christian Vorländer im Rahmen des M-net Neujahrsempfangs. „Als führender bayerischer Glasfaseranbieter steht M-net heute für Kundennähe, Innovation und immer neue Spitzenwerte bei der Datenübertragung.“

Das Jahr 2025 startet M-net mit der Einführung einer neuen Rekordgeschwindigkeit im deutschen Privatkundenmarkt: Mit dem neuen Hyperspeed-Tarif „Internet 5000“ erweitert M-net sein Tarifportfolio für FTTH-Glasfaseranschlüsse (= Fiber-to-the-Home) und ermöglicht es privaten Anwendern, den heimischen Internetanschluss mit einer Übertragungsgeschwindigkeit bis zu 5 Gbit/s im Down- und 2,5 Gbit/s im Upstream zu nutzen.

Echter Bayern-Turbo

„Mit Hyperspeed zündet M-net einen echten Bayern-Turbo für die digitale Infrastruktur im Freistaat. Dieser Durchbruch bei der Übertragungsgeschwindigkeit illustriert sowohl die Leistungsfähigkeit von Glasfaser als auch die Innovationskraft unserer Wirtschaft am Hightech-Standort Bayern“, freute sich der Bayerische Staatsminister für Digitales, Dr. Fabian Mehring, bei seiner Festrede. Minister Mehring: „Glasfasernetze sind die Lebensader der digitalen Transformation und schnelles Internet ist das Benzin im Motor der Digitalisierung. So gesehen legt M-net das Fundament, auf dem das Wirtschaftswachstum der Zukunft begründet werden kann und hilft mit, unsere Heimat fit für das KI-Zeitalter zu machen.“

Damit, so Mehring weiter, leiste das Unternehmen als „echtes Münchner Kindl“ einen wichtigen Beitrag zur Mission, Bayern zu einem „Premium-Standort für die Zukunftstechnologien im Herzen von Europa“ zu entwickeln. „M-net bringt die Chancen der digitalen Zeitenwende zu den Menschen in allen Regionen unserer Heimat und in das Herz des bayerischen Mittelstands“, lobte Minister Mehring beim Neujahrsempfang das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der „M-net Familie“.

Der neue Hyperspeed-Tarif wird ab dem zweiten Quartal 2025 zunächst über die FTTH-Anschlüsse in den urbanen Glasfaser-Netzen in München, Augsburg und Erlangen buchbar sein. Diese sind über eine durchgängige Glasfaserzuführung an das leistungsstarke Quantennetz von M-net, den Bayern-Ring, angebunden. Der neue Tarif „Internet 5000“ ist zum Start für 299,90 Euro monatlich erhältlich. In diesem Preis ist auch eine Telefon-Flatrate ins deutsche Festnetz und M-net Mobilfunknetz sowie das IPTV-Angebot „TVplus“ mit über 110 Programmen und zahlreichen Komfortfunktionen inklusive 4K-Receiver enthalten.

Neuer Leistungs-Standard

Um Kundinnen und Kunden diese enorm hohe Übertragungsgeschwindigkeit anbieten zu können, hat M-net in den vergangenen Jahren alle Netzabschnitte der Glasfaser-Infrastruktur auf ein neues Kapazitäts-Maximum erweitert und damit einen neuen Leistungs-Standard im Markt geschaffen: In seinem DWDM-Transportnetz – dem Bayernring mit direkter Anbindung an den größten Internetknoten DE-CIX in Frankfurt am Main – führte das Unternehmen im vergangenen November als erster deutscher Anbieter die Datenübertragung mit 800 Gbit/s auf einer einzelnen Wellenlänge des Lichts ein.

Das IP-Core-Netzwerk wurde in den vergangenen Jahren auf modernste 400 Gbit/s Technologie umgebaut, während das Aggregationsnetz der Provider Edge Router (PE-Router) auf mehrere 100 Gbit/s pro Anbindung ausgebaut wurde. Durch den Einsatz der aktuellsten Glasfaser-Technologie XGS-PON konnte nicht zuletzt das Access-Netz, also die lokale Verbindung bis zum einzelnen Endkunden, für Übertragungsraten bis zu 10 Gbit/s aufgerüstet werden.

Technologischer Meilenstein

Durch die Kombination neuester Technologien und umfangreicher Upgrades der Netzwerkinfrastruktur ist M-net in der Lage, seinen FTTH-Kunden Internetgeschwindigkeiten von morgen bereits heute zu ermöglichen. „Der M-net Hyperspeed-Tarif setzt einen neuen Standard im deutschen Telekommunikationsmarkt und zeigt, was mit einem echten Glasfaseranschluss von M-net möglich ist“, erklärt Maximilian Oertle, Technischer Geschäftsführer von M-net. „München ist die am besten mit Glasfaser ausgebaute Stadt Deutschlands und wir sind stolz, diesen technologischen Meilenstein hier gemeinsam mit unseren langjährigen Infrastruktur-, Geschäfts- und Technologiepartnern zu feiern.“ ❐

Positionen des Bundesverbandes Breitbandkommunikation:

Gigabitförderung und Mobilfunkfrequenzen

Im Januar startete das Bundesministerium für Digitales und Verkehr den diesjährigen Aufruf zur Gigabitförderung. Dazu erklärte Sven Knapp, Hauptstadtbüroleiter beim Bundesverband Breitbandkommunikation e.V. (BREKO): „Dass das BMDV zu einem möglichst frühen Zeitpunkt im Jahr den Aufruf zur Gigabitförderung veröffentlicht, ist zwar nachvollziehbar, aber angesichts der voraussichtlich noch viele Monate andauernden vorläufigen Haushaltsführung auch mit erheblicher Unsicherheit behaftet.“

Knapp zufolge muss es oberstes Ziel der Gigabitförderung sein, Fördermittel zielgerichtet in den Kommunen einzusetzen, in denen die Internetversorgung besonders schlecht und ein Glasfaserausbau ohne staatliche Förderung in den nächsten Jahren nicht möglich ist. Angesichts der im Vergleich zu 2024 deutlich reduzierten Fördermittel hätte das BMDV die Kriterien für die Beantragung anpassen sollen, um sicherzustellen, dass nur in den Kommunen Förderverfahren initiiert werden, die realistische Chancen auf eine Zusage haben. Denn schon im letzten Jahr seien 90 Prozent mehr Fördermittel beantragt worden als verfügbar waren. Nun bestehe die Gefahr, dass 2025 noch mehr Kommunen aussichtslose Förderanträge stellen.

Auch das 2024 neu eingeführte Lückenschlussprogramm sollte auf Basis der bisherigen Erfahrungen weiterentwickelt werden, betonte der Behördenleiter: „Die Praxis hat gezeigt, dass die Obergrenze von 1 Million Euro pro Projekt zu niedrig angesetzt ist. Das Gesamtbudget des Lückenschlussprogramms – mit 40 Millionen Euro weniger als vier Prozent des gesamten Fördertopfes – sollte ebenfalls deutlich aufgestockt werden, um eigenwirtschaftlichen und geförderten Ausbau zielgerichtet zu ergänzen. Die nächste Bundesregierung sollte einen Teil der Fördermittel für die Ausgabe von Glasfaser-Gutscheinen einsetzen, von denen Verbraucherinnen und Verbraucher und kleine und mittlere Unternehmen (KMU) direkt profitieren.“

Mit Blick auf die Pläne der Bundesnetzagentur für die Verlängerung der Mobilfunkfrequenzen unterstrich Knapp: „Statt endlich echten Wettbewerb zu schaffen, hält die Bundesnetzagentur an ihrem Kurs fest, die Mobilfunk-Platzhirsche Telekom, Vodafone und Telefónica vor unliebsamer Konkurrenz zu schützen. Dass die Behörde bekräftigt, am bisher völlig wirkungslosen Verhandlungsgebot festzuhalten, zeigt, dass sie das Urteil des Verwaltungsgerichts Köln, das zur Aufhebung der Frequenzvergabe-Entscheidung 2018 geführt hat und stärkeren Wettbewerb fordert, offenbar nicht ernst nimmt.“

Wirksamen Wettbewerb sicherstellen

Die Behörde, so der Verbandsvertreter, könne das Gerichtsurteil nicht ausblenden, da sich die darin aufgestellten Forderungen und gerügten Fehler wie ein roter Faden durch das aktuelle Frequenzverfahren ziehen. Statt praktisch nutzlose „Leitplanken“ für ein Verhandlungsgebot aufzustellen, müsse die Behörde endlich wirksamen Wettbewerb sicherstellen. Dies gelinge nur mit einer Diensteanbieterverpflichtung, die jahrelang erfolglose Verhandlungsversuche verhindern würde und Wettbewerb sicherstellt. Denn seit Jahren blockierten Telekom und Co. etwa das Angebot von leistungsstarken 5G-Tarifen für Wettbewerber ohne eigenes Mobilfunknetz – ein klarer Nachteil für die Verbraucher und Geschäftskunden. Stand heute hätten auch Glasfaser ausbauende Unternehmen weiter keine Chance, wettbewerbsfähige Bündelprodukte aus Glasfaser-Internet und Mobilfunk anzubieten.

„Dass die Bundesnetzagentur heute Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Köln eingelegt hat, ist verfahrenstechnisch ihr gutes Recht“, bekräftigte Knapp. Es zeige allerdings, „dass sie sich offensichtlich nicht vom Vorgehen der früheren Führung der Bundesnetzagentur distanzieren möchte“. **DK**



V.l.: Landrat Stefan Rößle; Kreisbrandrat Heinz Mayr; Kreisbrandinspektor Marco Härtle, Jürgen Scheerer, Alexander Bock; Daniel Zolda (LRA DON). Bild: Maria Kränzler, LRA Donau-Ries

Landkreis Donau-Ries:

Umstellung auf digitale Alarmierung

Ab dem zweiten Quartal 2025 erfolgt voraussichtlich der Start zum Probebetrieb der digitalen Alarmierung im Landkreis Donau-Ries. Aus diesem Grund übergab nun Landrat Stefan Rößle die vom Landkreis Donau-Ries beschafften digitalen Pager an die drei Kreisbrandinspektionen.

Mit Einführung des digitalen Sprechfunks vor einigen Jahren ist mit der digitalen Alarmierung nun auch der vorerst letzte Baustein zum vollständigen Umstieg auf digitale Dienste in diesem Bereich umgesetzt.

Trotz der Modernisierung ist bei einigen sicherlich etwas Wehmut beim Umstieg auf die digitale Alarmierung vorhanden. Zuverlässig alarmierten die analogen Funkmelder mit einer anschließenden Sprachdurchsage der Integrierten Leitstelle Augsburg. Der Akku hielt bis zu einer Woche, bevor der Melder geladen werden musste und sie waren handlich und praktisch mitzuführen. Die neuen „Pager“ haben durch das größere Gehäuse in puncto Tragekomfort sowie der geringen Akku-Betriebszeit einen klaren Nachteil. Anstelle der früheren praktischen Sprachdurchsage wird nun die Einsatzmeldung im Display angezeigt. Diese kann dafür aber mehrmals nachgelesen werden. Ein deutlicher Vorteil der digitalen Alarmierung ergibt sich bei der Geschwindigkeit mehrerer benötigter Schleifen bzw. Einheiten. Dauerte im Analogfunk die vollständige Alarmierung zu einem größeren Schadensereignis teilweise Minuten, geschieht dies nun parallel in wenigen Sekundenbruchteilen. Die Alarmierung sowie der Sprechfunkverkehr sind im digitalen TETRA-BOS-Funknetz verschlüsselt und daher abhörsicher. ❐

Datenschutzbeauftragter Petri zur elektronischen Patientenakte:

Individuelle Anpassung möglich

Mit der elektronischen Patientenakte (ePA) können Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung bereits seit einiger Zeit an der Digitalisierung im Gesundheitswesen teilnehmen. Bisher mussten gesetzlich Versicherte selbst die Initiative ergreifen und bei ihrer Krankenkasse die Einrichtung einer ePA beantragen. Nun aber hat der Bundesgesetzgeber das maßgebliche Regelwerk mit dem Gesetz zur Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens (Digital-Gesetz) weiterentwickelt, wie der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz, Prof. Dr. Thomas Petri, mitteilt.

Konnte bisher eine ePA bekommen, wer dies wollte, erhält diese seit Mitte Januar 2025 jede gesetzlich versicherte Person. Eine ausdrückliche Zustimmung der Versicherten zu deren Einrichtung ist ab diesem Zeitpunkt nicht mehr erforderlich.

Widerspruchsrechte

Mit der neuen elektronischen Patientenakte sollen den Versicherten Gesundheitsinformationen barrierefrei in digitaler Form bereitgestellt werden, insbesondere zu Befunden, Diagnosen, Therapiemaßnahmen oder Behandlungsberichten. Weil dort Gesundheitsdaten hinterlegt sind, können die gesetzlich Versicherten selbst darüber bestimmen, ob und wem sie ihre Daten in dieser Form zugänglich machen wollen. Der Gesetzgeber hat sich für eine Widerspruchslösung entschieden („Opt-out“). Die Versicherten können entweder der Vorhaltung einer ePA insgesamt widersprechen oder bestimmte Verarbeitungen ihrer Daten durch Widerspruch „blockieren“. Die einzelnen Widerspruchsrechte sind Petri zufolge differenziert und nicht immer „selbsterklärend“ geregelt.

Ombudsstellen

Die ePA kann insbesondere durch eine sog. ePA-App der jeweiligen Krankenkasse per Smartphone oder PC verwaltet werden. Darüber hinaus sind die Krankenkassen verpflichtet, sog. Ombudsstellen einzurichten, an die sich die Versicherten wenden können. Diese haben zudem die Möglichkeit, Vertreter mit der Wahrnehmung ihrer Rechte im Rahmen der Führung der ePA zu betrauen, zum Beispiel einen nahen Angehörigen.

Neben den Versicherten selbst sind insbesondere die sog. Leistungserbringer zum Zugriff auf die elektronische Patientenakte befugt. Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Psychotherapeuten sowie Angehörige anderer Heil- und Heilhilfsberufe dürfen für die gesetzlich vorgesehenen Zwecke (Behandlung, Gesundheitsvorsorge, Diagnostik usw.) auf die ePA zugreifen. Dieser Zugriff muss in einem zeitlichen Zusammenhang mit einer Behandlung stehen.

Viele Vorteile

Nach der Systemumstellung auf die Widerspruchslösung soll die ePA voraussichtlich ab Anfang März 2025 für alle gesetzlich Versicherten deutschlandweit nutzbar sein. Aus Petris Sicht hat die ePA viele Vorteile: „Der Gesetzgeber gewährleistet ein hohes Maß an Selbstbestimmung für die Patientinnen und Patienten mit einer komplexen Regelung zu Widerspruchsrechten. Mein neues Papier möchte den Zugang zu dieser Materie erleichtern, damit jeder gut informiert entscheiden kann, welche Konfiguration der ePA den eigenen Bedürfnissen am besten entspricht.“ **DK**

Umweltminister Glauber:

Quellen der Forschung und Entwicklung

Das Nördlinger Ries ist von der International Union of Geological Sciences in die Liste der weltweit bedeutendsten geologischen Stätten aufgenommen worden. Im Rahmen der Auszeichnung in Mönchsdeggingen betonte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber: „Das Nördlinger Ries ist einer der weltweit am besten erhaltenen Asteroidenkrater. Mit der neuen Auszeichnung rückt der Rieskrater in die Weltspitze der geologisch wichtigsten Orte auf."

Wie der erste Vorsitzende des Geopark Ries e.V., Landrat Stefan Rößle, erläuterte, sei die Anerkennung als UNESCO Global Geopark entscheidend verantwortlich für die Aufnahme in die Liste gewesen. „Mit der großartigen Auszeichnung geht, ebenso wie mit der UNESCO-Anerkennung, eine große Verantwortung einher. Es liegt an uns, dieses einmalige erdgeschichtliche Erbe zu bewahren und den internationalen, wissenschaftlichen Stellenwert sowie eine nachhaltige touristische Entwicklung der Region weiter zu fördern."

International bedeutend

Der stellvertretende Vorsitzende des Geopark Ries e. V., Nördlingens Oberbürgermeister David Wittner, unterstrich als Vertreter der Träger des RiesKraterMuseums, dass der Rieskrater offiziell eines der international bedeutendsten geologischen Naturdenkmäler sei. Diese Ehrung sei nicht nur eine Auszeichnung für die Wissenschaft, sondern auch für die Menschen, die hier leben. Sie zeige, dass das Ries einzigartig sei – ein Ort, der Geschichte atme und Wissen vermittle.

Die International Union of Geological Sciences hat den Rieskrater im Herbst 2024 in das zweite Hundert der weltweit bedeutendsten geologischen Naturdenkmäler aufgenommen. Das Nördlinger Ries ist damit die zweite bayerische geologische Stätte in der weltweiten Top-Liste der geologischen Naturdenkmäler. Im Jahr 2022 wurden die Solnhofer Plattenkalke als Fundort des Urvogels Archaeopteryx in das erste Hundert der Top-Geotope aufgenommen.

Erfreulich sind auch die Ergebnisse eines Pilotprojekts des LfU mit Unterstützung des Bayerischen Umweltministeriums im Landkreis Lichtenfels, bei dem erstmalig in Bayern die Frage beleuchtet wurde, wie Bodenaushub in Gebieten mit erhöhten natürlichen Stoffgehalten in einer Region verwertet werden kann. Dabei wurde der Boden in einer Tiefe von bis zu zwei Meter untersucht und die Ergebnisse in einer landkreisweiten Karte veröffentlicht. Landkreisweit wurden rund 1.000 Bodenproben chemisch geprüft.

Einfache Verwertung von Bodenaushub

Ziel des Projekts war Glauber zufolge, eine möglichst einfache Verwertung von Bodenaushub zu ermöglichen. „Anhand der Auswertungen des Bodens kann künftig landkreisweit der Anteil an Bodenaushub für die Verwertung schon im Vorfeld einer Baumaßnahme abgeschätzt und nahegelegene Verwertungsmöglichkeiten gesucht werden. Das reduziert den CO2-Ausstoß, indem lange Transportwege wegfallen und senkt damit die Kosten der Verwertung."

Erheblicher Erkenntnisgewinn

Landkreisweit wurden rund 1.000 Bodenproben chemisch geprüft. Laut Landrat Christian Meißner „bringen die Ergebnisse des Pilotprojekts für den Landkreis Lichtenfels, die beteiligten Fachbehörden und die Bauwirtschaft einen erheblichen Erkenntnisgewinn. Die Verwertung und Verbringung von Bodenaushub werden zukünftig deutlich erleichtert."

Ein weiteres Vorzeigeprojekt wird nach Angaben des Bayerischen Umweltministeriums in Langenzenn (Landkreis Fürth) an den Start gehen. Dort wird ein integrierter Gewässerbiotopverbund entwickelt und umgesetzt. Träger des Modellprojekts sind die Stadt und der Landesbund für Vogel- und Naturschutz in Bayern e.V. (LBV).

Artenschwund stoppen

Bei der Auftaktveranstaltung überreichte Minister Glauber als Stiftungsratsvorsitzender einen Förderscheck des Bayerischen Naturschutzfonds in Höhe von rund 315.000 Euro und betonte: „Der Ausbau des Biotopverbunds ist eines der wirksamsten Instrumente, um den Artenschwund zu stoppen. Das Vorzeigeprojekt in Langenzenn leistet in der Region dazu einen wichtigen Beitrag. Das Modellprojekt mit der innovativen Trägergemeinschaft aus Kommune und Naturschutzverband ist vorbildlich und verdient viele Nachahmer."

Lebenswerte Umgebung schaffen

Langenzenns Bürgermeister Jürgen Habel ergänzte: „Mit diesem Projekt und der Unterstützung des Bayerischen Naturschutzfonds für dieses Gewässerverbundprojekt können wir gemeinsam mit dem LBV einen wichtigen Beitrag zum Schutz und zur Förderung der Biodiversität in unserer Stadt leisten. Durch nachhaltige Maßnahmen sichern wir nicht nur die Lebensräume zahlreicher Arten, sondern schaffen auch eine lebenswerte Umgebung für die kommenden Generationen."

Artenvielfalt erhalten

Mit dem Projekt will Langenzenn gemeinsam mit dem LBV die vorhandene Artenvielfalt, etwa seltene Amphibien, erhalten und fördern. Dazu sollen kleinere Fließgewässer und die Stillgewässer sowie die angrenzenden Flächen und umgebenden Auen geschützt und ökologisch verbessert werden. Der Modellcharakter des Projekts zeichnet sich durch die Verbindung von Artenschutz, Gewässer- und Feuchtlebensraumerhalt zusammen mit Gewässerentwicklung und Maßnahmen zum Wasserrückhalt sowie eine gezielte Beratung landwirtschaftlicher Betriebe aus. Zudem sind Flächenerwerb und Öffentlichkeitsarbeit Teil des auf drei Jahre angelegten Projekts. Der Bayerische Naturschutzfonds übernimmt rund 80 Prozent der Kosten. **DK**



Oben v. l.: MdB Christoph Schmid, Heike Burkhardt (Geschäftsführerin Geopark Ries e.V.), Bürgermeisterin Karin Bergdolt, Staatsminister Thorsten Glauber, Landrat Stefan Rößle, Prof. Dr. Stefan Hölzl, Oberbürgermeister David Wittner, MdB Ulrich Lange. Unten: Team Geopark Ries e. V.. Foto: Marco Kleebauer

Lokale Verpackungssteuer:

Bundesverfassungsgericht bestätigt Rechtsmäßigkeit

Das Bundesverfassungsgericht hat die Rechtmäßigkeit der „Tübinger Verpackungssteuer" auf Einwegverpackungen bestätigt. Dem vorangegangen war die Klage eines McDonalds Restaurants in der baden-württembergischen Universitätsstadt, das sich gegen die Steuer auf Einwegverpackungen vor dem Bundesverfassungsgericht zur Wehr gesetzt hatte. Das Urteil könnte bundesweit Signalwirkung haben, hat das Bundesverfassungsgericht doch damit bestätigt, dass Städte und Gemeinden grundsätzlich das Recht haben, eine Verpackungssteuer zu erheben und sie damit gezielt Anreize für Mehrwegsysteme setzen und die Vermüllung reduzieren.

Als erste Gemeinde in Deutschland hatte Tübingen 2022 eine Verpackungssteuer eingeführt. Jede Einwegverpackung wird mit 50 Cent besteuert, Strohhalme oder Einweg-Besteck mit 20 Cent. Zahlen müssen die Unternehmen. Die Steuer gilt für Verpackungen, die mit Speisen und Getränken befüllt werden, und dann direkt konsumiert werden, wie etwa Burger, Pizza, Pommes oder Kaffee. Essen, dass man sich im Restaurant einpacken lässt, gehört nicht dazu.

Fast ein Million Euro

Mit der Verpackungssteuer kassierte Tübingen allein 2022 fast eine Million Euro. Die Einnahmen fließen in den städtischen Haushalt und werden für die Müllentsorgung und weitere Umweltmaßnahmen verwendet.

Als „wichtige Entscheidung für die Städte" bezeichnete Städtetags-Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy die erfolglose Verfassungsbeschwerde. In Deutschland würden jede Stunde rund 320.000 Einwegbecher für Heißgetränke verbraucht. Einwegverpackungen für Gerichte und Getränke zum Mitnehmen sorgten in den Städten für viel Müll und zusätzliche Entsorgungskosten. Eine kommunale Verpackungssteuer könne einen Anreiz schaffen, häufiger auf Mehrweggeschirr zurückzugreifen und zudem ein wirksames Instrument gegen Littering in den Städten sein. „Wir müssen die Wegwerfkultur stoppen", erklärte Dedy.

Lokale Verpackungssteuer

Mit den Einnahmen aus der Verpackungssteuer könnten die hohen Reinigungskosten ein Stück weit abgefedert werden. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hätten die Städte mehr Planungssicherheit. „Wir rechnen damit, dass jetzt mehr Städte eine Verpackungssteuer lokal einführen werden. Gleichzeitig würden wir eine bundesweite Regelung begrüßen, eine solche Steuer einführen zu können. Darum werden wir bei einer neuen Bundesregierung werben", unterstrich Dedy.

Kampf gegen Vermüllung

Nach den Worten von DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. André Berghegger ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts „aus kommunaler Sicht zu begrüßen". Die Zielrichtung, Anreize zur Verwendung von Mehrwegsystemen zu setzen, widerspreche nicht der sonstigen Konzeption des Abfallrechts in Bund und Ländern. Im Ergebnis würden damit die kommunalen Handlungsspielräume im Kampf gegen die Vermüllung der Innenstädte und der Umwelt durch Einwegverpackungen sinnvoll gestärkt. Städte und Gemeinden wendeten jährlich bis zu 700 Millionen Euro für die Sammlung und Reinigung öffentlicher Straßen, Wege und Plätze auf. „Hier brauchen wir eine Trendumkehr. Mehrweglösungen müssen gestärkt und auch das Bewusstsein der Endverbraucher für eine Vermeidung von Verpackungsmüll geschärft werden", forderte Berghegger.

Ungeordnetes Wegwerfen von Müll

Im Zusammenspiel mit dem neuen Verpackungsgesetz des Bundes, das schon seit dem Jahr 2023 verpflichtende Mehrwegangebote für Speisen und Getränke To-Go vorsieht, könne auf diesem Weg das ungeordnete Wegwerfen von Müll im öffentlichen Raum effektiv reduziert werden. „Der Gesetzgeber wird aber weiterhin aufgefordert, die gesetzlichen Regelungen auf alle Materialien auszuweiten. Mehrwegalternativen sollten sowohl für Einwegkunststoffe als auch für andere Materialien gelten." Ob weitere Kommunen im Rahmen ihrer Abfallvermeidungskonzepte dem Tübinger Beispiel folgen, bleibe abzuwarten.

Auch der Deutsche Landkreistag befürwortet den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts. Gegenüber der FAZ wies Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke darauf hin, dass die Kommunen dadurch gestärkt würden. Damit sei zwar ein gewisses Einnahmepotenzial verbunden, im Vordergrund stehe aber eine Verhaltenssteuerung, die der örtlichen Gemeinschaft zugutekommt. Das Bundesverfassungsgericht habe somit in jüngerer Zeit mit Urteilen zur Bettensteuer, zu Gebühren bei Hochrisikoveranstaltungen und zur Verpackungsteuer die kommunale Gestaltungsfreiheit gestärkt.

Größere Geschütze müssen her

Diese Art lokaler Steuern werde die Finanznot der Städte, Landkreise und Gemeinden allerdings nicht spürbar lindern, fuhr Henneke fort. „Sie haben nicht das notwendige Potenzial in Anbetracht eines kommunalen Defizits von zum Jahresende 2024 um die 20 Milliarden Euro. Da müssen größere Geschütze her. Die von uns geforderte Verdreifachung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer wäre eine solche sehr wirksame bundesgesetzliche Maßnahme." **DK**



Netzwerktreffen des Klimaschutznetzwerks Rosenheim-Traunstein:

Nachhaltige Ressourcennutzung in Kommunen

Beim 3. Netzwerktreffen des Klimaschutznetzwerks Rosenheim-Traunstein unter dem Motto „Zusammen für Klimaschutz – Nachhaltige Ressourcennutzung in Kommunen“ kamen Vertreterinnen und Vertreter aus 16 Kommunen zusammen, um sich über praxisnahe Ansätze und Lösungen für den kommunalen Klimaschutz auszutauschen. Im Fokus der Veranstaltung standen Strategien zur nachhaltigen Ressourcennutzung und Klimaanpassung.

Sebastian Gröbmayr, Projektleiter der INEV, und Simon Hausstetter, Bürgermeister der Gemeinde Rohrdorf, eröffneten das Treffen mit einer herzlichen Begrüßung. Daran anknüpfend gab Dr. Kerstin Dressel, Expertin des Sine-Instituts gGmbH, in ihrem Vortrag wertvolle Einblicke zum Thema „Klimaanpassung in Kommunen – eine Investition in die Zukunft“. Sie erläuterte, wie Kommunen durch gezielte Maßnahmen aktiv zum Klimaschutz beitragen können: „Klimaanpassung bedeutet Daseinsvorsorge für die Kommunen. Es ist entscheidend, Bedingungen zu schaffen und Kampagnen zu starten, die umwelt- und klimafreundliches Verhalten fördern.“

Die Teilnehmer nutzten die Gelegenheit, Fragen zu stellen und diskutierten konkrete Anregungen zur praktischen Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen. „Wir müssen ein Bewusstsein für die Bedeutung der Klimaanpassung in der Bevölkerung schaffen und die richtigen Impulse setzen und Klimaanpassung in allen kommunalen Planungsprozessen mitdenken“, betonte Dressel.

Karin Graf vom Umwelt- und Grünflächenamt der Stadt Rosenheim präsentierte das Klimaanpassungskonzept der Stadt. Sie erläuterte, welche Maßnahmen geplant sind, um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen. „Wir setzen auf Begrünung, Beschattung, Trinkwasserbrunnen und Sprühnebelanlagen, um die Stadt klimafit zu machen und gleichzeitig den Lebenskomfort der Bürger zu verbessern“, sagte Karin Graf. Die Stadt Rosenheim setzt damit auf praxisorientierte Lösungen, die den Bürgern zugutekommen und die Anpassung an sich ändernde klimatische Bedingungen vorantreiben.

Heimische Böden als Ressource

Ludwig Käsweber von Klimabauer e.V. sprach über „Heimische Böden als Ressource“ und zeigte, wie eine nachhaltige Landwirtschaft aktiv zum Klima- und Umweltschutz beitragen kann. Er betonte die Bedeutung des Bodenschutzes und forderte ein Umdenken in der Landwirtschaft: „Weg von Monokulturen, hin zu mehr Biodiversität – das ist der Schlüssel für gesunde Böden und eine nachhaltige Zukunft.“

In der anschließenden Diskussion wurde intensiv darüber gesprochen, welche Maßnahmen Kommunen ergreifen können, um diesen Wandel zu unterstützen. Das große Interesse der Teilnehmenden zeigte, wie wichtig das Thema für die Region ist. Gemeinden können durch gezielte Förderprogramme, ökologische Flächennutzung und Partnerschaften mit Landwirten eine nachhaltige Entwicklung vorantreiben.

Abschließend hatten die Teilnehmer die Gelegenheit, das Südbayerische Portland-Zementwerk Gebrüder Wiesböck & Co. KG, auch bekannt als Rohrdorfer Zementwerk, zu besichtigen. Das Werk gilt als Vorzeigebetrieb der Branche und setzt Maßstäbe in den Bereichen Umweltschutz und Energieeffizienz. Das Unternehmen setzt konsequent auf umweltfreundliche Technologien und zählt zu den Vorreitern in der Branche.

Ein wichtiger Baustein der Nachhaltigkeitsstrategie ist die Entwicklung neuer Verfahren, um CO2-Emissionen zu reduzieren. So arbeitet das Werk an einem innovativen Projekt, das natürliche Rohstoffe klimafreundlicher nutzt und so zur Senkung des CO2-Ausstoßes beiträgt. Zudem wurde eine moderne Ofentechnologie eingeführt, die es ermöglicht, fast vollständig auf alternative, umweltschonendere Brennstoffe umzusteigen. Mit diesen und weiteren Maßnahmen zeigt das Rohrdorfer Zementwerk, wie Klimaschutz und industrielle Produktion erfolgreich miteinander verbunden werden können. ❐



Erfolgreiches Netzwerktreffen des Klimaschutznetzwerks Rosenheim-Traunstein mit Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden Bad Aibling, Bad Feilnbach, Bruckmühl, Eiselfing, Feldkirchen-Westerham, Kolbermoor, Neubeuern, Pfaffing, Prien a. Chiemsee, Raubling, Rohrdorf, Rosenheim, Samerberg, Siegsdorf, Stephanskirchen, Tuntenhausen und des Instituts für nachhaltige Energieversorgung GmbH. Bild: INEV

Neuer Lebensraum für Mensch, Tier und Pflanzenwelt

Die Stadt Bayreuth reaktiviert drei frühere Weiher im Studentenwald

Die Stadt Bayreuth schafft im Studentenwald einen neuen Lebensraum für Mensch, Tier und die Pflanzenwelt. Seit kurzem werden der Schwarzweiher sowie der Große und der Alte Haasenweiher reaktiviert. Die Maßnahme des Projekts „Bayreuths lebendiger Süden“ wird durch das Bundesprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ mit 90 Prozent der Kosten gefördert.

„Mit der Wiederherstellung der historischen Teichlandschaft im Studentenwald gehen wir ein weiteres Teilprojekt von ‚Bayreuths lebendigem Süden‘ an“, sagt Oberbürgermeister Thomas Ebersberger und verweist auf die beiden anderen, sich bereits in der Umsetzung befindlichen Vorhaben Bürgerhain und den neuen Landschaftspark Tappertaue. „Das Stadtklima, die biologische Vielfalt und nicht zuletzt unsere Bayreuther Bürgerinnen und Bürger werden von allen drei Teilprojekten profitieren“, so Ebersberger weiter.

Neue Wasser- und Feuchtflächen

Der Leiter des Stadtgartenamtes, Robert Pfeifer, ergänzt, dass mit den Arbeiten Mitte Januar begonnen wurde. So werden im Bereich der wiederherzustellenden Teiche Schwarzweiher, Großer Haasenweiher und Alter Haasenweiher Bäume gefällt. Des Weiteren sollen die bestehenden Dämme – wo nötig – wieder aufgeschüttet und die Ablauf- beziehungsweise Stauvorrichtungen der Weiher, die sogenannten Mönche, wiederhergestellt werden. „Insgesamt werden etwa zwei Hektar neue Wasser- und Feuchtflächen entstehen“, sagt Pfeifer. Die Kosten für die Baumaßnahme liegen bei 240.000 Euro, von denen 90 Prozent durch das Bundesprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ übernommen werden. Der Anteil der Stadt Bayreuth liegt also bei 24.000 Euro.

Wie Pfeifer weiter ausführt, sind im Süden von Bayreuth zahlreiche Teiche und Feuchtgebiete historisch nachweisbar. Alte Karten zeigen im Bereich zwischen Röhrensee, Saas, Studentenwald und dem heutigen Ökologisch-Botanischen Garten weit über 20 Wasserflächen. Die meisten davon verschwanden im 19. Jahrhundert aus unbekannten Gründen. Heute sind von der ehemaligen Weiherlandschaft nur noch der Röhrensee und der Finstere Weiher übriggeblieben. Von vielen anderen zeugen noch die alten Dämme, die im Studentenwald erhalten sind und für den aufmerksamen Spaziergänger die Lage und Form der Weiher in der Landschaft ablesbar machen.

Klimawirksamkeit und Verbesserung des Wasserhaushalts

„Die Klimaprognosen gehen von zukünftig wärmeren und trockeneren Bedingungen im Sommer aus. Die Wasserflächen können Niederschlagswasser zwischenspeichern, das von der Wasseroberfläche verdunstet und die Luft abkühlt und befeuchtet. Außerdem wird im Umfeld der Teiche mehr Bodenwasser zur Verfügung stehen“, erläutert der Leiter des Stadtgartenamts. Langfristig können an verlandenden Weihern auch Moorstandorte entstehen. Im wassergesättigten Milieu werden abgestorbene Pflanzenreste unter Sauerstoffausschluss nicht vollständig zersetzt und es kommt zur Torfbildung. Mit dem abgelagerten organischen Material wird auch der Kohlenstoff für Jahrtausende im Moor gespeichert.

Förderung der Artenvielfalt

Die Wiederherstellung dieser Weiher wird auch die Artenvielfalt im Studentenwald langfristig steigern und neue Lebensräume für Wasservögel, Libellen, Amphibien und andere wassergebundene Lebewesen schaffen. Für die Vorkommen bedrohter Amphibien wie dem Kammmolch im Ökologisch-Botanischen Garten und auf den Biotopflächen am Lindenhof werden die Weiher das Lebensraumangebot erweitern. Durch die unmittelbar benachbarten Waldflächen entstehen für Frösche und Kröten zudem Biotope, in denen die Wanderungen von den Lebensräumen an Land zu den Laichgewässern und zurück nicht durch Straßen zerschnitten sind.

Verbesserte Erholungsfunktion

„Durch diese Maßnahme werden die Besonderheit des Ortes wieder erlebbar, dabei nicht zuletzt das Landschaftsbild durch die Wasserflächen bereichert und der Erholungswert gesteigert“, betont Stadtbaureferentin Urte Kelm. Die Erholungsfunktion des Studentenwaldes als stadtnaher Wald wird nachhaltig verbessert, indem die Weiher mit ihrer Tier- und Pflanzenwelt behutsam erlebbar gemacht werden. Eine Beobachtungsplattform direkt am Wasser wird zum Betrachten der Flora und Fauna einladen.

In Verbindung mit dem Tierpark Röhrensee, dem Ökologisch-Botanischen Garten der Universität Bayreuth und dem Umweltschutz-Informationszentrum Lindenhof entsteht so eine großflächige Erholungslandschaft mit reichhaltigen Angeboten der Umweltbildung: Bayreuths lebendiger Süden. ❐



Stadtgartenamtsleiter Robert Pfeifer (l.) erläuterte den Medien sowie OB Thomas Ebersberger (2.v.l.) und Baureferentin Urte Kelm (5.v.l.) die Pläne zur Renaturierung der Feuchtgebiete im Studentenwald. Mit dabei auch der Vorsitzende des Beirats für nachhaltige und klimagerechte Planung und Stadtentwicklung Prof. Dr. Christoph Thomas (r.). Bild: Stadt Bayreuth

Mehr Recycling muss beim Produkt beginnen

Umweltausschuss des Bayerischen Landkreistags mahnt zur Sorgfalt bei der Alttextilsammlung

Der Umweltausschuss des Bayerischen Landkreistags hat über die seit 1. Januar 2025 europaweit bestehende Getrenntsammelpflicht von Alttextilien beraten und für eine Versachlichung der derzeitigen Diskussion appelliert. Die 71 bayerischen Landkreise sind für die Entsorgung der auf ihrem Gebiet anfallenden Abfälle verantwortlich und über ihre Entsorgungsbetriebe auch für die Sammlung von Alttextilien.

„Wir stellen fest, dass sich die Qualität der gesammelten Kleidung immer mehr verschlechtert. Hauptverantwortlich dafür ist „Fast Fashion“, der Trend hin zu Billigkleidung, die unter dubiosen Produktionsbedingungen hergestellt und über Plattformen wie TEMU auf den europäischen Markt gelangt“, so der Vorsitzende des Umweltausschusses, Landrat Jens Marco Scherf. „Fast Fashion“ ist einer wirtschaftlichen Wiederverwertung kaum zugänglich.

Der Bayerische Landkreistag wirbt daher für bewusste Kaufentscheidungen der Verbraucher und mehr Herstellerverantwortung beim Produktdesign. Er fordert dazu auf, auch weiterhin nur gut erhaltene Textilien in die Alttextilsammlung zu geben und nicht mehr verwertbare Stücke im Restmüll zu entsorgen.

Gerade bezüglich Letzterem herrscht neuerdings eine große Verunsicherung: Darf die kaputte Jeans in die Restmülltonne? Eindeutig ja! „Soweit in den Medien teilweise berichtet wird, man dürfe keine kaputten oder stark verschmutzten Kleidungsstücke mehr im Restmüll entsorgen, ist das nicht nur rechtlich falsch, es schadet auch der derzeit ohnehin kriselnden Alttextilwirtschaft in hohem Maße“, so der Ausschussvorsitzende Landrat Jens Marco Scherf.

Getrenntsammelpflicht für Textilien ist in Bayern schon lange umgesetzt

Denn die aufgrund von EU-Recht seit Anfang des Jahres europaweit geltende Getrenntsammelpflicht für Textilien ist in Bayern schon lange umgesetzt. Das bestehende System lebt aber davon, dass nur gut erhaltene Kleidung in den Sammelcontainern landet.

In den meisten bayerischen Landkreisen übernehmen gemeinnützige Organisationen, wie das Bayerische Rote Kreuz, die Caritas oder Kolping, die Textilsammlung. Nach der Sortierung wird ein Teil der Altkleider in Second-Hand-Läden verkauft, der Rest wird an Wiederverwertungsbetriebe abgegeben, um daraus Putzlappen, Malerflies oder Teppiche zu machen. Die Recyclingquote in Deutschland liegt dabei weit über dem EU-Durchschnitt. Recycling von Alttextilien kann aber nur funktionieren, wenn nicht jedwede Klamotte im Sammelbehälter landet. „Extrem verschmutzte oder teilweise sogar schimmlige Kleidung in den Containern würde das bestehende System zum Scheitern bringen. Daher gilt: Bewusst kaufen, getrennt entsorgen“, unterstrich Scherf. ❐

Innovationsmotor Ressourceneffizienz

Unternehmer-Preis für zukunftsweisende Leistungen 2025 ausgelobt

Unternehmen aus Bayern, die mit herausragenden, zukunftsweisenden Verfahren, Prozessen und Entwicklungen geschickt natürliche Ressourcen einsparen oder besonders effizient einsetzen, können sich bis 10. März 2025 für den Bayerischen Ressourceneffizienzpreis 2025 bewerben.

„Mit dem Bayerischen Ressourceneffizienzpreis honorieren wir die Kreativität und Innovationskraft der bayerischen Unternehmen, wollen zum Mitmachen motivieren und neue Ansätze sichtbar machen. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, Handwerksbetriebe und Start-up-Unternehmen sind ausdrücklich eingeladen, sich zu bewerben“, so Umweltminister Thorsten Glauber.

Der Bayerische Ressourceneffizienzpreis ist mit insgesamt 10.000 Euro dotiert. Staatsminister Glauber wird die Gewinner des Bayerischen Ressourceneffizienzpreises 2025 bei einer Preisverleihung öffentlich bekanntgeben.

Alle Bewerbungen werden von einer unabhängigen Expertenjury begutachtet. Bewertungskriterien sind unter anderem ein qualitativer und quantitativer Beitrag zur Ressourceneffizienz, Umweltrelevanz, „Leuchtturmcharakter“ und bei bestehenden Produkten und Verfahren bereits erreichte Erfolge.

Weitere Informationen und Bewerbungsunterlagen unter www.rez.bayern.de/ressourceneffizienzpreis ❐

Füracker: Länder fordern nationale Finanzbildungsstrategie

Einstimmiger Beschluss der Finanzministerkonferenz

Deutschland braucht zügig eine nationale Finanzbildungsstrategie, sagen die Finanzministerinnen und Finanzminister der Länder. Eine entsprechende Forderung haben sie in der Finanzministerkonferenz (FMK) einstimmig beschlossen. Die FMK tagte anlässlich der 1.000. Sitzung des Bundesratsfinanzausschusses in Frankfurt am Main. Die Länder möchten gemeinsam mit dem Bund zur Verbesserung der Finanzkompetenz der Menschen und zur nationalen Finanzbildungsstrategie beitragen. Hamburg und Hessen hatten den Beschluss der Finanzministerkonferenz federführend und parteiübergreifend vorbereitet.

Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker: „Finanzielle Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und zugleich ein Grundstein für eine prosperierende und damit stabile Gesellschaft. Von einem breiten Verständnis finanzieller Zusammenhänge profitiert langfristig nicht nur der Einzelne, sondern zugleich das Gemeinwesen als Ganzes. Mit einer nationalen Finanzbildungsstrategie legen wir den Grundstein, dass künftig alle Bürgerinnen und Bürger über die erforderlichen Fähigkeiten und das Wissen verfügen, um fundierte finanzielle Entscheidungen zu treffen. Gemeinsam mit den anderen Ländern setzen wir uns dafür ein, dass eine solide Grundlage für die finanzielle Bildung auf nationaler Ebene in Deutschland geschaffen wird!“

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Finanzminister Hessen: „Finanzkompetenz hilft jedem einzelnen, sein Leben möglichst finanziell abgesichert zu führen. Das wiederum hilft allen, entlastet dies doch unsere sozialen Sicherungssysteme. Finanzkompetenz ist eine wichtige Voraussetzung für Wohlergehen, Wohlstand und Sicherheit. Es gibt also viele gute Gründe, in die Finanzkompetenz der Menschen zu investieren.

Deutschland ist eines der wenigen Länder der OECD, das keine nationale Finanzbildungsstrategie hat. Das sollte die künftige Bundesregierung ändern. Die Länder sind bereit, sie dabei zu unterstützen.

Bei Bildung denken viele vor allem an Schule. In Hessen denken wir aber auch an Freunde und Familien, an Arbeitgeber und Kollegen. Sie alle können Finanzkompetenzen vermitteln. Mit der Seasn-App, die finanzielle Entscheidungen und ihre Wirkungen simulieren kann, oder Informationsangeboten für Azubis vermitteln wir bereits Finanzkompetenzen. Ich bin sicher, dass es deutschlandweit viele weitere gute Ideen gibt, die zu einer nationalen Strategie beitragen können.“

SchoolMeetsFinance

Dr. Andreas Dressel, Finanzsenator Freie und Hansestadt Hamburg: „Was bedeutet das Kleingedruckte beim Handyvertrag? Wie funktioniert eine Banküberweisung? Ist Geldanlage schon was für mich als junger Mensch? Finanzielle Fragen bestimmen an vielen Stellen auch den Lebensalltag von Jugendlichen, ohne dass diese aber wirklich über vieles Bescheid wissen. Mit unserem heutigen Beschluss setzen wir starkes und wichtiges Signal für mehr finanzielle Bildung in Deutschland. Gerade für junge Menschen ist solides Wissen um finanzielle Zusammenhänge ein wesentlicher Schlüssel für ein selbstbestimmtes, unabhängiges Leben. Bei uns in Hamburg haben wir mit der von Finanzbehörde, Handelskammer und Finanzplatz e. V. 2023 gegründeten Gesellschaft FCH Finance City Hamburg GmbH bereits eine Institution, die dieses Thema bewegt. Und wir starten jetzt in Hamburg ein Programm ‚SchoolMeets-Finance‘, mit der wir Kompetenz aus der Finanzwirtschaft gezielt in die Schulen bringen. Es braucht aber auch ein bundesweites Commitment, einen klaren Plan und deutlich Engagement, um finanzielle Bildung in Deutschland unter Wahrung der Bildungshoheit der Länder voranzubringen, genau dafür steht unser gemeinsamer Länderbeschluss.“

Dr. Marcus Optendrenk, Finanzminister Nordrhein-Westfalen und Vorsitzender der Finanzministerkonferenz: „Das Risiko von Negativzinsen aufs Ersparte, die Verheißungen von Bitcoin und ETFs – viele Menschen sind durch die Vielfalt der Finanznachrichten in jüngerer Vergangenheit verunsichert. Wer keine Börsencracks im Familien- oder Bekanntenkreis hat, kann viele Chancen nicht nutzen und bleibt mit dem schlechten Gefühl zurück, selbst nicht genug für die eigene Vorsorge zu tun. Aber ob Menschen kompetent für ihre eigene finanzielle Absicherung sorgen können, sollte nicht dem Zufall überlassen sein. Es gibt in den Ländern bereits viele gute Ansätze, aber wir benötigen für die Finanzbildung eine nationale Strategie, um das hohe Gut der Chancengleichheit in der gesamten Republik zu wahren.“

Doris Ahnen, Finanzministerin Rheinland-Pfalz und Stellvertretende Vorsitzende der Finanzministerkonferenz: „Für das Alter vorsorgen, Verträge abschließen oder ein Depot anlegen – viele Menschen glauben, dass diese Themen zu kompliziert sind und möchten sich lieber nicht „mit Zahlen beschäftigen“. Doch meistens müssen weitreichende finanzielle Entscheidungen getroffen werden, die einen großen Einfluss auf das weitere Leben haben. Diese Entscheidungen erfordern ein grundlegendes Wissen über finanzielle Zusammenhänge und Produkte. Wir brauchen in Deutschland eine langfristige Strategie zur finanziellen Bildung, damit alle Menschen ihr finanzielles Wissen verbessern und eigenverantwortliche Entscheidungen treffen können. Diese Strategie muss auf Frauen und Männer gleichzeitig ausgerichtet werden, denn häufig trauen sich Frauen im Umgang mit Finanzprodukten selbst zu wenig Kompetenz zu. In Rheinland-Pfalz kümmern wir uns seit vielen Jahren mit einer erfolgreichen Kooperation mit der Bundesbank um die finanzielle Bildung in den Schulen – durch Lehrkräftefortbildungen und Veranstaltungen. Aber es braucht eine bundesweite Strategie für eine nachhaltige finanzielle Bildung und damit langfristig für eine kompetente ökonomische Teilhabe aller.“

Fragen und Antworten:

• Was haben die Länderfinanzministerinnen und -minister beschlossen?

Die Finanzministerinnen und -minister der Länder fordern die Bundesregierung auf, zügig eine nationale Finanzbildungsstrategie zu verabschieden. Sie soll eine langfristige und nachhaltige Grundlage für die Stärkung der Finanzkompetenzen in der Bevölkerung bilden.

Finanzkompetenz ist nach Ansicht der Finanzministerinnen und -minister notwendige Bedingung für gesellschaftliche Teilhabe sowie Wohlstand und Wohlergehen jedes Menschen. Gutes Finanzverhalten hat zudem einen erheblichen Einfluss auf die Tragfähigkeit sozialer Sicherungssysteme und die Prosperität der Volkswirtschaft insgesamt.

Die Länder möchten auch selber zur Verbesserung der Finanzkompetenz der Menschen und zur nationalen Finanzbildungsstrategie beitragen.

Den Beschluss der Finanzministerkonferenz hatten Hamburg und Hessen federführend und parteiübergreifend vorbereitet.

• Was ist die Finanzministerkonferenz?

Die Finanzministerkonferenz (FMK) ist ein Zusammenschluss aller Länderfinanzministerien. Die FMK tagt in der Regel direkt im Anschluss an die Sitzungen des Bundesratsfinanzausschusses. Der Finanzausschuss ist Teil des Gesetzgebungsverfahrens und dadurch ist seine Tagesordnung bestimmt. In der FMK hingegen können die Länderfinanzministerinnen und -minister losgelöst von laufenden Gesetzgebungsverfahren Themen aufgreifen, erörtern und vorbereiten. Beschlüsse der FMK sind in der Regel nicht öffentlich. ❐

Sprache ist der Schlüssel zu gleichen Bildungschancen

Sprachstandserhebung vor Einschulung

Regensburg. Mit dem neuen Gesetz zur Einführung verbindlicher Sprachstandserhebungen und Sprachfördermaßnahmen werden Kinder künftig eineinhalb Jahre vor der Einschulung auf ihre Sprachkenntnisse getestet.

Bei einem Netzwerktreffen der Kooperation Kita-Schule an der Regierung der Oberpfalz tauschten sich Experten über die Umsetzung des neuen Gesetzes aus. Der Vorkurs Deutsch wurde für Kinder mit Deutsch als Zweitsprache erstmals im Kindergartenbetreuungsjahr 2001/2002 eingeführt. In den Folgejahren wurde der Vorkurs Deutsch sukzessive ausgebaut. Mit dem neuen Gesetz wird ab dem Schuljahr 2024/25 ein weiterer Baustein mit der nun verpflichtenden Sprachstandserhebung von Seiten der Grundschulen installiert. Geplant ist es, dass Grundschulen im vorletzten Jahr vor der Einschulung, die Kinder ihres Sprengels zu einer Sprachstandserhebung in die Schule einladen. „Ziel soll es sein, möglichst alle Kinder mit Sprachförderbedarf zu erkennen und diesen rechtzeitig vor Eintritt in die Grundschule eine fundierte und umfangreiche Sprachförderung zukommen lassen zu können“, betont Sabine Voggenreiter, Referentin im Sachgebiet Grund- und Mittelschulen an der Regierung der Oberpfalz. ❐

Schulungen für Politiker und Angestellte:

Kompetenzzentrum für Bayerns Kommunen

Qualifizierte Mitarbeitende – der Schlüssel zu starken Kommunen

Die Qualität der öffentlichen Verwaltung wird entscheidend von der Kompetenz ihrer Mitarbeitenden geprägt. Bayern ist hier Vorreiter: Mit der Bayerischen Verwaltungsschule (BVS) und der Bayerischen Akademie für Verwaltungs-Management (BAV) stehen den Kommunen zwei Institutionen zur Seite, die berufliche Qualifizierung und kontinuierliche Weiterbildung auf höchstem Niveau bieten.

Ob Verwaltungsmitarbeitende, Bürgermeister oder Führungskräfte – die BVS und BAV fördern praxisnah die Kompetenzen, die für eine leistungsstarke und zukunftsfähige Verwaltung erforderlich sind. Das Ziel ist klar: effiziente Prozesse, zufriedene Bürger und Vertrauen in die öffentliche Verwaltung.

BVS – Bildung für die Praxis

Unter dem Motto „Aus der Praxis für die Praxis“ deckt die BVS ein breites Spektrum an Bildungsangeboten ab, die speziell auf die Bedürfnisse bayerischer Kommunen zugeschnitten sind. Zu den zentralen Angeboten zählen:

• Ausbildung und Weiterbildung: Von der Grundausbildung für Verwaltungsfachangestellte bis zum Beschäftigtenlehrgang II vermittelt die BVS fundiertes Wissen in Recht, Verwaltung und Organisation.

• Digitalisierung meistern: Mit der Digitalakademie Bayern hat die BVS ein großes Angebot an Schulungen für kommunale Mitarbeitende in Themen wie E-Government, digitale Transformation und Datenschutz. Workshops zu KI-gestützten Prozessen und IT-Management machen Verwaltungen zukunftssicher. *„Wir sind stolz darauf, mit der Digitalakademie Bayern einen entscheidenden Beitrag zur erfolgreichen Digitalisierung unserer Verwaltung zu leisten“*, fasst Hans-Christian Witthauer, Vorstand der BVS, zusammen. *„Mit unserem umfassenden Angebot und den zahlreichen Partnern sind wir bestens gerüstet, die digitale Transformation aktiv zu gestalten und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst optimal zu unterstützen.“*



Hans-Christian Witthauer, Vorstand der BVS und Stellvertreterin Roswitha Pfeiffer, Geschäftsführerin der BAV und BVS-Geschäftsbereichsleiterin des Bereichs Fortbildung und Entwicklung. ❐

• Führungskompetenz stärken: Speziell entwickelte Programme für Führungskräfte fördern Teammanagement, Veränderungskompetenzen und effektive Kommunikationsstrategien.

• Fachkräfte in technischen Bereichen: Von Baurecht über Klimaanpassung bis hin zu Umwelt- und Wasserrecht bietet die BVS zielgerichtete Qualifizierungen für technische Verwaltungsmitarbeitende.

• Quereinsteiger integrieren: Angesichts des Fachkräftemangels hat die BVS Programme entwickelt, die Quereinsteigern einen schnellen Einstieg in die Verwaltung ermöglichen.

• Qualifizierung im Bereich Umwelt und Technik: Die Bayerische Verwaltungsschule (BVS) bietet im Bereich Umwelt und Technik ein umfassendes Bildungsangebot, das auf die Qualifizierung von Fachkräften in umwelttechnischen Berufen abzielt. Dazu zählen Ausbildungen für Fachkräfte in der Abwassertechnik, Wasserversorgungstechnik sowie in der Kreislauf- und Abfallwirtschaft. Zudem werden Meisterlehrgänge für Abwassermeister und Meister für Kreislauf- und Abfallwirtschaft angeboten. Ergänzend dazu bietet die BVS Fortbildungen wie „Neu in der Abwassertechnik“ an, die Quereinsteigern den Einstieg in die Branche erleichtern.

• Seminare zur Verwaltungsmodernisierung und Prozessoptimierung: Spezielle Weiterbildungen zur Einführung von Lean-Management-Methoden und der Optimierung von Verwaltungsprozessen. Ziel ist es, Abläufe effizienter zu gestalten und Schnittstellenprobleme zu minimieren.

• Rechtliche Spezialkurse: Von Vergaberecht über Kommunalrecht bis hin zu aktuellen Entwicklungen im Datenschutzrecht bietet die BVS eine breite Palette an juristischen Fortbildungen, die speziell auf die Anforderungen der öffentlichen Verwaltung ausgerichtet sind.

• Zertifizierungsprogramme für Fachspezialisten: Aufbauend auf den Standardausbildungen bietet die BVS Zertifikatslehrgänge, z. B. für Haushalts- und Finanzspezialisten, Digitalwirte, Datenschützer oder Personalentwickler in der Verwaltung

BAV – Zukunftssicheres Management

Die Bayerische Akademie für Verwaltungs-Management (BAV) ergänzt das Angebot der BVS mit maßgeschneiderten Beratungs- und Bildungsangeboten, die Kommunen dabei unterstützen, ihre Organisationen und Führungskräfte zukunftssicher aufzustellen:

• Kommunale Seminare: Bürgermeister und Führungskräfte profitieren von praxisnahen Schulungen in Veränderungsmanagement, Baurecht und strategischer Öffentlichkeitsarbeit – immer mit Blick auf die besonderen Herausforderungen kommunaler Verwaltungen.

• Individuelle Coachings: Maßgeschneiderte Coachings fördern persönliche Reflexion, Resilienz und die Entwicklung von Entscheidungskompetenz bei Führungskräften.

• Organisationsentwicklung: Expertenteams analysieren Verwaltungsprozesse und entwickeln praxisnahe Lösungen, um Abläufe effizienter und moderner zu gestalten.

• Rechtssichere Stellenbewertungen: Von der Überprüfung einzelner Stellen bis zur Anpassung ganzer Stellenpläne bietet die BAV rechtssichere und bedarfsgerechte Lösungen.

Anzeige



Jährlich starten rund 3.000 Auszubildende ihre zwei und dreijährigen Ausbildungen bei der BVS. Bilder: BVS

Zusätzlich organisiert die BAV regelmäßig Fachtagungen zu aktuellen Themen wie Digitalisierung, Personalmanagement oder Klimaanpassung. Diese Veranstaltungen bieten Raum für den Austausch von Best Practices und die Vernetzung kommunaler Akteure.

Weitere Informationen zur BAV und das gesamte Veranstaltungsprogramm finden Sie unter www.verwaltungs-management.de/.

Innovation und Qualität – von Profis für Profis

Ein besonderes Merkmal der BVS und BAV ist ihr innovativer Ansatz beim Lernen. Die Bildungszentren der BVS in Holzhausen, Lauingen, Nürnberg und Neustadt an der Aisch und München und Regionalstandorten in allen Regierungsbezirken bieten modernste Lerninfrastruktur und interaktive Formate – ergänzt durch digitale Lernplattformen und hybride Seminare.

Sowohl die BVS als auch die BAV sind seit 2011 nach dem LQW-Standard (Lernerorientierte Qualitätstestierung in der Weiterbildung) zertifiziert. Dieses Gütesiegel unterstreicht die konsequente Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Lernenden und die ständige Weiterentwicklung der Angebote.



LQW-Zertifikat der BVS und BAV. ❐

Dank dieses Qualitätsanspruchs und ihres breiten Angebots sind die BVS und BAV unverzichtbare Partner für Bayerns Kommunen, die vor großen Herausforderungen wie dem demografischen Wandel, der Digitalisierung und neuen rechtlichen Anforderungen stehen.

Gemeinsam die Zukunft gestalten

Die BVS und die BAV stehen für eine Verwaltung, die auf den Säulen Fachkompetenz, Bürgernähe und Innovation aufbaut. Nutzen Sie die Erfahrung und Expertise dieser Institutionen, um Ihre Kommune zukunftsfähig zu machen. Weitere Informationen und Ansprechpartner finden Sie auf www.bvs.de – gemeinsam gestalten wir die Zukunft der bayerischen Verwaltungen! ❐

GZ ZU GAST BEI ...



Norbert Stumpf

Erster Bürgermeister der Gemeinde Bubenreuth

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Die Gemeinde Bubenreuth mit rund 4.800 Einwohnern.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Seit 1. Mai 2014 bin ich hauptamtlich Erster Bürgermeister der Gemeinde Bubenreuth.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Ich habe Bankkaufmann gelernt und war bis zum Amtsantritt über 20 Jahre für eine Bank tätig.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Ich habe mich schon immer für meine Heimatgemeinde eingesetzt und war neben einigen Vereinsmitgliedschaften auch in der Freiwilligen Feuerwehr aktiv. Dort bekleidete ich mehrere Wahlperioden das Amt des Kommandanten und hatte natürlich immer wieder Kontakt mit der Verwaltung und dem Gemeinderat. Und natürlich hatte ich Lust, auch politisch mehr Verantwortung zu übernehmen.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ganz ehrlich, auf das Amt des Bürgermeisters kann man sich nicht so richtig vorbereiten. Mit Amtsantritt beginnt die Ausbildung…. Ich bin jedem Brief, jeder Anfrage und nahezu jedem Geschäftsvorgang einfach hinterhergegangen, denn ich wollte die Verwaltung lernen. Glauben Sie mir, es ist vieles ganz anders, als man sich vorstellt, oder vielleicht sogar wünscht.

Zur Vertiefung folgten einige Seminare.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Mehrere Baustellen …. Der Ausbau der ICE-Strecke Nürnberg-Berlin durchkreuzt unser Bubenreuth und bescherte uns mehrere Jahre eine Großbaustelle und vier Wochen vor der Wahl wurde bei unserer Mehrzweckhalle festgestellt, dass das Dach einsturzgefährdet ist. Da war dann erstmal Eile geboten, um unsere einzige Halle für Veranstaltungen, Schul- und Vereinssport wieder nutzbar zu machen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Ein großes Thema ist die Sicherung unser KiTas, bei denen wir die immer größer werdenden Defizite ausgleichen müssen.

Natürlich steht aber nicht nur die finanzielle Entwicklung auf unserer ToDo-Liste, sondern auch die Entwicklung eines großen Wohngebietes mit einer verdichteten und flächensparenden Planung. Wichtige Bestandteile sind die Schaffung von barrierefreien und bezahlbaren Wohnungen, seniorengerechtem Wohnen und einer Pflegeeinrichtung.

Ein weiteres Highlight ist die Planung und der Bau eines Nahwärmenetzes.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Erstmal geht es um die Umsetzung unserer Planungen für das Wohngebiet und die Schaffung weiterer KiTa-Plätze sowie die Sicherung des Ganztagesangebots an der Grundschule.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Nur Mut, es ist einer der schönsten Jobs – auch wenn es viel Engagement bedeutet, nicht viel Dank zurückkommt und die Familie mitziehen muss.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen, Bürgerinnen und Bürger, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Zuhören und Kümmern ist das Motto nicht nur bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sondern auch bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Die Bürgerbeteiligung wird bei uns in Bubenreuth schon immer großgeschrieben und dabei meine ich nicht nur eine Bürgerversammlung, die man eh machen muss.

Mitmachkommune durch Mitwirkung, Mitgestaltung und auch Mitverantwortung!

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung wird immer weiter voranschreiten. Auch wenn wir am Anfang das Gefühl haben, die Dinge werden umständlicher und schwieriger, bin ich überzeugt, dass es am Ende viel einfacher, schneller und mit weniger Fehlern umgesetzt werden kann. Wir müssen uns nur darauf einlassen und lernen, damit umzugehen.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

„Zuhören und Kümmern“, aber auch mal an sich selbst denken.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Dazu ist es viel zu früh, sich darüber Gedanken zu machen, aber wenn es dann mal so weit ist, freue ich mich, wenn gesagt wird: „Der hat schon gepasst!“ ❐



Landrat Stefan Löwl (2.v.r.) bei seiner Begrüßungsrede anläßlich des gemeinsamen Konzerts des Dachauer Jugendsunfonieorchesters mit der Musikschule Oświęcim. Bild: CH

10 Jahre Landkreispartnerschaft Dachau – Oświęcim /Auschwitz:

Für die Freundschaft, für die Zukunft

Anlässlich des 80. Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau besuchte der Dachauer Landrat Stefan Löwl mit einer Delegation des Landkreises den Partnerlandkreis Oświęcim (Auschwitz). Seit 10 Jahren verbindet die beiden Regionen eine offizielle Landkreispartnerschaft. Erstmalig in diesem Jahr spielte das Dachauer Jugendsinfonieorchester gemeinsam mit der Musikschule Oświęcim ein gemeinsames Konzert. Die Delegation nahm an den offiziellen Gedenkfeierlichkeiten teil.

Von einer Freundschaft zur offiziellen Partnerschaft

Dachau und Auschwitz – zwei Namen, die aus der Geschichte nicht zu löschen sind. Sie wurden in der ganzen Welt zum Synonym für das größte Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Heute sind das zwei Erinnerungsorte, die sich deutlich gegen jegliche Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Totalitarismus und Ausgrenzung positionieren. Und zwei Orte, die der Trauer und der Verarbeitung Raum geben.

Die enge künstlerische und private Freundschaft zwischen Paweł Warchoł aus Oświęcim und dem Dachauer Heiko Klohn, die im Jahre 1989 bei einer Ausstellung in Oświęcim entstand, prägte die Kontakte und legte den Grundstein für die im August 2015 unterzeichnete Partnerschaft. Der Wunsch nach einer offiziellen Partnerschaft wurde an den Landkreis von der polnischen Seite herangetragen und „weil es wichtig ist“, so Löwl, sagte er bald nach seinem Amtsantritt zu.

Die Verantwortung für die gelebte Partnerschaft trägt Koordinatorin Dr. Bernadetta Czech-Sailer. Die gebürtige Polin nahm als Studentin selbst an zahlreichen Kursen der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Oświęcim teil und war 1995 bei den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Befreiung anwesend. „Damals“, erinnert sich Czech-Sailer, „war mit Roman Herzog erstmals ein deutscher Bundespräsident vor Ort – ein außergewöhnlicher Moment.“ Anschließend führte Herzog in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Gespräche mit Jugendlichen im Rahmen eines Journalistenseminars, wodurch auch Czech-Sailer ihm persönlich begegnete. Diese Zeit prägte sie nachhaltig und seither pflegt sie enge Verbindungen zur Region.

Eines ihrer jüngsten Projekte, das sie gemeinsam mit dem „Museum zum Gedenken der Einwohner der Region Oświęcim“ durchgeführt hat, ist die Ausstellung „Kinder aus Indersdorf 1944-48. Zeugen und Opfer des Dritten Reiches“, die im Oktober 2023 eingeweiht wurde und dort dauerhaft gezeigt wird. Die Ausstellung wurde von der Heimatforscherin Anna Andlauer zusammen mit der Direktorin des Museums, Dorota Mleczko, sowie Czech-Sailer kuratiert. Sie erzählt vom Schicksal der Kinder polnischer und ukrainischer Zwangsarbeiterinnen im Landkreis Dachau, die durch das menschenverachtende nationalsozialistische Regime Hunger, Kälte und Krankheiten ausgesetzt waren und verstorben sind. Es geht aber auch um Kinder, die überlebt und nach der Befreiung im Internationalen Kinderzentrum Kloster Indersdorf Hoffnung für das weitere Leben gefunden haben.

Nun hat die Ausstellung in einem Museum einen Platz gefunden, das sich mit der Hilfe, die KZ-Häftlinge durch Anwohner erhalten haben, beschäftigt. Sei es der Schmuggel von Briefen, die heimliche Versorgung mit Lebensmittel und Medizin bis hin zum Verstecken von geflüchteten Häftlingen: Im Bewusstsein, die eigene Freiheit und das eigene Leben aufs Spiel zu setzen, haben viele Menschen Übermenschliches geleistet. Hier, in diesem Museum, wird das Gedenken an die vielen namenlosen und bekannten guten Seelen in Ehren gehalten.

Junge Menschen als Brückenbauer in die Zukunft

Neben Stephanie Jacobs, Bayerische Staatskanzlei, Dr. Markus Gruber, Amtschef im Bayerischen Ministerium für Familie, Arbeit und Soziales sowie Stiftungsvorstand des Max Mannheimer Studienzentrums, Richard Seidl, Stadtrat und Referent für Zeitgeschichte in Dachau, begleiteten auch zwei Vertreterinnen des Jugendkreisrats die Delegation. Zu den jährlich stattfindenden Reisen nach Polen werden immer zwei Jugendvertreter mitgenommen. Die Einrichtung des Jugendkreisrats hat dem Landkreis Oświęcim so gut gefallen, dass kurzerhand dem bayerischen Beispiel gefolgt und selbst eine solche Institution eingerichtet wurde. Die Jugendkreisräte beider Nationen legten gemeinsam einen Kranz bei den zentralen Feierlichkeiten zum Befreiungstag der Stadt Oświęcim nieder.

Wie schon in der Anfangszeit ist auch dieses Jahr Kunst das verbindende Element. Das Dachauer Jugendsinfonieorchester ist mit über 30 jungen Menschen angereist um gemeinsam mit der Musikschule Oświęcim ein abendfüllendes, ambitioniertes Programm zu bestreiten. Dabei wurden unter anderem besondere Musikstücke mit Bezug zur NS-Zeit herausgesucht. „Die schönste Zeit des Lebens“ von Franz Grothe bspw. musste von jüdischen Gefangenen zur Unterhaltung ihrer Peiniger gespielt werden. Außerdem wurde eine Suite aus Brundibár, einer Kinderoper, gespielt. Der Komponist Hans Krása, kam in Auschwitz-Birkenau ums Leben.

In seinem Grußwort zum Konzert sagte der Dachauer Landrat Stefan Löwl: „Heute, 80 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz, sind wir hier; nicht nur um zu erinnern und zu warnen, sondern auch um zu zeigen, dass Hoffnung und Liebe selbst an den dunkelsten Orten wachsen können. In diesem Jahr feiern wir ein kraftvolles Symbol dieser Hoffnung: den 10. Jahrestag der Partnerschaft zwischen unseren beiden Landkreisen.“ Dass die Landkreispartnerschaft Anerkennung auch über die Landkreisgrenzen hinaus erfährt, formulierte Petra Pau, Bundestagsvizepräsidentin, in ihrem Grußwort zur Veranstaltung mit den Worten: „Es grenzt an ein Wunder.“ Sie lobte die Landkreispartnerschaft Oświęcim – Dachau: „Ich hoffe, andere Gebietskörperschaften werden diesem Beispiel in Zukunft folgen.“ **CH**

Grenzüberschreitende Begegnung:

EUREGIO genehmigt sechs neue Projekte

Begegnungsprojekte, auch als „people to people“-Projekte bekannt, fördern den grenzüberschreitenden Austausch und das Miteinander. Sie spielen eine zentrale Rolle in der Umsetzung der Grenzraumstrategie 2021-2027 der EUREGIO Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein und können durch das EU-Programm Interreg finanziell unterstützt werden. In seiner jüngsten Sitzung hat das EUREGIO-Entscheidungsgremium sechs neue Projekte genehmigt.

EUREGIO-Präsident Bürgermeister Norbert Meindl (Marktgemeinde Lofer, Land Salzburger) und Vizepräsident Landrat Bernhard Kern (Berchtesgadener Land) zeigten sich erfreut über die Vielfalt der genehmigten Projekte. „Damit ermöglichen wir in zahlreichen Lebensbereichen den grenzüberschreitenden Austausch und legen den Grundstein für weiterführende Kooperationen im bayerisch-salzburgischen Grenzraum“, betonten sie. Die sechs bewilligten Begegnungsprojekte – „Innovation - alpine connects“, „Grenzenlose MINT-Vernetzung“, „Workation und Coworking im Urlaub – eine Chance im touristischen Angebot“, „Workshops Chorkonzert“, „Kinder – Leben: gestern – heute – morgen“ sowie die „Erwachsenenbildungsfahrt Zeichen der Zeit: Orte der Erinnerung“ – decken die Bereiche Wirtschaft, Bildung, Tourismus, Erwachsenenbildung und Kultur ab. Sie werden stets in grenzüberschreitender Partnerschaft von Wirtschaftsförderungseinrichtungen, Regionalverbänden, Kommunen mit ihren Büchereien, Tourismusorganisationen, Kulturvereinen und Bildungseinrichtungen realisiert. Insgesamt fließen rund 22.000 Euro EU-Fördermittel in diese Projekte.

Begegnungsprojekte können mit bis zu 75 Prozent aus dem Interreg VI A-Programm Bayern-Österreich 2021-2027 gefördert werden, bei maximalen Projektkosten von 5.000 Euro. Sie sind in verschiedenen Bereichen umsetzbar und stehen neben Institutionen auch Schulen und Sportvereinen offen. Die nächsten Einreichfristen enden am 28. Februar und 30. September 2025. Projekte, die bis Februar eingereicht werden, können ab Juni starten, während für spätere Anträge ein Beginn ab Januar 2026 möglich ist.

Für Klein- und Mittelprojekte endet die Einreichfrist am 30. Juni 2025, mit Beschluss im September. Großprojekte können noch bis 31. März eingereicht werden und werden Mitte September auf Programmebene entschieden.



Gemeinsame Kranzniederlegung der Partnerlandkreise Dachau – Oświęcim /Auschwitz im Todesblock 11 des Stammlagers Auschwitz. Bild: Landratsamt Oświęcim, Rafał Lorek

Weitere Informationen

Eine Projekteinreichung ist grundsätzlich laufend möglich. Unabhängig von der Projektart (Begegnung, klein, mittel, groß) unterstützt das Team der EUREGIO-Geschäftsstelle Antragsteller gerne von der Projektidee bis zur Abrechnung des Projekts. Weitere Informationen sowie Links und Downloads zum Antragsverfahren und speziellen Leitfäden für die Antragstellung finden sich auf der EUREGIO-Homepage www.euregio-salzburg.eu unter dem Reiter „Förderungen“. Generell für alle Projekte wichtig ist, dass immer mindestens ein Projektpartner von bayerischer und einer von Salzburger Seite kommen muss und immer auch eine Vorfinanzierung erforderlich ist. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Anne-Marie von Hassel,
Inge Metzger
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 59 vom 01.01.2025
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-17

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Glasfaser für die Zukunft:

Meilenstein im Ausbau für Regensburg und Neumarkt

Vergaben für Bau- und Materialleistungen abgeschlossen – 45.000 Haushalte und Unternehmen profitieren vom größten interkommunalen Glasfaserprojekt Bayerns

Die Laber-Naab Infrastruktur GmbH (LNI) hat in der jüngsten Gesellschafterversammlung einen weiteren wichtigen Meilenstein für den Glasfaserausbau in den Landkreisen Regensburg und Neumarkt erreicht. Nach intensiver Vorbereitungs- und Abstimmungsarbeit wurden die Vergaben für die Rahmenvereinbarungen im Bereich Bau- und Materialleistungen „GIGABAU" beschlossen.

Im gesamten Erschließungsgebiet werden rund 45.000 Haushalte und Unternehmensstandorte in den Clustern West (östlicher Landkreis Neumarkt und westlicher Landkreis Regensburg), Nord (nördlicher Landkreis Regensburg) und Süd (südlicher Landkreis Regensburg) mit Fördermitteln von Bund, Freistaat Bayern sowie Mitteln aus den gemeindlichen Haushalten erschlossen. „Mit diesen Rahmenvereinbarungen haben wir leistungsstarke Ausbaupartner an unserer Seite, die den Glasfaserausbau flächendeckend vorantreiben werden", betont René Meyer, Geschäftsführer der LNI. „Der Gigabit-Rollout ist ein Marathon, aber auch ein Mannschaftssport – nur gemeinsam können wir diesen großen Schritt in Richtung einer zukunftssicheren digitalen Infrastruktur gehen."

Großes Interesse an Vergabeverfahren

Die Vergabesummen bleiben trotz herausfordernder Rahmenbedingungen, wie Inflation und steigender Baukosten, in einem bezahlbaren Rahmen. Besonders erfreulich: Durch ein detailliertes und ausgefeiltes Verfahren konnten die Angebotspreise im Vergleich zu den indikativen Runden deutlich gesenkt und die Leistungsfähigkeit der Bieter noch höher bewertet werden. Das Vergabeverfahren stieß auf großes Interesse: Über 20 Unternehmen, überwiegend aus Bayern, beteiligten sich an den Verfahren. Nach der umfassenden Prüfung und Wertung wurden leistungsstarke Partner für die drei Cluster ausgewählt. Parallel dazu wird die Lieferung und Installation der PoP-Gebäude (Point of Presence) auf Grundlage einer Rahmenvereinbarung realisiert. Diese Gebäude dienen als zentrale Zugangspunkte des Netzes. Insgesamt sind 15 Standorte geplant. Mit Zuschlagserteilung wird zeitgleich ein Einzelabruf für vier PoP-Stationen erfolgen, deren Lieferung und Installation in den ersten Bauabschnitten nach dem anstehenden Winter vorgesehen ist.

Den Zuschlag für den Betrieb des passiven Glasfasernetzes in kommunaler Hand hat die Telekom erhalten. Es ist das erste Mal, dass die Telekom ein Betreibermodell in dieser Größenordnung übernimmt. Josef Bauer, Aufsichtsratsvorsitzender der LNI und stellvertretender Landrat des Landkreises Neumarkt, erklärt: „Die LNI ist nicht nur das größte Betreibermodell in Bayern, sondern auch deutschlandweit das größte Projekt der Telekom dieser Art. Ich freue mich darauf, dass wir im Frühjahr 2025 mit dem flächendeckenden Ausbau starten können."

Tanja Schweiger, stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der LNI und Landrätin des Landkreises Regensburg, ergänzt: „Seit 15 Jahren arbeitet der Landkreis Regensburg intensiv am Thema Glasfaserausbau. Der einstimmige Beschluss der Gesellschafterversammlung, fast eine halbe Milliarde Euro brutto, vor allem aus öffentlichen Mitteln, zu investieren, ist ein Meilenstein für die Internetanbindung der Haushalte und Unternehmen in unseren Kommunen."

Landkreisübergreifende Zusammenarbeit

Auch die organisatorische Zusammenarbeit der beiden Landkreise und ihrer 47 Kommunen ist ein Erfolgsmodell, wie René Meyer betont: „Das Projekt zeigt, wie interkommunale Zusammenarbeit über die Landkreisgrenzen hinaus funktionieren kann. Mit der Vergabe an leistungsfähige Ausbauunternehmen haben wir eine starke Basis geschaffen, um den Glasfaserausbau in öffentlicher Hand zügig und zuverlässig umzusetzen." Der Baustart ist für das Frühjahr 2025 vorgesehen. Mit dieser Botschaft beginnt ein weiterer entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer leistungsstarken digitalen Infrastruktur, die unsere Region zukunftssicher aufstellt.

Mehr Informationen: www.lni.gmbh ❐



Aufsichtsrat und Geschäftsführer der LNI, v.l.: Christian Graf, Josef Bauer, René Meyer, Tanja Schweiger, Christian Hauner, Hans Schmid. Bild: HCWagner

GZ PINOS WELT



Deutschland ist ein seltsames Land. Als einziger relevanter Industriestaat in einer tiefen Rezession. Die Produktion bricht ein. Der Export schwächelt. Die Infrastruktur ist marode. Nur eines funktioniert zuverlässig: Die Empörung!

Es scheint so, als wäre dieses Land neuerdings unfähig, eine rationale Diskussion zu führen. Die Emotionen gehen zuverlässig hoch, was auch immer gerade ansteht. Im Bundestag sollte Richtiges beschlossen werden – so jedenfalls die Idee hinter der parlamentarischen Demokratie. Als ein Gesetz zur Abstimmung anstand, das vieles Richtige enthielt – jedenfalls nach der demoskopisch ermittelten Meinung einer Mehrheit der Bevölkerung – kam es zur Katastrophe. Das Tor zur Hölle wurde geöffnet! So die Meinung derjenigen, die nicht das in Angriff nehmen wollen, was die Bevölkerung fordert. Denn auch die Falschen hatten dem richtigen Inhalt zugestimmt.

Empörungsweltmeister Deutschland

Das mit der Hölle ist gleich erklärt: Eine der im Bundestag vertretenen extremistischen Parteien ist am rechten Rand des Spektrums verortet. Niemand arbeitet mit ihnen zusammen, niemand will mit ihnen eine Regierung bilden. Da sie aber Dämonen sind, darf nichts mit deren Zustimmung beschlossen werden. Und sei es noch so vernünftig und wichtig. Wenn man als Partei der Mitte nicht aufpasst, wird man automatisch in den Sog der Extremisten gezogen (Stichwort Höllenschlund) und aus Männern und Frauen der demokratischen Mitte werden wahlweise Faschisten oder gleich Nazis.

Die Nazi-Keule geht immer. Je länger die dunklen Jahre vor 1945 vorbei sind, desto inflationärer und damit die richtigen Nazi verharmlosend wird sie geführt. Ein Klassiker ist das Beschmieren von Wahlplakaten mit Hitlerbärtchen. Barzel musste das schon ertragen, Kohl und Strauß. Jetzt Friedrich Merz. Markus Söder hat sich durch eine echte, äußerst kleidsame Manneszier gegen Schmierereien gewappnet. Nicht so einfach hat es Sarah Wagenknecht, deren mit einem Kurzschnäuzer verunziertes Porträt ich vor einigen Tagen am Straßenrand sah. Was will der ideologisch gefestigte Kritzler damit sagen? War Hitler nicht nur Kommunist sondern auch Transperson?

Ich denke wohl zu viel. Das Denken sparen sich jedenfalls die, die tagelang wieder gegen rechts auf die Straßen gingen. Wobei Faschisten natürlich alle diejenigen sind, die sich nicht zu den Parteien links der Mitte bekennen. Nachdem also alle derzeitigen Oppositionsparteien mit Ausnahme der Linken und des BSW Ausgeburten der Hölle darstellen (vgl. Tor zur Hölle etc.), ist es für das ZDF auch legitim, Berichte vom Parteitag der CDU so zu manipulieren, dass die Grenze zur Desinformation überschritten ist, und zu Wahlarenen ausschließlich links sozialisierte Studenten einzuladen. Schließlich muss eine neue Machtergreifung verhindert werden.

Aber die Empörung in der deutschen Politik richtet sich ja nicht nur gegen den Feind im Innern. Da erwägt der amerikanische Präsident einen Vorschlag des ukrainischen Präsidenten Selenskyj aufzugreifen und strategische Bodenschätze gegen Waffen zu tauschen. Empörung bei Kanzler und Außenministerin, obwohl doch damit eines der großen politischen Wunder verbunden sein könnte: Die Ukraine wird für Trump wichtig.

Auch der Vorschlag von Trump, den Gazastreifen in Stil eines Immobilienentwicklers wieder aufzubauen führt bei uns zu nichts anderem als schnappatmender Empörung. Aber Fakt ist doch, dass in Gaza alles zerstört ist, was zerstört sein kann, es dort weder Bodenschätze noch Industrie gibt und ein Aufbau, der darin besteht, nur den Status quo ante mit einer zum Nichtstun und dem Empfangen von Hilfsgütern der UN verurteilten Bevölkerung zu erneuter Radikalisierung und Gewalt führen wird. Warum also bei den Wiederaufbauplänen nicht eine Erwerbsperspektive, den Tourismus, mitdenken?

Ok, die Trumpschen Ideen sind in Reinkultur unausgegoren und wohl Quatsch. Möglicherweise lohnt es sich nicht, darauf allzu viele Gedanken zu verschwenden. Aber statt reflexartiger populistischer Empörung könnten sie doch Denkanstöße geben. Frei nach Woody Allen: „Das Schwierigste am Leben ist es, Herz und Kopf dazu zu bringen, zusammenzuarbeiten."

Ihr Pino

Klare Haltung gegen Antisemitismus:

CSU bekräftigt Schutzversprechen

Evangelischer Arbeitskreis der CSU zum Informationsgespräch bei Israelitischer Kultusgemeinde Fürth

„Antisemitismus wird nicht geduldet, auch keine diesbezüglich motivierten Besetzungen von Universitäten", so Innenminister Joachim Herrmann bei einem vom Evangelischen Arbeitskreis (EAK) der mittelfränkischen CSU initiierten Informationsgespräch mit der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) Fürth. „Wir brauchen auch wieder mehr Respekt vor anderen Meinungen und anderen Religionen".

Bei dem Gedankenaustausch mit Repräsentanten der IKG Fürth und der CSU in Mittelfranken hatte Vorstandsvorsitzende Julia Tschekalina nicht nur die Jüdische Gemeinde, das Museum und die laufenden Projekte vorgestellt, sie bedauerte dabei, auch von einer schwierigen Zeit mit viel Antisemitismus berichten zu müssen.

In der Diskussion wurde deutlich: Nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 werde das Existenzrecht Israels wieder zunehmend in Frage gestellt. Ein globaler Anstieg des Antisemitismus auch mit vermehrten physischen Übergriffen auf Juden sei zu verzeichnen. Dabei zeigte sich Julia Tschekalina aber erfreut über die Zusage von Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Innenminister Joachim Herrmann, das Schutzversprechen voll umzusetzen.



V.l.: Initiator und ehem. Bürgermeister Andreas Galster, Rabbiner David Zharko, MdB Ralph Edelhäußer, IKG-Vorstandsvorsitzende Julia Tschekalina, Innenminister Joachim Herrmann, MdB Tobias Winkler, EAK-Bezirksvorsitzender Jürgen Hopf und MdL Werner Stieglitz. Bild: pmw

Der Antisemitismus verstecke sich hinter pauschaler Israel-Kritik und beginne sogar schon bei Kindern, meinten Vertreter der IKG. Er gehe quer durch gesellschaftliche Schichten und zeige vielfältige Formen. Das gelte nicht nur für extrem rechte wie linke Positionen, sondern auch für intellektuelle Kreise. Deutsche Juden würden oft als Projektionsfläche für die Geschehnisse in Israel und im Nahen Osten gemacht, sobald man sich als Jude oute. „Es geht um das jüdische Leben heute in Deutschland, welches geschützt werden muss", sagte Bundestagsabgeordneter Tobias Winkler, und Landtagsabgeordneter Werner Stieglitz ergänzte: „Wir stehen auf allen Ebenen an Ihrer Seite". Nach Aussage von Joachim Herrmann müsse unterschieden werden zwischen dem jüdischen Leben in Deutschland und dem Staat Israel. „Das Existenzrecht Israels gehört zur Staatsräson in Deutschland", dazu bekenne sich die CSU unabhängig von jeweiligen Regierungen. Letztlich waren sich IKG, EAK und CSU einig: „Wir wollen und werden den interreligiösen Dialog verstärken" und die CSU-Mandatsträger betonten: „Sie können sich ohne Wenn und Aber auf unsere Solidarität verlassen". **pmw**

Gigabit-Zukunft für Cham:

Glasfasernetz offiziell in Betrieb

Über 1.300 Haushalte und Unternehmen erhalten direkten Glasfaseranschluss – Ziel ist Gigabit bis in jedes Haus

„Bayern setzt auf eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur – mit Glasfaseranschlüssen für alle Bürgerinnen und Bürgern direkt ins Haus! Ab sofort surfen weitere Haushalte und Unternehmen in Cham mit Gigabitgeschwindigkeit", betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Inbetriebnahme des geförderten Gigabitnetzes in Cham.

Die Inbetriebnahme zeige, so der Finanzminister, dass das bayerische Glasfasernetz stetig wachse. Vom Ausbau profitieren über 1.300 Haushalte und Unternehmen. Der Freistaat Bayern hat dieses Projekt mit rund 3,5 Millionen Euro gefördert. „In der heutigen Zeit ist das Internet unverzichtbar geworden – es ist eine grundlegende Voraussetzung für nahezu jede berufliche Tätigkeit. Schnelle und leistungsstarke Netze sind das ‚Tor zur digitalen Welt' und prägen unseren Alltag maßgeblich", so der Finanzminister.

Investition: 2,6 Mrd. Euro

„Der Freistaat Bayern setzt sich seit Jahren mit voller Kraft auf freiwilliger Basis dafür ein, den Glasfaserausbau für seine Bürgerinnen und Bürger bestmöglich voranzutreiben. Seit 2014 haben wir im Rahmen der Bayerischen Gigabitförderung insgesamt bereits 2,6 Milliarden Euro investiert: Damit werden über 104.000 Kilometer Glasfaser in Bayern verlegt! Eine moderne digitale Infrastruktur ist Grundpfeiler für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und entscheidet über die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Ein großes Dankeschön an alle Beteiligten für ihren Einsatz und unseren Bürgerinnen und Bürgern wünsche ich eine stets schnelle und stabile Verbindung!", so Füracker.

Mit der Bayerischen Gigabitrichtlinie hat der Freistaat – als erste Region in der Europäischen Union – den Weg dafür geebnet, den Glasfaserausbau auch dort zu fördern, wo bereits ein Netzbetreiber mindestens 30 Mbit/s anbietet (sogenannte „graue Flecken"). 71 Prozent aller bayerischen Haushalte sind schon gigabitfähig erschlossen, nach Abschluss aller laufenden Projekte werden es sogar 81 Prozent sein. ❐

NEW SmartMed:

Modellprojekt im ländlichen Raum verlängert

Um die medizinische Versorgung im ländlichen Raum zukunftssicher zu gestalten, haben die AOK Bayern und der Landkreis Neustadt an der Waldnaab (NEW) den Selektivvertrag „NEW SmartMed" um zwei Jahre verlängert. Seit über einem Jahr erprobt das Modellprojekt innovative Wege, um ambulante Versorgungsangebote nachhaltig zu verbessern. Dafür wurde zunächst die personelle, technische und räumliche Infrastruktur geschaffen. Derzeit sind eine medizinische Fachangestellte und zwei Arztpraxen an dem Projekt beteiligt.

Landrat Andreas Meier zufolge „laden wir die Ärzteschaft und die Patientinnen und Patienten nun dazu ein, die innovativen Angebote von NEW SmartMed auch aktiv zu nutzen. Gemeinsam können wir so die Zukunft der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum – für ein gesundes Leben in Neustadt an der Waldnaab – gestalten. Klar ist aber auch, dass dieses Projekt nur eine wirklich gesicherte Zukunft haben wird, wenn das Angebot auch angenommen wird, sowohl von Ärztinnen und Ärzten als auch von der Bevölkerung." Das Projekt „NEW SmartMed" ermöglicht eine ärztliche Delegation von Tätigkeiten an medizinische Fachangestellte (MFA). Solche delegierbaren Tätigkeiten sind etwa Blutentnahmen, Blutzucker- und Blutdruckmessungen oder Wund- und Medikamentenmanagement. Die MFA führt die entsprechende Untersuchung oder Behandlung schwerpunktmäßig in einem Gemeinderaum oder bei Bedarf auch beim Patienten zu Hause durch. Es können auch Untersuchungen wie EKG oder Lungenfunktionsprüfungen erfolgen und die Ergebnisse direkt an die betreuende Praxis übertragen werden. Der Arzt kann bei Fragen per Videosprechstunde hinzugezogen werden. **DK**

Landkreis Regen:

Nachhaltig Gäste gewinnen und bewirten

Umwelt- und Naturschutz sind im Ferienhaus Corinna Teil des Konzeptes

Kirchdorf im Wald. „Der Umwelt- und Naturschutz ist uns wichtig“, sagen Luise und Günther Dengler. Das Ehepaar betreibt seit mehr als zwei Jahrzehnten das Ferienhaus Corinna. Neben dem Umweltschutzgedanken bringe ökologisches Handeln und die damit verbundene Nachhaltigkeit oft auch finanzielle Vorteile. „Das ist eine Win-Win-Situation“, stellte auch Landrat Dr. Ronny Raith bei seinem Besuch in Kirchdorf im Wald fest. Der Landrat war eigens zu Familie Dengler gefahren, um die Rezertifizierungsurkunde zum Umwelt- und Klimapakt Bayern zu überreichen.

„Sie sind nicht zum ersten Mal dabei und sie bringen sich weiter ein“, lobte Raith das Engagement des Ehepaares.

Umwelt- und Klimapakt Bayern

Mit dem Ferienhaus Corinna erfüllen sie alle notwendigen Kriterien, um erneut die Plakette des Umwelt- und Klimapaktes Bayern zu führen. Luise Dengler erklärte, dass für sie der Umweltschutz bereits im Kleinen beginnt. So gab es beispielsweise in ihrem Betrieb – für die Gäste, die Frühstück gebucht haben – nie verpacktes Essen, weder Butter noch Marmelade kommt vorportioniert auf den Tisch. Sie berichtete ferner davon, dass viele Gäste immer wieder kommen. „Wir haben viele Stammgäste“, freut sie sich. Diese wissen das Engagement der Gastgeber zu schätzen.

Neben Landrat Dr. Raith gratulierte auch Teresa Sitzberger, die Wirtschaftsförderin des Landkreises Regen: „Es ist schön, dass es Betriebe wie diesen gibt. Hier merkt man richtig, dass die Gäste sich wohl fühlen.“ Raith und Sitzberger bedankten sich für den Einsatz und wünschten Familie Dengler weiter viel Erfolg. „Ich hoffe, ich sehe sie spätestens in drei Jahren wieder, wenn die nächste Rezertifizierung ansteht“, sagte das Landrat zum Abschied. ❒



Günther und Luise Dengler (Bildmitte) freuen sich darüber, dass Landrat Dr. Ronny Raith und Wirtschaftsförderin Teresa Sitzberger die Urkunde und die Plakette zum Umwelt- und Klimapakt überbrachten. Bild: Heiko Langer / Landratsamt Regen



Kunstvoll geklöppelt: Vom 25. bis 27. April wird Neumarkt in der Oberpfalz zum Hotspot für Klöppelkunst aus ganz Europa. Der 41. Klöppelspitzen-Kongress bringt Hunderte Textilkünstler in die Stadt, die nicht nur ihr Handwerk feiern, sondern auch beeindruckende Werke präsentieren. Besucher können sich auf zahlreiche Ausstellungen freuen – von filigranen historischen Fächern über moderne Spitzen-Accessoires bis hin zu kreativen Mitmachaktionen. Besonders spannend: Die Klöppelschule Abensberg zeigt live, wie aus feinen Fäden echte Kunstwerke entstehen. Bild: Dr. Franz Janka



Bayerns bestes Café: Neumarkt hat das beste Café Bayerns! Das Café Wittl wurde vom renommierten Magazin „Der Feinschmecker“ als Landessieger ausgezeichnet. Die „Haute Patisserie“ von Beatrix Wittl begeistert mit kunstvoll komponierten Törtchen, die aus bis zu sieben feinen Schichten bestehen. Wer diese süßen Meisterwerke kosten möchte, muss nach Neumarkt kommen – oder auf eine exklusive Lieferung an Feinkost Käfer in München hoffen. Ein Genuss für alle Sinne. Bild: Café Wittl

Vorschau auf GZ 5

In unserer Ausgabe Nr. 5/2025, die am 27. Februar 2025 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Energie: Erzeugung · Beschaffung · Speicherung**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**
- **Kommunale Museen und Bibliotheken**
- **Handwerkliche Dienstleistungen Ausstattung und Einrichtung kommunaler Gebäude**

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

ESB ENERGIE SÜDBAYERN

Fahnen/Arbeitsbekleidung

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Arbeitskleidung
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Fahnenmaste
Vereinsbedarf

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.
LEONET.DE

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de Bayern Grund

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektiven Winterdienst
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung
Nachrüstbar im laufenden Betrieb
Montage vor Ort durch modulare Bauweise
Keim- und schadstoffübertragungsfrei
Werkseigener Kundendienst
Systemverantwortung durch Gesamtplanung
Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.
SEW® GmbH
www.sew-kempen.de SEW®

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 27. Februar 2025 | 76. Jahrgang | Nummer 5

Bayerisches EnergieForum
2. April 2025, Stadthalle Gunzenhausen
Veranstalter: Bayerischer Gemeindetag und Bayerische GemeindeZeitung



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

DStGB-Erwartungen an die Bundespolitik:

Kommunen fordern Kurswechsel

Die Städte und Gemeinden sind am Limit. Finanzielle Engpässe, Personalmangel und überbordende Bürokratie erschweren ihre Arbeit – und damit das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger. Der DStGB fordert deshalb eine Kehrtwende in der Bundespolitik. In einer aktuellen Resolution macht der Kommunalverband klar: „Es braucht eine Stärkung der Kommunalfinanzen, eine bessere Steuerung der Zuwanderung, mehr innere und äußere Sicherheit, konsequente Digitalisierung und eine gesicherte Bildungsfinanzierung. Nur so können die Kommunen ihre Aufgaben weiterhin erfüllen und das Vertrauen in die Demokratie bewahrt werden."


Die Unions-Parteivorsitzenden in Siegerpose: CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz gemeinsam mit Bayerns CSU-Vorsitzendem, Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Bild: CSU

Von der Bundespolitik in der neuen Legislaturperiode erwartet der Deutsche Städte- und Gemeindebund zunächst die Stärkung der kommunalen Investitionskraft mit einem Investitionsprogramm. Die gesamtstaatliche Steuerverteilung müsse zugunsten der Kommunen reformiert werden. Im Verhältnis des Bundes zu den Kommunen bedürfe es eines strikten Konnexitätsprinzips. Staatliche Sozialleistungen müssten zielgenau und effizient sein.

Investitionsrückstand bei der kommunalen Infrastruktur

Laut DStGB tragen die Kommunen derzeit gesamtstaatlich rund 25 Prozent der Ausgaben, erhalten jedoch nur rund 14 Prozent der gesamtstaatlichen Steuereinnahmen. Der Investitionsrückstand an der kommunalen Infrastruktur hat sich auf rund 186 Mrd. Euro erhöht. Der Investitionsrückstand wächst derzeit deutlich schneller, Investitionen gehen zurück. Die Sozialausgaben haben sich in 15 Jahren verdoppelt und die Tendenz ist weiter stark steigend. „Dies liegt nicht zuletzt an deutlichen Aufgaben- und Standarderweiterungen durch den Bund", heißt es in der Resolution.

Deutschlands Stärke und Wohlstand sichern

Deutschlands wirtschaftliche Stärke und Wohlstand seien vorrangig zu sichern. Da es ohne starke Infrastruktur keine starke Wirtschaft gibt, müssten Investitionen jetzt Vorrang haben. Durch die dramatische finanzielle Lage sei die kommunale Selbstverwaltung ausgehöhlt. Kommunale Rettungspakete genügten jetzt nicht mehr. „Wir brauchen ein Moratorium: Neue Standards, Rechtsansprüche und gesetzliche Leistungen sind nicht mehr erfüllbar, ohne dass das Bestehende ‚ehrlich' überprüft und angepasst wird."

Zuwanderung steuern, ordnen und begrenzen

Beim Thema Zuwanderung, die „gesteuert, geordnet und begrenzt" werden müsse, bedürfe es einer gemeinsamen groß angelegten Integrationsoffensive von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Die Kommunen benötigten die Zeit und die Möglichkeit, denen gut zu helfen, die der Hilfe bedürfen. Allein seit 2022 seien rund 2 Millionen Menschen nach Deutschland gekommen, die integriert werden müssen. Jedoch reichten die Kraft und die Ressourcen dafür vor Ort nicht mehr aus. Die Sozialstandards in der EU müssen laut DStGB nach Kaufkraft vereinheitlicht werden. Zudem habe der Bund mit seinen Kompetenzen mehr Verantwortung bei Abschiebungen zu übernehmen. Auch solle die Zuwanderung dringend notwendiger Fachkräfte verfahrensmäßig beschleunigt werden.

Innere und äußere Sicherheit stärken

„Eine weitere Forderung des Verbandes ist die Stärkung der äußeren und inneren Sicherheit. „Die letzten Jahre haben uns vor Augen geführt, dass Sicherheit und Freiheit auch in Zentrum von Europa nicht mehr selbstverständlich sind. Auf diese Situation müssen wir uns zwin-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Mut zur Veränderung – Mut zu Reformen

Forderungen des Bayerischen Bezirketags für die 21. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags

Um auch in Zukunft für möglichst alle unterstützungsbedürftigen Menschen ein gleichermaßen angemessenes wie finanzierbares Angebot vorhalten zu können, ist aus Sicht des Bayerischen Bezirketags ein „mutiges und kluges Nachsteuern des Bundesgesetzgebers" unabdingbar. Anlässlich der Bundestagswahl hat der Verband deshalb Forderungen zur Fortentwicklung einer inklusiven, die Teilhabe aller Menschen gleichermaßen ermöglichenden Gesellschaft, zur Sicherung einer zukunftsfähigen und menschenwürdigen Pflege sowie zur Sicherstellung einer auch künftig leistungsfähigen und effizienten öffentlichen Verwaltung erarbeitet.

Stichwort Eingliederungshilfe: Die Ausgaben dafür stiegen allein im Jahr 2023 um 9,4 Prozent auf bundesweit 25,4 Milliarden Euro netto. Der Finanzierungsanteil des Bundes blieb hingegen unverändert, so dass die Kostenbelastung für die Träger der Eingliederungshilfe weiterhin stetig ansteigt. Hier müssten Bundestag und Bundesregierung schnell für eine finanzielle Entlastung sorgen und eine vollständige und dynamische Kompensation gewährleisten, so der Bezirketag.

Keine Mittel für systemfremde Leistungen

Darüber hinaus müsse erreicht werden, dass über die Eingliederungshilfe keine „systemfremden Leistungen" – beispielsweise Pflegeleistungen oder existenzsichernde Leistungen – mehr finanziert werden. Andernfalls sei die Versorgungssituation für die Menschen mit Behinderung in der bisherigen Form künftig nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Nicht zuletzt in Anbetracht des Arbeits- und Fachkräftemangels müssten zudem der Vollzug der Hilfen entbürokratisiert und die gesetzlichen Standards der Leistungsgewährung auf ihre Effizienz hin überprüft und bedarfsangemessen flexibilisiert werden. Die Steuerungsmöglichkeiten der Träger der Eingliederungshilfe seien zu stärken und das vom Bundesteilhabegesetz (BTHG) vorgesehene Bedarfsermittlungsverfahren sollte vereinfacht sowie bundesweit vereinheitlicht und digitalisiert werden. Das Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten dürfe nicht schrankenlos gelten, sondern müsse wieder unter einen Mehrkostenvorbehalt gestellt werden, wie er in der Sozialhilfe (SGB XII) und in der Jugendhilfe (SGB VIII) gilt.

Pooling für Schulbegleitung

Darüber hinaus sei es erforderlich, den Nachrang der Leistungen der Eingliederungshilfe vor allem bei den Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung (Schulbegleitung) wiederherzustellen, so der Verband: „Schulbegleitung ist regelhaft im Pooling zu erbringen und die Schule muss endlich ihrer Verantwortung für eine aus eigener Kraft gewährleistete inklusive Beschulung von jungen Menschen mit Behinderungen gerecht werden."

Ressourcenintensive Eingriffe des Bundes verhindern

Die vom Bundesgesetzgeber geplante Zuständigkeitsverlagerung der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit geistigen und körperlichen Behinderungen in die Jugendhilfe sei angesichts der personellen und finanziellen Rahmenbedingungen der kommunalen Jugendhilfe unverantwortlich und dürfe nicht umgesetzt werden. Schon nach dem heute geltenden Recht hätten junge Menschen mit Behinderungen sowohl uneingeschränkten und gleichberechtigten Zugang zu Teilhabeleistungen als auch zu den Leistungen der Jugendhilfe. Im Einzelfall bestehende Kooperationsdefizite vor Ort seien kein Grund für derart ressourcenintensive Eingriffe in die Vollzugs- und Organisationshoheit der Bundesländer.

Stichwort Pflege: Nach Angaben des Bayerischen Bezirketags sind die bundesweiten Ausgaben der Hilfe zur Pflege im Jahr 2023 um 27,4 Prozent gestiegen. „Das aktuelle Teilkasko-Modell der Pflegeversicherung führt dazu, dass Kostensteigerungen im Wesentlichen durch die pflegebedürftigen Personen bzw. im Fall der hierdurch immer häufiger ausgelösten Sozialhilfebedürftigkeit durch die Sozialhil-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Deutscher Städtetag:

Ruf nach Trendwende

Alarmierende Umfrageergebnisse zur Finanzsituation in 100 Großstädten

„Die Zeit ausgeglichener kommunaler Haushalte gehört erst einmal der Vergangenheit an", machte der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, in der Berliner Bundespressekonferenz deutlich. Laut einer Blitzumfrage des Kommunalverbandes, an der hundert Städte teilgenommen haben, können 37 Prozent der Städte keinen ausgeglichen Haushalt mehr vorlegen, weitere 47 Prozent schaffen einen ausgeglichenen Haushalt nur, indem sie auf finanzielle Rücklagen zurückgreifen.

Die Einschätzung der Städte zu ihrer Haushaltslage hat sich in wenigen Jahren vielerorts um 180 Grad gedreht. Im Rückblick auf die vergangenen fünf Jahre bewerten fast zwei Drittel der Städte (64 Prozent) ihre Haushaltslage als „eher gut oder ausgeglichen". Mit Blick auf die kommenden fünf Jahre treffen nur noch 2 Prozent diese Aussage. Stattdessen schätzen 46 Prozent ihre künftige Haushaltslage als „eher schlecht" und 49 Prozent sogar als „sehr schlecht" ein.

Haushalte konsolidieren

Um ihre Haushalte zu konsolidieren, gibt es in den Städten verschiedene Überlegungen, wie ein Blick auf Straubing und München zeigt. So will die Gäubodenstadt etwa die Öffnungszeiten städtischer Einrichtungen um ca. 15 Prozent reduzieren (Museum, Touristinfo, Bibliothek), bei freiwilligen Aufgaben freiwerdende Personalstellen nicht nachbesetzen, und Gebühren in der Kinderbetreuung und bei kulturellen Veranstaltungen erhöhen. Zudem müssen investive Maßnahmen gestrichen oder auf mehrere Jahre gestreckt werden. So kann zum Beispiel die Sanierung des Zentrums für Feuerwehr und Einsatzdienste nicht im vorgesehenen Zeitraum umgesetzt werden.

Landeshauptstadt München streicht Investitionen

Bereits im vergangenen Jahr musste die Landeshauptstadt München ihre Maßnahmen verschärfen, um einen genehmigungsfähigen Haushalt sicherzustellen. Der Stadtrat hat 2024 beschlossen, dass zur Abflachung der Schuldenentwicklung jedes Jahr ein Volumen von einer Milliarde Euro aus dem geplanten Investitionshaushalt gestrichen wird. Dies wird sich deutlich auf die Investitionsschwerpunkte ÖPNV, Wohnungsbau und Schulbau auswirken, wenn es nicht stärkere Unterstützungsleistungen von Bund und Land gibt. Trotz aller Anstrengungen liegt die geplante Nettoneuverschuldung im Jahr 2025 bei 2,1 Milliarden Euro. München rechnet mit einem Anstieg der Verschuldung auf rund 7,5 Milliarden Euro zum Jahresende.

Finanznot wächst

„Wenn sich nichts ändert, wird die Finanznot der Städte weiter anwachsen", unterstrich Lewe. Dabei gehe es auch um die Zukunft der Demokratie. Vor Ort in den Städten erlebten die Menschen den Staat konkret. Wenn sie ihn dort nur noch als Mangelverwalter und nicht mehr als Gestalter und Problemlöser wahrnähmen, leide das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates.

Ein Aspekt, der für die prekäre Finanzsituation der Städte sorgt, sind die Sozialausgaben

(Fortsetzung auf Seite 4)


Unser freigeistiger Kater Pino nimmt den medienspektakulären Wahlkampf aufs Korn und ruft zu schärferen Regeln für TV-Debatten und Umfragen auf – ein Appell für mehr Substanz in der Politik. **S. 19**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
HSS: Europas Partnerschaften mit dem globalen Süden 2
DLT zu Operationsplan und Zivilschutz 2
Europa wächst und funktioniert in seinen Regionen 2
GZ-Kolumne Carmen Pepiuk:
Achtsam im Miteinander trotz unterschiedlicher Meinungen . .3
Tourismus: Gästerekord in Bayern 3
Bayerischer Baugipfel: Auswege aus der Baukrise 3
Kommunale Energiethemen . . . . . 5 - 13
Kommunales Verkehrswesen . . . . . 14 - 16
Kommunaltechnik • Friedhof • Wald 17
Aus den bayerischen Kommunen . . . . . 18 - 20



Gruppenbild am Rande der Tagung (v.l.) Vijay Chauthaiwale, Verantwortlicher der Abteilung für auswärtige Angelegenheiten der bjp4india, Alan Winde Ministerpräsident Westkap, Südafrika, Feliciano de Sá Guimarães, Professor bei CEBRI, Uni San Paulo, Markus Ferber, MdEP, Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, Tanja Gönner, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Eric Beißwenger, Bayerischer Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales, Wolfgang Niedermark, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des BDI. Bild: HSS/Kalac

Veranstaltung von HSS und BDI zur Zukunft der internationalen Kooperation:

Europas Partnerschaften mit dem globalen Süden“

Ferber: Zurückkehren zu einer Entwicklungspolitik, die auf wirtschaftliche Zusammenarbeit setzt sowie dabei durchaus offen unsere eigenen Interessen benennt und auch durchsetzt

München. „Die Zukunft der Internationalen Kooperation: Europas Partnerschaften mit dem globalen Süden“ war im Vorfeld der MSC 2025 das Thema einer Kooperationsveranstaltung zwischen dem Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) und der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS). Ein Podium, besetzt u.a. mit Alan Winde, Ministerpräsident der südafrikanischen Provinz Westkap, diskutierte über gemeinsame Lösungen globaler Herausforderungen, geostrategische Interessen sowie Rohstoffsicherung und Technologieführerschaft.

Sicherheits-, entwicklungs- und geopolitisch ist es aktuell eine sehr fordernde Zeit. Sicherheitspolitisch steht der russische Angriffskrieg in der Ukraine im Fokus, geopolitisch, weil wir in der multilateralen Welt im Wettbewerb mit anderen Nationen stehen und entwicklungspolitisch müssen wir feststellen, dass weiterhin viel zu viele Menschen in Armut und Unsicherheit leben.

Der HSS-Vorsitzende Markus Ferber, MdEP, erklärt: „Wir sollten dringend zu einer Entwicklungspolitik zurückkehren, die auf wirtschaftliche Zusammenarbeit setzt sowie dabei durchaus offen unsere eigenen Interessen benennt und auch durchsetzt. Populistische Stimmen, welche die Abschaffung von Entwicklungszusammenarbeit fordern, sind auf dem Holzweg. In Zeiten geopolitischer Konflikte, angesichts von Migrationsherausforderungen, und vor allem auch als Exportnation hat gerade Deutschland ein inhärentes Eigeninteresse an der Mitgestaltung der internationalen Agenda und an guten Beziehungen zu Partnern weltweit!“

Entwicklungs- und Schwellenländer leiden besonders unter einer instabilen und gespaltenen Welt

Es sind vor allem die Entwicklungs- und Schwellenländer, die besonders unter den wirtschaftlichen Auswirkungen einer instabilen und gespaltenen Welt leiden. Und mehr denn je stellt sich auch die Frage: In welch einer Welt wollen wir leben? Wie wollen wir diese Welt - gemeinsam mit unseren Partnern - gestalten? Dies alles vor dem Hintergrund, dass Wachstumsmärkte von morgen am Entstehen sind.

Tanja Gönner, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Deutschen Industrie: „Die Intensivierung der Partnerschaft mit dem Globalen Süden bedeutet auch, mit alten Irrtümern aufzuräumen. Ungleiche Geber- und Nehmerbeziehungen müssen der Vergangenheit angehören. Wir fordern Partnerschaften zum gegenseitigen Vorteil. Das bedeutet, die Interessen unseres Gegenübers ernst zu nehmen und gleichzeitig unsere eigenen Interessen im Blick zu haben. Wenn Europa ein wichtiger Akteur im globalen Wirtschaftsgeschehen bleiben will, müssen wir unsere Partnerschaften mit dem Globalen Süden intensivieren. Wir müssen mehr als nur Worte bieten, wir müssen Ergebnisse liefern!“

Vertreter aus Indien, Brasilien und Südafrika, drei Länder, mit denen Deutschland demokratische Grundwerte teilt sowie strategische und besonders wichtige Partnerschaften pflegen darf, diskutierten bei der Kooperationsveranstaltung von BDI und HSS in München.

Die Hanns-Seidel-Stiftung beteiligt sich weiterhin an dieser Diskussion mit evidenz-basierten Studien und mit ihrer aktiven Arbeit in vielen Partnerländern dieser Erde. ❐

GZ-PODCAST

Das gute Beispiel

Podcast-Moderator Michael von Hassel spricht mit beeindruckenden Menschen, die mit ihrem Talent und Engagement für Hoffnung in schwierigen Zeiten sorgen, besonders im Ehrenamt und in der Kommunalpolitik.

Folge 4: Mut, Engagement und ein klarer Kompass: Tanja Schweiger und die Kraft der Kommunalpolitik

In einer Zeit voller Krisen und Unsicherheiten gibt es Menschen, die nicht zögern – sie handeln. Eine davon ist Tanja Schweiger, Landrätin des Landkreises Regensburg. Mit Leidenschaft, Überzeugung und Pragmatismus hat sie sich ihren Weg gebahnt. Heute steht sie an der Spitze eines der wirtschaftlich stärksten und lebenswertesten Landkreise Bayerns.

Doch der Weg dahin war kein Zufall. Vom ersten Moment an hat sie Chancen erkannt, Verantwortung übernommen und sich für ihre Heimat eingesetzt. Sei es in der Flüchtlingskrise, bei der Digitalisierung, im Ehrenamt oder in der wirtschaftlichen Entwicklung – Schweiger denkt groß, aber handelt mit Bodenhaftung. Sie ist überzeugt: Politik muss für die Menschen da sein – konkret, lösungsorientiert und ohne ideologische Scheuklappen.

Besonders am Herzen liegt ihr das Ehrenamt, der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Schaffung gleicher Chancen für Stadt und Land. „Es geht nicht um Gegensätze, sondern um das Zusammenspiel“, sagt sie im Gespräch. Ihr Credo: „Nicht wegducken, sondern Verantwortung übernehmen.“

Wie kann Kommunalpolitik für die Bürger greifbar bleiben? Was braucht es, um junge Menschen für Politik zu begeistern? Und warum müssen wir lernen, wieder mehr aufeinander zuzugehen? In diesem tiefgehenden Gespräch zeigt Tanja Schweiger, wie viel Gestaltungsraum Kommunalpolitik bietet – und warum gerade sie der beste Beweis ist, dass Mut und Engagement den Unterschied machen können.

Alle Folgen unter: www.gemeindezeitung.de/podcast ❐

DLT zu Operationsplan und Zivilschutz:

„Wir müssen vorbereitet sein“

Spätestens seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine ist deutlich geworden, dass dem Zivilschutz wieder eine erheblich größere Bedeutung zukommen muss. Es geht darum, ihn auf neue, zeitgemäßere Grundlagen zu stellen.

Während auf der militärischen Seite der Gesamtverteidigung mit dem Sondervermögen für die Bundeswehr und dem Operationsplan (OPLAN Deutschland) bereits wichtige Impulse gesetzt worden sind, fehlt es daran für den Bereich der zivilen Verteidigung noch weitgehend. Vor diesem Hintergrund hat der Deutsche Landkreistag im Februar eine sehr gut besuchte Veranstaltung zu diesem Themenkomplex durchgeführt, an der zahlreiche Landrätinnen und Landräte aus ganz Deutschland teilgenommen haben. Parallel dazu hat der Deutsche Landkreistag ein Positionspapier mit dem Titel „Zivilschutz effizienter machen!“ veröffentlicht.

Zu den Rednern gehörten neben DLT-Präsident Landrat Dr. Achim Brötel der Parlamentarische Staatssekretär im BMI Johann Saathoff, der Kommandeur des Territorialen Führungskommandos der Bundeswehr Generalleutnant André Bodemann sowie Vertreter der Länder, des Roten Kreuzes und des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Notwendige Infrastruktur

In seinen Ausführungen zu Beginn der Tagung machte der DLT-Präsident deutlich: „Wir müssen vorbereitet sein. Ziel ist es, die für die Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit notwendige Infrastruktur im Spannungs- und Verteidigungsfall zu schützen und die zentralen militärischen Anteile der Landes- und Bündnisverteidigung mit den dafür erforderlichen zivilen Unterstützungsleistungen zusammenzuführen.“

Die aktuell veränderte sicherheitspolitische Lage in Europa erfordere auch eine entsprechende gesellschaftliche Verantwortung und daran anknüpfend gemeinsame Anstrengungen aller, um dieses Ziel erreichen zu können. Die zivile Seite müsse dabei auch selbst wesentliche Unterstützungsleistungen als zentrale Bausteine für die Gesamtverteidigung leisten.

„Während die militärische Seite der Gesamtverteidigung mit dem Sondervermögen für die Bundeswehr und dem Operationsplan Deutschland dazu schon wichtige Impulse gesetzt hat, fehlt es daran aber noch weitgehend für den Bereich der zivilen Verteidigung. Deshalb brauchen wir dringend so etwas wie ein ziviles Pendant zum OPLAN, also eine Art Zivilschutzoperationsplan. Dort müssen die notwendigen personellen, technischen und infrastrukturellen Voraussetzungen definiert werden, um der veränderten Rolle Deutschlands als mögliches Angriffsziel sowie als zentrales Transitland für alliierte Truppen gerecht zu werden.“ Dazu gehöre auch, kritische Infrastrukturen besser zu schützen – von der Wasserversorgung bis hin zu rüstungsrelevanten Unternehmen, so Brötel.

Vor allem aber müsse die militärische und die zivile Sicherheit noch sehr viel mehr zusammen gedacht werden: „So wie die Bundeswehr den Menschen etwa während der Pandemie oder bei der Flutkatastrophe im Ahrtal unterstützend zur Seite gestanden hat, ist sie im Krisen- und Verteidigungsfall auf unsere zivil-gesellschaftliche und zivil-gewerbliche Hilfe angewiesen. Für die Landkreise bedeutet das: Die zivil-militärische Zusammenarbeit muss deutlich gestärkt und weiter ausgebaut werden.“ ❐

Gemeinsame Veranstaltung von Bayern und Baden-Württemberg zu Interreg-Projekten:

Europa wächst und funktioniert in seinen Regionen

Auf Einladung der Wirtschaftsministerien von Bayern und Baden-Württemberg fand in München eine Informations- und Netzwerkveranstaltung zu den Programmen der Europäischen territorialen Zusammenarbeit (Interreg) Süddeutschland statt. Im Fokus standen die vier großräumigen transnationalen Interreg VI B Programme (Alpenraum, Donauraum, Mitteleuropa, Nordwesteuropa) sowie das EU-weite interregionale Programm Interreg Europe. Ziel war die Intensivierung von grenzüberschreitenden Kooperationen im Bereich von wirtschaftlicher Innovation und Transformation über Energie, Klimawandel, Mobilität, Umwelt bis hin zur nachhaltigen Regionalentwicklung.

Dazu Tobias Gotthardt, Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium: „Europa wächst und funktioniert in seinen Regionen - und die Kraft der Kohäsionsfonds macht die EU für jedermann im Alltag spürbar. Europäische Zusammenarbeit ist so Teil der Lösung. Interreg-Programme verbessern den Zugang zu wichtigen Märkten, stärken das Verständnis für gemeinsame Herausforderungen und liefern konkrete Lösungen zu Themen wie Wettbewerbsfähigkeit, Digitalisierung sowie Natur- und Klimaschutz. Bis 2027 können sich Institutionen aus unseren beiden Bundesländern an Programmen mit einer EU-Förderung von knapp 1,3 Milliarden Euro bewerben. Wir unterstützen sie dabei - und arbeiten in Brüssel gemeinsam dafür, dass es auch morgen so bleibt.“

Europäische Herausforderungen

Dr. Patrick Rapp, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg: „Die großen Herausforderungen unserer Zeit wie etwa die Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation oder die Transformation der Wirtschaft sind allesamt europäische Herausforderungen. Wir müssen die Antworten auch auf europäischer Ebene suchen, die europäische Zusammenarbeit liegt in unserem wohlverstandenen Eigeninteresse. Über die Interreg Förderprogramme der EU sind unsere Bundesländer eng mit ihren direkten Nachbarn und mit Europa verflochten. Die Interreg Programme leben von der Vielfalt der Akteure und ihrer unterschiedlichen Perspektiven. Das Besondere daran ist: Nicht die EU und nicht die Nationalstaaten erarbeiten Lösungen, sondern Akteure auf regionaler Ebene mit Partner aus ganz Europa. Ich möchte unsere Kommunen, Hochschulen, Kammern, mittelständische Unternehmen und viele mehr ausdrücklich ermutigen: Nutzen Sie die Chancen dieses Programms und werden Sie Teil unserer starken Interreg-Community!“

Ziel der Interreg-Programme ist die Förderung von grenzüberschreitender Kooperationen - von wirtschaftlicher Innovation und Transformation über Energie, Klimawandel, Mobilität, Umwelt bis zur nachhaltigen Regionalentwicklung. In der laufenden Förderperiode engagieren sich bislang zahlreiche Projektpartner aus Bayern und Baden-Württemberg in den fünf großräumigen Interreg-Programmen.

An der Veranstaltung im Bayerischen Wirtschaftsministerium haben rund 120 Personen teilgenommen. Darunter waren auch viele Vertreter von Landkreisen, Gemeinden, Hochschulen, Unternehmen, Institutionen und Verbänden. Im Rahmen der europäischen Regional- und Strukturpolitik, zu der auch die Interreg-Programme zählen, stehen in der aktuellen Förderperiode von 2021 bis 2027 insgesamt knapp 400 Milliarden Euro zur Verfügung. Das entspricht einem Drittel des gesamten EU-Haushalts. ❐

Ministerin Judith Gerlach:

Pflegefinder Bayern

Pflegebedürftige finden im digitalen „Pflegefinder Bayern“ immer mehr Angebote. Gesundheitsministerin Judith Gerlach betonte: „2.112 Anbieter sind inzwischen dabei – rund die Hälfte aller möglichen Angebote im Freistaat.“

Das Portal listet 2.089 Pflegeheime, 2.140 ambulante Pflegedienste und 230 Beratungsangebote. Die Nutzung steigt: 822 Anfragen im zweiten Halbjahr 2024 bedeuten ein Wachstum von 58 %.

Eine neue Kampagne soll noch mehr Bürger und Anbieter erreichen. Der „Pflegefinder Bayern“ erleichtert die Suche und sorgt für Transparenz. Anbieter können sich digital präsentieren, Suchende Pflegeplätze direkt kontaktieren. Die Plattform zeigt Verfügbarkeiten nach dem Ampelsystem. Seit dem Start im Januar 2024 wurden bereits 1.400 Anfragen gestellt und 900 Nutzer registriert. Gerlach betonte: „Der Pflegefinder ist ein gutes Beispiel, wie Digitalisierung den Menschen hilft. Wir wollen, dass künftig ein Großteil der Pflegeplatz-Suchen über dieses Portal läuft.“

Informationen:
https://pflegefinder.bayern.recaresolutions.com

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Hans Freiberger
Gemeinde Prebitz
am 1.3.

Bürgermeister
Wilhelm Maderholz
Gemeinde Ettenstatt
am 6.3.

Bürgermeister
Max Schmaderer
Gemeinde Schorndorf
am 6.3.

Bürgermeister
Josef Lohr
Gemeinde Oberdolling
am 12.3.

Bürgermeister Thomas Köhler
Markt Kleinwallstadt
am 12.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Hörmann
Gemeinde Seehausen
a. Staffelsee
am 10.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Reinhard Sollfrank
Markt Parkstein
am 8.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Thomas Hemmerich
Gemeinde Geldersheim
am 28.2.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Stadt Erlangen
am 6.3.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Jahrespressekonferenz Tourismus:

Gästerekord in Bayern

Mehr als 40 Millionen Gäste im Jahr 2024

Eine neue Rekordbilanz präsentierte Tourismusministerin Michaela Kaniber auf der Jahrespressekonferenz Tourismus in München. Nach ihren Angaben kamen vergangenes Jahr mehr Gäste in den Freistaat als je zuvor. Insgesamt waren es 40,6 Millionen, das sind 4,5 Prozent mehr als 2023. Auch die Übernachtungen erreichten mit knapp 103 Millionen ein Allzeithoch. Damit ist Bayern endgültig aus der Corona-Delle herausgekommen, die alten Spitzenwerte stammten aus dem Vor-Pandemiejahr 2019. Die Rekordbilanz sei ein Beweis für Stärke des Bayern-Tourismus und die Anziehungskraft der Reiseziele, lobte Kaniber. Auch für 2025 seien die Aussichten trotz des schwierigen konjunkturellen Umfelds positiv. Die Reiselust der Menschen sei „trotz aller Unwägbarkeiten ungebrochen": „Wer spart, tut dies in erster Linie nicht beim Urlaub."

Die meisten ausländischen Gäste kamen 2024 mit 1,1 Millionen aus den USA, die sich mit einem Plus von fast 14 Prozent wieder an Österreich vorbeischoben, das auf gut 1 Million kommt. Dahinter folgen die Niederlande, die Schweiz und Italien. Insgesamt kamen allerdings gut drei Viertel der Menschen, die nach Bayern reisten, aus Deutschland. Eine positive Überraschung im vergangenen Jahr war laut Kaniber die Erholung bei den Gästezahlen aus China. In diesem Markt sieht die Ministerin „enormes Potenzial". Die positive Entwicklung machte sich in allen bayerischen Tourismusregionen bemerkbar, wenn auch unterschiedlich stark: Vor allem Oberbayern legte mit 19 Millionen Gästen (plus 6,6 Prozent) stark zu, was fast der Hälfte der Ankünfte entspricht. Dahinter folgt Franken mit 10,4 Millionen und einem Plus von 4 Prozent vor dem Allgäu und Bayerisch Schwaben mit 6 Millionen und 2,7 Prozent Wachstum sowie Ostbayern mit 5,3 Millionen Gästen und einem Plus von 0,4 Prozent.



V.l.: Angela Inselkammer, Präsidentin des DEHOGA Bayern, Tourismusministerin Michaela Kaniber und Peter Berek, 1. Vorsitzender des Bayerischen Heilbäder-Verbandes. Foto: Schmidhuber/StMELF

Plus durch Konzert und Sport

Im vergangenen Jahr profitierten besonders die Städte von einem starken Tourismus. Der Konzertsommer, aber auch die Fußball-Europameisterschaft hätten der Landeshauptstadt München ein Plus bei den Gästeankünften um 8,8 Prozent auf knapp 9,3 Millionen beschert. Andere Städte hätten noch höhere Zuwächse erreicht, so Landshut mit gut 13 Prozent, Amberg mit 19 oder Würzburg mit gut 12 Prozent. Zu den zehn übernachtungsstärksten Gemeinden zählten wiederum München, Nürnberg, Bad Füssing, Oberstdorf, Bad Kissingen, Regensburg, Füssen, Garmisch-Partenkirchen, Augsburg und Würzburg. Insgesamt haben die 25 übernachtungsstärksten Gemeinden Bayerns einen Anteil von 42,4 Prozent an den bundesweiten Gesamtübernachtungen.

Ihre starke Stellung im Tourismus haben 2024 mit 23,1 Millionen Übernachtungen (+1,2 Prozent) und 5,5 Millionen Ankünften (+2,7 Prozent) die Heilbäder und Kurorte untermauert. „Die wirtschaftliche Gesamtlage erfordert aber bessere Rahmenbedingungen", hob der erste Vorsitzende des Bayerischen Heilbäder-Verbandes, Landrat Peter Berek, hervor. „Wir brauchen eine Politik, die die Bedeutung des Gesundheitstourismus untermauert. Das würde die Kostenträger entlasten und würde schließlich auch zu einer Stärkung des ländlichen Raums führen."

Trotz der erfreulichen Entwicklung der Tourismuszahlen ist Kaniber zufolge die Situation für viele Betriebe enorm herausfordernd. Die Bilanzen der Unternehmen sähen oft deutlich schlechter aus als die touristische Gesamtbilanz. Steigende Kosten und gleichzeitig sinkende Reisebudgets belasteten die Branche enorm. Insbesondere im Gastgewerbe stünden viele Betriebe vor existenziellen Herausforderungen.

Wir brauchen eine Politik, die die Wirtschaft stärkt

„Viele in unserer Branche stehen existentiell mit dem Rücken zur Wand. Das gefährdet den so erfolgreichen Tourismus in Bayern", unterstrich auch die Präsidentin des DEHOGA Bayern, Angela Inselkammer, und forderte: „Unsere Branche braucht auf Bundesebene echte Lösungen… Wir brauchen eine Politik, die die Wirtschaft stärkt und dafür sorgt, dass sich Arbeit wieder lohnt."

Wirtschaft spürbar entlasten

Ministerin Kaniber erwartet von der künftigen Bundesregierung dringend Maßnahmen, um die Tourismuswirtschaft spürbar zu entlasten: „Wir brauchen die dauerhafte Senkung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie, flexiblere Arbeitszeiten und eine echte Bürokratiebremse." Zudem seien steuerliche Entlastungen für Bürger und Mittelstand erforderlich. Wer mehr leiste, müsse sich auch mehr leisten können. Auf Landesebene werde man die Tourismusbranche weiterhin aktiv unterstützen. **DK**

GZ KOLUMNE CarmenPepiuk



Liebe Leserinnen und Leser,

Kommunikation ist ein grundlegender Bestandteil unseres Lebens. Ob verbal oder nonverbal – wir kommunizieren immer. In einer zunehmend digitalisierten Welt, in der soziale Medien und digitale Plattformen den Austausch prägen, stellt sich die Frage: Wie gelingt eine respektvolle und achtsame Kommunikation, insbesondere wenn Meinungen auseinandergehen?

Kommunikation dient nicht nur der Informationsvermittlung, sondern auch dem Aufbau und Erhalt von Beziehungen. Sie beeinflusst unser soziales Miteinander und kann Unstimmigkeiten entweder klären oder verstärken. Besonders in digitalen Zeiten, in denen Missverständnisse aufgrund fehlender nonverbaler Signale häufiger auftreten, ist es umso wichtiger, bewusst und achtsam zu kommunizieren.

Eine der wichtigsten Fähigkeiten in der Kommunikation ist das aktive Zuhören. Wer bewusst zuhört, gibt seinem Gegenüber das Gefühl, verstanden zu werden. Dies beinhaltet: Aufmerksames Zuhören ohne Unterbrechungen – Zusammenfassen des Gesagten, um Missverständnisse zu vermeiden und Nachfragen, um die Perspektive des anderen besser zu verstehen. Gerade in Diskussionen mit unterschiedlichen Meinungen hilft aktives Zuhören dabei, eine sachliche und respektvolle Gesprächsatmosphäre zu schaffen.

Achtsam im Miteinander trotz unterschiedlicher Meinungen

Achtsamkeit in der Kommunikation bedeutet, sich der eigenen Worte, Emotionen und Reaktionen bewusst zu sein. Wichtig dabei ist, den respektvollen Umgangston zu wahren – Ich-Botschaften statt Du-Vorwürfen zu nutzen, um Angriffe zu vermeiden – Empathie zeigen und versuchen, die Sichtweise des anderen nachzuvollziehen.

Die digitale Kommunikation birgt besondere Herausforderungen:

Nonverbale Signale wie Mimik, Gestik und Tonfall fehlen oft, was zu Missverständnissen führen kann. In sozialen Medien oder Chats neigen Menschen auch dazu, impulsiv zu reagieren, ohne gründlich nachzudenken. Algorithmen verstärken „Filterblasen", was bedeutet, dass viele in ihrer Meinungswelt gefangen bleiben und selten mit anderen Perspektiven konfrontiert werden.

Nachstehende Punkte bilden für mich die Grundsätze für eine gelungene Kommunikation:

1. Respekt bewahren – auch wenn Meinungen stark auseinandergehen.
2. Klar und verständlich formulieren – Missverständnisse vermeiden.
3. Auf den Ton achten – Höflichkeit und Sachlichkeit wahren.
4. Konstruktive Kritik üben – statt Vorwürfen lösungsorientiert argumentieren.
5. Digitale und persönliche Kommunikation bewusst nutzen – je nach Thema und Situation das passende Medium wählen.

Kommunikation ist die Basis für Verständigung und Zusammenarbeit. Gerade in einer digital geprägten Welt sollten wir uns bewusst um eine respektvolle, achtsame und wertschätzende Kommunikation bemühen. Durch aktives Zuhören, Empathie und den bewussten Einsatz unserer Sprache können wir Missverständnisse reduzieren und Brücken zwischen unterschiedlichen Meinungen bauen.

Ihre Carmen Pepiuk
Stv. Landesvorsitzende der KPV Bayern
Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Trabitz

Bayerischer Baugipfel in München:

Auswege aus der Baukrise

„Wir brauchen eine große Bau-Offensive in Deutschland. Denn schwächelt der Bau, ist die gesamte Wirtschaft krank", unterstrich Ministerpräsident Dr. Markus Söder beim Bayerischen Baugipfel im Münchner Werksviertel vor Vertretern der Branche – Arbeitnehmer, Handwerk, Industrie, Wohnungsunternehmen und kommunale Spitzenverbände. Mit viel Geld und vereinfachten Verfahren gehe der Freistaat voran. 2024 sei die Rekordsumme von sechs Milliarden Euro in Wohnungen, Schulen, Städte, Straßen und Schienen investiert worden.

„In Bayern haben wir die Mittel für Tiefbau in zehn Jahren fast verdoppelt, haben ein eigenes Brückensanierungsprogramm und unterstützen mit dem Baukonjunkturprogramm 3000 Familien beim Traum vom Eigenheim. Mit der BauNova Bayern bündeln wir unsere Wohnungsbaugesellschaften mit 30.000 günstigen Wohnungen in Bestand und Planung. Zudem erleichtern wir Dachgeschossausbauten und Aufstockungen, streichen Verordnungen und sorgen für schnellere Genehmigungen sowie die Digitalisierung der Bauverwaltung. Nur eine starke Baubranche sichert Arbeitsplätze, lindert den Wohnungsmangel und prägt auch architektonisch das Städtebild unserer Zeit", erläuterte Söder.



Staatsminister Christian Bernreiter, MdL. Bild: © StMB/Atelier Krammer

Aus seiner Sicht muss die neue Bundesregierung dauerhaft mehrere Milliarden Euro in den Wohnungsbau investieren. Um einen „grundlegenden Wechsel" zu schaffen, müsse die Wohnraumförderung „auf mindestens 3,5 Milliarden Euro plus" verstetigt werden. Zudem sei die Städtebauförderung um rund eine Milliarde Euro zu erhöhen, damit auch die Kommunen als wichtiger Auftraggeber für die Bauwirtschaft auftreten könnten.

Bayerischer Weg soll Erleichterungen bringen

Die gestiegenen Materialkosten, Baupreise und hohen Zinssätze hätten der Bauwirtschaft in den vergangenen Jahren erheblich zugesetzt, so der Ministerpräsident. Hinzu komme, dass Investitionen wegen der schwierigen wirtschaftlichen Lage oft zurückgehalten würden. Für Bayern kündigte er an, bei vorhandenen Auflagen, wie etwa im Bereich des Lärm- und Brandschutzes, Vereinfachungen auf den Weg bringen zu wollen. Änderungsbedarf sieht Söder auf Bundesebene deshalb auch im Steuerrecht, allen voran eine Abschaffung der Erbschaftsteuer auf das Elternhaus, die Anrechnung von Ausgaben für energetische Sanierungen auf fällige Erbschaftsteuern und eine deutschlandweite Senkung der Grunderwerbsteuer auf maximal 3,5 Prozent. Zudem seien eine einfachere Mobilisierung von Bauland und weniger Vorschriften für Hochbauten notwendig.

Laut Bauminister Christian Bernreiter konnten in Bayern im vergangenen Jahr zahlreiche Bauherren bei der Schaffung und dem Erhalt bezahlbaren Wohnraums unterstützt werden. Für die staatliche Wohnraumförderung standen im Haushaltsjahr 2024 rund 1,1 Milliarden Euro zur Verfügung. Der Freistaat Bayern unterstützte damit kommunale, kirchliche, staatliche, genossenschaftliche und private Vorhabenträger beim Bau und der Modernisierung von mehr als 13.600 Wohneinheiten in allen Landesteilen.

Bayerisches Wohnungsbauprogramm

Im Rahmen des Bayerischen Wohnungsbauprogramms, des Kommunalen Wohnraumförde-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Benefiz-Schafkopfrennen

für kommunalpolitische Mandatsträger und Freunde

Schirmherren:
Landrat Stefan Löwl (Landkreis Dachau),
Landrat Thomas Karmasin (Landkreis Fürstenfeldbruck) und
Oberbürgermeister Dieter Reiter (Stadt München)

Anmeldung nur digital unter:
www.landratsamt-dachau.de/benefizschafkopf2025

Startgeld: 50 €/Person

1. Platz Reisegutschein im Wert von 400 €
2. Platz Preis im Wert von 200 €
3. Platz Preis im Wert von 150 €
Benefizgewinne: Jeder und jede spielt für einen guten Zweck, der bei Anmeldung angegeben wird.

Mitspielen dürfen alle Freunde der Kommunalpolitik

Schlossgut Odelzhausen
Am Schlossberg 1, 85235 Odelzhausen
www.schlossgut-odelzhausen.de



15.3.2025
Anmeldung ab 14:00 Uhr
Beginn 15:00 Uhr
Schlossgut Odelzhausen
www.landratsamt-dachau.de/benefizschafkopf2025

BAU INDUSTRIE Bayern · Bayerische GemeindeZeitung · Sparkasse Dachau

Mut zur Veränderung ...

(Fortsetzung von Seite 1)
feträger zu übernehmen sind. Eine echte Reform der Pflegeversicherung muss deshalb zu einer spürbaren Entlastung der Selbstzahler wie der Träger der Sozialhilfe führen, beispielsweise durch einen sogenannten Sockel-SpitzeTausch, und durch die neue Bundesregierung schnell auf den Weg gebracht werden."

Für die bundesgesetzlich geschaffene Möglichkeit, Springerpools oder vergleichbare betriebliche Ausfallkonzepte für ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen zu schaffen, fehle bislang die Möglichkeit der Refinanzierung des damit verbundenen Personalmehrbedarfs durch die Pflegekassen. Der Bundesgesetzgeber müsse daher dringend sicherstellen, dass diese Mehrkosten nicht die Pflegebedürftigen selbst bzw. die Sozialhilfeträger belasten.

Unterstützung älterer Menschen

Sozialräumliche Strukturen zur Unterstützung älterer Menschen im (vor-)pflegerischen Bereich müssten geschaffen und auch von der Bundesebene dauerhaft finanziert werden, um häusliche Pflege durch das Ineinandergreifen von familiärer Betreuung und Unterstützung, ergänzenden professionellen Pflegeleistungen und unterstützenden Angeboten durch bürgerschaftlich Engagierte und/oder professionelle Dienstleister zu entlasten. Die gesetzliche Verankerung von Strukturen wie der Community Health Nurse und auch von Lotsenstellen wie der Gemeindeschwester(+) als zentrale Anlaufstelle und Bindeglied zwischen pflegebedürftigen Menschen, Angehörigen und dem Gesundheitssystem wirkten präventiv und stärkten sozialräumliche Strukturen.

„Die kommunale Pflegeplanung sollte gestärkt und bundesgesetzlich verankert werden. Gleichzeitig sind die Pflegekassen zu verpflichten, die Empfehlungen und Zielsetzungen der kommunalen Pflegestrukturplanung vor Abschluss eines Versorgungsvertrages zu beachten", heißt es weiter. Die mit dem Angehörigen-Entlastungsgesetz eingeführte Freistellung unterhaltsverpflichteter Eltern und Kinder von einem Rückgriff des Sozialhilfeträgers auf ihr Einkommen bis zu einem zu versteuernden Jahresbetrag von 100.000 Euro sei auf den Prüfstand zu stellen und die Beweislastumkehr zu Ungunsten der Sozialhilfeträger rückgängig zu machen.

Stichwort Krankenhausversorgung:

Die im Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) vorgesehene Definition des „Fachkrankenhauses" soll nach dem Willen des Bezirketags flexibler gestaltet und Ausnahmen durch das jeweilige Bundesland zugelassen werden. In der Rechtsverordnung nach § 135 e Abs. 1 SGB V seien Ausnahmeregelungen und Gestaltungsspielräume für die Länder zu schaffen.

Bei der Neugestaltung der Notfallversorgung müsse den Bedarfen besonders vulnerabler Gruppen wie psychisch erkrankten Menschen oder Kindern und Jugendlichen an den geplanten medizinischen Erstanlaufstellen Rechnung getragen werden. Um eine bedarfsgerechte Versorgung insbesondere für schwer chronisch kranke Menschen aufrecht zu erhalten, müsse in den Fachbereichen Psychiatrie sowie Kinder- und Jugendpsychiatrie die Vorhaltung von Mindestkapazitäten gewährleistet sein. Eine solche Vorhaltung sei ebenso wie die Zuordnung von Ressourcen sinnvoll an den Auftrag regionaler Versorgungsverpflichtung zu binden.

Die steigenden Anforderungen im Gesundheits- und Pflegebereich erforderten zudem eine grundlegende Stärkung der pflegerischen Berufe. Gefordert wird daher die gesetzliche Verankerung erweiterter Kompetenzen für beruflich und akademisch ausgebildete Pflegefachpersonen, um eine effizientere, patientenzentrierte Versorgung zu gewährleisten, z. B. durch erweiterte Delegations- und Substitutionsmodelle für den Pflegeberuf als Heilberuf mit eigenen beruflichen Kompetenzen im Leistungsrecht sowie erhöhte Handlungsspielräume in der Prävention und Beratung.

Darüber hinaus wird die neue Bundesregierung aufgefordert, entschlossene Schritte zur Entbürokratisierung und Deregulierung zu unternehmen, um so die Grundlage für eine effizientere und flexiblere Verwaltung zu schaffen und die Handlungsfähigkeit der Kommunen und damit auch der Bezirke zu stärken. Genannt werden u.a. die Überprüfung des Vollzugsaufwands, die Einführung von Pauschalregelungen und Bagatellgrenzen, die Reduzierung von Dokumentations- und Berichtspflichten, realistische (längere) Übergangsfristen zur Implementierung neuer Regelungen mit vorheriger Digitalisierung der Verwaltungsverfahren sowie der Verzicht auf die zusätzliche Verschärfung europarechtlicher Anforderungen.

Hochwertige und sichere digitalen Infrastrukturen

Für eine zukunftsfähige digitale Verwaltung ist nach Auffassung des Kommunalverbands der flächendeckende Zugang zu hochwertigen und sicheren digitalen Infrastrukturen, einschließlich Breitband und 5G-Netzen, unerlässlich. Die technische Basis müsse dabei durch eine einheitliche, datenschutz- und IT-sicherheitskonforme digitale Infrastruktur geschaffen werden.

Eine durchgängige Prozessgestaltung sei für den Erfolg unverzichtbar. Dies bedeute vor allem die konsequente Vermeidung von Medienbrüchen durch eine ganzheitliche Digitalisierung vom Antrag bis zum Bescheid. Der bisherige OZG-Ansatz müsse über reine Online-Anträge hinaus weiterentwickelt werden, begleitet von einer gezielten Förderung der internen Verwaltungsdigitalisierung. IT-Anbieter seien durch verpflichtende offene Schnittstellen in die Pflicht zu nehmen, um einen durchgängigen Datenaustausch zu gewährleisten.

Aus Sicht des Bayerischen Bezirketags müssen die Belange der Kommunen und damit auch der Bezirke als unmittelbare Ansprechpartner vor Ort stärker in die politische Entscheidungsfindung einbezogen werden. Hierzu zählten ein stärkeres Gehör für kommunale Anliegen und die Gewährung von mehr Selbstverantwortung und Entscheidungsfreiheit. „Die Kommunen sind ein Garant für praxisnahe Lösungen, die den lokalen Bedürfnissen gerecht werden. Dafür muss gewährleistet sein, dass den Kommunen die notwendigen Handlungsspielräume verbleiben und ihnen keine zusätzlichen Belastungen auferlegt werden, die sie nicht bewältigen können." **DK**

Auswege aus der ...

(Fortsetzung von Seite 3)
rungsprogramms und des Bayern-Darlehens konnten so über 8.700 Wohnungen und Eigenheime gefördert werden. Dabei wurde der Bau von über 3.100 sozial gebundenen Mietwohnungen bewilligt. Zudem wurden mehr als 2.600 Maßnahmen zur Anpassung von Wohnraum an die Belange von Menschen mit Behinderung unterstützt. In der Eigenwohnraumförderung wurde der Bau oder Erwerb von rund 3.000 Eigenheimen gefördert. Dies ist nahezu eine Verdopplung zum Vorjahresergebnis. Weiterhin wurden rund 2.400 Wohnplätze für Studierende und Auszubildende, rund 300 Wohnplätze für Menschen mit Behinderung, die Modernisierung von über 1.000 Mietwohnungen und Wohnplätzen sowie die Verlängerung von rund 1.200 Belegungsbindungen gefördert.

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger bezeichnete die Bauwirtschaft als „wichtiges Standbein für die bayerische Wirtschaft". Um die Baukonjunktur wieder anzukurbeln, müsse die neue Bundesregierung ein Maßnahmenpaket schnüren. „Wir brauchen Bürokratieabbau durch Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, eine Senkung der Baukosten durch Absenkung unnötig hoher Standards und einen günstigen Wirtschaftsstrompreis. Bauen muss wieder einfacher, schneller und günstiger werden, damit wir die Trendwende schaffen", so der Minister.

Aiwanger zufolge erzielten 2023 im bayerischen Bauhauptgewerbe mehr als 1.800 Betriebe (mit mehr als 20 Beschäftigten) mit etwa 108.000 Beschäftigten einen Umsatz von 21,6 Milliarden Euro. Im Wirtschaftsbau und dem Öffentlichen Bau gab es zuletzt zwar ein Auftragsplus, jedoch sinkt seit 2023 die Zahl an Baugenehmigungen für Wohnungen. In Bayern waren es vergangenes Jahr 45.340 Genehmigungen, mehr als 20 Prozent weniger als 2023 (58.730). Die Gründe sind gestiegene Materialkosten und Bauzinsen, hohe Inflation sowie Verunsicherung hinsichtlich der weiteren Förderpolitik.

Um die Baukonjunktur wieder zu stärken, biete das Wirtschaftsministerium zahlreiche Technologie-Förderprogramme an, die das Ziel haben, die Unternehmen zukunftsfähig zu machen. „Es geht um den Einsatz neuer Technologien, digitaler Werkzeuge, Robotik, serieller und modularer Bauweise oder den 3D-Druck. Alles, was die Produktivität der Baubranche steigert, ist ein Vorteil", stellte der Minister fest.

„Der Auftragsmangel im Wohnungsbau schlägt inzwischen auch voll auf den Umsatz durch", stellte Franz Xaver Peteranderl, Präsident des Bayerischen Handwerkstages, fest. Preisbereinigt schrumpften die Einnahmen im bayerischen Baugewerbe bereits seit 2020. Jede Wohnung, die nicht gebaut werde, fehle in den Auftragsbüchern des Ausbauhandwerks.

Dschungel an Vorschriften

Der Staat, so Peteranderl, müsse wieder mehr zum „Ermöglicher für Wirtschaft und Verbraucher" werden. Zwar seien bereits einige wichtige Schritte unternommen worden (siehe Gebäudetyp E), diese müssten nun aber auch praktikabel und rechtssicher umgesetzt werden. „So brauchen wir etwa eine Entscheidung zwischen verpflichtenden sicherheits- und gesundheitsrelevanten Standards und Standards, die dem Komfort dienen und nicht verpflichtend sind", erklärte der Präsident. Die Baubranche werde von einem „Dschungel an Vorschriften" erdrückt, die die Preise in die Höhe trieben.

Der Bayerische Bauindustrieverband hob u.a. die Notwendigkeit steuerlicher Erleichterungen (Einführung einer Sonderabschreibung oder Reduzierung der Umsatzsteuer für den Wohnungsbau) und die Überprüfung ordnungsrechtlicher Rahmenbedingungen (Rückkehr zum EH55-Standard, um Kostensenkungen zu ermöglichen) hervor. Beim Thema Verkehrsinfrastruktur plädierte der Verband für eine Nutzerfinanzierung der Bundesfernstraßen und die Einrichtung eines Infrastrukturfonds. Mit Blick auf die Sanierung des Schienennetzes sprach sich Präsident Josef Geiger für die Trennung von Netz und Betrieb der Deutschen Bahn aus, um die Zuschüsse des Bundes effizienter zu nutzen.

Moderne Vertragsformen

Neben der Straffung von Planungs- und Genehmigungsverfahren (Abschaffung oder Vereinfachung der Ersatzbaustoffverordnung) gelte es auch, moderne Vertragsformen zuzulassen: Der öffentliche Auftraggeber müsse Funktionalausschreibungen durchführen und Partnerschaftsmodelle nutzen, um Planung und Bau zusammenzuführen und so über ganzheitliche Ansätze Zeit und Kosten zu sparen. Darüber hinaus lohne es sich, bei neuen Projekten über alternative Formen von Vergabe und Vertragsgestaltung nachzudenken, um mit dem eingesetzten Budget ein möglichst optimales Ergebnis zu erzielen.

„Das Bauen muss einfacher, schneller und kostengünstiger werden", betonte auch Direktor Hans Maier vom Verband bayerischer Wohnungsunternehmen. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung sei der geplante Gebäudetyp E, der zur Normalität werden müsse. Dazu brauche es aber eine praxistaugliche Regelung im BGB. Zudem müsse die KfW wieder ein verlässlicher Partner für den Wohnungsbau werden. Die Verbandsmitglieder könnten aktuell ohne Fördermittel keine Neubauprojekte durchführen. Für das Bauen sei eine langfristige Planungssicherheit jedoch unabdingbar.

Auch wies Maier darauf hin, dass die im Freistaat dringend benötigten Wohnungen nicht nur mit Fördermitteln gebaut werden können. Ohne privates Kapital seien die benötigten Stückzahlen nicht finanzierbar. Deshalb spricht sich der Verband für steuerliche Anreize für den Mietwohnungsbau und den Eigenheimbau aus. Dies würde auch dazu beitragen, die angespannten Mietwohnungsmärkte zu entlasten. **DK**

Kommunen fordern ...

(Fortsetzung von Seite 1)
gend einstellen", so die Resolution. Neben dem deutlichen Ausbau der äußeren Sicherheit sei es zwingend notwendig, die innere Resilienz Deutschlands zu stärken. Dazu beitragen könnte die Einführung eines verbindlichen Gesellschaftsjahres. Darüber hinaus müssten der Zivil- und Katastrophenschutz sowie die Klimafolgenanpassung unter Einbeziehung der Eigenverantwortung der Bevölkerung ausgebaut werden. Um vorhandene Konzepte umzusetzen, habe der Bund in den nächsten Jahren ausreichend Mittel bereitzustellen.

Digitalisierung staatlicher Dienste

Dringend vorangebracht werden muss nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auch die Digitalisierung staatlicher Dienste: „Wir brauchen eine deutliche Entbürokratisierung. Bis 2030 werden allein auf der kommunalen Ebene rund 230.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlen. Daher müssen die Digitalisierungspotenziale konsequent genutzt werden." Gemeinsam mit den Ländern wird der Bund aufgerufen, klare und einheitliche Vorgaben zu machen und Lösungen zu präsentieren. Durchgehend digitale Prozesse müssten ermöglicht und dabei der Datenschutz pragmatisch ausgestaltet werden.

„Die Kommunen wissen vor Ort am besten, was benötigt wird. Sie brauchen keine Kleinststeuerung in Förderprogrammen und Verwaltungsvereinbarungen durch den Bund und die Länder", heißt es weiter. „Bundes-Förderprogramme sollten daraufhin überprüft werden, ob die Mittel nicht besser nach pauschalen Kriterien für einen bestimmten Zweck an die Städte und Gemeinden gegeben werden."

Stichwort Bildung: Um den Betreuungsumfang sicherstellen zu können, muss nach Meinung des DStGB die frühkindliche Bildung und Betreuung „flexibilisiert und ausfinanziert" werden. Der Ausbau der Ganztagsbetreuung im Grundschulalter sei im investiven Bereich und im Betrieb an den tatsächlichen Kosten orientiert auszufinanzieren. Angesichts fehlender pädagogischer Kräfte lasse er sich auch nicht vollständig erfüllen. Zumindest aber sollte eine zeitliche Verschiebung beschlossen werden. Vor dem Hintergrund, dass die Kita-Kosten in kürzester Zeit in ungeahnte Höhen schnellen, und Personalmangel zu immer mehr Gruppenschließungen führe, sollten neben pädagogischen Fachkräften in diesen Bereichen auch weitere geeignete Personen zugelassen werden, so der Verband abschließend. **DK**

Ruf nach Trendwende ...

(Fortsetzung von Seite 1)
der Städte: Jahr für Jahr wachsen sie deutlich stärker als die Einnahmen. Nach Angaben von Katja Dörner, Städtetagsvizepräsidentin und Bonner Oberbürgermeisterin, seien die kommunalen Sozialausgaben in den vergangenen zehn Jahren in fast allen Bereichen um mindestens ein Drittel, teilweise um mehr als 100 Prozent gestiegen. Bei der Kinder- und Jugendhilfe hätten sich die Ausgaben in zehn Jahren beispielsweise mehr als verdoppelt – von 32,8 Milliarden Euro auf 67,6 Milliarden Euro bundesweit, vor allem durch den massiven Ausbau der Kinderbetreuung. „Das ist gesellschaftlich notwendig und von Bund und Ländern gewollt. Und wir unterstützen das als Städte eindeutig. Aber das muss dann auch gesamtgesellschaftlich finanziert werden und nicht zum allergrößten Teil bei den Kommunen hängen bleiben", forderte Dörner.

Kostentreiber sind immer neue Aufgaben

Auch der Zuzug von geflüchteten Menschen spiele in der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch im Bürgergeld und bei den Sozialhilfeleistungen eine Rolle. „Kostentreiber sind aber vor allem auch immer neue Aufgaben, auf die uns Bund und Länder verpflichten und die von den Bürgerinnen und Bürgern auch intensiv nachgefragt werden, etwa der Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung. Voll gegenfinanziert sind solche neuen Aufgaben fast nie. Dadurch verschärft sich die strukturelle Unterfinanzierung und schränkt die kommunalen Handlungsspielräume weiter ein", erläuterte die Vizepräsidentin.

Immer mehr Aufgaben mit weniger Personal

Nach den Worten von Städtetagsvizepräsident Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, machen dem Deutschen Städtetag perspektivisch vor allem zwei Punkte große Sorgen: „Zum einen: Etliche Städte werden sich vermutlich gezwungen sehen, in den kommenden Jahren Personal abzubauen. Immer mehr Aufgaben für die Städte, die wir dann aber mit weniger Personal bewältigen müssen – diese Rechnung kann nicht aufgehen. Das können auch Bund und Länder nicht wollen, sie müssen uns deutlich finanziell stärken. Zum anderen: Wir stehen mit Transformationsaufgaben wie der Verkehrswende, der Energiewende oder der Wärmewende vor Mammutaufgaben. Wie diese massiven Investitionen finanziert werden sollen, ist ohnehin noch kaum geklärt. Und jetzt sorgt die prekäre Finanzlage der Kommunen dafür, dass Städte sogar Bus- und Bahnlinien streichen, statt neue zu schaffen. Statt einer Verkehrswende droht eine Rolle rückwärts. Das gefährdet die Zukunftsfähigkeit unseres Landes."

Viele neue Gesetze

Jung wies auch darauf hin, dass es für die strukturellen Defizite der kommunalen Haushalte mehr brauche als Geld: „Wir brauchen ein anderes Miteinander von Bund, Ländern und Kommunen, auch bei neuen Gesetzen. Es gibt für viele neue Gesetze gute Gründe. Aber warum sind sie oft so praxisfern und kompliziert ausgestaltet, dass wir eigentlich immer neues Personal dafür einstellen müssten und angesichts des Fachkräftemangels nicht finden? Das weckt große Erwartungen bei den Menschen und endet im Frust, wenn Verfahren zu lange dauern. Hier muss sich grundlegend etwas ändern. Wir brauchen praxisnahe Gesetze mit durchgehend digitalisierten und vereinfachten Verfahren."

Für eine echte Trendwende bei den Kommunalfinanzen verlangen die Städte einen höheren Anteil der Städte an den Gemeinschaftssteuern, zum Beispiel der Umsatzsteuer: „Bei den Kommunen liegt etwa ein Viertel der gesamtstaatlichen Aufgaben, sie haben aber nur ein Siebtel der Steuereinnahmen. Das passt nicht zusammen." Zudem darf es von Bund und Ländern keine zusätzlichen Aufgaben mehr für die Städte geben, die nicht ausfinanziert sind: „Mittel für Aufgaben, bei denen die Kosten absehbar steigen, müssen dynamisiert sein – damit die Städte ihrem Geld bei Kostensteigerungen nicht hinterherlaufen müssen." Auch darf es von Bund und Ländern keine steuerpolitischen Entscheidungen geben, die zu Einnahmeausfällen bei den Kommunen führen: „Wenn die Steuerpolitik von Bund und Ländern zu Einnahmeausfällen bei den Kommunen führt, müssen diese Ausfälle 1:1 ausgeglichen werden."

„Häufiger feste Budgets statt komplizierter Förderprogramme", lautet eine weitere Forderung: „Wir brauchen mehr Vertrauen in die Städte durch Bund und Länder. Das heißt: Feste Budgets für geförderte Aufgaben, über die die Städte frei verfügen können, statt komplizierter Förderprogramme, die den Städten Zeit und Geld kosten." Darüber hinaus müsse die Schuldenbremse auf den Prüfstand: „Wenn die Schuldenbremse Zukunftsinvestitionen verhindert, muss sie reformiert werden." **DK**



Visualisierung des Projektes: Blickrichtung Haiming von Mehring aus. Bild: Qair

Gemeinde Haiming:

Zukunft der Windkraft vor Ort

GZ- Interview mit Bürgermeister Wolfgang Beier

Die Diskussion um erneuerbare Energien ist längst in den Gemeinden angekommen – so auch in Haiming im Südosten Bayerns. Der geplante Bau von 27 Windkraftanlagen im Altöttinger und Burghauser Staatsforst sorgt für Gesprächsstoff. Sieben davon sollen auf dem Gebiet der Gemeinde Haiming entstehen. Während die einen die Notwendigkeit von Windkraft als wichtigen Schritt hin zu einer nachhaltigen Energiezukunft sehen, äußern andere Bedenken, insbesondere in Bezug auf Naturschutz und den Abstand zur Wohnbebauung. Die BayerischeGemeindeZeitung konnte mit Bürgermeister Wolfgang Beier sprechen, um mehr über die geplanten Projekte, die Herausforderungen und die Chancen zu erfahren.

Planungsstand und technische Vorbereitungen

GZ: Herr Bürgermeister Beier, wie weit ist die Planung für Windkraftprojekte in der Gemeinde Haiming fortgeschritten?



Bürgermeister Wolfgang Beier. Bild: Gemeinde Haiming

Wolfgang Beier: Die Planungen sind schon recht weit vorangeschritten. Der Projektträger Qair Deutschland ist mitten in der Vorbereitung der Genehmigungsunterlagen. Die Windmessungen sind abgeschlossen und haben die erwarteten Ergebnisse bestätigt. Anlagen mit einer Nabenhöhe von 200 Metern können hier wirtschaftlich betrieben werden. Aktuell läuft das Auswahlverfahren für den Anlagentyp. Ergänzende Gutachten zu Schall, Schattenwurf und anderen Umweltaspekten sind noch in Arbeit. Ein Zeitpunkt, wann die Unterlagen eingereicht werden können, steht aktuell jedoch noch nicht fest. Laut Aussage des Unternehmens soll ein Großteil der Anlagen 2028 in Betrieb gehen.

Bürgerbeteiligung und Entscheidungsprozesse

GZ: Wie wurden die Bürger der Gemeinde in die Planung und Entscheidungsprozesse eingebunden?

Beier: In unserer repräsentativen Demokratie obliegt die Entscheidungskompetenz grundsätzlich dem Gemeinderat, der der Flächennutzung für Windkraft durch die Bayerischen Staatsforsten zugestimmt hat. Mit dem Wegfall der Kommunalklausel entfällt zukünftig diese Zustimmungspflicht der Kommune. Zwei Anträge auf Bürgerentscheide wurden als unzulässig abgelehnt.

Zur Erklärung: Das Wind-an-Land-Gesetz und die Fortschreibung des Regionalplans in Bayern markieren einen grundlegenden Wandel: Vormals ausgeschlossene Gebiete, wie der Staatsforst, sind nun Vorrangflächen. Der Ausbau der Windkraft liegt im besonderen öffentlichen Interesse und dies ist bei allen Entscheidungen über Windkraftanlagen zu berücksichtigen.

Mit dem Ziel, bis 2032 mindestens 1,8 Prozent der Landesfläche für Windkraft auszuweisen, hat sich der Fokus der Kommunen auf eine mitwirkende Rolle verlagert. Der Richtungswechsel unterstreicht die Dringlichkeit der Energiewende und die Bedeutung eines gemeinsamen Handelns über verschiedene Ebenen hinweg.

GZ: Wie geht die Gemeinde mit möglichen Vorbehalten oder Widerstand aus der Bevölkerung um, etwa in Bezug auf Lärmbelästigung, Schattenwurf oder das Landschaftsbild? Wie werden die Bürger über den aktuellen Stand der Planungen informiert?

Beier: Transparenz und Dialog stehen bei uns an erster Stelle. Bürger wurden frühzeitig durch neutrale Informationsveranstaltungen eingebunden, bei denen Fachleute alle Fragen beantworteten. Das hat viele Emotionen aus der Debatte genommen. Auch kontroverse Diskussionen wurden offen geführt, um Bedenken direkt zu adressieren. Anpassungen, wie die Reduzierung der geplanten Anlagen von neun auf sieben oder deren Verschiebung weiter weg von der Bebauung, zeigen, dass Anliegen der Bevölkerung berücksichtigt werden.

Wir planen weitere Informationsveranstaltungen, sobald die Genehmigungsunterlagen vorliegen, und führen viele persönliche Gespräche, um Bürger individuell abzuholen. Wichtig ist: Keine Dinge schönreden. Wir sprechen offen über Herausforderungen wie Veränderungen des Landschaftsbildes und stellen umfassende Informationen z.B. zu Schall und Schattenwurf bereit, damit jeder die Auswirkungen für sich selbst einschätzen kann. Unser Ziel ist es, unterschiedliche Meinungen zu respektieren und den Austausch sachlich und respektvoll zu gestalten.

Umwelt- und Naturschutz

GZ: Wie wird sichergestellt, dass die Windkraftanlagen möglichst geringe Auswirkungen auf Natur und Tiere haben?

Beier: Der Schutz von Natur und Tieren ist uns ein großes Anliegen, insbesondere in der Nähe des Vogelschutzgebiets Inn-Salzach. Wir setzen bspw. auf moderne Warnsysteme, die Vogelschlag minimieren, und werden deren Einsatz konsequent einfordern. Die geplanten Waldrodungen werden auf das notwendige Minimum beschränkt, waldverträgliche Standorte wurden sorgfältig ausgewählt, und die gerodeten Flächen sollen durch Maßnahmen wie z.B. die Schaffung von Äsflächen für Tiere einen Mehrwert bieten. Ersatz für gerodeten Bannwald wird im regionalen Zusammenhang geschaffen. Umfangreiche Gutachten und gesetzlich vorgegebene Vermeidungsmaßnahmen gewährleisten, dass die Eingriffe so gering wie möglich ausfallen.

GZ: Wie viel des Energiebedarfs der Gemeinde kann durch die geplanten Windkraftanlagen gedeckt werden? Werden Überschüsse regional genutzt?

Beier: Der jährliche Strombedarf der Gemeinde beträgt etwa 8 Millionen kWh, davon entfallen 4,1 Millionen kWh auf private Haushalte. Eine einzige Windkraftanlage mit 2.000 Volllaststunden pro Jahr kann zwischen 12 und 16 Millionen kWh erzeugen – also mehr als den gesamten Bedarf der Gemeinde. Im Vergleich: Alle bestehenden Photovoltaikanlagen innerhalb der Gemeinde erzeugen derzeit zusammen 5,8 Millionen kWh, was nicht einmal die Hälfte der Leistung einer einzigen Windkraftanlage ausmacht. Dies ist eine rechnerische Bilanz.

Physikalisch wird die Energie ins Netz eingespeist und trägt zur Deckung des steigenden Strombedarfs in der Region bei, insbesondere im Chemiedreieck mit dem stark wachsenden Energiebedarf. Jede Kilowattstunde zählt, und Windkraft liefert einen wichtigen Beitrag, auch wenn sie wetterabhängig ist. Dieses Projekt ist daher ein entscheidender Baustein für die regionale Energieversorgung.

Energieversorgung und wirtschaftliche Perspektiven

GZ: Welche wirtschaftlichen Vorteile erwartet die Gemeinde durch die Nutzung von Windkraft?

Beier: Als Standortgemeinde profitieren wir direkt von der gesetzlichen Abgabe in Höhe von 0,2 Cent pro erzeugter Kilowattstunde. Bei einer Windkraftanlage mit einer Leistung von 12 bis 16 Millionen kWh pro Jahr bedeutet dies Einnahmen von etwa 20.000 bis 30.000 Euro jährlich – eine willkommene Unterstützung, die nicht umlagepflichtig ist. Zusätzlich erwarten wir langfristige Gewerbesteuereinnahmen.

Auch für die Bürger schaffen wir Möglichkeiten zur Beteiligung: Es wird sowohl direkte Investitionsmodelle mit Risiko als auch risikoarme Varianten geben. So können alle von der regionalen Windkraft profitieren – wirtschaftlich und nachhaltig.

GZ: Gibt es weitere Projekte, die die Gemeinde beschäftigen?

Beier: Neben den Windkraftprojekten stehen wir vor weiteren großen Herausforderungen, wie dem Bau einer 380-kV-Leitung verbunden mit einem großen Umspannwerk und dem Ausbau einer Bundesstraße zur Autobahn. Auch eine Deponie für belasteten Boden ist in Planung. Wir gehen all diese Projekte mit der gleichen Sorgfalt an und versuchen, die Bürger frühzeitig und umfassend einzubinden.

GZ: Möchten Sie unseren Lesern noch etwas mitgeben?

Beier: Die Energiewende ist eine gewaltige Aufgabe, die uns alle betrifft. Es ist entscheidend, dass wir uns dieser Herausforderung offen und mutig stellen, um eine nachhaltige Zukunft für unsere Gemeinde zu sichern.

GZ: Vielen Dank für das Gespräch! **CH**

Renexpo Interhydro:

Fachmesse für Wasserkraft



Nur noch ein Monat bis zur Renexpo Interhydro 2025, der führenden Fachmesse für Wasser- und Energietechnologien. Nach dem Erfolg der letzten Ausgabe mit rund 1.000 Besuchern und 60 Ausstellern bietet die Messe am 27. und 28. März im Messezentrum Salzburg erneut eine Plattform für Innovation, Austausch und zukunftsweisende Impulse in der europäischen (Klein-)Wasserkraftbranche.

Energietalk: RED III und Wasserkraft – Wann startet die Beschleunigung?

In diesem hochkarätig besetzten Energietalk diskutieren Experten die Chancen und Herausforderungen der Wasserkraft im Kontext aktueller Förderprogramme und politischer Rahmenbedingungen. Im Fokus stehen zentrale Fragen zur zukünftigen Entwicklung der Branche im Hinblick auf EU-Vorgaben und die dringend notwendige Beschleunigung von Innovationsprozessen.

Vielfältige Vorträge zu zukunftsweisenden Themen:

- Potential der Kleinwasserkraft in Österreich
- Wasserkraftpotenziale und Potenziale der Grünen Nah- und Fernwärmegewinnung aus Fließgewässern in Deutschland
- Ökologie an unseren Gewässern
- Energiespeicher (Batteriespeichersysteme)
- und viele mehr!



Bilder: Renexpo Interhydro / DER BILDW.RKER

Die Fachvorträge liefern nicht nur tiefgehende Einblicke in aktuelle Trends und innovative Ansätze, sondern bieten auch praxisnahe Lösungen für die drängenden Herausforderungen der Wasser- und Energiewirtschaft.

Renexpo Interhydro – Mehr als eine Messe

„Die Renexpo Interhydro 2025 ist mehr als eine Fachmesse – sie ist ein zentraler Treffpunkt für den Austausch von Ideen, die Initiierung neuer Projekte und den Aufbau nachhaltiger Partnerschaften in der Wasserkraftbranche“, betont Christoph Schrammel, Messeleiter der Renexpo Interhydro.

Parallel zur Hauptveranstaltung finden zudem zwei Expertenveranstaltungen in Zusammenarbeit mit vgbe energy e.V. und dem Verein für Ökologie und Umweltforschung (VÖU) statt. Unter den Themen stehen unter anderem „Innovationen im Betrieb und in der Wartung von Wasserkraftwerken 2025“ sowie „Flussmanagement und Ökologie 2025“, die sowohl technische Neuerungen als auch ökologische Fragestellungen wie Renaturierung und Biodiversität adressieren.

Die Renexpo Interhydro 2025 bringt Fachleute aus ganz Europa zusammen, um die Zukunft der Wasserkraft aktiv zu gestalten. Nutzen Sie die Gelegenheit für spannende Vorträge, innovative Produkte und wertvolle Gespräche.

Tickets, das vollständige Programm sowie Anmeldemöglichkeiten finden Sie unter: www.renexpo-interhydro.eu. ❐

RENEXPO INTERHYDRO

Wärme aus Flüssen

Bayerische Energieverbände stellen Kommunen Daten für „Wärmepumpen an Fließgewässern“ zur Verfügung

Im vergangenen Frühjahr hat die Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE) das Potenzial zum Heizen ermittelt, das im Wasser bayerischer Flüsse steckt. Die Studie „Wärmepumpen an Fließgewässern“ hatten der Verband der Bayerischen Energie und Wasserwirtschaft e.V. (VBEW), die Landesgruppe Bayern des Verbands kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) sowie die Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V. (VWB) und der Landesverband Bayerischer Wasserkraftwerke eG (LVBW) in Auftrag gegeben. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass mindestens die Hälfte der bayerischen Städte und Gemeinden für die Wärmeversorgung Wärmepumpen an ihren Flüssen einbeziehen können. 20 Prozent könnten sich theoretisch voll versorgen. Um den rein rechnerischen Wärmebedarf der Haushalte und des Gewerbes von aktuell rund 150 TWh decken zu können, müsste dem aus den Flüssen erster und zweiter Ordnung entnommenen Wasser lediglich 1,5 Grad Wärme entzogen werden. Mit Hilfe von Wärmepumpen wird daraus Energie zum Heizen. Die Gewässer würden durch kühleres Wasser sogar ökologisch profitieren.

Zum 2. Januar 2025 ist die novellierte Fassung der Verordnung zur Ausführung energiewirtschaftlicher Vorschriften in Bayern in Kraft getreten. Diese regelt die Umsetzung des Wärmeplanungsgesetzes und somit die Zuständigkeiten zwischen Land und Kommunen bei der kommunalen Wärmeplanung. Vor diesem Hintergrund haben sich die Anfragen einzelner Kommunen beim Verband kommunaler Unternehmen und den weiteren Auftraggebern deutlich erhöht, welche Wärmepotenziale aus Fließgewässern jeweils vorhanden seien. Vor diesem Hintergrund haben sich die Auftraggeber der Studie dazu entschieden, die Daten zu Wärmepotenzial aus den Flüssen und den Wärmebedarfen einzelner Kommunen über die Website der FfE kostenlos zur Verfügung zu stellen. Im dort hinterlegten Excel-Sheet können Sie Ihre Kommunen auswählen und die entsprechenden Daten herunterladen. Zudem führt die Studie auch Beispielprojekte auf, die Inspiration für weitere Projekte in Bayern sein können. Bisher hatten die Verbände die Daten exklusiv ihren Mitgliedsunternehmen zur Verfügung gestellt.

Die Studie betrachtet die Wärmepotenziale von rund 80 Prozent der Gewässer erster und zweiter Ordnung. An den weiteren, auch kleineren Flüssen und stehenden Gewässern sind zusätzliche Potenziale zu erwarten. In seiner Wärmestrategie vom Herbst 2024 hat das Bayerische Wirtschaftsministerium angekündigt, „eine Potenzialabschätzung für die thermische Gewässernutzung der bayerischen Seen und Fließgewässer“ in seinem Auftrag erstellen zu lassen. ❐

Von Energieprojekten bis IT:

Genossenschaften stärken Bayerns Regionen

Die Genossenschaftsidee erlebt in Bayern weiterhin eine beeindruckende Erfolgsgeschichte. Insgesamt 33 neu eingetragene Genossenschaften im Jahr 2024 belegen, dass das Modell nach wie vor attraktiv ist. Besonders im Bereich der Erneuerbaren Energien hat sich der Gründungsboom fortgesetzt: 23 der neu eingetragenen Genossenschaften dienen der gemeinschaftlichen Umsetzung von Wind-, Photovoltaik- und Wärmeprojekten.

„Das Genossenschaftsmodell bietet Lösungen für viele aktuelle Herausforderungen der Menschen und ihrer Regionen“, erklärte Stefan Müller, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, in München: „Gerade bei der Energiewende kommen Bürger zusammen, um gemeinsam nachhaltige Projekte zu realisieren und unabhängiger von globalen Energiemärkten zu werden.“

Die neuen Energiegenossenschaften investieren knapp 70 Millionen Euro und beantragten Fördermittel in Höhe von rund 18 Millionen Euro. Diese Projekte tragen dazu bei, Kapital, Arbeit und Rohstoffe nachhaltig in den Regionen einzusetzen.

Auch außerhalb des Energiesektors bleibt die Vielfalt der Gründungen beachtlich. Kultur-, Handels-, Handwerks- und IT-Genossenschaften stehen für innovative Konzepte und eine aktive Bürgerbeteiligung. Sie zeigen, dass das Genossenschaftsmodell zukunftsfähige Perspektiven bietet. Die Gründungsberatung des GVB begleitete alle 33 Neugründungen und unterstützt diese in Fragen der Organisation, Finanzierung und Governance. ❐



Die Referenten des IHK-Seminars. Bild: Wasserkraft Bayern

Fachtagung in München:

Wasserkraft als Schlüssel zur nachhaltigen Wärmeversorgung

Die kommunale Wärmeplanung spielt eine zentrale Rolle für die Energiewende und die klimaneutrale Zukunft von Städten und Gemeinden. Vor diesem Hintergrund wächst das Interesse an einer Wärmeerzeugung in Verbindung mit Wasserkraft als nachhaltige Energiequelle zunehmend. Wie groß das Potenzial ist und welche technischen, wirtschaftlichen und ökologischen Aspekte zu berücksichtigen sind, diskutierten mehr als 120 Experten aus Unternehmen, Ministerien, Wissenschaft und Verbänden bei der Fachtagung „Integration von Wasserkraft in die regionale Wärmeversorgung“ in der IHK für München und Oberbayern.

Hohe Relevanz für Bayerns Wärmeversorgung

Eine aktuelle Studie der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE) vom April 2024 zeigt, dass mindestens 50 Prozent der bayerischen Städte und Gemeinden Flusswärmepumpen in ihre Wärmeplanung einbeziehen können. Der Wärmebedarf bayerischer Haushalte und des Gewerbes liegt jährlich bei rund 150 Terawattstunden (TWh). Die Berechnungen der Studie zeigen, dass der Wärmebedarf theoretisch bereits gedeckt werden könnte, wenn dem Wasser der Flüsse erster und zweiter Ordnung nur 1,5 °C Wärme entzogen würde. Dies eröffnet enorme Möglichkeiten, Haushalte und Gewerbe langfristig mit regenerativer Wärme zu versorgen.

Auch die Untersuchung von Dr. Christian Seidel zum Fließgewässerpotenzial in 80 deutschen Großstädten bestätigt das große Potenzial der Aquathermie: 73 Prozent der Großstädte – also 58 Städte – könnten ihren Wärmebedarf zu über 50 Prozent aus dieser nachhaltigen Energiequelle decken.

Standortvorteile der Wasserkraft nutzen

Wasserkraftwerke bieten optimale Bedingungen für die Nutzung von Flusswärme, da wesentliche infrastrukturelle Voraussetzungen bereits bestehen. Die vorhandenen Wasserrechte erleichtern die Integration der Wärmegewinnung als zusätzliche Funktion, während bestehende Wasserentnahme- und Wiedereinleitungsvorrichtungen sowie Rechenanlagen eine kosteneffiziente Umsetzung ermöglichen. Zudem sind häufig Anschlüsse an weitere Infrastrukturen vorhanden. Nicht zu vergessen ist der sauber erzeugte Strom der Wasserkraftanlage, der direkt für den Betrieb der Wärmepumpen günstig genutzt werden kann.

Ein weiterer Vorteil ist die Nähe zu Verbrauchern, insbesondere in städtischen Gebieten. Dadurch lässt sich der Anschluss an bestehende Wärmenetze mit relativ geringem Aufwand realisieren. Die vor Ort vorhandene Infrastruktur ermöglicht sowohl die Nutzung für Wohn- als auch für Gewerbegebäude.

Von der Theorie zur Praxis: Bayern als Vorreiter

Die Fachveranstaltung hat deutlich gemacht: Die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration der Wasserkraft in die Wärmeversorgung sind vorhanden. „Jetzt gilt es die Forschungserkenntnisse in die Praxis zu überführen, indem Projekte flächendeckend vorangetrieben werden.“, sagt Martin Drognitz, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der IHK für München und Oberbayern.“ Bayern kann hier eine Vorreiterrolle einnehmen und die Weichen für eine nachhaltige und klimafreundliche Wärmeversorgung stellen. ❐

Wegweisender Schritt für die Energiewende

Zehn Jahre Wärmespeicher der N-ERGIE in Nürnberg-Sandreuth

Er ist rund 70 Meter hoch, hat einen Durchmesser von etwa 26 Metern und fasst rund 33.000 Kubikmeter Wasser: der Wärmespeicher der N-ERGIE am Kraftwerksstandort Nürnberg-Sandreuth. Seit seiner Inbetriebnahme Ende 2014 ist er zusammen mit zwei Elektroheizern nahezu täglich im Einsatz und wird mit Wärmeenergie be- bzw. entladen.

„Der Wärmespeicher war ein wegweisender Schritt für die N-ERGIE als Unternehmen und ein Vorreiterprojekt“, sagt Maik Render, Sprecher des Vorstands der N-ERGIE. „In Kombination mit den beiden E-Heizern konnten wir den Anlagenbetrieb erheblich flexibilisieren, und wie erwartet sind in der Wechselwirkung mit der Einspeisung der Erneuerbaren Energien auch die Vollbetriebsstunden des Heizkraftwerks nach unten gegangen. Das hat die CO2-Emissionen am Standort über die Jahre deutlich gesenkt. Heute ist der Wärmespeicher ein fester Bestandteil unseres Kraftwerkssystems.“

In den vergangenen zehn Jahren wurden rund 440.000 Megawattstunden (MWh) Wärme in den Speicher geladen bzw. wieder entnommen. Dies entspricht dem jährlichen Wärmebedarf von rund 22.000 Einfamilienhäusern.

So funktioniert der Wärmespeicher

Das Heizkraftwerk der N-ERGIE arbeitet nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung. Der Wärmespeicher hat die Funktion eines Heißwassertanks, der zur Zwischenspeicherung von Wärme dient und mit dem Nürnberger Fernwärmenetz verbunden ist. Durch den Speicher kann die Strom- von der Wärmeerzeugung zeitlich entkoppelt werden. Das macht das Heizkraftwerk noch flexibler und erhöht die Einspeisemöglichkeiten für erneuerbare Energien.

Besteht erhöhter Strombedarf, zum Beispiel an trüben und windarmen Tagen, wird die bei der Stromerzeugung nicht genutzte Wärme in den Speicher geladen. Wird dagegen viel Ökostrom ins Netz eingespeist, wird die Leistung des Kraftwerks gedrosselt und die benötigte Fernwärmeversorgung erfolgt aus dem Wärmespeicher.

Durch die beiden separat ins Kraftwerk eingebauten Elektroheizer mit einer elektrischen Leistung von je 25 Megawatt (MW) kann Strom in Wärme umgewandelt und im Fernwärmesystem genutzt werden. Die Umwandlung von elektrischer Energie in Wärme ermöglicht es, überschüssige Stromspitzen, die aus einem kurzzeitigen Überangebot an erneuerbaren Strom entstehen, sinnvoll zu nutzen.

Durch die Kombination aus Wärmespeicher und E-Heizern kann die N-ERGIE flexibler auf Preissignale aus dem Strommarkt sowie Anforderungen zur Netzstabilisierung reagieren. Die E-Heizer erhöhen die Reaktionsgeschwindigkeit des Heizkraftwerks und steigern die Teilnahmemöglichkeiten an den Regelenergiemärkten.

Der Nürnberger Wärmespeicher zählt zu den höchsten und modernsten Wärmespeichern in Europa. Er arbeitet als erster Heißwasserspeicher in Deutschland mit einer Zwei-Zonen-Technik, die es ermöglicht, Wasser mit einer Temperatur von über 100 Grad einzuspeichern.

Auf dem Weg zur grünen Fernwärme-Erzeugung

Knapp 30 Prozent der Nürnberger Fernwärme stammen bereits heute aus nicht-fossilen Quellen. In den nächsten Jahren will die N-ERGIE die jährlich produzierte Fernwärmemenge mit Hilfe verschiedener Bausteine schrittweise weiter dekarbonisieren. Bisherige Schritte am Kraftwerksstandort Nürnberg-Sandreuth waren 2005 die Umstellung von Steinkohle auf Erdgas, 2012 die Inbetriebnahme des Biomasse-Heizkraftwerks und 2014 des Wärmespeichers zur Flexibilisierung der Wärmeproduktion. 2022 wurden die bestehenden Gasturbinen erneuert und gegen Gasturbinen ausgetauscht, die H2-ready sind.

Blick in die Zukunft

Weitere wichtige Bausteine in den nächsten Jahren sind der Einsatz von Großwärmepumpen, der Bau eines Altholz-Heizkraftwerks sowie die Nutzung von (industrieller) Abwärme, Erdwärme oder Wasserstoff. Neben der Dekarbonisierung der Fernwärmeerzeugung baut die N-ERGIE ihr Fernwärmenetz in den kommenden Jahren stark aus. ❐



Klimaschutzkosten in der Gebührenkalkulation:

Auswirkungen des BayKlimaG auf das BayKAG

In der Gemeindewirtschaft wurde in der Ausgabe 02.2025 ein Artikel von WP/StB Christian Baumann, stv. Abteilungsleiter beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband und Dr. Juliane Thimet, Direktorin und stv. Geschäftsführerin des Bayerischen Gemeindetages, veröffentlicht, der die Auswirkungen des Bayerischen Klimaschutzgesetzes (BayKlimaG) auf die Gebührenkalkulation gemäß dem Bayerischen Kommunalabgabengesetz (BayKAG) sowie auf die handelsrechtliche Bilanzierung untersucht. Im Mittelpunkt steht die Frage, ab wann Investitionen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen, beispielsweise durch die energetische Sanierung von Gebäuden, kalkulatorisch in der Gebührenkalkulation nach dem BayKAG berücksichtigt werden können.

Rechtspflicht zur Treibhausgas-Reduktion

Das Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) und das BayKlimaG legen verbindliche Treibhausgasminderungsziele fest und betonen die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand. Das BayKlimaG konkretisiert die Ziele für Bayern und setzt ambitionierte Ziele, darunter die Klimaneutralität bis 2040. Behörden und ihre Einrichtungen sind verpflichtet, spätestens ab 2028 verbleibende Treibhausgasemissionen mit geeigneten Maßnahmen auszugleichen.

Auswirkungen auf Kommunen

Kommunen sind gesetzlich verpflichtet, öffentliche Einrichtungen zu schaffen und dabei die Belange des Natur- und Umweltschutzes zu berücksichtigen. Im Bereich der Abfallentsorgung bedeutet dies, dass Anlagen so betrieben werden müssen, dass das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird, insbesondere durch die Vermeidung von Umwelt- und Klimaschäden. Die Kosten für Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen sind daher als betrieblich veranlasst anzusehen.

Bayerisches Kommunalabgabengesetz (BayKAG)

Das BayKAG sieht vor, dass Gebühren die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten decken sollen. Dazu zählen auch Kosten für Investitionen in den Klimaschutz, sofern sie zur Erfüllung der öffentlichen Aufgabe erforderlich sind. Diese Kosten können in der Gebührenkalkulation berücksichtigt werden, wobei der Grundsatz der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung zu beachten ist.

Jahresabschluss bei bilanzierenden Unternehmen

In der handelsrechtlichen Bilanzierung können für zukünftige Verpflichtungen zur Treibhausgasreduktion Rückstellungen gebildet werden, sofern eine rechtliche oder faktische Verpflichtung besteht und die Inanspruchnahme wahrscheinlich ist. Die Höhe der Rückstellung bemisst sich nach den voraussichtlichen Kosten der Maßnahme.

Höhe der berücksichtigungsfähigen Kosten

Die Ermittlung und Objektivierung, sowie der Ausschluss von Handeln aus dem Gesellschaftsverhältnis heraus ist durch Ermittlung der THG-Reduktion über ISO 14064-2, Marktplatz und Marktpreis für die Tonne CO2 notwendig.

Zusammenfassung

Die Kosten für Maßnahmen zur Reduktion oder zum Ausgleich von schädlichen Einwirkungen auf die Umwelt und das Klima durch Emissionen sind aufgrund der geltenden gesetzlichen Vorgaben sowohl in der Gebührenkalkulation nach dem BayKAG als auch in der handelsrechtlichen Bilanzierung berücksichtigungsfähig. Die genaue Höhe der anzusetzenden Kosten hängt von der spezifischen Situation ab. Im Ergebnis bedeutet dies eine alternative Form der Finanzierung von Klimaschutzinvestitionen über Gebühren. In Zeiten außerordentlich angespannten kommunalen Haushalten können die Kommunen somit Handlungsfähigkeit zurückgewinnen.

Mehr Informationen

Über die Seite https://gemeindewirtschaft.de/ce/auswirkungen-des-bayklimag-auf-die-kalkulation-nach-dem-baykag-und-die-handelsrechtliche-bilanzierung/detail.html der Gemeindewirtschaft bzw. den Kurzlink https://t1p.de/zhvkd kann der Aufsatz erworben werden. ❐

Neue Angebote für Kommunen:

Zu Windenergie erfolgreich kommunizieren

Viele Städte und Gemeinden bringen zurzeit Windkraftvorhaben voran. Entscheidend für den Erfolg eines solchen Projekts ist auch eine gute Kommunikation. Die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) im Bayerischen Landesamt für Umwelt unterstützt Kommunen dabei mit neuen Angeboten.

Warum ist Windenergie in Bayern sinnvoll? Sind Windenergieanlagen laut und ist Infraschall eigentlich gesundheitsschädlich? Und wie können Anwohner und Kommunen von Windenergie vor Ort auch finanziell profitieren?

Diese und viele weitere Fragen stellen sich oft Bürgerinnen und Bürger, wenn es um Windräder vor der eigenen Haustüre geht. Kommunen, die eigene Windenergie-Projekte planen, müssen dann im Dialog mit den Bürgern – zum Beispiel bei Informationsveranstaltungen – die passenden Argumente und fachlich fundierte Informationen bereit haben.

Antworten auf häufig gestellte Fragen

Die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) stellt Kommunen nun Druckvorlagen für Flyer mit häufig gestellten Fragen (FAQ) zur Windenergie in Bayern zur Verfügung. Sechs verschiedene Themengebiete, die im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit für kommunale Windenergievorhaben relevant sind, werden abgedeckt. Im Einzelnen sind das Ausbau in Bayern, Bau, Betrieb und Technik, Emissionen und Immissionen, Natur und Umwelt, Wind im Wald sowie Teilhabe und Wertschöpfung.

Die Druckvorlagen werden durch die LENK regelmäßig aktualisiert und entsprechen den gängigen Vorgaben von (Online-)Druckereien. Die Flyer können im gängigen Format DIN lang (Wickelfalz) gedruckt werden – und dann nach Bedarf beispielsweise bei Info-Märkten ausgelegt oder im direkten Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern übergeben werden. Sie können dabei helfen, Vorurteile gegenüber Windenergievorhaben auszuräumen, Falschinformationen zu erkennen und Verständnis zu schaffen.

Handreichung für die Pressearbeit

Ebenso unterstützt die LENK Kommunen bei ihrer Medienarbeit. Eine Handreichung gibt nützliche Tipps zur Einbeziehung der örtlichen Presse. Denn eine aktive örtliche Pressearbeit ist ein wichtiger Baustein für eine offene und transparente Kommunikation vor Ort.

Die Landesagentur für Energie und Klimaschutz hat Handlungsempfehlungen für die Zusammenarbeit mit Journalisten vor Ort zusammengefasst. Experteninterviews, exklusive Einblicke für Medienvertreter bei Führungen oder Presseterminen in Windenergieanlagen oder Thementage sind nur ein paar Beispiele, wie sich Medienarbeit vor Ort gestalten lässt.

Leitfäden für Kommunen

Weiterhin stehen auch umfangreiche Leitfäden der LENK für Kommunen zu vielen weiteren Aspekten eines Windenergievorhabens zur Verfügung. Bei Themen wie dem kommunalem Flächenpooling oder der Auswahl eines geeigneten Projektierers bis hin zu Möglichkeiten einer finanziellen Teilhabe bieten die Veröffentlichungen der LENK den kommunalen Entscheidungsträgern eine fachliche Grundlage für ein erfolgreiches Handeln im Sinne der eigenen Kommune und der Bürgerschaft.

Die Angebote für Kommunen sind Teil der breit angelegten Wissensplattform Wind im Energie-Atlas Bayern. Dort finden sich auch viele Fachartikel rund um die Windenergie und die Themenplattform Planen und Genehmigen hilft bei konkreten Fragstellungen im Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Mehr im Internet

- Die Angebote der LENK für Kommunen stehen im Energie-Atlas Bayern zur Verfügung unter www.energieatlas.bayern.de/thema_wind/kommunen.
- Die Wissensplattform Wind findet sich unter www.energieatlas.bayern.de/thema_wind. ❐

Bayernwerk Netz:

Leitungsmodernisierung in der Oberpfalz

Die Bayernwerk Netz GmbH startet umfassende Kartierungen zur Modernisierung und Verstärkung von zwei Stromleitungen zwischen Schwandorf und Regensburg. Im Zuge des anstehenden Genehmigungsverfahrens untersucht der Netzbetreiber mit der Fachfirma Baader Konzept GmbH die Tier- und Pflanzenwelt entlang der geplanten Trasse. Ziel ist es, das regionale Verteilnetz durch die Bündelung verschiedener Leitungen zu optimieren und den Anforderungen der Energiewende gerecht zu werden. Dabei dokumentieren Biologen geschützte Arten, setzen gelegentlich Nistverstecke ein, um schwer beobachtbare Tiere zu erfassen, und erheben wichtige Umweltdaten. Nach Abschluss der Kartierungen werden sämtliche eingesetzten Hilfsmittel wieder entfernt, um keine dauerhaften Eingriffe in das Ökosystem zu hinterlassen.

Aktuell verlaufen zwischen Schwandorf und Regenstauf eine einhundert Jahre alte Hochspannungsleitung (O9) und eine Gemeinschaftsleitung mit TenneT (B122). Bei der Modernisierung sollen die veralteten Leiterseile der O9 erneuert und mit der bestehenden B122 zusammengeführt werden. Hierfür wird eine zusätzliche Traverse mit leistungsstarken Seilen angebracht, während die 72 Masten der alten Leitung ersatzlos zurückgebaut werden. Filip Fortmann-Gutkowski, Genehmigungsmanager bei Bayernwerk Netz, betont, dass die Leitungsbündelung sowohl die Region entlasten als auch die Stromversorgung nachhaltig sichern soll. Eine neue Anbindung des Umspannwerks Ponholz sowie die Sanierung des Anschlusses zum Umspannwerk Wutzlhofen runden das Konzept ab – die Gesamtkosten belaufen sich auf knapp 45 Millionen Euro.

Die erforderliche Genehmigung wird aktuell vorbereitet und soll ab 2027 bei der Regierung der Oberpfalz als Antrag auf Planfeststellung eingereicht werden. Nach Erhalt der Genehmigung beginnen die Baumaßnahmen im Jahr 2028, mit einem Abschluss bis 2030. ❐

Kommunalforum Alpenraum 2025:

Die Energiewende findet statt

Am 12. März treffen sich Gemeindevertreter aus dem Alpenraum in Kundl in Tirol, um gemeinsam und grenzüberschreitend in die Energiezukunft zu blicken.

Das Energiesystem befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Doch wie können die Gemeinden diesen aktiv mitgestalten? Welche Chancen bieten sich – und welche Herausforderungen gilt es zu meistern? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des Kommunalforums Alpenraum, das am 12. März 2025 ab 17 Uhr im Lindner-Innovationszentrum in Kundl stattfindet.

Eröffnet wird die Veranstaltung vom Tiroler Landeshauptmann-Stellvertreter und Energielandesrat Josef Geisler. Anschließend analysiert Franz Angerer, Geschäftsführer der Österreichischen Energieagentur, in seinem Impulsvortrag die aktuellen Entwicklungen auf den österreichischen und internationalen Energiemärkten sowie die zentrale Rolle der Gemeinden. „Wir befinden uns mitten in der Energiewende. Die Frage nach einer Umkehr stellt sich nicht, sondern vielmehr, wer jetzt wie davon profitieren kann“, sagt der Experte.

Den Fokus auf innovative und nachhaltige Energielösungen legt Andreas Burger, Technischer Geschäftsführer der TIWAG-Next Energy Solutions GmbH, in seinem Vortrag.

Im Rahmen der abschließenden Talkrunde setzen sich die Spitzenvertreter der Gemeindeverbände intensiv mit den Herausforderungen und Chancen der Energiewende auseinander. Am Podium diskutieren Andreas Schatzer (Präsident Südtiroler Gemeindenverband), Karl-Josef Schubert (Präsident Tiroler Gemeindeverband), Hermann Gahr (Obmann Forum Land) und Stefan Schelle (Präsidiumsmitglied des Bayerischen Gemeindetags).

Gemeinsam für starke Gemeinden im Alpenraum

Das Kommunalforum Alpenraum ist eine Initiative des Tiroler Fahrzeugherstellers Lindner und hat das Ziel, die Gemeinden in den alpinen Regionen zu vernetzen und gemeinsam an Lösungen für die Zukunft zu arbeiten. Partner 2025 sind der Österreichische Gemeindebund, der Südtiroler Gemeindenverband, der Tiroler Gemeindeverband, der Bayerische Gemeindetag, Forum Land und TIWAG-Next Energy Solutions GmbH. Medienpartner sind die Tiroler Tageszeitung, Bauhof-online und die Bayerische Gemeindezeitung.

Das Kommunalforum Alpenraum auf einen Blick

12. März 2025, 17 bis 19:00 Uhr, Ort: Lindner-Innovationszentrum Kundl, Programm und Anmeldung: kommunalforum-alpenraum.eu, Anmeldeschluss: 7. März 2025 ❐



Bundestag verabschiedet wichtige Energiegesetze:

Nachbesserungen beim Biogas-Paket

Zum Ende der Legislaturperiode verabschiedete der Bundestag eine Reihe wichtiger Energiegesetze. Nach Auffassung von VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing ist dies „ein starkes Signal für die Energieversorgung und Energiewende in Deutschland".

Die Verlängerung des Kraft-Wärme-Koppelungsgesetzes (KWKG) und Anpassungen im Energiewirtschaftsgesetz sorgen aus Liebings Sicht für den dringend notwendigen Rückenwind bei der Energiewende. Ansonsten hätte ein Stillstand beim Ausbau der Fernwärme gedroht. Um bereits laufende Projekte abzusichern und Investitionen zu ermöglichen, habe sich der VKU dafür intensiv eingesetzt. Die längst überfällige Verlängerung stelle einen großen Erfolg die gesamte Kommunalwirtschaft dar. Sie sei aber nur ein zeitlich eng begrenzter Schritt, der mit einer grundlegenden Überarbeitung und Verlängerung bis Mitte der 30er Jahre fortgesetzt werden müsse.

Weg frei für TEHG

Die Anpassungen im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) tragen Liebing zufolge dazu bei, dass Erneuerbare-Energien-Anlagen möglichst flexibel auf Überschusssituationen reagieren können. Dies verhindere Netzüberlastungen und wirke negativen Energiepreisen entgegen. Die Vereinfachung bei der Direktvermarktung und die Steuerbarkeit von Anlagen ab einer Leistung von 7 Kilowatt seien ein großer Schritt für die Energiewende. Darüber hinaus wurde der Weg freigemacht für eine zügige Umsetzung des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes (TEHG). Davon profitierten Energiebranche und Abfallwirtschaft. Mit Blick auf den Übergang zum und die Einführung des Europäischen Emissionshandelssystems II (ETS II) hatte der VKU zur Schaffung von Rechtssicherheit auf eine zügige Umsetzung der Novelle gedrängt, so der Hauptgeschäftsführer.

Positive Signale

Durchsetzen konnte sich der VKU auch mit seiner Forderung, deutsche Anlagen zur thermischen Abfallbehandlung nicht vorzeitig in den anlagenbezogenen Europäischen Emissionshandel I (ETS I) einzubeziehen. Damit steht fest, dass es keinen nationalen Sonderweg gibt, sondern über eine etwaige Ausweitung des ETS I auf die Abfallverbrennung allein auf europäischer Ebene entschieden wird.

Positive Signale gibt es auch beim Biogas. Die Mehrheit der Abgeordneten hat mit dem Biomasse-Paket für eine Erhöhung des Ausschreibungsvolumens und Flex-Zuschlages gestimmt. Damit kann der Energieträger auch künftig zur Versorgungssicherheit beitragen. Liebing sprach von einem wichtigen Schritt, ohne den ein Stillstand beim Ausbau der Fernwärme gedroht hätte. Die Maßnahme sei aber zeitlich eng begrenzt. Es müsse eine Verlängerung bis Mitte der 2030er Jahre geben.

Konkret wird die Anschlussförderung für Bestandsanlagen von zehn auf zwölf Jahre verlängert, um die Anpassung an das neue System zu erleichtern und notwendige Investitionen hierfür anzureizen. Diese Maßnahmen stärken die Rolle des bedarfsgerechten Einsatzes von Biomasse als eine wichtige Stütze der Energiewende, vor allem in ländlichen Regionen.

Anreize schaffen

Künftig soll Biogas vor allem flexibel eingesetzt werden, um die Schwankungen von Wind- und Sonnenenergie auszugleichen. Dazu wird die Förderung auf eine bestimmte Anzahl von Betriebsstunden begrenzt und die Förderung bei schwach positiven Strompreisen (weniger als 2 Cent pro Kilowattstunde) ausgesetzt. Der Flexibilitätszuschlag wird von 65 auf 100 Euro pro Kilowatt und Jahr deutlich erhöht, um Anreize für einen bedarfsgerechten Betrieb zu schaffen. Die Übergangsfrist für den Wechsel von Bestandsanlagen nach Bezuschlagung in die Anschlussförderung wird von derzeit 5 auf lediglich 3,5 Jahre verkürzt.

Für kleinere Biogasanlagen bis 350 Kilowatt wurde zudem eine Bagatellgrenze eingeführt, in der eine rund zweifache Überbauung bereits ausreichend für eine Förderung ist. Zudem ist eine weitere Absenkung des Maisdeckels ab 2025 von 35 auf 30 Masseprozent sowie ab 2026 von 30 auf 25 Masseprozent vorgesehen.

Auch Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber begrüßt die Entscheidung im Deutschen Bundestag zum Biogas-Paket: „Nur durch die eingeleiteten Nachbesserungen ist es gelungen, aus einem Rohrkrepierer für die Biogasbranche ein doch noch akzeptables Paket zu schnüren." Nach zähen Verhandlungen sei unter anderem erreicht worden, dass das Ausschreibungsvolumen für Biogasanlagen signifikant erhöht wird und so die Voraussetzungen für den Weiterbetrieb vieler Bestandsanlagen geschaffen werden. „Ohne eine Erhöhung der Ausschreibungsmenge hätten viele Anlagen den Betrieb aufgeben müssen. Wir wollen keine Investitionsruinen und stehen zum erneuerbaren Energieträger Biogas. Das habe ich die letzten Wochen und Monate stets sehr deutlich gemacht", stellte Kaniber fest.

Das Ausschreibungsvolumen wurde auf 1.300 Megawatt für 2025 und auf 1.126 Megawatt für 2026 erhöht. Damit soll sichergestellt werden, dass die Anlagen, die in diesen Jahren aus der Förderung fallen, eine Anschlussperspektive haben. Die bayerische Forderung, die die Staatsregierung sowohl in der Agrarministerkonferenz als auch im Bundesrat eingebracht hatte, war jeweils 1.200 Megawatt. Ein weiterer wichtiger Punkt, der nachverhandelt werden musste, ist die jetzige Kleinanlagenregelung. Bei Biogasanlagen unter 350 Kilowatt bleibt jetzt fast alles wie bisher.

Akzeptable Lösung

Das Biogas-Paket wurde Kaniber zufolge als Entwurf der „Reste-Ampel" im Dezember 2024 eingebracht. Im jetzt ausgehandelten und beschlossenen Kompromiss seien zwar noch einige Punkte nicht optimal gelöst, aber unter Würdigung der besonderen Umstände sei diese Lösung akzeptabel. „Aus Sicht der Landwirtschaft hätten wir uns allerdings gewünscht, dass die weitere Reduzierung des Maisdeckels von 30 Prozent auf 25 Prozent wieder zurückgenommen wird", merkte die Ministerin zudem an. In Bayern gibt es mehr als 2 700 Biogasanlagen mit einer Leistung von mehr als 1.400 Megawatt. Damit steht rund jede vierte Biogasanlage in Bayern. Diese nutzen 11 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche. Biogasanlagen schaffen langfristig sichere Einnahmen für landwirtschaftliche Betriebe und dienen der Diversifizierung.

Verlässlicher Energieträger

Wie Bayerns Energieminister Hubert Aiwanger darlege, habe Biogas als verlässlicher Energieträger einen festen Platz in der bayerischen Energieversorgung. Im Freistaat stünden über 2.700 Biogasanlagen mit einer installierten Leistung von fast 1.500 Megawatt, was in etwa der Größenordnung des stillgelegten Kernkraftwerks Isar 2 entspreche. Im Gegensatz zur Bundesregierung habe der Freistaat die Bedeutung von Biogas schon vor Jahren erkannt. Umso wichtiger sei es sicherzustellen, dass Biogasanlagen auch in Zukunft rentabel betrieben werden können. „Biomasse sorgt zuverlässig für Strom – unabhängig von Sonne und Wind. Zudem deckt sie mit über 80 Prozent den größten Anteil der aus erneuerbarer Energie erzeugten Wärme. Deshalb steht Bayern weiterhin zur Bioenergie", bekräftigte Hubert Aiwanger. **DK**



energie schwaben Gruppe erweitert ihr Angebot mit PV-Anbieter: Timo Straten (re.) ist Geschäftsführer von energie schwaben solar, der neu gegründeten Unternehmenstochter von energie schwaben. Links: Dirk Weimann, Geschäftsführer energie schwaben.

Bild: Guido Köninger/energie schwaben.

Gemeinsam stärker:

energie schwaben gründet energie schwaben solar

Die energie schwaben Gruppe hat ein neues Mitglied: energie schwaben solar plant und realisiert in Zukunft Photovoltaik (PV)-Anlagen für Privat- und Gewerbekunden sowie kommunale Einrichtungen. energie schwaben solar übernimmt ab sofort die Geschäfte von ESS Kempfle. energie schwaben und ESS Kempfle kooperierten bereits seit mehreren Monaten.

Seit Anfang Februar ist energie schwaben solar als 100-prozentige Tochter von energie schwaben offiziell am Start. Geschäftsführer ist Timo Straten, Abteilungsleiter Neue Geschäftsfelder bei energie schwaben. Straten wird das Unternehmen neu ausrichten und in die Zukunft führen. Wolfgang Kempfle wird seine große Erfahrung und Fachkenntnisse aus dem PV-Geschäft einbringen und die Gesellschaft als Prokurist vertreten.

Die neue Firma hat ihren Sitz in Leipheim, beschäftigt rund 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und will in diesem Jahr 500 PV-Anlagen installieren. Dazu gehört die klassische Zehn-Kilowatt-Peak-Anlage einschließlich Speicher für ein Einfamilienhaus ebenso wie Megawatt-Kraftwerke auf den Dächern großer Gewerbehallen und kommunaler Liegenschaften.

Für Dirk Weimann, Geschäftsführer energie schwaben, ist die neu gegründete energie schwaben solar die Umsetzung eines Wunschszenarios. Timo Straten, Geschäftsführer energie schwaben solar, erklärt: „Mit energie schwaben solar wollen wir das Angebot noch attraktiver machen und unseren Marktanteil in Bayerisch-Schwaben ausbauen. Künftig planen wir auch die Konzeption und Umsetzung von Anlagen auf Freiflächen und Mehrfamilienhäusern. Auch das Geschäftsfeld Klimatechnik wollen wir aufbauen und erweitern." Wolfgang Kempfle, Prokurist energie schwaben solar, betont: „Ich freue mich auf meine künftige Aufgabe und darüber, Teil der starken energie schwaben Gruppe zu sein." ❐



Marktanalyse des Praxisforums Geothermie:

Deutliche Einsparungen für Verbraucher

Die Kosten für Fernwärme aus Geothermie in Bayern sind deutlich um rund 3,4 Prozent gesunken. Dies ermittelte das Praxisforum Geothermie in seiner Marktanalyse für die aktuelle Heizperiode. Unter den insgesamt 18 bayerischen Wärmenetzen, die mit heißem Wasser aus der Tiefe betrieben werden, haben fast zwei Drittel der Betreiber ihre Preise gesenkt.

Laut der Marktanalyse beträgt die Einsparung in der Beispielrechnung für ein Einfamilienhaus mit 20.000 kWh Jahresverbrauch zumeist zwischen 100 und 500 Euro. Besonders stark fallen die Einsparungen für die Fernwärmekunden in drei Gemeinden südlich von München aus. In Oberhaching sinkt der Preis bei einem Jahresverbrauch von 20.000 kWh um 14,7 Prozent, was einer Einsparung für die Verbraucher von mehr als 480 Euro im Vergleich zu den Preisen für die Heizperiode 2023/24 entspricht. Ebenfalls im zweistelligen Prozentbereich liegen die Einsparungen in Grünwald (-11,7 Prozent) und Holzkirchen (-11,3 Prozent). Umgerechnet sind dies 364 bzw. 436 Euro.

Ebenfalls deutlich niedrigere Fernwärmepreise melden die Versorger in Unterföhring (-8,8 Prozent laut Beispielrechnung), Aschheim-Feldkirchen-Kirchheim (-7,7 Prozent), Ismaning (-5,9 Prozent), Erding (-6,2 Prozent), München Stadt, Martinsried, Unterföhring und Region Süd (-5,6 Prozent), Taufkirchen (-3,9 Prozent), Traunreut (-3,7 Prozent), München Region Südost (-1,5 Prozent) sowie Unterhaching (-1,1 Prozent).

Ein Preisanstieg für die Fernwärme aus Geothermie ist dagegen in Garching bei München (+0,9 Prozent), Pullach (+3,4 Prozent), Poing (+3,1 Prozent), Kirchweidach (+2,8 Prozent), Waldkraiburg (+5,0 Prozent) und Unterschleißheim (+7,2 Prozent) zu verzeichnen. Allerdings, so die Analyse, gehören fast alle Versorger, die ihre Preise angehoben haben, weiterhin zu den billigsten Anbietern. Bei den drei günstigsten Versorgern für Fernwärme aus Geothermie liegen die jährlichen Kosten gemäß der Beispielrechnung allesamt unter der 2.500-Euro-Marke. Konkret sind dies Waldkraiburg mit 2.464 Euro, Kirchweidach (2.482 Euro) und Grünwald mit 2.499 Euro. Der sich daraus ergebende aktuelle Durchschnittswert bei den jährlichen Heizkosten liegt für ein Einfamilienhaus mit 20.000 kWh Jahresverbrauch bei 3.095 Euro. Vor einem Jahr lag dieser Wert noch bei 3217 Euro.

Auch bei den Heizkosten für Wohnungen sorgt die Fernwärme aus Geothermie für Einsparungen bei den Verbrauchern. In der Beispielrechnung für eine Wohnung mit 8.000 kWh Jahresverbrauch in einem Vier-Parteien-Haus sinken die jährlichen Durchschnittskosten von 1.288 auf 1.237 Euro. Sogar unter der 1.000-Euro-Marke liegen die Heizkosten in Kirchweidach (933 Euro), Waldkraiburg (950 Euro), Garching bei München (961 Euro) und Unterföhring (982 Euro). **DK**

Regionalwerke Landkreis Cham und Bayernwerk-Gruppe:

Startschuss für strategische Zusammenarbeit

Energiezukunft vor Ort gestalten, das ist der Kern der strategischen Zusammenarbeit, die Franz Löffler, Landrat und Verwaltungsratsvorsitzender der Regionalwerke Landkreis Cham, zusammen mit dem Vorstandsvorsitzenden der Bayernwerk AG, Dr. Egon Leo Westphal im Januar im Landratsamt startete. Dabei betonte Löffler: „Mit dem Thema Energie steht und fällt der wirtschaftliche Erfolg einer Region. Wir haben unser Zielfoto klar definiert. Die Menschen in unserer Region wollen mitbestimmen, was mit der Energie passiert, die hier bei uns erzeugt wird. Mit dem Bayernwerk haben wir einen starken Partner an unserer Seite, der diese Regionalentwicklung mit vorantreibt."

Die Regionalwerke Landkreis Cham, die Bayernwerk AG und die Bayernwerk Netz GmbH haben hierfür gemeinsame Absichtserklärungen unterzeichnet. Die Unternehmen wollen in den Bereichen der regenerativen Energieerzeugung und dem hierfür erforderlichen regionalen Netzausbau, aber auch in der kommunalen Wärmeplanung sowie auf dem Gebiet der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität und Speichertechnologien zusammenarbeiten.



Landrat Franz Löffler und Dr. Egon Leo Westphal, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG, unterzeichneten die Kooperationsvereinbarungen. Mit im Bild (hinten, v.l.) Peter Ketterl (Leiter der Region Ostbayern, Bayernwerk Netz GmbH), Martin Ritt (Vorstand Regionalwerke Cham), Markus Leczycki (Leiter Kommunalmanagement, Bayernwerk Netz GmbH), Jonas Penzkofer (Kaufmännischer Manager, Regionalwerke Cham) und Dr. André Zorger (Leiter Kommunalmanagement Ostbayern, Bayernwerk Netz GmbH). Bild: Michael Hitzek, Bayernwerk AG

Löffler: Bezahlbarer Strom für die Menschen

Landrat und Verwaltungsratsvorsitzender Franz Löffler betonte die Bedeutung der Partnerschaft: „Ziel der Regionalwerke des Landkreises Cham ist es, Menschen in Zukunft bezahlbaren, nachhaltigen, regionalen Strom zu bieten. Durch die Kooperation mit der Bayernwerk-Gruppe kommen wir auf diesem Weg einen entscheidenden Schritt voran. Die Bedürfnisse unseres Landkreises frühzeitig zu kommunizieren und mit einem leistungsfähigen Partner abzustimmen, ist hierfür ein wesentlicher Erfolgsfaktor."

Westphal: „Erneuerbare Energien-Anlagen müssen dahin, wo die Netze sind"

Dr. Egon Leo Westphal, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG, unterstrich dies: „Der Landkreis Cham hat aus unserer Sicht ein Alleinstellungsmerkmal: Die Regionalwerke sind ein besonders wertvoller Partner, weil darin fast alle Kommunen des Landkreises organisiert sind. Die Regionalwerke können den Zubau an Erneuerbaren Energien daher zeitlich, örtlich und auch hinsichtlich der Leistung steuern. Für die Bayernwerk Netz GmbH bedeutet dies: Wir können im Landkreis Cham wie in einem Reallabor den Ausbau der Erneuerbaren und den Netzausbau synchronisieren sowie innovative Anschlusskonzepte testen. Denn Erneuerbare Energien-Anlagen müssen dahin, wo die Netze sind, wo die Netze noch freie Kapazitäten haben."

Ritt: Wertschöpfung vor Ort erhalten

Die jetzt unterzeichneten Absichtserklärungen umfassen mehrere Bereiche, darunter den Ausbau sowohl von Freiflächen-Photovoltaikanlagen als auch Windenergieanlagen, die Weiterentwicklung intelligenter Energienetze und die Förderung lokaler Beteiligungsmodelle. Martin Ritt, Vorstand der Regionalwerke Landkreis Cham: „Ziel ist die gemeinsame Entwicklung von Stromerzeugungsprojekten, welche die Wertschöpfung vor Ort erhalten und die erzeugte Energie im regionalen Kontext weiterverarbeiten. Der Termin markiert den Beginn einer intensiven Zusammenarbeit, die sich durch konkrete Projekte und regelmäßigen Austausch auszeichnen wird. Dabei muss Infrastruktur immer nach dem Bedarf ausgerichtet werden, dies ist nur durch den engen Austausch zwischen allen Beteiligten möglich. Es bedarf nicht nur moderner Energienetze, sondern auch eines auf Vertrauen basierenden Austausch- und Informationsnetzes. Die strategische Kooperation gibt uns hierfür die notwendige Sicherheit." ❐

LfA fördert jetzt auch Wärmenetze

Zur Unterstützung der Wärmewende fördert die LfA Förderbank Bayern jetzt auch Wärmenetze. Mit dem neuen „Energiekredit Wärme" lassen sich auch Investitionen in die Erzeugung, Speicherung und Verteilung von Wärme und Kälte auf Basis regenerativer Energien finanzieren. Damit bündelt die LfA ihre gesamte Förderung leitungsgebundener Wärmeversorgung in einem eigenen Produkt.

Die Neuaufstellung der Produktfamilie der LfA-Energiekredite umfasst außerdem Optimierungen beim „Energiekredit Regenerativ" und die Einführung des „Energiekredit Produktion". Die neuen Förderangebote können seit dem 14. Februar 2025 beantragt werden.

Der neue Energiekredit Wärme richtet sich in erster Linie an gewerbliche Unternehmen und Freiberufler mit einem Jahresumsatz von maximal 500 Millionen Euro. Darüber hinaus können unter anderem auch öffentliche Unternehmen (Anteil öffentlicher Beteiligungen von mehr als 50 Prozent) sowie kommunale Zweckverbände die Förderung nutzen. Wärmenetze sind förderfähig, sofern sie zu 75 Prozent aus regenerativen Energien bzw. Abwärme gespeist werden. Das schließt auch Geothermievorhaben ein.

Der maximale Kreditbetrag im Energiekredit Wärme beträgt in einem ersten Schritt 10 Millionen Euro, dabei können Vorhaben bis zu 100 Prozent finanziert werden. Der Kredit bietet attraktive Zinssätze, zudem sorgen Laufzeiten von bis zu 30 Jahren, Zinsbindungen bis zu 20 Jahren sowie bis zu 3 tilgungsfreie Anlaufjahre für Liquidität und Planungssicherheit. Weiterer Pluspunkt: Das Förderprogramm ist mit der Bundesförderung energieeffiziente Wärmenetze (BEW) kombinierbar, da es sich um beihilfefreie Kredite handelt.

Zeitgleich mit der Einführung des Energiekredit Wärme gibt es weitere Verbesserungen im Energieförderangebot der LfA: Mit dem Energiekredit Regenerativ – dem Spezialkredit der LfA für die Stromerzeugung auf Basis regenerativer Energien sowie für Speichersysteme – lassen sich jetzt zusätzlich auch Investitionen in die Erzeugung und Speicherung von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien finanzieren. Zudem können auch dieses Förderangebot öffentliche Unternehmen und kommunale Zweckverbände in Anspruch nehmen.

Dritter Baustein der Neuaufstellung der Energiekredit-Produktfamilie der LfA ist der Energiekredit Produktion. Er ersetzt die bisherigen Produkte Energiekredit bzw. Energiekredit Plus. Der neue Kredit dient – wie seine Vorgängerprodukte – vor allem der Finanzierung von Energieeffizienzmaßnahmen sowie von Vorhaben zur Energieeinsparung bei Produktionsanlagen und -prozessen. Vorrausetzung für eine Förderung im Energiekredit Produktion ist nun eine mit dem Vorhaben verbundene Treibhausgaseinsparung von mindestens 15 Prozent. ❐

Energieausschreibungen für 2026 und Folgejahre:

enPORTAL unterstützt bayerische Kommunen

Vollständig digitalisierter Prozess für die Erstellung und Durchführung von Ausschreibungen nach GWB, VgV, SektVO und UVgO

Die Kommunal-GmbH, ein Tochterunternehmen des Bayerischen Gemeindetags, hat den renommierten IT-Dienstleister enPORTAL damit beauftragt, die Energieausschreibungen für die bayerischen Kommunen für 2026 und Folgejahre durchzuführen. Ziel der Beauftragung ist es, die Kommunen dabei zu unterstützen, die dynamischen Entwicklungen im Energiemarkt optimal zu nutzen und die Ausschreibungen für Strom und Gas effizienter und nachhaltiger zu gestalten. enPORTAL nutzt dafür seine innovative digitale Energieplattform enPORTAL connect, die speziell auf die Bedürfnisse öffentlicher Auftraggeber zugeschnitten ist.

Die Plattform ermöglicht eine umfassende Marktanalyse, digitale Ausschreibungsverfahren nach GWB, VgV, SektVO und UVgO sowie ein umfangreiches Energiedatenmanagement. So können bayerische Kommunen nicht nur Kosten sparen, sondern auch ihre Energieversorgung umweltfreundlicher und zukunftssicherer gestalten.

Zukunftsweisende Beauftragung mit digitalem Anspruch

„Die Herausforderungen des Energiemarktes erfordern innovative Ansätze und ein hohes Maß an Flexibilität", erklärt Stefan Graf, Direktor beim Bayerischen Gemeindetag für Energie, Telekommunikation und Umweltrecht. „Mit der Beauftragung von enPORTAL können unsere Mitgliedskommunen ab sofort modernste Technologien nutzen, um ihre Energieausschreibungen optimal zu planen und durchzuführen. Damit stellen wir sicher, dass sie nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch auf dem neuesten Stand agieren", so Graf weiter.

Das Unternehmen enPORTAL, das bereits seit 2008 digitale Energieausschreibungen und Energiedatenmanagement für die private und öffentliche Hand anbietet und umfangreiche Erfahrungen im Bereich digitaler Lösungen für öffentliche Auftraggeber mitbringt, freut sich auf die Zusammenarbeit. „Unser Ziel ist es, den Kommunen des Bayerischen Gemeindetags eine leistungsstarke Lösung anzubieten, die den gesamten Prozess von der Ausschreibung bis zum Abschluss vereinfacht und verbessert. Gemeinsam setzen wir einen neuen Standard im kommunalen Energiemanagement", betont Clemens Graf von Wedel, Geschäftsführer und Inhaber der enPORTAL GmbH. Die Kombination aus effizienter Energieplattform und persönlicher Kundenbetreuung ist dafür optimal geeignet.

Flexibler auf Veränderungen des Energiemarkts reagieren

Gerade vor dem Hintergrund volatiler Energiepreise und der Notwendigkeit, Prozesse im öffentlichen Sektor effizienter zu gestalten, kommt diese Partnerschaft genau zum richtigen Zeitpunkt. Mit der neuen Plattform können die Kommunen ihre Ausschreibungen optimal an die aktuellen Gegebenheiten des Energiemarktes anpassen und die passende Einkaufsstrategie finden. Der Startschuss für die Ausschreibung für die Belieferung 2026 über die digitale Plattform fällt im ersten Quartal 2025. Alle Kommunen, die die Plattform nutzen, profitieren von einer deutlichen Zeit- und Kostenersparnis sowie von einem höheren Innovationsgrad in ihrer Energieplanung.

Konsequent in Richtung Digitalisierung und Optimierung

Mit dieser Kooperation gehen der Bayerische Gemeindetag und enPORTAL konsequent in die richtige Richtung der Digitalisierung und Optimierung kommunaler Prozesse. Gemeinsam schaffen sie eine solide Basis, um die Herausforderungen des Energiemarktes nicht nur zu meistern, sondern aktiv zu gestalten. „Wir freuen uns sehr, dass sich der Bayerische Gemeindetag für uns als neuen Dienstleister für Energieausschreibungen entschieden hat! Wir sind der ideale Partner für die anstehenden Strom- und Gasausschreibungen und bieten den bayerischen Kommunen eine effiziente, digitale Lösung, die optimal auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten ist", resümiert Clemens Graf von Wedel. ❐



Agri-PV in Peißenberg:

Vorteile für Mensch, Tier und Natur

Autor: Florian Christner, Genossenschaftsverband Bayern

Die Energiegenossenschaft Oberland hat in der Region fünf Agri-Photovoltaik-Anlagen errichtet und dafür rund 20 Millionen Euro investiert. Eine dieser Anlagen liegt auf dem Dauergrünland von Korbinian Hutter, einem Landwirt aus dem Peißenberger Ortsteil Fendt. Seine 25 Milchkühe genießen seither eine neue Weide mit Dach: Über 8,5 Hektar spenden hoch aufgeständerte Photovoltaik-Module Schatten. „Die Kühe schätzen das besonders an heißen Sommertagen", erklärt Hutter. Auch das Gras profitiert: Die Module verändern das Kleinklima positiv. Weniger Wind und bessere Erwärmung im Frühjahr fördern das Wachstum, der Regen erreicht trotzdem den Boden.

Agri-Photovoltaik (Agri-PV) kombiniert Landwirtschaft und Energiewende, ohne Flächen der Agrarnutzung zu entziehen. Stattdessen wird die landwirtschaftliche Hauptnutzung durch die Solaranlagen ergänzt. Diese Lösung reduziert Nutzungskonflikte und unterstützt die regionale Energiewende. Die Energiegenossenschaft Oberland errichtete im Frühjahr 2024 fünf solcher Anlagen, davon drei in Peißenberg und Polling sowie jeweils eine in Schongau und Ohlstadt. Mit einer installierten Leistung von insgesamt 30 Megawatt können sie bis zu 9.900 Haushalte mit Grünstrom versorgen.

Die Anlage in Fendt

Die Agri-PV-Anlage in Fendt umfasst 13.070 Module mit einer installierten Leistung von 7,4 Megawatt. Damit erzeugt sie jährlich 8.540 Megawattstunden Strom – genug für 2.450 Haushalte. Hutter verpachtet seine Wiesen an die Genossenschaft, darf sie aber weiterhin kostenfrei bewirtschaften. Die Pachteinnahmen sind für ihn essenziell, da sein Betrieb mit 25 Milchkühen wirtschaftlich zu klein wäre, um ohne Erweiterung zu überleben. „Dank der Agri-PV-Anlage kann ich den Hof in der bisherigen Größe weiterführen", sagt Hutter. Zudem trägt er zur regionalen Stromerzeugung bei – ein Anliegen, das ihm am Herzen liegt.

Der Mehraufwand durch die Anlage hält sich in Grenzen. Zwar benötigt Hutter spezielle Maschinen, um zwischen den Pfosten zu mähen, doch die Flächen bleiben Sommerweiden. Dies minimiert den Maschineneinsatz.



Stolz auf das Vorzeigeprojekt der Energiegenossenschaft Oberland (v.l.): Christof Wiedmann (Genossenschaftsmitglied), Susanne Seeling (Vorständin) mit Linda, Anna Maletz (Geschäftsstelle Energiegenossenschaft Oberland) mit Paul und Landwirt Korbinian Hutter auf der Fläche der Agri-PV-Anlage im Peißenberger Ortsteil Fendt. Bild: GVB

Technische und finanzielle Herausforderungen

Die Genossenschaft finanzierte die Projekte teilweise durch regionale Klimasparbriefe. Bürger konnten sich über Nachrangdarlehen beteiligen, um von der Energiewende zu profitieren. Laut Vorständin Susanne Seeling sind Agri-PV-Anlagen zwar teurer als normale Freiflächenanlagen, doch der Mehraufwand – etwa für die Statik, höhere Aufständerung und bifaziale Module – ist überschaubar. In Fendt mussten die Stahlprofile 2,50 Meter tief verankert werden, um Schneelasten und Wind standzuhalten. Weil die Module ohne Fundamente in den Boden gerammt sind, können sie nach Ablauf der EEG-Förderung einfach abgebaut werden, sodass die Fläche wieder vollständig landwirtschaftlich nutzbar wird.

Die Montage war nicht ohne Herausforderungen: „Anfangs kamen die Monteure mit Leitern, doch das funktionierte nicht. Am nächsten Tag brachten sie Hebebühnen mit", erinnert sich Seeling. Ein Vorteil der hohen Konstruktion: Ein einfacher Weidezaun genügt als Sicherung, da die elektrischen Anlagen aufgrund der Höhe unzugänglich für Unbefugte sind.

Gesellschaftliche Akzeptanz als Schlüssel

Die Bürgerenergiegenossenschaft genießt hohe lokale Unterstützung. Die Abstimmungen im Peißenberger Gemeinderat fielen einstimmig aus. Vorstand Alexander Rossner betont: „Wir bauen nur dort, wo Projekte auf breite Zustimmung stoßen." Auch die Gewerbesteuer bleibt vor Ort, was zur Wertschöpfung beiträgt.

Um die EEG-Förderung ohne Ausschreibung zu sichern, gründete die Genossenschaft für jede Anlage eine eigene Bürgerenergiegesellschaft. So umging sie die Teilnahme an den Ausschreibungen, die mit hohen Kosten und Unsicherheiten verbunden sind. Dennoch war der bürokratische Aufwand erheblich.

Rossner kritisiert die mangelnde Abstimmung zwischen Behörden sowie die unzureichende Gesetzgebung: „Es fehlt ein großer politischer Wurf. Stattdessen kämpfen wir mit einem Flickenteppich, der die Energiewende unnötig erschwert."

Ausblick

Trotz aller Hürden bewertet die Genossenschaft die Agri-PV-Projekte positiv. Die Anlagen schonen landwirtschaftliche Flächen und bieten Tierhaltern neue Ertragsmöglichkeiten.

Der Beitrag zur regionalen Energiewende ist deutlich spürbar. Dass eine Bürgerenergiegenossenschaft hinter den Projekten steht, habe die Akzeptanz in der Bevölkerung stark gefördert. Rossner ist überzeugt: „Wären wir als gewöhnlicher Investor aufgetreten, hätten wir nicht diese breite Unterstützung erhalten."

Weitere Informationen: www.eg-oberland.de. ❐

Photovoltaik-Rekord und Netzausbau:

Herausforderungen im Stromnetz der N-ERGIE

Im vergangenen Jahr erreichte die Photovoltaik in Deutschland einen neuen Rekord: Anlagen mit einer Spitzenleistung von 16 GW wurden neu installiert – zwei Drittel davon auf Hausdächern –, sodass die bundesweite installierte Leistung über 100 GW liegt. Auch im Netzgebiet der N-ERGIE zeigt sich dieser Boom: Rund 17.000 Anlagen mit einer Spitzenleistung von 417 MW gingen 2024 ans Netz. Damit stieg die im Gebiet installierte PV-Leistung um 16 Prozent auf nahezu 3 GW, was heute 73 Prozent der insgesamt rund 4 GW erneuerbarer Energien ausmacht.

Der Solar-Boom stellt das Stromverteilnetz vor enorme Herausforderungen. Industrie, Gewerbe und private Haushalte im Netzgebiet benötigen maximal etwa 1.100 MW – doch bei hoher Sonneneinstrahlung wird häufig weit mehr Strom erzeugt, als regional gebraucht wird. Insbesondere an Tagen mit geringem Verbrauch, wie an Oster- oder Pfingstwochenenden, können die Erzeugungsspitzen das regionale Netz vielfach übersteigen. Um Überlastungen zu vermeiden und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, werden große Solarparks abgeregelt, während unkontrolliert eingespeister Strom von zahllosen PV-Dachanlagen das Netz zusätzlich belastet.

Für den Abtransport der überschüssigen Strommengen muss das Verteilnetz massiv ausgebaut werden. Die N-ERGIE Netz GmbH plant bis 2030 Investitionen von rund 1,3 Mrd. Euro, um bestehende Hochspannungsleitungen zu verstärken und neue Umspannwerke zu errichten. Der 2024 veröffentlichte Netzausbauplan sieht bis 2028 rund 100 Baumaßnahmen vor, die das Netz substanziell stärken sollen – unter anderem durch eine verbesserte Anbindung an das Höchstspannungsnetz, für die der Übertragungsnetzbetreiber TenneT neue Netzkuppelstellen plant.

Neben dem Netzausbau hält die N-ERGIE Netz GmbH zusätzliche Maßnahmen für unerlässlich, um die Energiewende erfolgreich zu gestalten. Dazu zählen netzdienliche Batteriespeicher, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wind- und Solaranlagen sowie eine netzorientierte Steuerung von PV-Dachanlagen. Das Stromnetz erstreckt sich über weite Teile Mittelfrankens – vom Würzburger Umland bis Eichstätt und von Weikersheim bis Sulzbach-Rosenberg – und umfasst insgesamt rund 29.000 Kilometer an Hoch-, Mittel- und Niederspannungsleitungen. ❐



Regionale Zukunftskonferenz Wasserstoff. Bild: Technologieregion Wasserstoff

3. Regionale Zukunftskonferenz Wasserstoff:

Bayerisch-Schwaben nimmt Vorreiterrolle ein

Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft kamen in der Handwerkskammer Schwaben zur 3. Zukunftskonferenz Wasserstoff zusammen, um auszuloten, wie Wasserstoff in der Industrie und in der Region Anwendung finden kann. Dazu wurden aktuelle Wasserstoffprojekte in der Region A³ (Stadt und Landkreis Augsburg, Landkreis Aichach-Friedberg) vorgestellt. Veranstalter war der Regionale Fachbeirat Wasserstoff, der mehr als 250 Teilnehmer begrüßen konnte.

„Die Frage einer sicheren, sauberen und bezahlbaren Energieversorgung ist zentral für unsere Gesellschaft. Sie entscheidet über Konkurrenzfähigkeit, Zukunftsfähigkeit, Wachstum und Wohlstand. Deshalb setzt sich Bayern mit Nachdruck für den Wasserstoffhochlauf ein", stellte Bayerns Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales, Eric Beißwenger, eingangs fest. „Wir wollen unser Land an der Spitze der technologischen Entwicklung platzieren. Deshalb planen wir für die kommenden Jahre Wasserstoff-Investitionen von über einer halben Milliarde Euro." Besonders in Bayerisch-Schwaben sehe der Freistaat große Innovationskraft, die diesen Wandel aktiv mitgestalte, so Beißwenger.

Gemeinsam Infrastruktur schaffen

Oberbürgermeisterin Eva Weber (Augsburg), Landrat Martin Sailer (Landkreis Augsburg) und der stellvertretende Landrat Manfred Losinger (Landkreis Aichach-Friedberg) präsentierten das langjährige Engagement der Region. Wie Rathauschefin Weber darlegte, „sind wir als Gebietskörperschaften gemeinsam mit dem Regionalen Fachbeirat Wasserstoff, den die Stadt Augsburg im Jahr 2021 initiiert hat, bereits seit vielen Jahren aktiv. Jetzt möchten wir verstärkt Unternehmen einbinden, um die Technologieregion Wasserstoff weiter voranzubringen." Wie Landrat Martin Sailer ergänzte, könne die Energiewende nur gelingen, wenn gemeinsam eine funktionierende Infrastruktur geschaffen werde, die dann aber auch von Unternehmen genutzt werden muss. „Unsere Region zeigt, wie dies gelingen kann."

In einer Keynote erläuterte Prof. Dr. Peter Wasserscheid, Gründungsdirektor des Helmholtz-Instituts Erlangen-Nürnberg für Erneuerbare Energien, wie Wasserstofftechnologien eine klimaneutrale Industriegesellschaft ermöglichen. Ein zentraler Aspekt sei die Verteilung des Wasserstoffs. Entsprechend berichteten über den aktuellen Planungsstand des Wasserstoffverteilnetzes in der Region die Netzbetreiber Dr. Matthias Jenn von bayernets und René Schoof, Geschäftsführer von schwaben netz. Letzterer betonte: „Wir konkretisieren hier den Weg zur klimaneutralen Energieversorgung der Zukunft. Unsere Verteilnetze sind bereits zu 95 Prozent H2-ready, doch für einige Zeit werden wir beide Infrastrukturen parallel benötigen. Der Energiebedarf wird außerdem absehbar weiter steigen. Deshalb ist der Bau dieser Leitung ein wichtiger Schritt in die Energiezukunft, um die zuverlässige Versorgung langfristig sicherzustellen." Ab 2032 soll in der Region Wasserstoff nicht nur ausgespeist, sondern auch an Großabnehmer weitergeleitet werden. Die Anbindung an das H2-Kernnetz soll als Übergabestelle im Bereich Wertingen liegen.

Wenn sich Unternehmen für Wasserstoff entscheiden, könnten sie in Zukunft auf mehrere geplante Elektrolyse-Projekte setzen: zum Beispiel von GP Joule in Gersthofen oder am Flughafen Memmingen (von der Airport Energiemanagement GmbH). Auch der Industriepark Gersthofen, wo Wasserstoff für ein Nahwärmeprojekt genutzt werden soll, könnte Wasserstoff für konkrete Anwendungen demnächst nutzbar machen. Seit 2024 Jahr können auch Fahrzeuge an der Wasserstofftankstelle in Gersthofen Wasserstoff tanken. „Wir versuchen, in Gersthofen mit mehreren Anwendungsfällen Wasserstoff konkret nutzbar zu machen und sind hier regionaler Vorreiter", erläuterte Andreas Remmele von den Stadtwerken Gersthofen.

Wettbewerbsfähigkeit sichern

Wasserstoff bietet als emissionsfreier Energieträger eine große Chance, die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu sichern", erklärte Dr. Marc Lucassen, Hauptgeschäftsführer der IHK Schwaben. Vor allem energieintensive Branchen wie die Metall-, die Chemie- und die Glasindustrie profitieren von einer zuverlässigen Wasserstoff-Infrastruktur.

Auch für das Handwerk ergäben sich neue Perspektiven, zeigte Alfred Kailing von der Handwerkskammer Schwaben auf: „Unsere Betriebe sind bereit, die Energiewende mit ihrer Fachkompetenz zu unterstützen." Wasserstoff biete nicht nur klimafreundliche Alternativen, sondern auch neue Geschäftsfelder für das Handwerk – sei es bei der Installation von Wasserstoffheizungen oder der Wartung von Infrastruktur.

Dass Bayerisch-Schwaben bereits eine Schlüsselrolle in der globalen Wasserstoffwirtschaft spielt, machte Martina Medrano, Leiterin der Regionalen Koordinierungsstelle Wasserstoff, deutlich. Unternehmen aus der Region lieferten essenzielle Komponenten für zahlreiche Wasserstoffprojekte weltweit. Das größte Wasserstoffkraftwerk der USA sowie die indische Mondmission setzten auf Technologie aus Bayerisch-Schwaben. Über 30 Unternehmen, darunter SGLCarbon, MT Aerospace, Stöhr und AdvanTec, seien in der Wasserstoffwertschöpfungskette aktiv.

„Wir haben in der Region zahlreiche Innovationschampions, die die Technologie für den weltweiten Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft bereitstellen", erklärte Medrano. „In jedem wasserstoffbetriebenen Fahrzeug, das wir in der Region oder weltweit auf die Straße bringen, steckt jede Menge Innovation aus der Region." Die Regionale Koordinierungsstelle Wasserstoff, angesiedelt bei der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH, vernetzt Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Kommunen, um die Wasserstoffwirtschaft in Bayerisch-Schwaben gezielt voranzutreiben.

Herausragende wissenschaftliche Expertise

Auch wurde auf der Konferenz darauf hingewiesen, dass die Region über eine herausragende wissenschaftliche Expertise im Bereich Wasserstoff verfügt, auf die die Unternehmen zugreifen können. Die Forschungseinrichtungen arbeiteten an wichtigen Zukunftsthemen. „Unsere Forschung legt die Basis für die industrielle Anwendung von Wasserstofftechnologien – von der Materialentwicklung über Elektrolysetechnologien bis hin zu neuen Speicherkonzepten", erklärte Prof. Dr.-Ing. Rüdiger Daub vom Fraunhofer IGCV. Besonders im Bereich der Prozessoptimierung und Digitalisierung spiele die Region eine Vorreiterrolle.

Mit dem neuen Technologietransferzentrum (TTZ) der Technischen Hochschule Augsburg am Standort Gersthofen werden sich Forscherinnen und Forscher der THA ab 2025 in Kooperation mit lokalen Unternehmen mit der Entwicklung und Anwendung moderner und praxisorientierter Ansätze in den Bereichen Leichtbau und Wasserstofftechnologie befassen. „In den nächsten Jahren können wir 7 Millionen Euro gemeinsam mit Unternehmen in digitale Innovationen im Leichtbau für wasserstoffbasierte Technologien investieren", freuten sich die TH-Professoren André Baeten und Neven Majic. **DK**

Klimaschutz smart und sicher finanziert

KOM2KOM startet Marktplatz für regionale CO2-Reduktionsprojekte

Ob energetische Gebäudesanierung oder Ausbau erneuerbarer Energien: Kommunen können auf vielfache Weise Treibhausgase reduzieren – doch oft fehlt ihnen schlicht das Geld. Diese Finanzierungslücke möchte das Start-up KOM2KOM mit einer neuartigen, Blockchain-basierten Plattform schließen. Dort können Kommunen und regionale Unternehmen Reduktionsprojekte anbieten. Sie werden von KOM2KOM nach höchsten Standards validiert und eignen sich ideal für Unternehmen und Institutionen, die ihre eigenen Emissionen ausgleichen wollen oder müssen – und das ohne Greenwashing-Risiko.

„Wir haben einen Marktplatz geschaffen, über den Projekte zur Reduktion von Emissionen einfach, sicher und transparent umgesetzt werden können", erklärt KOM2KOM-Geschäftsführer Dr. Felix Kreidl. Er und das KOM2KOM-Team sind überzeugt, dass die neue Plattform eine Win-Win-Konstellation erzeugt, von der sowohl die Anbieter von klimaschonenden Projekten als auch deren Abnehmer – sprich Klimafinanzierer – stärker profitieren können als von bisherigen Zertifikate- oder Kompensationsmodellen.

Tatsächlich unterscheidet sich der KOM2KOM-Ansatz in verschiedenen Aspekten von anderen Angeboten. Kernzielgruppe auf Anbieterseite sind kommunale und regionale Projektträger mit einem klimafreundlichen Vorhaben. Erste Voraussetzung ist, dass das geplante Projekt Treibhausgase einsparen würde – beispielsweise durch die energetische Sanierung eines alten Schulgebäudes oder die Errichtung einer Biogasanlage. Zweite Voraussetzung ist die „Zusätzlichkeit": „Auf KOM2KOM dürfen nur Emissionsreduktionsprojekte angeboten werden, die ohne externe Mitfanzierung nicht realisierbar wären", erklärt Dr. Kreidl.

Verlässliche Klimafinanzierung

KOM2KOM kontrolliert, dass diese und weitere hohe Qualitätskriterien bei den angebotenen Projekten erfüllt sind. Das Start-up ist nach dem strengen ISO-Standard 14064-2 validiert, der „die quantitative Bestimmung, Überwachung und Berichterstattung von Reduktionen der Treibhausgasemissionen" regelt. Klimafinanzierer können also sicher sein, dass die versprochene Emissionseinsparung überprüft und bewertet wurde – und es sich nicht um eine Maßnahme handelt, die weniger Effekte bringt oder ohnehin erfolgt wäre. Das ist wichtig, um Greenwashing-Risiken zu vermeiden, die Unternehmen schwer schaden können.

Anschubfinanzierung sichergestellt

Wenn der Vertrag zustande kommt, bezahlen die Finanzierer pro Tonne CO2-Äquivalent, die über das Projekt eingespart werden wird. Die Kosten sind hochtransparent, sie basieren auf dem jeweils aktuellen ETS-Marktpreis der EU. Die Reduktionsmenge bezieht sich dabei auf die Gesamtlaufzeit des Projektes, beispielsweise 20 Jahre. Ebenfalls neu am KOM2KOM-Ansatz: Der Finanzierer bezahlt ex ante, also vor Umsetzung des Reduktionsprojektes. Dadurch wird sichergestellt, dass die Mittel zur Anschubfinanzierung zur Verfügung stehen. Dieser Aspekt ist für die Anbieter besonders relevant, denn gerade an anfänglichen Investitionen scheitern klimafreundliche Vorhaben häufig. Zudem wird die Klimafinanzierung bei nicht kommunalen Unternehmen gegen Insolvenz der Projektgesellschaften und somit gegen den Ausfall abgesichert.

Gezielt regionale Projekte unterstützen

Die Finanzierer wiederum erfüllen gesetzliche Vorgaben zum Klimaschutz auf sichere und transparente Art und Weise. Dafür sorgt neben der ISO-Validierung die Speicherung des Vertrags und der Emissionsreduzierungen in der Blockchain. Darüber hinaus können sie mit ihrer Klimaschutzfinanzierung über die Plattform gezielt regionale Projekte quasi vor der eigenen Haustür unterstützen – was sich zusätzlich positiv auf die CSR-Bilanz und das Image des Unternehmens auswirkt.

Potenzielle Anbieter von regionalen Reduktionsprojekten können sich ab sofort bei KOM2KOM anmelden. Im ersten Schritt fokussiert sich KOM2KOM auf den DACH-Raum und Polen, später ist eine Ausweitung auf andere EU-Länder denkbar. „Wir wollen mit unserem Marktplatz zum Katalysator für Treibhausgasreduzierungen durch Kommunen und regionale Unternehmen werden", sagt Geschäftsführer Kreidl. KOM2KOM tritt dabei als intermediäre Plattform auf und erhält eine Provision pro gehandelter Tonne CO2-Äquivalent. Eigentliche Gewinner jedes Vertragsabschlusses sind aber andere: die nachfolgenden Generationen, die auf jede Maßnahme im Kampf gegen den Klimawandel angewiesen sind.

Über KOM2KOM

KOM2KOM ist ein innovatives deutsches Greentech-Start-up mit dem Ziel, die Realisierung von regionalen Klimaschutzprojekten zu vereinfachen und voranzutreiben. Das Konzept eines neuartigen Marktplatzes für Emissionsreduktionen wurde ab 2021 entwickelt – unter anderem als Reaktion auf den europäischen Green Deal, das Bundesklimaschutzgesetz sowie das Bayerische Klimaschutzgesetz. Ende 2024 nahm das Unternehmen mit Sitz in Pettendorf bei Regensburg die Plattform in Betrieb. Ein ISO-validiertes Verfahren unter Nutzung von Blockchain-Technologie garantiert den Finanzierern maximale Transparenz und nachgewiesene Wirksamkeit des Emissionsreduktionsprojektes. Projektanbieter wiederum profitieren davon, dass künftige Emissionen vorab monetarisiert werden und die Einnahmen zur Anschubfinanzierung zur Verfügung stehen. Das Gründungs- und Führungsteam von KOM2KOM vereint langjährige Erfahrung aus den Bereichen erneuerbare Energien, eCommerce und Blockchain-Technologie sowie Gebühren-, Steuer- und Handelsrecht. So funktioniert KOM2KOM: Schnelle Erklärung im Kurzvideo auf der Website https://www.kom2kom.com/de/. ❐



V.l.: Florian Gleich, Bernd Buckenhofer (beide Bayerischer Städtetag), Marian Rappl, Florian Mattner (beide VBEW), Hans-Peter Mayer, Stefan Graf (beide Bayerischer Gemeindatag). Bild: VBEW

Gasversorgungsleitungen:

Klimaneutrale Wärmeversorgung

VBEW, Gemeindetag und Städtetag schaffen Grundlage

Der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag und der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) haben sich auf eine Aktualisierung ihres Mustervertrags für Gasversorgungsleitungen in den Kommunen verständigt. Der von den Versorgern für die Wärmeplanung vorgeschlagene Transformationspfad hin zur klimaneutralen Versorgung wird in Bayern mit den Laufzeiten der Konzessionsverträge synchronisiert.

Nach dem Wärmeplanungsgesetz des Bundes müssen Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern bis zum 30. Juni 2026 einen Wärmeplan erstellen. Kleinere Gemeinden haben hierfür Zeit bis zum 30. Juni 2028. Mit den Plänen soll in den Kommunen festgelegt werden, wie die Wärmeversorgung in einer Stadt oder einer Gemeinde klimaneutral in die Zukunft geführt werden kann. Die Umsetzung wird in Bayern durch die Verordnung zur Ausführung energiewirtschaftlicher Vorschriften (AVEn) geregelt, die am 2. Januar 2025 in Kraft getreten ist.

Der Gemeindetag, der Städtetag und der VBEW haben bereits frühzeitig mit Gesprächen über eine Anpassung ihres bayerischen Muster-Konzessionsvertrages für Gasversorgungsleitungen begonnen. Konzessionsverträge werden zwischen Betreibern von Versorgungsnetzen mit Städten und Gemeinden vereinbart und regeln, zu welchen Bedingungen Strom-, Gas- oder auch Wasserleitungen in öffentliche Verkehrswege, Straßen und Plätze verlegt werden dürfen. Für sämtliche dieser Infrastrukturen bestehen in Bayern zwischen dem VBEW, Gemeindetag und Städtetag Musterverträge. Mit dem Wärmeplanungsgesetz und dem im Bayerischen Klimaschutzgesetz festgelegten Ziel der Klimaneutralität bestand der Bedarf, die Zukunft der Erdgasversorgung in den Vertragsmustern zu berücksichtigen. Soweit Gasverteilnetzbetreiber beabsichtigen, die Versorgung vor den Fristen der Klimaziele zu beenden, teilen sie dies im Rahmen der Wärmeplanung mit. Dies berechtigt dann zur Kündigung des Konzessionsvertrags. Damit ist der Weg frei von einer fossilen zu einer klimaneutralen Versorgung.

VBEW, Gemeindetag und Städtetag arbeiten zu diesem Thema schon lange vertrauensvoll zusammen. Mit dem unterzeichneten Muster-Vertrag liegt für die bayerischen Kommunen und die Netzbetreiber nun eine einheitliche und rechtssichere Vereinbarung vor, die den Herausforderungen der Wärmewende Rechnung trägt. ❐

„Für mich ist es ein sehr rundes System"

Thomas Thumann war von 2005 bis 2023 Oberbürgermeister von Neumarkt in der Oberpfalz. Nun engagiert er sich als Head of Municipal and Sustainability Affairs beim Start-up KOM2KOM. Im Interview mit der Bayerischen GemeindeZeitung erklärt er, warum ihn das Konzept eines Marktplatzes für kommunale Emissionsreduktion vollends überzeugt.

GZ: Herr Thumann, warum haben Sie sich entschieden, für KOM2KOM zu arbeiten?

Thomas Thumann: Weil es hier um Themen geht, die mich absolut interessieren, für die ich persönlich brenne. Ich sehe bei KOM2KOM eine Win-Win-Win-Situation: für die Kommunen, die leider wegen rückläufiger Steuereinnahmen in den kommenden Jahren finanziell nicht besser ausgestattet sein werden; aber auch für Unternehmen, die Emissionsreduktionsprojekte mitfinanzieren und davon profitieren. Und für uns alle, die wir dringend besseren Klimaschutz benötigen. Als regional denkender Mensch gefällt es mir besonders, dass über KOM2KOM Projekte gefördert werden, bei denen die Region von der Wertschöpfung und unter Umständen auch vom technologischen Know-how profitiert. All das kommt nicht zuletzt unseren Kindern zugute.

GZ: Sie waren 18 Jahre lang Oberbürgermeister von Neumarkt in der Oberpfalz. Welche Rolle spielte Klimaschutz in Ihrer Amtszeit?

Thumann: Ich wurde 2005 zum Oberbürgermeister gewählt. Kurz darauf habe ich einen Fokus auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz gelegt. Damals wurde ich von den örtlichen Medien und einigen Mitgliedern des Stadtrats dafür belächelt.

GZ: Sie waren also ein Vorreiter?

Thumann: Ja, und ich bin ein bisschen stolz darauf, was ich mit einem kleinen Team in der Stadtverwaltung gegen alle möglichen Widerstände erreichen konnte. Neumarkt gewann als erste Stadt dieser Größe in Bayern den deutschen Nachhaltigkeitspreis sowie viele weitere Auszeichnungen. Ich war Oberbürgermeister bis Ende 2023 und bin inzwischen wieder Rechtsanwalt. Aber Klimaschutz ist nach wie vor ein wichtiges Thema für mich.



Thomas Thumann, ehemaliger Oberbürgermeister von Neumarkt in der Oberpfalz und jetzt Head of Municipal and Sustainability Affairs beim KOM2KOM. Bild: privat

Mehr Geld durch Klimaschutz

GZ: Inwiefern kann KOM2KOM Kommunen helfen, die nachhaltiger werden wollen?

Thumann: Ich bin überzeugt, dass die allermeisten Kommunen in Sachen Klimaschutz weiterkommen wollen – aus Überzeugung, aber auch aus diversen anderen Gründen. Aus meiner langjährigen Tätigkeit weiß ich, dass aber längst nicht alle Kommunen finanziell so gut aufgestellt sind, dass sie alle Wunschprojekte allein stemmen können. Es gibt zu viele andere und ebenfalls wichtige Verpflichtungen, beispielsweise die Schaffung von Kinderbetreuungsangeboten. Deshalb sind viele Kommunen schlicht darauf angewiesen, dass sie für Klimaschutz zusätzliche Gelder bekommen. Dabei kann KOM2KOM mit seinem Marktplatz für Emissionsreduktionsprojekte entscheidend helfen.

Vorteile für Unternehmen

GZ: Und welchen Vorteil haben Unternehmen, die über KOM2KOM Reduktionsprojekte mitfinanzieren?

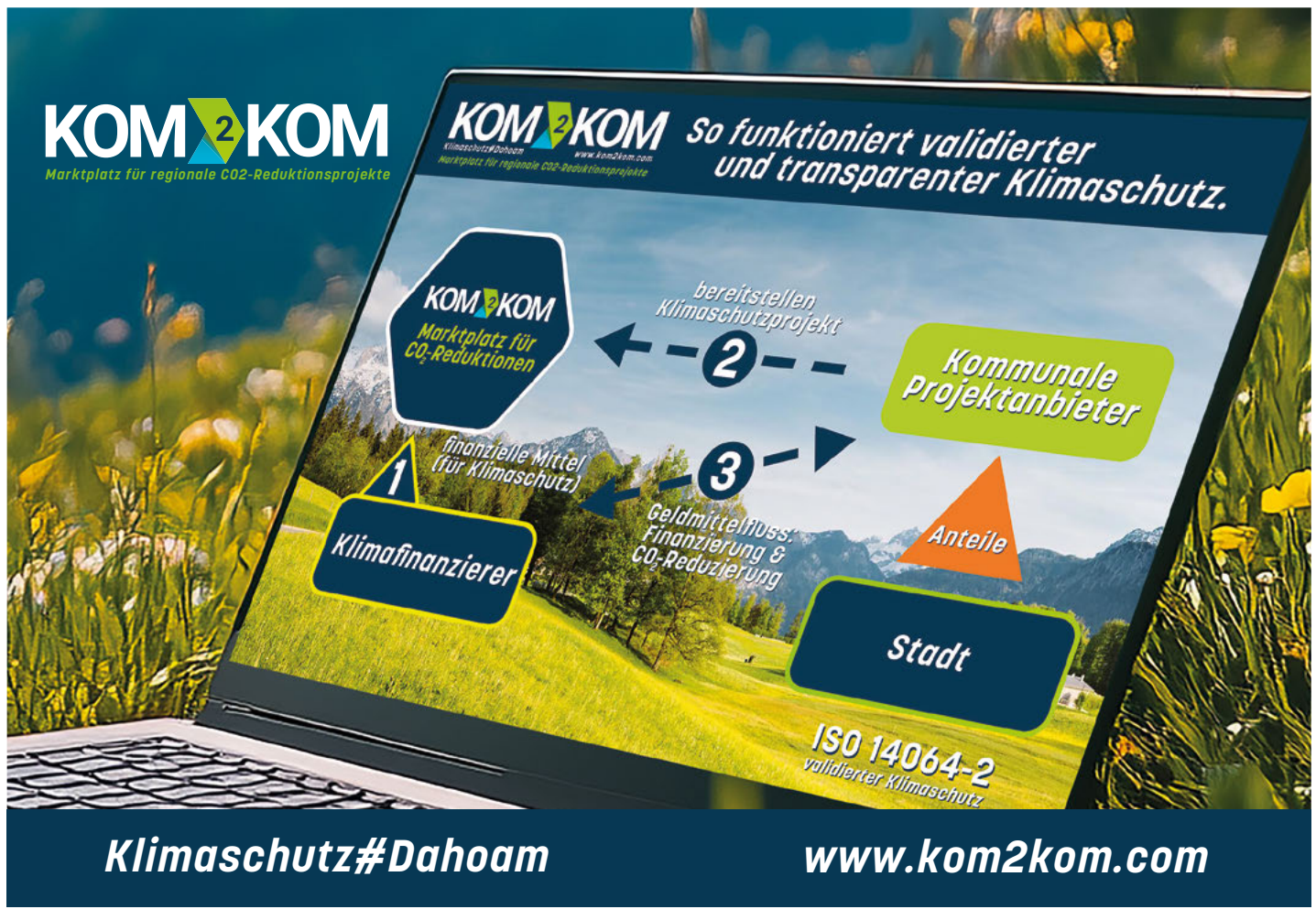
Thumann: Sie erhalten definitiv zusätzliche Sicherheit, wenn sie es mit kommunalen Gebietskörperschaften zu tun haben – und nicht mit einem Vertragspartner, der theoretisch jederzeit Insolvenz anmelden könnte. Zugleich können die Unternehmen im Umweltbericht das zusätzliche Plus für sich verbuchen, dass sie etwas für die Region und die Bevölkerung tun. Für mich ist es ein sehr rundes System.

Unterstützung bei hohen Investitionen

GZ: Welche Arten von kommunalen Projekten eignen sich besonders für KOM2KOM?

Thumann: Manche Klimaschutzprojekte schaffen Kommunen gut ohne externe Förderung, etwa ein Moor zu vernässen oder einen Wald zu durchforsten. Aber gerade wenn es um innovative Technik geht, etwa um Wasserstoff oder eine Eisspeicherheizung, die noch effektiver sein soll als reguläre Wärmepumpen: Solche Klimaschutzprojekte sind meist mit hohen Investitionen verbunden. Ich denke, dass hier die Stärke von KOM2KOM liegen kann.

GZ: Vielen Dank für das Gespräch! ❐



Kloster Holzen:

4. Wasserstofftag Süddeutschland der DVGW

Interview Robert Scherer mit der Bayerischen GemeindeZeitung

Die Transformation der Energieversorgung verunsichert die Menschen in Deutschland. Das Gebäudeenergiegesetz hat einen entscheidenden Teil dazu beigetragen. Experten und Entscheider aus Wirtschaft und Wissenschaft haben am 21. und 22. Januar im Kloster Holzen auf Einladung der Landesgruppen Bayern und Baden-Württemberg des DVGW Deutscher Vereins des Gas- und Wasserfaches e. V. die Rolle von Wasserstoff diskutiert. Der Zukunftsenergieträger wird bei den Herausforderungen im Zusammenhang mit der Energiewende und bei der kommunalen Wärmeplanung eine wichtige Rolle spielen. Die Bayerische GemeindeZeitung hat mit Dipl.-Ing. (FH) Robert Scherer, Geschäftsführer der DVGW-Landesgruppe Bayern gesprochen. Der DVGW ist ein technisch-wissenschaftlicher Verein und Branchenverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft und wurde 1859 gegründet.

GZ: Herr Scherer, Was bedeutet die Energiewende für Ihre Branche?

Robert Scherer: „Die Umstellung fossiler auf klimaneutrale Energieträger ist eine enorme Chance für unsere gesamte Branche und zugleich ein Beschleunigungsmotor für innovative Ideen. Der DVGW bestimmt als Regelsetzer für Wasserstoff die Spielregeln der Zukunft. Wir stehen für Technologieoffenheit statt für Ideologien. In einer Welt, in der Herausforderungen immer komplexer werden, kann es nicht die eine Lösung geben. Es sind Ingenieurinnen und Ingenieure, die mit innovativen Konzepten den Fortschritt gestalten. Der DVGW mit seinen Forschungsinstituten liefert mit seinem technisch-wissenschaftlichen Knowhow einen unverzichtbaren Beitrag."

GZ: Ist Wasserstoff nun der Champagner oder das Tafelwasser der Energiewende?

Scherer: „Beides sind Begrifflichkeiten, die uns bei der Bewältigung der Herausforderungen nicht weiterhelfen. Wasserstoff hat gegenüber anderen Energieträgern den Vorteil, dass er klimaneutral erzeugt werden kann und sich speichern lässt.

Zentrales Element der Energieversorgung

Wasserstoff wird zukünftig ein zentrales Element zur Sicherung einer klimafreundlichen Energieversorgung sein. Der globale Bedarf an Wasserstoff wird in den kommenden Jahrzehnten stark zunehmen, und insbesondere Deutschland wird darauf angewiesen sein, sowohl aus dem europäischen Ausland als auch weltweit Wasserstoff zu importieren.

Weltweit kein knappes Gut

Die Nationalen Wasserstoffstrategie der Bundesregierung schätzt, dass etwa 50 bis 70 Prozent des nationalen Bedarfs durch Importe gedeckt werden müssen. Zugegeben: Noch ist Wasserstoff in der Produktion sehr kostenintensiv und nicht in ausreichenden Mengen vorhanden. Mit dem weltweit prognostizierten technischen Erzeugungspotenzial könnte der Bedarf bei weitem gedeckt werden. So gibt eine Studie der International Renewable Energie Agency (IRENA) an, dass aus rein technischer Sicht bis 2050 über 1,5 Millionen TWh grüner Wasserstoff jährlich erzeugt werden könnten. Von einem knappen Gut, dass die Begrifflichkeit Champagner suggerieren soll, kann dann also überhaupt keine Rede mehr sein."



Die Geschäftsführer der DVGW Landesgruppen Baden-Württemberg Thomas Anders (li.) und Bayern Robert Scherer. Bild: Ursula Endres/DVGW

Option in der kommunalen Wärmeplanung

GZ: Was sollten bayerische Kommunen unbedingt wissen?

Scherer: „Grundsätzlich ist der Wasserstoff technisch beherrschbar und der DVGW hat hierfür sein komplettes Regelwerk angepasst. Daher besteht die Chance, Wasserstofftechnik als weitere Option in der kommunalen Wärmeplanung, insbesondere im ländlichen Bereich, wo keine Fernwärme wirtschaftlich ist, einzusetzen. Zusätzlich ist Wasserstoff, egal ob vor Ort erzeugt oder importiert, die Option zur sicheren Energieabdeckung im Winter, wenn die erneuerbaren Erzeugungen nicht die vollständige Leistung bringen können. Wir sollten alle Wasserstoff als Chance für die Zukunft sehen, da Wasserstoff als Langzeitspeicher funktionieren kann, um erneuerbare Versorgungssicherheit gewährleisten zu können.

4. Wasserstoff-Tag Süddeutschland

GZ: Die Landesgruppen Bayern und Baden-Württemberg des DVGW haben Mitte Januar den „4. Wasserstoff-Tag Süddeutschland" im Kloster Holzen in Allmannshofen veranstaltet. Worum ging es dort?

Scherer: „Die beiden Tage waren ein intensiver Austausch der Branche, aktuellem fachlichem Input aus der Wasserstoffforschung und hohem Praxisbezug. Zusätzlich haben wir über die notwendigen politischen und gesetzlichen Randbedingungen gesprochen. Über die Lage in Bayern hat Christian Egetemeyr aus dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie informiert.

Hohe Herausforderung

GZ: Herr Scherer, der DVGW hat eine lange Geschichte. Als Sie den Begriff Energiewende das erste Mal gehört haben, haben Sie geahnt, was dieser Begriff für Ihre Branche bedeuten wird?

Scherer: „Ich bin nun seit 30 Jahren in der Energie- und Wasserbranche tätig. Der Energiebereich liegt schon immer stark im Fokus von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Das liegt in der Natur der Sache, solange Deutschland und Bayern ein Industrieland mit hohem Energieverbrauch ist. Neuerungen oder Wandel gab es schon immer, aber die Taktungen werden immer kürzer. Die eng gesteckten Klimaziele, der Fachkräftemangel und die Digitalisierung sind für die Branche eine hohe Herausforderung. Hinzu kommen die Folgen einer aus dem russischem Angriffskrieg auf die Ukraine resultierenden Gasmangellage in Deutschland.

Bezahlbarkeit, Sicherheit und Nachhaltigkeit

GZ: Gibt es noch ein Thema, das Sie gerne an unsere Leserschaft, die bayerischen kommunalen Entscheidungsträger adressieren wollen?

Scherer: „Die kommunale Wärmeplanung muss technologieoffen sein, mit dem Ziel, sich im Energiesektor breit gefächert aufzustellen. Dieser Grundsatz war und ist für eine sichere und nachhaltige Energie- und Wärmeversorgung auf erneuerbarer Basis elementar. Bezahlbarkeit, Sicherheit und Nachhaltigkeit sollte im Zentrum dieser Überlegungen stehen.

GZ: Vielen Dank für das Gespräch. ❐

Landkreis München:

„ARGE Geothermie und Wärmewende" bringt Wärmewende voran

Acht Kommunen starten gemeinsam in die Wärmeplanung

Wärme optimal nutzen – über die Grenzen der eigenen Gemeinde hinweg: In der ARGE Geothermie und Wärmewende haben sich acht Kommunen im Südosten des Landkreises München zusammengeschlossen, um gemeinsam an der Weiterentwicklung der Wärmeversorgung in ihren Kommunen zu arbeiten. Ende Januar begannen nun offiziell die Arbeiten an den kommunalen Wärmeplänen für die acht Kommunen. Ein besonderer Meilenstein, denn neben der Betrachtung der zukünftigen Wärmeversorgung innerhalb der Kommunen rücken diese Pläne auch die Versorgung zwischen den Kommunen in den Fokus. Eine Besonderheit, über die sich auch Landrat Christoph Göbel beim offiziellen Auftakttermin informierte.

„Die kommunale Wärmeplanung ist ein ganz wesentliches Mittel zur strategischen Weiterentwicklung der Wärmeversorgung in unserem Landkreis, die derzeit noch stark von Öl und Gas geprägt ist. Mit der Wärmeplanung lassen sich die Gebiete identifizieren, die sich später nachhaltig etwa mit aus Geothermie gespeisten Wärmenetzen versorgen lassen können", erklärt Landrat Christoph Göbel. Fast immer liegt der Fokus der kommunalen Wärmeplanung dabei auf dem Potenzial einer Kommune und endet damit typischerweise an ihren Grenzen.

Blick über den eigenen Tellerrand

„Das wollen wir hier ganz bewusst ändern", sagt Mindy Konwitschny. Die Bürgermeisterin von Höhenkirchen-Siegertsbrunn ist Sprecherin der ARGE. „Manchmal ergibt die kommunale Wärmeplanung, dass sich ein Gebiet auch in Zukunft weiterhin dezentral – also mit der eigenen Heizung im Keller oder einem kleinen Nahwärmenetz – versorgen sollte. Mit dem Blick über den eigenen Tellerrand hinaus wollen wir unter anderem prüfen, inwiefern Synergieeffekte beim Netzbau zwischen den beteiligten Gemeinden geschaffen werden können", sagt sie.

Individuelle Betrachtung

Dazu wird in einem ersten Schritt die Ist-Situation in allen acht, in der ARGE organisierten, Kommunen individuell betrachtet. Dazu gehören Aying, Brunnthal, Grasbrunn, Hohenbrunn, Höhenkirchen-Siegertsbrunn, Neubiberg, Putzbrunn und Taufkirchen. Gründungsmitglied der ARGE ist zudem der Landkreis München, der jedoch nicht Teil dieser Wärmeplanung ist.

Analyse der Potenziale

Im folgenden Schritt werden die Potenziale zur zukünftigen Wärmeversorgung innerhalb der Kommune und auch über alle acht Kommunen hinweg analysiert. Abschließend werden verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt, Gebiete für die Erschließung mit Wärmenetzen identifiziert und ein Maßnahmenplan entwickelt, den die Kommunen sowohl individuell und zu Teilen auch gemeinsam umsetzen können.

Wärmewende wird ernst genommen

„Dass gleich acht Kommunen hier vorangehen, ist ein wichtiges Zeichen dafür, dass die Wärmewende in unserer Region ernst genommen wird. Denn wir müssen jetzt handeln und die Weichen für die Zukunft legen. Das hilft dem Klima und steigert die Lebensqualität hier in unserer Heimat", sagt Dr. Willie Stiehler, Geschäftsführer der Energieagentur Ebersberg-München. Die Energieagentur unterstützt gemeinsam mit dem Landkreis München und seiner Klima- und Energieinitiative 29++ die ARGE Geothermie und Wärmewende. Das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz geförderte Projekt der kommunalen Wärmeplanung hat im Dezember 2024 begonnen und soll Ende dieses Jahres abgeschlossen sein. Für die Umsetzung wurde ein Dienstleistungskonsortium unter Federführung der RIWA GmbH beauftragt. ❐



Offizieller Auftakt in die kommunale Wärmeplanung, v.l.: Dr. Philipp Schramek (29++, Landratsamt München), Dr. Christian Wolf (29++, Landratsamt München), Thomas Mayer (2. Bürgermeister, Brunnthal), Dr. Willie Stiehler (Geschäftsführer Energieagentur Ebersberg-München), Dr. Stefan Straßmair (1. Bürgermeister, Hohenbrunn), Thomas Pardeller (1. Bürgermeister, Neubiberg), Mindy Konwitschny (1. Bürgermeisterin, Höhenkirchen-Siegerstbrunn), Edwin Klostermeier (1. Bürgermeister, Putzbrunn), Klaus Korneder (1. Bürgermeister, Grasbrunn), Landrat Christoph Göbel, Landkreis München, Peter Wagner (1. Bürgermeister, Aying) und Ullrich Sander (1. Bürgermeister, Taufkirchen). Bild: LRA München

Bayerische Wasserkraft:

CO2-Neutralität und Hochwasserschutz

Wichtiger Beitrag zur Energiewende

Beim Jahresauftakt der VBEW-Initiative „Wasserkraft – Ja bitte!" trafen sich in München rund 70 Teilnehmende aus Politik, Verbänden und der bayerischen Energiewirtschaft und diskutierten über die Rolle der Wasserkraft in der Energiewende. Im Austausch mit den Landtagsabgeordneten Kerstin Schreyer und Martin Stümpfig wurde deutlich, dass die Wasserkraft nicht nur unverzichtbarer Teil des bayerischen Stromerzeugungsmixes in der Energiewende ist, sondern auch einen direkten Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leistet.

Die Wasserkraft ist nach der Photovoltaik, gemessen an der Stromproduktionsmenge, die wichtigste erneuerbare Stromquelle in Bayern und trägt etwa 15 Prozent zur Deckung des nutzbaren Stromverbrauches bei. „Die Wasserkraft ist in Bayern eine tragende Säule der Energiewende. Strom aus Wasserkraft ist effizient, nachhaltig und wirtschaftlich – eine natürliche, regionale, zuverlässige, saubere und technologisch fortschrittliche Stromquelle", betont VBEW-Hauptgeschäftsführer Marian Rappl. Darüber hinaus punktet die Wasserkraft mit zahlreichen Zusatznutzen im Hinblick auf Klimaschutz, die die Wasserkraft unverzichtbar machen sowohl für die Energiewende als auch die Klimafolgenanpassung.

Wasserkraft und Klimawandel

Bei vielen Wasserkraftwerken sind der Hochwasserschutz und die sichere Hochwasserabfuhr ein elementarer Bestandteil des Anlagenkonzepts. Die Wasserkraftbranche hat hier zeitnah die Anlagen auf den Stand der Technik gebracht, so dass Wehre, Dämme und Deiche auf einem hohen Sicherheitsgrad gegen Extremhochwasser ausgebaut, betrieben und naturnah unterhalten werden.

Kerstin Schreyer, energiepolitische Sprecherin der CSU-Landtagsfraktion, betonte in ihrem Impulsvortrag: „Wasserkraft kann mehr als nur Strom, sie steht auch für Wertschöpfung in der Region und Hochwassermanagement. Zur Gewährleistung der jederzeitigen Stromversorgung sowie zur Sicherung der Netzstabilität ist ein ausbalanciertes System mit grundlastfähigen Energieträgern notwendig. Statt einseitiger, ideologiegetriebener Eingriffe ist die Gestaltung eines klugen, nachhaltigen Energiemixes wichtig, der alle zukunftsfähigen Energieträger mitdenkt. Die Wasserkraft in Bayern spielt hier als zuverlässige und dezentrale Energiequelle eine entscheidende Rolle!"

Martin Stümpfig, energiepolitischer Sprecher Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hob in seinem Redebeitrag hervor: „Wir haben mit der Wasserkraft eine zuverlässige Energiequelle. Aber gleichzeitig ist die Wasserkraft bei den zunehmenden Starkregenereignissen auch unverzichtbar für den Hochwasserschutz. Der natürliche und der technische Hochwasserschutz muss hohe Priorität haben und er sollte den Status von überragendem öffentlichem Interesse erhalten." ❐



V.l.: Klaus Steiner (VBEW), Kerstin Schreyer, MdL, Martin Stümpfig, MdL, Marian Rappl (VBEW), Georg Loy (Verbund Innkraftwerke) beim Neujahrsempfang der VBEW-Initiative „Wasserkraft – Ja bitte!". Bild: VBEW/Marina Kuhn

Bayernwerk Netz:

Neues Umspannwerk bei Irlbach geplant

Die Bayernwerk Netz GmbH plant ein neues Umspannwerk im Süden der Gemeinde Irlbach. Der Verteilnetzbetreiber hat kürzlich den Genehmigungsantrag für den Bau der neuen Anlage eingereicht. Der Baubeginn ist für Mitte dieses Jahres geplant. Das neue Umspannwerk dient der Energiewende: Es soll mehr Einspeisung von dezentral erzeugter grüner Energie aus den Gemeinden Irlbach, Straßkirchen und Stephansposching in das regionale Verteilnetz ermöglichen und die Stromversorgung der Region langfristig sichern.

„Die Energiewende in den Landkreisen Straubing-Bogen und Deggendorf schreitet mit großer Dynamik voran. Einerseits boomt der Zubau von Anlagen zur Erzeugung von grünem Strom. Andererseits steigt auch die Nachfrage nach grünem Strom in den Haushalten und bei der Industrie“, berichtet Günther Mertel, Leiter des Bereichs Hochspannung bei der Bayernwerk Netz GmbH. Das neue Umspannwerk sorgt dafür, dass zukünftig mehr dezentral erzeugte Energie im Netz aufgenommen werden kann. Die Transformatoren (Trafos) in der neuen Anlage bieten eine Kapazität von 230 Megavolt-Ampere. Diese Leistung entspricht rechnerisch etwa 23.000 durchschnittlichen Photovoltaik-Anlagen auf Einfamilienhäusern mit einer Leistung von je zehn Kilowatt. Zum Vergleich: Das neue Umspannwerk der Bayernwerk Netz in Bogen bietet eine Trafoleistung von 180 Megavolt-Ampere.

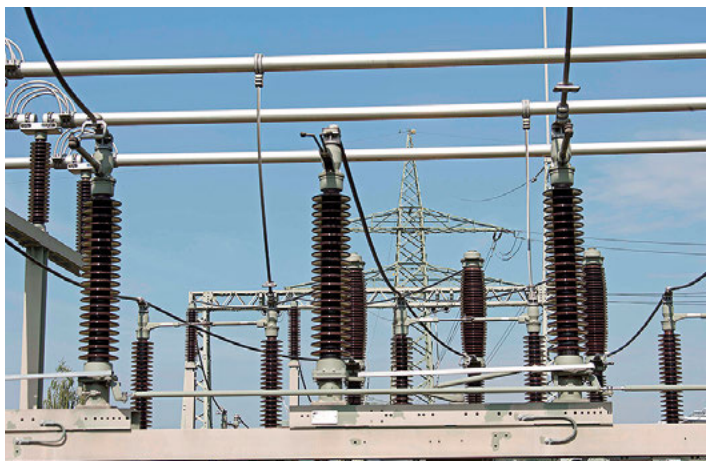
Ein starkes Umspannwerk für die Energiewende

Der Hintergrund für den Neubau des Umspannwerks ist die Energiewende und eine damit verbundene Zunahme beim Stromverbrauch und bei der Stromerzeugung in Niederbayern. Zum einen wird immer mehr Strom benötigt, sei es in der Industrie, für Elektromobilität oder das Heizen mit Wärmepumpen. Zum anderen steigt die Einspeisung dezentral erzeugter erneuerbarer Energien. Diese Entwicklung schreitet mit hoher Geschwindigkeit voran.

Beispielhaft zeigt das der Zubau erneuerbarer Energien im Landkreis Straubing-Bogen: Hier speisen heute Erzeugungsanlagen mit einer Leistung von rund 620 Megawatt erneuerbare Energie in das Verteilnetz ein. Vor zwei Jahren lag die angeschlossene Leistung im Landkreis noch bei rund 400 Megawatt. Gleichzeitig steigt der Strombedarf. „Unser Netz kommt durch die doppelte Dynamik der wachsenden Einspeisung lokal erzeugter erneuerbarer Energie und des steigenden Strombezugs an seine Grenzen. Unsere Aufgabe ist es, die Netzinfrastruktur dafür fit zu machen und so eine nachhaltige Entwicklung der Region zu ermöglichen“, erklärt Günther Mertel.

Bau soll im Sommer beginnen

Den Antrag auf Baugenehmigung hat die Bayernwerk Netz Ende 2024 eingereicht. Sobald Genehmigung durch das Landratsamt vorliegt, können die Bauarbeiten für die rund 1,5 Hektar große Anlage beginnen. Zunächst wird der Anschluss an das neue Montagewerk der BMW Group ermöglicht. Dafür entsteht eine mobile Schaltanlage an der vorbeiführenden Hochspannungsleitung zwischen Plattling und Straubing, von der aus die neuen Hochspannungskabel Richtung Montagewerk führen werden. Parallel dazu beginnt der Aufbau der Anlage mit 13 Schaltfeldern und vier Netztransformatoren. Drei der 13 Schaltfelder im Umspannwerk dienen dem Anschluss des neuen Montagewerks der BMW Group. Für die Stromversorgung des Werks, das ohne fossile Energieträger auskommen und ausschließlich Grünstrom beziehen wird, wird der Automobilhersteller eigene Transformatoren mit einer Leistung von 100 Megavolt-Ampere auf dem Werksgelände errichten. Die vier Transformatoren im Umspannwerk Irlbach dienen mit einer Leistung von 230 Megavolt-Ampere der Stromversorgung anderer Verbraucher in den Gemeinden Irlbach, Straßkirchen und Stephansposching. Sie ermöglichen außerdem die Einspeisung lokal erzeugen Stroms aus diesen Gemeinden in das Verteilnetz. An das regionale Hochspannungsnetz wird das Umspannwerk über die direkt am Standort entlangführende Freileitung zwischen Plattling und Straubing angeschlossen. Um die neue Anlage an die Leitung anzubinden, werden zwei Masten dieser Leitung umgebaut und ein zusätzlicher Mast wird in der Leitungstrasse errichtet. Verbindungen zum Mittelspannungsnetz wird die Bayernwerk Netz mit Erdkabel-Leitungen herstellen. Bis Ende 2028 soll das neue Umspannwerk vollständig in Betrieb gehen. ❐



Auf dem Gelände des Umspannwerks in Grabenstätt hat das Bayernwerk im letzten Jahr eine neue 110-kV-Schaltanlage errichtet und in Betrieb genommen. Seit einigen Wochen steht nun der Abbau der alten Anlage an. Bis Ende dieses Jahres sind die umfangreichen Bauarbeiten am Umspannwerk-Gelände abgeschlossen.

Bild: Creative Commons, Bayernwerk

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.:

13. Monitoring der Energiewende

Umbau des Energiesystems stagniert in weiten Teilen

Das 13. Monitoring der Energiewende der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. zeigt, dass der Umbau des deutschen Energiesystems in weiten Teilen stagniert. In beinahe allen Bereichen verfehlt der Ausbaufortschritt weiterhin die vorgegebenen Ziele. „Die Energiewende kommt nicht voran, bleibt einmal mehr hinter den Erwartungen zurück. Erneut können wir keine Verbesserungen im Vergleich zum Vorjahr erkennen. Das ist alarmierend“, kommentiert vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt.

Im Monitoring der Energiewende wird Zwischenbilanz in vier Kategorien – Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit, Energieeffizienz / erneuerbare Energien und Umweltverträglichkeit – gezogen. Als Maßstab der Bewertungen dienen die selbstgesteckten Ziele von Bund und Freistaat. Laut aktuellem Monitoring kommen insbesondere der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Netzausbau nur schleppend voran, zeitgleich verharren die Energiepreise auf einem höheren Niveau als vor der Energiepreiskrise. „Die Preis-Ampel steht auf Dunkelrot. Das schadet unserem Standort und ist eine der Ursachen für die zunehmende Deindustrialisierung. Hier muss dringend gegengesteuert werden“, fordert Brossardt und ergänzt: „Es gibt keinen Anlass, sich über eine bessere Bewertung bei den Treibhausgas-Emissionen zu freuen, wenn das maßgeblich auf einen Produktionsrückgang der energieintensiven Industrien als Folge der Konjunkturkrise zurückzuführen ist. Ein Erfolg ist die Energiewende dann, wenn diese Unternehmen mit bezahlbarer, nachhaltiger Energie versorgt sind“, so Brossardt.

Trotz aller grundlegenden Versäumnisse sieht die vbw auch positive Entwicklungen. So liegt der Photovoltaik-Ausbau in Reichweite der ambitionierten jährlichen Zubauziele. „Bei Windkraft und beim Ausbau der Energienetze hinken wir aber weit hinter den Zielen hinterher. Zwar gehen die Planungen endlich schneller voran, echte strukturelle Verbesserungen sind aber weiterhin nicht zu erkennen“, erklärt Brossardt.

Forderungen der vbw

Um endlich den Zielpfaden zu entsprechen, braucht es aus Sicht der vbw erstens ein klares Bekenntnis der neuen Bundesregierung zu zentralen Zielen einer Energiewende. „Der Ausbau von erneuerbaren Energien und Netzen muss massiv beschleunigt werden und die bisherige Dauer von Planungs-, Genehmigungs- und Bauprozessen erheblich verkürzt werden“, fordert Brossardt. Zweitens müssen die Energiekosten umfassend gesenkt werden, damit der Standort endlich wieder international wettbewerbsfähig wird. „Der Brückenstrompreis für die energieintensive Industrie ist überfällig und die dauerhafte Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau für die gesamte Wirtschaft ebenso“, fordert Brossardt.

Drittens fordert die vbw die neue Bundesregierung auf, mehr für die Versorgungssicherheit zu tun. „Unser Stromverbrauch in Deutschland wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Wir brauchen daher bis 2030 ausreichend Backup-Kapazitäten. Das wird vorübergehend nur mit Gaskraftwerken erreicht werden können. Phänomene wie die ‚Dunkelflaute‘ dürfen unserer Industrie nicht die Schweißperlen auf die Stirn bringen. Zukünftig gilt es, diese Gaskraftwerke dann schrittweise auf Wasserstoff umzustellen“, fordert Brossardt und fügt abschließend hinzu: „Als Bayerische Wirtschaft setzen wir bei der Energiewende auf ein hohes Umsetzungstempo und eine konsequente energiepolitische Aufholjagd. Das erwarten wir von der neuen Bundesregierung.“

Das 13. Monitoring der Energiewende der vbw steht hier zum Download bereit: www.vbw-bayern.de/monitoring_energiewende. ❐

Energiehelden gesucht

Jetzt für den Bürgerenergiepreis Niederbayern bewerben

Gemeinsam mit den Regierungen von Niederbayern, Unterfranken, Oberfranken, Oberbayern und der Oberpfalz verleiht die Bayernwerk Netz GmbH den Bürgerenergiepreis an engagierte Bürgerinnen und Bürger. Mit jährlich insgesamt 50.000 Euro werden Menschen ausgezeichnet, die ihre persönliche Energie einem nachhaltigen Bayern widmen und in ihrem eigenen Umfeld mit bestem Beispiel vorangehen.

Mit dem Bürgerenergiepreis zeichnet die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) in Kooperation mit jeweiligen Regierungen gesellschaftliches Engagement für die Energiewende und den Klimaschutz aus. Die Bewerbungsphase für den diesjährigen Preis läuft bereits und endet für Oberbayern, Niederbayern und Oberpfalz am 25. März 2025. Oberfranken und Unterfranken haben bis 26. März 2025 Zeit. Bis dahin können interessierte Privatpersonen, Vereine und Institutionen wie Schulen und Kindergärten noch ihre Projekte einreichen.

Vorbilder gesucht

„Mit dem Bürgerenergiepreis zeichnen wir Menschen aus, die sich mit viel Engagement um Klima und Umwelt kümmern. Wir suchen Vorbilder, die eindrucksvoll vermitteln, dass jeder Einzelne vor Ort seinen Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten kann“, sagt Markus Leczycki, der beim Bayernwerk die Partnerschaften mit den bayerischen Kommunen verantwortet.

Energieeffizienz, Ressourcen und Umweltschutz

Von der energetischen Häusersanierung, der Nahwärme für die Nachbarschaft bis hin zum Schulprojekt: Gemeinsam die Energiewende gestalten und erfolgreich umsetzen – dafür steht der Bürgerenergiepreis seit vielen Jahren. „Machen Sie mit und zeigen Sie, wie unsere Energie-Zukunft aussehen und gestärkt werden kann“, ruft Markus Leczycki auf. Der Bürgerenergiepreis belohnt Engagement für Energieeffizienz, Umweltschutz oder auch die Schonung endlicher Ressourcen. Die Bandbreite möglicher Projekte ist dabei groß. Das können Aktionstage rund um das Thema Nachhaltigkeit in schulischen Institutionen, die energetische Sanierung eines Gebäudes, die Organisation eines Projekts für den nachhaltigen Umgang mit Kleidung oder ein Nahwärmenetz für die Nachbarschaft sein. Bei diesem Projekt hat ein Preisträger aus dem letzten Jahr zum Beispiel eine Hackschnitzelheizung und eine 500 Meter lange Nahwärmeleitung errichtet. Er versorgt damit sein eigenes Haus sowie vier weitere Nachbargebäude, darunter auch das Feuerwehrhaus der Stadt mit Wärme.

Jetzt online informieren und bewerben

Interessierte können sich im Internet unter www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis für den Bürgerenergiepreis bewerben. Dort zu finden sind auch weitere Informationen wie Teilnahmebedingungen oder Videos der Sieger aus dem Vorjahr. Alle Bewerber, die rechtzeitig ihre Projekte einreichen, nehmen in dieser Bewerbungsrunde teil. Bewerbungen, die später eingehen, werden im Folgejahr berücksichtigt. Die Preisträger werden dann durch eine Fachjury benannt, die auch die Höhe des Preisgeldes für das jeweilige Projekt festlegt. Insgesamt teilen sie sich dabei ein Preisgeld von 50.000 Euro. Fragen zum Bewerbungsverfahren beantwortet die Projektverantwortliche des Bayernwerks, Annette Vogel, Telefon: 09 21-2 85-20 82, E-Mail: annette.vogel@bayernwerk.de. ❐



VDV-Maßnahmenpaket zum Start der neuen Bundesregierung:

Der Mobilität eine Richtung geben

„Um den Mobilitätssektor in Deutschland zukunftsfähig zu modernisieren und auszubauen, brauchen wir einen effizienten, kundenfreundlichen, wirtschaftlichen und leistungsfähigen öffentlichen Personen- und Eisenbahnverkehr. Nur so kann Deutschland seinen Wirtschaftsstandort stärken und dazu beitragen, die Klimaschutzziele zu erreichen", forderte der VDV mit Blick auf die Bundestagswahl 2025. Darauf basierend hat der Verband nun ein Maßnahmenpaket formuliert, das sich gezielt an den ersten 100 Tagen der kommenden Legislaturperiode orientiert.

Die zentralen Rahmenbedingungen, die die neue Bundesregierung im Zuge der Bundestagswahl 2025 durch eine stringente und zukunftsweisende Verkehrspolitik festlegen muss, umfassen den Ausbau und die Modernisierung des öffentlichen Nahverkehrs, die Förderung der Schiene sowie langfristige Finanzierungsmodelle und innovative Technologien.

Zu den Maßnahmen für den ÖPNV zählen die langfristige Sicherung des Deutschland-Tickets, die Erarbeitung eines Masterplans, die Modernisierung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG), und die Förderung des automatisierten Fahrens.

Das Deutschland-Ticket hat sich aus Sicht des VDV als „zentrales Element der Mobilitätswende" bewährt. Um dessen Erfolg nachhaltig abzusichern, müssten Bund und Länder langfristige Finanzierungszusagen treffen, die notwendigen rechtlichen wie gesetzlichen Rahmenbedingungen und Zuständigkeiten verbindlich regeln und dauerhaft festlegen. Dazu zählten vor allem die gesetzliche Verankerung im Regionalisierungsgesetz ab 2026 mit einer bedarfsgerechten Dynamisierung des jährlichen Bundesanteils von 1,5 Milliarden Euro, um künftige Kostensteigerungen zu decken, sowie die Einführung eines Preisentwicklungsindexes. Dieser schaffe Transparenz und Planbarkeit für Fahrgäste und Verkehrsunternehmen, indem er Preisanpassungen an die Kostenentwicklung koppelt.

Im Zuge der Erarbeitung eines Masterplans sollten in einem von der Bundesregierung initiierten Dialogprozess mit Ländern, Kommunen und der Branche Ziele und Maßnahmen definiert werden. Schwerpunkte seien die nachhaltige Finanzierung, der Ausbau von Angebot und Infrastruktur, die Digitalisierung sowie die Verbesserung der Fahrgastinformation und der Sicherheit für Fahrgäste und Personal.

Beim Thema GVFG-Modernisierung wird zunächst vorgeschlagen, die Befristung für die Grunderneuerung zu streichen. Die Förderung von Grunderneuerungsprojekten dürfe nicht bis 2030 zeitlich begrenzt sein. Darüber hinaus sollten die Mittel für das GVFG ab 2025 auf 3 Milliarden Euro aufgestockt werden, ergänzt um eine zusätzliche Milliarde Euro jährlich für die Förderung emissionsfreier Busse und der zugehörigen Infrastruktur.

Da automatisiertes Fahren enormes Potenzial für den ÖPNV berge, aber noch immer an regulatorische und finanzielle Grenzen stoße, sollte der Bund laut VDV gezielt Pilotprojekte fördern und rechtliche Rahmenbedingungen anpassen, um automatisierte Bus- und Schienenverkehre schneller in den Regelbetrieb zu bringen. Um Deutschland international wettbewerbsfähig zu halten, seien Investitionen in Technologien wie autonome Shuttlebusse und eine intelligente Verkehrssteuerung erforderlich.

Eisenbahninfrastruktur

Um die Eisenbahninfrastruktur langfristig zu finanzieren und zu planen, bedarf es aus Sicht des Verkehrsverbandes eines nachhaltigen Modells zur mehr- und überjährigen Finanzierung der bundeseigenen und nicht-bundeseigenen Infrastruktur. Innerhalb der ersten 100 Tage sollte die Bundesregierung erste konkrete Schritte zur Umsetzung eines solchen Modells erarbeiten. Auch sollte die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) weiterentwickelt werden, um eine verlässliche Finanzierung von Erhalt und Ausbau der Infrastruktur zu gewährleisten. Insbesondere der bislang nicht verabschiedete 3. Nachtrag zur LuFV 3 müsse unverzüglich beschlossen werden, um die Bestandsnetzfinanzierung sicherzustellen. Da die rund 6.000 Kilometer umfassenden Strecken der nichtbundeseigenen Eisenbahnen (NE-Bahnen) eine entscheidende Rolle spielten, sollte ein Regio-Infrastrukturfonds, d.h. ein überjähriger Fonds für den Erhalt und Ausbau der NE-Bahnen, die langfristige Finanzierung sichern und damit die Resilienz des Schienennetzes erhöhen.

Da markt- und wettbewerbsfähige Trassenpreise und faire Rahmenbedingungen existenziell für die Eisenbahnunternehmen des Güter- und des Personenverkehrs sind, seien aufgrund extremer Kostensteigerungen folgende kurzfristigen Steuerungsmaßnahmen geboten:

- Kompensation von Kostensteigerungen: Die Trassenpreisförderung für Güter- und Personenfernverkehr muss kurzfristig so erhöht werden, dass die immens steigenden Kosten vollständig ausgeglichen werden. Ansonsten drohen massive Verluste und Verlagerungen von Verkehren.
- Reform des Trassenpreissystems: Das heutige Trassenpreissystem muss dringend reformiert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft des Eisenbahnsektors zu erhalten und zu stärken.
- Einzelwagenverkehrsförderung wettbewerbsneutral aufstellen: Das Förderregime ist im Haushalt abzusichern sowie gezielt weiterzuentwickeln, damit eine marktgerechte und vollständige Ausschüttung der Fördermittel erreicht wird.

Was die Weiterentwicklung der gemeinwohlorientierten Infrastruktur anbelangt, müssten zentrale Maßnahmen aus der vorherigen Legislaturperiode abgeschlossen werden. Dazu zählten das Moderne-Schiene-Gesetz, das die Digitalisierung und Elektrifizierung vorantreiben, Planungsverfahren beschleunigen, Bürokratie abbauen und eine systematische Weiterentwicklung der Eisenbahninfrastruktur ermöglichen soll sowie die Einführung und Weiterentwicklung eines Infraplans als zentrales Steuerungselement des Bundes für die Eisenbahninfrastruktur.

Nach Angaben von VDV-Präsident Ingo Wortmann „setzen wir mit diesem 100-Tage-Programm klare Impulse für den Öffentlichen Personennahverkehr und die Eisenbahn, um Qualität, Angebot und Transformation der Branche schnell und pragmatisch zu verbessern. Gemeinsam mit Bund, Ländern und Kommunen wollen wir der Mobilität in Deutschland eine Richtung geben." **DK**



Die Projektbeteiligten sowie Vertreterinnen und Vertreter des Bundesministeriums und der Gemeinde bei der Eröffnung. Bild: BayWa Mobility Solutions GmbH

BayWa Mobility Solutions eröffnet Schnellladepark in Schwangau

Die BayWa Mobility Solutions GmbH hat im Beisein aller Projektbeteiligten den ersten Schnellladepark in Schwangau eröffnet. Direkt am Schlossbrauhaus (Gipsmühlweg 5) stehen E-Fahrerinnen und -fahrern ab sofort vier Schnellladesäulen mit einer Gesamtleistung von 1600 kW (200 kw pro Ladepunkt) zur Verfügung. Der neue Ladepark ist Teil des vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) ausgeschriebenen Deutschlandnetzes.

Dr. Volker Wissing, Bundesminister für Digitales und Verkehr „Das Deutschlandnetz wächst weiter: Die beiden neuen Schnellladestandorte in Bayern zeigen, wie zügig und effizient der Ausbau der Ladeinfrastruktur voranschreitet. Die erfolgreiche Inbetriebnahme von bereits 24 Standorten in neun Bundesländern – darunter fünf in Bayern durch die BayWa – ist ein starkes Zeichen für den Fortschritt beim flächendeckenden Schnellladen. Die enge Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Flächenbesitzern und Betreibern ist dabei ein entscheidender Erfolgsfaktor."

Christian Krüger, Geschäftsführer der BayWa Mobility Solutions GmbH: „Mit der Eröffnung unseres BayWa Mobility Charging Ladeparks in Schwangau schließen wir nicht nur eine vom Bundesministerium identifizierte Lücke im deutschlandweiten Schnellladenetz. Wir erfüllen auch den klaren Wunsch der Gemeinde, den Ladebedarf von E-Autofahrern vor Ort als auch den der zahlreichen Touristen in der Region zu decken. Dass hier in Schwangau zwischen der ersten Unterschrift und der Eröffnung dieses Ladeparks nur vier Monate liegen zeigt, wie vorbildlich eine enge Vernetzung zwischen Betreiber, Kommunen und Netzbetreiber den Ladeinfrastrukturausbau vorantreiben kann."

Königlich laden mit Blick auf das Schloss Neuschwanstein

Der Heilklimatische Kurort Schwangau gehört als Dorf der Königsschlösser Neuschwanstein und Hohenschwangau zu den Top-Destinationen in Bayern. In unmittelbarer Nähe von Schloss Neuschwanstein und mit einer guten Anbindung an die Bundesstraße B17 fügt sich der neue Ladepark ideal in die Berglandschaft und die lokale Verkehrsinfrastruktur ein. Der Strom für den Ladehub wird über die Unternehmenstochter BayWa r.e. AG bezogen und stammt zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien. Der dazugehörige Netzanschluss wurde durch den lokalen Versorger Elektrizitätswerke Reutte kurzfristig realisiert.

Beitrag zum Klimaschutz

Stefan Rinke, Bürgermeister in Schwangau: „Mit dem neuen Ladepark baut die Gemeinde Schwangau ihre Infrastruktur für E-Mobilität weiter aus. Wir verbessern damit die lokale Versorgungssicherheit und leisten einen Beitrag zum Klimaschutz. Von dem neuen Angebot profitieren Einheimische und Gäste gleichermaßen. Die schnelle und reibungslose Umsetzung des Projekts hat bewiesen, was möglich ist, wenn alle motiviert das gleiche Ziel verfolgen."

Vorzeigeprojekt

Der Allgäuer Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke (CSU) erklärt dazu: „Der Ausbau einer flächendeckenden und leistungsfähigen Ladeinfrastruktur ist die Grundvoraussetzung dafür, dass die Elektromobilität zur Erfolgsgeschichte wird. Gerade in ländlichen Regionen wie dem Allgäu müssen wir sicherstellen, dass der Zugang zu Schnellademöglichkeiten genauso selbstverständlich ist wie in städtischen Ballungszentren. Die Investition der BayWa Mobility Solutions in Schwangau ist ein Vorzeigeprojekt, das zeigt, wie durch gezielte Zusammenarbeit von Unternehmen, Kommunen und dem Bund zukunftsfähige Infrastruktur geschaffen werden kann."

Die kurze Ladezeit vor Ort können E-Fahrerinnen und -fahrer im Schlossbrauhaus oder auf dem Minigolfplatz nebenan verbringen. Im Untergeschoss des Schlossbrauhaus befinden sich barrierefrei zugängliche Toiletten, die kostenfrei genutzt werden dürfen. Über das Bayern-WLAN verfügt der Ladepark außerdem über gratis Internet. Dank Kameraüberwachung und Beleuchtung ist die Sicherheit auf der rund um die Uhr zugänglichen Anlage auch in den Abend- und Nachtstunden gewährleistet.

Ausbau im Deutschlandnetz geht voran

Im Auftrag des BMDV werden derzeit an mehr als 1.000 Standorten in Deutschland 9.000 zusätzliche Ultraschnellladepunkte für Elektroautos ans Netz gebracht. Diese entstehen in ländlichen Regionen, in Städten und an unbewirtschafteten Autobahnraststätten. Die BayWa Mobility Solutions GmbH hat sich im Rahmen der Ausschreibung den Zuschlag für das Bayern-Los gesichert. Mit einem Investitionsvolumen von rund 15 Millionen Euro sollen in den nächsten Jahren 20 BayWa-Ladeparks in Bayern entstehen, um noch bestehende Lücken in der Ladeinfrastruktur zu schließen. Dabei geht das Unternehmen mit großen Schritten voran. Neben dem Ladepark in Schwangau geht gleichzeitig auch in Deggendorf ein neuer Ladepark der BayWa Mobility Charging ans Netz.

Regionaler Wirtschaftsfaktor

Die Nationale Leitstelle Ladeinfrastruktur unter dem Dach der NOW GmbH übernimmt im Auftrag des BMDV eine wichtige koordinierende Rolle bei der Umsetzung des Deutschlandnetzes und ist insbesondere für die Bedarfsplanung, die Prüfung technischer Anforderungen sowie das Datenmonitoring der Standorte zuständig. Dagmar Fehler, CEO und Sprecherin der NOW GmbH: „Gleich zwei neue Standorte verstärken ab sofort das Deutschlandnetz: In Schwangau mit direktem Blick auf Schloss Neuschwanstein sowie in Deggendorf können Fahrerinnen und Fahrer von Elektroautos seit heute an den zwei neuen Schnellladeparks in Bayern laden. Insbesondere für touristisch geprägte Regionen wie das Allgäu gewinnt eine gut ausgebaute Ladeinfrastruktur zunehmend an Bedeutung und entwickelt sich zu einem wichtigen regionalen Wirtschaftsfaktor." ❐

Bayerns Landräte fordern Lösungen für das Sorgenkind ÖPNV

Von frohen Botschaften ist man im ÖPNV trotz aller Anstrengungen beim Ausbau des Angebots mit u.a. On-Demand-Verkehren in der Fläche und vielem mehr weit entfernt. Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstenfeldbruck, appellierte bei einem Termin mit dem Bayerischen Verkehrsminister Christian Bernreiter bei der Reisemesse in München mit Blick auf die Bundestagswahl an die künftigen Verantwortlichen, der insgesamt unzureichenden Finanzierung des Verkehrs in Deutschland besonderes Augenmerk zu schenken.

Karmasin zufolge ist ein funktionierender ÖPNV Teil einer verlässlichen Wirtschaftspolitik und entscheidend für die Lebensqualität. „Er muss allen Menschen zugänglich sein – unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder auf dem Land zu Hause sind. Im Interesse der Bürger, die weder Auto noch Führerschein besitzen, und auch aus Gründen des Klimaschutzes ist das ÖPNV-Angebot gerade auch in der Fläche zu verbessern. Ein günstiger Tarif wie beispielsweise das Deutschlandticket darf nicht zu Lasten des Angebots gehen. Das Ticket hat das Fahrtangebot bisher keinen Deut verbessert."

„Der ÖPNV ist in vielen bayerischen Landkreisen mittlerweile ein Sorgenkind. Wir sind vielerorts im Krisenbewältigungsmodus angelangt. Das liegt in erster Linie an einer unzureichenden Finanzierung durch den Bund. Die Einführung des Deutschlandtickets durch die Ampel-Regierung haben wir unterstützt, weil es die ÖPNV-Nutzung für die Bürger erheblich einfacher und günstiger gemacht hat. Die Bundesverantwortlichen hatten sich weder über die Umsetzung noch über die Finanzierung Gedanken gemacht. Dabei sollte im föderalen System doch grundsätzlich auch weiterhin die Maxime gelten: Wer anschafft, der zahlt", so Karmasin.

Das bekräftigte auch der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag, Landrat Franz Löffler, Cham: „Das aktuelle Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) kann unter den bestehenden staatlichen Bedingungen nicht aufrechterhalten werden. Verlässlichkeit, Stabilität und Planbarkeit sind entscheidend für einen funktionierenden ÖPNV. Ein günstiges Ticket nützt nichts, wenn die Busse nicht fahren."

Personalmangel im Visier

Löffler fordert von der neuen Bundesregierung: „Um dem Personalmangel entgegenzuwirken, müssen wir den Zugang zum Busführerschein erleichtern, ausländische Führerscheine anerkennen und die Ausbildungskosten senken. Außerdem sollte der bürokratische Aufwand für die Verkehrsunternehmen deutlich reduziert werden."

Löffler weiter: „Zusätzlich sind in den letzten 10 Jahren mit u.a. der Elektrifizierung, der Antriebswende, CO2-Neutralität oder Anpassungen an den Stundentakt des Schienenverkehrs auch auf der Landesebene kontinuierlich die Anforderungen gestiegen. Die Kosten für einen Elektrobus oder einen Wasserstoffbus belaufen sich beispielweise auf das Zweieinhalb- bis Dreifache der Kosten eines herkömmlichen Dieselbusses. Die Mittelausstattung im ÖPNV spiegelt das nicht wider. Deswegen kommen wir mit der Finanzierung vorne und hinten nicht mehr klar. Entweder wir bekommen mehr Geld durch den Freistaat Bayern oder wir müssen das Angebot zurückfahren."

Laut VDV sind die Kosten der Verkehrsunternehmen von 2016 bis 2023 um 36,24 Prozent gestiegen. Die Gesamtkosten im privaten Omnibusgewerbe sind laut Erhebung des LBO von 2010 bis 2023 um 50,87 Prozent gestiegen; allein von 2014 bis 2023 um 40,72 Prozent. Die Personalkosten machen rund 50-60 Prozent der Gesamtkosten aus und sind lt. LBO seit 2010 um 42,43 Prozent gestiegen; allein von 2019 bis 2023 um 34,56 Prozent. Hinzu kommen kontinuierlich steigende Anforderungen wie beispielsweise die Umstellung der Antriebstechnik auf batterieelektrisch oder Wasserstoff (CVD). Die Kosten für einen Elektrobus oder einen Wasserstoffbus belaufen sich auf das Zweieinhalb- bis Dreifache der Kosten eines herkömmlichen Dieselbusses. ❐

Manche können fast kein Deutsch

Mangel an Busfahrern stellt in vielen bayerischen Kommunen erhebliche Belastung dar

Der blinde Mann erbat vom Busfahrer die Auskunft, um welche Linie es sich handelt, doch der war dazu nicht in der Lage: Der Fahrer sprach kein Wort Deutsch. So geschehen unlängst in Würzburg. Doch nicht nur hier treffen Fahrgäste auf Fahrer, mit denen sie nicht kommunizieren können. Sprachprobleme sind ein zunehmendes Problem im öffentlichen Personennahverkehr. Wobei klar ist: Ohne ausländische Fahrerinnen und Fahrer ginge im ÖPNV inzwischen überhaupt nichts mehr.

Nicht jede Omnibuslinie kann in jeder bayerischen Kommune dieser Tage wie gewohnt in vollem Umfang bedient werden. „Und zwar wegen des Busfahrermangels“, bestätigt Wolfgang Wies aus Weiden. Er kennt Busunternehmen, die am Wochenende oder abends Leistungen kürzen müssen: „Oder Zusatzbusse, wie man sie manchmal in der Schulzeit einsetzt, fallen weg.“

Noch ist der Leiter des Unternehmens „Wies Faszinatour“, das den Stadtbusverkehr in Weiden betreut, nicht selbst betroffen. Doch es sei auch bei ihm, gibt er zu, schon öfter ziemlich knapp gewesen. Ausfälle oder Verkürzungen des Angebots hat er bisher einzig dank äußerst engagierter Mitarbeiter, darunter auch, wie er sagt, „viele Migranten“, vermeiden können.

Ausländische Fahrer sind aus dem ÖPNV nicht mehr wegzudenken. Das geht auch aus einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom März 2024 hervor. Demnach liegt der Anteil der „Fahrern von Fahrzeugen im Straßenverkehr“, darunter Bus- und Straßenbahnfahrer, bei knapp 40 Prozent. Für Einheimische scheint der Beruf nicht sehr unattraktiv zu sein. Was auch nachvollziehbar ist.

Der Job ist oft sehr anstrengend, gilt es doch, mal sehr früh morgens mit der Arbeit zu beginnen und dann wieder spät abends auf Arbeit zu sein. Man hat nicht immer mit freundlichen Fahrgästen zu tun. Und muss sich ständig konzentrieren, um keinen Unfall zu bauen. Viele Busfahrer empfinden ihr Gehalt auch als schlecht. Dennoch gibt es Menschen, die diesen Beruf lieben. Dank ihrer schafft es Wolfgang Wies, alle Buslinien in Weiden wie gehabt zu bedienen. Der Firmenchef motivierte Mitarbeiter, die eigentlich hätten in Rente gehen können, auf Teilzeitbasis noch ein bisschen weiterzufahren.

Sein rund 65-köpfiges Fahrerteam besteht aktuell zu zehn Prozent aus Rentnern. Solange die das Team verstärken, ist seine Situation etwas entspannter. „Doch wenn die ausscheiden, könnte es wieder problematisch werden“, so Wolfgang Wies.

Frauen als Fahrerinnen

Weil er mit den Rentnern allein das Personalproblem nicht aus der Welt schaffen konnte, bemühte sich Wolfgang Wies weiter darum, Frauen als Fahrerinnen in Teilzeit zu gewinnen. Drei Frauen erwarben daraufhin mit finanzieller Hilfe des Unternehmens den Busführerschein. Aber auch Menschen, die nach Deutschland einwanderten, helfen, den Fahrbetrieb aufrecht zu erhalten: „Wir haben eine ganze Reihe von Mitarbeitern aus dem südosteuropäischen Raum aus Syrien und dem Irak.“ Wobei Wolfgang Wies erleichtert es, dass bisher noch kein ausländischer Busfahrer in seinem Team war, der gar kein Deutsch sprach: „A1 war immer gegeben.“

Viel zu riskant

Der Busunternehmer betont, dass es schlicht und ergreifend gefährlich ist, ohne jegliche Deutschkenntnisse am Steuer eines Busses zu sitzen: „Es geht ja nicht nur darum, Fahrgäste über den Fahrplan oder den Tarif zu informieren.“ Busfahrer müssen in einem medizinischen Notfall im Bus reagieren können. Und sie müssen in der Lage sein, eine Meldung abzugeben, ist ein Unfall passiert.

Für Wolfgang Wies ist es nicht akzeptabel, einen Busfahrer ohne jede Sprachkenntnisse, ausgestattet mit Navigationsgerät und Google-Übersetzer, ans Steuer zu lassen: „Ein Mindestmaß an Kommunikation muss möglich sein.“ Dass manche Busfahrer kein Deutsch sprechen, obwohl sie ihren Führerschein in Deutschland erworben haben, mag verwundern. „Doch man kann die Theorie inzwischen in unterschiedlichen Sprachen ablegen“, sagt er.

Bewerber auf einen Busführerschein müssen zum Zeitpunkt der praktischen Fahrerlaubnisprüfung soviel Deutsch verstehen, dass sie den Anweisungen des Prüfers folgen können, erklärt dazu Vincenzo Lucà von der TÜV Süd AG in München. Grundvoraussetzung sei weiter, dass die Beschilderung im Verkehr verstanden wird. „Darüber hinaus gehende Deutschkenntnisse werden nicht von der Prüfungsrichtlinie verlangt und sind damit auch nicht Teil der Prüfung“, so der Pressesprecher.

Busfahrermangel: Ein riesiges Problem

Trotzdem Menschen mit Migrationshintergrund bereit sind, Busfahrer zu werden, bleibt der Busfahrermangel allerorten ein riesiges Problem. Und zwar seit Jahren. So ergab bereits im Oktober 2021 eine Umfrage des Bundesverbands Deutscher Omnibusunternehmen unter seinen Mitgliedsunternehmen, dass bei über 85 Prozent aller Busunternehmen Fahrermangel herrscht. Ein Drittel hatte bereits vor dreieinhalb Jahren Schwierigkeiten, vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. „Der Fahrpersonalmangel hat bei den privaten und mittelständischen Busbetrieben ein existenzbedrohliches Ausmaß angenommen“, heißt es in einem Positionspapier.

Dass sich Busunternehmen inzwischen derart ins Zeug legen müssen, um Fachkräfte zu gewinnen, liegt nicht zuletzt an der langwierigen Ausbildung. Im Oktober 2024 beantragten die Freien Wähler deshalb im Landtag, die Führerscheinpflichtstunden zu reduzieren. Die Staatsregierung wurde aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Ausbildungsreform einzusetzen. Derzeit seien beim Erwerb der Fahrerlaubnis der Klasse D bis zu 89 praktische Pflichtstunden vorgeschrieben. Dabei seien viele Fahrer in spe bereits zu einem sehr viel früheren Zeitpunkt reif für die Prüfung. Und damit bereit für einen frühen Jobeinstieg.

Teurer Führerschein

Auch Wolfgang Wies‘ Kernforderung besteht darin, die Ausbildung zu entrümpeln: „Sie dauert einfach zu lange.“ Absurd ist für ihn, dass bestimmte Inhalte sowohl in der Fahrschule als auch bei einem vierwöchigen IHK-Seminar vermittelt werden. Wer Busfahrer werden möchte, muss zunächst den Busführerschein bei einer Fahrschule bestehen. Danach gilt es, die „Grundqualifikation für Personenverkehr“ zu absolvieren. Diese Doppelstruktur mache den Führerschein so teuer: „In Österreich kostet er nur die Hälfte.“ Insgesamt betrachtet, seien die Probleme rund um den ÖPNV riesig. Und eine Mobilitätswende in weiter Ferne.

Während die Politik in Sachen Mobilität nach außen hin einen Umdenkprozess in Gang setzen will, verhindert sie nach Ansicht von Wolfgang Wies durch verschiedene Entscheidungen selbst, dass die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich umdenken. Und das Auto stehen lassen. „Was wir in den letzten Jahren erlebt haben, war alles andere als hilfreich“, sagt er. Ihm ist vor allem das „Deutschlandticket“ ein Dorn im Auge: „Hier hat man den zweiten Schritt vor dem ersten gemacht.“ Das „Deutschlandticket“ funktioniere hervorragend in Berlin, Würzburg, Nürnberg oder München: „Überall, wo es ein gutes Netz gibt.“ Gibt es dieses gute ÖPNV-Netz nicht, nütze auch das Ticket nichts.

Letztlich kam es nach seiner Ansicht durch das „Deutschlandticket“ zu einer weiteren Benachteiligung des ländlichen Raums. 1,5 Milliarden Euro lässt sich der Bund das Ticket pro Jahr kosten, um Einnahmeausfälle bei Verkehrsbetrieben auszugleichen: „Dieses Geld hätte man anders sinnvoller einsetzen können.“ Gerade in ländlichen Regionen reichten die Mittel hinten und vorne nicht mehr aus, den Landkreisen stehe das Wasser, finanziell gesehen, bis zum Hals.

Technik statt Menschen

Was den Busfahrermangel anbelangt, ist die Situation in Baden-Württemberg, Hessen oder Thüringen genauso schwierig wie in Bayern. Überall wird versucht, an Lösungen zu arbeiten. Nicht zuletzt, was die Problematik des mangelnden Sprachverständnisses vieler Busfahrer betrifft. In etlichen Regionen ist es für blinde Menschen ein Problem, dass sie den Busfahrer oft nicht mehr fragen können, um welche Linie es sich handelt. Die Donau-Iller-Nahverkehrsverbund-GmbH bietet nicht zuletzt deshalb eine Dynamische Fahrgastinformation an. Über einen Anforderungstaster erfahren Blinde und Sehbehinderte, welcher Bus wann genau als Nächstes kommt.

An mehr Technik wird vermutlich kein Weg vorbeigehen, meint auch Günter Winter von den Stadtwerken in Straubing. Hier ist man gerade dabei, einfach zu bedienende Ticketautomaten direkt in die Fahrzeuge zu integrieren. Jeder Fahrgast soll damit das optimale Ticket erhalten. Der Busfahrer wird vom Ticketverkauf entlastet.

Allerdings kann man am Automaten nicht mehr cash bezahlen. Was für Bürger, die sich gegen die Gefahr einer schleichenden Abschaffung des Bargelds einsetzen, als großer Nachteil angesehen wird. Prinzipiell, das sieht auch Günter Winter so, ist es von Nachteil, dass Technik, bedingt durch Personalmangel, Zeit- und Ressourcenknappheit, mehr und mehr den Menschen ersetzt. **Pat Christ**

Bayerische Flughäfen:

Kontinuierlicher Steigflug

Mit allerlei Erfolgsmeldungen warten die Airports im Freistaat auf. Während der Flughafen Memmingen auf das erfolgreichste Jahr seiner Geschichte zurückblickt, wurde am Albrecht Dürer Airport Nürnberg bei den Passagierzahlen die 4-Millionen-Marke erstmals seit 2019 wieder überschritten. Auch am Flughafen München hält der Aufwärtstrend an: Im vergangenen Jahr war er der wachstumsstärkste Airport in Deutschland.

Noch nie flogen so viele Menschen von und nach Memmingen wie im abgelaufenen Jahr. Konnte Anfang Dezember 2024 der dreimillionste Fluggast begrüßt und somit eine neue Rekordmarke aufgestellt werden, setzte die Gesamtbilanz des abgelaufenen Jahres einen weiteren Meilenstein: Insgesamt blickte Süddeutschlands führender Low Cost Airport auf über 3,2 Millionen Passagiere, was einer Steigerung von 14,8 Prozent im Vergleich zu 2023 entspricht. Laut Flughafen-Chef Ralf Schmid könnte Ende 2025 die 3,5 Millionen-Grenze erreicht werden.

Memmingen

„Was uns auszeichnet und auch ein Stück krisensicher macht, ist unser Mix aus Flugzielen und Kunden“, so Schmid. Denn neben klassischen Urlaubszielen biete der Flughafen Memmingen vor allem in Ost-Europa eine stattliche Anzahl von Destinationen, die insbesondere von Arbeitspendlern, Freunden und Verwandten genutzt werden. „Gerade für Vertreter von Pflegeberufen, Hotellerie und Gastronomie, die in Deutschland dringend gebraucht werden“, so Schmid, „sind wir ein ganz wichtiges Bindeglied zwischen Heimat und Arbeitsplatz.“

Insgesamt fanden über 31.000 Flugbewegungen statt, was einem Plus von 7,8 Prozent entspricht. Linienflüge, die mit einer Steigerung von 15 Prozent überproportional gewachsen sind, tragen den Löwenanteil. Aber auch der Bereich der Business Jets, deren Vorteile insbesondere die heimische Wirtschaft zu schätzen weiß, entwickelt sich kontinuierlich. „Gerade die mittelständisch geprägten Unternehmen unserer Region, die weltweit aktiv und erfolgreich sind, benötigen schnelle Verbindungen, die wir im Bereich Business Aviation bieten“, betont Schmid.

Nürnberg

Der Albrecht Dürer Airport Nürnberg verzeichnete vergangenes Jahr mit 4 Millionen Passagieren ein Plus von 2,5 Prozent gegenüber 2023. „Dieser schöne Erfolg spricht für die starke Mobilitätsnachfrage der Menschen und der Wirtschaft aus der Metropolregion nach einem umfangreichen Flugangebot direkt ab Nürnberg“, teilte Geschäftsführer Dr. Michael Hupe mit. Auch habe man erneut eine Rekordauslastung der Flugzeuge von durchschnittlich 83 Prozent im regulären Flugverkehr erreicht. „Nie zuvor waren die Flüge ab bzw. nach Nürnberg so gut gebucht.“

Weiter fort setze sich der Trend zum Einsatz moderner, besonders ökologisch effizienter und deutlich leiserer Flugzeuge: Inzwischen liegt ihr Anteil gemessen an den kommerziellen Flugbewegungen bei 16 Prozent (Vorjahr 14 Prozent) – Tendenz weiter deutlich steigend.

München

Auch am Flughafen München hält der Steigflug an und spiegelt sich in den Verkehrszahlen des vergangenen Jahres wider: 41,6 Millionen Passagiere bedeuten gegenüber 2023 einen Zuwachs von viereinhalb Millionen. Die Flugbewegungen stiegen um acht Prozent auf über 327.000 Starts und Landungen. Die positive Entwicklung beruhte vor allem auf dem dynamischen Wachstum im Europa- und Interkontinentalverkehr. Flüge zu Zielen in Europa und den Mittelmeeranrainerstaaten verzeichneten ein Plus von 12 Prozent. Noch stärker wuchs der Langstreckenverkehr, der um 17 Prozent zulegte.

Erneut ausgebaut wurde das Streckennetz des Münchner Flughafens: Es umfasst mittlerweile 224 Ziele in 66 Ländern. Nicht weniger als 96 Fluggesellschaften flogen den Airport regelmäßig an, davon fünf reine Frachtfluggesellschaften. Positiv entwickelte sich 2024 auch das Luftfrachtaufkommen, das um elf Prozent auf gut 308.000 Tonnen stieg. Für Jost Lammers, Vorsitzender der Geschäftsführung der Flughafen München GmbH, unterstreichen diese Zahlen „die Bedeutung des Münchner Drehkreuzes für Wirtschaft und Bevölkerung des Freistaates Bayern und weit darüber hinaus“. **DK**

TTZ Landsberg am Lech:

Weitere 1,2 Mio. Euro-Förderung für NeMo.bil

Forscher der Technischen Hochschule Augsburg optimieren die autonomen Fahrfunktionen der NeMo.bil-Fahrzeuge in puncto Sicherheit und Zuverlässigkeit. Geplant sind Testfahrten mit Sicherheitsfahrern auf öffentlichen Straßen.

Im bundesweiten Forschungsprojekt NeMo.bil wird ein innovatives, schwarmfähiges Mobilitätssystem konzipiert, das als Leuchtturm für ganz Deutschland eine neue Form des nachhaltigen und bedarfsgerechten Personen- und Gütertransports im ländlichen Raum ermöglichen soll. Entwickelt werden hierzu innovative elektrische Fahrzeuge, die miteinander vernetzt sind und die Mobilitätsdienste On-Demand erbringen.



Ein Prototyp der automatisierten Shuttle-Fahrzeuge aus dem Projekt NeMo.bil. Bild: Jessica Hövelborn/THA

Die Fahrzeuge sind klein, kompakt, sehr leicht und autonom. Aneinandergekoppelt sollen die selbstfahrenden Leichtbaufahrzeuge Konvoi-Fahrten insbesondere auf der ersten und der letzten Meile im individuellen öffentlichen Nahverkehr ermöglichen. Dabei werden Segmente des Individualverkehrs mit Segmenten des öffentlichen Nahverkehrs verknüpft.

Initiiert wurde NeMo.bil von der Initiative Neue Mobilität Paderborn (NeMo). Das Projektkonsortium umfasst 20 Partner aus Industrie und Wissenschaft. Darunter sind Forschende der Technischen Hochschule Augsburg (THA) vom Technologietransferzentrum (TTZ) Data Science und Autonome System in Landsberg am Lech. Ihr Part ist bei NeMo.bil die fahrtechnische Automatisierung. Dabei wird das autonome Fahren der Leichtbaufahrzeuge weiterentwickelt, insbesondere der Koppel- und Entkoppelprozess sowie die Konvoi-Fahrten.

Optimierungsprozesse

Durch die aktuell bewilligte Fördersumme soll die Sicherheit und Zuverlässigkeit der autonomen Fahrfunktionen nun unter realen Bedingungen optimiert werden. Bislang erfolgten die Testfahrten im ADAC Testzentrum Mobilität in Penzing in enger Kooperation zwischen der THA, dem ADAC e.V. und der INYO Mobility GmbH.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz fördert das Projekt NeMo.bil mit einem Volumen von 30 Millionen Euro seit Juli 2023 bis Juni 2026. Die TH Augsburg ist im Projekt NeMo.bil bislang mit rund 1,2 Millionen Euro beteiligt und erhält vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz nun eine Aufstockung der Fördergelder um weitere rund 1,2 Millionen Euro.

„Wir freuen uns sehr über die zusätzlichen Mittel, denn diese werden es uns ermöglichen, autonome Testfahrten mit Sicherheitsfahrern vorzunehmen. Dies wird im Rahmen einer Erprobungsgenehmigung vom Kraftfahrtbundesamt auf öffentlichen Straßen und damit sozusagen im Reallabor erfolgen. Wir testen dabei, inwiefern Edge-Cases bewältigt werden können, also Szenarien, die unter ungewöhnlichen, oft extremen Bedingungen im öffentlichen Verkehr auftreten. Auf diese Weise werden wir wertvolle Daten für die autonomen NeMo.bil-Leichtbaufahrzeuge sammeln, um sie zunehmend sicherer und zuverlässiger zu machen“, sagt Prof. Dr.-Ing. Carsten Markgraf, wissenschaftlicher Leiter im Bereich Autonome Systeme am TTZ in Landsberg am Lech.

TTZ Landsberg am Lech wird zum Reallabor für autonomes Fahren

Im Unterschied zu konventionellen Lösungen wird im Forschungsprojekt NeMo.bil ein systemischer Ansatz für die Neue Mobilität verfolgt: Automatisierte kleinere Fahrzeuge (Cab), die die ersten und letzten Meilen bedienen, vereinen sich auf längeren Strecken zu einem Konvoi, der von einem größeren automatisierten Fahrzeug (Pro) gezogen wird. Die Cabs werden maximal 450 Kilogramm plus Batterie wiegen und Platz für bis zu vier Personen bieten. Die Pros dienen als mobile Ladesäule und ermöglichen im Konvoi höhere Reichweiten und Geschwindigkeiten. Durch die Kombination der beiden Fahrzeuge erreicht das Gesamtsystem eine bisher unerreichbare energetische Effizienz.

Testfahrten im Sommer

Im öffentlichen Straßenverkehr werden die Forscher der THA voraussichtlich im Sommer zunächst auf den Straßen in und um Augsburg die technischen Anforderungen der Prototypen der automatisierten Shuttle-Fahrzeuge testen. So werden beispielsweise auf Testfahrten mittels Kamera und Sensoren Daten erhoben und ausgewertet. Geprüft wird, inwiefern die Fahrzeuge auf die jeweiligen Gefahrensituationen im Straßenverkehr reagieren, etwa auf das Verhalten anderer Verkehrsteilnehmer wie Fußgänger, Radfahrer oder andere Autos oder auf die Beschaffenheit der Straße, u.a. Kurven, Randsteine oder Schlaglöcher und auf Verkehrsschilder. Im zweiten Schritt werden Bereiche in Paderborn und Landsberg am Lech ergänzt.

„Die Shuttle-Fahrten sollen eine innovative und vor allem sichere und zuverlässige Mobilitätslösung insbesondere für die Herausforderungen der ersten und der letzten Meile im individuellen öffentlichen Nahverkehr ermöglichen“, so Markgraf. Denn diese bestehen darin, dass oftmals der Weg bis zur Haltestelle zu weit oder die Fahrzeiten nicht passend sind, sodass die Strecke anstelle mit dem öffentlichen Nahverkehr mit dem privaten Pkw zurückgelegt wird. Für Menschen ohne Führerschein und für mobilitätseingeschränkte Personen soll NeMo.bil ebenfalls ein komfortables Mobilitätsangebot bieten: Sie könnten jederzeit für ihre Wege die für sie passgenaueste Fahrt von Tür zu Tür wählen. ❐

Stadtrat und Kreistag geben „grünes Licht“:

Stadt und Landkreis Landshut treten 2026 dem MVV bei

Der Münchner Verkehrsverbund (MVV) wird nach Niederbayern erweitert: Stadt und Landkreis Landshut treten zum 1. Januar 2026 dem MVV bei. Nachdem der Kreistag bereits mit breiter Mehrheit seine Zustimmung erteilt hatte, gab auch der Landshuter Stadtrat bei nur einer Gegenstimme „grünes Licht“. Die Nutzung von Bus und Bahn wird dadurch sehr viel fahrgastfreundlicher, unter anderem durch einen gemeinsamen Tarif und eine übergreifende Fahrplanauskunft. Ende des vergangenen Jahres hatte bereits der Landkreis Garmisch-Partenkirchen den MVV-Beitritt ebenfalls zum 1. Januar 2026 beschlossen, seit Anfang dieses Jahres sind auch die Landkreise Landsberg am Lech und Weilheim-Schongau im MVV.

Mit dem Beitritt von Stadt und Landkreis Landshut wächst das MVV-Gebiet auf über 12.000 Quadratkilometer und bedient insgesamt mehr als vier Millionen Menschen – das entspricht etwa einem Drittel der bayerischen Bevölkerung. Mit der Erweiterung um Stadt und Landkreis Landshut kommen insgesamt 35 Gemeinden (Buch am Erlbach ist bereits im MVV), 10 Bahnhalte und über 1.000 Bushaltestellen zum MVV dazu.

Positives Signal

Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter bezeichnete die Beschlüsse von Stadtrat und Kreistag als positives Signal. „Für die Fahrgäste verspricht das nur Vorteile: Sie profitieren von einheitlichen und meist auch günstigeren Ticketpreisen, abgestimmten Fahrplänen und einheitlichen Fahrgastinformationen. Das erleichtert den Zugang zum ÖPNV ungemein. Von Seiten des Freistaats unterstützen wir die Kommunen deshalb auf ihrem Weg in flächendeckende und leistungsfähige Verkehrsverbünde und übernehmen den Großteil der anfallenden Kosten.“ Durch die Verbunderweiterungen der vergangenen beiden Jahre seien über eine Million Menschen Teil des MVV-Gebiets geworden. „Der MVV ist eine der bundesweit leistungsstärksten Verkehrsorganisationen und macht den ÖPNV noch attraktiver.“

Meilenstein des ÖPNV

Peter Dreier, Landrat des Landkreises Landshut, und Landshuts Oberbürgermeister Alexander Putz betrachten den MVV-Beitritt als „Meilenstein in der Entwicklung des ÖPNV in unserer Region“. Dass sowohl der Kreistag als auch der Stadtrat mit jeweils überwältigenden Mehrheiten dem Beitritt zugestimmt haben, sei sehr erfreulich und Ausdruck der hohen Erwartungen, die beide Gremien an diesen Schritt knüpfen. „Fahrgäste profitieren nicht nur von einer anderen, zumeist günstigeren und übersichtlicheren Tarifstruktur – auch im Hinblick auf eine zukunftsorientierte Entwicklung des Nahverkehrsplans ist es unerlässlich, Synergien zu schaffen und sich starke Partner ins Boot zu holen“, betont Landrat Dreier.



Grafik: MVV GmbH

OB Putz hebt ebenfalls den in den meisten Fällen erheblichen Preisvorteil für die Kunden hervor, den der Beitritt mit sich bringt: „Der MVV bietet zum Beispiel auch preiswerte Tageskarten für Singles und Gruppen – und ein 365-Euro-Ticket für Schüler und Auszubildende, mit dem man 12 Monate lang auf allen Linien im gesamten MVV-Netz für einen Euro am Tag unterwegs sein kann.“ Darüber hinaus sieht der Oberbürgermeister in der modernen MVV-App und dem darin integrierten neuen Angebot „MVVswipe“ einen erheblichen Mehrwert für die ÖPNV-Kunden in der Region. „Dieses System ist sehr einfach zu bedienen, erleichtert die Nutzung von Bus und Bahn spürbar und könnte deshalb ein weiterer Anreiz zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel sein.“

Vorzüge der MVV-App

MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch, der sich über den Beitritt von Stadt und Landkreis Landshut sehr freut, empfiehlt allen Fahrgästen eben jene MVV-App und erklärt deren Vorzüge für die Kunden: „Einmal auf dem Handy installiert, muss sich niemand mehr mit Zonen und der Suche nach dem richtigen Ticket befassen. Sie geben nur Start und Ziel ein, dann werden die Verbindungen angezeigt, Sie können direkt ihre Fahrkarte kaufen, sehen immer die aktuellen Fahrpläne in Echtzeit, also ob Ihr Bus oder die Bahn unterwegs sind –und, ganz neu: MVVswipe! Da brauchen Sie noch nicht mal mehr die Haltestellen eingeben, sondern wischen einfach nur nach rechts beim Einsteigen und wenn Sie aussteigen wieder nach links, anschließend errechnet das System immer den günstigsten Tarif. Einfacher geht’s kaum.“ Mit dem Beitritt zum 1. Januar 2026 löst der MVV-Tarif in der Region Landshut die bisher gültigen Tarife ab. Viele Fahrten werden dadurch günstiger. ❐

Nachhaltig mobil:

Zwölf neue Schnellladepunkte am Inntaler Autohof

Dettendorfer Energy baut leistungsstarke Ladeinfrastruktur für E-LKW Ladeinfrastruktur der schnellen Art am Inntaler Autohof in Raubling: Die Dettendorfer Energy GmbH hat einen neuen Schnellladepark für Elektrofahrzeuge eröffnet. Ab sofort stehen dort zwei 400 kW- und vier 300 kW-Ladestationen zur Verfügung, an denen jeweils zwei Fahrzeuge gleichzeitig laden können – natürlich mit 100 Prozent Ökostrom. Alle Ladepunkte sind sowohl für Elektroautos als auch für strombetriebene LKW nutzbar.

Die Geschäftsführer Georg Dettendorfer und Markus Oelsner freuen sich über die erfolgreiche Inbetriebnahme der neuen Schnellladestationen. „Künftig werden mehr und mehr E-LKW auf unseren Straßen unterwegs sein, um Güter von A nach B zu bringen“, erläutert Dettendorfer. „In Transport und Logistik ist Zeit der entscheidende Faktor – deshalb muss an zentralen Verkehrsachsen flächendeckend das Hochleistungsladen möglich sein, um unnötige Standzeiten zu vermeiden.“

Oelsner ergänzt: „Unser Ziel ist es, eine leistungsstarke Infrastruktur für klimafreundliche Mobilität zu schaffen, insbesondere für den Lieferverkehr. Der Ladepark am Inntaler Autohof ist für uns ein gelungener Startschuss für weitere Projekte.“

Idealer Startpunkt für den Alpentransit

Der Standort eignet sich bestens für den neuen Schnellladepark. Der Inntaler Autohof liegt strategisch günstig an den stark frequentierten Autobahnen A93 und A8 – das macht ihn zum idealen Startpunkt für den Alpentransit in Richtung Italien. E-LKW meistern mittlerweile die Strecke vom Inntal bis Südtirol ohne weitere Ladepause. So schafft der neue Schnellladepark eine Lösung für den nachhaltigen Transitverkehr über den Brenner.

Dettendorfer Energy stärkt damit die Ladeinfrastruktur insbesondere auch für lange Strecken und den regionalen Gütertransport, denn lange Ladepausen gehören mit den ultraschnellen Ladesäulen der Vergangenheit an. Gleichzeitig bietet der Autohof allen Fahrern während ihres Aufenthalts eine komfortable Rastmöglichkeit mit breitem kulinarischem Angebot.

Der Ladevorgang selbst ist denkbar einfach: Freigeschaltet werden die Ladestationen mittels Smartphone-App oder RFID-Chipkarte im Scheckkartenformat. Die Ladestationen akzeptieren dabei die Ladekarten und Apps verschiedenster Anbieter und Roaming-Partner. Ein zentrales Kreditkartenterminal ermöglicht zusätzlich das Bezahlen ohne Ladekarte. ❐



Eröffnung des neuen Schnelladeparks am Inntaler Autohof in Raubling, die beiden Geschäftsführer Markus Oelsner (li.) und Georg Dettendorfer (re.). Foto: Ilona Stelz

Entscheider im Dialog

Bayerns Verkehrsminister und die AGFK Bayern im Austausch beim „Fachgespräch Radverkehr“

Wie steht es aktuell um die Radverkehrsförderung in Bayern? Dieser Frage wurde im Fachgespräch der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e.V. (AGFK Bayern) mit dem Schirmherrn des Vereins, Verkehrsminister Christian Bernreiter, sowie Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung der AGFK-Mitgliedskommunen nachgegangen. Zu dem politischen Ereignis im Rahmen der Messe f.re.e in München kamen rund 70 Gäste.

Beim letzten Fachgespräch im Herbst 2023 – kurz vor der Landtagswahl – hatte die AGFK Bayern einen 18-Punkte-Forderungskatalog an das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr (StMB) übergeben. Seitdem hat sich viel für den Radverkehr in Bayern getan – im diesjährigen Fachgespräch wurden schwerpunktmäßig das Bayerische Radgesetz und die damit verbundenen Aktivitäten in der Radverkehrsförderung diskutiert.



Christian Bernreiter. Bild: AGFK Bayern/Tobias Hase

In seiner Begrüßungsansprache dankte der Vorsitzende der AGFK Bayern, Landrat Robert Niedergesäß, zunächst dem StMB für die finanzielle Unterstützung und die gute Zusammenarbeit und erklärte: „Die AGFK Bayern ist ein wertvolles Bindeglied zwischen Kommunen und dem Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr. Gemeinsam begleiten wir über 140 bayerische Städte, Gemeinden und Landkreise auf dem Weg zu mehr Fahrradfreundlichkeit. Wir freuen uns, dass wir diese erfolgreiche Zusammenarbeit auch in Zukunft fortsetzen können.“

Staatsminister Bernreiter bedankte sich wiederum bei der AGFK Bayern: „Als Schirmherr der AGFK Bayern schätze ich die umfangreiche Expertise und enge Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft. Sie ist unser wichtigster Partner für die Förderung des Radverkehrs in Bayern. Gemeinsam setzen wir uns für eine nachhaltige Mobilität ein, um die Lebensqualität in unseren Regionen zu steigern.“

Unter der Moderation von Christina Wolf vom Bayerischen Rundfunk startete anschließend die Fragerunde.

Bayerisches Radgesetz

Am 1. August 2023 trat das Bayerische Radgesetz (BayRadG) in Kraft, ein Bekenntnis des Freistaates Bayern zur Radverkehrsförderung. „Was wurde bisher konkret erreicht?“, lautete die Frage an den Verkehrsminister. „Das Bayerische Radgesetz schafft einen verlässlichen Rahmen für den Ausbau des Radverkehrs. Der Freistaat hat in den letzten fünf Jahren über 200 Millionen Euro in den Radwegebau an Bundes- und Staatsstraßen investiert. Insgesamt wollen wir gemeinsam mit den Kommunen bis 2030 1.500 Kilometer neue Radwege schaffen. Wir liegen voll auf Kurs: 2023 wurden so 245 Kilometer neue Radwege in Bayern gebaut oder gefördert,“ sagte Staatsminister Bernreiter. Auch der Vorsitzende der AGFK Bayern begrüßt das Radgesetz, bringt jedoch ein, dass auch weiterhin entsprechende finanzielle Mittel bereitgestellt werden müssen, um die Potentiale des Radgesetzes voll auszuschöpfen.

Die Radallianz Bayern

Im Bayerischen Radgesetz ist die Möglichkeit vorgesehen, eine Radallianz Bayern zu bilden, ein weiterer Baustein, um den Radverkehr zu stärken und voranzubringen. Diese wurde im Oktober 2024 gegründet. Insgesamt 16 Institutionen gehören dem Gremium an, das den Austausch zwischen den verschiedenen Akteuren und Interessensgruppen fördern soll. Auch die AGFK Bayern ist in der Radallianz vertreten und bringt dort insbesondere die Perspektive der Kommunen ein.

Stellschrauben für die Radverkehrsförderung

Am Rande der Fachtagung wurde auch über die personelle Ausstattung in den Kommunen und auf Landesebene gesprochen. Der Bedarf an Fachkräften steigt, doch diese sind zunehmend schwieriger zu gewinnen. Zur Situation in der Staatsbauverwaltung führte Staatsminister Bernreiter aus: „Qualifiziertes Personal ist eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Radverkehrspolitik. Wir haben daher deutlich nachgelegt: Seit 2023 unterstützt die Zentralstelle Radverkehr die bayerischen Kommunen bei ihren herausgehobenen Radverkehrsprojekten und steht für fachliche Fragen zur Verfügung. Auch die Staatlichen Bauämter wurden im Bereich Radwegebau mit rund 20 Stellen personell verstärkt: In Freising und Nürnberg haben wir sogar eigene Abteilungen für dem „Radwegebau“ eingerichtet.“

Wie kann das Personal für Kommunen besser im Bereich Radverkehr ausgebildet werden? Landrat Niedergesäß erklärte: „Neben einem speziellen Qualifizierungsprogramm wäre die Einrichtung eines Lehrstuhls Radverkehr an unseren bayerischen Universitäten wünschenswert, um bereits in der Ausbildung den Nachwuchs an Planerinnen und Planern sicherzustellen.“

Gelunger Einsatz von Fördermitteln

Genügend und qualifiziertes Personal ist das eine, das andere ist die finanzielle Unterstützung der Kommunen bei der Radverkehrsförderung. Der Freistaat Bayern hält zahlreiche Förderprogramme für den Radverkehr bereit. „Besonders gelungen ist die Förderung von Abstellanlagen an Haltestellen und Bahnhöfen, welche vergleichsweise hoch ist, sowie die Radoffensive Klimaland Bayern. Diese beiden Programme sollten beibehalten werden“, lobt Landrat Robert Niedergesäß. Jedoch bestehen auch Herausforderungen für die Kommunen – vor allem bei der teilweise umfangreichen Antragsstellung. Hier wünschen sich die Kommunen einen leichteren Zugang zu Fördermitteln.

Positives Fazit

Am Schluss des Fachgesprächs fasste Moderatorin Christina Wolf zusammen: „Der Freistaat ist mit der nachhaltigen und konsequenten Umsetzung des Bayerischen Radgesetzes, dem breiten Spektrum an Aufgabenfeldern und seinen vielfältigen Förderprogrammen gut aufgestellt, um den Radverkehr in Bayern weiter zu stärken.“ Dies könne aber nur gemeinsam mit weiterhin engagierten Kommunen wie den AGFK-Mitgliedern gelingen, die sich auf den Weg gemacht haben, den Radverkehr nachhaltig voranzubringen. Die AGFK Bayern sei hierbei eine wichtige Akteurin, Impulsgeberin und langjährige Verbündete, die den bayerischen Kommunen und Landkreisen engagiert und beratend zur Seite steht. Die Aussichten für den Radverkehr sind also vielversprechend.

In der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e.V. (AGFK Bayern) haben sich derzeit 141 bayerische Städte, Gemeinden und Landkreise, in welchen über die Hälfte der bayerischen Bevölkerung lebt, mit dem Ziel zusammengeschlossen, gemeinsam den Radverkehr zu fördern, Erfahrungen auszutauschen und Synergieeffekte zu nutzen. Die AGFK Bayern vertritt die Interessen ihrer Mitglieder im Radverkehrsbereich u.a. in der Landes- und Bundespolitik und bei kommunalen Spitzenverbänden. ❐



V. li.: Moderatorin Christina Wolf, Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter und Landrat Robert Niedergesäß, Landkreis Ebersberg, Vorsitzender der AGFK Bayern. Foto: AGFK Bayern/Tobias Hase

Leidenschaft für Unimogs

Pfarrer Markus Lettner hat zwei und setzt sie für die Pfarrarbeit ein

Dass auch Priester das eine oder andere Hobby in ihrer Freizeit pflegen, ist nichts Ungewöhnliches. Nicht alltäglich ist jedoch das Steckenpferd von Pfarrer Markus Lettner (51) in Hohenfels: Er besitzt zwei Unimogs und hat einige dieser Fahrzeuge von der Pike auf restauriert. Seine Gefährte kommen regelmäßig bei der Pflege des Kirchenwaldes und für andere Zwecke zum Einsatz.

Konkret sind das ein Unimog 421 (Baujahr 1981, 52 PS) und ein Unimog 406 (Baujahr 1983, 84 PS). „Bei Waldarbeiten sind beide im Einsatz. Der 421er ist mit einem Frontlader ausgestattet, der 406er mit einer 10-Tonnen-Seilwinde. Beide können mit einem Anhänger ergänzt werden“, beschreibt der Seelsorger die technische Ausrüstung.

Frühe Prägung

Aber wie kam es zum Unimog-Faible? Lettner stammt aus Kappelrodeck im Ortenaukreis in Baden-Württemberg und ist auf einem Weingut aufgewachsen. „Mein Vater war nach dem Krieg der erste Winzer mit einem Unimog. Der Unimog war und ist eines der wichtigsten Maschinen“, erläutert der Priester. Auch die Nähe zu Gaggenau spielte eine Rolle. Denn im dortigen Mercedes-Werk wurde von 1951 bis 2002 der Unimog produziert. „Ich bin mit den Unimogs von Kindesbeinen an aufgewachsen. Sobald die Füße lang genug waren, um die Kupplung zu treten, bin ich mit dem Unimog gefahren“, bekennt der Unimog-Fan. Einfache Dinge erledigte er damals bereits. Vor allem der universelle und flexible Einsatz – „Unimog“ steht ja für „Universal-Motor-Gerät“ – begeistert ihn bis heute. In Pfarrer Lettners Jugendjahren war ein 411er Unimog (32 PS, gebaut von August 1956 bis Oktober 1974) auf dem Betrieb.

Zum Priesterberuf kam Lettner über Umwege. Indirekt mit dem Unimog in Verbindung zu bringen ist seine frühere Tätigkeit als Bauleiter im Tiefbau. Nach der Priesterweihe und den Kaplansjahren war er Direktor der Diözesanstelle für Berufungspastoral und Präfekt im Bischöflichen Priesterseminar. Danach ging es zurück in die Seelsorge, in die Pfarrei St. Ägidius Hainsacker. Hier erwachte wieder sein Unimog-Interesse, als er ca. 2015 einen schrottreifen Unimog billig erwerben konnte. Diesen zerlegte er mit Freunden in alle Einzelteile, so dass das Fahrzeug über einen Zeitraum von drei Jahren komplett restauriert wurde. „Seit etwa zehn Jahren restauriere ich in meiner Freizeit alte Unimogs. Ersatzteile sind heute über das Internet gut zu bekommen“, schildert Pfarrer Lettner. Fünf Unimogs hat er inzwischen restauriert. Wichtig ist, nicht unter Zeitdruck zu stehen, das Restaurieren als Hobby zu sehen, ebenso der Spaß am Tüfteln und Schrauben.

Der schrottreife und komplett restaurierte Unimog wurde für ein Landkinder-Projekt in Südafrika, das Lettner seit 15 Jahren unterstützt, versteigert. Auch der Bischof der indischen Diözese Mellore, Doraboina Moses Prakasam, der mit der Diözese Regensburg in engem Kontakt ist, bekam einen Anteil des Erlöses.

Unimog im Einsatz für die Kirche

In Hainsacker war die Pflege des dortigen Besinnungsweges, der in 37 Stationen den Spuren des Heiligen Franz von Assisi folgt, ein Einsatzbereich für den Unimog. Denn viele Flurdenkmäler, Feld- und Wegkreuze, Kunstwerke, Skulpturen und Grenzsteine bedürfen der Pflege. Da ist der Unimog das ideale Fahrzeug bzw. Gerät, um diese Dinge aufzuladen und zu transportieren.

In Hainsacker wie jetzt in Hohenfels sind auch die Pflege des Pfarrgartens und besonders die Arbeiten im Kirchenwald (Pfarrei St. Ulrich Hohenfels: ca. 40 Hektar) prädestinierte Bereiche für die Unimogs. „Ich bin fast jede Woche draußen“, betont Lettner. Dann gilt es, Stämme aus dem Wald zu schaffen – vor allem in Steillagen, Brennholz zu machen oder Schadholz (durch Borkenkäfer) herauszunehmen. Mit der regional tätigen Försterin ist er ebenso in Kontakt wie mit der Waldbesitzervereinigung Parsberg. „Es herrscht eine rege und gute Zusammenarbeit, wir unterstützen uns gegenseitig. Mir geht es auch darum, den Forst im Sinne einer ökologischen und nachhaltigen Weise zu unterstützen“, erklärt der Pfarrer. Aber auch die Müllentsorgung gehört zu den Aufgaben, wo ihn die Ministranten tatkräftig unterstützen. Und die Reparatur und Pflege von Feldkreuzen und ähnlichen Gegenständen. Gerne stellt er die Unimogs für Transporte in der Pfarrei, also für Vereine und Gruppen, zur Verfügung. Zum Beispiel für das Hereinziehen des Kirtabaumes, wenn der Burschenverein den Kirta organisiert. „Damit ist der Pfarrer kein Fremder, sondern einer von uns. Nicht der Oberaufseher, sondern der Hirte, der mit ihnen lebt, Freude und Leid teilt“, beschreibt Pfarrer Lettner den pastoralen Aspekt. Auch der Kommune stellt er die Unimogs etwa beim Transport von Ruhebänken zur Verfügung.

Natürlich nimmt Pfarrer Lettner an Oldtimer-Treffen teil oder besucht Unimog-Freunde. Mitglied ist er beim Stammtisch „Alte Gsanglreisser und die Oldtimerfreunde“ Buchenlohe. Bei schönem Wetter fährt er schon mal mit dem 421er-Cabrio-Unimog zu pastoralen Terminen.

Durch Kontakte aus dem Freundeskreis ergeben sich ab und zu Probefahrten mit aktuellen Unimogs, den 300er konnte er mal testweise fahren. Doch Pfarrer Lettner reichen seine zwei. Aber natürlich freut er sich über weitere, die in der Pfarr- und politischen Gemeinde Hohenfels noch unterwegs sind oder vielleicht auch in Scheunen stehen.

Markus Bauer



Pfarrer Markus Lettner und sein Unimog 406 Bild: Markus Bauer

Waldfriedhof „Waldruh“ in Kronwinkl eröffnet

Bei seiner offiziellen Einweihung präsentierte sich der neue Waldfriedhof Waldruh Kronwinkl von seiner schönsten Seite. Eingebettet in die östliche Hangleite unweit des historischen Schlosses Kronwinkl in unmittelbarer Nähe zu Landshut, stellt der Friedhof ein weiteres Aushängeschild der Gemeinde Eching dar.

Aus Sicht von Bürgermeister Max Kofler ist der Waldfriedhof Waldruh „genau das, was hier noch gefehlt hat“. Das äußerst naturnahe Konzept ergänze das bereits vorhandene Angebot optimal. Kofler zufolge soll der Waldfriedhof ein Ort der Trauer, Begegnung und Hoffnung werden. Altbürgermeister Andreas Held sprach von einer „wunderschönen Anlage“ und genoss ebenso wie die zahlreichen Gäste den unvergleichlichen Blick über das Isartal.

Eigentümer Caspar Graf von Preysing sprach von einem „bedeutenden Tag für uns, für die Region und vor allem für all jene, die hier eines Tages ihre letzte Ruhe finden werden“. Wie seine Ehefrau und Leiterin des neuen Friedhofs, Marie-Therese Gräfin von Preysing, feststellte, sei die Waldruh Kronwinkl mit großem Respekt vor der Natur erschaffen worden. Für den 30 Hektar großen Bestattungswald wurden keine Bäume gefällt, sondern - im Gegenteil - aufgebaut. Der Kern dieses besonderen Bestattungswaldes sei ein reich gemischter Bestand von jungen Ahornen bis zu 250 Jahre alten Eichen, die eine letzte Ruhestätte in inniger Harmonie mit der Natur umrahmten und immer ein Sehnsuchtsort ihrer Familie gewesen seien.

Zwei Welten

„An den Waldrändern öffnet sich nun der Blick in die Weite, auf das geschäftige Treiben des Lebens, das in stillem Kontrast zur Ruhe des Waldes steht“, heißt es auf der Homepage. Somit verbinde die Waldruh Kronwinkl zwei Welten: die Vergänglichkeit des Irdischen und die zeitlose Schönheit der Natur. **DK**

Glauber: Vorbildlicher Insektenschutz auf kirchlichen Flächen

Blühpakt-Allianz mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern erneuert

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern ist für weitere drei Jahre Mitglied im Blühpakt Bayern. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber und der Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Christian Kopp, haben die erfolgreiche Partnerschaft erneuert.

Glauber betonte bei der Unterzeichnung der Charta in der Jesuskirche in Haar: „Die Evangelisch-Lutherische Kirche ist ein starker Partner in der Blühpakt-Allianz. Ich freue mich, dass wir diese erfolgreiche Partnerschaft für weitere drei Jahre verlängern. Bei Pfarrhäusern, Seniorenzentren, Kindergärten und Friedhöfen gibt es unzählige Flächen, die zu neuen Lebensräumen für Insekten umgestaltet werden können. Die Landeskirche hat sich hier in den vergangenen Jahren erfolgreich engagiert und Kirchengemeinden motiviert, artenarme Flächen in blütenreiche, hochwertige Insektenlebensräume umzugestalten. Dafür gilt unser aller Dank.“

Verantwortung für Ökosysteme

Landesbischof Christian Kopp betonte bei der Unterzeichnung, wie wichtig es sei, für weitere drei Jahre gemeinsam für den Erhalt unserer Ökosysteme Verantwortung zu übernehmen: „Die Blühpakt-Allianz ist ein ermutigendes Zeichen dafür. Ich danke allen Beteiligten für ihr Engagement. Sie tragen dazu bei, dass unsere wunderschöne Schöpfung aufatmen und gedeihen kann.“

Blühpakt-Allianz

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern ist 2021 der Blühpakt-Allianz beigetreten. In den zurückliegenden drei Jahren der Zusammenarbeit wurden mit den Projekten „Unsere Zukunft blüht auf“ und „Gottes Garten. Artenvielfalt auf kirchlichen und diakonischen Flächen“ in mehreren Kirchengemeinden Flächen naturnah gestaltet und so neue Lebensräume für Insekten geschaffen. Ein Beispiel hierfür ist der umgestaltete Vorplatz der Jesuskirche der Kirchengemeinde Haar. Das Umweltministerium hat die Projekte direkt mit insgesamt 45.000 Euro oder über die Landschaftspflege- und Naturpark-Richtlinie gefördert.

Reduzierung künstlicher Beleuchtung

Im Rahmen des Blühpakts wird sich die Landeskirche nun auch für die Reduzierung künstlicher Beleuchtung einsetzen. Über ihre Medien wird sie regelmäßig bei ihren Mitgliedern für Maßnahmen zum Schutz heimischer Insekten werben. Das Umweltministerium wird beim Projekt „Gottes Garten“ die naturnahe und insektenfreundliche Umgestaltung kirchlicher und diakonischer Flächen auch zukünftig mit 500 Euro bei der Erstberatung und mit 1.000 Euro bei der Umsetzung fördern.

Die Allianz-Partner unterstützen die Ziele des Blühpakts und engagieren sich aktiv für mehr Arten- und Insektenvielfalt. Auch die Vermittlung und Weiterverbreitung von Umweltwissen und -bewusstsein bei den Mitgliedern gehört dazu.

Informationen zum Blühpakt Bayern sind verfügbar unter www.bluehpakt.bayern.de. ❐

Forstministerin Michaela Kaniber zur Entscheidung des EU-Parlaments:

„Das ist Bürokratie mit Ansage“

Bayern hat kein Entwaldungsproblem

München. Die Entscheidung des EU-Parlaments zur EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) kritisierte Bayerns Forstministerin Michaela Kaniber scharf: „Dass dieses Bürokratie-Ungetüm nicht entschärft wurde, ist eine bittere Nachricht für unsere Waldbesitzer und unsere Wirtschaft. In Bayern gibt es keine Entwaldungsprobleme.

Wir müssen entlasten und nicht neue Belastungen draufsatteln. Wirklich nur noch den Kopf schütteln kann ich über die Aussage, dass die EU jetzt allen Betrieben ein kompliziertes und vollkommen unnötiges System aufhalst, um es dann 2028 doch noch mal zu überdenken. Das ist Bürokratie mit Ansage.“

Leider hatten sich die EU-Kommission, die Mitgliedstaaten und das EU-Parlament im vorausgegangenen Trilog lediglich auf eine zeitliche Verschiebung und nicht auf die Einführung einer Null-Risiko-Kategorie in der EUDR geeinigt. ❐



GZ ZU GAST BEI ...



Monika Maier

Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Bodenkirchen

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich vertrete als Bürgermeisterin die Gemeinde Bodenkirchen im Landkreis Landshut mit rund 5.400 Einwohnern.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Seit 01. Mai 2008 setze ich mich als hauptamtliche Bürgermeisterin für die Gemeinde und die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ein.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Als gelernte Industriekauffrau war ich vor Amtsantritt in einem Metallbaubetrieb beschäftigt. Diesen Beruf übe ich als Bürgermeisterin nun nicht mehr aus, kann jedoch das Wissen und die Erfahrung im täglichen Alltag der Gemeinde sehr gut einsetzen.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Mein persönlicher Anreiz war die Freude am direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern und das Anliegen etwas für die Menschen zu bewegen. Ebenso hatte ich den Wunsch, Verantwortung für das Wohl der Gemeinschaft zu übernehmen und zur positiven Entwicklung der Gemeinde beizutragen.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Das Amt erfordert sowohl Wissen, das ich mir über Seminare angeeignet habe, als auch praktische Erfahrung. Durch meine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit im Elternbeirat und Förderverein der örtlichen Schule war ich stets nah an verschiedenen Themen dran.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Die Herausforderungen langen darin, sich in die verschiedenen Bereiche der Kommunalverwaltung einzuarbeiten und eine gute konstruktive, vertrauensvolle Basis im Gemeinderat herzustellen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Der Bau einer Flüchtlingsunterkunft (GU), bei dem man nun einen Kompromiss mit dem Investor, der Regierung und dem Landratsamt gefunden hat.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Ich werde mich noch mit der medizinischen Versorgung (Kreiskrankenhaus Vilsbiburg, Hausarzt), der Kinderbetreuung (Krippe) sowie einer Senioren-Tagespflege in unserer Gemeinde auseinandersetzen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Mein Ratschlag ist: Sei nahbar und präsent für die Menschen der Gemeinde. Höre gut zu und nimm die Anliegen der Bürger ernst.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Indem Versammlungen, Infoveranstaltungen, Projektgruppen, Fragebogenaktionen, Beiratssitzungen oder online-Abfragen stattfinden, je nach Format.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung wird einen erheblichen Anteil haben und viele Bereiche grundlegend verändern. Neben der Verwaltungsmodernisierung bietet die Digitalisierung ein enormes Potenzial, Kommunalpolitik effizienter, transparenter und bürgernäher zu gestalten.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

„Mit Menschen – für Menschen" – dieses Lebensmotto begleitet mich seit fast 17 Jahren tagtäglich in meiner Amtszeit.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Ich würde gerne als eine engagierte Bürgermeisterin mit einer sozialen Einstellung, die stets den Zusammenhalt förderte, in Erinnerung bleiben. ❐

Inklusionspreise des Bezirks Unterfranken:

Sinnstiftende Teilhabe für Menschen mit Handicap

Bereits zum zehnten Mal verlieh der Bezirk Unterfranken den mit insgesamt 12.500 Euro dotierten Inklusionspreis. Ausgezeichnet wurden fünf Projekte in den Kategorien Wohnen, Kultur/Natur/Umwelt, Bildung und Erziehung, Arbeit, sowie Freizeit und Sport. Darüber hinaus verlieh Bezirkstagspräsident Stefan Funk einen Sonderpreis an die Kommunikationsinitiative der Gemeinde Kolitzheim.

Im Rahmen des während der Corona-Zeit entstandenen Projekts „Inklusive Teilhabe im Blindeninstitut Würzburg" wird eine Vielzahl an Aufgaben wahrgenommen, wie unter anderem Einzelbegleitungen, Gruppenangebote, kulturelle Veranstaltungen, Feste, Ausflüge, Begleitungen zu Gottesdiensten, Hol- und Bringdienste oder Fahrdienste. Die Angebote des Teams Freizeit und Ehrenamt umfassen hierbei unter anderem Aktionsgeschichten für alle Sinne, Kinoabende mit Autodeskription, Kreativtreffs, und ein blindengerechtes Spielecafé. Für das Projekt konnten auch an Universitäten und Hochschulen Mitarbeiter geworben werden. Viele davon fanden Freude an der Arbeit und blieben auf Dauer im Blindeninstitut. Dabei werden Einarbeitung und Weiterbildung sehr ernst genommen.

Beschränkungen gemeinsam überwinden

Die „Inklusiven Akademien" Würzburg und Schweinfurt im Fördernetzwerk Kunstpädagogik organisieren wöchentlich Kunstkurse in den Disziplinen Theater, Malerei, Bildhauerei, Foto und Film, Objektkunst, Musik und Tanz. Die Teilnehmer wachsen zusammen und können Beschränkungen gemeinsam überwinden. Dass jedes Kind bzw. jeder Jugendlicher auf seine Art wertvoll ist und Inklusion bedeutet, dass Menschen mit Behinderung ihr Leben nicht an vorhandene Strukturen anpassen müssen, zeigen Projekte, die unter anderem in Kooperationen mit Schulen umgesetzt werden: Entwickeln von Theaterstücken, Tanzprojekte, Gestalten von Graffiti-Wänden, Foto- und Filmkurse.

Chormusik inklusiv erleben: Das Kooperationsprojekt der St. Martin-Schule Kitzingen feierte nun sein bereits zehnjähriges Jubiläum. Durch verschiedene Aktionen wie Schullandheimaufenthalte oder gemeinsame Auftritte sind die Teilnehmer – ob mit oder ohne Behinderung – im Laufe der Zeit zusammengewachsen. Stärken und Schwächen spielen hier keine große Rolle, wichtig ist, dass man gemeinsam etwas auf die Beine stellen kann. Berührungsängste werden reduziert und das Selbstbewusstsein der Schülerinnen und Schüler aufgebaut. Auch Freundschaften über Schulgrenzen hinaus können geknüpft werden.



V.l.: Bezirkstagspräsident Stefan Funk, Bürgermeister Horst Herbert, Gemeinde Kolitzheim, Erzieherin Andrea Huth, Offene Behindertenarbeit der Diakonie Schweinfurt, Behindertenbeauftragte Gerlinde Martin, Vorsitzende Nicole Schneider, Kommunikationsinitiative Kolitzheim, Behindertenbeauftragte Christina Feiler, Landrat Florian Töpper, Landkreis Schweifurt und Elke Dressel, ehem. Vorsitzende. Bild: Hiller

Dem Leben Sinn geben

Arbeit gibt dem Leben Sinn. Darauf zielt das Projekt „AB jetzt inklusiv" der Lebenshilfe Werkstätten Schmerlenbach ab. Menschen mit Behinderung werden an inklusive Arbeitsplätze in der Region vermittelt. Idealerweise wird das Ziel erreicht, die Menschen auf den „Ersten Arbeitsmarkt" zu vermitteln, damit sie einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachgehen können.

Der Bezirk Unterfranken hat die Idee, Menschen mit Beeinträchtigung durch Verknüpfung von Begleitdienst und Sozialraum auf ihrem Weg zum Arbeitsplatz auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu helfen, von Beginn an unterstützt und sich für die Umsetzung eingesetzt. Das Projekt „AB jetzt inklusiv" ist ein echtes Erfolgsmodell, konnten doch im Laufe der vergangenen Jahre über 50 Betriebe und Mitarbeiter zusammengebracht werden.

Im Projekt „fit4rolli e. V." werden Menschen ohne Behinderung in die Sportart von Menschen mit Handicap inkludiert, indem sie sich in Rollstühle setzen und ihr Talent z.B. mit dem Basketball versuchen. Ball und Rollstuhl haben in dem 27 Mitglieder umfassenden Verein eines gemeinsam: Es sind keine Hilfsmittel, sondern Sportgeräte. Das Motto lautet: „Rollstuhlsport vereint". Das Projekt ist wichtig für die Sensibilisierung und zum Verständnis im Umgang mit Menschen mit Behinderung.

Eine Erfolgsgeschichte stellt auch die seit 1993 bestehende „Kommunikationsinitiative Kolitzheim" dar. Kinder und Jugendliche treffen sich alle zwei Wochen zur Gruppenstunde und einmal im Jahr wird gemeinsam mit der offenen Behindertenarbeit Schweinfurt eine fünftägige Ferienfreizeit mit Kinobesuchen, Bowling und gemeinsamen Übernachtungen im Haus Franziskus veranstaltet. Genau dieser unverkrampfte Umgang miteinander füllt die Inklusion mit Leben. Die Initiative ist eine großartige Einrichtung für den ländlichen Raum, die seit Jahrzehnten Inklusion auf Augenhöhe lebt. **DK**

OB Reiter im Internationalen Presseclub:

Klare Worte zur Zukunft Münchens

Über die großen Herausforderungen der Landeshauptstadt sprach Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter in einem aktuellen Pressegespräch im Münchner Presseclub – und sandte deutliche Signale an andere bayerische Kommunen. Von den Auswirkungen der Hightech-Ansiedlungen über die Wohnungsnot bis hin zu Olympia 2040 und dem öffentlichen Nahverkehr – Reiter legte seine Sicht der Dinge ungeschminkt dar.

Eines der prägendsten Ereignisse der jüngeren Vergangenheit sei die große Demonstration gegen Rechts gewesen, betonte Reiter. „Die größte Demo seit dem Zweiten Weltkrieg", nannte er die Proteste mit bis zu 350.000 Teilnehmern. Er wertet dies als klares Zeichen, dass München und Bayern keine Zusammenarbeit mit der AfD wünschen. Dabei ließ Reiter auch durchblicken, dass dies ein Signal an die CSU sei, sich klarer zu positionieren.

Hightech-Unternehmen: Fluch und Segen zugleich

Mit OpenAI, Google, Microsoft und Intel haben sich in den letzten Jahren zahlreiche Tech-Giganten in München angesiedelt. Einerseits bringe dies wirtschaftliche Dynamik und Gewerbesteuereinnahmen, andererseits verschärfe sich dadurch die Wohnungssituation weiter.

„Wir müssen den Verdrängungswettbewerb verhindern und ausreichend bezahlbaren Wohnraum schaffen", so Reiter. Allerdings steige die Widerstandsbereitschaft der Bürger gegen Neubauten. Die Konkurrenz mit anderen bayerischen Städten wie Ingolstadt, das als „Donau Valley" um IT-Start-Ups wirbt, sei aus seiner Sicht keine ernsthafte Bedrohung für München. „Entscheidend ist, wo die besten Köpfe hinwollen, und das ist nach wie vor München", so Reiter.

Angesichts steigender Kosten plant die Stadt, 1.200 unbesetzte Stellen in der Verwaltung dauerhaft zu streichen. „Wir werden nicht mehr Mitarbeiter einstellen, sondern die Abläufe effizienter machen", betonte Reiter.

Dabei setzt er verstärkt auf Künstliche Intelligenz (KI), insbesondere in standardisierten Verfahren wie Wohngeldanträgen. „Wenn wir durch KI 95 Prozent der Fälle schneller abwickeln können, ist das ein Fortschritt, selbst wenn nicht jeder Antrag zu 100 Prozent perfekt bearbeitet wird", erklärte er pragmatisch.

Verkehrswende: Zwischen Anspruch und Realität

Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ist für Reiter der einzige Weg zur echten Verkehrswende. Dabei äußert er deutliche Kritik an Bund und Land: „Die Verkehrswende funktioniert nicht ohne Geld. Wenn Bund und Freistaat es ernst meinen, müssen sie München und andere Kommunen massiv unterstützen."

Der Zustand der S-Bahn sei für ihn ein besonderes Ärgernis: „Wenn die Stammstrecke der S-Bahn seit Jahrzehnten chronisch unzuverlässig ist, steigen die Leute halt auf die U-Bahn um, die ohnehin schon am Limit ist." Für die geplante U9-Innenstadtentlastungslinie seien Investitionen von bis zu 10 Milliarden Euro notwendig – Summen, die eine Stadt allein nicht stemmen könne.

Olympia 2040: Ein Münchner Comeback?

Ein weiteres großes Thema: die mögliche Bewerbung Münchens für Olympia 2040. Während der Bürgerentscheid zu den Winterspielen 2018 scheiterte, glaubt Reiter an eine neue Chance für Sommerspiele.

„Unsere olympischen Sportstätten sind nach 50 Jahren noch immer in bestem Zustand. Nachhaltiger kann man keine Spiele veranstalten", argumentiert er. Bis Mai soll ein Konzept stehen, und im Herbst könnte eine Bürgerbefragung über die Bewerbung entscheiden.

Schulden und Haushalt

Die Verschuldung der Stadt könnte in den kommenden Jahren von 4 auf 10 Milliarden Euro steigen. Reiter verteidigte diesen Kurs jedoch: „Wir investieren in Schulen, öffentlichen Nahverkehr und Wohnungsbau. Das ist keine Verschwendung, sondern notwendig."

Gleichzeitig betont er, dass die Stadt nicht unbegrenzt Kredite aufnehmen kann, da Kommunen gesetzlich dazu verpflichtet sind, Zins und Tilgung aus eigenen Mitteln zu decken. „Das ist der große Unterschied zum Bund, der einfach neue Schulden macht."

Fazit

Dieter Reiter bleibt seinem Stil treu: Klar, direkt und mit wenig Rücksicht auf diplomatische Formulierungen. Seine Aussagen zur Finanzpolitik, zur Wohnraumkrise und zum Verkehrsausbau haben auch Signalwirkung für andere bayerische Städte. Die Botschaft ist klar: Ohne mutige Investitionen und effizientere Verwaltungsstrukturen werden die Städte Bayerns in Zukunft kaum mehr konkurrenzfähig sein. ❐



V.l. Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter mit Dr. Uwe Brückner, Präsident des Münchner Presseclubs. Bild: TH

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Anne-Marie von Hassel,
Inge Metzger
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 59 vom 01.01.2025
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-17

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Eine von ihnen gibt nun auf

Was Bürgermeisterinnen aus Bayern anlässlich des Frauentags bewegt

Oft geht es an diesem Tag um die Frage, inwieweit Chancengleichheit inzwischen erreicht ist. In den verschiedenen privaten, gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Feldern. Manchmal wird am 8. März auch die Problematik „Gewalt gegen Frauen" in den Fokus gerückt. Wir wollten anlässlich des Internationalen Frauentags wissen: Was bewegt Bürgermeisterinnen in Bayern gerade? Was beschwert ihr Amt? Was möchten sie ändern? Und wie?

Vor allem Kommunalpolitikerinnen, geht aus unserer Recherche hervor, legen auf Familien- und Kinderfreundlichkeit in ihrer Gemeinde großen Wert. Mehr, als zum Beispiel auf den Bau von Straßen. Vor allem Kommunalpolitikerinnen leiden aber auch darunter, dass die gesellschaftlichen Spannungen derart zugenommen haben. Dass der Umgangston rauer wird. Dass die Intoleranz wächst.

Eine umfassende Reform müsste her. Damit nicht alles noch mehr danieder geht. Damit nicht noch mehr böses Blut entsteht. Das würde sich Brigitte Bachmann-Mühlinghaus (SPD), Bürgermeisterin der Gemeinde Birgland im oberpfälzischen Landkreis Amberg-Sulzbach, wünschen. Wobei es fast so scheint, als würde „da oben" der Niedergang gar nicht registriert. „Die Menschen mit ihren Problemen werden von der Politik nicht gesehen", sagt sie. Dass sich das endlich ändert, wäre ihr größter Wunsch zum Weltfrauentag. Voraussetzung wäre, dass „die da oben" wieder mehr Bodenhaftung bekämen.

Wissenschaftlern hatte man früher oft vorgeworfen, im Elfenbeinturm zu sitzen. Inzwischen ist der „Elfenbeinturm" aus der Mode gekommen. Heute spricht man von der „Bubble". Dass Bundespolitiker tatsächlich häufig in einer „Blase" leben, erfuhr Brigitte Bachmann-Mühlinghaus vor knapp zehn Jahren, als sie für den Bundestag kandidierte. Und deshalb öfter in Berlin war.

Elitäres Benehmen

Hautnah erlebt sie damals elitäres Benehmen. Natürlich seien Bundespolitiker während des Wahlkampfs unterwegs, so die Bürgermeisterin. Was jedoch nicht bedeute, dass sie wirklich auf Tuchfühlung mit der Bevölkerung geraten: „Sie werden zum Termin hin- und danach wieder weggeführt, Gespräche mit den Bürgern finden fast nicht statt." So kommt es, dass am Volk vorbeiregiert wird. Aber auch an den Kommunen.

Gerade das Bürgermeisteramt ist dieser Tage alles andere als ein bequemer Posten. Davon erzählen viele Bürgermeisterinnen aus Bayern. Die Haushaltslage ist schwierig. Die Entscheidungsfindung zum Teil sehr kompliziert. Für Brigitte Bachmann-Mühlinghaus liegt dies nicht zuletzt daran, dass Gemeinderäte immer noch sehr stark männlich dominiert sind.

Straßen sind (nicht) das Wichtigste

Die Bürgermeisterin lässt durchblicken, dass sie in den letzten Jahren durch eine harte Schule gegangen ist. Immer wieder galt es, sich unter massiven Kämpfen mit einer einzigen weiteren Frau im Gemeinderat gegenüber den männlichen Kollegen durchzusetzen. Aktuell brennt der Sozialdemokratin das Thema „Kinderbetreuung" unter den Nägeln. Jahrelang, erzählt sie, sei der Ausbau vernachlässigt worden: „Straßen sind bei uns das Wichtigste."

Brigitte Bachmann-Mühlinghaus würde sich eine bessere Vernetzung von Frauen und vor allem mehr Protest wünschen. „Ich sehe, wie es mit den Frauenrechten rückwärts geht", sagt die gelernte Speditionskauffrau. Als Bürgermeisterin erlebt sie zudem, dass es immer noch massiv an Respekt gegenüber Politikerinnen mangelt. Wenig, meint sie frustriert, habe sich diesbezüglich geändert.

Okay, dann ist Feierabend! Das sagte sich Brigitte Bachmann-Mühlinghaus unlängst selbst. Sie, die seit 2014 Bürgermeisterin in Birgland ist, wird zur nächsten Kommunalwahl nicht mehr antreten: „Obwohl ich noch viele Ideen hätte." Doch der Frust ist zu groß. Es mache keinen Spaß mehr, ständig kämpfen zu müssen: „Und dennoch wird alles immer nur noch schlimmer."

Es fehlt Geld für Kinderbetreuung. Es fehlt Geld für gute Pflegeangebote. Es fehlt Geld für dringend notwendige Sanierungen. Es fehlt vor Ort im Grunde Geld für alles. „Was die Kommunen anbelangt, ist es nicht mehr fünf Minuten vor zwölf Uhr, sondern eine Minute", sagt Elke Homm-Vogel (FW), Bürgermeisterin und stv. Oberbürgermeisterin von Ansbach. Das tangiert die Menschen vor Ort. Das bringt sie auf: „Und bildet den Nährboden für eine Entwicklung, die wir alle nicht wollen und von der wir uns jahrzehntelang schützen konnten."

Mehrkosten durch den Bund

Dass der Bund ständig für Mehrkosten sorgt, sich aber unendlich Zeit lässt, bis das, was er refinanziert, zurück in die Kommunen fließt, bezeichnet sie vor diesem Hintergrund als „Unding". Auch Elke Homm-Vogel attestiert der Bundespolitik ein „Abgehobensein". Kommunalpolitikerinnen sei es gar nicht möglich, derart die Bodenhaftung zu verlieren: „Wir sind draußen, wir gehen einkaufen, wir werden angesprochen." Immer wieder müsse in solchen Gesprächen erklärt werden, warum etwas gerade nur so langsam vorangeht. Wenn überhaupt. Dass so vieles mangels Geld verzögert, erschwert oder verunmöglich wird, erlebt auch sie als frustrierend.

Vielleicht würde sich etwas ändern, wenn noch mehr Frauen in die Politik gehen würden, denkt die Ansbacherin. Frauen erlebt Elke Homm-Vogel tendenziell als pragmatischer. Sie sagten viel seltener als Männer: „Das geht nicht!" Sie sähen Aufgaben: „Und nicht Probleme." Und packten an.

Männer, scheint es, wenngleich dies natürlich nicht verallgemeinert werden darf, juckt das Ansehen, das mit einem politischen Amt verknüpft ist. Juckt die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Auch scheinen Männer stärker dazu zu neigen, kompromisslos eigene Positionen durchzusetzen. Tendenziell mit weniger Bemühen, als dies bei Frauen zu beobachten ist, auch mal die andere Seite mit ihren Argumenten anzuhören.

Ob das am Naturell liegt? An der Sozialisierung? An männlichen Vorbildern? Darüber wird sich die Wissenschaft wahrscheinlich noch lange streiten. Fakt bleibt: Viele Kommunalpolitikerinnen sehen im Umgangsstil große Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Auch zum Beispiel Judith Roth-Jörg (CSU) aus Würzburg.

Wer ein wenig anders über das Weltgeschehen denkt, wer politisch eine etwas andere Position einnimmt, muss mit heftiger Gegenwehr bis hin zu massiven Anfeindungen rechnen, beobachtet Würzburgs dritte Bürgermeisterin. „Die Polarisierung und Instrumentalisierung der Bevölkerung machen mir große Sorgen", sagt sie. Menschen, die politisch eine andere Meinung haben, würden beleidigt und teilweise hasserfüllt angebrüllt, erlebt sie: „Und ich sehe momentan nicht, wie diese aufgeheizte Situation wieder beruhigt werden kann." Wobei sich nicht nur Bürger bei politischen Debatten danebenbenehmen.

Auch, wie sich Politiker verhalten, zeugt nicht gerade von Vernunft, findet die Würzburger Bildungsreferentin und OB-Kandidatin: „Ich vermisse sachliche, konstruktive und faktenbasierte Diskussionen." Als Frau und Bürgermeisterin sei es ihr Ziel, Sachverhalte konstruktiv abzuarbeiten: „Und nicht in politische Scharmützel zu verfallen." So empfänden dies auch alle Kolleginnen ihrer Fraktion: „Alle arbeiten, haben Kinder und Familie und bringen sich dennoch ehrenamtlich ein, da nerven politische Spielchen, ideologische Debatten und epische Redebeiträge sehr."

Nicht nur Bürger müssen derzeit oft jeden Cent umdrehen. Dass auch Gemeinden chronisch klamm sind, macht Maria Wirnitzer (SPD), zweite Bürgermeisterin von Vaterstetten, gerade sehr zu schaffen. Vaterstetten, sagt sie, würde gerne Wohnungen bauen: „Der Wohnungsbedarf im Speckgürtel von München ist immens, die Grundstückspreise sind exorbitant hoch." Wegen der Wohnungskrise könnten nicht genug Fachkräfte im Dienstleistungsbereich, im Handwerk und in den Pflegeberufen gewonnen werden. In Vaterstetten wiederum könnte man nur mit Unterstützung von Bund und Freistaat bauen. Doch statt Hilfe gebe es „Lippenbekenntnisse".

Chronisch klamm

Die Situation in vielen Gemeinden ist nicht dazu angetan, die Bürgerschaft zu befriedigen. Dabei traten viele Frauen ihr Amt als Bürgermeisterin mit eben diesem Ziel an: Sie wollten das Gemeindeleben durch konkrete Projekte voranbringen, wollten dringende Wünsche von Bürgern erfüllen. Sie versprachen eine bessere Kinderbetreuung. Sie versprachen, Schulen zu sanieren.

Dass so wenig vorangeht, nachdem sie gewählt worden sind, liegt nicht daran, dass das, was sie versprochen hatten, für sie plötzlich nicht mehr von Interesse wäre. Der Mangel an Geld bremst ständig aus. „In unserer Gemeinde mit 25.000 Einwohnern fehlt zum Beispiel ein Bürgerhaus", berichtet Maria Wirnitzer. Die Bücherei müsste dringend saniert oder besser neu gebaut werden. Ebenso verhält es sich mit dem Rathaus: „Beides ist in absehbarer Zeit nicht möglich."

Elke Protzmann (FW), dritte Bürgermeisterin der Stadt Neustadt bei Coburg, weiß nur allzu gut, wovon ihre Kollegin aus Vaterstetten spricht. „Das Hauptproblem derzeit ist der Geldmangel", sagt auch sie. Geld fehle für notwendige Investitionen: „Es fehlt sogar für den laufenden Betrieb." Dies liege daran, dass immer mehr Aufgaben auf Städte und Gemeinden abgewälzt würden: „Ohne finanziellen Ausgleich von Bund und Land." Durch steigende Personal- und Baukosten und allgemeine Erhöhungen stießen Haushaltsplanungen an ihre Grenzen. Zum Teil seien die Haushalte gar nicht mehr genehmigungsfähig. Wodurch die Gemeinde handlungsunfähig wird.

Elke Protzmann hat, wie viele ihrer Kolleginnen, ein großes Interesse an ihrem Amt, weil sie „ihre" Stadt und gleichzeitig auch die Region lebenswert machen will. Seit 35 Jahren setzt sie sich dafür schon kommunalpolitisch ein. Zum Frauentag würde sie sich wünschen, dass sich mehr Frauen „an Entscheidungen in jeglichem gesellschaftlichen Bereich" beteiligen. Die Beteiligungsquote liege nach wie vor nur bei 30 Prozent. Die Kommunalpolitik selbst, sagt sie, sehe sie aber weder aus männlicher noch aus weiblicher Sicht.

Kommunalpolitik sei ein Zusammenspiel von Alt und Jung und Mann und Frau und Menschen mit unterschiedlichsten Erfahrungen. Aus diesem Mix heraus könnten neue Ideen geboren werden. Durch ein gutes Miteinander könne es zu Veränderungen kommen.

Auch in Waldkraiburg im oberbayerischen Landkreis Mühldorf am Inn ist es inzwischen so, dass man sich nach der Decke strecken muss. Davon berichtet dritte Bürgermeisterin Karin Bressel (UWG): „Wie viele andere Kommunen auch, kämpfen wir mit steigenden Kosten und den Anforderungen der Regierung." Elf Jahre ist es her, dass die Erzieherin in die Kommunalpolitik ging: „Ich hatte damals den Willen, unsere Stadt für unsere Bürgerinnen und Bürger noch attraktiver und lebenswerter zu machen." Den Wunsch und Willen hat sie immer noch. Doch: Es mangelt an Geld. Zum Beispiel, um das wegen veralteter Verrohrung seit 2023 geschlossene Waldbad zu sanieren.

Eigentlich ist ihr Heimatort sehr attraktiv. „Wir haben eine Schulschwimm- und eine Eishalle, Fußball- und Sportplätze, ein großes Kulturangebot mit einem ‚Haus der Kultur' und einem großen Saal für Theater und Konzerte, einer Bücherei und einem Haus für Vereine", listet Bressel auf. Außerdem gibt es acht Schulen. Das große Problem: „Viele unserer Liegenschaften sind zur gleichen Zeit gebaut worden und müssten der Reihe nach renoviert werden." Doch weil die Preise für Baumaterial stark gestiegen sind, sei das nicht so schnell möglich, wie es dringend nötig wäre. **Pat Christ**

GZ PINOS WELT



Politik im TV-Zirkus: Katerstimmung nach der Wahl

„Heute erleben Sie eine Premiere. Ich, der freiheitsliebende, auf Deregulierung und Selbstverantwortung setzende Kater, fordere Verbote. Ich sehe das ordnende Eingreifen der Obrigkeit in zwei Fällen für unabweislich an.

Zum einen muss die Veröffentlichung von Wahlabsichts- und Sonntagsfragen für eine Karenzzeit von mindestens zehn Tagen vor einem Urnengang untersagt werden.

Zudem sind mehr als zwei Wahlsendungen pro Sender im Fernsehen mit Spitzenkandidaten der sich bewerbenden Parteien strikt zu unterbinden. Wir brauchen vor allem Vorkehrungen gegen die um sich greifende Kanzlerkandidateninflation, die auch immer skurrilere Sendungsformate nach sich zieht.

Mir jedenfalls sind die dauernden Duelle, Trielle, Quadrelle (so die offizielle Bezeichnung der Viererrunden durch die Sender, die offensichtlich den schönen alten Begriff der Quadrille nicht mehr kennen), Wahlarenen, Bürgerdialoge und was sonst noch tierisch auf die Nerven gegangen. In wechselnden Zusammensetzungen wurde immer das gleiche gefragt und immer das gleiche geantwortet. Und ja, man wird immer irgendwo in der Republik eine ältere Dame finden, die eine sehr kleine Rente hat, dies unter Tränen einem Spitzenpolitiker vorträgt und dieser sich, sofern er nichts vom Sozialversicherungssystem versteht, empört für generell höhere Renten stark macht. Denn im Gegensatz zu einem Gespräch am Infostand oder in der Bürgersprechstunde gibt es beim Fernsehtribunal keine Möglichkeit nachzufragen, warum die Rente so niedrig ist (Zeiten der Arbeitslosigkeit? Teilzeit?) und auf bereits bestehende Wege zur Aufbesserung des Haushaltseinkommens zu verweisen.

Entsprechend war der Neuigkeitswert der Aussagen in solchen Formaten in der Regel gleich Null. Wenn in diesem Wahlkampf richtige journalistische Arbeit geleistet wurde, etwa bei Interviews, gab es meist eine Nachricht zu verkünden oder zumindest etwas in die Aussagen hineinzugeheimnissen. Aber bei den Multipersonengeplänkeln? Da waren nicht mal Auswirkungen auf die Wählerhaltung demoskopisch messbar. Trotzdem ermittelten die Wahlforscher dann einen „Sieger" oder noch besser, wer sympathischer und wer kompetenter erschien. Bitte was soll das mit der Sympathie? Die zwei sympathischsten Menschen, die ich kenne, sind Sabrina und ihre Nachfolgerin als Assistenz des Bürgermeisters, die mir immer die ganz exklusiven Katzensnacks gönnt. Befähigt sie das zur Kanzlerin?

Überhaupt Umfragen. Über ein halbes Dutzend Umfrageinstitute haben uns die letzten Wochen teilweise im Wochentakt mit Wahlumfragen bombardiert. OK, Demoskopie ist ein lukratives Geschäft und wer bei Wahlumfragen nahe am Ergebnis ist, kann sich auf fette Aufträge aus der Wirtschaft freuen. Das ist Marktwirtschaft und so ein Wettstreit hat ja auch den Zweck, die Methoden der Erhebung und Gewichtung zu verfeinern.

Aber nicht in der letzten Woche vor der Wahl! Das verunsichert und macht ganz kirre, weil ja nicht auszuschließen ist, dass taktisch eingestellte Wähler sich tatsächlich an solchen Umfragen orientieren. Zwar ist wissenschaftlich nicht gesichert, ob Umfragen wirklich das Wahlverhalten einzelner beeinflussen. Aber wir hatten in der Woche vor der Wahl eine Umfrage mit 28 Prozent für die Union und eine mit 32 Prozent. Eine mit sieben Prozent für die Linke und eine mit neun Prozent. Ganz schöne Unterschiede, die zumindest das Zeug haben, mobilisierend oder demobilisierend auf Anhänger zu wirken.

Gut, die Bundestagswahl ist gelaufen, der Pulverdampf des Wahlkampfs verzieht sich und die Demoskopen können sich mit ihren Fragen nach der Beliebtheit von Koalitionen und Politikern noch einige Zeit beschäftigen. Für uns alle gilt aber ein Satz von Orson Welles: „Beliebtheit sollte kein Maßstab für die Wahl von Politikern sein. Wenn es auf die Popularität ankäme, säßen Donald Duck und die Muppets längst im Senat".

Nachsatz anlässlich des Erscheinungstages: München hat den Straßenfasching wegen des Attentats vom 13. Februar abgesagt. Eine solche Entscheidung kann man nicht kritisieren. Man muss nur fragen, ob sich diese Gesellschaft ihren Lebensstil tatsächlich von den Taten fanatischer Mörder diktieren lassen will.

Ihr Pino

Startschuss für kreative Projekte

450.000 Euro für Regionalmanagement im Landkreis Regen

Mit kreativen Konzepten startet das Regionalmanagement des Landkreises Regen in die nächste Förderperiode. Die vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie bewilligte Fördersumme in Höhe von 450.000 Euro ermöglicht in den kommenden drei Jahren die Umsetzung innovativer Projekte, die die Attraktivität und Lebensqualität der Region nachhaltig steigern sollen. „Das Regionalmanagement bietet eine ideale Grundlage, um den Landkreis weiterzuentwickeln und die Menschen vor Ort zu stärken", erklärte Landrat Dr. Ronny Raith bei der symbolischen „Scheckübergabe" durch Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Tobias Gotthardt.

Zu den geförderten Projekten, die sich direkt an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientieren und einen nachhaltigen Mehrwert schaffen, zählen die Initiativen „Ehrenamt stärken", „Heimat erleben" sowie „Lebenswertes Arberland". Ziel des Projekts „Ehrenamt stärken" ist es, Einheimische, Rückkehrer und Zuzügler von klein auf mit ihrer Heimat vertraut zu machen und eine tiefere Verbundenheit zur Region zu schaffen. Positive Erlebnisse sollen dazu beitragen, die vielen guten Seiten der Region noch bewusster wahrzunehmen. Auf spielerische und eindrucksvolle Weise wird die Heimat etwa durch spannende Erlebnistouren, ein speziell entwickeltes Lernmaterial für Kinder und Jugendliche und ein liebevoll gestaltetes Landkreisbuch für die Jüngsten erlebbar gemacht. Begleitende Wettbewerbe und Marketingaktionen setzen den Landkreis zusätzlich ins Rampenlicht und schärfen das Bewusstsein für die Vorzüge der Heimat.

Ein Landkreis, der in jeder Lebensphase etwas zu bieten hat, ist das Ziel der Initiative „Lebenswertes Arberland". Neuankömmlinge und Rückkehrer erhalten mit dem Willkommensnavigator, einem digitalen Tool, wichtige Informationen, praktische Unterstützung und Hinweise auf Anlaufstellen für eine schnelle Orientierung in der familienfreundlichen Region. Ergänzend dazu bietet ein digitales Lebensphasenportal umfassende Informationen für alle Lebensabschnitte - von der Kinderbetreuung bis hin zu Angeboten für Senioren. Eine spezielle Vortragsreihe richtet sich an die gesamte Landkreisbevölkerung und greift relevante Themen auf, die aktuelle Herausforderungen und Bedürfnisse adressieren.

Individuelle Angebote

Auf Basis einer umfassenden Bedarfsanalyse werden weitere konkrete Maßnahmen entwickelt, um den Menschen im Arberland genau dort zu helfen, wo es am dringendsten benötigt wird. „Dies verbessert nicht nur die Lebensqualität in der Region, sondern sorgt auch dafür, dass die Angebote stärker an den individuellen Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtet sind", heißt es dazu in einer Mitteilung des Landratsamtes. **DK**

Pilsen signalisiert Diskussionsbereitschaft

Informationsbesuch des Bezirkstagspräsidenten in Tschechien
EVTZ-Gründung wird nicht mehr grundsätzlich abgelehnt

Schon seit 2017 wirbt Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich für die Gründung eines Europäischen Verbundes Territorialer Zusammenarbeit (EVTZ) im Grenzraum und im Rahmen der Europaregion Donau-Moldau (EDM). Dahinter steckt eine eigene Rechtspersönlichkeit, die es leichter machen soll, in Europa Fördergelder zu bekommen. Heinrich, der auch Vorsitzender des Trägervereins der Europaregion Donau-Moldau ist, hat daher kürzlich ein Gespräch mit dem Kreisrat von Pilsen und EUREGIO-Vorsitzenden Libor Picka, der für die internationalen Beziehungen in der Bezirksregierung zuständig ist, in Pilsen geführt. Dabei signalisierte Picka grundsätzlich die Bereitschaft, über das Thema EVTZ verstärkt nachzudenken, wenn die Finanzierung und die Größe geklärt sind.

Pilsen hat in diesem Jahr den Vorsitz in der Europaregion Donau-Moldau, einem Zusammenschluss von sieben Regionen in Deutschland, Österreich und Tschechien, und ist somit ein besonders wichtiger Partner. In der Vergangenheit hatten sich die Verantwortlichen in Pilsen stets skeptisch gegenüber der Gründung eines EVTZ gezeigt. Das hat sich nun geändert.

Besserer Zugang zu Fördertöpfen

Dr. Olaf Heinrich und der niederbayerische EUREGIO-Geschäftsführer Kaspar Sammer zeigten auf, welche Vorteile es hätte, sich als EVTZ zusammenzuschließen. Es sei einerseits wichtig, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gezielt voranzubringen, jedoch auch, um in Brüssel mehr wahrgenommen zu werden und bessere Zugangsmöglichkeiten zu EU-Fördergeldern zu bekommen. Sowohl Niederbayern als auch Tschechien stehen laut Heinrich im europäischen Vergleich wirtschaftlich hervorragend da, auch, wenn in Niederbayern das wirtschaftliche Klima nun rauer wird und die Arbeitslosenzahlen steigen. Es stelle sich daher die Frage, ob in der nächsten Förderperiode überhaupt noch EU-Mittel in die Region fließen werden.

Kaspar Sammer gab Einblick, dass ihn in letzter Zeit immer mehr Europaabgeordnete in der Region ansprechen, dass es Zeit zum Handeln sei: „Wir zählen zu den wohlhabendsten Gebieten in Europa und es ist durchaus möglich, dass es bei der Kohäsionspolitik zu Abstrichen kommen wird." Es sei daher besonders wichtig die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Mittelpunkt zu stellen. Es gebe Überlegungen in Brüssel, strukturbedingte Nachteile, mit denen alle Grenzregionen konfrontiert sind, durch eine gesonderte Regelung für Regionalbeihilfen anzugehen. Dies soll im Planungszeitraum 2028-2034 erfolgen. Sammer regte deshalb an, im Rahmen eines EVTZ gemeinsam wichtige Initiativen von strategischer Bedeutung vorzubereiten.

Der stellvertretende Kreishauptmann Picka äußerte sich grundsätzlich positiv zur Gründung eines EVTZ. Er brachte aber auch ins Spiel, dass die EVTZ-Region ruhig kleiner sein könne als die EDM-Region: „Sonst gehen die strategischen Themen leicht verloren." Er würde gerne vor allem in den Bereichen Gesundheit und Verkehr Schwerpunkte setzen. Allerdings machte Picka auch deutlich, dass die Finanzierung so einer neuen Rechtspersönlichkeit gewährleistet sein muss: „Solange nicht klar ist, wer bezahlt, bekomme ich dafür keine Zustimmung."

Heinrich erklärte, er könne beides gut nachvollziehen und konkrete Vorschläge zur Diskussion vorlegen. Er sprach sich ebenfalls darüber aus, die Größe eines EVTZ zu überdenken: „Die Europaregion Donau-Moldau hat eine bisweilen erhebliche Größe. Es wird sich die Frage stellen: Braucht es organisatorische Klammern bis vor die Tore nach Wien?" Niederbayern soll nun ein Konzept mit Themenschwerpunkten vorlegen, das dann in Pilsen diskutiert werden wird.

Der Bezirkstagspräsident zog ein positives Fazit zu seinem Besuch beim stellvertretenden Kreishauptmann: „Pilsen lehnt die Gründung eines EVTZ nicht mehr grundsätzlich ab. Das ist eine sehr gute Nachricht. Wenn die offenen Fragen geklärt sind, wollen wir diesen Weg zielstrebig weiter mit unseren Partnern gehen, damit die Grenzräume auch zukünftig von EU-Fördergeldern profitieren können." ❐



V.l.: Bezirkstagspräsident Olaf Heinrich und der Pilsener Kreisrat Libor Picka. Bild: Bezirk Niederbayern

Vorschau auf GZ 6

In unserer Ausgabe Nr. 6/2025, die am 13. März 2025 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Finanzthemen**
- **Wasser · Abwasser**
- **Kommunaler Bau**
- **Sicherheit und Arbeitsschutz**
- **Brand- und Katastrophenschutz · Extremwetterereignisse**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Einladung zur Renexpo Interhydro in Salzburg bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen:

Katzenschutzverordnung erlassen

Verordnung gilt zunächt für eine Gemeinde

Das Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen hat eine Katzenschutzverordnung erlassen, die zunächst nur für Dietramszell gilt. Hintergrund ist die steigende Katzenpopulation und die damit verbundenen Probleme, da häufig kranke und verletzte Freigängerkatzen gefunden wurden, die trotz medizinischer Versorgung nicht überlebten. Die Verordnung basiert auf dem Tierschutzgesetz und zielt darauf ab, langfristig die Population freilebender Katzen zu kontrollieren und so einen Beitrag zum Tierschutz zu leisten.

In Gebieten mit vielen verwilderten Katzen, die sich unkontrolliert vermehren, entstehen gesundheitliche Probleme. Krankheiten wie Leukose, Katzenschnupfen sowie Parasitenbefall sind weit verbreitet, und junge Katzen überleben oft nicht. Die geplante Katzenschutzverordnung zielt darauf ab, die freilebenden Katzen zu kastrieren und ihre Zahl zu reduzieren.

Mehr als Populationskontrolle

Alle Freigängerkatzen müssen mit einem Microchip gekennzeichnet und im Haustierregister erfasst werden. Kastration hilft nicht nur, die Population zu kontrollieren, sondern schützt auch die Katzen selbst vor Risiken wie Unfällen.

Die Katzenschutzverordnung zielt darauf ab, die freilebende Katzenpopulation zu kontrollieren und Tierleid zu verhindern. Sie basiert auf dem Tierschutzgesetz und erfordert die Kastration von freilaufenden Katzen. Katzen müssen microgechippt und in einem Haustierregister wie Tasso e.V. oder FINDEFIX registriert werden. Ein Dritter, wie der Bund der Katzenfreunde e.V., ist mit der Durchführung betraut. Die Verordnung wird nach drei Jahren überprüft. Kastration schützt Katzen auch vor Verletzungen und erhöht ihre Lebenserwartung. Weitere Informationen zur Kastration von Katzen: https://www.stmuv.bayern.de/themen/tiergesundheit_tierschutz/tierschutz/katzen_kastration/index.htm ❐

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

ESB ENERGIE SÜDBAYERN

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Fahnen/Arbeitsbekleidung

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Arbeitskleidung
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Fahnenmaste
Vereinsbedarf

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.
LEONET.DE

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www. AKDB .de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektiven Winterdienst
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

RENEXPO INTERHYDRO

27. – 28. März 2025

Fachmesse für Wasserkraft

www.renexpo-interhydro.eu



Messezentrum Salzburg

Zur Website:

RENEXPO INTERHYDRO

Bei der Renexpo Interhydro versammeln sich Hydro-Profis aller Sparten im Messezentrum Salzburg. Vom Planer, über den Betreiber bis hin zum Zulieferer und versierten Dienstleister ist hier Europas Wasserkraft in geballter Form vertreten. Die Messe gilt als wichtige Begegnungszone zum Netzwerken und gemeinsamen Weiterdenken. Sie fungiert als Impulsgeber, Innovationsmotor und Richtungsweiser innerhalb der Wasserwirtschaft.Aussteller und Besucher erwartet eine hochwertige Kontaktqualität rund um alle Belange der Wasserkraft.



Programm

- Energietalk: Red III
- Fachvorträge
- Podiumsdiskussion
- Expert Event
  „River Management & Ecology“

Personen

Unter anderem mit

- DI Dr. Gerhard Löffler, MBA
- Dr. Katharin Häusler
- Dipl.-Ing. Christian Seidel
- Dipl.-Ing. Stefan Gamper, MSc

Fachmesse für Wasserkraft

27. – 28. März 2025

Ausstellungsbereiche

- Planung und Baudurchführung
- Wasserfassung
- Gewässerschutz
- Kraftwasserleitungen
- Stromerzeugung
- Mess-, Regel- und Steuertechnik
- Krafthaus
- Sicherheitseinrichtungen
- Kraftwerkstypen
- Dienstleistungen

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 13. März 2025 | 76. Jahrgang | Nummer 6

Bayerisches EnergieForum
2. April 2025, Stadthalle Gunzenhausen
Veranstalter: Bayerischer Gemeindetag und Bayerische GemeindeZeitung

Das Bayerische Energieforum – eine gemeinsame Veranstaltung von Bayerischem Gemeindetag und Bayerischer Gemeinde-Zeitung ist Fachforum und Marktplatz zugleich. Schwerpunktthemen sind erneut die Wärmeplanung mit Fokus auf Umsetzung und Wertschöpfung vor Ort durch erneuerbare Energien. Erstmals wird der neue Kooperationspartner der Kommunal GmbH des Gemeindetags, die enPORTAL, mit seinem Team vor Ort sein. Das Bayerische Wirtschaftsministerium stellt die Rechtsverordnung zur Wärmeplanung und das Umsetzungspaket vor. Einen Überblick über die Veranstaltung bietet unser QR-Code.

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Fraktionsinitiativen zum Haushalt 2025:

90 Mio. Euro für ein vielfältiges Bayern

Für bayernweite Akzente und regionale Projekte haben die Regierungsfraktionen von CSU und Freien Wählern zusätzlich zum diesjährigen Haushaltsentwurf der Staatsregierung 90 Mio. Euro eingeplant, 10 Mio. Euro weniger als im vergangenen Jahr. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Förderung des ländlichen Raums, die Unterstützung der Inneren Sicherheit sowie Aufstockungen bei den Themen Jugend und Wissenschaft gelegt.

Mit rund 11,3 Mio. Euro liegt ein Schwerpunkt der Fraktionsinitiativen heuer auf der Inneren Sicherheit. So fließen allein 3,8 Mio. Euro in den Ausbau der Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Besonders wichtig ist CSU und Freien Wählern die Förderung des sicherheitsrelevanten Ehrenamts: So wird etwa der Neubau des Landesschulungszentrums der DLRG im mittelfränkischen Scheinfeld (500.000 Euro) unterstützt. Zudem erhalten die Landkreise Aichach-Friedberg und Günzburg nach dem Vorbild der Gemeinde Ergoldsbach ein mit 450.000 Euro gefördertes Hochwasserwarnsystem. Für Dorferneuerungsmaßnahmen wie eine Erinnerungstafel an „500 Jahre Bauernaufstand“ am Mässinger Haufen in Greding, über einen Zuschuss zum Ankauf des oberfränkischen Kleinods „Nassangers“, bis hin zu zahlreichen Dorfgemeinschaftshäusern wird ein Betrag von 5,6 Mio. Euro aufgewendet. Insgesamt werden in das Segment „Ländlicher Raum, Heimat, Dorfgemeinschaftshäuser“ 8,95 Mio. Euro investiert.

Förderung von Bildung, Wissenschaft ...

Erfolge in Bildung und Wissenschaft entscheiden die Zukunft unseres Landes. Mit 14,4 Mio. Euro stocken die Fraktionsinitiativen diese Bereiche im Staatshaushalt deutlich auf. So sind für sonderpädagogische Förderschulen 2 Mio. Euro veranschlagt und weitere 1,7 Mio. Euro für die Sanierung einzelner Schulgebäude, die vom Pfingsthochwasser 2024 betroffenen waren. Auch 375.000 Euro für die Leseförderung an Bayerns Schulen sind gut angelegtes Geld für Bayerns Köpfe von morgen.

Insgesamt 4,45 Mio. Euro gehen in den Bereich „Landwirtschaft und Natur“. 450.000 Euro werden dem AgroMissionHub, einer gemeinsamen Initiative der TU München, der Landesanstalt für Landwirtschaft und der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf, zuteil.

... Kultur,

5,44 Mio. investieren CSU und FW in die Kultur. Unterstützt werden u.a. die Knabenchöre als Aushängeschild Bayerns mit 560.000 Euro und die Neuschwanstein-Konzerte mit 160.000 Euro. Im Museumsbereich stellen die Fraktionen für die Modernisierung des Archäologie-Museums Quintana in Künzing 100.000 Euro und für die Unterstützung einer Sonderausstellung im Fränkischen Schweiz-Museum Tüchersfeld 40.000 Euro zur Verfügung.

Gesundheit ...

Neue Wege geht der Freistaat Bayern bei der Anwerbung von Landärzten: Die Fraktionen starten ein Stipendienprogramm für Medizinstudenten, die im EU-Ausland studieren. Als Gegenleistung verpflichten sich die jungen Menschen, nach Abschluss des Studiums mindestens fünf Jahre als Landarzt in Bayern zu arbeiten. Dafür stehen 2,4 Mio. Euro bereit.

Im Sektor „Gesundheit und Pflege“ stellen die Regierungsfraktionen insgesamt 6,67 Mio. Euro zur Verfügung. 345.000 Euro fließen in die Akademie Barbara Stamm. In der ehemaligen Klosteranlage Maria Bildhausen entsteht ein neues Zentrum als Kraftort und Wissensdrehscheibe für Beschäftigte in der Pflege, pflegende Angehörige und ehrenamtlich Tätige in Sozialberufen. Mit den Mitteln können weitere Planungen zur Vorbereitung der umfangreichen Baumaßnahme finanziert werden.

... und Breitensport

Wichtige sportpolitische Weichenstellungen sind die Finanzierung des BLSV-Sportcamps Nord im oberfränkischen Bischofsgrün mit 800.000 Euro und eine kräftige Spritze für die Skiflugschanze Oberstdorf (500.000 Euro). Der Ausbau zum Judoka-Landeszentrum in Ensdorf (Landkreis Amberg-Sulzbach) wird mit 900.000 Euro gefördert. Insgesamt 6,2 Mio. Euro gehen damit in den bayernweiten Ausbau des Leistungs- und Breitensports.

Wie CSU-Fraktionsvorsitzender Klaus Holetschek darlegte, „stärken wir mit unseren Fraktionsinitiativen über 400 Projekten in allen Regionen Bayerns kräftig den Rücken. Ob die Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum, mehr Geld für sonderpädagogische Schulen oder unsere Unterstützung der Bahnhofsmissionen: Wir wissen, wo den Menschen in Bayern der Schuh drückt und wo wir mit zusätzlichen Mitteln bestehendes Engagement ‚pushen‘ können. Besonders Jugendlichen müssen wir Mut machen und Orientierung geben. Mehr als vier Mio. Euro für Projekte der Jugendarbeit sind ein starkes Signal und unser Bekenntnis, jungen Menschen in Bayern neue Chancen zu eröffnen. Allein die wertvolle Arbeit des Bayerischen Jugendrings unterstützen wir mit zusätzlichen 1,9 Mio. Euro.“

Neue Schwerpunkte

„Mit den vorgestellten Initiativen unserer Regierungsfraktionen setzen wir neue Schwerpunkte für den Nachtragshaushalt 2025 und stärken wich-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Deutscher Landkreistag zum Investitionspakt:

„Wer die Backen spitzt, der muss auch pfeifen“

Der Deutsche Landkreistag hat auf die Ankündigung neuer milliardenschwerer Investitionspakete des Bundes mit einer ersten Bewertung reagiert. Präsident Landrat Dr. Achim Brötel sagte: „CDU, CSU und SPD haben mit ihrer schnellen Teileinigung zu den geplanten Sondervermögen in den Sondierungsgesprächen ein Signal gesetzt, das für die weiteren Verhandlungen, aber auch für den dringend notwendigen Stimmungsumschwung in der Wirtschaft durchaus hoffen lässt. Angesichts der weltpolitischen Lage, aber auch der drängenden Herausforderungen im eigenen Land braucht Deutschland jetzt nämlich schnell eine stabile und handlungsfähige Regierung.“

Dass der erste Weg ausgerechnet über neue Schulden in gigantischer Höhe laufen soll, ist für Brötel gleichwohl überraschend. Die deutschen Landkreise haben deshalb vor allem drei Erwartungen für die noch bevorstehenden Koalitionsverhandlungen:

Konkrete Erwartungen

1. Wer die Backen spitzt, der muss auch pfeifen. Wenn das Geld seinen Zweck erfüllen soll, dann muss es zügig, in vollem Umfang und ohne überbürokratisierte Zuteilungsverfahren einfach und schnell dorthin kommen, wo es tatsächlich gebraucht wird, nämlich in den Kommunen vor Ort. Förderprogramme, in denen zwar Geld bereitgestellt, dann aber durch umständliche Vorgaben so gesichert wird, dass es am Ende für viele unerreichbar ist, helfen niemand.

2. Der Bund darf die neue Freiheit nicht dazu nutzen, um sich selbst aus bestehenden Investitionsprogrammen zurückzuziehen und mit dem dort eingesparten Geld weitere konsumtive Ausgaben zu finanzieren. Wenn die kreditfinanzierten Milliarden tatsächlich die Wirtschaft ankurbeln sollen, muss es vielmehr definitiv zusätzliches Geld sein.

3. Wir dürfen nicht schon wieder in den Fehler verfallen, Probleme mit Geld zuzudecken, statt sie endlich beherzt anzugehen und vor allem auch zu lösen. Die aktuellen Herausforderungen der Landkreise, Städte und Gemeinden lassen sich nämlich nicht nur auf die Infrastruktur allein reduzieren. Unser Grundproblem ist die drohende finanzielle Handlungsunfähigkeit unserer Kommunalhaushalte, die schlicht und ergreifend daher rührt, dass der Staat den Kommunen in den letzten Jahren immer mehr, immer kompliziertere und vor allem auch immer teurere Aufgaben übertragen hat, ohne für eine ausreichende Gegenfinanzierung zu sorgen. Neue Schulden im investiven Bereich lösen dieses Problem aber ganz sicher nicht. Im Gegenteil. Die finanzielle Konsolidierung des Staates wird da-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerischer Ministerrat:

Ambitionierte Ziele

Freiräume kann nur eine Verwaltung schaffen, die selbst Freiraum hat. Deshalb ist die Zahl der Verwaltungsvorschriften in Bayern deutlich reduziert worden, wie Staatskanzleichef Florian Herrmann nach einer Ministerratssitzung in München vor Pressevertretern bekanntgab. Bis zum Stichtag 31. Dezember 2024 strichen die Ministerien 519 entsprechende Vorschriften. Verglichen zum Beginn der Legislaturperiode entspreche dies einer Reduzierung von mehr als 15 Prozent, betonte Herrmann. Er sprach von einem „vollen Erfolg“, die notwendige Dynamik sei in allen Ministerien angekommen.

Im Juni 2024 hatte das Kabinett beschlossen, bis Ende 2024 mindestens zehn Prozent der Verwaltungsvorschriften abzubauen. Stand 1. Januar 2025 gab es in Bayern davon noch 2.867. Außerdem gilt im Freistaat bis Ende 2026 ein Moratorium, das neue Verwaltungsvorschriften verhindern soll.

Weniger Gesetze und Verordnungen

Auch die Zahl der Gesetze in Bayern ist nach Angaben des Staatskanzleichefs seit 2002 kontinuierlich gesunken: „Wir hatten 2002 den Höchststand von 321 Gesetzen und mittlerweile sind es nur noch 242.“ Zudem nahm die Zahl der Rechtsverordnungen deutlich ab: von 1.209 Rechtsverordnungen im Jahr 2002 auf nunmehr 530.

Passend dazu hat das Kabinett laut Herrmann auch das dritte Modernisierungsgesetz in die Verbandsanhörung gegeben. Damit soll die Entbürokratisierung weiter vorangebracht werden. Unter anderem sieht das Gesetz vor, dass Nachweispflichten im Zuwendungsrecht reduziert werden – zunächst in Form eines auf fünf Jahre angelegten Verwaltungsversuchs.

Für Kleinförderungen bis 10.000 Euro und Kommunalförderungen von bis zu 100.000 Euro sind keine Nachweise über die Verwendung des Geldes mehr erforderlich. Stattdessen soll es nur noch Stichproben bei mindestens 10 Prozent der Förderempfänger geben. Betroffen sind auch Vorschriften für Umweltverträglichkeitsprüfungen: Die Grenzwerte für verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Beschneiungsanlagen, Skipisten und Seilbahnen sowie bei der Inanspruchnahme von Biotopen würden „angemessen erhöht“, wie Herrmann mitteilte. Das EU-Recht erlaube die Änderungen; Ziel sei es, Abläufe zu beschleunigen.

Entlastung für die Gemeinden

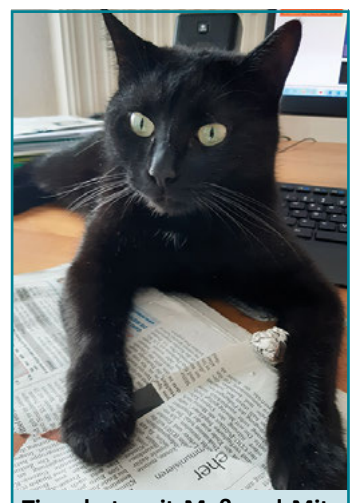
Auch die Bayerische Luftreinhalteverordnung („Baumaschinen-Verordnung“) soll ersatzlos gestrichen werden. Angesichts des technischen Fortschritts würden die dortigen Grenzwerte für Feinstaub bayernweit deutlich unterschritten, so dass kein Nutzen mehr besteht. Bei der vorbeugenden Feuerbeschau wird der bisher weite Anwendungsbereich eingegrenzt. Sie soll künftig regelmäßig nur noch bei Sonderbauten (z.B. Hochhäuser, Hotels, größere Supermärkte, Spielhallen) stattfinden. Damit, so Herrmann, würden die Gemeinden und örtlichen Feuerwehren spürbar entlastet, ohne das Sicherheitsniveau über Gebühr abzusenken.

Auf der Agenda des Ministerrats stand zudem die Umsetzung des Masterplans Kernfusion. Die Staatsregierung hat sich auf dem Gebiet der Kernenergie das ambitionierte Ziel gesetzt, aus Bayern heraus einen signifikanten Beitrag zur Weiterentwicklung nachhaltiger, sicherer und grundlastfähiger Technologien zu leisten. Aus ihrer Sicht ist insbesondere auf dem Gebiet der Kernfusion die Ausgangslage für innovative Impulse und Meilensteine auf dem Weg zur kommerziellen Nutzung dieser Technologie ausgezeichnet – schließlich verfüge der Freistaat über grundlegendes Know-how in vielen fusionsrelevanten Schlüsseltechnologien.

Masterplan Kernfusion

Eine Expertenkommission, bestehend aus Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft, hat der Bayerischen Staatsregierung nun ihre Empfehlungen zur Umsetzung des Masterplans Kernfusion vorgelegt. Sie zielen darauf ab, ein leistungsfähiges Fusionsökosystem zu schaf-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Tierschutz mit Maß und Mitte – oder doch mit der ganz großen Kelle? Warum Katzen jetzt kaserniert werden, Gänse plötzlich Namen haben und Bauern sich fühlen wie angeklagte Massentierhalter. Rathauskater Pino liefert ein Plädoyer für Vernunft – und gegen lebensfremden Aktivismus. **Seite 13**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Sachverständige im Landtag: Schutz vor Hochwasser und Sturzfluten 2
Landtag lobt Bürgerpreis 2025 aus 2
Nachhaltigkeit in Kulturförderung und Kreativwirtschaft 2
EU-Bürokratie erdrückt Bayern 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Kommunen in den Fokus der Sondierungsgespräche! 3
Eine starke Kommunalpolitik braucht starke Frauen!. 3
VKB-Stiftung: Bevölkerungsschutz im Visier 3
Kommunale Finanzthemen . . . . . 5 - 8
Wasser • Abwasser 9
Kommunale Bauthemen. . . . . 10 - 11
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 12 - 14

Sachverständigenanhörung im Bayerischen Landtag:

Schutz vor Hochwasser und Sturzfluten

Eine Sachverständigenanhörung zum Thema Hochwasserschutz fand auf Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und SPD im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz des Bayerischen Landtags statt. Aus Sicht der Landtags-Grünen ist eine grundlegende Reform notwendig, um die Bevölkerung besser vor Überschwemmungen und Sturzfluten zu schützen. Die Sozialdemokraten mahnten, Hochwasserschutzmaßnahmen schneller fertigzustellen. Noch immer würden die Gefahren vielerorts unterschätzt.

Laut Tobias Kunz, Erster Bürgermeister von Nordendorf im Landkreis Augsburg, wurde seine Gemeinde im Zuge des letztjährigen Hochwassers überflutet. Ein aus Kunz' Sicht vermeidbarer Vorgang, habe man sich doch bereits vor über zehn Jahren entschieden, einen Deich zu bauen. Da das Wasserwirtschaftsamt jeden Schritt mit der Regierung in Schwaben abstimmen müsse, werden bis zur Fertigstellung wohl noch mindestens fünf Jahre ins Land gehen, mutmaßte der Rathauschef und forderte mehr Entscheidungs- und Budgetkompetenz für Kommunen.

Abgestimmte Konzepte und solidarisches Handeln

Prof. Dr. Harald Kunstmann, Inhaber des Lehrstuhls für Regionales Klima und Hydrologie an der Universität Augsburg, plädierte für abgestimmte Konzepte zwischen den Kommunen und in punkto Investitionen für ein solidarisches Handeln. So sollten, falls nötig, kleinere Kommunen vom Freistaat Bayern finanziell besser unterstützt werden. Auch müsse das Pegelmessnetz weiter ausgebaut werden.

Für eine eindeutigere Definition des Begriffs Sturzflut oder Starkregen sprach sich die Direktorin des Bayerischen Gemeindetages, Dr. Juliane Thimet, aus. Während bei Hochwasserereignissen die Zuständigkeit geregelt ist, sei diese bei Sturzfluten oder Starkregen unklar. Handlungsbedarf besteht laut Thimet auch mit Blick auf die um 21 Prozent gesunkene Grundwasserneubildungsrate.

Auf eine steigende Anzahl von Schäden durch Extremwetter wies Anja Käfer-Rohrbach, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft, hin. Gleichwohl sei eine Pflichtversicherung der falsche Weg. Wichtiger wäre es, Bauherren nach österreichischem Vorbild verpflichtend aufzuklären, wenn sie in einer Gefahrenzone bauen.

Hochwasserschutz und Naturschutz im Einklang

Nach Auffassung von Georg Loy, Vorsitzender der Projektgruppe „Wasserkraft" des Verbandes der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft, sollten Naturschutz und Hochwasserschutz miteinander verbunden werden. Daher sei gesetzlich zu verankern, dass Maßnahmen zum Hochwasserschutz von übergeordnetem Interesse sind. Andernfalls habe derjenige, der ökologisch wirtschaftet, ein Problem, bemerkte Loy.

Dr. Bernhard Böhm vom DWA-Landesverband Bayern betrachtet Hochwasserschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auch die Land- und Forstwirtschaft sei hier gefordert. Zumindest bei kleineren oder mittleren Extremwetterereignissen seien Schwammlandschaften, Notentlastungsräume und resiliente Bauwerke wesentliche Bausteine beim Hochwasserschutz.

Starkregenmanagement

Da Starkregen im Gegensatz zu Hochwasser Menschen oft völlig unvorbereitet trifft, ist Kommunikation laut Prof. Dr. Wolfgang Günthert von der Universität der Bundeswehr in München umso wichtiger. So habe man zur besseren Vorbereitung etwa Flugblätter an Kommunen und Hausbesitzer verschickt. Kritik äußerte Günthert daran, dass seit 2017 nur zehn Prozent der über 2. 000 Gemeinden im Freistaat am Starkregenmanagement teilgenommen hätten.

80 Millionen Euro zusätzlich

In der anschließenden Aussprache verwies Tanja Schorer-Dremel (CSU) darauf, dass der Landtag im aktuellen Nachtragshaushalt für Hochwasserschutz zusätzlich 80 Millionen Euro bereitgestellt habe. Zudem kritisierte sie die mit 10 Prozent geringe Beteiligung der Gemeinden beim Sturzflutenmanagement.

Bauen muss nach Ansicht von Benno Zierer (Freie Wähler) unkomplizierter werden. Spezielle Auflagen beim Hausbau seien nicht förderlich, „sonst ist die Baugenehmigung eines Tages so teuer wie das Bauwerk". Harald Meußgeier (AfD) vertrat die Meinung, dass sich das Klima bereits seit Milliarden Jahren wandle und der Mensch nicht dafür verantwortlich sei. Allerdings räumte er beim Hochwasserschutz durchaus menschliche Fehler, wie etwa das Teeren von Flurbereinigungswegen oder das Zuschütten von Straßengräben, ein.

Schnell umsetzbare Maßnahmen

Christian Hierneis (Bündnis 90/Die Grünen) zufolge wurde bayernweit zu viel in den technischen und zu wenig in den natürlichen Hochwasserschutz investiert und gleichzeitig in den Wasserwirtschaftsämtern Personal abgebaut. Erforderlich seien zuallererst flächendeckend schnell umsetzbare Maßnahmen zum Schutz der Menschen im Freistaat. „Und das ist der natürliche Hochwasserschutz, mit dem wir das Wasser zurückhalten, bevor es unsere Dörfer und Städte überschwemmt. Und dort, wo es nicht reicht, können wir technische Hochwasserschutzprojekte umsetzen. Aber nicht nur an wenigen Stellen große und teure Maßnahmen und der Rest bleibt ungeschützt." Die Mittel, so Hierneis, flössen weiterhin vor allem in langwierige Polderbauprojekte, die nur bei extremen Hochwasserereignissen wirken: „Diese Großprojekte sind nicht genug. Besonders nach den verheerenden Überschwemmungen im Juni 2024, die Schäden von 1,8 Milliarden Euro verursachten, ist es höchste Zeit, dass wir endlich effektivere und nachhaltigere Lösungen umsetzen."

Projekte zügig umsetzen

Das nächste Hochwasser kommt bestimmt und jeder jetzt schon vorbeugend investierte Cent zahle sich später doppelt und dreifach aus. Diesen Schluss zog Anna Rasehorn (SPD) aus der Anhörung im Bayerischen Landtag. „Schnell muss es gehen, viel schneller als bisher", mahnte die Augsburger Abgeordnete. Sie fühlt sich durch die Aussagen der Expertinnen und Experten in ihrer Position bestätigt: „Es dauert einfach viel zu lange, bis die Staatsregierung in die Puschen kommt."

Beispiel Wertach: Die Renaturierungsmaßnahmen nach dem Pfingsthochwasser 1999 sind Rasehorn zufolge bis heute nicht abgeschlossen. Noch immer warteten Günzburg und Leipheim auf ihre Flutpolder, schwäbische Bürgermeister müssten 16 Jahre auf den Baubeginn ihrer Deichprojekte warten. „Das Hochwasser letztes Jahr wäre viel glimpflicher ausgegangen, wenn die Projekte schon fertig gewesen wären", urteilte die Abgeordnete und plädierte für eine klare Aufteilung der Zuständigkeiten in Verwaltung und Politik. Zudem brauche es für wirksame Prävention belastbare Daten.

Rückhaltekapazitäten für den Ernstfall

„Starkregenereignisse wie im Sommer 2024 sind nicht vorhersagbar. Darauf müssen wir vorbereitet sein. Rückhaltekapazitäten sind im Ernstfall eine wichtige Notbremse. Deshalb bauen wir sie in engem Schulterschluss mit der Bevölkerung vor Ort aus. Allein sind sie aber kein Allheilmittel. Viele Stimmen aus der Landespolitik machen es sich hier schlicht zu einfach", hatte CSU-Fraktionsvorsitzender Klaus Holetschek im Vorfeld der Expertenanhörung betont.

Die CSU setze auf einen effektiven Maßnahmenmix, bei dem technischer und natürlicher Hochwasserschutz sowie Planung und Vorsorge Hand in Hand gehen, so Holetschek. „Im Ernstfall lassen wir die Bevölkerung nicht im Regen stehen: Die großzügigen Hochwasserhilfen für Landwirte im Riedstrom sind dafür ein Beispiel. Grüne Absichtserklärungen bringen hingegen wenig. Gefragt ist aktives Anpacken und Überzeugungsarbeit vor Ort, um unsere Klima-Resilienz zu stärken und auf den Ernstfall vorbereitet zu sein." Der umweltpolitische Sprecher der CSU-Fraktion Alexander Flierl ergänzte: „Hochwasserschutz heißt zuallererst mehr Raum für unsere Flüsse. Insgesamt vier Milliarden Euro sind in unsere bayerischen Gewässer-Aktionsprogramme geflossen – bundesweit beispiellos. Bis 2030 investieren wir weitere zwei Milliarden Euro in Hochwasserschutz und Gewässerökologie. Denn ein natürlicher Wasserhaushalt speichert Regenwasser und dämpft damit Hochwasserspitzen. Auch unsere Kommunen unterstützen wir kräftig bei der Starkregen-Prävention – mit hohen Förderungen bis zu 75 Prozent beim Sturzflut-Risikomanagement. Der große Zuspruch der Kommunen zeigt: Unser Programm ist ein echtes Erfolgsmodell. Außerdem brauchen wir endlich eine flächendeckende Elementarschadenversicherung, die für die Eigentümer auch bezahlbar ist. Hier muss der Bund eine deutschlandweite Regelung schaffen, um die Eigenvorsorge zu verbessern." **DK**

Bayerischer Landtag lobt Bürgerpreis 2025 aus

Die Ausschreibung für den Bürgerpreis des Bayerischen Landtags 2025 hat begonnen. Mit dem Preis, der sein 25-jähriges Jubiläum feiert, werden herausragende ehrenamtliche Projekte im Freistaat gewürdigt. Das Leitthema lautet diesmal: „FRIEDEN FÖRDERN, FREIHEIT LEBEN, BRÜCKEN BAUEN – Ehrenamtliches Engagement für den Frieden".

Bis zum 30. April 2025 können sich Vereine, Institutionen und Einzelpersonen bewerben, die mit ihren Projekten den Erhalt und die Festigung eines friedlichen Zusammenlebens in Freiheit fördern. Landtagspräsidentin Ilse Aigner: „Frieden und Freiheit sind keine Selbstverständlichkeiten. Sie erfordern das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, die sich mutig für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen. Mit dem Bürgerpreis möchten wir Menschen würdigen, die durch ihr Ehrenamt gegenseitiges Verständnis fördern und Verantwortung für ein friedliches Miteinander übernehmen. Gerade in Zeiten voller Unsicherheiten senden sie ein Zeichen der Hoffnung und Zuversicht."

Die aktuelle geopolitische Lage zeigt, dass der Einsatz für den Frieden dringlicher denn je ist. Der Bürgerpreis richtet sich daher an Projekte, die sich für eine Friedensinitiative engagieren, Erinnerungsarbeit leisten, gewaltfreien Umgang fördern oder Präventionsarbeit für eine friedliche Zukunft betreiben.

Das Preisgeld, das auf mehrere Preisträger aufgeteilt werden kann, beträgt insgesamt 50.000 Euro. Es ist zweckgebunden für die Förderung oder Weiterentwicklung der prämierten Projekte.

Informationen: www.buergerpreis-bayern.de oder über Petra Thielen | Bayerischer Landtag | Landtagsamt | Maximilianeum | 81627 München | Telefon 089 4126-2685 | E-Mail: buergerpreis-bayern@bayern.landtag.de. ❐

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dieter Neubauer
Markt Essenbach
am 17.3.

Bürgermeister
Wolfgang Haberberger
Stadt Neustadt am Kulm
am 17.3.

Bürgermeister Josef Schäffler
Gemeinde Moorenweis
am 19.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thilo Wagner
Gemeinde Stegaurach
am 16.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Franken
Markt Reichertshofen
am 25.3.

Bürgermeister Christian Pröbst
Markt Wartenberg
am 26.3.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Gesche
Gemeinde Burglengenfeld
am 14.3.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Max Höcherl
Gemeinde Hunderdorf
am 17.3.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

90 Mio. Euro ...

(Fortsetzung von Seite 1)

tige Bereiche im Alltag der Menschen", stellte FW-Fraktionschef Florian Streibl fest. „Beispielsweise fließen zusätzliche Mittel in den Gesundheits- und Pflegesektor sowie in den Bereich der Jugendförderung. Bildungsprojekte, die Erinnerungskultur und die Sanierung von Kirchen und Kapellen werden ebenso stark unterstützt wie Projekte im Bereich der Digitalisierung und Künstlichen Intelligenz. All diese Maßnahmen sind uns Freien Wählern im Bayerischen Landtag echte Herzensanliegen." Nach Angaben des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Josef Zellmeier, „gehen fast zwei Drittel unserer Fraktionsinitiativen in den ländlichen Raum. Damit unterstützen wir besonders Projekte, die unmittelbar vor Ort wirken. Oft sind es gerade kleinere Initiativen in den Kommunen, bei denen der Staat mit vergleichsweise wenig Geld neue Kräfte für das Gemeinwohl entfesseln kann. Deshalb nutzen wir unsere Fraktionsinitiativen ganz gezielt, um die oftmals ehrenamtliche Arbeit in lokalen Projekten wertzuschätzen. Wenn wir Bayerns Spitzenposition halten möchten, brauchen wir den Einsatz der Menschen für unsere Gemeinschaft." Die Fraktionsinitiativen werden im Haushaltsausschuss beraten und sollen am 9. April mit dem Nachtragshaushalt 2025 vom Landtag beschlossen werden. **DK**



V.l.: Oliver Wittmann (Leiter Bayerisches Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft), Dr. Christine Fuchs (Leitung STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V.), Prof. Dr. Julia Lehner (Nürnberger Kulturbürgermeisterin und Vorsitzende des Kulturausschusses des Bayerischen Städtetags), Dr. Ralf Weiß (Culture4Climate).

Bild: STADTKULTUR, Netzwerk Bayerischer Städte e. V.

Übergabe an den Bayerischen Städtetag:

Abschlussbericht zur Klimapartnerschaft

Nachhaltigkeit und Klimaschutz in Kulturförderung und Kreativwirtschaft

Das Netzwerk STADTKULTUR Bayern, das Bayerische Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft in Trägerschaft der Bayern Innovativ GmbH und der Bayerische Landesverband für Kultur- und Kreativwirtschaft haben sich 2024 an dem SDG-Tandem-Programm der Initiative Culture4Climate beteiligt und eine innovative Klimapartnerschaft begründet, um Synergien zwischen Kultur und Wirtschaft für Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu erschließen. Der gemeinsame Abschlussbericht der Verbände wurde nun am Rande der Kulturausschusssitzung des Bayerischen Städtetags an Prof. Dr. Julia Lehner, Nürnberger Kulturbürgermeisterin und Vorsitzende des Kulturausschusses des Bayerischen Städtetags übergeben.

„Klimaschutz und kulturelle Nachhaltigkeit sind für alle Kommunen Themen von hoher Relevanz", meinte Prof. Lehner in ihren Dankesworten. Die im vorliegenden Bericht vereinigte Expertise sei für Bayerns Städte „eine mehr als hilfreiche Handreichung".

Die Tandempartner erklären in ihrem Bericht: „Wir sind überzeugt, dass der Austausch zwischen Kulturverwaltungen und Akteur*innen aus der Kultur- und Kreativwirtschaft hilfreich ist, um gemeinsam die notwendige Entwicklung in eine nachhaltige und klimaverträgliche Kultur- und Kreativwirtschaft zu vollziehen. Der Bericht soll dazu einen Anstoß geben und eine erste Hilfe auf dem Weg sein."

Dialogprozesse aufnehmen und Gesprächsraum öffnen

In dem Abschlussbericht resümieren die SDG-Tandem-Partner den gemeinsamen Dialogprozess und wie es ihnen gelungen ist, einen Gesprächsraum zu öffnen, in dem Transformations-, Beratungs- und Förderbedarfe identifiziert werden konnten.

Die Entwicklung gemeinsamer Ideen für eine nachhaltige Transformation mündet in fünf konkreten Lösungsansätzen und Handlungsempfehlungen.

Die Tandempartner empfehlen:

- Erstens, die Förderpraxis anzupassen und dabei kulturelle Qualität stärker als Quantität zu berücksichtigen.
- Zweitens plädieren sie dafür, Vergabeverfahren anzupassen, indem nachhaltiges Handeln als Vergabekriterium eingeführt und Budgets dafür bereitgestellt werden.
- Drittens sprechen sich die Tandempartner für die Förderung von kommunalen Kulturkooperationen und von lokalem Austausch aus.
- Sie empfehlen viertens, Dialogprozesse und Beratungen anzubieten und führen dafür beispielhafte Pilotprojekte auf.
- Die fünfte Handlungsempfehlung beschäftigt sich mit der Schaffung von Anreizen, die sowohl monetärer Art sein können als auch auf mehr Sichtbarkeit durch öffentliche Auszeichnungen zielen können. ❐

Umweltminster Glauber:

EU-Bürokratie erdrückt Bayern

Kaum Mehrwert für Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt

Das Bayerische Umwelt- und Verbraucherschutzministerium setzt sich gegen übermäßige EU-Regulierungen ein. Ziel sind weniger Bürokratie und schlankere Verfahren. Minister Thorsten Glauber kritisiert dass Brüssel neue Gesetze schafft, ohne Mehrwert zu bieten. Zudem fehle die finanzielle Ausstattung für deren Umsetzung. Ein Konnexitätsprinzip wie in Bayern könnte Bürokratie abbauen. EU-Vorgaben sollten auf den Prüfstand gestellt werden, um unverhältnismäßigen Aufwand zu vermeiden. Bayern fordert gezielte Entbürokratisierungsmaßnahmen. Konkret sollen Umwelt- und Verbraucherschutzvorschriften vereinfacht werden. Mit dem Dritten Modernisierungsgesetz will Bayern unter anderem das Umweltrecht deregulieren. Seit Beginn der Legislaturperiode wurden bereits 15 Prozent der Verwaltungsvorschriften gestrichen. Ein Moratorium soll verhindern, dass neue Bürokratie entsteht. ❐



Kompetente Frauen für die Kommunalpolitik! Die CSU-Frauen verfügen über Kompetenz, Netzwerke, Mut und einen langen Atem. Bild: Franz

Starker Auftritt der CSU-Kommunalpolitikerinnen:

Eine starke Kommunalpolitik braucht starke Frauen!

„Frauen müssen sichtbarer werden, mehr Verantwortung übernehmen, sich gegenseitig stärker unterstützen und selbstverständlich müssen sich auch die Männer für kompetente Frauen stark machen." Dies war die zentrale Botschaft beim 3. Kongress der CSU-Kommunalpolitikerinnen in der CSU-Landesleitung genau ein Jahr vor den nächsten Kommunalwahlen.

Für den Landesvorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV), Landrat Stefan Rößle, ist ganz klar, dass der Frauenanteil in der Politik – und explizit auch in der Kommunalpolitik – deutlich gesteigert werden muss. Carmen Pepuik, Erste Bürgermeisterin von Trabitz und stellvertretende KPV-Landesvorsitzende, betonte in ihrer Eröffnungsrede die zentrale Rolle von Frauen im öffentlichen Leben. Sie unterstrich, dass Frauen durch ihre vielfältigen Perspektiven zu besseren und gerechteren Entscheidungen beitragen können. Ein höherer Anteil von Frauen in der Politik sei ein entscheidender Schritt für eine repräsentative Demokratie. Zudem appellierte sie an alle Anwesenden, aktiv weitere Frauen für die kommenden Kommunalwahlen 2026 zu gewinnen.

Fundament der politischen Landschaft

Stefan Rößle zeigte sich selbstkritisch bezüglich der Dominanz von Männern in politischen Spitzenpositionen, insbesondere in der CSU. Er betonte, dass Frauen oft anderen Herausforderungen begegnen: „Es gibt immer noch viele Wählerinnen und Wähler, die Frauen weniger politische Kompetenz zuschreiben." Zudem seien traditionelle Rollenbilder weiterhin tief verankert. Dennoch zeigte er sich zuversichtlich, dass eine schrittweise Veränderung möglich ist. Sein Appell an die Frauen: „Lasst euch nicht entmutigen, übernehmt Verantwortung und baut euren Einfluss innerhalb der CSU weiter aus!"

Europaabgeordnete Angelika Niebler stellte in ihrem Impulsvortrag die Bedeutung der Kommunalpolitik heraus. „Entscheidungen auf kommunaler Ebene sind maßgeblich für das politische Klima auf Landes-, Bundes- und Europaebene," so Niebler. Frauen seien in der Kommunalpolitik unverzichtbar, da sie durch ihre pragmatischen Ansätze oft entscheidend zur Lösung lokaler Probleme beitragen.

Niebler warnte zudem vor geopolitischen Herausforderungen und dem wachsenden Einfluss von Desinformation durch soziale Medien. Sie appellierte an die CSU, entschlossen gegen populistische Strömungen einzutreten und Frauenrechte sowie demokratische Werte aktiv zu verteidigen.

Sebastian Franz, KPV-Landesgeschäftsführer, gab den Teilnehmerinnen wertvolle Einblicke in die strategische Vorbereitung auf die Kommunalwahlen 2026. Er betonte, dass ein erfolgreicher Wahlkampf auf Bürgernähe, klare Themen und eine starke digitale Präsenz setzen müsse. Besonders hob er die Bedeutung von Haustürwahlkampf und direkter Wähleransprache hervor. Gleichzeitig sei es essenziell, mehr Frauen für die Kandidatur zu gewinnen, um langfristig eine stärkere weibliche Präsenz in den kommunalen Gremien zu erreichen. „Nutzen Sie die Zeit bis zur Wahl strategisch, setzen Sie auf Bürgernähe und machen Sie Kommunalpolitik erlebbar", lautete sein abschließender Appell.

Unter der Moderation von GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel diskutierten Cornelia Trinkl, (Referentin für Schule und Sport in Nürnberg), Tanja Renner (Gemeinderätin und Zweite Bürgermeisterin in Schlammersdorf und Kreistagsfraktionsvorsitzende) und Hannelore Langwieser (Stadträtin, Zweite Bürgermeisterin in Mainburg und Bezirksrätin) über ihre Erfahrungen in der Kommunalpolitik.

Fehlender Antrieb oder fehlende Unterstützung?

Dass viele Frauen nicht von selbst in die Politik gehen, sondern ermutigt werden müssen, war ein zentrales Tagungsthema. „Politik ist für viele Frauen wie eine Party, zu der sie eingeladen werden müssen – und selbst dann überlegen sie noch, ob sie wirklich hingehen", stellte von Hassel fest. Dabei sei es gerade die Kommunalpolitik, die direkte Gestaltungsmöglichkeiten biete.

Ein besonderer Fokus lag auf den persönlichen Erfahrungen von Frauen in der Politik. Cornelia Trinkl berichtete von ihrem Werdegang und forderte mehr Mut und Durchhaltevermögen von Frauen: „Politik ist kein Sprint, sondern ein Marathon! Es gibt Rückschläge, aber wer dranbleibt, kann viel bewegen." Sie hob hervor, dass Frauen oft unterschätzt werden – nicht nur von Männern, sondern auch von anderen Frauen. Umso wichtiger sei es, dass sich Frauen gegenseitig unterstützen und Netzwerke aufbauen.

Tanja Renner berichtete, dass sie seit 2014 die einzige Frau im Gemeinderat sei. „Das Klima hat sich durch meine Anwesenheit positiv verändert, aber es ist manchmal schwierig, weibliche Perspektiven zu vertreten, wenn das Gegenüber nur mit Stirnrunzeln reagiert." Ihre Forderung: Mehr Frauen müssen sich trauen, sich einzubringen.

Hannelore Langwieser teilte ihre persönliche Geschichte: Viermal kandidierte sie als Bürgermeisterin, viermal verlor sie. „Aber das hielt mich nicht davon ab, weiterzumachen. Man darf sich von Rückschlägen nicht entmutigen lassen!"

Zum Abschluss des Kongresses fasste Kathrin Alte, Bürgermeisterin von Anzing und Sprecherin der ARGE „Frauen führen Kommunen" des Bayerischen Gemeindetags, die wichtigsten Erkenntnisse zusammen:

- Bessere Rahmenbedingungen: Hybrid-Sitzungen und familienfreundliche Strukturen sind notwendig, um mehr Frauen in die Kommunalpolitik zu bringen.
- Mehr Respekt und eine sachliche Debatte: Frauen in der Politik sind oft Anfeindungen ausgesetzt. Dies dürfe nicht hingenommen werden.
- Sichtbarkeit und Netzwerke: Frauen müssen ihre Erfolge sichtbarer machen und sich gegenseitig stärker unterstützen.
- Zusammenarbeit mit Männern: Der Wandel gelingt nur gemeinsam. Männer müssen eingebunden werden, um Frauen gezielt zu fördern.
- Mit einem klaren Appell beendete sie den Kongress: „Eine starke Kommunalpolitik braucht starke Frauen! Jetzt ist die Zeit, sich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. ❐

GZ KOLUMNE Stefan Rößle



Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundestagswahl 2025 ist vorbei und die Union ist klar die stärkste Kraft bei der Wahl geworden. Die politische Arbeit des neuen Bundestags beginnt in Kürze und aktuell laufen die Sondierungsgespräche zwischen Union und SPD. In den nächsten Tagen und Wochen werden die Leitlinien der künftigen Bundesregierung für unser Land gesetzt. Doch was bedeutet dies für die Kommunen in Bayern?

Die Herausforderungen auf lokaler Ebene sind immens – insbesondere in den Bereichen Bürokratieabbau, Migration und kommunale Finanzen. Die KPV fordert daher von der neuen Regierung klare Weichenstellungen, die den Handlungsspielraum der Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke stärken und die Kommunen massiv entlasten.

Kommunen in den Fokus der Sondierungsgespräche!

Bürokratieabbau und kommunale Entlastung

Ein zentrales Anliegen bleibt der dringend benötigte Abbau von Bürokratie. In den letzten Jahren wurden die kommunalen Verwaltungen mit immer neuen Aufgaben und Regularien durch den Bund belastet. Förderprogramme waren häufig zu kleinteilig und kompliziert, Vergabeverfahren überreguliert und langwierige Genehmigungsprozesse lähmten die kommunalen Investitionsbemühungen. Die KPV fordert daher eine konsequente Vereinfachung des Vergaberechts, höhere Schwellenwerte für öffentliche Vergaben und die Reduzierung kommunaler Standards. Die Kommunen brauchen mehr Freiräume und dürfen nicht weiter durch überbordende Vorschriften in ihrer Gestaltungskraft beschnitten werden.

Ohne eine solide finanzielle Basis können Kommunen ihre Aufgaben nicht bewältigen. Die finanzielle Schieflage zahlreicher Kommunen zeigt sich besonders in der steigenden Sozialausgabenlast, während gleichzeitig die kommunalen Einnahmen nicht im gleichen Maß wachsen. Die KPV fordert daher eine Anhebung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer auf 6 Prozent, die dauerhafte Sicherstellung aller kommunalen Steuerquellen sowie eine klare Regelung nach dem Prinzip: „Wer bestellt, bezahlt!" – also eine verlässliche Finanzierung aller durch den Bund oder die Länder übertragenen Aufgaben.

Migrationspolitik mit klaren Regeln

Die Aufnahme- und Integrationskapazitäten der Kommunen sind vielerorts an ihrer Grenze angelangt. Eine unkontrollierte Migration führt zu einer Überforderung der sozialen Infrastruktur, des Wohnungsmarktes und der Bildungseinrichtungen. Die neue Bundesregierung muss eine klare Wende in der Migrationspolitik einleiten: Illegale Migration beenden, konsequente Rückführungen durchführen und eine auskömmliche Finanzierung der kommunalen Integrationsleistungen gewährleisten. Eine pragmatische Steuerung der Migration ist nicht nur notwendig, sondern entscheidend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Für uns als KPV ist klar: Die Koalitionsverhandlungen müssen die kommunale Ebene in den Mittelpunkt stellen. Die Kommunen sind das Fundament unseres demokratischen Gemeinwesens. Sie brauchen mehr finanzielle Mittel, weniger Bürokratie und klare politische Leitlinien in der Migrationspolitik. Wir erwarten von der neuen Regierung ein klares Bekenntnis zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Denn nur, wenn die Kommunen handlungsfähig bleiben, kann Deutschland als Ganzes erfolgreich sein.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Jubiläum der Versicherungskammer Stiftung – Fachtagung FUNKE 2025:

Bevölkerungsschutz im Visier

„Die Bedrohungslage und die europäische Sicherheitsordnung haben sich grundlegend geändert. Die zu bewältigenden Aufgaben erfordern ein Umdenken in der Sicherheits- und Krisenvorsorge, sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich", unterstrich Bayerns Innen- und Katastrophenschutzminister Joachim Herrmann auf der FUNKE, der Fachtagung des Führungsunterstützungsnetzwerks für Katastrophenschutzeinheiten, in München. Zu ihrem fünfjährigen Jubiläum fand die Tagung der Versicherungskammer Stiftung in diesem Jahr unter dem Motto „Bevölkerungsschutz 360° – 5 Jahre Einsatzberichte von gestern, Erfahrungen und Lösungen von heute, Perspektiven für morgen" und unter der Schirmherrschaft des Innenministers statt.

Herrmann zufolge sind die Herausforderungen im Katastrophen- und Zivilschutz vielfältig und komplex. Die Vernetzung sowie ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch seien deshalb unverzichtbar für ein möglichst reibungsloses Zusammenwirken aller Akteure. Der Minister hob die Relevanz von Investitionen in den Katastrophenschutz, aber auch den Zivilschutz hervor: „Wir haben Sachmittel im Umfang von 90 Millionen Euro für zwei Jahre bereitgestellt und auch zukünftig werden wir aus Überzeugung kräftig in den Katastrophenschutz sowie die Sicherheit der Einsatzkräfte und der Bevölkerung investieren."

Enttäuscht zeigte sich Herrmann von den zuletzt mehrfach erfolgten Kürzungen auf Bundesebene im Bereich des Bevölkerungsschutzes: „Die Sicherheit unserer Bevölkerung ist kein Luxus. Sie ist unerlässliche Voraussetzung unserer Demokratie. Deshalb brauchen wir einen Stärkungspakt Bevölkerungsschutz und Investitionen des Bundes von zehn Milliarden Euro binnen zehn Jahren für einen raschen Aufbau belastbarer Strukturen im Zivilschutz."

Vorträge zu Strategien im Katastrophenschutz sowie zu wissenschaftlichen und technischen Neuerungen, Einsatzberichte und eine Fachausstellung zu Innovationen und IT-Lösungen standen im Mittelpunkt der Fachtagung. Zudem wurden für ihre Verdienste um den Katastrophenschutz in Bayern Johann Eitzenberger, Vorsitzender des LFV Bayern, und Dr. Kilian Wimmer, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Kreisbrandmeister und Mitgründer der Fachtagung FUNKE, mit der Ehrenamtsmedaille der Versicherungskammer Stiftung durch den Vorstandsvorsitzenden Prof. Dr. Frank Walthes ausgezeichnet.

Heimatschutz im Verteidigungsfall

Oberst i.G. Armin Schaus gab Einblicke in Herausforderungen für den Zivilschutz. Der „OPLAN DEU" ist eine Reaktion auf die sich verschärfende sicherheitspolitische Lage in Europa. Er beschreibt, was in Verteidigungsfall mit Blick auf Heimatschutz, Sicherung der verteidigungsrelevanten Infrastruktur und militärischer Reaktion zu tun ist. Zugleich legt der Plan die Zuständigkeiten von Bund und Bundesländern fest. Ziel ist die übergreifende Planung der Bundeswehr in den Dimensionen Land, See, Luft, Weltraum sowie Cyber- und Informationsraum unter Beteiligung ziviler Partnerorganisationen und Behörden sowie Länder und Kommunen.

Oliver Werthes beleuchtete das neu entstehende DRK-Bevölkerungsschutzzentrum in Luckenwalde als bedeutendes Projekt für den Bevölkerungsschutz. Moderne Technik, große Lagerkapazitäten und das Schulungszentrum ermöglichen bessere Vorbereitung und Hilfeleistung in Krisen- und Katastrophenfällen.

In einer Gesprächsrunde präsentierte das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit die Ergebnisse der Studie HIRTE, die akute hitzeassoziierte Gesundheitsbelastungen bei Hitzewellen untersucht, um kurzfristig Aussagen über gesundheitliche Auswirkungen dieser in verschiedenen Regionen Bayerns treffen zu können und Empfehlungen zur Belastungsreduktion zu entwickeln. Ergänzend wurden die ganz praktischen Auswirkungen im Einsatzfall für Einsatzkräfte aufgezeigt. Wie Starkregen aufgrund der Klimaveränderungen entsteht erläuterte Florian Mikschy wie den Entwicklung der Hochwasser- und Starkregengefahrenkarten die es ermöglichen sollen, vor die Lage eines Hochwasser- und Starkregenereignisses zu kommen.

In Zeiten zunehmender Wetterextreme präsentierte Dr.-Ing. Julian Hofmann eine neue KI-gestützte Technologie zur Simulation und Vorhersage von Starkregenereignissen und Überflutungen. Das interaktive System DeepWaive erlaubt sowohl die Echtzeitsimulation von flächigen Überflutungssituationen als auch die Live-Planung von Maßnahmen sowie deren Evaluation. Hofmann zeigte auf, wie modernste KI-Technologie zu einem proaktiven und effizienteren Krisenmanagement beiträgt.

Über die Mobile Pegelmessung des Technischen Hilfswerks informierte Christoph Schedel. Der Mobile Hochwasserpegel (MHP) ist ein System zur Erfassung von Wasserstandsdaten, das im Einsatz kurzfristig an Gewässern aufgebaut werden kann. Es wird genutzt, um in Hochwassersituationen die Entwicklung eines Wasserstandes an einem Gewässer beobachten zu können. Somit kann die Lage besser eingeschätzt und der Erfolg von schon durchgeführten Maßnahmen überprüft werden.

Über die länderübergreifende Wald- und Vegetationsbrandbekämpfungsübung „Eichkater 2024" berichtete Johann Eitzenberger, Vorsitzender des LFV Bayern. Die Übung im Landkreis Celle zählt zu den größten ihrer Art. Vier Tage lang übten rund 1.000 überwiegend ehrenamtliche Beteiligte der Feuerwehren aus Niedersachsen und Bayern gemeinsam mit Hubschraubern und Löschflugzeugen verschiedener Organisationen im „Revier Miele" die Vegetationsbrandbekämpfung am Boden und aus der Luft.

Eitzenberger bezeichnete die Übung „Eichkater" als eine hervorragende Möglichkeit, miteinander und voneinander zu lernen: Hier würden nicht nur die konkreten Handgriffe bei den Löscharbeiten beübt, sondern auch die behördlichen Wege und Strukturen erprobt. „Damit ist diese Großübung ein wichtiger Baustein, um unser Fähigkeits- und Ressourcenmanagement weiterzuentwickeln." **DK**

Neue Online-Wissensplattform:

„Mein ÖGD-Handbuch“

Bayern treibt Modernisierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes voran

Bayern setzt seine Bemühungen zur Modernisierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) konsequent fort. Ein bedeutender Meilenstein auf diesem Weg ist die neu eingeführte Online-Wissensplattform „Mein ÖGD-Handbuch“, die speziell für die Beschäftigten im ÖGD entwickelt wurde. Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach betonte die Bedeutung dieser Initiative: „Ein leistungsfähiger Öffentlicher Gesundheitsdienst ist der Schlüssel für einen nachhaltigen Schutz der Gesundheit unserer Bevölkerung. Dafür müssen wir den ÖGD zukunftsfest und modern aufstellen.“

Die neue Plattform bietet eine benutzerfreundliche Oberfläche und ermöglicht eine einfache, digitale Zusammenarbeit. „Durch unser innovatives Handbuch gehen wir einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung Digitalisierung und Vernetzung“, so Gerlach. Eine zentrale Funktion der Plattform ist die Suchmöglichkeit, durch die Informationen schneller auffindbar sind. Zudem können die Nutzer in geschützten Foren Anwendungsfälle diskutieren und Praxisbeispiele austauschen.

„Diese Funktion erleichtert den Mitarbeitenden im ÖGD unter anderem die Umsetzung neuer Verordnungen, insbesondere in den Bereichen Infektionsschutz und Trinkwasserüberwachung“, erklärte die Ministerin weiter. Gerade in Krisenzeiten biete das modernisierte ÖGD-Handbuch umfassende Informationen und unterstütze neue Mitarbeitende durch Prozessmodellierungen bei der schnellen Einarbeitung, beispielsweise bei der Bekämpfung von Tuberkulose oder bei Schuleingangsuntersuchungen.

Beteiligung der Nutzer

Besonderen Wert legt das Gesundheitsministerium auf die aktive Mitwirkung der Nutzer. „Wir möchten, dass alle Mitarbeitenden im ÖGD von den neuesten Informationen profitieren und aktiv an der Weiterentwicklung der Plattform mitwirken“, betonte Gerlach. Dafür steht eine Feedback-Funktion zur Verfügung, mit der Vorschläge direkt eingebracht werden können. In den kommenden Wochen wird die Plattform kontinuierlich mit aktuellen Inhalten und neuen Funktionen erweitert.

Programm NextGenerationEU

Die Entwicklung der Plattform wurde vom Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit geleitet. Sie entstand im Rahmen des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst, einer gemeinsamen Initiative von Bund und Ländern. Dieses Programm, das während der Corona-Pandemie ins Leben gerufen wurde, sieht bis 2026 bundesweit vier Milliarden Euro zur Stärkung des ÖGD vor. Neben personellen Investitionen wird auch die Digitalisierung der Gesundheitsämter gefördert, finanziert durch das europäische Programm NextGenerationEU.

Ministerin Gerlach ist überzeugt: „Ein moderner und zukunftsfähiger ÖGD ist unerlässlich, um auf gesundheitliche Herausforderungen wie Klimaveränderungen oder neue Erreger schnell und evidenzbasiert reagieren zu können.“ ❐

Deutscher Landkreistag:

Die kommunale Finanznot muss in den Koalitionsvertrag

Angesichts der dramatischen Finanzlage vieler Kommunen fordert der Deutsche Landkreistag von CDU, CSU und SPD entschlossene Maßnahmen, um die Handlungsfähigkeit der Landkreise, Städte und Gemeinden zu sichern. Die Kommunen stecken in ihrer bisher größten Finanzkrise. Bereits für 2024 war ein Rekorddefizit von -13,2 Mrd. Euro prognostiziert, tatsächlich betrug das Minus jedoch rund 20 Mrd. Euro.

„Setzt sich diese Entwicklung fort, sind viele Landkreise in wenigen Jahren nicht mehr in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen“, erklärte der Vizepräsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Sven Ambrosy. Die Parteien müssten daher in den aktuellen Koalitionsverhandlungen die kommunale Notlage aufgreifen und Lösungen für die Finanzmisere der Landkreise, Städte und Gemeinden fest verabreden. „Nur so bleibt die kommunale Ebene auch künftig handlungsfähig.“

Hauptgeschäftsführer Hans-Günter Henneke sagte: „Das, was die zukünftigen Koalitionäre vorhaben, kann man mit Fug und Recht als kühn bezeichnen. Obgleich wir bei der kommunalen Infrastruktur einen großen Nachholbedarf haben, fürchten wir eine Steuerung aus Berlin, die im Ergebnis kontraproduktiv ist, wenn es darum geht, die kommunalen Gestaltungskräfte zu stärken. Die Kommunen sind vor Ort das Gesicht des Staates für die Bevölkerung. Sie müssen für passgenaue Lösungen sorgen.“

Ambrosy ergänzte: „Die Finanzierungslücke zwischen den steigenden kommunalen Ausgaben und den unzureichenden Einnahmen ist nicht mehr tragbar. „Die kommunale Ebene erhält lediglich ein Siebtel (15,5 %) der öffentlichen Steuereinnahmen, während sie für mehr als ein Viertel (28,4 %) der öffentlichen Ausgaben aufkommt. Diese Rechnung geht nicht auf.“

Der Deutsche Landkreistag fordert daher eine deutliche Erhöhung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer. „Wir brauchen eine Verdreifachung des aktuellen Umsatzsteueranteils für die Kommunen. Das bedeutet eine zusätzliche Entlastung von 11,5 Mrd. € jährlich, von der auch die Landkreise direkt profitieren würden. Diese Mittel müssen nach Einwohnerzahlen und nicht nach Wirtschaftskraft verteilt werden, um strukturschwache Landkreise gezielt zu unterstützen“, forderte Ambrosy.

Rückführung der dynamisch wachsenden Sozialausgaben

Neben einer verbesserten Steuerausstattung fordert der Deutsche Landkreistag eine Rückführung der dynamisch wachsenden Sozialausgaben. „Es kann nicht sein, dass der Bund immer neue gesetzliche Verpflichtungen schafft, die Kommunen aber ohne ausreichende Finanzierung die Lasten tragen“, kritisierte Ambrosy. Besonders im Bereich der Sozialausgaben sieht der Landkreistag dringenden Handlungsbedarf: „Die Kosten für das Bürgergeld, die Eingliederungshilfe und andere Sozialleistungen steigen rasant. Hier braucht es eine strukturelle Reform, um die kommunalen Haushalte zu entlasten.“

Ein wichtiger Schritt sei es, mehr Arbeitsanreize im Bürgergeld zu schaffen. „Wir fordern die Streichung der Karenzzeiten für teure Wohnungen und hohe Vermögen, um Fehlanreize zu vermeiden. Gleichzeitig muss der Steuerfreibetrag für Erwachsene und Kinder deutlich erhöht werden, damit gerade Geringverdiener nicht mehr auf staatliche Hilfen angewiesen sind.“

Die derzeitige Finanzlage bedrohe die Zukunftsfähigkeit vieler Landkreise: „Wenn wir unsere Schulgebäude sanieren, Kitas ausbauen oder die Digitalisierung in Verwaltung und Bildung vorantreiben wollen, brauchen wir eine stabile Finanzbasis“, fasste Ambrosy abschließend zusammen. ❐

Deutscher Landkreistag:

„Warnstreiks sind so ziemlich das Letzte“

Der Präsident des Deutschen Landkreistages Landrat Dr. Achim Brötel kritisiert die Warnstreiks im öffentlichen Dienst scharf. Er sagte: „Es trifft auf unser völliges Unverständnis, wenn ausgerechnet im Gesundheitswesen, in Kitas und in Sozialeinrichtungen die Arbeit niedergelegt wird. Das ist so ziemlich das Letzte, was Deutschland jetzt braucht. Ich bin mir sicher, die vielen Menschen, die unmittelbar von diesen Maßnahmen betroffen sind, haben dafür ebenso wenig Verständnis.“

Bundesweit wurde in vielen Kliniken, Notaufnahmen und Pflegeheimen gestreikt. Patienten und Hilfsbedürftige mußten sich deshalb auf Einschränkungen einstellen. Ausserdem wurde ein Streiktag etwa für Kitas und Sozialeinrichtungen ausgerufen. „Solche Aktionen schaden den Bürgerinnen und Bürgern und sie belasten insbesondere auch die ohnehin schon stark belasteten Familien noch einmal zusätzlich. Da wird eine Tarifauseinandersetzung auf dem Rücken von Pflegebedürftigen, Patienten, Kindern und Eltern ausgetragen.“

Hintergrund ist der Tarifstreit im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen. Die Gewerkschaft ver.di will vor der nächsten Verhandlungsrunde Druck machen. Sie fordert u. a. eine Gehaltssteigerung um 8 Prozent, mindestens aber 350 Euro mehr monatlich sowie höhere Zuschläge. Die Ausbildungsvergütungen und Praktikantenentgelte sollen um 200 Euro monatlich angehoben werden. Außerdem fordert die Gewerkschaft mindestens drei zusätzliche freie Tage.

„Was da im Raum steht, ist eine vollkommen überzogene Forderung“, so Brötel. „Wir wissen es sehr zu schätzen, dass unsere kommunalen Bediensteten eine wirklich hervorragende Arbeit leisten. Zur Wahrheit gehört aber eben auch, dass es gerade erst einen teuren Tarifabschluss gegeben hat und wir in den Kommunen derzeit absolut mit dem Rücken zur Wand stehen, nachdem wir im letzten Jahr ein historisches Defizit von mindestens 20 Mrd. Euro hatten. Daher müssen die Gewerkschaften ihr Forderungspaket an die Realität in den Landkreisen, Städten und Gemeinden anpassen.“

Durchaus konkurrenzfähig

Aber auch unabhängig von der Frage des finanziell Leistbaren stellte er fest: „Der öffentliche Dienst ist gerade mit Blick auf die Bezahlung im Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsdienst inzwischen durchaus konkurrenzfähig. Dazu kommt noch eine hohe Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung und die Tatsache, dass es sich um sehr sichere Arbeitsplätze handelt. In der Tarifrunde 2023 kam es aber bereits zum bislang teuersten Abschluss mit 200 Euro Sockelerhöhung, einem Lohnplus von 5,5 Prozent sowie einer steuerfreien Einmalzahlung von 3.000 Euro. Das war ein sehr kräftiger Zuwachs. So kann und darf es aber nicht ständig weitergehen.“

Höhere Zuschläge für Überstunden, drei zusätzliche freie Tage im Jahr und einen weiteren freien Tag für Gewerkschaftsmitglieder hält der Deutsche Landkreistag für völlig überzogen. „Es muss in einer derart herausfordernden Gesamtsituation der öffentlichen Hand vielmehr darum gehen, dass wir uns nicht auch noch gegenseitig in die Ecke drängen, sondern vielmehr konstruktiv nach Lösungen suchen“, so Brötel abschließend. ❐

Ambitionierte Ziele ...

(Fortsetzung von Seite 1)

fen und den Freistaat Bayern nachhaltig in Forschung, Ausbildung und Technologieentwicklung für die Kernfusion zu stärken. Darauf basierend erarbeitete das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst folgenden Fünf-Punkte-Plan:

1. Errichtung eines Bavarian Fusion Clusters (BFC): Das Auswahlverfahren für das Leitungs- und Geschäftsstellenpersonal des BFC wird gestartet.

2. Start des Kompetenzaufbaus an den Hochschulen: Bis 2028 sind Investitionen von 100 Millionen Euro geplant. Die bereits vorhandenen Kompetenzen werden mit einer großen Ausbildungsoffensive mit bis zu sechs neuen Lehrstühlen, davon drei prioritär, Nachwuchsforschergruppen und einschlägigen Studien- und Graduiertenangeboten deutlich ausgebaut. Zudem wird ein hochschulübergreifender Studiengang Nuclear Fusion Technologies unter Beteiligung der BFC-Leitung eingerichtet.

3. Identifikation und Sicherung eines Fusion Campus: Es werden Bewertungsmaßstäbe für konkrete Nutzungsszenarien entwickelt. Die Suche nach geeigneten Standorten wird fortgeführt.

4. Ausweitung der nationalen Abstimmung und internationalen Vernetzung: Es werden weitere Aktivitäten und Impulse zur länderübergreifenden, nationalen, europäischen und internationalen Kooperation und Abstimmung sowohl im wissenschaftlichen als auch im wirtschaftlichen Bereich gestartet. Zudem wird ein von der Expertenkommission empfohlener unabhängiger Expertenbeirat zur beratenden Begleitung weiterer Aktivitäten eingerichtet.

5. Definition von Kernfusion als nationales Schlüsselprojekt: Die Expertenkommission kommt zum Schluss, dass für die erfolgreiche Erforschung und Entwicklung der Kernfusionstechnologie deutlich größere Ressourcen notwendig sind, als sie auf bayerischer Ebene zur Verfügung gestellt werden könnten. Daher ist es neben den vorgenannten regulatorischen Aspekten zentral, die Mission Kernfusion auch im Arbeitsprogramm der neuen Bundesregierung zu verankern.

Pioniere der Zukunft

„Wir sind Pioniere der Zukunft: Bayern setzt voll auf Wissenschaft und Forschung. Wir zünden die nächste Stufe unserer Hightech-Rakete… Wir schaffen sechs Professuren und neue Studiengänge, forschen am Bau eines Kernfusion-Demonstrationsreaktors und gründen das Bavarian Fusion Cluster für den Austausch zwischen Start-ups und Grundlagenforschung“, hob Ministerpräsident Dr. Markus Söder hervor. Der Bedarf an Energie werde durch Digitalisierung, KI und E-Mobilität massiv steigen. Kernfusion sei dabei eine neue Chance für die Energiegewinnung.

Entwicklung neuartiger Technologien

Der Freistaat will sich über die Kernfusion hinaus auch bei der Entwicklung neuartiger Technologien zur Kernspaltung, insbesondere in den Bereichen Small bzw. Advanced Modular Reactors (SMR/AMR) und Transmutation, einbringen. Der neue, noch einzurichtende TUM-Lehrstuhl für Angewandte Kerntechnologien ist daher so gestaltet, dass er auch für AMR und Transmutation wertvolle Beiträge liefern und gleichzeitig Entwicklungen bei diesen Technologien für die Fusion nutzbar machen kann. **DK**

Wer die Backen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

durch sogar noch wichtiger. Wir brauchen deshalb auf der Ausgabenseite ein mutiges Bekenntnis zur Aufgabenkritik, zum Standardabbau und vor allem auch zur Entfesselung aus den Klauen einer immer mehr überbordenden, vielfach weitgehend sinnfreien Bürokratie. Und: Die Landkreise erwarten als Soziallastenträger, aber auch für die Gewährleistung der Daseinsvorsorge in vielen anderen Bereichen endlich eine grundständige, unseren Aufgaben auch tatsächlich gerecht werdende Finanzierung. Im Klartext heißt das: Ohne eine deutliche Erhöhung unseres Anteils am Aufkommen der Umsatzsteuer wird die Sache nicht funktionieren. Das muss deshalb zentraler Inhalt der Koalitionsverhandlungen sein.“

Bislang die größte Krise

Brötel erläuterte dazu, dass die kommunale Ebene finanziell in ihrer bislang größten Krise stecke. „Daher ist es uns gerade vor dem neuerlichen Hintergrund umso wichtiger, eigene zusätzliche Steuermittel zu erhalten. Keine Frage: In die Infrastruktur muss investiert werden, denn es bestehen riesige Bedarfe z. B. in den Bereichen Verkehr, Krankenhäuser oder Bildung. Aber der Einsatz der Investitionshilfen bindet zugleich eben auch weitere kommunale Kapazitäten und Gelder, so dass der kommunale Handlungsspielraum dadurch weiter begrenzt wird, wenn nicht gleichzeitig auch die strukturelle Schieflage der Kommunalfinanzen angegangen wird.“ Investitionsprogramme lösen nämlich die kommunalen Finanzprobleme nicht, wenn es etwa um Steigerungen der Personalkosten infolge teurer Tarifabschlüsse, zusätzliche Personalbedarfe durch neue Aufgaben oder aus dem Ruder laufende Sozialausgaben geht.

Zurück zum Konsolidierungspfad

Der Bund muss zudem dafür Sorge tragen, die Bedingungen des Investitionspakets so zu gestalten, dass die Mittel schnell abfließen können. „Das ist eine Frage von Verfahren und Kapazitäten, etwa in der Baubranche.“ Schließlich steige mit den nun getroffenen Entscheidungen aber auch die Notwendigkeit, den Bundeshaushalt an anderer Stelle umgehend auf den dringend notwendigen Konsolidierungspfad zurückzubringen: „Deshalb muss schon jetzt auch die Ausgabenseite in all ihren Facetten auf den Prüfstand.“ Das sei unabdingbar, um Deutschland wieder nachhaltig auf den Wachstumspfad zu führen. Und: Die kommunalen Spitzenverbände müssten zudem die Möglichkeit erhalten, in der Kommission zur Reform der Schuldenbremse mitzuarbeiten. ❐

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach:

Frauengesundheit im Fokus

Anlässlich des Internationalen Frauentags rückt Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach die Gesundheit von Frauen in den gesellschaftlichen Fokus. „Es gibt Krankheiten, die ausschließlich oder häufiger Frauen betreffen, wie Gebärmutterhalskrebs, Endometriose oder Essstörungen“, erklärte Gerlach in München.

Im Rahmen des Schwerpunktthemas Frauengesundheit betrachtet das Gesundheitsministerium verschiedene Aspekte über alle Lebensphasen hinweg – von der Mädchengesundheit über Schwangerschaft bis zu den Wechseljahren. Prävention spiele dabei eine zentrale Rolle: „Ausreichende Bewegung, gesunde Ernährung, Verzicht auf Alkohol und Rauchen und Stressbewältigung sind essenziell. Gleichzeitig klären wir aber auch über besonders wichtige Vorsorgeuntersuchungen für Frauen und Mädchen in bestimmten Altersgruppen auf. Denn geschlechterspezifische Unterschiede gibt es bereits vom frühen Kindesalter an.“ Ebenso wichtig sind Vorsorgeuntersuchungen, um geschlechterspezifische Risiken frühzeitig zu erkennen“, so Gerlach.

Deutliche Unterschiede

Besonders bei Krebserkrankungen seien Unterschiede deutlich: Brustkrebs ist mit etwa 10.000 Neuerkrankungen pro Jahr die häufigste Krebsdiagnose bei Frauen in Bayern. Gerlach appelliert daher an Frauen, sich über empfohlene Vorsorgeuntersuchungen zu informieren.

Ein Schwerpunkt liegt auf der Mädchengesundheit mit Themen wie Sport, Körperbild und Essstörungen. sowie „Mädchensprechstunde (M1)“. Auf der Website des Gesundheitsministeriums stehen hierzu drei Faktenblätter mit weiterführenden Informationen zur Verfügung: https://www.stmgp.bayern.de/meine-themen/fuer-frauen/.

Heraus aus der Tabuzone

Zudem startete im Januar eine Kampagne zu den Wechseljahren, um dieses Thema aus der Tabuzone zu holen. „Die Wechseljahre betreffen alle Frauen und stellen besondere gesundheitliche Herausforderungen dar. Wir wollen dazu aufklären und unterstützen“, erklärte die Ministerin. „Die Wechseljahre sind keine reine Privatangelegenheit von Frauen, sondern eine Lebensphase, die jede Frau durchläuft – mit besonderen gesundheitlichen Herausforderungen. Damit sind sie ein Thema für die ganze Gesellschaft.“

Seit Jahren engagiert sich die Staatsregierung mit Projekten für die Frauengesundheit. Dazu zählen Kampagnen wie „Hand aufs Herz“ zur Herzinfarktprävention oder „Schwanger? Null Promille!“. Alle Informationen und Angebote sind auf der Website des Gesundheitsministeriums abrufbar. https://www.stmgp.bayern.de/meine-themen/fuer-frauen/. ❐

Mit Energie und Weitblick

Jasmin Ghubbar über Digitalisierung, Nachhaltigkeit und die Stärkung von Nachwuchs und Frauen

Jasmin Ghubbar ist Mitglied der Geschäftsleitung und Bereichsleiterin Konzernvertrieb der DSV-Gruppe. Sie ist ein echtes Sparkassengewächs: Ihre Ausbildung und ihr berufsbegleitendes Studium absolvierte sie bei der Stadtsparkasse München. Bereits mit 25 Jahren übernahm sie die Leitung einer Filiale und durchlief danach verschiedene Stationen im Vertrieb, bevor sie unter anderem die Unternehmenskommunikation verantwortete. 2021 wechselte sie zum Deutschen Sparkassenverlag nach Stuttgart, wo sie heute die strategische Weiterentwicklung des Vertriebs und die Digitalisierung der Sparkassenlandschaft vorantreibt. Mit der Bayerischen GemeindeZeitung sprach Jasmin Ghubbar über die Themen Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Nachwuchs- und Frauenförderung.

GZ: Wie schätzen Sie die aktuelle Entwicklung der Digitalisierung in der Sparkassen-Finanzgruppe ein? Welche Rolle spielt die DSV-Gruppe dabei, um Sparkassen sowie ihre Privat- und Firmenkunden mit digitalen Lösungen zu unterstützen?
Jasmin Ghubbar: Die Digitalisierung ist ein strategisches Kernthema der Sparkassen-Finanzgruppe, um zukunftsfähig und kundenorientiert zu bleiben. Als Marktführer in Deutschland bieten die Sparkassen ein hohes Digitalisierungsniveau, ohne die persönliche Nähe zu verlieren – ob über die Internet-Filiale oder die Sparkassen-App.



Jasmin Ghubbar.
Bild: Deutscher Sparkassenverlag

Unsere digitale Strategie hat zwei Schwerpunkte:
• **Kundenorientierte Lösungen:** Mobile-first Services, höchste Sicherheitsstandards und smarte digitale Angebote wie der Chatbot Linda, der rund um die Uhr Kundenfragen beantwortet.
• **Interne Automatisierung:** KI-gestützte Prozesse vereinfachen Abläufe, optimieren Analysen und entlasten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sodass sie sich auf wertschöpfende Tätigkeiten konzentrieren können.

Die DSV-Gruppe treibt Innovationen aktiv voran – von digitalen Identifikationsverfahren bis hin zu Forschungsprojekten wie „Flow Factory", einem Forschungs-Lab für KI-Innovationen in der Finanzpraxis. Ein weiteres Beispiel ist SparkasseGPT, das seit 2024 mit geprüften Sparkassen-Inhalten verständliche Antworten auf komplexe Finanzfragen liefert. So gestaltet die Sparkassen-Finanzgruppe die digitale Zukunft – sicher, effizient und kundenfreundlich.

Nachhaltigkeit und Digitalisierung

GZ: Digitalisierung und Nachhaltigkeit werden oft als zentrale Zukunftsthemen genannt. Wie gelingt es, beides sinnvoll zu verbinden? Welche Lösungen bietet die DSV-Gruppe, um Sparkassen, Unternehmen und Privatpersonen wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig aufzustellen?
Ghubbar: Nachhaltigkeit ist fest in der DNA der Sparkassen verankert – vor allem in ihrer sozialen Verantwortung. Digitalisierung hilft uns, diese noch gezielter wahrzunehmen. Ein Beispiel: finanzielle Bildung. Über digitale Kanäle wie TikTok und zielgruppengerechte Formate lernen junge Menschen den bewussten Umgang mit Geld. Wer früh Finanzwissen aufbaut, ist langfristig finanziell selbstbestimmt – ein nachhaltiger Ansatz.

Auch digitale Barrierefreiheit und Mehrsprachigkeit sind uns wichtig. Unsere Lösungen ermöglichen es Menschen in den verschiedensten Sprachen, Finanzdienstleistungen in ihrem Tempo zu nutzen – ohne sich unwohl an einem Schalter zu fühlen. So schaffen wir mehr Teilhabe für alle.

Und natürlich profitiert die ökologische Nachhaltigkeit, denn digitale Prozesse reduzieren Papierverbrauch und sparen Ressourcen. Die DSV-Gruppe bietet konkrete Lösungen:
• Nachhaltigkeitsmanagement-Software „nawisio" unterstützt Klimabilanzierung und Berichterstattung.
• Der „Modernisierungsrechner" hilft bei CO2-sparenden Sanierungen.
• Debit- und Kreditkarten aus 85 Prozent recyceltem Material und virtuelle Karten reduzieren Plastikmüll.
• Die Sparkassen Einkaufsgesellschaft fördert nachhaltige Beschaffung mit dem „Greenbook".

Mit digitalen Innovationen macht die DSV-Gruppe Nachhaltigkeit für Sparkassen, Unternehmen und Privatkunden wirtschaftlich und ökologisch effizient.

GZ: Der Mangel an Fachkräften ist in vielen Branchen spürbar. Welche Wege sehen Sie, um junge Talente für den Finanzsektor zu gewinnen und langfristig zu halten? Inwiefern können digitale Tools und flexible Arbeitsmodelle dabei eine Rolle spielen?
Ghubbar: Um junge Talente für den Finanzsektor zu begeistern und langfristig zu halten, braucht es vor allem flexible Arbeitsmodelle. Mobiles Arbeiten, Homeoffice, Teilzeit, Gleitzeit, Workation, Sabbatical etc. – all das sind wichtige Faktoren für eine bessere Work-Life-Balance und eine moderne Unternehmenskultur. Besonders für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zurückkehren, etwa Mütter nach der Elternzeit, sind solche Modelle essenziell.

Weiterbildung und lebenslanges Lernen spielen ebenfalls eine zentrale Rolle. Der Finanzsektor verändert sich rasant, und wir bieten gezielte Schulungen, digitale Lernplattformen und agile Workshop-Formate, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Diversität ist ein Muss! Teams mit unterschiedlichen Perspektiven sind kreativer, innovativer und attraktiver für neue Talente. Wir setzen uns aktiv für eine vielfältige Unternehmenskultur ein – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Behinderung.

Nicht zuletzt sind digitale Tools die Grundlage für moderne Arbeitsmodelle. Sie ermöglichen ortsunabhängige Zusammenarbeit, unterstützen Auszubildende beim Lernen und Erleichtern durch KI-gestützte Prozesse die Arbeit in vielen Bereichen. Die Zukunft der Finanzbranche ist digital – und genau das macht sie für Fachkräfte interessant.

Mehr Frauen in Führung – ein Erfolgsfaktor

GZ: Sie engagieren sich für mehr Frauen in Führungspositionen. Welche Maßnahmen halten Sie für besonders wirkungsvoll, um Diversität in der Finanzbranche weiter voranzubringen? Und was bedeutet für Sie persönlich das Hashtag #kindundkarriere?
Ghubbar: Mir liegt besonders am Herzen, dass Frauen Karriere und Familie vereinen können, ohne sich für eines entscheiden zu müssen. Dazu braucht es eine Unternehmenskultur, die Führung in Teilzeit, Job-Sharing und flexible Arbeitsmodelle ermöglicht. Entscheidend sind auch Mentoring-Programme und starke Role-Models wie z.B. Karolin Schriever, seit September 2022 geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, die zeigen, dass es geht!

Frauen bringen wertvolle Führungskompetenzen mit – gerade als Mütter: Organisationstalent, Kommunikationsstärke und Entscheidungsfähigkeit unter Druck. Deshalb möchte ich Frauen ermutigen, den Schritt in die Führung zu wagen. Lasst euch nicht von der Vorstellung abschrecken, dass Karriere und Kinder nicht vereinbar seien – es geht!

Aus eigener Erfahrung weiß ich: Man muss nicht alles allein machen. Unterstützung annehmen und Prioritäten setzen hilft, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Mehr Frauen in Führung bedeutet mehr Vielfalt, mehr Innovation und eine bessere Zukunft für alle.

Wero und EPI

GZ: Die Bedeutung eines starken europäischen Zahlungssystems wächst. Warum ist eine Lösung wie Wero gerade jetzt besonders wichtig, und welche Vorteile bringt sie für Sparkassen, Unternehmen und Bürger? Was ist die EPI?
Ghubbar: Die European Payments Initiative (EPI) ist ein Zusammenschluss von 16 Banken und Zahlungsdienstleistern aus Deutschland, Belgien und Frankreich mit dem Ziel, eine unabhängige europäische Zahlungslösung zu schaffen. Mit Wero machen wir Europa im Zahlungsverkehr unabhängiger von internationalen Paymentanbietern – die Wertschöpfung bleibt in Europa, Daten werden sicher nach EU-Standards verarbeitet.

Gerade jetzt, in geopolitisch unsicheren Zeiten, ist eine starke europäische Alternative entscheidend. Wero bietet Sparkassen, Kommunen, Unternehmen und Bürgern eine moderne, verlässliche Lösung kombiniert mit einer einfachen Nutzung:
• Freischaltung direkt in der Sparkassen-App
• Echtzeitzahlungen rund um die Uhr
• Schnelle Überweisungen per Handynummer oder E-Mail-Adresse

Ich nutze Wero selbst begeistert und sehe großes Potenzial, dass es sich als neuer Standard im europäischen Zahlungsverkehr etabliert. Ab Mitte 2025 wird Wero noch weiter ausgerollt, dann wird es auch in Onlineshops als Zahlverfahren integriert. Der nächste wichtige Schritt für die Zukunft des Payments in Europa! Wero wird die Lücke, die durch den Wegfall von Giropay entstanden ist, mehr als ausfüllen. Daher auch mein dringender Aufruf an alle Kommunen: Es lohnt sich, auch im Sinne von starken europäischen Strukturen und insbesondere für die geschützten Daten der eigenen Kunden, nicht zu amerikanischen Dienstleistern zu wechseln, sondern noch ein paar Monate durchzuhalten.
GZ: Was wollen Sie unseren Leserinnen und Lesern noch mit auf den Weg geben?
Ghubbar: Vieles, was wir heute für unsere Kunden, die Sparkassen, entwickeln, kann auch von Kommunen genutzt werden, aber das wäre ein eigenes Gespräch wert. Fest steht: Die digitale Transformation bietet enorme Chancen – für Sparkassen, Kommunen, Unternehmen und Bürger. Doch wir dürfen sie nicht nur hinnehmen, sondern müssen sie aktiv mitgestalten.

Appell an Kommunen und Unternehmen

Ein starkes europäisches Zahlungssystem ist dafür essenziell. Mit Wero haben wir die Möglichkeit, uns von außereuropäischen Abhängigkeiten zu lösen und Daten sicher in Europa zu halten. Ich appelliere an Unternehmen und Kommunen, sich bewusst für europäische Lösungen zu entscheiden – denn unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit steht auf dem Spiel. Gleichzeitig müssen wir die Arbeitswelt zukunftsfähig machen: Diversität und flexible Arbeitsmodelle sind kein Luxus, sondern ein Wettbewerbsvorteil. Mehr Frauen in Führung und moderne Strukturen machen den Finanzsektor innovativer und attraktiver.

Lassen Sie uns gemeinsam an einer digitalen, nachhaltigen und souveränen Finanzwelt arbeiten – für eine starke Zukunft Europas!
GZ: Vielen Dank für das Gespräch! **CH**

Komunicus – Dienstleistungen und Zukunftsexpertise für Kommunen

„Wie es unserem Land geht, entscheidet sich maßgeblich in den Kommunen und wird dort auch sichtbar", weiß Josef Glasl, Geschäftsführer der itslive GmbH. „Kommunen verantworten die Entwicklung sozialer Infrastruktur von Bildung bis Wohnen. Sie müssen nachhaltige Energielösungen entwickeln, die immer komplexer werdenden Verwaltungsaufgaben meistern, die Digitalisierung vorantreiben und eine vielseitige Mobilität ermöglichen. Mit all diesen Herausforderungen werden kommunale Entscheider jedoch oft allein gelassen." An genau diesem Punkt setzt die Dienstleistung von Komunicus an.

„Mit Komunicus entlasten wir kommunale Entscheider und stärken die kommunale Resilienz", führt Glasl weiter aus. „Mit uns können Kommunen in jedem relevanten Bereich sofort nachhaltige und wirtschaftlich erfolgreiche Lösungen entwickeln… Unser Beratungsansatz fokussiert darauf, Kommunen so aufzustellen, dass sie sich schnell mit den für sie relevanten Partnern im Markt verbinden und loslegen können."

Zu den Themen, zu denen Komunicus berät, gehören die Fachbereiche Finanzierung, Kommunalentwicklung, Steuern, Recht, Unternehmensgründungen, Kommunikation und öffentliche Ausschreibungen. Egal, ob eine Kommune ein neues Feuerwehrhaus, Kindertagesstätten, Flüchtlingsunterkünfte oder bezahlbaren Wohnraum entwickeln muss: Komunicus hilft Gemeinden dabei, ganzheitliche Lösungen zu entwickeln, die finanzierbar und schnell umsetzbar sind.

„Zu unserem Geschäftsfeld gehört außerdem die Revitalisierung oder Gründung von kommunalen Unternehmen, die am Markt erfolgreich agieren können." Ziel von Komunicus sei es darüber hinaus, Kommunen und Gemeinden zu befähigen, für sie relevante Zukunftsthemen proaktiv anzugehen. Hauptzielgruppe von Komunicus sind mittelgroße Gemeinden und Städte mit 5.000 bis 30.000 Einwohnern sowie Landkreise.

Der Strategie- und Kommunikationsexperte Glasl repräsentiert dabei eine von vier Säulen, auf denen das Beratungsnetzwerk von Komunicus aufbaut. Neben ihm bringen weitere Top-Berater und Mitgründer des Netzwerks wie Dr. Stefan Detig, Altbürgermeister und Rechtsanwalt bei der DETIG Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Luitpold Grabmeyer, Geschäftsführer des Beratungsunternehmens Bavatria Consult und Dr. Rafael K. Hörmann, Fachanwalt für Steuerrecht und Geschäftsführer und Geschäftsführer der Kanzlei CHP, ihre Expertise und Erfahrung in die neu gegründete Allianz ein. ❐



Vereinfachung als Schlüssel zum Politikwechsel

Die Chance des Friedrich Merz`

Ein Kommentar von Dr. Jürgen Gros

Das Ergebnis der Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 hat sich über Wochen weitgehend abgezeichnet. Die Unionsparteien als Wahlsieger, die AFD an zweiter Stelle und die Ampelparteien in unterschiedlichem Maße abgestraft für ihr politisches Missmanagement in den letzten Jahren. Das alles kam also nicht überraschend.

Wenig überraschend ist leider auch das, was ab dem 24. Februar bislang folgte. Siegesfreude hier, wenig Selbstkritik da, viel politische Rhetorik ohne Handlung



Dr. Jürgen Gros. Bild: Barbara Obermaier

allen Ortes, Abstecken von Positionen, Formulierung von Forderungen an den potenziellen Koalitionspartner, Aufbau von Drohkulissen, Austesten von Themen über die Medien, Start der geübten Routinen von Koalitionsgesprächen. Politisches Nach-Wahl-Business as usual also.

Inhaltlich, personell und strukturell lässt der Politikwechsel freilich auf sich warten – wohl noch mindestens bis Ostern und damit – vom Wahldatum an gerechnet – nicht weniger als acht üppige Wochen, vielleicht auch mehr. Ob er dann wirklich kommt – und in welchem Umfang – wird sich weisen. Dabei hat Deutschland nichts dringender notwendig als Veränderung und mutige Politikgestaltung. Politische Leadership wird erwartet und ist dringlich nach Jahren der politischen Führungslosigkeit.

Sicher, die politischen Gestalter sind um ihre Aufgabe kaum zu beneiden. Der Gordische Knoten, den es für eine Neuaufstellung Deutschlands zu durchschlagen gilt, ist immens groß und die diversen Stränge, die ihn bilden, haben sich über die Jahre fest verzurrt und sind verfilzt. Wo anfangen, wo ansetzen sind Kernfragen im Umfeld limitierter Finanzressourcen, grundgesetzlicher Anforderungen, wirtschaftlicher-, außen- und sicherheitspolitischer Herausforderungen. Irgendwie scheint alles mit allem zusammenzuhängen. Und weil es so ist, hilft letztlich wohl nur mutige Vereinfachung.

Drei schlichte Fragen klären die Grundlagen: Wo erleben die Menschen in Deutschland Politik unmittelbar, wie entsteht das Bruttosozialprodukt und wer finanziert die Investitionen derer, die es produzieren? Die Antworten helfen womöglich weiter, konstruktiv und zukunftsgerichtet Politik in Deutschland zu gestalten. Handlungsfähige und sichere Kommunen sorgen für positive politische Naherfahrung und stärken das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ein funktionierendes politisches System. Der Mittelstand ist Motor und Beschäftigungsanker der deutschen Wirtschaft und die Regionalbanken mit dem Kern der Sparkassen sowie Volks-und Raiffeisenbanken ihr wichtigster Finanzier.

Daran ausgerichtet könnte das politisches Grundkonzept für eine Politikwechsel formuliert werden, zumal eines, dessen Blaupause kaum mehr als drei Seiten eines Koalitionsvertrages benötigt. Denn was dazu notwendig ist, haben kommunale Spitzenverbände, Mittelstandsvertreter und Bankenverbände längst erarbeitet und niedergeschrieben, in Bayern und im Bund. Nicht alles in ihren Papieren muss als wohlfeil gelten, aber der überwiegende Teil ist durchdacht und hilfreich. Ihn können, ja sollten sich die politischen Akteure zu eigen machen – ideologiefreies Praktikerwissen als Grundlage dafür, sich nicht wieder in Verhandlungen über Spiegelstriche zu verheddern. Die Zeiten abgehobener Politik müssen ein Ende finden. Politische Erdung durch fachliche Expertise tut Not und wäre ein echter Politikwechsel.

Unbestritten würde das in vielen Politikfeldern zur Rosskur und auch deutlichen Einschnitten in über Jahrzehnten aufgebauten wohlfahrtsstaatlichen Besitzständen führen. Ein weniger an Staat in der Breite und dafür Fokussierung auf staatliche Kernleistungen wären die positive Folge. Zugleich eröffnet das Spielräume, den Deutschen Sorgen im Bereich der inneren wie äußeren Sicherheit, Zuwanderung und Wirtschaftsentwicklung zu nehmen. Der Handlungsbedarf bei diesen Metathemen ist drängend und immens.

Der wohl künftige Bundeskanzler Friedrich Merz ist bei alledem womöglich freier als mancher seiner Vorgänger. Er muss – schon altersbedingt – nicht auf seine Wiederwahl zielen. Die Amtszeiten von Konrad Adenauer, Helmut Kohl und Angela Merkel wird er kaum toppen (wollen). In eine Reihe mit Adenauer und Kohl treten kann er dagegen sehr wohl. Jedenfalls dann, wenn er einen epochalen Politikwechsel einleitet, gestaltet und sich damit um Deutschland und Europa verdient macht. Mit ihm wird sich zudem ganz wesentlich entscheiden, ob es gelingt, bei der nächsten Bundestagswahl wieder vermehrt Wähler und Wählerinnen von den Rändern in die politische Mitte zu holen. ❐

Über unseren Autor

Der an der Ludwig-Maximilians-Universität in München promovierte Politikwissenschaftler Jürgen Gros (*1969) war zwei Jahrzehnte im Management verschiedener bayerischer Verbände tätig, zuletzt als Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Schwerpunktmäßig beschäftigt er sich mit finanzwirtschaftlichen und mittelstandspolitischen Themen. ❐

LfA-Förderbilanz 2024:

Mittelstand investiert trotz herausfordernder Umstände

2024 war für die LfA Förderbank Bayern ein verhaltenes Förderjahr. Das Kreditvolumen für die Unternehmen und Kommunen in Bayern lag insgesamt bei knapp über 1,7 Milliarden Euro. Davon wurden 1,35 Milliarden im Rahmen des Kerngeschäfts der LfA, den programmgebundenen Förderkrediten, vergeben – gegenüber dem Vergleichswert aus dem Vorjahr ist das ein Rückgang um 15,5 Prozent. Insgesamt haben über 3.500 Unternehmen und Kommunen im vergangenen Jahr auf Angebote der LfA zurückgegriffen.

Dabei führten vor allem die durch die herausfordernde konjunkturelle Lage bedingte Investitionszurückhaltung und ein hoher EU-Referenzzinssatz zu einer gegenüber dem Jahr zuvor insgesamt rückläufigen Fördernachfrage 2024. Die Senkung des EU-Referenzzinssatzes zu Jahresbeginn macht Förderkredite jetzt wieder attraktiver und dürfte sich positiv auf die Fördernachfrage auswirken. Bereits gegen Jahresende ging der Trend wieder nach oben. Die Fördernachfrage in den letzten beiden Quartalen war im Jahresverlauf am höchsten. Über das gesamte Jahr 2024 hinweg stabil entwickelt hat sich insbesondere die Gründungsförderung. Im Vergleich zu 2023 gab es dabei einen leichten Anstieg der Darlehenszusagen auf über 470 Millionen Euro. Mehr als 40 Prozent davon flossen in die Finanzierung von Unternehmensnachfolgen.

Zuwachs beim Innovationskredit 4.0

Einen Zuwachs um über 7 Prozent gab es auch beim Innovationskredit 4.0, dem Spezialkredit der LfA zur Innovationsförderung. Diese Förderdarlehen von insgesamt knapp 200 Millionen Euro haben knapp 500 Unternehmen in erster Linie zur Finanzierung von Innovations- und Digitalisierungsvorhaben genutzt. Mit einem Zusagevolumen von knapp 550 Millionen Euro lag ein weiterer Schwerpunkt der LfA-Förderung 2024 auch wieder auf der Finanzierung von Wachstums- und Modernisierungsmaßnahmen.

Nachdem das Förderangebot der LfA bereits 2024 an mehreren Stellen optimiert wurde, sind für dieses Jahr deutliche Erweiterungen geplant: So werden die Darlehenshöchstbeträge bei Förderkrediten deutlich erhöht, die Risikoentlastungen aufgestockt und der Antragstellerkreis in vielen Förderprogrammen deutlich vergrößert.

Mut zur Veränderung

Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger zur LfA-Förderbilanz 2024: „Unternehmen und Kommunen, die im vergangenen Jahr Förderungen in Anspruch genommen haben, zeigen den Mut zur Veränderung und investieren – genau das, was wir heute brauchen. Gleichzeitig macht die rückläufige Nachfrage deutlich, wie herausfordernd die aktuelle Investitionslage ist. Damit Bayern auch weiterhin Spitzenreiter bleibt, bauen wir das Unterstützungsinstrumentarium der LfA deutlich aus. Ein Beispiel dafür ist die angestoßene VC4Start-ups-Initiative, mit der wir neue Fondsgenerationen für Start-ups ins Leben rufen. Durch den Ausbau wird die LfA künftig noch mehr Unternehmen attraktive Finanzierungslösungen bieten können."

Attraktive Förderangebote

Dr. Bernhard Schwab, Vorstandsvorsitzender der LfA: „Die zahlreichen Unsicherheiten haben 2024 viele Unternehmen bei ihren Investitionsentscheidungen zögern lassen. Erfreulicherweise konnten wir mit unseren Förderangeboten trotzdem mit dazu beitragen, dass insbesondere das Gründungsgeschehen in Bayern nicht nachgelassen hat. Auch mit Blick auf die mittlerweile günstigere Entwicklung des EU-Referenzzinssatzes sowie den anstehenden Ausbau des LfA-Förderangebots setzen wir darauf, dass in diesem Jahr die Förderzahlen und damit das Investitionsgeschehen auch insgesamt wieder steigen." ❐

Geschäftsentwicklung 2024:

LBS Süd gewinnt Marktanteile

Im vergangenen Jahr konnte die LBS Landesbausparkasse Süd ihr Bausparneugeschäft in einem herausfordernden Marktumfeld stabil halten. 2024 schlossen die Menschen in Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz mehr als 223.000 LBS-Verträge über eine Bausparsumme von knapp 16,3 Mrd. Euro ab. Mit diesem Ergebnis hat die LBS Süd den Marktanteil in ihrem Geschäftsgebiet auf 37,2 Prozent ausgebaut (Vorjahr: 33,7 Prozent). Der Bestand an Bauspareinlagen lag zum Ende des Jahres 2024 bei 32,4 Mrd. Euro.

„Wir sind zwar mitten in den Fusionsprojekten, aber bereits heute lässt sich sagen, dass der Zusammenschluss der LBS Südwest und der LBS Bayern zur größten Landesbausparkasse Deutschlands ein voller Erfolg ist", zeigt sich Stefan Siebert, Vorsitzender des Vorstands der LBS Süd, zufrieden. „Mit einem Neugeschäft von 16,3 Mrd. Euro konnte die LBS Süd in ihrem zweiten Geschäftsjahr an das Vorjahresergebnis anknüpfen und damit in einem herausfordernden Umfeld Marktanteile hinzugewinnen. Die Ergebnisse vor der Zinswende 2022 wurden sogar übertroffen."

Das gesamte Finanzierungsneugeschäft (Bewilligungen) der LBS Süd ist 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 14 Prozent auf gut 3,1 Mrd. Euro gestiegen. Mit 1,5 Mrd. Euro entfiel knapp die Hälfte des Neugeschäftsvolumens auf Bauspardarlehen. Rund 1,6 Mrd. Euro der LBS-Bewilligungen waren Kredite für Vor- und Zwischenfinanzierungen sowie sonstige Baudarlehen.

Die Kreditauszahlungen der LBS Süd beliefen sich 2024 auf knapp 3,3 Mrd. Euro. Inklusive der Bausparguthaben stellte die LBS Süd ihren Kundinnen und Kunden im vergangenen Jahr rund 7,8 Mrd. Euro (+0,6 Prozent) zur Verfügung. Der Kreditbestand betrug zum Jahresende 24,4 Mrd. Euro.

Besonders gefragt sind im aktuellen Zinsumfeld weiterhin Bauspardarlehen. Die Summe der Auszahlungen stieg 2024 um rund 29 Prozent auf 1,5 Mrd. Euro. Bausparen erfüllt damit wieder seinen ursprünglichen Zweck als verlässlicher Finanzierungsbaustein mit langfristig festen und günstigen Zinsen. Wer einen zuteilungsreifen Bausparvertrag hat, kann jetzt bei der Baufinanzierung davon profitieren.

Knapp 40 Prozent des bewilligten Darlehensvolumens wurden zur Entschuldung bestehender Kredite eingesetzt. Der Kauf einer Wohnung, eines Eigenheims oder eines Mehrfamilienhauses ist mit gut 30 Prozent der zweitgrößte Verwendungszweck, gefolgt von Modernisierungen mit knapp 20 Prozent. Nur knapp sechs Prozent des bewilligten Darlehensvolumens wurden zur Finanzierung von Neubauten genutzt.

Neues Tarifangebot

Einer der wichtigsten Meilensteine im Rahmen der Fusionsaktivitäten der LBS Süd war die Einführung einer neuen einheitlichen Tarifgeneration für das gesamte Geschäftsgebiet. Seit Oktober vergangenen Jahres können Kundinnen und Kunden in Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz aus insgesamt sechs Tarifvarianten wählen, die auf unterschiedliche Kundenbedürfnisse ausgerichtet sind – vom Eigenkapitalaufbau über die Finanzierung der eigenen vier Wände bis hin zu Modernisierungs- und Energiesparmaßnahmen. Insbesondere für junge Menschen, die noch nicht genau wissen, ob und wann sie in die eigenen vier Wände ziehen wollen, hat die LBS einen Tarif mit höheren Guthabenzinsen im Programm. Hier steht das Sparen mit Unterstützung durch staatliche Förderungen im Vordergrund. Angeboten wird zudem erstmals auch eine Tarifvariante, welche die Verwendung für bestimmte energieeffiziente Maßnahmen mit einem aktuell um 0,3 Prozentpunkte vergünstigten Darlehenszins belohnt. Die bezuschussten energieeffizienten Maßnahmen sind an den gesetzlichen Vorgaben der Taxonomieverordnung orientiert.

Das vorläufige Betriebsergebnis 2024 der LBS Süd liegt bei rund 55 Mio. Euro und damit etwa zehn Prozent unter dem Vorjahreswert. Belebung am Immobilienmarkt

Nach dem Einbruch infolge der Zinswende 2022 hat sich der Markt für Wohnimmobilien im vergangenen Jahr wieder leicht erholt. Gründe dafür sind unter anderem die Stabilisierung der Bauzinsen und die Beruhigung der Inflation, die den Schritt ins Eigenheim für die Menschen wieder berechenbarer machen. Darüber hinaus erhöhen die steigenden Mieten die Attraktivität von Wohneigentum. Dies hat zu einer leichten Belebung insbesondere im Bestandsmarkt geführt.

Angesichts der aktuell herausfordernden wirtschaftlichen und weltpolitischen Rahmenbedingungen rechnet die LBS Süd für das Geschäftsjahr 2025 mit einem Neu- und einem Finanzierungsgeschäft, das sich etwa auf Höhe des Vorjahres bewegen wird. ❐

Bayerns Finanzpolitik erhält erneut Spitzenrating

„Wir führen unsere Finanzpolitik in Bayern auf Spitzenniveau fort. Der Freistaat erhält dafür auch 2025 von Standard & Poor's erneut das Bestenrating ‚AAA/A-1+' mit stabilem Ausblick. Die renommierte Ratingagentur bewertet damit Bayerns Haushaltsführung und Finanzpolitik weiterhin auf der höchstmöglichen Stufe", betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich der Veröffentlichung des aktuellen Ratingberichts.

„Das Rating zeigt: Trotz der Vielzahl an Herausforderungen und Unsicherheiten in Deutschland, insbesondere auf Bundesebene, bleibt Bayerns Ruf als Garant für politische und finanzielle Stabilität ungebrochen. Der Freistaat steht seit jeher für finanzpolitische Stabilität. Mit seriöser Planung, zielgerichteter Priorisierung und effizientem Haushaltsvollzug werden wir auch künftig die Weichen für eine attraktive, prosperierende und generationengerechte Zukunft stellen", so Füracker weiter.

Nach Angaben des Finanzministeriums beruht das Spitzenrating für Bayern insbesondere auf den stabilen politischen Rahmenbedingungen, dem soliden Finanzmanagement sowie der nach wie vor widerstandsfähigen Wirtschaft im Freistaat. Zudem ist auch die starke Liquiditätslage und niedrige Verschuldung im nationalen wie auch internationalen Vergleich ein wesentlicher Faktor. Standard & Poor's gehört zu den weltweit führenden Ratingagenturen, die jährlich Wirtschaftsunternehmen, Banken, Staaten und Länder hinsichtlich ihrer Bonität analysieren und bewerten. ❐

Münchener Hypothekenbank:

Hypothekenpfandbrief setzt Akzente am Kapitalmarkt

Die erste Benchmark-Emission der Münchener Hypothekenbank in diesem Jahr stieß auf eine sehr große Nachfrage bei den Investoren. Der Hypothekenpfandbrief mit einem Volumen von 500 Mio. Euro hat eine Laufzeit von zehn Jahren und einen Kupon von 2,75 Prozent. Das Orderbuch wurde bei einem Gesamtvolumen von rund 930 Mio. Euro geschlossen.

Das starke Investoreninteresse spiegelt sich auch in der Preisgestaltung wider: Die Emission wurde mit 49 Basispunkten über Swap-Mitte angekündigt, jedoch mit einem Spread von 44 Basispunkten über Swap-Mitte begeben. Insgesamt wurden 45 Orders aus acht Staaten eingereicht. Der regional größte Anteil des Emissionsvolumens kam mit über 80 Prozent aus Deutschland, gefolgt von Südeuropa sowie Investoren aus Österreich und der Schweiz. Größte Investorengruppe waren mit 77 Prozent des Emissionsvolumens Banken.

„Das begrenzte Angebot an Pfandbriefen in den letzten Wochen eröffnete ein günstiges Zeitfenster für die Platzierung einer zehnjährigen Anleihe, die hervorragend in unser Fälligkeitsprofil auf der Passivseite passt", sagte Rafael Scholz, Leiter Treasury der Münchener Hypothekenbank.

Die Transaktion begleiteten BNP Paribas, Commerzbank, DZ Bank, Landesbank Baden-Württemberg, NORD/LB und UniCredit. Die Ratingagentur Moody's bewertet Hypothekenpfandbriefe der Münchener Hypothekenbank mit der Höchstnote Aaa. ❐

Es geht um viel mehr als nur die Mehrwertsteuer

Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich diskutiert neue Ansätze mit Dehoga-Bezirkschefin Rose Marie Wenzel

Mainkofen. Vereinsheime, Bürgerhäuser und die zunehmende Zahl an Firmenkantinen setzen der Gastronomie in Niederbayern zu. Mit dem Rückgang geht nicht nur ein großes Stück an Lebensqualität in den Ortschaften verloren, die langfristigen Auswirkungen gehen weit darüber hinaus – und viele Folgen sind noch gar nicht abzuschätzen.

Um über dieses Thema zu sprechen und einen neuen Vorschlag zu diskutieren, suchte Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich kürzlich das Gespräch mit Rose Marie Wenzel. Sie betrieb nicht nur viele Jahre das Ruderhaus und das Café Wiedemann in Deggendorf (wo sie zu Spitzenzeiten 75 Mitarbeiter beschäftigte), sondern ist auch seit fast 30 Jahren Bezirksvorsitzende des Dehoga (Bayerischen Hotel- und Gaststättenverband) in Niederbayern.



Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich mit Rose Marie Wenzel.

Bild: Bezirk Niederbayern, Manuela Lang

„Seit ich Bezirksvorsitzende bin, hat die Staatsregierung immer mehr Vereinsheime gefördert – mittlerweile in einem Ausmaß, dass es in manchen Orten mehrere Vereinsheime gibt, aber keinen Wirt mehr“, blickt Wenzel zurück. Die Folgen seien im ländlichen Raum auch in den Nachbarorten spürbar, wo sich Wirtshäuser kaum mehr halten können.

Seit einigen Jahren stellt die Dehoga-Bezirksvorsitzende einen weiteren Trend fest: „Nun werden leerstehende Wirtshäuser mit hohen staatlichen Förderquoten zu Bürgerhäusern umgebaut. Damit die Gemeinde einen passenden Betreiber findet, wird die Pacht niedrig angesetzt, was wiederum den Wettbewerb verzerrt.“ Auch Olaf Heinrich sieht die Förderung von Bürgerhäusern skeptisch. „Das macht dort Sinn, wo sich die Bürger selbst mit Anteilen etwa in Form einer Genossenschaft einbringen und das Haus dann auch wirklich belebt ist.“ Es sei aber nicht in jedem Fall eine wirklich intensive Nutzung zu verzeichnen.

Folgenreich ist aus Sicht von Heinrich auch, dass immer mehr Firmen für ihre Mitarbeiter Kantinen einrichten, was wiederum die Gastronomiebetriebe schwächt. „Es gibt Modelle, bei denen der Arbeitgeber bewusst auf eine Kantine verzichtet und stattdessen seinen Mitarbeitern Essensgutscheine für die lokale Gastronomie anbietet“, erklärte er und bat Rose Marie Wenzel um eine Einschätzung, ob dies aus ihrer Sicht sinnvoll ist.

Prinzipiell befürwortet sie solch ein Modell, gibt jedoch zu bedenken, dass mittlerweile die Wege zwischen Firmen und Wirtshäusern länger geworden sind, weil sich vor allem größere Unternehmen außerhalb der Zentren ansiedeln. „Da die Menschen aber gerade in der Mittagspause wenig Zeit haben, würde sich hier eher eine Belieferung anbieten, als die Einkehr vor Ort.“

Marktverzerrende Wirkung

Manche Kantinen bieten ihr sehr günstiges Essen aber nicht nur für die eigenen Mitarbeiter an, sondern öffnen sich auch für die Öffentlichkeit. Dies zu ändern, wäre schon mal ein erster Schritt. „Ein Mittagessen für 4,50 Euro ist hoch subventioniert, da kann ein Wirt einfach nicht mithalten. Es muss nicht sein, dass Kantinen öffentlich zugänglich sind.“ Dass dies teilweise in öffentlichen Behörden der Fall sei, habe ebenfalls eine marktverzerrende Wirkung.

Für die Gastronomie geht es um weit mehr als nur um die Senkung der Mehrwertsteuer, da waren sich beide einig. „In den vergangenen Jahren gab es für sehr viele Vorhaben staatliches Geld, nun sehen wir die Leistungsfähigkeit des Staates gefährdet und es ist Zeit, bei den Subventionen den Rotstift anzusetzen“, ist Olaf Heinrich überzeugt. Auch Rose Marie Wenzel plädiert dafür, dass die Politik den Menschen wieder mehr die Möglichkeit geben solle, sich selbst zu entfalten und etwas zu erwirtschaften. „Dann floriert auch die Wirtschaft“, ist sie überzeugt.

Die Zeit drängt jedenfalls, denn die Gastronomie ist ein zentraler Hebel, um den ländlichen Raum attraktiv zu halten. Die Auswirkungen fehlender Einkehrmöglichkeiten in den Ortschaften auf den Tourismus seien noch gar nicht abschätzbar. Genauso sieht Heinrich die Funktion von Wirtshäusern als traditionellem Begegnungsort. „Wo diese immer häufiger fehlen und die Menschen sich in ihren unterschiedlichen Meinungen und Biografien nicht mehr begegnen können, wird auch die Demokratie zunehmend gefährdet.“ Noch dazu kommt, dass die Attraktivität der Innenstädte weiter leiden wird, wenn es dort immer weniger gastronomische Angebote gibt. „Welchen Vorteil hat dann ein Büro in der Innenstadt noch?“, stellte Heinrich in Frage. „Lebendige Ortskerne sind ohne Gastronomie nicht vorstellbar.“

Die Auswirkungen für einzelne Orte und ganze Regionen seien sehr bedenklich, darin waren sich beide einig und Rose Marie Wenzel bedankte sich beim Bezirkstagspräsidenten für den Anstoß, einen Bewusstseinswandel auf verschiedenen Ebenen einzuleiten: „Denn es geht um viel mehr als nur die Mehrwertsteuer – es geht um Lebensqualität und Stadtentwicklung bis hin zum Erhalt unserer Demokratie.“ Der Bezirkstagspräsident ergänzte: „Und es geht auch um die Rückkehr oder die Stärkung des Leistungsprinzips.“ ❐

Bund der Steuerzahler in Bayern:

Kritik an geplantem Schulden-Exzess des Bundes

Der Bund der Steuerzahler in Bayern kritisiert die Pläne der Union und SPD, neue Schulden von 500 Mrd. Euro für Infrastrukturmaßnahmen aufzunehmen sowie die geplante Ausnahme von der Schuldenbremse auf das Heftigste: „Zur Erinnerung: Alles was über 1 Prozent des BIP für die Verteidigung ausgegeben wird, soll nicht mehr unter die Schuldenbremse fallen, dies sogar ohne Obergrenze. Experten sprechen hier von 400 Mrd. bis 1.000 Mrd. Euro! Das, was jetzt im Raum steht und ab dieser Woche im Bundesrat verhandelt wird, ist ein wahrer Schuldenexzess“, teilt der BdSt mit.

„Man sollte sich dabei nicht vom zeitlichen Horizont von fünf Jahren täuschen lassen, denn am Schluss droht uns alleine beim Bund durch diese Sonderschulden ein zusätzlicher Schuldenberg in Billionenhöhe! Es ist deshalb höchste Zeit, das Kind beim richtigen Namen zu nennen: Es sind ‚Sonderschulden‘ und kein ‚Sondervermögen‘, unterstreicht Steuerzahlerpräsident Rolf von Hohenhau.

Die Schuldenbremse sei eines der elementaren Wahlkampfthemen gewesen. Die Bürger hätten sich für deren Beibehaltung ausgesprochen. Dies nun zu hintergehen, wäre aus Sicht des Steuerzahlerbundes ein klarer Bruch eines Wahlversprechens. Präsident von Hohenhau weiter: „Die geplante Verschuldung ist exorbitant, gefährdet die finanzielle Stabilität und nimmt uns die Handlungsfähigkeit in der Zukunft. Ich warne deshalb ausdrücklich vor diesen langfristigen Zinslasten und potenziellen Steuererhöhungen. Statt neuer Schulden sollten Einsparungen und effizientere Investitionen priorisiert werden. Bürokratische Hürden verzögern Infrastrukturprojekte, daher braucht es ein ‚Investitionsbeschleunigungsgesetz‘.“

Der Bund der Steuerzahler zeigt sinnvolle Gegenvorschläge auf: Einsparungen und Umschichtungen im Haushalt, die Privatisierung von Bundesvermögen und Nutzung von Goldreserven könnten Alternativen sein. Eine gemeinsame EU-Verteidigungspolitik könnte Kosten senken. Die militärische Effizienz sollte gesteigert werden, statt nur auf teure Waffensysteme zu setzen. Ukraine-Hilfen sollten stärker konditioniert und mit Gegengeschäften verknüpft werden. Transparenz und klare Tilgungspläne seien essenziell, um finanzielle Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Ein Politikwechsel sei notwendig, um langfristige wirtschaftliche Stabilität zu sichern.

Weitere Vorschläge siehe: https://steuerzahler.de/bayern/presseinbayern/news/statement-zum-geplanten-schuldenpaket-der-groko/ ❐

BayernLB-Jahresergebnis 2024 übertrifft das Vorjahr

Mit solider Eigenkapitalausstattung für herausforderndes Umfeld gerüstet

Die BayernLB hat auf Basis vorläufiger Ergebniszahlen im Jahr 2024 ein Ergebnis vor Steuern von 1.579 Mio. Euro erreicht und damit das Vorjahr leicht übertroffen (Vj.: 1.441 Mio. Euro). Zum Jahresergebnis haben alle Segmente einen positiven Ergebnisbeitrag geleistet.

„Das Jahresergebnis 2024 haben wir mit einem ausgewogenen Geschäftsmodell und unserer starken Tochter DKB erzielt. Hilfreich dabei war für uns wie für die gesamte Branche der Rückenwind aus der Zinssituation. Mit unserer soliden Kapitalausstattung von mehr als 18 Prozent gehen wir gut gerüstet in geopolitisch und konjunkturell herausfordernde Zeiten und bleiben als verlässlicher Partner an der Seite unserer Kunden“, so Stephan Winkelmeier, CEO der BayernLB.

Der Zinsüberschuss des BayernLB-Konzerns lag bei 2.720 Mio. Euro (Vj.: 2.919 Mio. Euro), wobei der Wert wesentlich durch das Einlagengeschäft der DKB begünstigt war. Der Provisionsüberschuss stieg auf 531 Mio. Euro (Vj.: 473 Mio. Euro) und war geprägt durch Erträge aus dem Kartengeschäft der DKB, dem Kreditgeschäft im Konzern sowie dem Fondsgeschäft der Asset-Management-Gesellschaften.

Aufgrund der anhaltenden konjunkturellen Schwäche insbesondere im Heimatmarkt Deutschland sowie der zögerlichen Entwicklung auf den Immobilienmärkten bildete der BayernLB-Konzern mit -491 Mio. Euro deutlich mehr Risikovorsorge als im Vorjahr. Bei der BayernLB wurde Risikovorsorge vor allem im Geschäftsfeld Immobilien gebildet, was im Wesentlichen auf Einzelfälle bei Projektentwicklungen in Deutschland und Bestandsbüroimmobilien in den USA zurückzuführen ist. Zuführungen bei der DKB betrafen sowohl den Bereich „Privatkunden“ als auch Einzelfälle im Bereich „Geschäftskunden“. Die NPL-Quote, die den Anteil notleidender Kredite am Gesamtkreditvolumen abbildet, erhöhte sich dadurch auf 1,2 Prozent (Vj.: 0,9 Prozent).

Das Fair-Value-Ergebnis stieg auf 360 Mio. Euro (Vj.: 226 Mio. Euro) und war unter anderem geprägt vom Geschäft mit Emissionszertifikaten und mit Edelmetallen. Die sonstigen Ergebnisbestandteile betrugen 159 Mio. Euro (Vj.: -159 Mio. Euro) und wurden von außerordentlichen Ergebniseffekten, u.a. Beitragserstattungen und Rückstellungsauflösungen, begünstigt. Das negative Ergebnis im Vorjahr ging insbesondere auf Belastungen aus dem Abbau von Non-Core Portfolien sowie aus Wertpapier- und Zinssicherungsgeschäften aufgrund des Zinsanstiegs zurück.

Der Verwaltungsaufwand des BayernLB-Konzerns blieb mit 1.602 Mio. Euro stabil (2023: 1.617 Mio. Euro). Die Aufwände aus Bankenabgabe und Einlagensicherung reduzierten sich im Konzern auf 51 Mio. Euro (Vj.: 128 Mio. Euro). Dies entspricht den Pflichtbeiträgen zur Einlagensicherung i.H.v. 51 Mio. Euro (Vj.: 58 Mio. Euro), da durch das bereits geleistete Beitragsvolumen die Bankenabgabe wegfiel.

Die Bilanzsumme des BayernLB-Konzerns lag bei 267,7 Mrd. Euro (31.12.2023: 273,4 Mrd. Euro). Die risikogewichteten Aktiva (RWA) stiegen aufgrund von strategischem Wachstum und vor dem Hintergrund der konjunkturellen Entwicklung auf 70,0 Mrd. Euro (31.12.2023: 64,5 Mrd. Euro).

Der Konzern verfügt mit einer CET1-Quote von 18,6 Prozent (31.12.2023: 19,3 Prozent) weiterhin über eine auch im Branchenvergleich solide Kapitalausstattung.

Die Cost-Income-Ratio (CIR) verbesserte sich im Jahr 2024 auf 42,5 Prozent (Vj.: 46,8 Prozent), während die Eigenkapitalrentabilität (RoE) 12,8 Prozent betrug (Vj.: 12,7 Prozent).

Für das Jahr 2025 erwartet der BayernLB-Konzern ein Ergebnis vor Steuern von mehr als einer Milliarde Euro. Die Prognose ist angesichts hoher geopolitischer Risiken sowie der Inflations- und Zinsentwicklung mit einem erhöhten Maß an Unsicherheit behaftet.

Weitere Details werden im Rahmen der Bilanzpressekonferenz am 11. April veröffentlicht. ❐



Bestens abgesichert.

Frühzeitig vorsorgen mit der **PlusPunktRente**!

Die BVK Zusatzversorgung bietet mit der PlusPunktRente die optimale Absicherung fürs Alter – zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente.

- hohe garantierte Rente
- staatliche Förderung
- keine Vermittlungsprovision
- flexible Beitragsgestaltung
- sichere Versorgung aus einer Hand

Beratungstermin

Jetzt informieren und beraten lassen!
Einfach QR-Code scannen und Beratungstermin vereinbaren.

BVK Bayerische Versorgungskammer Zusatzversorgung

Jetzt anmelden! UNSER NEWSLETTER www.bvk-zv.de/Newsletter
Jetzt lesen! UNSER MAGAZIN www.bestens-abgesichert.de
Folgen Sie uns! UNSERE SOCIAL MEDIA ACCOUNTS bvkzusatzversorgung

Bayerische Sparkassen 2024:

Jahr der Normalisierung und Stabilität

Vergangenes Jahr haben die 56 bayerischen Sparkassen ihre Erträge weiter stabilisiert. „Damit können sie ihre Rolle als Finanzierungspartner Nummer eins in den bayerischen Regionen weiterhin zuverlässig ausfüllen", stellte Matthias Dießl, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, bei der Präsentation der Geschäftsergebnisse 2024 in München fest.

Nachdem der massive Einlagenzustrom der Negativzinsjahre 2023 unterbrochen wurde, nahmen die Einlagen 2024 insgesamt wieder um 3,6 Prozent auf 203,4 Mrd. Euro zu. Über 80 Prozent davon kommen von privaten Kunden, die sogar 3,9 Prozent mehr bei ihren Sparkassen einlegten und jetzt für einen Einlagenbestand von 154,9 Mrd. Euro stehen. Dießl zeigte sich erfreut, dass die Menschen ihrer Sparkasse wieder deutlich mehr Anlagen anvertrauen: „Das sind Mittel aus der Region, die wir wieder in der Region für Kredite einsetzen. Damit bleibt der regionale Geldkreislauf in Schwung."

Ein Großteil der Einlagen floss in Termingelder und Eigenemissionen (Festgeld, Spareinlage und Sparbrief), doch auch die Sichteinlagen stiegen wieder leicht an (2024: +1,9 Prozent, 2023: -12,1 Prozent). Spareinlagen hingegen wurden auch 2024 wieder reduziert (-3,3 Mrd. Euro), allerdings nicht mehr im selben Ausmaß wie 2023 (-7,1 Mrd. Euro).

Zuwachs beim Wertpapiergeschäft

Fortgesetzt hat sich auch das Wachstum des Wertpapiergeschäfts: Der Umsatz im Kundenwertpapiergeschäft stieg um 22,3 Prozent auf 36,6 Mrd. Euro. Gehandelt wurden vor allem festverzinsliche Wertpapiere und erstmals wieder vermehrt Investmentfonds (+37,9 Prozent). Trotz hoher Lebenshaltungskosten bildeten die Kunden im vergangenen Jahr 9,5 Mrd. Euro an neuem Geldvermögen, davon 8,1 Mrd. bei privaten Kunden (+248 Prozent). Der Einlagenüberhang der bayerischen Sparkassen wuchs 2024 auf nunmehr 32 Mrd. Euro. Damit konnten sie auch im dritten Jahr nach der Zinswende wieder steigende Zinserträge erzielen.

Der Kreditbestand nahm leicht zu (+0,9 Prozent auf 171,8 Mrd. Euro), aufgrund der wirtschaftlichen Stagnation in Deutschland gehört das Kreditjahr 2024 aber mit dem vorigen zu den schwächsten der vergangenen 15 Jahre. Die Zinswende in 2022 und die wirtschaftliche Unsicherheit im Jahr darauf hatten zu geringerer Darlehensnachfrage geführt, was zusammen mit anstehenden Tilgungen ein verlangsamtes Wachstum im Kreditbestand nach sich zieht.

Das Kreditneugeschäft erholte sich 2024 leicht: Nach einem Einbruch um knapp ein Drittel (-32,2 Prozent) im Jahr 2023 wuchsen die Darlehenszusagen ausgehend von diesem niedrigen Niveau um 7,3 Prozent. Die Darlehenszusagen an Unternehmen und Selbstständige, die über die Hälfte der Neukredite ausmachen, nahmen dabei um nur 0,2 Prozent zu, sie betrugen 14 Mrd. Euro. Im Neugeschäft mit privaten Kunden zeigt sich hingegen ein Zuwachs von 20,7 Prozent (2023: -41,6 Prozent).

Trendwende im Immobiliengeschäft

Eine leichte Trendwende erlebte 2024 das Immobiliengeschäft der bayerischen Sparkassen: Ausgehend vom niedrigen Niveau der Vorjahre (2023: -43 Prozent, 2022: -12 Prozent) wurden insgesamt 21,7 Prozent mehr Wohnungsbaufinanzierungen abgeschlossen als 2023, davon fast zwei Drittel von Privatkunden. Der größte Teil fließt allerdings nicht in den Neubau, sondern in den Erwerb und die Sanierung von Immobilien.

SVB-Präsident Dießl zufolge „liegt hier eine große gesellschaftspolitische Verantwortung für die neue Bundesregierung: Die Zahl der Baugenehmigungen ist 2024 wieder gesunken, mit Blick auf den Wohnungsmarkt und die Altersvorsorge muss die Wohneigentumsquote in Deutschland aber steigen. Die Förderung des Wohnungsbaus und der Abbau von Bürokratie sollten weit vorne auf der Agenda stehen. Die Standards und infolgedessen die Kosten müssen sinken – ein Neubau mit etwas geringeren Klimaschutzstandards dürfte oft mehr bringen als so mancher wenig sanierter Altbau."

Nach einem Jahrzehnt der Null- bis Negativzinsen stabilisierte sich der Zinsüberschuss auf einem auskömmlichen Niveau (-1,8 Prozent nach +33 Prozent in 2023). Das deutliche Wachstum im Provisionsüberschuss von 6,5 Prozent wurde allein durch einen Anstieg im Verwaltungsaufwand verbraucht. Die Cost-Income-Ratio stieg leicht auf 53,1 Prozent (2023: 51,2 Prozent). Nicht erreicht wurde 2024 mit 2,97 Mrd. Euro das 2023 erzielte Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von 3,065 Mrd. Euro. Die Bilanzsumme erhöhte sich von rund 254,9 (2023) auf 260,5 Milliarden Euro (+ 2,2 Prozent).

Stabile Partner

Matthias Dießl ordnete das „gut auskömmliche Ergebnis" als wichtigen Schritt für die kommunal getragenen Sparkassen in Bayern ein: „Unsere mittelständischen Kunden müssen wissen, dass sie in uns stabile Partner haben, die ihnen in Transformations- und Stagnationszeiten den Rücken stärken können. Gerade für die kommende Zeit liegt hier ein Schwerpunkt unserer Arbeit und wir werden diese Aufgabe erfüllen." Besonders bedeutsam werde das Ergebnis mit Blick auf die finanzielle Resilienz und Krisenvorsorge der Sparkassen. Angesichts der aktuellen hohen makroökonomischen und geopolitischen Unsicherheiten hätten auch die BaFin und die Deutsche Bundesbank die deutschen Kreditinstitute nachdrücklich dazu aufgefordert, ihre Widerstandsfähigkeit zu erhalten und zu verbessern. Dazu gehöre auch, die verbesserte Ertragslage weiterhin für eine angemessene Risikovorsorge zu nutzen und die Mittel nicht anderweitig zu verwenden.

Der Aufbau von Eigenkapital sei daher jetzt schon deshalb notwendig, um dem unsicheren Marktumfeld – voraussichtlich sinkende Zinsergebnisse und rezessionsbedingte Kreditausfälle – begegnen zu können. Hinzu kämen kontinuierlich ansteigende bankaufsichtsrechtliche Eigenmittelanforderungen wie die Erhöhung der Kapitalanforderungen durch Basel III/CRR III seit Jahresbeginn 2025.

Geringere Kreditvergabe

Die Verschärfungen der Bankenaufsicht belasten laut Dießl potenziell die Kreditvergabe, denn aufsichtsrechtliche Kapitalquoten und die vorgeschriebene Eigenmittelbindung für Kredite wirkten sich hier direkt aus. Insgesamt würden sie eine potenziell geringere Kreditvergabe von rund 50 Milliarden Euro bedeuten. Eigenkapital werde also immer mehr zum Engpassfaktor. Deshalb warnte der SVB-Präsident: „Vor diesem Hintergrund müssen wir die aktuelle Ertragslage dringend zu Stärkung des Eigenkapitals nutzen, damit wir auch künftig Kreditklemmen ausschließen können. Sparkassen müssen ihre Rolle als stabile und verlässliche Finanzpartner weiter festigen, sowohl für die mittelständische Wirtschaft als auch für die Privatkunden ihrer Heimatregion."

Modern, flexibel, nahbar

Dass die bayerischen Sparkassen nach wie vor trotz zunehmendem Mobile- und Online-Banking modern, flexibel und nahbar seien, darauf verwies Stefan Proßer, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern. Jährlich investierten die Kreditinstitute mindestens 50 Mio. Euro in ihr Geschäftsstellennetz, für 2025 seien sogar Investitionen von deutlich mehr als 70 Mio. Euro geplant. Dazu zählten jährlich ca. 10 neu gestaltete Geschäftsstellen und Beratungscenter, bis zu 10 komplett neue SB-Filialen, Geldautomatenstandorte sowie über 20 Renovierungen bestehender Geschäftsstellen.

Darüber hinaus würden im Zahlungsverkehr Innovationen vorangetrieben, die ihren Kunden zeitgemäße Bezahlverfahren sichern. Als aktuelle Neuerung nannte Proßer die Einführung des europäischen Bezahlsystems Wero (European Payments Initiative), mit dem in Echtzeit Geld gesendet und empfangen werden kann. Im Juli 2024 wurde Wero für P2P-Zahlungen gestartet, zur Jahresmitte 2025 ist die Freischaltung weiterer Funktionalitäten wie E- und M-Commerce geplant. „Mit Wero bauen wir bereits ein europaweit funktionierendes sicheres Zahlungssystem auf", ergänzte Präsident Dießl. „Insofern sehen wir keinen Nutzen eines Digitalen Euro für Endkunden, der letztlich auch nur genauso als digitales Zahlungssystem dienen würde. Die EZB sollte nicht als Aufsicht und Marktteilnehmerin gleichzeitig agieren."

Im laufenden Jahr 2025 erwarten die bayerischen Sparkassen ein stabiles operatives Geschäft. Vor dem Hintergrund der Entwicklung der Wirtschaftslage dürfte allerdings abermals eine wachsende Risikovorsorge erforderlich werden, hob Dießl hervor. Nach der Neuwahl des Deutschen Bundestags seien jetzt verlässliche Rahmenbedingungen und ein politischer Aufbruch unabdingbar. Deutschland stehe vor großen Aufgaben, die nur im engen Schulterschluss von Politik, Wirtschaft und Banken bewältigt werden können.

Regulierung und Bürokratie abmildern

„Regulatorische Lasten, die unsere Kunden und die Wirtschaft insgesamt belasten, haben immer weiter zugenommen. Mit Blick auf unsere Leistungsfähigkeit in Europa und die Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft fordern die bayerischen Sparkassen neue Impulse: Regulierung, Bürokratie und die Eigenkapitalunterlegung von Krediten müssen überdacht und abgemildert werden. Denn die EU braucht massiven Kapitaleinsatz, um ihren Investitions- und Innovationsrückstand gegenüber den USA und China aufzuholen. Hierzu können und wollen die Sparkassen wesentliche Beiträge leisten, brauchen aber Bedingungen, die einen Vorwärtsschub zulassen", unterstrich der SVB-Chef.

Angesichts der aktuellen Investitionszurückhaltung der Wirtschaft forderte er vor allem einen deutlich spürbaren Bürokratieabbau: „Bürokratie ist ein echtes Investitionshemmnis. Viele Mittelständler wären bereit, mehr unternehmerische Verantwortung zu übernehmen, werden aber durch fesselnde Bürokratie am Handeln gehindert. Mittlerweile wird das sogar in Brüssel so gesehen, die EU-Kommission sieht ein, dass sie mit ihrem ‚Mikromanagement' zu weit gegangen ist."

Der Bürokratieaufwand belaste Unternehmen und Verbraucher gleichermaßen. Gute Chancen für mehr Effizienz in der Wirtschaft sieht Dießl in der Omnibus-Initiative und dem Clean Industrial Deal der EU-Kommission: „Bürokratie abbau für europäische Unternehmen macht Europa handlungs- und wettbewerbsfähiger. Die Initiative kommt spät, aber als erster Schritt auf einem konsequenten Weg zur Entlastung der Unternehmen ist sie wichtig. Die Vereinfachungen sind sicher kein Kurzstreckenlauf, dürfen aber auch nicht zum Marathon werden." Der Präsident merkte jedoch an, dass es weiterhin Handlungsbedarf gibt, um auch die Bankenregulierung besser mit dem ESG-Regelwerk in Einklang zu bringen.

Dießl betonte, dass die EU-Kommission konsequent bleiben müsse und die umfangreichen Erleichterungen nun auch in der Bankenregulierung Eingang finden müssten: „So ist die Umsetzung nicht nur eine Frage der Gesetzgebung, sondern insbesondere der Bankenaufsicht, deren Interpretation und Anwendung vor Ort in den Prüfungen. Andernfalls droht die Umsetzung der hohen Dokumentationspflichten unseres Mittelstands indirekt über die Anforderungen an die Kreditwirtschaft und deren Weitergabe an die Kunden."

Private Altersvorsorge

Mit Blick auf die demografische Entwicklung plädierte Dießl für eine Reform der privaten Altersvorsorge. Mit einem staatlich geförderten privaten Altersvorsorgedepot, das es Bürgern ermögliche, kostengünstig in verschiedene Anlageformen zu investieren, könnten gleichzeitig die Kapitalmarktkultur in Deutschland gestärkt und Mittel für private Investitionen aufgebaut werden. Da das pAV-Reformgesetz jedoch völlig auf Eis liege, sollte die Gesetzesidee schnellstmöglich wieder aufgegriffen werden, um die steuerlich geförderte private Altersvorsorge langfristig auf ein stabiles Fundament zu stellen. Hinzukommen sollten weitere steuerliche Erleichterungen und speziell auch die staatliche Förderung privaten Wohneigentums.

EDIS-Vergemeinschaftung

Erneut griff Dießl auch die Haltung der deutschen Regionalbanken zu einer Vergemeinschaftung der Europäischen Einlagensicherung auf: „Wir werden nicht müde zu betonen, dass eine Vergemeinschaftung der EU-Einlagensicherung (EDIS) und damit vergemeinschaftete Risiken zu falschen Anreizen und einer Destabilisierung führt. Diese Haftungsgemeinschaft würde auch zu einer Einschränkung der Kreditvergabemöglichkeiten der Regionalbanken führen."

Die nationalen und als Einlagensicherungssysteme anerkannten Institutssicherungssysteme der Regionalbanken verhinderten Abwicklungen und griffen, bevor europäische Mittel eingesetzt werden müssen. Weder ein europäisches Einlagensicherungssystem noch ein Abwicklungsregime (CMDI) kämen damit bei Sparkassen zum Tragen, machte Dießl deutlich und forderte: „Aufgebaute Mittel müssen im nationalen System bleiben, um die dezentrale Struktur zu stärken, denn Sparkassen sind ein unverzichtbarer Teil der kommenden Savings and Investments Union!" **DK**

200 Jahre Sparkasse Amberg-Sulzbach

Festakt mit Ministerpräsident Dr. Markus Söder

Unter dem Motto „200 Jahre mehr als nur Knete" feierte die Sparkasse Amberg-Sulzbach ihr Jubiläum. Ehrengast war Bayerns Ministerpräsident Markus Söder. Er würdigte die Sparkassen als die Bank für den Mittelstand und hob die Bedeutung der Wirtschaft für das Land hervor: „Wenn der Wohlstand wackelt, wackelt die Demokratie schneller als wir denken", betonte Söder.

Grundprinzip der Solidität

Nach seinen Worten stehen Sparkassen für das „Grundprinzip der Solidität". Ihre regionale Verankerung sichere die Nähe zu Sparern und Unternehmen. Durch das soziale Engagement unterstützten Sparkassen die Entwicklung der Region. Die Anbindung an den ländlichen Raum sei dabei besonders entscheidend. Sparkassen seien geprägt von Mittelstand, Handwerk, Handel und Familienbetrieben. Wie man bezahlt, sei eine Form von Freiheit – und dazu gehöre auch Bargeld. „Es soll als Zahlungsmittel erhalten bleiben", machte Söder deutlich.

„Wir stehen für Vertrauen, Stabilität, Gemeinschaft und eine bunte Geschichte", erklärte Thomas Pickel, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Amberg-Sulzbach. Vorstandsmitglied Sonja Kalb ergänzte: „Unsere Sparkasse hat es sich seit jeher zur Aufgabe gemacht, für die Menschen in der Region da zu sein – als verlässliche Partnerin, Förderin und Begleiterin. Gemeinsam haben wir es geschafft, aus regionalen Wurzeln eine starke Basis für Innovation und Fortschritt zu schaffen. Mit diesem Fundament blicken wir voller Zuversicht in die Zukunft und freuen uns darauf, unsere Heimat weiterhin aktiv mitzugestalten."

Bewährtes Universalkreditinstitut

Seit 1825 hat sich die Sparkasse Amberg-Sulzbach behauptet und bewährt. Längst ist aus dem „Einmannbetrieb" ein modernes und leistungsfähiges Finanzunternehmen entstanden. Die Geschäfte haben sich von der bloßen Entgegennahme von Spareinlagen zu denen eines weit gefächerten Universalkreditinstitutes erweitert.

Die drei Sparkassen in der Region – Stadtsparkasse Amberg, Kreissparkasse Amberg sowie Stadt- und Kreissparkasse Sulzbach-Rosenberg – wurden im frühen 19. Jahrhundert gegründet, um Menschen aus allen Gesellschaftsschichten Zugang zu finanzieller Sicherheit und Wohlstand zu ermöglichen. Besonders im Zuge der Industrialisierung gegen Ende des 19. Jahrhunderts wuchs die Bedeutung der Sparkassen. Ziel war es, Sparmöglichkeiten für breite Bevölkerungskreise zu schaffen und wirtschaftliche Eigenverantwortung zu fördern. Dabei standen Gemeinwohlorientierung und regionale Verbundenheit im Mittelpunkt.

Die Stadtsparkasse Amberg, damals noch „Amberger Sparkasse", wurde am 03.02.1825 eröffnet, nachdem deren Errichtung am 23.12.1824 vom Magistrat der Stadt Amberg bekanntgegeben wurde. Im Laufe der Jahre eröffnete die Stadtsparkasse Amberg sechs Zweigstellen und unterhielt bereits Ende der 1980er Jahre eine SB-Sparkasse im Meister-Einkaufszentrum.

Die Statuten der Kreissparkasse Amberg, damals noch „Bezirkssparkasse", wurden am 17.05.1843 genehmigt. Die Eröffnung fand vermutlich im Dezember 1843 statt. Im Laufe der Zeit kamen 17 Zweigstellen hinzu.

Gemeinwohlorientierung und regionale Verbundenheit

Die Stadt- und Kreissparkasse Sulzbach-Rosenberg, früher auch „Stadtsparkasse" und „Stadt- und Bezirkssparkasse" genannt, wurde am 14. oder 21. November 1825 ihrer Bestimmung übergeben. Im Unterschied zur Stadtsparkasse Amberg waren in Sulzbach nur die „minderbemittelten Einwohnerklassen" und Kinder der „hiesigen Einwohner" zur Sparkasse zugelassen. Im Laufe der Jahre eröffnete die Stadt- und Kreissparkasse Sulzbach-Rosenberg 13 Zweigstellen und unterhielt zusätzlich eine fahrbare Filiale, mit der man 29 Ortschaften des Geschäftsbezirks bediente.

Fusion

Am 01. Mai 1994 fusionierten die Stadtsparkasse Amberg, die Kreissparkasse Amberg, die Stadt- und Kreissparkasse Sulzbach-Rosenberg und deren Gewährträger, der Landkreis Amberg-Sulzbach, die Stadt Amberg und die Stadt Sulzbach-Rosenberg, zur Sparkasse Amberg-Sulzbach. Ziel war es, die Kräfte zur Bewältigung von Zukunftsaufgaben zu bündeln und die nachhaltige Versorgung der Bevölkerung, der heimischen Wirtschaft, des Handwerks, des Handels, der Landwirtschaft, der Industrie und der freien Berufe mit geld- und finanzwirtschaftlichen Leistungen durch eine vereinte, örtlich verwurzelte Sparkasse zu festigen.

Gleichzeitig fördert die Sparkasse Amberg-Sulzbach nicht nur das wirtschaftliche Leben, sondern engagiert sich auch im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich. „Die Nähe der Sparkasse zu ihren Kunden und ihre Verbundenheit mit der Region waren, sind und bleiben ihre Stärke", heißt es auf der Website des Kreditinstituts. **DK**

Staatsminister Glauber:

Leitplanken für Erfolgs- und Vorzeigeprojekte

Frohe Kunde für die Kommunen: Wie Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber in München mitteilte, sollen die Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas) nahtlos fortgeführt werden. Damit ist es weiterhin möglich, die Kommunen bei den Pflichtaufgaben Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zu unterstützen.

Die neuen Richtlinien „RZWas 2025“ sollen zum 1. April 2025 in Kraft treten und bis 31. Dezember 2028 gelten. Im Kern sollen Fördersystematik und Förderverfahren beibehalten werden. Geplant ist, als wesentliche Neuerungen beispielsweise einen neuen Fördergegenstand für die interkommunale Zusammenarbeit bei der gemeinsamen Betriebsführung einzuführen, um die Zusammenarbeit der Kommunen auszubauen und zusätzlich die Härtefallschwellen im Raum mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH) zu verändern. Dadurch wird für die Zukunft eine Verkürzung der Wartezeiten bei der Auszahlung erreicht.

Daneben soll die Förderpauschale für Verbundleitungen und Verbundkanäle auf einheitlich 200 Euro pro Meter angehoben werden bei einer gleichzeitigen Deckelung auf maximal 50 Prozent der Ausführungskosten. Die Anpassungen in der RZwas sollen helfen, die Auszahlungen weiter zu beschleunigen. Dazu soll ebenfalls beitragen, dass im Bayerischen Finanzausgleichsgesetz 2025 für die Härtefallförderung der Schwerpunkt zugunsten der Wasserversorgungsanlagen verändert werden soll. Dadurch können statt bisher 66 Millionen Euro im Jahr 2025 bis zu 99 Millionen Euro investiert werden. Der Nachtragshaushalt wird vom Bayerischen Landtag beschlossen.

Glauber bezeichnete die RZWas als „absolutes Erfolgsprojekt“. Die Förderung sei ein wesentlicher Baustein für zukunftssichere Trink- und Abwasseranlagen überall in Bayern. Insbesondere für Kommunen im Raum mit besonderem Handlungsbedarf würden klare Leitplanken für die Förderung benötigt.

Die Förderung wasserwirtschaftlicher Projekte nach den Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas) ist die bedeutendste Förderrichtlinie im Bereich des Umweltministeriums. Jährlich werden an die Kommunen im Freistaat bis zu 180 Millionen Euro an Zuwendungen für den nichtstaatlichen Wasserbau und für Härtefälle bei der Sanierung kommunaler Anlagen der WasserversorgungundAbwasserentsorgung sowie für Pilot- und Sonderprogramme bewilligt.

Zuwendungen zu RZWas

Laut Glauber sprechen die Ergebnisse der zurückliegenden vier Förderjahre für sich: „So wurde die Sanierung von über 1.000 Kilometern Wasserleitung und rund 600 Kilometern Abwasserkanälen gefördert. Wir haben die Kommunen beim erstmaligen Bau von rund 400 Kilometern Verbundleitungen zur Sicherstellung der Wasserversorgung in Trockenjahren unterstützt. Durch die Härtefallförderung wurden Investitionen von über 1,9 Milliarden Euro angestoßen. Die neuen Förderrichtlinien sollen dieses hohe Niveau erhalten.“

Der Entwurf der RZWas 2025 wird derzeit bis Anfang Februar 2025 mit den Kommunalen Spitzenverbänden und Fachverbänden abgestimmt. Die bisherigen RZWas aus dem Jahr 2021 sind bis 31. März 2025 befristet.

Nach Angaben des Bayerischen Umweltministeriums fördert der Freistaat Bayern zudem am Klärwerk Augsburg den Bau einer vierte Reinigungsstufe zur Elimination von Spurenstoffen mit bis zu 19,8 Millionen Euro. Minister Glauber übergab hierzu in der Fuggerstadt den entsprechenden Förderbescheid. Um die Abwasserreinigung immer weiter zu verbessern, setzt Bayern Glauber zufolge auf die Erforschung und Einführung innovativer Techniken. Dafür arbeiteten Freistaat und Kommunen Hand in Hand. Mit einem Förderprogramm würden besonders relevante Kläranlagen unterstützt. Durch den Bau einer vierten Reinigungsstufe werde das Augsburger Klärwerk weiterhin zu Deutschlands modernsten Kläranlagen gehören. „Sauberes Wasser ist jeden investierten Euro wert“, so der Minister.

Von den rund 2.300 Kläranlagen in Bayern sollen derzeit noch auf freiwilliger Basis etwa 90 strategisch ausgewählte Kläranlagen mit einer vierten Reinigungsstufe nachgerüstet werden. 13 Kläranlagen, darunter das Augsburger Klärwerk, wurden als besonders relevant identifiziert. Die etwa 90 Anlagen wurden nach fachlichen Gesichtspunkten anhand ihrer Ausbaugröße, des Abwasseranteils im Gewässer und einer möglichen Relevanz für Trinkwassereinzugsgebiete ausgewählt. Nach Umsetzung der EU-Kommunalrichtlinie in deutsches Recht wird die vierte Reinigungsstufe für zahlreiche Kläranlagen verpflichtend werden.

Im Ergebnis können mit nur 4 Prozent der Kläranlagen 40 Prozent des bayerischen Abwassers weitestgehend gereinigt werden. Einen Zuwendungsbescheid für den Bau einer vierten Reinigungsstufe haben bereits die Städte Lindau, Erlangen, Schweinfurt und Ansbach erhalten. Die im Jahr 2017 in Weißenburg in Betrieb genommene Pilotanlage läuft mittlerweile im Regelbetrieb. Die Nachrüstung der größeren Kläranlagen mit einer vierten Reinigungsstufe passt zur bayerischen Strategie „Wasserzukunft Bayern 2050“.

Rund 1,8 Milliarden Kubikmeter Abwasser werden in Bayerns kommunalen Kläranlagen jährlich gereinigt. Die vierte Reinigungsstufe nutzt fortschrittliche Behandlungstechnologien, die mit breiter Wirkung verbliebene Spurenstoffe weitestgehend entfernen.

Der Bund hat bislang keine verpflichtenden Vorgaben für den Bau vierter Reinigungsstufen erlassen. Die Nachrüstung von Kläranlagen durch die Betreiber ist daher bislang eine freiwillige Investition für eine gute Gewässerqualität. **DK**

Workshop in Augsburg:

Ökologie und Wasserkraft an großen Gewässern

Wie lassen sich Ökologie und Wasserkraft an großen Gewässern vereinen? Das war das zentrale Thema des Workshops „Ökologie und Wasserkraft an großen Gewässern“, der Ende Februar bereits zum vierten Mal in Augsburg stattfand. Die Veranstaltungsreihe geht auf das Eckpunktepapier „Nachhaltige Wasserkraftnutzung an staatlichen Gewässern in Bayern“ zurück. Dieses ermöglicht eine Nutzung der Wasserkraft, die sowohl die Belange der Wasserwirtschaft und des Naturschutzes als auch die bayerische Klimaschutz- und Energiepolitik berücksichtigt.

Organisiert wurde die zweitägige Fachtagung von LEW Wasserkraft, Uniper und Verbund, unterstützt vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz sowie vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie. Ziel der Veranstaltung war es, aktuelle Forschungsergebnisse zur Fischwanderung, zum Fischschutz und zu den Auswirkungen von Wasserkraftanlagen auf Fischpopulationen im Donaueinzugsgebiet zu präsentieren und zu diskutieren. Dadurch sollen ein gemeinsames Verständnis hinsichtlich einer effizienten Maßnahmenplanung und -umsetzung an großen Wasserkraftanlagen im alpinen Raum entwickelt und mögliche Lösungsansätze aufgezeigt werden, um daraus strategische Empfehlungen abzuleiten.

Studien und Modellierungen

In mehreren Vortragsblöcken und Arbeitsgruppen wurden aktuelle Studien und Modellierungen vorgestellt. Insbesondere Untersuchungen zu Fischwanderung mittels Radiotelemetrie, Ergebnisse der Illerstrategie, Populationsansatz und Habitatsgestaltung sowie Mortalitäts- und Sensorfisch-Untersuchungen an Wasserkraftanlagen. Die rund 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter Wissenschaftler, Vertreter von Fachbehörden, Wasserkraftbetreiber sowie Umwelt- und Naturschutzorganisationen, diskutierten über die praktischen Herausforderungen und Chancen bei der Umsetzung von Fischschutzmaßnahmen.

„Erneuerbare Energien haben herausragende Bedeutung. Um das überragende öffentliche Interesse an der erneuerbaren Energieerzeugung mit dem Gewässerschutz zu vereinen, ist der Austausch zwischen Forschung, Praxis und Behörden essenziell“, so Christian Leeb vom Bayerischen Umweltministerium, der dort für wasserwirtschaftliche Themen der Wasserkraft zuständig ist. ❐

DWA-Forderungen an eine neue Bundesregierung

Forderungen im Zusammenhang mit der Klimafolgenanpassung und der Umsetzung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie bilden die Schwerpunkte eines Positionspapiers, mit dem sich die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall an eine neue Bundesregierung wendet. „Der Klimaschutz muss ambitioniert fortgesetzt werden. Die Wasserwirtschaft benötigt für den Schutz unserer zentralen Lebensgrundlagen und für die Klimafolgenanpassung unserer Siedlungsräume und Infrastrukturen Planungssicherheit und eine angemessene Finanzausstattung. Dabei gilt es, einfache Lösungen zu finden und Bürokratie abzubauen“, betont die DWA.

„Weil wir rechtzeitig für die Folgen einer global verzögerten Klimaschutzpolitik gerüstet sein müssen“, ist aus Sicht des Verbandes eine Gemeinschaftsaufgabe Klimafolgenanpassung im Grundgesetz wichtig, damit eine effektive Klimaanpassung von Bund, Ländern und Kommunen aus einem Guss mit der notwendigen Finanzausstattung gelingen kann.

Eine an den Klimawandel angepasste Überflutungsvorsorge bedürfe eines rechtlich verpflichtenden Starkregenrisikomanagements nach bundeseinheitlichen Bewertungsstandards, das in die Bauleitplanung eingebunden ist. Dies müsse in einem Hochwasserschutzgesetz III und in einer Anpassung des Baugesetzbuchs zum Ausdruck kommen, die rasch verabschiedet werden sollten.

Wasserbewusste Stadtentwicklung

„Die wasserbewusste Stadtentwicklung mit einer blau-grünen Infrastruktur muss als Leitbild einer modernen Stadtplanung flächendeckend umgesetzt und in Bauleitplanung und Raumordnung integriert werden“, heißt es weiter. „Die Vorsorge gegen Überflutungen, Dürre und Trockenheit erfordert einen besseren Wasserrückhalt in der Landschaft, die Regeneration des Landschaftswasserhaushalts mit Flächenentsiegelungen und auch eine ökologische Gewässerentwicklung. Zentral ist zudem die Verminderung von Nutzungskonflikten.“

Für einen zukunftsweisenden europäischen Gewässerschutz und zum Erreichen der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie seien anspruchsvolle Vorgaben erforderlich. Die EU-Kommunalabwasserrichtlinie müsse ohne deutsche Sonderwege bundeseinheitlich und fristgerecht in nationales Recht überführt werden. Die Überwachungsmethodik zur Einhaltung dieser Vorgaben gehöre jetzt vereinheitlicht, damit eine bessere europarechtliche Vergleichbarkeit der Anforderungen hergestellt wird.

Eine erweiterte Herstellerverantwortung für Stoffe, die bei ihrer bestimmungsgemäßen Verwendung Probleme in Gewässern verursachen, sei nun rechtskonform praxistauglich und rechtzeitig umzusetzen, damit die Produzenten und Inverkehrbringer dieser Stoffe eigene Anstrengungen unternehmen, um diese Gewässereinträge zu vermeiden, macht die DWA deutlich.

Wasserwiederverwendung von gereinigtem und anschließend besonders aufbereitetem Abwasser solle nach der nationalen Wasserstrategie und auch nach der europäischen EU-Kommunalabwasserrichtlinie gefördert werden. Die EU-Wasserwiederverwendungsverordnung gelte bereits, nationale Anpassungen seien aber notwendig. „Die neue Bundesregierung muss dieses Instrument nun rechtlich zur Verfügung stellen, damit es dort, wo es ökologisch und hygienisch möglich ist, in Zeiten des Klimawandels in der Praxis eingesetzt werden kann.“

Nitratbelastung

Ein Problem für den Grundwasserschutz ist nach wie vor die Nitratbelastung. Um die Nitrateinträge weiter zu senken, plädiert der Verband für ein angepasstes Düngerecht mit einer Stoffstrombilanz und einem konsequenten Monitoring.

Mit sog. Reallaboren werde in der Wasserwirtschaft an einigen Orten wichtige Grundlagenforschung betrieben, die beispielhaft für praxistaugliche Innovationsförderung sein kann. Dies habe Vorbildcharakter und sollte von der Politik unterstützt werden. Experimentierklauseln sollten grundsätzlich eingeführt werden, um Neues ausprobieren zu können.

Um eine möglichst schlanke und einheitliche Berichterstattung zu ermöglichen, „müssen europäische Nachhaltigkeitsberichterstattungspflichten in einem deutschen Umsetzungsgesetz gebündelt werden“, heißt es abschließend. „Die Wasserwirtschaft hat einen Leitfaden erarbeitet, der eine möglichst unbürokratische Umsetzung sicherstellt. Dieser sollte auf europäischer Ebene Anerkennung finden.“ **DK**



Bayerns Neuzugänge in der Denkmalliste:

Vielgestaltiges Erbe

Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege hat die diesjährigen Neuzugänge in der Denkmalliste bekanntgegeben. Sie zeigen laut Generalkonservator Prof. Dipl.-Ing. Architekt Mathias Pfeil, Leiter des BLfD, wie vielgestaltig das kulturelle Erbe des Freistaats ist. Insgesamt sind in der Denkmalliste mehr als 109.000 Bau- und Kunstdenkmäler verzeichnet.

Zu den „Neuankömmlingen" zählt in der Landeshauptstadt München die ehemalige Nähmaschinenfabrik Strobel & Söhne auf der Schwanthalerhöhe. Das Fabrikgebäude ist laut BLFD ein eindrückliches und seltenes Beispiel der Nachkriegsmoderne im Industriebau in München. Es gibt Zeugnis von der Industriegeschichte Münchens an diesem Ort, insbesondere der über 70 Jahre währenden Nähmaschinenproduktion des Unternehmens.

Eine ehemalige Tankstelle in Garmisch-Partenkirchen erzählt von Aufschwung der 1950er Jahre und der aufkommenden Reiselust der wachsenden Autonation Deutschland. Mit ihrem eleganten Flugdach und der zeittypischen Pilzstütze vertritt sie die moderne, amerikanisch geprägte automobile Architektursprache der 1950er Jahre. Damit ist sie ein Denkmal mit Seltenheitswert. Durch den guten Überlieferungszustand hat die Tankstelle mit Werkstatt und rückseitiger Garage für den Denkmalschutz hohe geschichtliche Bedeutung.

Ein wertvolles Zeugnis des evangelischen Kirchenbaus der Nachkriegszeit ist die ehemalige evangelisch-lutherische Versöhnungskirche in Geretsried, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen. Der als Gemeindezentrum mit Hauskapelle entworfene Bau mit seinen verbundenen Raummodulen stellt bayernweit eine Besonderheit im Baubestand dar. Hinzu kommt, dass der Bau auch stadt- und ortsgeschichtlich stark in regionalem Kontext verortet werden kann. Der modulare, schnell zu errichtende und variable Entwurf steht in der Tradition der ersten Bunker- und Notkirchen, die nach dem Zweiten Weltkrieg für die 1950 auf dem Gelände zweier ehemaliger Munitionsfabriken konstituierte Stadt Geretsried entstanden waren.

Nordfriedhof in Landshut

Ostbayerische Neuzugänge in der Denkmalliste sind u.a. der Nordfriedhof der Stadt Landshut und das Feuerwehrgerätehaus in Vornbach (Landkreis Passau). Der Ende der 1960er Jahre angelegte Friedhof in der niederbayerischen Regierungshauptstadt ist bis heute nahezu unverändert erhalten. Als Vorbild diente den Planern die neue Aussegnungshalle mit Friedhofsverwaltung auf dem Münchner Waldfriedhof. Die Gesamtanlage zeigt sich in ihrer Schlichtheit und Würde bis ins Detail stringent durchgestaltet.

Feuerwehrgerätehaus in Vornbach

Das im Jahre 1893 erbaute Feuerwehrgerätehaus in Vornbach gilt als qualitätvoll gestaltetes Zeugnis des ländlichen Feuerwehrhausbaus im späten 19. Jahrhundert. Der Bauplatz befand sich auf dem Grundstück der ehemaligen Benediktinerabtei. Anlass für den Bau war die Gründung einer freiwilligen Feuerwehr in Vornbach im Jahre 1881. Damit fiel der Bau in eine Zeit zahlreicher Feuerwehrgründungen in Bayern in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Das Gerätehaus mit seinem hohen, hölzernen Schlauchturm dokumentiert die ländliche Lebens- und Arbeitswelt und die Organisation dörflicher Gemeinschaft.

An der Stelle der heutigen Senfmühle in Frammersbach (Landkreis Main-Spessart) stand im späten Mittelalter ein Kupferhammer, der im Jahr 1686 durch einen Eisenhammer ersetzt wurde. Dieser wies sich im Zuge der Industrialisierung als unrentabel. Der damalige Eigentümer gründete daraufhin 1898 in der ungenutzten Mühle eine Fabrik zur Herstellung von Tafelsenf – mit großem Erfolg: Die Fabrik wurde zur bedeutendsten Senffabrik im Königreich Bayern.

Das Kinderheim Marienheim in Rottendorf im Landkreis Würzburg wurde im Jahr 1925 auf Initiative des Ortspfarrers Carl Schnabel errichtet und gilt als bedeutendes Zeugnis kirchlicher Sozialfürsorge zwischen den beiden Weltkriegen. Das Gebäude besitzt einen Saaltrakt mit integrierter Bühne für Veranstaltungen, mehrere Gruppenräume, eine Hauskapelle sowie eine ehemalige Schwesternwohnung. Der Stuck im Hauptsaal stellt spielende Kinder dar. Der kunstvoll gestaltete Garten ist von einer Mauer umfasst, die mit in Stein gearbeiteten Reliefs von Kindern geschmückt ist. Trotz Beschädigungen im Zweiten Weltkrieg und Modernisierungsmaßnahmen im Jahr 1952 sind wesentliche Elemente der ursprünglichen Gestaltung erhalten geblieben, darunter unter anderem die zentrale Haupterschließungstreppe, Deckenspiegel, eine Kassettendecke im Erdgeschoss und Teile der Ausstattung der Kapelle.

Hotelturm in Augsburg

Zehn Monate Bauzeit für den Rohbau, 35 Geschosse, 115 Meter Höhe: Der Hotelturm im Augsburger Wittelsbacher Park ist ein Bauwerk der Superlative. Schon zu seiner Entstehungszeit war er höchstes Turmhotel Europas, höchstes Wohngebäude Deutschlands und bis zum Jahr 2000 höchstes Hochhaus Bayerns. Noch heute ist er das höchste Gebäude im Raum Augsburg und – mit der Aufnahme in die Bayerische Denkmalliste im Dezember 2024 – das höchste bewohnte Baudenkmal im Freistaat. 1969 hatten die Architekten erste Pläne für das neue Gebäude vorgelegt, 1971 wurde das Bauvorhaben von der Augsburger Stadtverwaltung genehmigt und nur ein Jahr später war der Hotel- und Apartmentturm bezugsfertig.

Der Bergfriedhof in Lindenberg, Landkreis Lindau, wurde 1971 eröffnet und wird bis heute als städtischer Bestattungsort genutzt. Der Friedhof ist harmonisch in die Geländetopographie eingebettet, das hügelige und teilweise modellierte Terrain wird von geschwungenen Wegen durchzogen. Im Zentrum der Anlage befinden sich die Aussegnungshalle mit sichelförmigem Grundriss, ein markanter Glockenturm und eine Brunnenanlage, für deren Bau natürliche Materialien aus der Region verwendet wurden. Wesentlich für die Friedhofsanlage ist der bewusste Verzicht auf eine Einfassung der einzelnen Gräber. Städtebaulich prägt die Ansicht des exponierten Bergfriedhofs das Stadtbild von Lindenberg. Die Friedhofsanlage repräsentiert die für die 1960er und 1970er Jahre typische Verbindung von Landschaftsarchitektur und Baukunst.

Ehemalige Offizierssiedlung in Marktbergel

Als Zeugin der jüngeren Geschichte Mittelfrankens von Bedeutung ist die sogenannte Munasiedlung in Marktbergel im Landkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim. Die ehemalige Offizierssiedlung mit sieben erhaltenen von ursprünglich acht Wohnhäusern war im Jahr 1936 auf Befehl der nationalsozialistischen Gewaltherrscher erbaut worden. Sie war Teil der im selben Jahr gebauten Lufthauptmunitionsanstalt 1/XIII Oberdachstetten, der größten Luftwaffen-Munitionsfabrik in Süddeutschland. Nachdem im April 1945 die US-Armee das gesamte Militärgebiet kampflos eingenommen hatte, zogen US-amerikanische Offiziere in die Häuser ein. Die Amerikaner blieben bis ins Jahr 2006; seither stehen die Häuser leer. Durch ihre sachliche Architektursprache sind die Gebäude nicht nur geschichtlich, sondern auch baukünstlerisch bedeutsam.

Sportstätte in Hof

Die Sportstätte Grüne Au in Hof entstand im Jahr 1913. Um an die sportlichen Erfolge vor dem Krieg wieder anzuknüpfen, wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges der Fußballsport in Hof wieder aufgenommen und die Sportfläche Grüne Au reaktiviert. In den Jahren 1948 bis 1949 entstand die im Jahr 2024 neu in die Denkmalliste aufgenommene, 70 Meter lange Steh- und Sitzplatztribüne, eine Holzkonstruktion, die sich über einem Betonfundament erhebt und von einem Pultdach überspannt wird. Die unversehrt erhaltene Sitzplatztribüne ist der älteste Baukörper des Stadions und ein bedeutendes Zeugnis für den Wiederaufbau der oberfränkischen Stadt an der Saale.

Das Umspannwerk der Stadt Coburg wurde 1954 nach Entwürfen der Bayernwerk AG München errichtet. Die stark wachsenden Gemeinden im Coburger Raum und der stetig steigende Energiebedarf, bedingt durch die zunehmende Technisierung der Haushalte, machte eine Verstärkung des Stromnetzes notwendig. Die sachliche Gestaltung und die architektonische Klarheit sind typisch für das moderne Bauen in dieser Epoche. Trotz technischer Modernisierungen im Laufe der Jahre blieb das Umspannwerk mitsamt den Nebengebäuden in seiner ursprünglichen Form erhalten und ist somit ein Zeugnis des nach dem Zweiten Weltkrieg erforderlichen Ausbaus der Elektrifizierung. **DK**



V.l.: Franz Xaver Peteranderl (Präsident Handwerkskammer für München und Oberbayern), Professor Heinrich Köster, Oberbürgermeister Christian Hümmer, Wissenschaftsminister Markus Blume, Frank Hämmerlein (Leiter IHK-Akademie Rosenheim-Traunstein) und Landrat Siegfried Walch. Bild: Landratsamt Traunstein/Christoph Leonhardt

Traunstein:

Offizieller Baubeginn für neuen Campus Chiemgau

In Anwesenheit von Bayerns Wissenschaftsminister Markus Blume und Landwirtschafsministerin Michaela Kaniber wurde der Bau für den neuen Campus Chiemgau offiziell gestartet. In den nächsten Jahren entsteht am Bahnhofsgelände in Traunstein für etwa 100 Millionen Euro ein einzigartiges Bildungszentrum. Nach der Fertigstellung soll dort Platz für bis zu 600 Studierende sein. Darüber hinaus sind eine Skybar und ein studentisches Café sowie Flächen für die Zusammenarbeit mit Unternehmen und Start-Ups vorgesehen.

Seit dem Start im Jahr 2020 ist der Campus Chiemgau am Stadtplatz in Traunstein im Forum Chiemgau untergebracht. Die Zahl der Studierenden ist in den vergangenen Jahren rasant gewachsen, derzeit sind circa 280 junge Leute an diesem Standort der Technischen Hochschule Rosenheim eingeschrieben. Damit ist man an der Kapazitätsgrenze angelangt. Der Campus Chiemgau ist ein gemeinsames Projekt des Landkreises Traunstein, der TH Rosenheim, der IHK Akademie Traunstein sowie der Handwerkskammer für München und Oberbayern.

„Wir investieren in die Zukunft unserer Heimat"

„Dass sich der Campus so dynamisch entwickelt, freut uns sehr", sagte Traunsteins Landrat Siegfried Walch. „Das Besondere an diesem Campus ist, dass hier Wissenschaft und Praxis eng zusammenarbeiten – in gemeinsamen Projekten, mit einem klaren Fokus auf die Verzahnung von akademischer und beruflicher Bildung." Die 100 Millionen Euro, die der Landkreis Traunstein in die Hand nimmt, seien sehr gut angelegtes Geld. „Wir investieren hier in erster Linie nicht in Gebäude, sondern in die Zukunft unserer Heimat", so Walch.

Der Freistaat Bayern unterstützt den Bau des Campus Chiemgau mit 30 Millionen Euro. „Das besondere Konzept mit akademischer und beruflicher Bildung unter einem Dach bringt verschiedene Welten zusammen. Dieser innovative Ansatz hat uns überzeugt", erläuterte Blume das finanzielle Engagement der Staatsregierung. Er glaube fest daran, dass sich die Investition auszahlen werde, so der Staatsminister. An die Adresse der TH Rosenheim gerichtet sagte er: „Diese dynamische Hochschule hat ein Händchen dafür, Standorte im ländlichen Raum zu entwickeln. Das hat sich sowohl in Burghausen wie auch in Mühldorf gezeigt, und in Traunstein wird es nicht anders sein."

Studienangebot zu Digitalisierung und Innovation

Auch Hochschulpräsident Professor Heinrich Köster verwies in seinem Grußwort auf die erfolgreiche Entwicklung der Außenstandorte. Dabei habe es sich besonders bewährt, das Studienangebot auf ein bestimmtes Motto auszurichten. „In Burghausen dreht sich alles rund um Chemie und Wirtschaft, in Mühldorf am Inn steht der Mensch im Mittelpunkt. Hier in Traunstein bauen wir Studienangebote zu den Themen Digitalisierung und Innovation auf", so Köster. Bemerkenswert sei, dass ein erheblicher Teil der Studierenden am Campus Chiemgau aus dem Ausland komme. „Wir sehen, dass das Leuchtturmprojekt in Traunstein weit über die Grenzen der Region hinausstrahlt."

Die steigende Zahl der Studentinnen und Studenten in der Stadt sieht Oberbürgermeister Dr. Christian Hümmer mit Wohlwollen, wie er betonte. „Traunstein wird jünger, und das ist erfreulich. Mit dem Campus Chiemgau am Bahnhofsgelände entwickeln wir uns zudem städtebaulich sehr positiv. Wir sehen dem Tag der Eröffnung mit großer Freude entgegen", unterstrich Hümmer. ❐

Denkmalschutz in Bayern:

Wegweisende Neuerungen zu Modernisierung und Entbürokratisierung

„Mehr Vertrauen, weniger Vorschriften, schnellere Verfahren": Auf diese Formel brachte Kunstminister Markus Blume im Münchner PresseClub die geplante Novellierung des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes (BayDSchG). Nach der Reform des Bayerischen Denkmalschutzes im Jahr 2023 und der Öffnung der Denkmalpflege für die Nutzung regenerativen Energien soll 2025 ein weiterer Meilenstein für die Denkmalpflege folgen.

„Wir sind auf dem Weg zum modernsten Denkmalschutzgesetz Deutschlands. Bayern hat 2023 mit der Novellierung des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes als eines der ersten Länder Klimaschutz und Denkmalschutz mit großem Erfolg in der Praxis in Einklang gebracht. Im Bereich von Photovoltaik-Anlagen konnten wir in den letzten zwei Jahren 2,8 Millionen Euro Fördermittel bewilligen und in rund 500 Fällen beratend unterstützen. Das zeigt die Wirksamkeit und hohe Akzeptanz der Neuregelungen", bilanzierte Blume.

„Diesen Erfolgskurs führen wir mit der nun geplanten Reform fort: Wir wollen modernisieren, entbürokratisieren und so die Denkmalpflege in der Praxis für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger weiter erleichtern. Dabei ist klar: Gerade im Bereich des Denkmalschutzes muss mit Umsicht vorgegangen werden – hier steht ein wirksamer Schutz unseres Kulturgutes an erster Stelle", so der Kunstminister.

Konkret sollen insbesondere Regelungen, die sich in der Praxis nicht durchgesetzt haben, gestrichen und stattdessen auf in der Vollzugspraxis bewährte und flexiblere Verfahren zurückgegriffen werden. Die Verkürzung von Fristen und die Digitalisierung von Verfahrensprozessen sollen zudem zu einer deutlichen Beschleunigung und Vereinfachung von denkmalschutzrechtlichen Verfahren führen. Durch die Einführung eines Denkmalpflegewerks als bundesweit neues Instrument, der Festlegung eines Katalogs von erlaubnisfreien Maßnahmen sowie der Beschränkung der Erlaubnispflicht bei Einzelbaudenkmälern ohne Denkmalwert im Inneren sollen die denkmalschutzrechtlichen Erlaubnisverfahren deutlich reduziert und somit die Vollzugpraxis Schritt für Schritt erleichtert werden.

Wie Generalkonservator Prof. Mathias Pfeil, Leiter des BLfD, betonte, „sind wir als Landesamt überzeugt, dass der Schutz unseres kulturellen Erbes am besten im Miteinander gelingt. Deshalb ist ein partnerschaftliches Verhältnis von Behörde und Bürgerinnen und Bürgern für uns ein Selbstverständnis." ❐



Kommunale Sportstätten:

Hoher Investitionsbedarf

Um den aktuellen Zustand von Sporthallen, -plätzen und Bädern in Deutschland mit Blick auf Investitionsnotwendigkeiten zu beleuchten, hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Rahmen des KfW-Kommunalpanels im Herbst 2024 eine Sonderbefragung unter rund 900 Kämmereien durchgeführt. Die Ergebnisse unterstreichen zum einen, wie wichtig kommunale Sportstätten sind, zum anderen machen die Ergebnisse der Befragung deutlich, dass der Unterhalt von Sportstätten in vielen Kommunen schwierig ist.

Eine umfassende Erhebung aller existierenden Sportstätten in Deutschland gibt es bislang nur in wenigen Bereichen, wie beispielsweise für die Frei- und Hallenbäder. Generell lässt sich jedoch feststellen, dass viele Sportstätten in den westlichen Bundesländern im Zuge des breit angelegten Förderprogramms „Goldener Plan" in den 1960er- und 1970er-Jahren errichtet wurden und mittlerweile einen erheblichen Sanierungsbedarf aufweisen. Darüber hinaus sind aufgrund veränderter Sportgewohnheiten auch neue Bedarfe entstanden, die traditionelle Sportstätten nicht oder allenfalls bedingt erfüllen.

Deutliche Preissteigerungen

Dabei ist es keineswegs so, dass die Kommunen überhaupt nicht in ihre Sportstätten investieren würden. Auf Basis der Daten des KfW-Kommunalpanels lassen sich für das Jahr 2024 geplante Investitionen im Bereich der Sportinfrastruktur auf rund 3,9 Mrd. Euro hochrechnen, was einem Anteil von 8,6 Prozent an den gesamten Investitionen für 2024 entspricht. Dies stellt einen leichten nominalen Anstieg dar. Aufgrund der zum Teil drastischen Preissteigerungen im Baugewerbe im selben Zeitraum ist real jedoch von einem Rückgang der Investitionen auszugehen.

In der letzten Befragung bezifferten die Gemeinden den wahrgenommenen Investitionsrückstand über alle Aufgabenbereiche hinweg für das Jahr 2023 auf rund 186,1 Mrd. Euro, was im Vergleich zum Vorjahr einem eher hohen Anstieg um 12,4 Prozent entsprach. Auf den Bereich Sport entfiel ein Anteil von rund 12,12 Mrd. Euro. Dabei gaben 13 Prozent der Kommunen einen gravierenden Rückstand im Bereich Sportstätten an. Weitere 40 Prozent bezeichneten ihn als „nennenswert".

Konkret verfügten im Jahr 2024 94 Prozent der teilnehmenden Kommunen über Sporthallen, knapp gefolgt von Sportplätzen, die in 92 Prozent aller Kommunen vorhanden sind. Etwas mehr als die Hälfte der teilnehmenden Kommunen verfügt über Freibäder und 46 Prozent über Hallenbäder. Sonstige Sportstätten, wie Reithallen und Bolzplätze, sind in etwa 21 sowie Eissporthallen in 8 Prozent der teilnehmenden Kommunen vorhanden. Diese Anteile unterscheiden sich nur wenig zwischen westlichen und östlichen Bundesländern. Lediglich der Anteil der Kommunen, in denen es ein Hallenbad gibt, ist im Osten mit ca. 34 Prozent deutlich geringer als im Westen (49 Prozent).

Investitionsrückstand

In der Befragung gaben 59 Prozent der Kommunen an, dass der Investitionsrückstand bei Sporthallen „gravierend" oder „nennenswert" sei, bei Hallenbädern sagten dies 62 Prozent, bei Eissporthallen 53 Prozent. Die Ergebnisse zeigen, dass die Rückstände aufgrund der Gebäudesubstanz besonders schwerwiegend bei gedeckten Sportstätten sind. Hierbei geht es vor allem um den energetischen Zustand der Gebäude und Gebäudehüllen sowie marode sanitäre und technische Anlagen.

In mehr als 40 Prozent der Kommunen können wegen des schlechten baulichen Zustands der Sportstätten bereits jetzt einzelne Sportangebote gelegentlich nicht stattfinden. 36 Prozent der Kommunen befürchten, das Sportangebot zukünftig reduzieren zu müssen. Die befürchtete Reduzierung ist im Bereich Sportstätten aber moderater als in anderen freiwilligen Aufgabenbereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge: So geben zum Beispiel 41 Prozent der Kommunen an, angesichts der finanziellen Lage in den nächsten Jahren kulturelle Angebote herunterfahren zu müssen.

Anlagen müssen geschlossen werden

Besonders augenfällig wird der schlechte Zustand einzelner Sportstätten, wenn man die Kommunen danach fragt, wie hoch der Anteil der Anlagen ist, der in den kommenden drei Jahren geschlossen werden muss, sofern keine umfassende Sanierung durchgeführt wird. Hier geben die teilnehmenden Kommunen an, im Durchschnitt 16 Prozent der Freibäder, 15 Prozent der Eissporthallen und 14 Prozent der Hallenbäder schließen zu müssen.

Um den Investitionsrückstand aufzulösen, der von vielen der antwortenden Kommunen im Bereich Sportstätten berichtet wird, wurde in der Befragung nach der Relevanz möglicher Lösungsansätze gefragt, die auch über die kommunale Ebene hinausgehen. Trotz einer Vielfalt der zur Auswahl gestellten Ansätze herrscht aus kommunaler Sicht große Einigkeit bezüglich der Frage, was auf landes- und bundespolitischer Ebene passieren müsse. Rund 76 Prozent aller teilnehmenden Kommunen sehen die Lösung vor allem in einer besseren Grundfinanzierung von Kommunen, gefolgt von einer Entbürokratisierung von Förderprogrammen (55 Prozent). Auch ein geringerer Eigenmittelanteil (31 Prozent) und eine Aufstockung von Förderprogrammen (29 Prozent) erfahren in knapp einer von drei Kommunen Zustimmung.

Deutlich geringer fällt die Zustimmung der Kommunen zu Maßnahmen aus, die auf die Fortbildung von Mitarbeitenden innerhalb der Kommunen abzielen – lediglich 0,3 Prozent erachten dies als relevant – oder auf die Erstellung einer Ebenen übergreifenden Strategie (1,7 Prozent). Diese Rangordnung unterstreicht, dass der Erhalt und Bau von Sportstätten in der kommunalen Wahrnehmung primär als Finanzierungsherausforderung wahrgenommen werden. Bestehende Förderprogramme werden zwar registriert, aber ob ihrer bürokratischen Anforderungen und finanziellen Ausstattung als verbesserungswürdig erachtet. **DK**

Neue Ausgabe LandInForm:

Eine Fläche mehrfach nutzen

Der Flächenbedarf für die Erzeugung erneuerbarer Energie steigt. Aber auch für Wohnraum, Verkehr, Retentions- oder Naturräume. Ein Lösungsansatz ist, dass eine Fläche mehrere Funktionen erfüllt. In der neuen Ausgabe der LandInForm der „Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume – für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU" (DVS) werden Beispiele und Herausforderungen gezeigt. Dabei geht es unter anderem um die Idee, Photovoltaik-Anlagen mit Landwirtschaft oder der Wiedervernässung von Mooren zu verbinden und um Ansätze für mehr Klima- und Diversitätsschutz.

Bernhard Osterburg, Thünen-Institut, beschreibt in der Einführung, welche Flächen in Deutschland für welche Zwecke genutzt werden und welche Trends es bei Flächenbedarfen gibt. Prof. Stefan Siedentop, Technische Universität Dortmund, erläutert, dass die Mehrfachnutzung von Flächen kein Allheilmittel sei und es weiterhin darum gehen müsse, Flächen zu schützen. Prof. Sabine Schlacke, Universität Greifswald, geht im Interview auf das noch fehlende Bewusstsein von Planenden auf der kommunalen Ebene ein, um von Anfang an mehrere Funktionen mitzudenken – und dass es dafür zudem an einem gesetzlichen Leitbild fehle.

Photovoltaik auf landwirtschaftlichen Flächen und Mooren

Der Beitrag „Was kann Agri-PV" erklärt das Konzept, Photovoltaik-Anlagen mit landwirtschaftlicher Nutzung zu kombinieren, und dass sich insbesondere bei Sonderkulturen wie Obst-, Wein- und Gemüseanbau Synergien ergeben. Einem größeren Ausbau von Agri-PV stehen derzeit jedoch noch planerische Hürden im Weg. Vorgestellt wird unter anderem das Projekt „Mykovoltaik", welches den Anbau von Trüffeln auf Haselnusswurzeln in Kombination mit PV-Anlagen erforscht.

Um Moor-PV geht es in einem Projekt in Schleswig-Holstein: Solaranlagen wurden auf einstigen Moorstandorten errichtet, die im Zuge der Installation wiedervernässt werden. Was funktioniert und was nicht, wird in dem Beitrag deutlich.

Keyline-Design gegen Schlammlawinen

Nach mehreren Schlammlawinen als Folge von Starkregen hat ein Landwirt in Niedersachsen seinen hanglagigen Acker umstrukturiert und quer zum Hang verlaufende Gräben angelegt und Baumreihen gepflanzt (Keyline-Design). Am Fuß des Hangs wurde eine Kurzumtriebsplantage mit schnellwachsenden Weiden gesetzt. Die Strukturen sollen das oberflächig abfließende Regenwasser verlangsamen und die Versickerung erhöhen. Eine Schwierigkeit dabei: Die für den Erosionsschutz optimale Lösung hätte nicht zu den Voraussetzungen für eine GAP-Förderung gepasst. Die Gehölze nutzt der Landwirt teilweise als Energieholz, zudem bilden sie strukturierende Lebensräume in der Landschaft und tragen so zur Biodiversität bei.

Weitere Praxisbeispiele, wie Flächen mehrfach genutzt werden können, finden Leserinnen und Leser in der aktuellen Ausgabe der DVS-Zeitschrift „LandInForm" unter www.land-inform.de.

Hintergrund

Die „Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume – für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU" (DVS) ist in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) angesiedelt. Ihre Aufgaben sind Wissenstransfer und Unterstützung: Die DVS vernetzt Menschen, die auf dem Land leben, arbeiten oder sich für die ländliche Entwicklung einsetzen. In ihren Medien informiert die DVS über Neuigkeiten und Wissenswertes, bei Veranstaltungen vertieft sie einzelne Themen. Finanziert wird die DVS aus Mitteln der Europäischen Union. ❐

Landesbausparkassen fordern:

Selbstnutzer nicht weiter diskriminieren

Die aktuelle Förderprogramme helfen nicht beim Erwerb von Wohneigentum, weil sie von energetischen Mehrkosten aufgezehrt werden. Das ist beim Mietwohnungsbau anders, wie eine neue Studie von empirica zeigt.

Berlin – Die nächste Bundesregierung muss zu einer Wohnungsbauförderung zurückfinden, die potenziellen Wohneigentümern wieder eine faire Chance auf den Erwerb eigener vier Wände gibt. Diese Schlussfolgerung ziehen die Landesbausparkassen aus der empirica-Studie „Mieter oder Eigentümer – wer wird stärker gefördert?", die auf einer Pressekonferenz in Berlin vorgestellt wurde. Die Untersuchung kommt zu dem ernüchternden Ergebnis, dass staatliche Hilfen aktuell im Wesentlichen dem Mietwohnungsbau zugutekommen. Die für potenzielle Selbstnutzer vorgesehenen KfW-Förderprogramme hingegen verfehlen weitgehend ihre Wirkung, da sie nicht beim eigentlichen Erwerb helfen, sondern lediglich einen Teil der Mehrkosten ausgleichen, die durch übergesetzliche Energieeffizienz-Vorgaben an das Gebäude entstehen.

Die Studie basiert auf einer Gegenüberstellung von bereinigten Barwerten der steuerlichen Förderung für Vermieter einerseits und der aktuellen Zinsvergünstigungen für unterschiedliche KfW-Förderkredite andererseits. Es zeigt sich: Während eine neue Mietwohnung mit mindestens 18.000 Euro subventioniert wird, unterstützt der Staat den eigentlichen Erwerb von Wohneigentum zur Selbstnutzung bei gutwilliger Interpretation allenfalls mit rund 100 Euro. Anders war es seinerzeit beim Baukindergeld: Unter denselben Annahmen ergab sich hier ein Förderbarwert auf Augenhöhe von rund 19.000 Euro.

Substanzielle Eigentumsförderung ohne Wenn und Aber

„Angesichts der schwächelnden Wohneigentumsbildung sollte die künftige Bundesregierung hier dringend gegensteuern", fordert Axel Guthmann, Verbandsdirektor der Landesbausparkassen und Auftraggeber der Studie. „Es braucht endlich wieder eine substanzielle Eigentumsförderung ohne Wenn und Aber." Sinnvoll wäre aus Sicht von Guthmann zudem ein Erlass oder eine Ermäßigung der Grunderwerbsteuer zumindest für Ersterwerbende, besser noch für alle Käufe zur Selbstnutzung. „Kaum etwas hilft so effektiv über die Eigenkapitalhürde hinweg – und durch die sinkende Kreditbelastung zugleich auch über die Einkommenshürde."

Auch Studienautor Reiner Braun, Vorstandsvorsitzender des Berliner Forschungsinstituts empirica, hält es für wohnungspolitisch geboten, die aktuelle Diskriminierung der Wohneigentumsbildung auszugleichen: „Fast jeder neue Eigentümer macht am Ende der Umzugskette eine günstigere Mietwohnung frei", argumentiert Braun. Unterstützung beim Erwerb bräuchten vor allem Familien, weil der Markt für sie keine passenden Mietwohnungen bereithalte. „Und über die Vorteile von Wohneigentum beim Aufbau von Vermögen sollte man gar nicht mehr reden müssen. Der Vorsprung von Selbstnutzern gegenüber Mietern betrug zuletzt – bei gleichem Einkommen – kurz vor dem Ruhestand gut das Fünffache. Das macht sich auch in der Altersvorsorge bezahlt."

Was man auch nicht vergessen dürfe: Die Förderung des Mietwohnungsbaus schade angehenden Eigentümern sogar, weil sie die Baupreise treibe. „Dafür bedarf es unbedingt einer Kompensation", sind sich Braun und Guthmann einig.

Zusammenfassung der wesentlichen Studienergebnisse: https://presse.lbs.de/pressreleases/foerderung-des-wohneigentums-unter-dem-strich-nur-wenig-wert-3369907. ❐



Bayerns Tourismus setzt auf Nachhaltigkeit

Ministerin Kaniber: „Wir bewahren unsere Heimat und schaffen unvergessliche Erlebnisse“

München – Bayerns Tourismus punktet mit Nachhaltigkeit. Er verbindet Erholung mit dem Schutz von Natur und Kultur. Dies belegen die aktuellen Auszeichnungen für besonders nachhaltige Tourismusprojekte: Der Haßberge Tourismus e.V. und die Firma PDC Tourism erhielten für ihr Engagement das Goldene Pedal des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs Bayern. Zudem ehrte jüngst der Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs (ADAC) das Wanderdorf Friedenfels, Bayerns erstes zertifiziertes Naturerlebnisdorf, mit seinem Tourismuspreis. geehrt. Die Preisträger stehen für kreative Ideen, authentische Erlebnisse und nachhaltige Konzepte. Sie sind damit Vorbilder für zukunftsfähigen Qualitätstourismus im Freistaat.

Bayerns Tourismusministerin Michaela Kaniber betont: „Der Bayerntourismus verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz: er kommt Gästen, Beschäftigten und Einheimischen zugute, bewahrt eine lebenswerte Heimat und ist natur- und sozialverträglich. Kurzum: er ist nachhaltig.“ Sie fährt fort: „Lebensqualität und Akzeptanz für den Tourismus gehören untrennbar zusammen. Unser Ziel ist es, einen Tourismus zu gestalten, der die Heimat bewahrt und von dem sowohl die Gäste als auch die Einheimischen profitieren. Nachhaltigkeit ist dabei der zentrale Baustein. Nur wenn Tourismus im Einklang mit Mensch und Natur steht, bleibt er langfristig erfolgreich.“

Mehr als Naturschutz

Nachhaltiger Tourismus bedeutet nach Ansicht der Ministerin mehr als Naturschutz: Er umfasse auch Besucherlenkung, klimafreundliche Mobilität, Inklusion sowie die Unterstützung von heimischen Betrieben mit authentischen Gastgebern sowie regionalen Produkten. Diese Aufgaben übernehmen verstärkt die regionalen Tourismusorganisationen, die mit innovativen Konzepten die Zukunft der Reiseziele aktiv gestalten. Die Bayerische Tourismusmarketing GmbH (BayTM) stellt dafür speziell entwickelte Werkzeuge bereit, damit jede Region eine eigene nachhaltige Strategie entwickeln kann.

Dem Bayerischen Tourismusministerium kommt dabei eine entscheidende Rolle in der Gestaltung regionaler Lebens- und Erlebnisräume zu: „Bayern ist ein wunderbares Genussland, das mit seiner lebendigen Kultur und seiner kulinarischen Tradition unvergessliche Reiseerlebnisse bietet. Wir sind die Heimat für ehrlichen Genuss mit überraschender Vielfalt Wir wollen das Bewusstsein für die Schönheit und den Wert der bayerischen Landschaft weiter schärfen. Ein Urlaub in Bayern soll nicht nur für unvergessliche Erlebnisse stehen, sondern auch zum Erhalt der Natur und der Tradition beitragen“, erklärt die Ministerin. Nach Ansicht Kanibers verdeutlicht das diesjährige Schwerpunktthema der Bayerischen Tourismusmarketing GmbH „So schmeckt Bayern!“ eindrucksvoll, wie eng Landwirtschaft und Tourismus miteinander verknüpft sind.

Veranstaltungshinweis

Ein weiteres Highlight, bei dem nachhaltiger Tourismus in Bayern auch eine Rolle spielt, ist die GenussKonferenz „Kulinarik und Tourismus – Lebensqualität und Wertschätzung für den ländlichen Raum“ am 20. März in Bamberg. Experten und Akteure aus Tourismus, Kulinarik und Landwirtschaft tauschen sich darüber aus, welche Synergien sich zwischen den Branchen ergeben. Zudem diskutieren sie, welche Trends und Innovationen sich im Bereich Kulinarik und Tourismus abzeichnen und wie die Lebensqualität stärken und zur Wertschöpfung in Bayern beitragen können.

https://www.genussakademie.bayern.de/genusskonferenz ❐

Landkreis Regen:

„Tourismus und Gastronomie sind sehr wichtig“

Landrat Dr. Ronny Raith diskutierte in Bodenmais mit Gastronomen und Hoteliers

Bodenmais – Tourismus und Gastronomie sind tragende Säulen der Wirtschaft im Landkreis Regen. „Gastronomen und Vermieter leisten einen entscheidenden Beitrag zur regionalen Wertschöpfung“, betonte Landrat Dr. Ronny Raith bei einem Treffen mit Branchenvertretern im Hotel Adam in Bodenmais. Gemeinsam mit Monika Schweizer, der Kreisvorsitzenden des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (Dehoga), lud er Hoteliers und Gastronomen ein, um ihre Anliegen direkt zu besprechen.

In einem gut gefüllten Nebenraum stand ein offener Austausch im Mittelpunkt. „Was erwarten Sie vom Landkreis? Welche touristischen Schwerpunkte sollten wir setzen? Wie können wir Sie konkret unterstützen?“, leitete Raith die Diskussion ein.

Raith erfuhr, dass im Landkreis Regen Kontrollen vermeintlich häufiger stattfinden als in anderen Tourismusregionen. „Es ist unsinnig, einen Badeweiher zu prüfen, bevor die Ergebnisse der letzten Probe vorliegen“, erklärte ein Hotelier. Der vorgeschriebene Zeitraum sei so knapp, dass er bei der zweiten Kontrolle noch keinen Befund von der ersten habe. Andere Hoteliers berichteten von ähnlichen Problemen. Raith versprach, diese mit den Verantwortlichen im Landratsamt zu besprechen. „Wir müssen die gesetzlichen Vorgaben einhalten“, betonte er. Wo es möglich sei, werde man die Zeiträume anpassen.

Mehr Radwege gewünscht

Die Teilnehmer wünschten sich mehr Radwege und Angebote für Radfahrer. „Das ist eine wichtige Zielgruppe“, betonte auch Schweizer. Landkreistouristikerin Elisabeth Unnasch erklärte, dass ein Radwegekonzept in Arbeit sei. „Wir haben das Problem erkannt und arbeiten an Verbesserungen“, sagte sie. Raith versprach, dieses Anliegen an die Bürgermeister weiterzugeben, da viele Entscheidungen in deren Zuständigkeitsbereich fallen.

Der langsame Ausbau der Infrastruktur, insbesondere der Mobilfunknetze, beschäftigt die Dehoga-Mitglieder ebenfalls. Auch über den Tourismusverband Ostbayern (TVO) wurde gesprochen. Einige Vermieter lobten den TVO, während andere wenig Unterstützung beklagten. Besonders der Wellnessbereich werde gut beworben, klassische Wander- und Erholungsurlaube jedoch zu wenig.

Alle Teilnehmer waren sich einig, dass die Destination „Bayerischer Wald“ stärker beworben werden sollte. Den Bayerischen Wald kennen die Menschen in ganz Deutschland, während Ostbayern ein diffuser Begriff bleibt.

Sorge bereiten die kleineren Betriebe. „Wir brauchen die Pensionen und Privatvermieter“, stellten die Gastronomen fest. Ohne sie fehlen auch Einnahmen in den Geschäften der Orte. Wenn weitere Geschäfte schließen, wird die Region für Urlaubsgäste weniger attraktiv, befürchteten viele Teilnehmer.

Problem Fachkräftemangel

Ein weiteres Problem ist der Mangel an Mitarbeitern. „Ohne ausländisches Personal geht es nicht mehr“, waren sich alle einig. Man könne nicht nur auf Zuwanderung aus EU-Ländern setzen, sondern brauche Menschen aus allen Nationen. Sprachprobleme seien oft ein Hindernis. Raith wurde gebeten, e-Learning-Plattformen und Sprachkurse zu organisieren.

Zuletzt sprachen die Teilnehmer über touristische Leuchtturmprojekte. Hoteliers und Gastwirte wünschen sich mehr staatliche Unterstützung. Raith betonte, dass er nicht nur Vorschläge anhören, sondern auch Projekte unterstützen würde. Für Errichtung und Betrieb seien Privatunternehmer gefragt, er und die Wirtschaftsförderung könnten jedoch beratend helfen.

Mehrwertsteuer

Raith versprach, Anliegen wie den vergünstigten Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie an die Bundespolitik weiterzutragen. Die Bürgermeister werde er ermuntern, mehr über den Einsatz der Kurtaxen und Tourismusabgaben zu informieren.

Regelmäßiger Austausch vereinbart

Abschließend wurde vereinbart, dass man sich künftig regelmäßig zwei Mal pro Jahr zum Austausch treffen will. ❐

GZ ZU GAST BEI …



© Cornelia Lehmann (ZDF), Sendung Markus Lanz 2024

Tanja Schweiger

Landrätin, Landkreis Regensburg

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich vertrete den Landkreis Regensburg mit rund 200.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, die in 41 Gemeinden leben.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?

Ich bin seit 2014 hauptamtlich als Landrätin im Einsatz. 2020 wurde ich mit knapp 70 Prozent der Stimmen wiedergewählt und setze mich seither weiterhin mit vollem Engagement für die Menschen in meiner Region ein.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Nach meinem Abitur habe ich eine Ausbildung zur Bankkauffrau absolviert, anschließend betriebswirtschaft studiert und weiter in der Bank gearbeitet. Von 2008 bis 2014 war ich Abgeordnete der Freien Wähler im Bayerischen Landtag.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Politik war für mich lange kein Thema. Erst durch ein Gespräch mit einem Kommunalpolitiker, der von meinem Wissen und meinem Interesse an regionalen Themen begeistert war, begann ich mich intensiver mit der Kommunalpolitik auseinanderzusetzen. Besonders die Verkehrspolitik in Regensburg hat mich von Anfang an beschäftigt. Nach mehreren Gesprächen kam dann die überraschende Frage, ob ich nicht für die Freien Wähler als Landrätin kandidieren wolle. Ich habe mir Zeit genommen, darüber nachzudenken, mit Freunden und Familie gesprochen. Als ich von allen Seiten nur positives Feedback bekam, war mir klar: Ich probiere es. Denn wegducken gilt nicht, wenn man die Chance auf eine derart exponierte Position bekommt.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich habe mir vor allem Zeit genommen, um mir über die Tragweite dieser Entscheidung klar zu werden. Statt vorschnell abzusagen, habe ich mich intensiv mit politischen Themen befasst, mich eingelesen und Gespräche mit erfahrenen Kommunalpolitikern geführt. Vor allem mein Umfeld hat mich bestärkt und mir das Vertrauen gegeben, diesen Schritt zu wagen.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

2014 war ein herausforderndes Jahr, denn die Flüchtlingskrise begann kurz nach meinem Amtsantritt. Plötzlich mussten innerhalb kürzester Zeit Unterkünfte, Integrationskonzepte und Verwaltungsstrukturen angepasst werden. Gleichzeitig war im Landkreis ein akuter Wohnraummangel spürbar, weshalb es dringend notwendig war, neue Baugebiete auszuweisen. Die Verkehrssituation in Regensburg war ebenfalls ein großes Thema, mit dem ich mich von Anfang an intensiv auseinandergesetzt habe.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Derzeit gibt es zahlreiche Themen, die mich und unser Amt intensiv fordern. Die Integration von Geflüchteten ist nach wie vor eine wichtige Aufgabe, insbesondere im Hinblick auf Arbeitsmarktchancen und gesellschaftliche Teilhabe. Die Digitalisierung der Verwaltung spielt ebenfalls eine große Rolle, um Bürgerinnen und Bürgern einen besseren Service zu bieten. Besonders am Herzen liegt mir die Förderung des Ehrenamts, denn ohne die vielen engagierten Menschen in unserer Region wäre vieles nicht möglich. Ein weiteres großes Zukunftsthema ist die Energiewende. Mit einer eigens gegründeten Genossenschaft setzen wir verstärkt auf erneuerbare Energien wie Wind- und Solarenergie, wobei wir die Gemeinden aktiv einbinden.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

In den kommenden Jahren wird es darum gehen, bürokratische Hürden weiter abzubauen, damit Menschen schneller in Arbeit kommen und Unternehmen mehr Planungssicherheit haben. Der Breitbandausbau bleibt eine zentrale Aufgabe, denn eine starke digitale Infrastruktur ist essenziell für den Wirtschaftsstandort. Zudem möchte ich weiterhin bürgerschaftliches Engagement stärken, denn die Vereine und Initiativen in unserer Region sind ein wichtiger Bestandteil unseres gesellschaftlichen Lebens.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Mein wichtigster Rat ist: Einfach machen! Traut euch, Verantwortung zu übernehmen und euch aktiv in die Politik einzubringen. Kommunalpolitik bedeutet, ganz konkret das Lebensumfeld der Menschen zu gestalten – und genau hier kann man wirklich etwas bewegen.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Mir ist es wichtig, Entscheidungen nicht im stillen Kämmerlein zu treffen, sondern den Dialog zu suchen. Ich tausche mich regelmäßig mit Bürgerinnen und Bürgern aus, sei es in persönlichen Gesprächen oder über Umfragen. Auch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Gemeinden sind wertvolle Ansprechpartner. Mein Ziel ist es, möglichst viele Perspektiven einzubeziehen, bevor ich eine Entscheidung treffe.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung wird die Kommunalpolitik grundlegend verändern. In unserer Verwaltung nutzen wir bereits digitale Lösungen wie einen Chatbot, der Bürgeranfragen beantwortet. Dennoch gibt es noch viel Potenzial, insbesondere bei der Vernetzung mit Landes- und Bundesbehörden. Digitalisierung darf aber nicht zu unpersönlich werden – ein guter Mix aus digitalen Angeboten und persönlichem Kontakt ist für mich der richtige Weg.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Mein Motto ist: „Nicht wegducken, sondern Verantwortung übernehmen.“ Das gilt sowohl für meine Arbeit als Landrätin als auch für das Leben im Allgemeinen. Ich bin überzeugt, dass wir nur dann etwas verändern können, wenn wir uns aktiv einbringen.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Ich möchte als eine Landrätin in Erinnerung bleiben, die zugehört, zugepackt und wirklich etwas bewegt hat. Mir geht es darum, den Landkreis Regensburg weiterzuentwickeln, sodass die Menschen hier gerne leben, arbeiten und sich engagieren. Wenn man in ein paar Jahren sagt: „Die hat’s angepackt, hatte uns alle im Blick und für die Region viel Gutes bewirkt“, dann wäre das für mich die schönste Anerkennung. ❐

Tourismusverband Franken erneut ausgezeichnet

Der Tourismusverband Franken zählt erneut zu den besten deutschen Tourismusorganisationen. Bei der ITB Berlin wurde der Verband mit dem „Touristik PR und Medien Award“ ausgezeichnet und belegt Platz 9 im weltweiten Ranking der besten Verkehrsbüros. Bereits 2024 gelang der Sprung in die Top 10, nun konnte die Platzierung bestätigt werden.

Rund 150 Reisejournalisten und Blogger bewerteten die Pressearbeit in Kategorien wie Fachkompetenz, Medienbetreuung und kreative Kampagnen. „Diese erneute Platzierung unter den Top 10 bestätigt unser Engagement“, betonte Thomas Bold, Vorsitzender des Tourismusverbands. Besonders hervorgehoben wurde die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Medien. Um seine Markenbotschaft „Franken – Freude am Entdecken“ weiter zu stärken, setzt der Verband auf eine breite Medienpräsenz.

Unterstützung für Medien

Der Tourismusverband Franken bietet Journalisten und Bloggern eine Vielzahl an Serviceleistungen: Neben regelmäßigen Pressemitteilungen und dem monatlichen Pressedienst „Der FrankenReporter“ mit aktuellen News aus den 16 fränkischen Ferienlandschaften, organisiert der Verband Presse- und Bloggerreisen, Redaktionsgespräche und Pressekonferenzen. Zudem steht mit dem jährlich erscheinenden Recherche-Handbuch und dem Medienportal https://medienservice.frankentourismus.de/ eine umfangreiche Informationsquelle für Medienschaffende zur Verfügung.

Neben den besten Verkehrsbüros wurden beim Award auch herausragende Reisejournalisten, Blogs und PR-Agenturen geehrt. ❐



V.l.: Landrat Thomas Bold (Vorsitzender Tourismusverband Franken), Angelika Schäffer (Geschäftsführerin) und Jörg Hentschel (Referent der Geschäftsführung) bei der Preisübergabe. Bild: Tourismusverband Franken

Bezirk Niederbayern:

Standards müssen auf den Prüfstand

Diskussion über Finanzierungsengpässe, Personalmangel und Reformbedarf in der Behindertenhilfe

Freyung. Vor wenigen Monaten übernahm Julia Lorenz die Leitung der Caritasschule St. Elisabeth in Freyung. Beim Antrittsbesuch von Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich standen neben der positiven Entwicklung der Schule auch die wachsenden Herausforderungen im Sozialbereich im Mittelpunkt. Mit Vertretern des Förderzentrums sowie des Kreis-Caritasverbandes Freyung-Grafenau als Träger diskutierte er über einige zentrale Herausforderungen der Behindertenhilfe, wie etwa den akuten Personalmangel, die steigenden Sozialausgaben sowie mögliche Reformansätze im Bereich der Schulbegleitung und beim inklusiven Wohnen. Heinrich forderte dabei eine Überprüfung bestehender Standards sowie effizientere Lösungen, um das deutsche Sozialsystem langfristig tragfähig und finanzierbar zu halten.

Die Caritasschule St. Elisabeth ist ein auf den Bereich der geistigen Entwicklung spezialisiertes Förderzentrum in der Trägerschaft des Kreis-Caritasverbandes Freyung-Grafenau e.V. Ihr angegliedert sind eine schulvorbereitende Einrichtung (SVE) und eine heilpädagogische Tagesstätte. Wie Schulleiterin Julia Lorenz erläuterte, setzt das pädagogische Konzept der Einrichtung auf eine individuelle Förderung in kleinen Klassen sowie eine enge, diagnosegeleitete Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften, Eltern und weiteren pädagogischen Fachkräften. Derzeit besuchen 84 Kinder und Jugendliche das Förderzentrum: 75 Schüler mit geistiger Behinderung werden in insgesamt sieben Klassen mit je maximal zwölf Kindern unterrichtet; acht Kinder besuchen mit der schulvorbereitenden Einrichtung (SVE) den Kindergarten für Kinder mit besonderem Förderbedarf.

Julia Lorenz trat als Schulleiterin erst vor wenigen Monaten die Nachfolge von Ansver Sobtzick an und war zuvor rund 30 Jahre lang als Konrektorin sowie zuletzt auch als Interimsleitung tätig. Mit den umfangreichen Baumaßnahmen sowie der Corona-Pandemie liegen spannende und fordernde Jahre hinter der sonderpädagogischen Einrichtung. Man habe dabei zu jedem Zeitpunkt das Wohlwollen der Regierung von Niederbayern sowie des Kreis-Caritasverbandes als Träger gespürt und fühle sich als Förderzentrum auch gesellschaftlich wertgeschätzt, betonte Lorenz. Dank umfangreicher Investitionen sei die Einrichtung heute sowohl baulich als auch pädagogisch auf einem sehr guten Stand, wie Florian Kasparak, geschäftsführender Vorstand des Kreis-Caritasverbandes, betonte.

Zunahme der Sozialabgaben und des Personalmangels

Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich betonte zu Beginn des fachlichen Austauschs, dass die Behindertenhilfe zunehmend mit finanziellen und personellen Engpässen konfrontiert ist. Die Sozialausgaben haben in den vergangenen Jahren ebenso deutlich zugenommen wie der Personalmangel. In Kombination mit einer schwächelnden Wirtschaft und rückläufigen Steuereinnahmen sei ohne ein konsequentes Gegensteuern der Fortbestand des Systems gefährdet, zeigte sich der Bezirkstagspräsident besorgt.

Abschied von der „Lebenslüge“

Die Bayerischen Bezirke erarbeiten daher Vorschläge, um mit weniger Personal- und geringerem Mitteleinsatz bestmögliche Betreuung zu ermöglichen. Um die Effizienz und Bezahlbarkeit des Systems zu verbessern, müssten Standards in allen Bereichen auf den Prüfstand, unterstrich Heinrich. Die Gesellschaft müsse sich von der „Lebenslüge“ verabschieden, dass der Staat jedem in jeder Situation helfen und die Probleme lösen könne. Der Sozialstaat sollte seine Leistungen stattdessen kraftvoll auf diejenigen konzentrieren, die tatsächlich auf Hilfe angewiesen sind.

Gemeinsam mit den Vertretern von Schule und Träger diskutierte der Bezirkstagspräsident u. a. Einsparpotenziale im Bereich der Schulbegleitung. Diese ambulante Form der Eingliederungshilfe soll jungen Menschen die gleichberechtigte Teilhabe am Unterricht und damit Inklusion ermöglichen. Im Rahmen einer – v. a. an den Regelschulen verbreiteten – Individualbetreuung werden jedoch große personelle Kapazitäten gebunden und zugleich erhebliche finanzielle Mittel aufgewendet. Heinrich sprach sich daher für Pool-Lösungen aus, um das System effizienter und kostengünstiger zu gestalten und berief sich hierbei auch auf wissenschaftliche Erkenntnisse. Gemäß einer aktuellen Studie sei die Schulbegleitung grundsätzlich ein sehr effektives Instrument, sie werde aber inflationär eingesetzt, was dazu führe, dass in manchen Klassen teils mehr als eine Hand voll erwachsene Begleiter Platz nehmen. Dies sei objektiv betrachtet jedoch in den wenigsten Fällen tatsächlich notwendig und sinnvoll.

Auch Schulleiterin Julia Lorenz gab zu bedenken, dass die personellen Bedarfe der Schulbegleitung von der Behinderungsart sowie den individuellen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen abhängen. Im Bereich der Förderschulen hätten Schulleitung und Lehrkräfte die Möglichkeit einzuwirken und im Dialog mit den Eltern einen sinnvollen Betreuungsschlüssel festzulegen. Dies sei auch an Regelschulen vertretbar, so Lorenz. Bezirkstagspräsident Heinrich stellte daher den Rechtsanspruch auf individuelle Schulbegleitung in Frage. Das Recht auf Schulbegleitung solle unbedingt erhalten bleiben, allerdings soll nicht mehr jedem Schüler ein individueller Betreuer zur Seite gestellt werden.

Im Bereich der Wohnheime für Menschen mit Behinderung schlagen die Entwicklungen des demographischen Wandels sowie des Fachkräftemangels zunehmend durch. Wegen des flächendeckenden und weiter zunehmenden Personalmangels können die ohnehin knappen Wohnheimplätze oftmals nicht mehr belegt werden, berichtete Trägervertreter Florian Kasparak. Man müsse daher die Frage stellen, ob eine Absenkung der Fachkraftquoten und eine Erhöhung der Maximalgröße der Wohnheime der Eingliederungshilfe nicht unumgänglich sei, um die bestehenden Bedarfe weiter bedienen zu können. Problematisch sei hierbei, dass die Einrichtungen oftmals auf Zuschüsse von der „Aktion Mensch“ angewiesen sind und diese nur Wohnheime mit einer vergleichsweise kleinen Belegungszahl fördern. Heinrich nahm diese Anregung auf und verwies abschließend auf die Intention der Bezirke, das Sozialsystem pragmatisch optimieren zu wollen, um einen absehbaren Kahlschlag zu verhindern. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Anne-Marie von Hassel,
Inge Metzger
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 59 vom 01.01.2025
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-17

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

GZ PINOS WELT



In der letzten Ausgabe der Gemeindezeitung war zu lesen, dass der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen jetzt eine Katzenschutzverordnung erlassen hat, um so genannte Freigängerkatzen zu registrieren und zu kastrieren.

Wobei in meinen Ohren das Wort Freigängerkatze etwas seltsam klingt. Menschen sprechen von Freigängern, wenn sie Knackis meinen, die wegen guter Sozialprognose tagsüber die Strafanstalt verlassen dürfen. Ein Katzenzuhause ist aber in der Regel kein Knast, eine liebevolle Halterfamilie sind keine Gefangenenwächter, sondern eher Servicepersonal, und keine Katze fragt um Erlaubnis, wenn sie streunen gehen will.

Und dann die Sache mit dem Kastrieren: Das hört sich natürlich auch nicht gut an. Im Hinblick auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit und auf ein erfülltes Geschlechtsleben sogar echt verboten. Aber uns Katzen ist es halt mal nicht gegeben, Enthaltsamkeit zu üben, sich zu beherrschen oder beim Anblick eines geschlechtsreifen Gegenübers noch an anderes als an die Fortpflanzung zu denken. Da ist es schon besser, das Temperament rechtzeitig operativ zu dämpfen. Mir jedenfalls geht die dauernde Rolligkeit von früher nicht ab.

Maß, Mitte und Vernunft in der Politik

Im Zweifel weiß der Mensch halt am besten, was für ein Tier gut ist. Schließlich ist das Zusammenleben von Mensch und domestiziertem Tier so alt wie die Sesshaftigkeit der Menschen selbst. Tier und Mensch haben sich in der Weltgeschichte immer ergänzt. Tiere liefern die Rohstoffe für Kleidung und Decken, sie liefern vielfältige Nahrungsmittel, sie ziehen und tragen Lasten, wie dies Ochsen und Pferde tun. Sie sind im Frieden Kollegen und im Krieg Kameraden. Noch im Zweiten Weltkrieg wurden von vielen Armeen mehr Pferde als Kraftwagen eingesetzt und auch in unseren hochtechnisierten Zeiten bleiben die Gebirgsjäger Fans von Maultieren.

Neben dieser unmittelbaren Nützlichkeit spenden sie den Menschen Ruhe und Trost, lassen sich streicheln, geben Wärme, bringen mit ihren Faxen und Tollpatschigkeiten die Leute zum Lachen. Hunde führen blinde Menschen durch die Großstadt, Therapiepferde unterstützen seelisch aus dem Gleichgewicht geratene Teenager und Hasen sind offenbar ein großer Gewinn für demenzkranke Senioren.

Es ist also nur gerechtfertigt, dass Tiere hochgeschätzt werden und man ihnen und ihren natürlichen Bedürfnissen gerecht werden will. Aber es ist wohl ein Zeichen unserer Zeit, dass das Pendel immer wieder in extreme Richtungen ausschlägt.

Wenn vor Weihnachten von Aktivisten gegen das Angebot von Gänsen vor einschlägigen Metzgereien demonstriert oder zu Aschermittwoch zum Boykott von Fischläden aufgerufen wird, dann ist das zunächst mal skurril. Aber wenn dort gebrüllt wird, dass Gerd der Ganter oder Flori die Forelle noch leben wollten, dann ist das grotesk: Wenn man ihr Fleisch nicht verkaufen könnte, würden weder Gerd noch Flori das Licht der Welt erblickt haben.

Oder die Diskussionen um Halteformen in der Landwirtschaft: Bauern wissen seit der Sesshaftwerdung des Menschen um die Wichtigkeit und die Bedürfnisse der Tiere. Sicher, es gab immer wieder Menschen, die Tiere absichtlich, aus Spaß oder Profitgier quälten. Gibt es vielleicht auch heute noch. Aber ein normaler Landwirt sieht im Tier einen Produktionsfaktor, den er ebenso pfleglich und schonend behandelt, wie der Handwerker sein Werkzeug und der Unternehmer seine Maschinen.

Deshalb ist zu hoffen, dass bei einer künftigen Bundesregierung die Landwirtschaftspolitik den Weg des Veganismus und des Bauernbashing wieder verlässt und die Regeln für die Nutztierhaltung sach- und fachgerecht statt ideologisch aufstellt. Denn auch das würde zu einer Rückkehr zu Maß, Mitte und Vernunft in der Politik gehören: Tiere müssen nach ihren Bedürfnissen gehalten werden und nicht nach den Maßstäben die lebensfremde Tierschutzaktivisten aufstellen.

Tiere brauchen natürlich Schutz, aber bitte vernünftig. Denn Mark Twain hat Recht: „Tiere sind die besten Freunde des Menschen. Sie stellen keine Fragen und kritisieren nicht“.

Ihr Pino



Bild: Diana Sonntag, LRA Donau-Ries

Landkreis Donau-Ries:

1000 Schulen für unsere Welt

Albrecht-Ernst-Gymnasium Oettingen unterstützt Schulbauprojekt im Senegal

Oettingen. Das Albrecht-Ernst-Gymnasium (AEG) Oettingen engagiert sich für bessere Bildungschancen weltweit: Schulleiter Christian Heinz überreichte kürzlich im Landratsamt eine Spende in Höhe von 3.300 Euro für ein Schulbauprojekt in Fallok, Senegal.

Das Projekt ist Teil der von Landrat Stefan Rößle ins Leben gerufenen Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ und wird in Zusammenarbeit mit dem Verein Menschenfreude e.V. sowie mit einer Förderung der Bayerischen Staatskanzlei umgesetzt.

Verwendung

Die Spende fließt in die Renovierung eines Schulgebäudes vor Ort, um den Kindern in Fallok bessere Lernbedingungen zu ermöglichen.

Landrat Stefan Rößle würdigte das Engagement der Schule: „Es ist beeindruckend, mit wie viel Einsatz sich die Schülerinnen und Schüler sowie das gesamte AEG Oettingen für dieses Projekt engagieren. Solche Initiativen zeigen, dass wir gemeinsam Großes bewirken können und dass Bildung keine Grenzen kennt.“ Auch in der Vergangenheit unterstützte das AEG Oettingen bereits Bildungsprojekte im Globalen Süden, insbesondere in Haiti. ❐



Matthias Wiechert (Sozialpsychiatricher Dienst des SkF e.V.) und Alexandra Hölzlein (Gesundheitsamt Bamberg) vor den Bildschirmen in einem Bamberger Stadtbus. Bild: Landratsamt Bamberg / Hölzlein

„Klärwerk-Clip“ in Bamberger Stadtbussen

Programm für mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen

Das Jugendalter und das junge Erwachsenenalter sind Lebensphasen, die von tiefgreifenden körperlichen, emotionalen und sozialen Veränderungen geprägt sind. Diese Umbrüche können Jugendliche anfällig für psychische Herausforderungen machen, die oft in Form von Stress, Angst, Depressionen oder anderen psychischen Erkrankungen auftreten.

2020 initiierte die Stadt Bamberg in der Corona-Krise einen Fach-Austausch über die psychische Gesundheit von Kindern, wodurch das Kooperationsprogramm von Stadt und Landkreis Bamberg sowie der Gesundheitsregion+ „Klärwerk – wenn alles scheiße ist“ geschaffen wurde. Hierbei werden Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene, Familien und Fachkräfte bei Fragen und Krisen mit Informationen und Hilfsangeboten versorgt. Mit der Internetseite www.klaerwerk-bamberg.de der Gesundheitsregion Plus Bamberg wird die Suche nach Unterstützungsmöglichkeiten erheblich vereinfacht.

Ganz neu läuft seit Februar ein Clip in den Stadtbussen, der sich mit dem Thema psychische Krisen auseinandersetzt und auf die Website von „Klärwerk“ verweist.

Jugendliche der offenen Jugendarbeit Bamberg haben gemeinsam mit Mitarbeiterinnen von iSo e.V. den Film entwickelt und „Klärwerk“ zur Verfügung gestellt. ❐



Die 10. Klasse des Gymnasiums Feuchtwangen mit Lehrkräften, Bezirkstagspräsident Peter Daniel Forster (Mitte), Bezirksrat Herbert Lindörfer (links daneben) und Gregor Köstler von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (rechts daneben) im Saal Mittelfranken des Bezirksrathauses.

Bild: Felix Beuter/Bezirk Mittelfranken

Feuchtwanger Gymnasium erkundet den Bezirk Mittelfranken

ANSBACH – Eine 10. Klasse des Gymnasiums Feuchtwangen besuchte im Rahmen des kürzlich gestarteten Pilotprojekts „Lern- und Handlungsort Bezirk" das Bezirksrathaus in Ansbach.

Ziel des Projekts ist es, Schulklassen einen Besuch im Bezirksrathaus zu ermöglichen und dadurch Schülerinnen und Schülern Struktur und Aufgaben der bayerischen Bezirke an einem authentischen Ort näherzubringen.

Der Tag begann für die Zehntklässler mit einem Bezirksquiz im Sitzungssaal. Gregor Köstler von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit informierte die Klasse nachfolgend über Aufbau und Aufgaben der sieben bayerischen Bezirke.

Lernen von den Praktikern

Im Anschluss konnten die Schülerinnen und Schüler direkt mit Bezirkstagspräsident Peter Daniel Forster und mit Bezirksrat Herbert Lindörfer, der zudem Dritter Bürgermeister der Stadt Feuchtwangen ist, ins Gespräch gehen. Danach stellte Ausbildungsleiter Johannes Heyer die vielfältigen Berufs- und Karrieremöglichkeiten beim Bezirk Mittelfranken vor. Zum Abschluss des Schultages gab es noch eine Führung über das angrenzende Gelände des Bezirksklinikums Ansbach durch den kaufmännischen Leiter Benjamin Fischer. Dabei wurde auch das hauseigene Museum besucht, das interessante Einblicke in die noch junge Geschichte psychiatrischer Behandlungen bietet – ein weiteres Highlight für die Schülerinnen und Schüler.

Ziel: Bayernweites standardisiertes Angebot

Das Pilotprojekt „Lern- und Handlungsort Bezirk" wird vom Bezirk Mittelfranken in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, dem Bayerischen Bezirketag und dem Bezirk Unterfranken durchgeführt. Anfang Februar lernte bereits eine 9. Klasse des Nürnberger Jenaplan-Gymnasiums den Bezirk Mittelfranken im Rahmen des Pilotprojekts kennen. Die Erkenntnisse aus den beiden Veranstaltungen werden nun für geplante Besuche in Unterfrankens Bezirksrathaus in Würzburg weiter ausgearbeitet. Ziel ist es, ein Konzept zu erstellen, das als standardisiertes Angebot bayernweit Verwendung finden kann. ❒

Vorschau auf GZ 7

In unserer Ausgabe Nr. 7/2025, die am 27. März 2025 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **IT · E-Government · Breitband · Mobilfunk**
- **Arbeitsplatz Kommune**
- **Umwelttechnologien und Ressourcenschutz**
- **Abfall · Entsorgungsmanagement · technische Lösungen**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**

Bürgermeisterwahlen in Bayern

Die Gemeinde Colmberg im Landkreis Ansbach hat einen neuen Bürgermeister. Einziger Kandidat für die Nachfolge des erkrankten Wilhelm Kieslinger (CSU/FWC) war sein bisheriger Stellvertreter Gerhard Wachmeier (CSU/Freie Wählerschaft Colmberg und Umgebung). Wachmeier konnte sich über 96,3 Prozent der Stimmen freuen, die Wahlbeteiligung lag knapp über 50 Prozent.

Christoph Gasteiger (CSU) ist neues Gemeindeoberhaupt in Moorenweis. Der 47-Jährige setzte sich mit 71,3 Prozent der Stimmen gegen seine Mitbewerberin Monika Trauner (Gemeinschaft) durch. Sie erhielt 28,7 Prozent der Stimmen. Wahlbeteiligung: 66,3 Prozent.

Wolfgang Bock (CSU) heißt der neue Rathauschef der Gemeinde Georgenberg. Er bekam 52,4 Prozent der Stimmen. Auf seinen Gegenkandidaten Andreas Götz von der Bürgerliste Georgenberg entfielen 47,6 Prozent. Wahlbeteiligung: 83,9 Prozent.

Mit gerade einmal 50,8 Prozent behielt Ralf Herbst (SPD) bei der Stichwahl gegen den parteilosen Thomas Böhrer (49,2 Prozent) die Oberhand und ist somit neuer Bürgermeister in Großostheim. Der 38-Jährige folgt auf Herbert Jakob, der aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus seinem Amt ausgeschieden war. Wahlbeteiligung: 72,6 Prozent.

Elisabeth Stammler (Gemeinsame Liste) wird mit 59,8 Prozent der Stimmen neues Gemeindeoberhaupt von Gebsattel. Sie setzte sich gegen Jakob Braun (WUG) durch, für den 40,2 Prozent votierten. Wahlbeteiligung: 82,3 Prozent.

Die Schwarzacher Bürgermeisterwahl endete mit einem für eine Urwahl überraschenden Ergebnis: Michael Wilfahrt erhielt auf Anhieb 62,5 Prozent der Stimmen und leitet somit fortan die Geschicke des oberpfälzischen Marktes. Insgesamt wurden 62 verschiedene Namen auf die Stimmzettel geschrieben.

Nach fünfjähriger Unterbrechung hat die CSU den Oberbürgermeister-Stuhl im Ingolstädter Rathaus zurückerobert. Bei der Stichwahl siegte Michael Kern deutlich gegen den SPD-Bewerber Christian De Lapuente. Der Unternehmensjurist Kern kam auf 64,2 Prozent der Stimmen, während sich der Gewerkschaftsfunktionär De Lapuente, der auch von Grünen, Linken, ÖDP und UWG unterstützt wurde, mit 35,8 Prozent begnügen musste. Die vorgezogene Neuwahl wurde notwendig, weil Amtsinhaber Christian Scharpf (SPD) als Wirtschaftsreferent in München tätig sein wird. Die Wahlbeteiligung betrug 59,5 Prozent. **DK**

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

ESB ENERGIE SÜDBAYERN

Fahnen/Arbeitsbekleidung

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Arbeitskleidung
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Fahnenmaste
Vereinsbedarf

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.
LEONET.DE

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de
www.kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektiven Winterdienst
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Multifunktionale Wärmerückgewinnung



Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.
SEW® GmbH
www.sew-kempen.de
SEW®

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de
Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 27. März 2025 | 76. Jahrgang | Nummer 7

Bayerisches EnergieForum
2. April 2025, Stadthalle Gunzenhausen
Veranstalter: Bayerischer Gemeindetag und Bayerische GemeindeZeitung

Das Bayerische Energieforum – eine gemeinsame Veranstaltung von Bayerischem Gemeindetag und Bayerischer Gemeinde-Zeitung ist Fachforum und Marktplatz zugleich. Schwerpunktthemen sind erneut die Wärmeplanung mit Fokus auf Umsetzung und Wertschöpfung vor Ort durch erneuerbare Energien. Erstmals wird der neue Kooperationspartner der Kommunal GmbH des Gemeindetags, die enPORTAL, mit seinem Team vor Ort sein. Das Bayerische Wirtschaftsministerium stellt die Rechtsverordnung zur Wärmeplanung und das Umsetzungspaket vor. Einen Überblick über die Veranstaltung bietet unser QR-Code.

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Weg frei für Milliarden-Finanzpaket:

Kommunen entlasten

Der Weg für das 500-Milliarden-Sondervermögen für Infrastruktur ist frei: Nach dem Bundestag stimmte auch der Bundesrat dem Finanzpaket von Union und SPD zu. Damit wird die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse, die der Neuverschuldung des Bundes enge Grenzen setzt, für Ausgaben in Verteidigung, Zivilschutz, Nachrichtendienste und Cybersicherheit gelockert. Für alle diese Ausgaben, die ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts überschreiten, dürfen künftig Kredite aufgenommen werden.

Zudem wird ein Sondervermögen geschaffen, für das die Schuldenbremse nicht gilt und das mit Krediten bis zu 500 Milliarden Euro gefüttert wird. Daraus soll die Instandsetzung der maroden Infrastruktur in Deutschland bezahlt werden. 100 Milliarden Euro sollen an die Länder gehen, weitere 100 Milliarden Euro in den Klimaschutz und in den klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft fließen.

Söder: Deutscher Marshallplan

Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder bezeichnete die Grundgesetzänderungen für ein milliardenschweres Finanzpaket als „erste Etappe" zur Modernisierung Deutschlands. Kommunen und Freistaat Bayern profitierten davon ganz konkret: Die Regeln zur Schuldenbremse für die Länder werden so angepasst, dass den Ländern zukünftig – analog zum Bund – eine jährliche Neuverschuldung in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gestattet ist. Damit wird auch den Ländern in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten in maßvollem Umfang die Möglichkeit gegeben, wachstumsfördernde Investitionen zu tätigen.

Das Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro für die Infrastruktur sei wie ein deutscher Marshallplan, betonte Söder. Investitionsbedarf sieht er bei Straßen, Schienen, Brücken, Krankenhäusern, Schulen, Kitas, und in der Wissenschaft. Jeder einzelne Euro müsse „überlegt ausgegeben werden". Schließlich sei dies „kein Selbstbedienungsladen für irgendwelche Projekte, die immer schon mal gemacht werden sollten".

Finanzminister Albert Füracker zeigte sich mit Blick auf die 100 Milliarden Euro, die die Bundesländer in den nächsten Jahren für Investitionen in die Infrastruktur erhalten sollen, noch zurückhaltend. Wichtige Fragen seien noch offen. Zunächst brauche es ein Gesetz. „Wir müssen jetzt sehen, was im Bundesgesetz stehen wird, wofür das Geld unter welchen Voraussetzungen eingesetzt werden kann." Je weniger Bürokratie, desto mehr Geld werde zur Verfügung stehen, erklärte Füracker, „allerdings müssen wir Regeln einführen, damit das Geld auch dorthin kommt, wo es gebraucht wird und auch Wachstumseffekte erzeugt."

Karmasin: Existenzielle Herausforderungen

„Nur durch entschlossene Maßnahmen kann eine wirtschaftlich starke und lebenswerte Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger gesichert werden. Der Wandel muss jetzt stattfin-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried



V.l.: BKG-Geschäftsführer Roland Engehausen und Landrätin Tamara Bischof, 1. Vorsitzende der BKG. Bild: Fuchshuber

Umfrage zum Bayerischen Krankenhaustrend 2025:

BKG warnt vor Kliniksterben

„Acht von zehn Krankenhäusern in Bayern haben 2024 rote Zahlen geschrieben. Somit hat sich die dramatische Prognose des vergangenen Jahres bestätigt", stellte Landrätin Tamara Bischof, 1. Vorsitzende der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), bei der Vorstellung des Bayerischen Krankenhaustrends 2025 im Münchner Presseclub fest. Wird nicht gegengesteuert, könne sich diese Situation heuer sogar noch verschärfen, unterstrich Bischof.

Die Umfrage unter 123 Krankenhausträgern, die zwei Drittel der Betten im Freistaat betreiben, habe ergeben, dass bereits 85 Prozent der Kliniken für 2025 von einem Defizit ausgehen, erläuterte BKG-Geschäftsführer Roland Engehausen. Der Grund: Die Erlöse pro Behandlungsfall deckten nicht einmal annähernd die Kosten. Um Insolvenzen zu vermeiden, fordert die BKG von der neuen Bundesregierung eine Anhebung der Behandlungserlöse um mindestens 4 Prozent.

Besonders betroffen sind klei-

(Fortsetzung auf Seite 4)



3. Kongress für politisch engagierte Frauen

Landtagspräsidentin Ilse Aigner lud zum Kongress „Frauen in Parlamente!" ein

Erneut lud Landtagspräsidentin Ilse Aigner Mandatsträgerinnen, Kandidatinnen und politikinteressierte Frauen aus ganz Bayern zu einem parteiübergreifenden Netzwerk- und Coaching-Tag in den Landtag ein. Der Tag, der eine Vielzahl an Workshops umfasste, zielte darauf ab, mehr Frauen zu ermutigen und zu befähigen, eine politische Karriere einzuschlagen – insbesondere im Hinblick auf die Kommunalwahlen 2026.

Derzeit sind im Bayerischen Landtag nur 51 von 203 Abgeordneten Frauen, was einem Anteil von 25 Prozent entspricht. Landtagspräsidentin Aigner setzt sich seit Jahren dafür ein, dass sich mehr Frauen politisch engagieren, in den Parteien Fuß fassen und das Verhältnis der Abgeordneten langfristig ausgeglichener wird. „Unser Ziel muss es sein, den Frauenanteil auf allen Ebenen deutlich zu erhöhen. Denn gemischte Teams sind erwiesenermaßen erfolgreicher und können die Interessen der gesamten Bevölkerung besser vertreten. Mit dem Kongress möchten wir die Hürden abbauen, sich politisch zu engagieren und sich für die Kommunalwahl 2026 aufstellen zu lassen", so Aigner.

In Workshops und Vorträgen, die von hochqualifizierten und erfahrenen Frauen geleitet wurden, ging es um Themen die Frauen bewegen: Gleichstellungsarbeit, der souveräne Umgang mit Hate Speech, die perfekte Balance zwischen Beruf, Familie und politischem Engagement sowie strategisches Netzwerken.

In spannenden Podiumsdiskussionen wie beispielsweise „Frauen in die Kommunalpolitik" teilten zudem erfolgreiche Frauen ihre persönlichen Karrierewege, erzählten von ihren Erfolgen und gaben wertvolle Einblicke in die Perspektiven der politischen Arbeit.

Bildarchiv Bayerischer Landtag

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Extremismusbekämpfung und Entbürokratisierung im Fokus

Die Themen „Hass und Hetze gegen Kommunalpolitiker in Deutschland und Bayern" sowie „Bürokratieabbau und Deregulierung in den Kommunen" beherrschten die jüngste (digitale) Sitzung des KPV-Landesvorstands und Hauptausschusses. Hierzu tauschten sich die KPV-Mitglieder unter Leitung des Landesvorsitzenden Stefan Rößle mit Sarah Bitschnau, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus im Bundeskriminalamt, sowie dem Leiter der Bayerischen Staatskanzlei und Bayerischen Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien, Dr. Florian Herrmann, MdL, aus.

Wenn sich ein radikales Aufbegehren gegen politische Entscheidungen nicht nur in legitimem, strafrechtskonformem Protest äußert, sondern in Hass, Hetze und Gewalt umschlägt, ist unser aller Achtsamkeit gefordert. Diesen Kipppunkt frühzeitig zu erkennen und zu verstehen, ist die Voraussetzung für ein vorausschauend-präventives Agieren. In dieser Absicht wird in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund durch die Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des BKA halbjährlich ein Kommunales Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo) aufgelegt.

Deutschlandweites Kommunalmonitoring

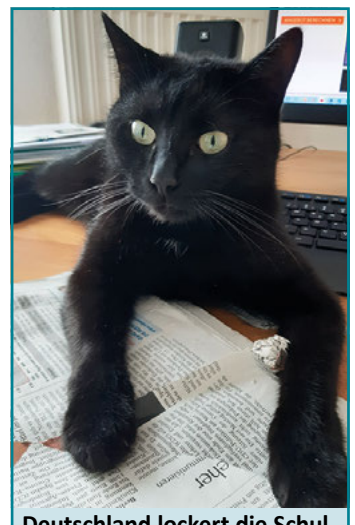
Laut Sarah Bitschnau, die dieses deutschlandweite Kommunalmonitoring leitet, zeigen aktuelle Umfrageergebnisse des KoMo, dass auf Bundesebene 34 Prozent der befragten Amts- und Mandatsträger Mai und Oktober 2024 Anfeindungen erlebt haben. Die zuletzt erlebten Vorfälle beliefen sich auf verbale/schriftliche Anfeindungen (78 Prozent), Hasspostings im Internet (19 Prozent) und tätliche Übergriffe (3 Prozent). 11 Prozent der zuletzt erlebten Vorfälle wurden zur Anzeige gebracht. Frauen waren signifikant stärker betroffen als Männer (38 Prozent / 28 Prozent) und hauptamtliche Personen stärker betroffen als ehrenamtliche Personen (39 Prozent / 20 Prozent). Zudem wurden Amtspersonen im städtischen Raum öfter angefeindet als im ländlichen Raum (40 Prozent / 29 Prozent).

Laut der Befunde aus Bayern haben 22 Prozent der Befragten im Zuge der Amtsausübung bereits persönlich erlebt, dass Desinformationen oder KI generierte Deep Fakes über die eigene Person verbreitet wurden. 15 Prozent erlebten dies mehrmals.

Bedrohung für die persönliche Sicherheit

84 Prozent der Befragten sehen durch Desinformation oder KI generierte Deep Fakes eine Bedrohung für die persönliche Sicherheit und politische Karriere im Amtsalltag. 27 Prozent haben ein starkes bis sehr starkes Bedrohungsempfinden. 31 Prozent der Befragten haben an unterschiedlichsten „Orten und Rahmen" Anfeindungen wie Be-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Deutschland lockert die Schuldenbremse für Panzer, Brücken und Energiewende. Klingt gut, meint Rathauskater Pino, doch Bürokratie und Blockiererunken drohen alles zu bremsen. Schulden sind international hip, aber wenn die Umsetzung stockt, bleibt nur Schopenhauers Durst nach Geld – und der Fortschritt auf der Strecke. **Seite 13**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Innenminister Herrmann präsentiert Kriminalstatistik 2
GZ-Podcast: Das gute Beispiel. 2
Leserbriefe an die GZ 2
GZ-Kolumne Henry Schramm:
Unsere Forderungen an die neue Bundesregierung 3
OB Alexander Putz: „Wir haben eine Vollbremsung hingelegt" . 3
Europäische Verteidigung stärken 3
Erfolgreicher Bürgerdialog für ein starkes Bayern. 3
Breitband • Kommunikationstechnik • IT . . . . . 5 - 8
Umwelt-, Abfall-, Kommunaltechnik . . . . . 9 - 11
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 11 - 14

Innenminister Herrmann präsentiert Kriminalstatistik:

Weniger Straftaten, hohe Aufklärungsquote

Sicherheitslage in Bayern bleibt sehr gut
Umfassende Maßnahmen für mehr Sicherheit

Die Kriminalitätsbelastung in Bayern ist im Jahr 2024 leicht gesunken. Die Bayerische Polizei registrierte 4.218 Straftaten pro 100.000 Einwohner (ohne ausländerrechtliche Delikte wie illegale Einreise oder illegalen Aufenthalt). Dies entspricht einem Rückgang von 3,3 Prozent. Die Aufklärungsquote bleibt mit 64,9 Prozent auf einem hohen Niveau (2023: 65,2 Prozent). Herrmann: „Die Sicherheitslage in Bayern bleibt sehr gut. Wir ruhen uns jedoch nicht auf diesen Erfolgen aus. Unser Ziel ist es, den Rückgang der Straftaten und die hohe Aufklärungsquote weiter auszubauen. Unser Landeskriminalamt und die bayerischen Polizeipräsidien analysieren die Kriminalitätsentwicklung genau und passen bei Bedarf die Einsatzkonzepte sowie die Polizeipräsenz an." Obwohl noch nicht alle Bundesländer ihre Kriminalstatistiken veröffentlicht haben, zeigte sich Herrmann zuversichtlich: „Bayern wird auch weiterhin einen Spitzenplatz im Bereich der Inneren Sicherheit einnehmen!"

Ein Grund für den Rückgang der Straftaten ist vor allem der gesetzlich neu geregelte Umgang mit Cannabis. Manche nach der alten Gesetzeslage noch strafbare Taten werden heute nicht mehr bestraft. Im Jahr 2024 registrierte die Bayerische Polizei insgesamt 31.145 Fälle der Rauschgiftkriminalität, was einem Rückgang von rund 39 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Bei Cannabis gab es sogar ein Minus von fast 56 Prozent auf 15.270 Fälle. Herrmann erklärte, dass dieser Rückgang jedoch keine Entlastung für die Polizei bedeute: „Durch das Cannabisgesetz entstehen für die Polizei zusätzliche Kontroll- und Überwachungsaufgaben. Es erschwert auch die Bekämpfung von Kriminalität erheblich. Das Gesetz begünstigt vor allem Händler und ermöglicht einen florierenden Schwarzmarkt. In Bayern stellt die Polizei weiterhin große Mengen an Cannabis sicher."

Cannabisgesetz war schwerwiegender Fehler

Herrmann forderte eine grundlegende Wende beim Thema Cannabis: „Die Freigabe von Cannabis zum Eigenkonsum war ein schwerwiegender Fehler. Sie gefährdet massiv die Gesundheit der Menschen und belastet unsere Polizei und Justiz unerträglich. Diese unsinnige Regelung gehört umgehend abgeschafft."

Herrmann äußerte Besorgnis über den steigenden Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger. Im Jahr 2024 waren von insgesamt 259.065 Tatverdächtigen 41 Prozent Nichtdeutsche. Im Vorjahr lag dieser Anteil noch bei 39,6 Prozent. Seit 2010 stieg der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung in Bayern von 9,3 Prozent auf 16 Prozent im Jahr 2024. Gleichzeitig erhöhte sich ihr Anteil an allen Tatverdächtigen von 23,7 Prozent im Jahr 2010 auf 41 Prozent im Jahr 2024 deutlich. Der Anteil der tatverdächtigen Deutschen ist hingegen von 76 Prozent auf 59 Prozent gesunken. „Die unkontrollierte Migration der letzten Jahre überfordert unser Land massiv und wirkt sich auch auf die Innere Sicherheit aus. Wir benötigen dringend einen grundlegenden Richtungswechsel in der Migrationspolitik unter der neuen Bundesregierung."

Anstieg der Gewaltkriminalität ...

Im Bereich der Gewaltkriminalität stieg die Zahl der Fälle im letzten Jahr um 1.114 auf insgesamt 22.693, was einem Anstieg von 5,2 Prozent entspricht. Davon waren rund 78 Prozent gefährliche und schwere Körperverletzungsdelikte. Gewaltkriminalität fand überwiegend im öffentlichen Raum statt (63,3 Prozent). Die Aufklärungsquote blieb mit fast 84 Prozent nahezu unverändert hoch. Im Bereich der Gewaltdelikte mit minderjährigen Tatverdächtigen registrierte die Polizei einen Anstieg von 8,7 Prozent. Herrmann stellte eine Reihe von Maßnahmen für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum vor: „Ende 2024 haben wir die bayernweite Arbeitsgruppe ‚Bayern. 360° Sicherheit' unter der Leitung des Polizeipräsidiums Mittelfranken gegründet. Unser Ziel ist es, die Einsatzkonzepte in vielen Städten zu verbessern, insbesondere in Bahnhofsbereichen und Innenstädten. Wir möchten die Polizeipräsenz in diesen Bereichen lageangepasst erhöhen. Auch geschlossene Einheiten der Bereitschaftspolizei werden regelmäßig eingesetzt. In enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Kommunen prüfen wir, ob es sinnvoll ist, Verbotszonen für Alkoholkonsum sowie das Mitführen von Cannabis und Waffen auszuweisen. An Brennpunkten planen wir, die offene polizeiliche Videoüberwachung auszubauen."

... und bei Sexualstraftaten

Die Zahl der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung stieg um 6,6 Prozent auf insgesamt 17.529 Fälle. Hauptursächlich für diesen Anstieg waren die Verbreitung, der Erwerb, der Besitz und die Herstellung von Kinderpornografie. Herrmann: „Wir gehen nach wie vor konsequent gegen sexuelle Missbrauchsdarstellungen und Kindesmissbrauch vor. Ein Problem bleibt, dass Hinweise oft nicht weiterverfolgt werden können, weil keine Daten mehr gespeichert sind. Der Europäische Gerichtshof erlaubt die Sicherung von IP-Adressen und in der Innenministerkonferenz besteht Einigkeit über deren Speicherung. Dies müssen wir im neuen Bundestag zügig umsetzen." Im Bereich der Vergewaltigungsdelikte verzeichnete die Polizei einen Anstieg um 14,3 Prozent auf 1.493 Fälle. Drei Viertel der Opfer hatten eine Vorbeziehung zum Tatverdächtigen. Rund vier von fünf Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung konnten 2024 geklärt werden.

Auch mehr Diebstahlsfälle

Bei den Diebstahlsfällen registrierte die Polizei rund 155.900 Delikte, was einem Anstieg von 2,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Damit stellten Diebstähle im Jahr 2024 ein Viertel aller in Bayern registrierten Straftaten dar. Die meisten dieser Delikte waren einfache Diebstähle, also solche ohne erschwerende Umstände wie Gewaltanwendung oder die Beteiligung von Komplizen. Beim Wohnungseinbruchdiebstahl hat sich der erhebliche Rückgang während der Corona-Jahre teilweise wieder umgekehrt. Hier registrierte die Bayerische Polizei 3.605 Fälle, was im Vergleich zum Vorjahr einem moderaten Anstieg von 4,9 Prozent entspricht. Dabei blieb knapp die Hälfte der Taten im Versuch stecken.

Die Zahl der im Internet begangenen Straftaten sank um 2.445 Fälle, was einem Rückgang von 5,2 Prozent auf insgesamt 44.917 Delikte entspricht. Die Polizei konnte fast 60 Prozent dieser Straftaten aufklären, was einen Anstieg um 7,9 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Der Schaden belief sich auf 48,9 Millionen Euro. Zum Vergleich: Im Jahr 2021 lag dieser noch bei 28 Millionen Euro. „Wir müssen weiterhin von einer sehr hohen Dunkelziffer ausgehen. Viele Straftaten im Cyberraum werden nach wie vor nicht angezeigt", erklärte Herrmann.

Der bayerische Innenminister bekräftigte den Kurs, die Bayerische Polizei fortlaufend zu verstärken: „Wir setzen auf eine hochmoderne Ausstattung, innovative Technik und insbesondere kontinuierlich auf mehr Personal. Von 2008 bis 2023 haben wir die Bayerische Polizei mit insgesamt 8.000 zusätzlichen Stellen verstärkt. Das ist deutschlandweit einmalig. Mit mehr als 45.500 Stellen für alle Beschäftigten haben wir einen neuen Höchststand im Stellenbestand der Bayerischen Polizei erreicht. Und wir werden ihn auch im Haushalt 2025 weiter kräftig ausbauen."

Informationen: www.innenministerium.bayern.de und Auswertungen: www.polizei.bayern.de/kriminalitaet/statistik. ❐

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heinz Meyer
Gemeinde Burgthann
am 3.4.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Udo Siegel
Gemeinde Großheirath
am 30.3.

Bürgermeister Martin Göbel
Gemeinde Karsbach
am 7.4.

Bürgermeister Harald Feulner
Gemeinde Gesees
am 9.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Schlögel
Gemeinde Ehingen
am 29.3.

Bürgermeister Karl Malz
Gemeinde Tapfheim
am 29.3.

Bürgermeisterin
Gudrun Donaubauer
Stadt Hauzenberg
am 9.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Jürgen Hoffmann
Stadt Hohenberg a. d. Eger
am 2.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Marco Steiner
Stadt Rödental
am 3.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dirk Friesen
Gemeinde Schönbrunn
i. Steigerwald
am 5.4.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Josef Heigenhauser
Gemeinde Schweitenkirchen
am 31.3.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Thomas Bartl
Gemeinde Neuching
am 27.3.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



Bild: BBV / Petra Schramböhmer

50 Jahre Erwachsenenbildungsförderungsgesetz:

Festakt im Landtag

Mit einem Festakt im Bayerischen Landtag wurde das 50-jährige Bestehen des Bayerischen Erwachsenenbildungsförderungsgesetzes (BayEbFöG) gefeiert. Vertreter aus Politik, Bildung und Gesellschaft würdigten die Errungenschaften des Gesetzes und diskutierten über die Zukunft der Erwachsenenbildung.

Seit dem 1. September 1974 prägt das BayEbFöG die Erwachsenenbildung in Bayern. 2023 summierte sich die Bildungszeit öffentlich geförderter Veranstaltungen auf 278,5 Jahre, insgesamt nahmen seit 1974 über 240 Millionen Menschen teil. Ein Meilenstein war die Novellierung des Gesetzes 2018, die eine deutliche Erhöhung der finanziellen Mittel brachte und die Zukunftsfähigkeit der Erwachsenenbildung stärkte.

Dr. Ute Eiling-Hütig, Sprecherin der Interfraktionellen Arbeitsgruppe Erwachsenenbildung, betonte: „Das BayEbFöG ist die Grundlage der staatlichen Förderung. Mit der Novellierung 2018 haben wir die jährliche Fördersumme um 20 Millionen Euro nahezu verdoppelt und das Gesetz weiter modernisiert. Doch das Grundprinzip bleibt: Erwachsenenbildung soll Selbstverantwortung und Selbstbestimmung fördern."

Tobias Reiß, Erster Vizepräsident des Landtags, unterstrich: „Man lernt nie aus. Wer im Marathon des Lebens mithalten will, muss sich stetig weiterentwickeln." Erwachsenenbildung gehe weit über berufliche Qualifizierung hinaus und schaffe neue Chancen für alle Menschen, unabhängig von Alter oder Lebenssituation. Er lobte die Arbeitsgemeinschaft der Erwachsenenbildungsträger in Bayern (AGEB) für ihr Engagement.

Dr. Andrea Niedzela-Schmutte vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus hob hervor, dass die Erwachsenenbildung besonders während der Corona-Pandemie ihre Flexibilität und Innovationskraft bewiesen habe.

Ein Rückblick, moderiert von Margit Fuchs (AGEB) und Dr. Christian Hörmann (Bayerischer Volkshochschulverband), zeigte die dynamische Entwicklung der Erwachsenenbildung in Bayern. Das BayEbFöG ermögliche Vielfalt und Pluralität der Träger und verankere Erwachsenenbildung als eigenständigen Bildungsbereich.

Zum Abschluss diskutierten Vertreter der Interfraktionellen Arbeitsgruppe über die Zukunft der Erwachsenenbildung. Der parteiübergreifende Konsens zeigt den hohen Stellenwert des Gesetzes.

Organisiert wurde der Festakt von der Interfraktionellen Arbeitsgruppe und der AGEB. ❐

GZ-PODCAST

Das gute Beispiel

Podcast-Moderator Michael von Hassel spricht mit beeindruckenden Menschen, die mit ihrem Talent und Engagement für Hoffnung in schwierigen Zeiten sorgen, besonders im Ehrenamt und in der Kommunalpolitik.

Folge 5: „Wir rechnen zu viel in Euro, wir sollten vielmehr in Glücklichsein rechnen" – Landrat Stefan Rößle im Gespräch

In dieser Podcastfolge erzählt Landrat Stefan Rößle von seinem außergewöhnlichen Werdegang – vom Polizeidienst zum engagierten Kommunalpolitiker, der in turbulenten Zeiten seinen Landkreis Donau-Ries schuldenfrei gemacht hat. Er berichtet von persönlichen Herausforderungen, den bewegenden Momenten in seinem Amt und seiner Vision für eine bessere Zukunft. Besonders beeindruckend: sein Herzensprojekt „1000 Schulen für unsere Welt", das es sich zur Aufgabe gemacht hat, Bildung und Perspektiven in Entwicklungsländern zu ermöglichen. Erfahren Sie, wie durch ehrliches Engagement und den Willen, Gutes zu tun, Hoffnung geschenkt wird.

Alle Folgen unter: www.gemeindezeitung.de/podcast
Sie wollen mehr Kindern den Schulbesuch ermöglichen? Dann unterstützen Sie Stefan Rößle mit einer Spende an den Verein 1000 Schulen für unsere Welt e.V., Konto: Raiffeisen-Volksbank Donauwörth eG, IBAN: DE12 7229 0100 0007 1000 19. ❐

LESERBRIEFE AN DIE GZ

Liebes Team der Gemeindezeitung,

zu Ihrem Artikel „Ruf nach Trendwende" (GZ 5/2025, Seite 1, Anm. d. Red.) möchte ich Ihnen noch einen Aspekt zurufen, der mir ebenfalls Sorge bereitet. Sie zitieren Herrn Lewe u.a.:

„Wenn sich nichts ändert, wird die Finanznot der Städte weiter anwachsen", unterstrich Lewe. Dabei gehe es auch um die Zukunft der Demokratie. Vor Ort in den Städten erlebten die Menschen den Staat konkret. Wenn sie ihn dort nur noch als Mangelverwalter und nicht mehr als Gestalter und Problemlöser wahrnähmen, leide das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates."

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir in den vergangenen Jahren – auf allen Ebenen – leider zu einer Entwicklung beigetragen haben, die wir nun eindämmen müssen. Unsere Gesellschaft verändert sich immer stärker zu einer Art „Selbstbedienungs- und Forderungsgesellschaft". Es ist offensichtlich, dass alles vom Staat, gleich welcher Ebene, gefordert wird, und das bitte zum Nulltarif!

Warum ist das so? Vielleicht haben wir es verlernt, zur rechten Zeit deutlich „Nein" zu sagen. Die Erwartungen, die an alle staatlichen Ebenen herangetragen werden, sind immens! Dabei ist doch allen Ebenen eigentlich klar, dass das auf Dauer nicht gut gehen kann. Und das ist eigentlich seit Jahren mit besorgniserregender Zunahme zu beobachten. Wir haben uns diese Forderungsmentalität unserer Gesellschaft selbst heranerzogen. Wir werden sehr viel Mühe aufwenden müssen, diese Mentalität wieder in ein verträgliches Miteinander zu verändern. Es wird uns Jahre kosten. Oder es wird uns im schlimmsten Fall nicht mehr gelingen, das Ruder herumzureißen.

Sollten wir weiterhin zu allen Forderungen „Ja und Amen" sagen, wird am Ende nicht nur das Vertrauen in die staatlichen Institutionen leiden, sondern die Glaubwürdigkeit der „Ja-Sager" ins Mark erschüttert. Die Folgen sehen wir bereits längere Zeit in den Wahlergebnissen.

Und machen wir uns endlich frei von dem Gedanken, dass wir es allen und jedem Recht machen können. Wer das vertritt, handelt unlauter. Und so lässt sich auch keine Politik, insbesondere auf kommunaler Ebene, betreiben. Priorisierungen sind vorzunehmen, und sie sind auch deutlich zu vertreten.

Wir brauchen Personen, die unabhängig vom Denken in Wahlperioden mit Rückgrat Entscheidungen treffen und dies deutlich aussprechen. Ein deutliches „Nein" zur rechten Zeit ist das Gebot der Stunde.

Stefan Thiele

Mit diesem Artikel (Pinos Welt: Maß, Mitte und Vernunft in der Politik, S. 13, Anm. der Red.) vom 13. März 2025 habt ihr ins „Schwarze getroffen". So was von natürlich und menschlich geschrieben, das ist Spitze. Endlich wird mal rausgestellt, dass es einen Unterschied zwischen Mensch und Tier gibt und geben muss.

Ich selbst bin in der Landwirtschaft aufgewachsen und wir haben unsere Tiere natürlich gehalten und jedes Tier respektiert, geschlachtet und gegessen. Heute noch haben wir Hühner und Laufenten, die auch geschlachtet und verspeist werden.

Außerdem ist eine Hühnersuppe ein natürliches Antibiotika, dazu hatte ich in einer Brustkrebszeitung schon einen Artikel. Als einst die Biotonnen bei uns Einzug hielten, brachte ich als Kreisrätin im Umweltausschuss den Vorschlag von der belgischen Regierung: „Jedem Grundstücksbesitzer 3 Hühner zu geben, denn Hühner brauchen nur einen Quadratmeter und sind dazu noch Allesfresser wie der Mensch". Und außerdem ist ein weichgekochtes Ei, wie es Hildegard von Bingen vorschlägt, eine Hirnnahrung. Es ist schlimm genug, wenn ich das auf dem Land beobachte, wer alles eine Biotonne benutzt, da tut mir das Herz weh.

Noch zu Vegetarier und Veganer: Es bräuchte nur so gekocht werden wie es einst unsere Mütter und Großmütter machten, da gabs meist nur 2x in der Woche Wurst und Fleisch und das dazu noch vorgegeben in kleinen Portionen.

Beste Grüße und macht so weiter.

Sieglinde Schärtl





Kommunales Benefiz-Schafkopfrennen:

Spielen und spenden für den guten Zweck

„A Herz hat a jeder“ hieß es erneut beim 2. Kommunalen Benefiz-Schafkopfrennen am vergangenen Samstag im Schlossgut Odelzhausen, das die Bayerische GemeindeZeitung auf Initiative des Dachauer Landrats Stefan Löwl mit veranstaltete. Schirmherren waren Landräte-Präsident Thomas Karmasin, der Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter und Gastgeber Löwl. Sieger wurde Florian Wengert.

Als Sponsoren fungierten die Sparkasse Dachau, der Bayerische Bauindustrieverband und die Bayerische GemeindeZeitung. Die kompletten Einnahmen in Höhe von 2.400 Euro gehen 1 : 1 in Hilfsprojekte. Den Löwenanteil erhält das heilpädagogische Kinderheim „Die Wiege“ – www.die-wiege.info. Der Rest fließt in gemeinnützige Projekte, die die ersten drei Gewinner benennen.

Unser Bild links zeigt v.l.: Theresa von Hassel, Bayerische GemeindeZeitung, Landrat Stefan Löwl, Landkreis Dachau, beste Dame Edeltraud Schmid, BayernLB, 2. Platz: Landrat a. D. Josef Hauner, Freising 1. Platz: Florian Wengert, M-net, 3. Platz: Konrad Brandmair, Bürgermeister Odelzhausen a.D. und Constanze von Hassel, Bayerische GemeindeZeitung.

Bild rechts: Mit von der Partie, v.l.: GZ-Herausgeber Landrat Stefan Rößle, Landkreis Donau-Ries, Landrat Stefan Löwl, Landkreis Dachau und Landrätepräsident Thomas Karmasin, Landkreis Fürstenfeldbruck. Bilder: LRA Dachau

„Wir haben eine Vollbremsung hingelegt“

Oberbürgermeister Alexander Putz über die finanzielle Krise der Stadt Landshut

Die Stadt Landshut steht ebenso wie viele andere Kommunen vor einer finanziellen Zäsur. Oberbürgermeister Alexander Putz spricht im Interview offen über die dramatische Lage der kommunalen Finanzen, die Auswirkungen auf Bürger und Projekte und die strukturellen Probleme, die weit über die Stadtgrenzen hinausgehen. „Ich habe schlaflose Nächte“, sagt er. Ein Gespräch über Rücklagen, Krankenhausdefizite und die Hoffnung auf Hilfe von Bund und Land. Das Gespräch führe GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel.

GZ: Herr Oberbürgermeister, wie akut ist die finanzielle Lage in Landshut?

Alexander Putz: *Die Situation ist eskaliert. Seit Jahren warnen wir, dass es so nicht weitergeht – und es wird schlimmer. Letzte Woche haben wir den Haushalt 2025 verabschiedet, genehmigungsfähig nur durch eine beispiellose Vollbremsung. Alle Projekte, die noch nicht laufen, sind gestrichen. Mein Motto in der Haushaltsrede war: ‚Rien ne va plus‘ – nichts geht mehr.*

GZ: Heißt das, nur noch Pflichtaufgaben?

Putz: *Das ist zu einfach gedacht. Pflicht- und freiwillige Aufgaben sind oft nur Etiketten; viele freiwillige Leistungen sind vertraglich bindend. Aber faktisch: Alle Investitionen, die vergangenes Jahr noch für die kommenden drei Jahre geplant waren und die wir nicht begonnen haben, sind weg. Das betrifft dringende Projekte –die Generalsanierung und Erweiterung einer Grundschule, die Generalsanierung des Stadttheaters, das seit zehn Jahren in einem Zelt untergebracht ist, neue Kindergärten, Straßensanierungen, neue Feuerwachen. Wir können das jetzt nicht mehr stemmen.*

GZ: Was bedeutet das für die Bürger?

Putz: *Es ist bitter. Ich bin heute Abend bei der Freiwilligen Feuerwehr, letzte Woche war ich bei den Theaterfreunden und den Museumsfreunden. Die Landshuter Zeitung titelte schon: ‚Auf Entschuldigungstour‘. Wir waren auf einem guten Weg, aber äußere Faktoren bremsen uns aus. Andere Kommunen hatten schon Haushaltssperren; wir konnten das mit Rücklagen abfedern. Doch 2025 lösen wir fast alles auf – und von 80 Millionen Euro Investitionen dieses Jahr stürzen wir auf 10 bis 11 Millionen in den Folgejahren.*

GZ: Woher kommt dieser Einbruch?



Landshuts Oberbürgermeister Alexander Putz im Gespräch mit GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel. Bild: Stadt Landshut

Putz: *Landshut wächst seit 2010 prozentual am stärksten in Deutschland – das löst Investitionsbedarf aus: drei neue Schulen, zusätzliche Kindergärten, das Eisstadion musste dringend saniert werden, Kulturförderung. Doch wir haben hohe Schulden, stagnierende Steuereinnahmen und explodierende Kosten, bedingt z.B. durch Tarifabschlüsse und steigende Baupreise. Der größte Brocken: die Unterfinanzierung der Krankenhäuser.*

GZ: Wie belastet das Klinikum die Stadt?

Putz: *Es ist ein Skandal, dass Kommunen einen Rettungsschirm für die Krankenhausversorgung bilden müssen. Von 2017 bis 2028, also bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums, werden wir insgesamt mindestens 136 Millionen Euro aufwenden müssen – der Großteil dieser Summe ist bereits geflossen. Dieses Geld fehlt an allen Ecken und Enden, zum Beispiel für Schulen oder Straßen. Früher betrug der Zuschussbedarf des Klinikums rund 3,5 Millionen jährlich, jetzt 20 Millionen. Die Betriebskosten steigen rasant – Löhne, Energie, Technik –, aber die Vergütungen hinken hinterher. Corona und Inflation haben das verschärft. Der Bund versprach einen Inflationsausgleich, lieferte aber nichts. Ohne Hilfe sterben Kliniken.*

GZ: Warum greift die Bundespolitik nicht ein?

Putz: *Die Fallpauschalen decken die Kosten nicht. Wären sie inflationsgebunden, wäre es besser, aber das erhöht die Krankenkassenbeiträge zusätzlich – ein Teufelskreis. Lauterbachs Reform ab 2027 bringt keine Lösung, sondern Chaos. Es fehlt an einem verbindlichen Plan. Kliniken können nicht konsolidieren. Und wir Kommunen puffern das ab.*

GZ: Wie sieht die Zukunft aus, wenn sich nichts ändert?

Putz: *Ohne Wirtschaftswachstum wird es düster. Wir hoffen auf zwei Dinge: Steigende Steuereinnahmen durch eine stärkere Wirtschaft und einen rückwirkenden Rettungsschirm für Kliniken. Die 100 Milliarden für Länder und Kommunen? Wir brauchen unseren Teil davon, aber das allein reicht nicht aus.*

GZ: Was muss sich grundlegend ändern?

Putz: *Wir fordern eine Aufgabenkritik: Was müssen Kommunen wirklich stemmen? Dazu weniger Förderbürokratie, mehr Vertrauen in uns vor Ort, eine bessere Finanzausstattung. Digitalisierung sollte das Land zentral regeln, statt jedes Rathaus mit dieser Aufgabe allein zu lassen. Und: Das Wirtschaftswachstum muss zumindest stark genug sein, um die Inflation auszugleichen – langfristig kollabiert sonst das System.*

GZ: Ihr Appell an die Bürger?

Putz: *Wir tun, was wir können – etwa mit der Klinikfusion 2026 von Stadt und Landkreis Landshut. Aber wir brauchen Bund und Land. Die Kommunen sind die Herzkammer der Demokratie. Wir tragen gerne viele Aufgaben, aber wenn unsere Arme brechen, kracht alles auf den Boden – und etwas wird kaputtgehen, zum Schaden der Gesellschaft. Ich hoffe, Bund und Land hören den Hilferuf.“* **CH**

Europäische Verteidigung stärken:

EU-Kommission veröffentlicht erstes Weißbuch

Die Europäische Kommission hat ihr erstes Weißbuch zur Zukunft der europäischen Verteidigung vorgestellt. Es definiert zentrale Ziele und Pläne der europäischen Rüstungspolitik, die bislang den Mitgliedstaaten überlassen war. Angesichts geopolitischer Unsicherheiten setzt die Kommission nun auf eine stärkere europäische Koordination, um Synergieeffekte zu nutzen und die EU besser auf Krisen vorzubereiten.

Prof. Dr. Angelika Niebler (CSU), Vorsitzende der CSU-Europagruppe, betont: „Die aktuelle Weltlage erfordert eine grundlegende und ganzheitliche Weiterentwicklung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Das Weißbuch ist eine wichtige Grundlage. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zeigt, dass wir unsere Verteidigungsfähigkeiten unverzüglich ausbauen müssen, insbesondere da die Verlässlichkeit der USA als Partner fraglich ist. Eine engere Zusammenarbeit bei Rüstungsprojekten, der Schließung von Fähigkeitslücken und der Beschaffung von Verteidigungssystemen stärkt Europas Sicherheit nachhaltig.“

Der von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vorgeschlagene European Military Sales Mechanism soll den gemeinsamen Einkauf von Verteidigungsgütern strategischer gestalten. Dies verbessert die Abwehr hybrider Bedrohungen, Cyberangriffe und militärischer Aggressionen. Bayern mit seinen innovativen Unternehmen kann dabei einen wichtigen Beitrag leisten.

Europa muss für seine Sicherheit selbst Verantwortung übernehmen. Das Weißbuch setzt hierfür richtige Impulse, doch nun sind die Mitgliedstaaten gefordert, konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Nur eine starke europäische Verteidigungsunion sichert langfristig Frieden und Stabilität. ❐

GZ **KOLUMNE**
Henry Schramm



Liebe Leserinnen und Leser,

die bayerischen Bezirke stehen vor zunehmenden finanziellen Herausforderungen. Während die Sozialausgaben unaufhaltsam wachsen, bleibt eine angemessene Gegenfinanzierung durch den Bund aus. Besonders in Oberfranken spitzt sich die Lage zu: Die Bezirksumlage musste in den letzten zwei Jahren deutlich angehoben werden, um die steigenden Kosten zu decken – eine Entwicklung, die Kommunen und Landkreise gleichermaßen belastet.

Wachsende Sozialausgaben ohne ausreichende Unterstützung

Fast der gesamte Haushalt der Bezirke – in Oberfranken sind es rund 94 Prozent – fließt in soziale Leistungen. Besonders bei den Hilfen zur Pflege und in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen sind die Kosten in den vergangenen Jahren massiv gestiegen. Gesetzliche Änderungen auf Bundesebene haben den Leistungsumfang ausgeweitet, während die finanzielle Verantwortung weiterhin bei den Bezirken liegt. Hinzu kommen steigende Personalkosten und höhere Vergütungssätze in Pflegeeinrichtungen, die die Kosten zusätzlich in die Höhe treiben.

Eine weitere Herausforderung ist die zunehmende Verlagerung staatlicher Aufgaben auf die kommunale Ebene – ohne eine entsprechende finanzielle Ausstattung. Ein Beispiel dafür sind die Kosten für junge unbegleitete Flüchtlinge, die mit Erreichen der Volljährigkeit aus der Jugendhilfe in die Sozialhilfe übergehen. Hier bleiben die Bezirke auf einem Großteil der Ausgaben sitzen.

Diese Entwicklung ist aus Sicht der Kommunen nicht länger tragbar. Die Bezirke benötigen eine verlässliche finanzielle Unterstützung durch den Bund. Wir fordern daher:

Bayerische Bezirke:

Unsere Forderungen an die neue Bundesregierung

- *Eine stärkere Bundesbeteiligung an der Eingliederungshilfe: Die Ausgaben in diesem Bereich wachsen unaufhaltsam, während die finanzielle Beteiligung des Bundes stagniert. Hier braucht es eine gerechtere Verteilung der Lasten.*
- *Eine Reform der Pflegeversicherung: Das derzeitige System führt dazu, dass die Sozialhilfeträger immer stärker belastet werden. Eine strukturelle Anpassung muss dafür sorgen, dass die steigenden Kosten nicht mehr allein auf ihren Schultern lasten.*
- *Die Überprüfung des Angehörigen-Entlastungsgesetzes: Die geltenden Regelungen entbinden Kinder pflegebedürftiger Eltern bis zu einem Jahreseinkommen von 100.000 Euro von der finanziellen Verantwortung – ohne im Gegenzug einen finanziellen Ausgleich für die Mehrbelastung der Bezirke geschaffen zu haben.*
- *Abbau unnötiger Bürokratie: Die Anforderungen an Dokumentation und Berichtspflichten sind in vielen Bereichen unverhältnismäßig hoch. Verwaltungsvereinfachungen würden nicht nur Zeit und Geld sparen, sondern auch die Sozialverwaltung effizienter gestalten.*
- *Finanzierung der Schulbegleitung: Inklusion ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, doch die Finanzierungslast darf nicht allein bei den Bezirken liegen. Ein stärkerer Fokus auf gemeinschaftliche Lösungen, wie das Pooling-Verfahren, wäre hier ein sinnvoller Ansatz.*

Jetzt ist die Zeit zum Handeln

Die Bezirke stehen für eine verlässliche und nachhaltige Sozialpolitik. Unser Grundsatz gilt: Niemand soll zurückgelassen werden! Doch ohne eine faire finanzielle Aufteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen wird es zunehmend schwieriger, die sozialen Aufgaben zu erfüllen. Die neue Bundesregierung muss jetzt die Weichen für eine gerechte Finanzierung stellen, damit auch in Zukunft eine bedarfsgerechte Unterstützung der Menschen gewährleistet ist.

Ihr Henry Schramm
Bezirksvorsitzender Ofr. der KPV Bayern
Bezirkstagspräsident Oberfranken

„Heimatdialog.Bayern“ in Regensburg:

Erfolgreicher Bürgerdialog für ein starkes Bayern

Bayerns Bürgerinnen und Bürger bringen sich aktiv ein. „Unsere Heimat liegt den Menschen am Herzen. Sie engagieren sich für eine starke Gemeinschaft“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker beim letzten Bürgerdialog in Regensburg.

Die vier Bürgerdialoge in Memmingen, Bamberg, Landshut und Regensburg ermöglichten einen intensiven Austausch über wichtige Zukunftsthemen: gesellschaftlicher Zusammenhalt, Generationenverhältnis und die Auswirkungen des demografischen Wandels. Auch die Kommunikation zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung spielte eine zentrale Rolle.

Online-Dialog bis 14. April

„Über 350 Menschen nahmen vor Ort teil, rund 1.800 beteiligten sich an der Online-Befragung. Mehr als 1.000 Vorschläge wurden bereits eingebracht!“, so Finanzstaatssekretär Martin Schöffel. Diese Ideen fließen nun in die Heimatpolitik ein.

Bürgerinnen und Bürger können sich weiter beteiligen: Der Online-Dialog läuft noch bis zum 14. April 2025. Alle Interessierten sind eingeladen, ihre Ideen und Perspektiven unter https://mitmachen.heimatdialog.bayern einzubringen.

Bayerns Zukunft gemeinsam gestalten

„Unsere Bürgerdialoge schaffen den Rahmen, um mit den Menschen über Chancen und Herausforderungen zu sprechen“, so Füracker. Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat hatte den Dialog im August 2024 gestartet. Die gesammelten Beiträge werden ausgewertet und in die Heimatpolitik Bayerns integriert. ❐

Extremismusbekämpfung ...

(Fortsetzung von Seite 1)
leidigung, üble Nachrede/Verleumdung, Bedrohung/Nötigung oder Diskriminierung erlebt.

Dabei haben 22 Prozent den Vorfall ignoriert, 19 Prozent Unterstützung bei Parteifreunden/Kollegen gesucht, 18 Prozent Unterstützung bei Familie und Freunden gesucht, 15 Prozent den Dialog mit dem/der Tatverdächtigen gesucht, 10 Prozent den Vorfall zur Anzeige gebracht, 7 Prozent anderweitig gemeldet, 7 Prozent die Vorfälle erfasst, gesammelt und an Polizei bzw. Justiz weitergegeben und nur 2 Prozent Unterstützung bei einer Beratungsstelle gesucht.

Die Betroffenen fühlten sich Bitschnau zufolge in Bezug auf den zuletzt erlebten Vorfall eher persönlich betroffen/verletzt sowie eher weniger von Sicherheitsbehörden/Justiz geschützt. 84 Prozent berichten von psychischen und/oder physischen Folgen. In 79 Prozent der Fälle waren die Tatverdächtigen des letzten Vorfalls den Betroffenen bekannt. 52 Prozent der Tatverdächtigen sind wiederholt aufgefallen. In 78 Prozent der Fälle handelte es sich um männliche Tatverdächtige, meist zwischen 40 und 59 Jahre alt und in der jeweiligen Kommune ansässig.

Insgesamt halten 75 Prozent der Befragten die Umsetzung weiterer Maßnahmen zum Schutz von kommunalpolitischen Amts- und Mandatspersonen für erforderlich.

Bayern ist Vorreiter beim Bürokratieabbau

Themenwechsel. „Der Freistaat Bayern ist Vorreiter beim Aufgaben-, Standard- und Bürokratieabbau“, unterstrich Staatskanzleichef Florian Herrmann bei seinem Impulsvortrag zum Thema „Bürokratieabbau und Deregulierung in den Kommunen“. Übermäßige Regulierungen und Verwaltungsaufwand schränkten den Handlungsspielraum von Unternehmen und Kommunen erheblich ein. Es sei dringend erforderlich, bestehende Programme zu optimieren, anstatt neue Förderinstrumente zu schaffen, die nur zusätzliche Bürokratie verursachen.

Herrmann stellte klar, dass die Entbürokratisierung Chefsache in der Bayerischen Staatskanzlei und den Ministerien sei und man gemeinsam mit dem Bayerischen Landtag sowie den kommunalen Verbänden weiter und verstärkt daran arbeiten werde. Mit den Bayerischen Modernisierungsgesetzen und dem konsequenten Abbau von Verwaltungsvorschriften, Rechtsverordnungen und Gesetzen habe die Bayerische Staatsregierung bereits gezeigt, „dass sie Entbürokratisierung kann“. So wurde etwa die Anzahl der Verwaltungsvorschriften bis Ende 2024 um 15 Prozent reduziert und ein Moratorium für neue Verwaltungsvorschriften erlassen.

„Der Aufgaben-, Standard- und Bürokratieabbau ist zu einem wesentlichen Faktor für die Sicherung der bayerischen Kommunalfinanzen geworden“, erklärte KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle. Dass auf diesem Gebiet noch mehr möglich ist, daran ließen sowohl Herrmann als auch die KPV-Mitglieder keinen Zweifel. Die Entbürokratisierung sei eine zentrale Daueraufgabe für alle politischen Ebenen und es gebe immer noch zahlreiche bürokratische Hürden, die ein Hemmschuh für die Effektivität der kommunalen Verwaltungen seien.

Die bayerischen Entbürokratisierungsinitiativen müssten zur Folge haben, dass die bayerischen Kommunen in Zukunft handlungsfähiger und effektiver werden, um sich mehr auf ihre zentralen Kernaufgaben vor Ort konzentrieren zu können, hieß es. Die Entbürokratisierung dürfe nicht nur beim Bürger ankommen, sondern müsse auch die Landratsämter und Rathäuser entlasten.

Mit Blick auf die kommunale Finanzlage wurde darauf hingewiesen, dass steigende Zinsumlagen und Bezirksumlagen die Haushalte der Kommunen stark belasteten. Vor allem die steigenden Sozialausgaben stellten eine Herausforderung dar, weshalb es dringend erforderlich sei, Einsparungen vorzunehmen. Kritisch wurde das Bundesteilhabegesetz gesehen, das hohe Kosten verursache und die kommunalen Budgets erheblich beanspruche.

Was die Infrastruktur und deren Finanzierung anbelangt, brachte Bürgermeister Josef Bauer (Parsberg) eine allgemeine Maut ins Gespräch, um zusätzliche Einnahmen für den Straßenbau zu generieren. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass Investitionen in den Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur unverzichtbar seien.

In der Debatte um die kommunale Krankenhausfinanzierung wurde die Aussetzung der Krankenhausumlage für zehn Jahre als notwendige Maßnahme zur finanziellen Entlastung der Landkreise begrüßt. Die anhaltenden Defizite vieler kommunaler Kliniken machten eine grundlegende Reform des Krankenhauswesens unumgänglich.

Patient Krankenhaus

Bürgermeister Stefan Schelle (Oberhaching) verwies auf die Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung und forderte wieder mehr Gestaltungsspielraum für Städte und Gemeinden. Gleichzeitig wurde über die hohen Kosten des Wohnungsbaus diskutiert. Vorgeschlagen wurden eine Reduzierung der Bauvorschriften und Normen sowie eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Wohnungsbauprojekte.

Besonders kritisch betrachten die Kommunalpolitiker der CSU die jährliche Prüfpflicht für Elektrogeräte in öffentlichen Gebäuden. Diese verursache einen erheblichen Verwaltungsaufwand und hohe Kosten für Kommunen, ohne nachweislich zur Erhöhung der Sicherheit beizutragen. Daher wurde die Forderung nach einer Abschaffung oder Lockerung dieser Vorschrift laut.

Ein weiteres wichtiges Thema war die Förderung von Frauen in der Kommunalpolitik. Der kürzlich abgehaltene Frauenkongress wurde als wichtiger Impuls gewertet, um mehr Frauen für eine Kandidatur bei den Kommunalwahlen 2026 zu gewinnen. Eine weitere Veranstaltung zur gezielten Unterstützung von Kandidatinnen ist für Januar 2026 geplant.

Mit Blick auf das mittlerweile geschnürte milliardenschwere Finanzpaket von Union und SPD verabschiedete die KPV abschließend folgende Kernforderungen:
1. Das Sondervermögen von 500 Mrd. Euro für Infrastruktur, davon 100 Mrd. Euro für die Länder und Kommunen, was voraussichtlich rund 15 Mrd. Euro für den Freistaat Bayern bedeutet, soll schnell und zielgerichtet bei den bayerischen Kommunen ankommen. Neue bürokratische Förderprogramme sollen hierfür möglichst vermieden werden. Vielmehr sollen die Fördersätze bei bestehenden Programmen insbesondere im Bereich Hochbau, Tiefbau und ÖPNV deutlich erhöht werden.
2. Es wird eine Aussetzung der Krankenhausumlage (kommunaler Anteil für Krankenhausinvestitionen) für zehn Jahre gefordert. Mit einer alleinigen Finanzierung der Krankenhausinvestitionen durch den Freistaat Bayern können die kommunalen Krankenhausträger, die in aller Regel jährlich hohe Defizite ausgleichen müssen, spürbar entlastet werden. Zudem können damit dringend notwendige Modernisierungen und Umstrukturierungen auf dem Weg gebracht werden.
3. Die Neuverschuldung des Bundes muss im Sinne der Generationengerechtigkeit in einem überschaubaren Zeitraum auch wieder abgebaut werden. Hierzu schlagen wir einen Entschuldungsplan vor, der unbedingt eingehalten werden muss. Mit den Investitionen einhergehen müssen dringend notwendige Sparmaßnahmen. Der Aufgaben-, Standard- und Bürokratieabbau muss auf Bundes- und Landesebene konsequent weiterbetrieben werden, um die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer bayerischen Kommunen auch für die Zukunft zu sichern. Dabei müssen die Chancen der Digitalisierung noch stärker genutzt werden. **DK**

Kommunen entlasten ...

(Fortsetzung von Seite 1)
den“, unterstrich der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstenfeldbruck. Die kommunale Ebene stehe vor existenziellen Herausforderungen, die kurzfristig nur durch frisches Geld beantwortet werden könnten. Das betreffe zum einen die notwenigen kommunalen Investitionen beispielsweise in die Gesundheitsversorgung in ländlichen Gebieten. Die auch für die Kommunen vorgesehenen 100 Mrd. Euro seien hierfür von entscheidender Bedeutung. Zusätzlich müssten notwendige Strukturreformen in der Aufgaben- und Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie der Abbau von Aufgaben und Standards dringend angegangen werden. Der Grundsatz „Wer anschafft, der zahlt“ müsse wieder mit Leben gefüllt werden, so Karmasin.

Dringender Reformbedarf

Städtetagspräsident Markus Pannermayr warnte davor, in der aktuellen Debatte über Investitionsprogramme den Reformbedarf aus dem Blick zu verlieren: „Die Bereitstellung von Sondervermögen darf nicht dazu führen, dass dringend notwendige Reformen vernachlässigt oder gar aufgegeben werden. Deregulierung und Bürokratieabbau müssen konsequent fortgeführt werden. Es braucht eine grundlegende Aufgabenkritik. Wir müssen über Standards sprechen und die Prozesse deutlich einfacher gestalten.“

„Die Finanzsituation der Kommunen ist dramatisch. Wir sind an der Grenze unserer Belastbarkeit. Gleichzeitig sind vielerorts Investitionen notwendiger denn je, um zukunftsfähige Strukturen zu schaffen oder zu erhalten. Das Sondervermögen gibt uns Kommunen diese dringend benötigte Handlungsfähigkeit“, stellte Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirketags, fest. Er erhofft sich von dem Sondervermögen zudem, dass die Investitionen die Wirtschaft ankurbeln und so mittel- und langfristig die Steuereinnahmen steigen. Das Sondervermögen sei daher wichtig, jedoch nur die eine Hälfte einer langfristigen Lösung. Zusätzlich brauche es strukturelle Reformen, sprich „eine umfassende Aufgabenkritik und Überprüfung der bestehenden Standards. Wir wollen einen Sozialstaat, auf den sich die Menschen verlassen können. Die nächste Bundesregierung muss dafür mit mutigen Reformen die Weichen stellen.“

In einem offenen Brief hat der Bayerische Gemeindetag die Verhandlungspartner der kommenden Regierungskoalition dazu aufgerufen, zügig zu Kompromissen zu finden. „Kommen Sie zu pragmatischen Lösungen für die Herausforderungen in unseren Kommunen. Beenden Sie ideologische Grabenkämpfe und handeln Sie nach den Maßstäben einer Verantwortungsethik für die Menschen in unserem Land“, fordern Präsident Dr. Uwe Brandl und Geschäftsführendes Präsidialmitglied Hans-Peter Mayer. Die Kommunen schafften vor Ort Vertrauen, wenn die Bundespolitik in der Lage sei, Lösungen für die wichtigen Fragen und Herausforderungen zu finden – pragmatisch, kompromissbereit und aus der demokratischen Mitte heraus.

Vertrauen auf die kommunale Selbstverwaltung

Die Verhandlungspartner werden dazu aufgerufen, „aufzugreifen, was aus kommunaler Sicht geboten ist“:
1. Die kommunalen Finanzen müssen gestärkt und stabilisiert werden. Aufgabenübertragungen und Standardanpassungen ohne eine vollständige Gegenfinanzierung dürfen nicht mehr vorkommen. Die Gewerbesteuer als unverzichtbare Finanzierungsquelle für unsere Kommunen darf nicht in Frage gestellt werden. Das Gesamtsystem der Kommunalfinanzierung muss zukunftsfähig und robust aufgestellt und garantiert werden. Förderprogramme, die sich an die Städte, Märkte und Gemeinden richten, sind zu vereinfachen, zu pauschalieren und Berichtspflichten sind auf das Notwendige zurückzuführen. Im gesamtstaatlichen Interesse ist ein kommunales Investitionsprogramm aufzulegen. Damit wieder eine spürbare Investitionskraft für die Kommunen gegeben ist, müssen über die Pflichtausgaben hinaus auch ausreichende Finanzmittel (freie Spanne) zur Verfügung stehen.
2. Es ist an der Zeit, ein Moratorium für weitere Rechtsansprüche im Sozial-, Bildungs- und Kinderbetreuungsbereich zu schaffen. Bestehende Rechtsansprüche und Leistungsgesetze sind dauerhaft gegenzufinanzieren und einem Realitätscheck zu unterziehen. Staatliche Leistungsversprechen müssen auf den Prüfstand und dort revidiert werden, wo sie nicht gewährleistet werden können. Ohne Denkverbote! Die Leistung des Einzelnen muss sich wieder lohnen. Bürgergeld und Unterstützungsleistungen für Asylsuchende oder Kriegsflüchtlinge sind an europäische Standards anzugleichen. Ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr würde die Resilienz und den Gemeinsinn unserer Gesellschaft stärken.
3. Die Aufnahme- und Integrationskraft unserer Kommunen ist erschöpft. Die Zuzugszahlen im Asylbereich sind deutlich und nachhaltig zu begrenzen. Wir brauchen eine von Bund und Land verantwortete und durchfinanzierte Integrationsoffensive. Der Wunsch nach Ordnung und Begrenzung in der Migrationspolitik sowie nach Sicherheit ist ernst zu nehmen. Es bedarf einer zeitnahen Reform des europäischen Asylrechts, aber mehr noch eines offenen Dialogs mit der kommunalen Ebene.
4. Glasfaser- und eine leistungsstarke Mobilfunkversorgung sind insbesondere für den Ländlichen Raum von elementarer Bedeutung und flächendeckend auszubauen. Effizienzpotenziale der Digitalisierung müssen konsequent genutzt werden. Wir brauchen klare digitale Vorgaben und einheitliche Lösungen sowie eine vollständige Finanzierung durch Bund und Länder. Verwaltungsprozesse sind durchgängig digital zu ermöglichen. Die Chancen von Cloudtechnologie und Künstlicher Intelligenz sind zu nutzen. Die Resilienz unserer Behörden sowie unserer kritischen Infrastruktur gegen Cyberattacken ist zu verbessern. Der Datenschutz darf nicht zum Hemmschuh notwendiger Entwicklungen werden.
5. Wir brauchen ein gemeinwohlorientiertes Bodenrecht sowie Strategien und Instrumente für Baulandmobilisierung. Der Rechtsrahmen ist so zu setzen, dass kommunale Zugriffsmöglichkeiten am Grundstücksmarkt verbessert werden. Planungsverfahren für die Schaffung von Wohnraum müssen vereinfacht werden. Konzeptvergaben und Einheimischenmodelle müssen handhabbar werden, denn Deutschland hat die niedrigste Wohneigentumsquote in der Europäischen Union. Die Planungs-, Gestehungs- und Baunebenkosten sind in den vergangenen Jahren explodiert. Wir benötigen daher Lösungen zu Standards und Kosten am Bau. Wo Fachrecht der Schaffung und Sicherung von bezahlbarem Wohnraum im Wege steht, gehört es auf den Prüfstand. Das Vergaberecht ist zu vereinfachen und praxisgerecht auszugestalten. Vergabefremde Kriterien sind auszuschließen, kommunale Handlungsspielräume zu stärken.

Der Brief endet mit dem unmissverständlichen Appell: „Haben Sie Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung. Dort, wo die Politik die Menschen vor Ort in die Lage versetzt, über ihre Geschicke und ihre Zukunft zu entscheiden und diese zu gestalten, dort gedeiht unsere Demokratie und unsere Gesellschaft. Die Kommunen – die Basis unserer Demokratie – sind bereit ihren Beitrag zu leisten und Verantwortung zu übernehmen. Wir stehen für Gespräche und praktische Lösungsvorschläge immer zur Verfügung.“ **DK**

BKG warnt vor ...

(Fortsetzung von Seite 1)
nere und größere Krankenhäuser sowie spezialisierte Einrichtungen. 94 Prozent der kleinen Regel- und Grundversorger schreiben Defizite, zudem alle größeren Schwerpunktversorger und Maximalversorger, einschließlich der Universitätskliniken. Selbst 60 Prozent der Fachkliniken, die lange Zeit besser aufgestellt waren, kämpfen zunehmend mit finanziellen Schwierigkeiten.

„Die Kliniken können nicht dauerhaft durch eine Unterfinanzierung bei jeder einzelnen Behandlung sparen“, bekräftigte Engehausen. Vielmehr müsse eine strukturierte Patientensteuerung etabliert werden, die die Fallzahlen senkt, ohne dabei die Qualität der medizinischen Versorgung zu gefährden. Erfolgten keine finanziellen Anpassungen, seien vor allem die Grund- und Regelversorgung, die Bereiche Allgemeine Innere Medizin, Chirurgie, Notfallversorgung, Kinder- und Jugendmedizin sowie die Geburtshilfe gefährdet.

Kliniken brauchen Planungssicherheit

Ein weiteres drängendes Thema sind die bürokratischen Regelungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG). Besonders problematisch sei der Umstand, dass Kliniken Leistungsgruppen beantragen müssten, obwohl noch wichtige Rahmenbedingungen wie Mindestvorhaltezahlen oder das Portfolio für sektorenübergreifende Versorgungsreinrichtungen fehlten, machte Engehausen deutlich. Aus seiner Sicht benötigen die Kliniken mehr Planungssicherheit, um ihre Anpassungsprozesse zielgerichtet und effizient zu gestalten.

In Richtung Berlin plädiert die Bayerische Krankenhausgesellschaft für eine umfassende, aber vor allem praktisch umsetzbare Krankenhausreform. Die derzeitige Reform sei nach Meinung vieler Krankenhausverantwortlicher noch mit „handwerklichen Fehlern“ behaftet, die dringend korrigiert werden müssen, um eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung zu sichern. Besonders in ländlichen Regionen Bayerns, wo die Versorgungsengpässe bereits spürbar sind, sei eine gezielte Reform von höchster Bedeutung.

Doch ist nicht nur der Bund gefordert. Auch die Bayerische Staatsregierung müsse die Gestaltungsmöglichkeiten nutzen und für notwendige Anpassungen auf Bundesebene sorgen. Der Reformprozess dürfe nicht länger von Unsicherheit geprägt sein – die Kliniken benötigten klare und verlässliche Rahmenbedingungen. Aktuell schätzen 57 Prozent der Krankenhäuser die wirtschaftliche Lage in den kommenden zwei bis drei Jahren als schlechter ein, nur etwa zwölf Prozent erwarten eine Verbesserung.

Trotz der bestehenden Ungewissheiten machen die bayerischen Kliniken bereits konkrete Schritte in Richtung Zukunft. Mehr als drei Viertel der Kliniken prüfen laut Umfrage aktuell eine Anpassung ihrer Medizinstrategie, und 70 Prozent intensivieren ihre Kooperationen mit anderen Krankenhäusern, um die Versorgung effizienter zu gestalten. Zudem denkt ein Drittel der Kliniken über bauliche Veränderungen nach. Die Notwendigkeit zur Anpassung betrifft auch die Mitarbeiter: Mehr als 37 Prozent der Kliniken erwarten, dass durch die Reform auch größere räumliche Anpassungen im Personalbereich erforderlich sein werden.

Mehr Effizienz durch KI

Chancen sehen die bayerischen Krankenhäuser vor allem im Einsatz von Künstlicher Intelligenz und der Weiterentwicklung der Digitalisierung: Sie böten Potenziale, um die stationäre Versorgung effizienter und zukunftsfähig zu gestalten. „Die Chancen durch KI-Einsatz im Krankenhaus stehen jetzt ganz oben auf der Innovationsagenda“, erklärte Engehausen. Die elektronische Patientenakte, Telemedizin und die Weiterentwicklung interprofessioneller Teams seien weitere Innovationsfelder, die das Potenzial haben, die Qualität und Effizienz der Versorgung weiter zu steigern.

„Die großen Defizite, von denen die BKG berichtet, haben in erster Linie mit den Betriebskosten zu tun. Damit tritt das ein, wovor wir seit Langem warnen: Ein kalter Strukturwandel könnte die Krankenhauslandschaft massiv umgestalten, bevor die Reform überhaupt Wirkung entfalten kann“, kommentierte Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach gegenüber der Deutschen Presse-Agentur die Ergebnisse des Krankenhaustrends 2025. Die Länder bräuchten deshalb die Möglichkeit, Ausnahmen von den starren Leistungsgruppen-Voraussetzungen zuzulassen, um auf den Einzelfall reagieren zu können. **DK**

Bayern treibt digitalen Netzausbau weiter voran

vbw und Staatsregierung fordern mehr Tempo und Unterstützung vom Bund

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur in Bayern kommt gut voran – doch es braucht noch mehr Tempo. Das betonten der Hauptgeschäftsführer des Verbands der Bayerischen Wirtschaft (vbw), Bertram Brossardt, und Bayerns Finanzminister Albert Füracker bei einer gemeinsamen Pressekonferenz zur digitalen Versorgung im Freistaat. Eine aktuelle Studie zeigt: Bayern liegt beim Ausbau über dem Bundesdurchschnitt. Dennoch bleiben Herausforderungen, insbesondere im ländlichen Raum und beim Mobilfunk.

Ausbaufortschritte und Herausforderungen

„Die Förderprogramme wirken“, so Brossardt. Der Breitbandausbau mache deutliche Fortschritte, insbesondere in ländlichen Regionen. Schon jetzt verfügen 29 Prozent der bayerischen Unternehmen über eine Bandbreite von mehr als 500 Megabit pro Sekunde. Doch angesichts wachsender Anforderungen durch Cloud-Dienste und Künstliche Intelligenz reiche das nicht aus: „Wir müssen das Ausbautempo weiter steigern.“

In der Unternehmensbefragung zeigten sich 68 Prozent der Firmen mit dem Festnetz zufrieden – beim mobilen Internet hingegen sind es nur 50 Prozent. „Gerade bei Mobilfunk gibt es noch zu viele weiße und graue Flecken“, betonte Brossardt. Besonders im Kontext mobiler Arbeitsformen und 5G-Anwendungen stelle das ein echtes Hemmnis dar.

Zentrale vbw-Forderungen

Der vbw nennt drei zentrale Maßnahmen, um die Digitalisierung in Bayern weiter voranzubringen:

1. Mehr Tempo durch gesetzliche Rahmenbedingungen: Der Bund müsse endlich ein Beschleunigungsgesetz verabschieden, um langwierige Verfahren zu verkürzen.
2. Sachgerechte Förderung: Die Gigabit-Förderung müsse ausgebaut und an die geografischen Besonderheiten Bayerns angepasst werden. Der Freistaat erhalte bislang nur rund 5,5 Prozent der Bundesmittel – zu wenig angesichts der Fläche.
3. Mehr gesellschaftliche Wertschätzung für den Netzausbau: Ein leistungsfähiges Netz sei nicht nur technologische Grundlage, sondern auch Wirtschaftsfaktor und Jobmotor.



V.l.: Katja Schlendorf-Elsäßer, Geschäftsführerin ibw, Bertram Brossardt, vbw-Hauptgeschäftsführer, und Finanzminister Albert Füracker. ❒

Bayern als „Nothelfer“

Finanzminister Albert Füracker erinnerte daran, dass der Freistaat formal nicht für den Netzausbau zuständig sei – dieser liege beim Bund und den Telekommunikationsunternehmen. Dennoch habe Bayern in den letzten zwölf Jahren massiv in die Infrastruktur investiert. „Vor zwölf Jahren hatten nur zehn Prozent der Anwesen in Bayern eine Internetverbindung mit über 10 Megabit“, so Füracker. Inzwischen seien es bei 93 Prozent der Anwesen mindestens 100 Mbit, bei 70 Prozent sogar Gigabit. Bis zum Abschluss laufender Ausbauprojekte werde dieser Wert auf 81 Prozent steigen.

„Wir sind der Nothelfer, weil es sonst nicht schnell genug geht“, sagte Füracker. Insgesamt habe der Freistaat knapp drei Milliarden Euro investiert. 230.000 Adressen seien durch Fördermittel erschlossen worden. Über 200 Kommunen erhielten das bayerische Gigabitsiegel.

Kritik an der Bundespolitik

Kritik übte Füracker an der Bundesregierung: Die Bundesförderung sei nicht ausreichend und zuletzt sogar gekürzt worden. „Die neue Bundesregierung muss ihrer Verantwortung gerecht werden. Länder und Kommunen dürfen beim Netzausbau nicht weiter belastet werden.“

Gleichzeitig erinnerte der Finanzminister daran, dass Telekommunikation ein privater Markt sei. Es gebe keinen Anschlusszwang wie bei Strom oder Wasser – und das führe dazu, dass selbst in erschlossenen Gebieten oft nur geringe Buchungsquoten erzielt würden. „Manchmal buchen nur sechs Prozent der Unternehmen die Glasfaseranschlüsse, obwohl sie verfügbar sind.“

Digitalisierung bleibt Zukunftsaufgabe

Brossardt und Füracker waren sich einig: Der digitale Ausbau ist zentral für Bayerns Wettbewerbsfähigkeit. Der Freistaat will Technologie bereitstellen – doch auch die Nutzerinnen und Nutzer seien gefragt. Das Angebot müsste auch dann gebucht werden „Digitalisierung ist kein Selbstzweck“, so Brossardt. „Sie ist die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und moderne Lebensverhältnisse – in Stadt und Land.“ **Text und Bild: MH**

Der Freistaat tritt bundesweiter Plattform bei

Staatsminister Dr. Mehring: „Deutschlands Verwaltung braucht bundesweit gleiche Standards“

Der Freistaat Bayern tritt der bundesweiten Plattform zum Prozessmanagement in der Verwaltung bei. Hierzu hat Staatsminister Dr. Fabian Mehring in München die „Verwaltungsvereinbarung über die gemeinsame Zusammenarbeit bei der Nutzung und Weiterentwicklung einer gemeinsamen Prozessmanagement-Plattform (VV Kooperatives Prozessmanagement)“ unterzeichnet. Im Zuge dessen betonte Digitalminister Dr. Fabian Mehring die Bedeutung moderner Verwaltungsprozesse für ein leistungsfähiges und bürgernahes Bayern. Insbesondere ist dem Minister daran gelegen, die digitalen Standards der Verwaltung zu harmonisieren und in ganz Deutschland zu vereinheitlichen.

„Eine moderne, digitale Verwaltung ist längst zum wesentlichen Standortfaktor unserer Zeit geworden. Gerade im Föderalismus braucht es dafür einheitliche Standards auf allen Ebenen – vom Bund über die Länder bis zu den Kommunen. Mit Bayerns Beitritt zur Prozessmanagement-Plattform setze ich deshalb ein bewusstes Zeichen für eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Bund und seinen Ländern im Bereich der Digitalisierung. Dies verbinde ich mit der Hoffnung darauf, in der neuen Bundesregierung einen verlässlichen Partner für die digitale Transformation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu finden“, so Mehring.

Föderale Zusammenarbeit für eine effiziente Verwaltung

Dem „Verbund Kooperatives Prozessmanagement“, gegründet vom Bund sowie den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, tritt Bayern als erstes weiteres Bundesland bei und nutzt damit die Gelegenheit, die föderale Zusammenarbeit von Anbeginn mitzugestalten. Ziel der Kooperation ist es, eine einheitliche, standardisierte Plattform für das Prozessmanagement kontinuierlich weiterzuentwickeln und zu nutzen.

Die zentrale Prozessmanagement-Plattform ermöglicht es, Arbeitsabläufe systematisch zu dokumentieren, zu analysieren und zu optimieren, bevor sie digitalisiert werden. Ziel ist eine langfristig tragfähige und effiziente Verwaltung, die durch harmonisierte Prozesse, transparente Strukturen und innovative Technologien einen Mehrwert für die Verwaltung und gleichzeitig auch alle Bürgerinnen und Bürger schafft. „Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Sie muss das Leben der Menschen verbessern und die Chancen der Wirtschaft vergrößern. Effiziente Verwaltungsprozesse bedeuten weniger Bürokratie und Kosten, höhere Geschwindigkeit und mehr Bürgerfreundlichkeit. All dies ist trotz des grassierenden Fachkräftemangels möglich, wenn man auf Digitalisierung und die Zukunftstechnologien setzt“, so Dr. Mehring.

Durch den Beitritt zur Bundes-Plattform teilt sich Bayern mit den anderen Beteiligten die Kosten für den Betrieb und die Weiterentwicklung der Plattform, welche sich aus Sicht von Staatsminister Mehring schnell amortisieren werden: „Bayerns Beitritt zum Deutschland-Verbund ist sowohl aus wirtschaftlicher als auch technologischer Sicht eine Investition in die Zukunft, die sich ökonomisch vielfach auszahlen wird“, betonte der Staatsminister.

Zusätzlich ermöglicht die Nutzung der Plattform laut Mehring die Entwicklung standardisierter Prozessmodelle, die langfristig auch länder- und ressortübergreifend als Blaupause für eine Vielzahl von Verwaltungsdienstleistungen dienen können. „So muss nicht jeder das Rad neu erfinden. Stattdessen kann Bayern von guten Lösungen anderer Länder profitieren und bayerische Entwicklungen können zum bundesweiten Exportschlager werden“, betonte Mehring. ❒

Jetzt auch noch Bot-Betrug bei KVR-Terminen:

CSU/FW-Fraktion fordert Aufklärung

Wieder Wirbel um das Münchner Kreisverwaltungsreferat: Termine bei der Behörde wurden offenbar von Betrügern blockiert und weiterverkauft. Entsprechende Presseberichte werfen aus Sicht der CSU/FW-Fraktion Fragen hinsichtlich des Umgangs der Behörde mit diesen Machenschaften auf, so dass heute eine offizielle Anfrage an die Stadtverwaltung gestellt wird.

Den Berichten zufolge werden die Behörden-Termine von sogenannten Bots reserviert und dann in Chatgruppen verkauft. Die CSU/FW-Fraktion möchte wissen, seit wann die KVR-Spitze davon weiß, was bereits unternommen wurde und warum KVR und städtisches IT-Referat bislang nicht in der Lage war, diese ominösen Vorgänge wirkungsvoll zu stoppen. Es soll außerdem berichtet werden, wie die Situation bei anderen städtischen Behörden mit Online-Terminvergaben aussieht.

Manuel Pretzl, Fraktionsvorsitzender: „Die Negativ-Schlagzeilen aus dem KVR häufen sich extrem: Gefälschte Unterschriften auf Führerscheinen, Korruption im Asylbereich, Fälschungen bei Erste-Hilfe-Kurs-Nachweisen für Führerscheine und jetzt noch illegaler Handel mit freien Terminen. Die Online-Terminvergabe soll es leichter machen, einen Termin zu bekommen – nicht teurer. So etwas schadet dem Ruf der Stadt München. Inzwischen drängt sich für uns die Frage auf: Warum kriegt die Referentin ihren Laden nicht in den Griff?“ ❒



Breitband- und Energienetze gemeinsam ausbauen

Langmatz Symposium 2025 stellt Herausforderungen des gleichzeitigen Netzausbaus in den Fokus und setzt mit 500 Teilnehmern seine Erfolgsgeschichte fort

Über Jahre hat sich das Langmatz Symposium und Openhouse zu einem der wichtigsten Branchentreffs entwickelt. Der beliebte Kongress steht für zwei Tage voller Inspiration, persönlichen Austausch und Einblicke in die neuesten Trends – und das vor atemberaubender Bergkulisse. So folgten auch in diesem Jahr wieder über 500 Fachbesucher aus der internationalen Telekommunikations- und Energiebranche der Einladung nach Garmisch-Partenkirchen.

Thematisch hatte Langmatz auch in diesem Jahr sein Konzept den aktuellen Entwicklungen angepasst und eine spannende Frage in den Mittelpunkt gestellt: Könnten Digitalisierung und Energiewende in Deutschland schneller und effizienter vorankommen, wenn Daten- und Stromnetze gemeinsam ausgebaut würden?

„Die digitale Transformation, Nachhaltigkeit und der Ausbau erneuerbarer Energien zählen zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Wenn wir in Deutschland in diesen zentralen Bereichen erfolgreich sein wollen, wird immer deutlicher, dass der Breitband- und der Energienetzausbau enger miteinander verzahnt werden müssen“, betont Dieter Klasmeier, Marketing-Leiter bei Langmatz. „Deshalb haben wir das gesamte Programm des diesjährigen Events, von der Auswahl der Keynotes und Fachvorträge bis hin zu den Ausstellern und Workshops, sorgfältig auf diesen Fokus abgestimmt“, so Klasmeier weiter. Ein thematischer Ansatz, der bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf reges Interesse stieß und für viel Diskussionsstoff sorgte.

Breit gefächertes Vortragsprogramm

Der ausgewogene Themenmix aus Energie, Digitalisierung und Glasfaserausbau zog sich wie ein roter Faden durch das mittlerweile 13. Langmatz Symposium und Openhouse. Prof. Timo Leukefeld – von der Presse als „Energierebell“ und von der Bundesregierung als „Energiebotschafter“ bezeichnet – eröffnete das Vortragsprogramm mit seiner Keynote zum Thema „Wohnen der Zukunft“. Anschließend setzte Catrin von Cisewski, Smart City Expertin bei der Deutschen Telekom, mit ihrem Vortrag „Wie die Zukunft unserer Städte gelingt“ weitere Akzente. Am Nachmittag boten rund ein Dutzend praxisnahe Fachvorträge den Teilnehmern vertiefende Einblicke in die aktuellen Entwicklungen im Bereich Digitalisierung und Netzausbau. Im Anschluss daran folgte eine lebhafte Podiumsdiskussion, in der die Herausforderungen und Chancen der gleichzeitigen Verlegung von Glasfaser- und Energienetzen diskutiert wurden.

Wohnen der Zukunft: Energieautarke Gebäude

Mit seiner Keynote unter dem provokanten Titel „Intelligent verschwenden – neue Wege im Umgang mit Energie“ gelang Prof. Timo Leukefeld gleich zu Beginn des Symposiums ein bemerkenswerter Auftakt. In seinem interessanten Vortrag präsentierte er zahlreiche Beispiele aus seiner langjährigen Forschung. Leukefeld erläuterte, dass er sich in erster Linie mit neuen Geschäftsmodellen für Wohnungswirtschaft, Banken und Energieversorger beschäftigt. Dabei konzentriert er sich auf die Planung hochgradig energieautarker Mehrfamilienhäuser, Gewerbeobjekte und Quartierslösungen. „Wir machen die Gebäude nie zu 100 Prozent autark, weil das wegen des abnehmenden Grenznutzens unwirtschaftlich ist“, sagte Leukefeld. Das Optimum liege zwischen 50 bis 70 Prozent – „echt energieautark, inklusive Heizung, Warmwasser, Haushaltsstrom und E-Mobilität.“

Sein Ansatz folgt dem Prinzip „radikaler Vereinfachung“: Statt Kaltmiete plus drei zusätzliche Ausgaben der Mieter für Wärme, Strom und Benzin, setzt er auf Pauschalmieten mit Energieflatrate. „Das kommt bei den Mietern gut an“, so Leukefeld. Im Energiebereich sieht er die treibende Entwicklung in der Photovoltaik. In zehn bis zwölf Jahren, so zitierte er eine Prognose des Zukunftsinstituts, werde die Stromerzeugung durch ein Solardach nur noch ein bis zwei Cent/kWh kosten. „Das wird das Geschäftsmodell der Energieversorgung komplett auf den Kopf stellen. In Zukunft werden wir dezentral Energie zu Grenzkosten nahe Null produzieren – aber nur der, der ein Dach hat.“ Leukefelds Vision für das Haus der Zukunft: ein netzdienliches, smartes Gebäude mit Solardach, angeschlossen an das Glasfasernetz, nur Kabel statt Rohre, CO2-neutral, mit einer über Akku ansteuerbaren Infrarotheizung – und komplett wartungsfrei. „Wir kämpfen nicht gegen fossile Energien, sie kommen schlicht in unseren Modellen nicht mehr vor.“

Stadt der Zukunft: Leben in der Smart City

Auch die zweite Keynote widmete sich einem spannenden Zukunftsthema. Catrin von Cisewski, Smart City-Expertin der Deutschen Telekom, skizzierte in ihrem Vortrag „Wie die Zukunft unserer Städte gelingt“, wie eine lebenswerte Stadt der Zukunft aussieht und was eine Smart City ausmacht. Ihre Aufgabe sei es, so von Cisewski, Städte und Kommunen dabei zu beraten, sich fit für die Zukunft zu machen. „Das ist notwendig, denn wir stehen vor großen Herausforderungen: zu viel Energieverbrauch, massenhaft Staus, oft schlecht angebundener ÖPNV. Wenn Sie auf dem Land kein Auto haben, sind sie ziemlich eingeschränkt, die Lebensqualität sinkt.“ Ihre Ausgangsthese: Damit wir alle ein gutes Leben führen können, brauchen wir neue, frische Ideen, wie wir die vorhandene Infrastruktur besser nutzen können.

Gemäß dem Lebensqualitäts-Index der Zeitschrift „The Economist“ zählen die Bereiche Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, Kultur und Sicherheit zu den Merkmalen von Lebensqualität. Demnach sei Wien die lebenswerteste Großstadt der Welt, aber in den meisten Städten seien die Lebensbedingungen beklagenswert. „Aber es gibt Hoffnung“, betonte von Cisewski, „Smart Cities sind eine Möglichkeit auf lebenswerte, urbane Räume.“ Eine Smart City sei eine Stadt, die intelligente Technologien und Daten nutzt, um die Lebensqualität zu verbessern. Als erfolgreiche Beispiele nannte sie Paris, Singapur und Barcelona. Der Erfolg eines Smart City-Konzepts hänge nicht nur von Sensoren, Konnektivität und Daten, dem Einsatz von 5G und Glasfaser ab, sondern auch von der Berücksichtigung der Bürgerwünsche. „Es helfen keine smarte Lösungen, wenn die Akzeptanz der Bürger fehlt“, so von Cisewskis Resümee.

Im Mittelpunkt des Vortrags von Dr. Imke Germann, Vorstandsvorsitzende der MRK Media AG, stand die Frage, wie der flächendeckende Glasfaserausbau in Deutschland beschleunigt werden kann, ohne die Ausgaben durch aufwändige Tiefbauarbeiten weiter in die Höhe zu treiben. Um die Herausforderungen durch die hohe Anzahl ungenutzter Anschlüsse, den komplexen Übergang von „Homes passed“ zu „Homes activated“ sowie die kostenintensive Erschließung der letzten Meile zu meistern, präsentierte Germann eine völlig neue Lösung: Die Kombination von mm-Wave-Technologie mit bestehenden Glasfasertrassen. Bei diesem Verfahren ermöglichen drahtlose Hochfrequenzverbindungen die kostengünstige Versorgung von Wohnungen und Häusern mit gigabitfähigen Netzen über Mobilfunkmasten oder Straßenlaternen, wie Germann an verschiedenen Anwendungsbeispielen demonstrierte.

Christian Derksen, Leiter der Fachgruppe Energieinformatik an der Universität Duisburg-Essen, beschäftigte sich in seinem Vortrag mit den komplexen Problemen, die sich im Zuge der Digitalisierung des Energiesektors ergeben und präsentierte Lösungsansätze aus seiner Forschung. Am Beispiel des aktuellen Smart-Meter-Rollouts beschrieb er, wie sich zwar Energieversorger, Stadtwerke und Netzbetreiber digitalisieren, den Endkunden aber nur proprietäre Energiemanagementansätze und -systeme zur Verfügung stehen. Sein Plädoyer: „Wir brauchen herstellerunabhängige, nachhaltige Systeme. Wir glauben, dass die Standardisierung von Energiesystemmodellen die Gesamtkosten für die Digitalisierung unserer Energieinfrastrukturen deutlich reduzieren könnte“, so Derksen abschließend.

Synergien und Herausforderungen beim Netzausbau

Im Anschluss an die Fachvorträge fand eine lebhafte Podiumsdiskussion statt, in der Matthias Enghuber (Leiter Regionalbüro Bayern aconium GmbH), Richard Kaufmann (Fachgebietsleiter Digitale Infrastruktur BDEW), Christoph Lüthe (Geschäftsführer vitronet Gruppe), Jan Simons (Leiter Landes- und Kommunalpolitik BREKO) und Jens Schilling (CTO Northern Fiber Holding) über mögliche Synergien zwischen dem Glasfaser- bzw. Breitbandmarkt sowie dem Energiesektor diskutierten. Wie aus den Beiträgen der Branchenexperten deutlich wurde, gibt es bereits erfolgreiche Projekte, in denen Energie- und Glasfasernetze zusammen ausgebaut wurden. Die Potenziale einer gemeinsamen Verlegung werden jedoch bei weitem noch nicht ausgeschöpft, so die einhellige Meinung.

Dies liegt unter anderem daran, dass das Thema für viele Kommunen noch neu ist. Ein weiterer wesentlicher Grund sind die bislang fehlenden Abstimmungsprozesse zwischen den ausbauenden Unternehmen. Herausforderungen auf der praktischen Ebene kommen hinzu, wie unterschiedliche Zeitpläne, verschiedene Verlegetiefen und offene Sicherheitsfragen – Prozesse, für die es noch keine Standards oder gesetzliche Regelungen gibt.

Fazit der Schlussrunde: Um die Synergien eines gemeinsamen Ausbaus zu heben, wird es künftig wichtig sein, dass Kommunen, ausbauende Unternehmen, Netzbetreiber und Fördermittelgeber aufeinander zugehen, in einen dauerhaften Dialog treten und sich untereinander abstimmen. ❐



Moderiert von Kerstin Stromberg-Mallmann diskutierten (v.l.) Matthias Enghuber (Leiter Regionalbüro Bayern aconium GmbH), Richard Kaufmann (Fachgebietsleiter Digitale Infrastruktur BDEW), Christoph Lüthe (Geschäftsführer vitronet Gruppe), Jan Simons (Leiter Landes- und Kommunalpolitik BREKO) und Jens Schilling (CTO Northern Fiber Holding) über Synergien beim gemeinsamen Ausbau der Netze. Bild: LIGHTROOM STUDIOS

100. Kommune bietet Online-Dienst „eWaffe“ an

Neuer Meilenstein bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes

Das Landratsamt Kulmbach setzt ab sofort als 100. kommunale Waffenrechtsbehörde den Online-Dienst „eWaffe“ (Waffenrechtliche Erlaubnisse) live ein. Damit ist der Dienst bereits in zehn Bundesländern produktiv im Einsatz und steht dort Bürgerinnen und Bürgern digital rund um die Uhr zur Verfügung.

Der Online-Dienst eWaffe ermöglicht Bürgerinnen und Bürgern eine bequeme, schnelle und sichere Beantragung waffenrechtlicher Erlaubnisse. eWaffe bietet insgesamt 21 Antragsstrecken und konnte sich als effizientes und benutzerfreundliches Tool etablieren. Seit dem Start dieses Projekts wurden bereits 12.569 Anträge erfolgreich über den Online-Dienst gestellt. 213 weitere Kommunen in insgesamt 13 Bundesländern befinden sich bereits im Rollout-Prozess. Und 83 Kommunen werden bald folgen: ein wichtiger Schritt in Richtung Digitalisierung und Vereinfachung behördlicher Abläufe.

Von der AKDB konzipiert und entwickelt – BayKommun AöR betreibt die Leitstelle

Im Bereich Waffenrecht hat der Freistaat Bayern die Federführung des Projekts „Waffenrechtliche Erlaubnisse“ übernommen, in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit dem Saarland, dem Bundesinnenministerium sowie den kommunalen Spitzenverbänden. Die Gesamtprojektleitung liegt beim Bayerischen Digitalministerium, das die AKDB mit der Umsetzung beauftragte. Diese war für die technische Konzeption und die Umsetzung verantwortlich und betreibt den Dienst im eigenen Rechenzentrum. Auch Support und Weiterentwicklung liegen bei der AKDB.

Das umsetzende Bundesland richtete eine Leitstelle ein, die den Betrieb und die Weiterentwicklung der OZG-Leistung eWaffe steuert. Diese koordiniert fachliche Anforderungen und Änderungen am Online-Dienst und ist für die organisatorische und rechtliche Nachnutzungsbegleitung bundesweit verantwortlich. Seit Januar 2024 übernimmt die BayKommun AöR im Auftrag des Freistaates Bayern die Funktion der Leitstelle und steuert sowie koordiniert die Nutzung, Pflege, Wartung und Weiterentwicklung des Online-Dienstes Waffenrechtliche Erlaubnisse gemeinsam mit der AKDB. Durch die enge Zusammenarbeit mit der AKDB und den zuständigen Behörden stellt die BayKommun AöR sicher, dass Kommunen den Dienst effizient einsetzen und ihren digitalen Bürgerservice weiter ausbauen können.

Das Besondere: Der moderne Online-Dienst ist auf Open-Source-Basis entwickelt und kann in wenigen Schritten in jede kommunale Website eingebunden werden. Entwicklung und Betrieb des Online-Dienstes entsprechen dem Waffengesetz und allen Sicherheitsanforderungen.

Ende-zu-Ende digitale Online-Anträge

Das OZG-Projekt wurde nach dem EfA-Prinzip („Einer für Alle“) umgesetzt. Dabei wurde ein besonderes Augenmerk auf Kooperation und transparente Kommunikation zwischen Akteuren auf kommunaler, Landes- und Bundesebene gelegt. Bei der technischen Entwicklung stand eine nutzerzentrierte und durchgehend digitale Umsetzung des Online-Dienstes im Vordergrund. ❐

LSI schützt vor wachsenden Cyber-Bedrohungen

Im Bereich Cybersicherheit ist eine ständig wachsende Bedrohungslage zu erkennen, wobei Cyberangriffe in den lvergangenen Jahren insgesamt zunehmen und professioneller werden.

Laut Finanz- und Heimatminister Albert Füracker ist das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) mit seinen mittlerweile 160 Beschäftigten das leistungsstarke und kompetente IT-Schutzschild für Behörden und Kommunen im Freistaat und hat seit der Gründung im Jahr 2017 seine Fähigkeiten und Serviceangebote stetig und umfangreich erweitert. So auch das ‚Lagezentrum‘ im LSI, das von einer zu Beginn im Schwerpunkt reaktiven Arbeitsweise zu einem „Cyber Defence Center“ weiterentwickelt wurde.

Mit diesem „ZentrumBayern für digitale Sicherheit“, das mittlerweile 24/7 erreichbar ist und tagtäglich Cyberangriffe auf den Freistaat aktiv abwehrt, sei Bayern unter den Ländern erneut Vorreiter, bekräftigte Füracker. ❐





V.l.: Geschäftsführer LNI René Meyer, Mesut Kurt, Christine Lause, Mustafa H. Cevik, Franz Herrler, Josef Bauer, Sebastian Prechtl, Landrätin Tanja Schweiger, Christian Graf, Staatsminister für Digitales Dr. Fabian Mehring, Walter Bauer, Bernhard Heinisch, Matthias Bauer, Hans Schmid, Andreas Schönberger, Andreas Gruber. Bild: Dominic Eisenhart

LNI unterzeichnet Glasfaserausbau-Kodex mit Partnerunternehmen

Mit der erfolgreichen Zuschlagserteilung für Bau- und Materialleistungen ist der Startschuss für das größte interkommunale Glasfaserprojekt Bayerns gefallen. Die Laber-Naab Infrastruktur GmbH (LNI) treibt den Ausbau in den Landkreisen Regensburg und Neumarkt mit Hochdruck voran. Im Rahmen einer Vertragsunterzeichnung im Februar in Parsberg verpflichten sich die beteiligten Unternehmen freiwillig auf die Einhaltung des LNI Glasfaserausbau-Kodex.

Die LNI hat Anfang Januar 2025 die Vergaben an drei erfahrene Unternehmen abgeschlossen, die allesamt auf einen umfassenden Erfahrungsschatz im Glasfaserausbau – auch im geförderten Umfeld – zurückblicken können:

- Cluster 1 (West): J. Rädlinger Bauunternehmen GmbH, Cham
- Cluster 2 (Nord): Aytac Bau GmbH, Darmstadt
- Cluster 3 (Süd): Walter Bauer GmbH & Co. KG, Runding

Mit Fördermitteln von Bund und Freistaat Bayern sowie einem kommunalen Eigenanteil wird eine digitale Infrastruktur geschaffen, die zukunftsfähig ist und die Wettbewerbsfähigkeit der Region nachhaltig stärkt. Finanzminister Albert Füracker hat den Ausbau im Rahmen der bayerischen Kofinanzierung maßgeblich unterstützt.

Gemeinsam für Qualität und Nachhaltigkeit

Ein herausragendes Merkmal des Projekts ist der von der LNI entwickelte Glasfaserausbau-Kodex. Die beauftragten Unternehmen verpflichten sich mit ihrer freiwilligen Unterzeichnung, klare Standards in den Bereichen Bauqualität, Arbeitssicherheit, Kommunikation und Nachhaltigkeit einzuhalten. Dazu gehört unter anderem eine enge Abstimmung mit den Gemeinden sowie die Berücksichtigung lokaler Besonderheiten. Die setzt sich seit jeher für faire Arbeitsbedingungen im Breitbandausbau ein – ein Thema, dass auch bei der ersten Konferenz der Digitalminister der Bundesländer von großer Bedeutung war.

„Die erfolgreiche Zuschlagserteilung an erfahrene Partnerunternehmen und die Einführung der von der LNI entwickelten Verhaltensrichtlinien sind wesentliche Bausteine für den zukunftssicheren Netzausbau bei uns zu Hause in Bayern. Diese Weichenstellung setzt ein klares Signal für Qualität und Nachhaltigkeit im Glasfaserausbau. Zugleich wollen wir damit dem oft kritisierten Image der Branche durch transparente und professionelle Bauausführung positiv entgegenwirken“, betonte Josef Bauer, Aufsichtsratsvorsitzender der LNI.

Meilenstein Digitalisierung

Ein weiterer Meilenstein ist die Digitalisierung der Bauprozesse. Die LNI setzt auf eine digitale Baudokumentation, die eine präzise geolokalisierte Erfassung der verlegten Infrastruktur ermöglicht. Mithilfe einer benutzerfreundlichen Partner-App werden Messdaten direkt vor Ort erfasst und anschließend KI-gestützt analysiert. So werden Netzkomponenten und relevante Kenndaten automatisch erkannt und dokumentiert – ein echter Mehrwert für Kommunen und Netzbetreiber.

Transparenz und Effizienz im Gigabit-Ausbau

„Die Verabschiedung unseres Glasfaserausbau-Kodex ist ein entscheidender Schritt, um Transparenz und Effizienz im Gigabit-Ausbau sicherzustellen. Dank modernster digitaler Technologien und dem Engagement unserer Partner können wir den größtmöglichen Nutzen für die Bevölkerung realisieren. Bereits in Kürze erwarten wir positive Kundenerlebnisse, wenn die ersten Inbetriebnahmen durch die Telekom erfolgen.“ —René Meyer, Geschäftsführer LNI

Laut der stellvertretenden LNI-Aufsichtsratsvorsitzenden, Landrätin Tanja Schweiger, arbeitet der Landkreis Regensburg seit 15 Jahren intensiv am Glasfaserausbau. Mit der kürzlich erfolgten Zuschlagserteilung an die Baufirmen Anfang Januar 2025 in Höhe von einer knappen halben Milliarde Euro steht nun der flächendeckenden Realisierung nichts mehr im Weg. Besonders erfreulich ist, dass sich die beauftragten Unternehmen freiwillig zum LNI Glasfaserausbau-Kodex bekennen. Dieses Bekenntnis, gemeinsam mit den Investitionen, ist ein Meilenstein für die digitale Zukunft unserer Haushalte und Unternehmen.“ ❐

BREKO zur geplanten Mobilfunk-Frequenzverlängerung:

Verpasste Chance für wirksamen Wettbewerb

Reform bei der Vergabe von Mobilfunkfrequenzen in Deutschland: Statt wie bisher die Frequenzen durch Auktionen zu versteigern, will die Bundesnetzagentur in diesem Jahr die Mobilfunkfrequenzen an die Anbieter vergeben - dies (vor allem im ländlichen Raum) im Gegenzug für den Ausbau von Mobilfunknetzen.

Dem Handelsblatt gegenüber erklärte Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur, dass der Fokus nicht auf den Staatseinnahmen liege, sondern auf einer besseren Mobilfunkversorgung und mehr Wettbewerb. Vorgesehen ist unter anderem, ab 2030 99,5 Prozent der Fläche Deutschlands mit einer Mindestgeschwindigkeit von 50 MBit/s im Download zu versorgen. Zudem müssen ab 2029 auch 99 Prozent der Haushalte in dünn besiedelten Gebieten mindestens 100 MBit/s erhalten. Ab dem gleichen Jahr sollen ferner alle Landes- und Staatsstraßen mit 50 MBit/s versorgt werden, und ab 2030 soll dies auch für alle Kreisstraßen gelten.

Zum Ende des Jahres 2025 laufen die Frequenznutzungsrechte in den Bereichen 800 MHz, 1.800 MHz und 2,6 GHz aus, die gegenwärtig vor allem für LTE genutzt werden. Die Netzbetreiber sollen für die Verlängerung der Nutzungsrechte wichtiger Mobilfunkfrequenzen jeweils rund 200 Millionen Euro bezahlen.

Jedoch ist eine Pflicht zur Öffnung der Mobilfunknetze für Weiterverkäufer, also eine Verpflichtung zur Diensteanbieteröffnung, nicht vorgesehen. Diese Entscheidung wird von einigen Branchenvertretern wie Sven Knapp, Hauptstadtbüro-Leiter des Bundesverbands Breitbandkommunikation (BREKO) als problematisch angesehen. Aus seiner Sicht ist dies „ein Schlag ins Gesicht für den Wettbewerb, ohne Rücksicht auf die Interessen der Verbraucherinnen, Verbraucher und Geschäftskunden“.

Schutz vor unliebsamer Konkurrenz

Statt im Mobilfunk endlich wirksamen Wettbewerb zu schaffen, schütze die Bundesnetzagentur die „Mobilfunk-Platzhirsche Telekom, Vodafone und Telefónica“ weiter vor unliebsamer Konkurrenz. Anstelle praktisch nutzloser „Leitplanken“ für das untaugliche Verhandlungsgebot hätte die Behörde eine Diensteanbieterverpflichtung einführen müssen, machte Knapp deutlich. „Diese Chance, echten Wettbewerb sicherzustellen, hat die Bundesnetzagentur verstreichen lassen. Deshalb drohen nun wieder Jahre erfolgloser Verhandlungsversuche der Diensteanbieter, während die etablierten Mobilfunknetzbetreiber ihre dominante Position im Markt weitgehend ungestört ausbauen können.“ **DK**

Feucht und Wendelstein:

Zukunftssichere Weiterentwicklung der Breitbandnetze

Die Gemeindewerke der Nachbarkommunen Feucht und Wendelstein stellen ihre Glasfasernetze mit bisping & bisping zukunftsfähig auf. Eine neue, langfristig angelegte Kooperation mit dem regionalen IT-Kommunikationsunternehmen aus Lauf wird in partnerschaftlicher vertrauensvoller Zusammenarbeit die jeweiligen Erfahrungen und das vorhandene Synergie-Potenzial bestmöglich nutzen. Ein Technologie-Upgrade wird die Kapazitäten der Netze verzehnfachen, deren Nachverdichtungen weiter voranbringen und durch einen Ringschluss die Ausfallsicherheit signifikant erhöhen.

Die jüngst geschlossenen Kooperationsverträge sehen vor, dass durch bisping & bisping zunächst die beiden Netz-Hauptverteiler in Feucht (Landkreis Nürnberger Land) und Wendelstein (Landkreis Roth) an deren Rechenzentrum in Nürnberg leistungsfähig angeschlossen werden. Statt mit bisher 10 Gbit/s werden die Hauptverteiler dann mit 100 Gbit/s an den Backbone des Dienstleisters angebunden sein. Die Kapazität der beiden Netze verzehnfacht sich damit, gleichzeitig sind die Netze damit bestens auf zukünftige Anforderungen vorbereitet.



Vordere Reihe (v.l.): Raimund Vollbrecht (Feuchter Gemeindewerke GmbH, Geschäftsführung), Johannes Bisping (bisping & bisping, Geschäftsführung), Matthias Dollinger (Gemeindewerke Wendelstein Breitband, Geschäftsführung). Hintere Reihe (v.l.): Markus Pitz (Feuchter Gemeindewerke, Technische Dienstleistungen), Susi Bisping (bisping & bisping, Kommunikation & Marktentwicklung), Martin Dorn (bisping & bisping, Leitung Infrastruktur). Bild: bisping & bisping

Über die bereits ausgebaute Glasfaserverbindung der beiden Hauptverteiler besteht bereits ein Ringschluss. Dadurch sind die Netze beider Gemeinden zukünftig an zwei unabhängige Core-Standorte des Backbone-Netzes von bisping & bisping mit direktem Routing an weitere deutsche und internationale Carrier angeschlossen und geben sich damit gegenseitig Redundanz für deutlich erhöhte Ausfallsicherheit.

bisping & bisping übernimmt den langfristigen Betrieb und die Managed Services der lokalen Breitbandnetze der beiden Gemeindewerke sowie aller technischer Komponenten. Die Kooperationspartner befinden sich bereits in Vorbereitung der Maßnahmen. Die baulichen Schritte des Technologie-Upgrades sollen zur Jahresmitte starten und bis Ende 2025 abgeschlossen sein.

Profitieren werden von dieser innovationswilligen Kooperation vor allem Kundinnen und Kunden der örtlichen Gemeindewerke, also die Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen in Wendelstein und Feucht. Für sie ermöglichen die Investitionen in die Breitbandnetze die zuverlässige Teilhabe an zeitgemäßen Lebens- und Arbeitswelten im eigenen Zuhause. Für die angebundenen Betriebe wird ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor gestärkt, mit dem sie sich zukunftsfähig und verlässlich vor Ort aufstellen können. ❐



Digitalverband Bitkom:

Drehpunkt Smarte Stadt

Laut einer repräsentativen Befragung von bundesweit über tausend Internetnutzern ab 16 Jahren im Auftrag des Digitalverbands Bitkom sind in den vergangenen zwölf Monaten 61 Prozent Opfer von Cyberkriminalität geworden, 36 Prozent seien verschont geblieben. Wie der Verband mitteilt, setze sich damit ein leicht rückläufiger Trend fort. Vor einem Jahr hätten noch 67 Prozent angegeben, Opfer von Cyberkriminalität geworden zu sein, vor zwei Jahren seien es sogar 75 Prozent gewesen.

„Die Bedrohungslage im Internet verschärft sich, die rückläufigen Zahlen deuten darauf hin, dass die Menschen aufmerksamer sind und sich besser schützen", stellt Bitkom-Präsident Dr. Ralf Wintergerst fest. „Aber weiterhin wird eine deutliche Mehrheit der Deutschen jedes Jahr Opfer von Cyber-Kriminellen. Wir müssen unsere Anstrengungen für Cybersicherheit erhöhen, im Privaten und in den Unternehmen. Außerdem müssen unsere Behörden so ausgestattet werden, dass sie Kriminalität im Netz mindestens so gut bekämpfen können wie in der analogen Welt."

Rangliste der Delikte

Am häufigsten betroffen sind Internetnutzer von folgenden Delikten: 36 Prozent wurden beim Online-Kauf betrogen, bei 30 Prozent haben sich Angreifer per Kurznachricht, Mail oder Telefonanruf durch sogenanntes Phishing persönliche Informationen verschafft und bei 24 Prozent wurden Smartphones oder Computer mit Schadprogrammen wie Viren infiziert.

Dahinter folgen mit deutlichem Abstand das Ausspionieren von Zugangsdaten für Onlinedienste (9 Prozent) sowie der Betrug von Verkäufern beim Online-Handel (6 Prozent). Bei 5 Prozent haben sich andere im Internet unter ihrem Namen ausgegeben, 5 Prozent wurden Konto- oder Kreditkartendaten im Internet gestohlen und missbraucht, 3 Prozent wurden online sexuell belästigt, 2 Prozent persönlich bedroht. Auch von neuen Angriffen mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz wird berichtet, so wurden 3 Prozent mit einem Deepfake getäuscht, also einem KI-generierten Video oder Foto.

Am Ende der Rangliste rangieren die Infizierung des eigenen Computers oder Smartphones mit Ransomware sowie die unberechtigte Nutzung des eigenen Online-Bankings (je 2 Prozent). Ebenfalls 2 Prozent wurden Opfer einer neuen Betrugsmasche, bei der Offline- und Online-Welt miteinander verschwimmen, dem sogenannten Quishing. Dabei werden QR-Codes verteilt, etwa auf vermeintlichen amtlichen Schreiben oder Strafzetteln an Autos. Wer diese mit dem Smartphone einscannt, wird auf eine betrügerische Online-Seite geleitet und dort zum Beispiel zur Zahlung von Gebühren oder zur Eingabe persönlicher Daten verleitet.

Schadenssummen

Im Durchschnitt ist den Opfern von Cyberkriminalität in den vergangenen zwölf Monaten ein Schaden von 219 Euro entstanden. 60 Prozent der Betroffenen geben an, dass ihnen persönlich ein Schaden entstanden ist, dieser beträgt im Schnitt 181 Euro. 4 Prozent erklären, dass ein Schaden von Dritten übernommen wurde, etwa einem Onlinehändler oder der Bank. Deren durchschnittlicher Schaden liegt bei 609 Euro. Bei einem Viertel (25 Prozent) ist kein finanzieller Schaden entstanden, 13 Prozent konnten oder wollten dazu keine Angaben machen.

Nur rund ein Viertel (26 Prozent) der von Cyberkriminalität Betroffenen haben Strafanzeige bei der Polizei erstattet. 8 Prozent haben sich an andere Behörden gewandt wie etwa das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und 3 Prozent suchten einen Rechtsanwalt auf.

Häufiger suchen Betroffene Hilfe im persönlichen Umfeld oder ändern persönliche Verhaltensweisen. Fast die Hälfte (46 Prozent) hat das Gespräch mit Freunden oder Familie gesucht, 39 Prozent haben Passwörter oder andere Sicherheitsinformationen geändert, 11 Prozent haben durch Social-Media-Posts oder Beiträge auf Online-Plattformen auf die kriminellen Vorgänge aufmerksam gemacht und 3 Prozent sind auf Forderungen der Kriminellen wie etwa Lösegeldzahlungen eingegangen. Zudem haben sich 42 Prozent an das Unternehmen gewandt, dessen Plattform für die kriminellen Aktivitäten genutzt wurde, und 12 Prozent haben ihren Account dort gelöscht oder gekündigt. Rund ein Fünftel (22 Prozent) hat aber überhaupt nicht reagiert.

Smart City Index 2024

Mit Blick auf den Bitkom-Smart City Index 2024, dem Digital-Ranking der 82 deutschen Städte ab 100.000 Einwohnern, weist der Verband darauf hin, dass die deutschen Großstädte bei Bus und Bahn, Auto und Rad in den vergangenen Jahren „den Schalter umgelegt" hätten und in der großen Mehrheit breit auf digitale Technologien setzten. So gab es im vergangenen Jahr in mehr als drei Viertel der Großstädte (78 Prozent) intelligente vernetzte Ampeln, 2020 lag der Anteil gerade einmal bei 42 Prozent. In jeder zweiten wurden digitale Verkehrsschilder eingesetzt, 2020 waren es erst 17 Prozent.

Auch der Einsatz sogenannter multimodaler Apps, die verschiedene Mobilitätsanbieter wie den ÖPNV, Taxis oder auch Car- und Bikesharing bündeln, hat sich seit 2020 mehr als verdoppelt – von 24 auf 57 Prozent. Zudem verfügen 72 Prozent der befragten Städte über Mobilstationen (2020: 43 Prozent), die als Verknüpfungspunkte zwischen ÖPNV, Sharing-Angeboten und Individualverkehr dienen.

Zunahme bei Sharing-Angeboten

Deutlich zugelegt haben ebenso Sharing-Angebote, die als Ergänzung zu klassischen ÖPNV-Angeboten und Individualverkehr fungieren. In 87 Prozent der Großstädte lassen sich E-Scooter leihen (2020: 58 Prozent), in 82 Prozent Fahrräder (2020 nicht erhoben, 2021: 63 Prozent), E-Motorroller in 40 Prozent (2020: 19 Prozent) und in fast allen Städten gibt es weiterhin Car-Sharing-Angebote (90 Prozent, 2020: 96 Prozent). Ridepooling- und Ridehailing-Dienste, die unterschiedliche Fahrgäste auf einem gemeinsamen Weg mitnehmen oder als Ergänzung zum klassischen Taxi dienen, haben seit der ersten Erhebung im Jahr 2021 mit jeweils 16 Prozent ebenfalls stark zugelegt, auf 45 Prozent (Ridehailing) bzw. 49 Prozent (Ride-Sharing). **DK**

Bayerisches Heimatministerium:

Geodaten im Visier

Bei der Schlüsselübergabe für den Neubau der „Geo-Datenbank Bayern" in Waldsassen (Landkreis Tirschenreuth) hob Finanz- und Heimatminister Albert Füracker die Bedeutung des Projekts für die Region hervor. Die neue Behörde, angesiedelt an der Außenstelle des Landesamts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (LDBV), soll nicht nur den Arbeitsmarkt stärken, sondern auch junge Fachkräfte aus der Region, wie Absolventen des Studiengangs „Geoinformatik und Landmanagement" der OTH Amberg-Weiden, ansprechen und so die beruflichen Perspektiven in der Region verbessern.

Der Neubau des modernen Verwaltungsgebäudes, das mit einer Investition von 17,8 Millionen Euro realisiert wurde, schafft 70 zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Region und stärkt damit das wirtschaftliche Potenzial des Stiftlands.

Die „Geo-Datenbank Bayern" kümmert sich unter anderem um die Aktualisierung des Digitalen Landschaftsmodells, die Modellierung von Geodaten und die Entwicklung von Anwendungen für geographische Informationssysteme. Die Behörde wird künftig auch die bayernweit 15 Gebietsteams der Gebietstopographie organisieren. Zusammen mit der künftigen Außenstelle in Windischeschenbach bildet Waldsassen das Kompetenzzentrum der amtlichen Kartographie in Bayern.

Open-Data-Angebot

Als „Erfolgsgeschichte" bezeichnete Staatsminister Füracker den zweijährigen Aufbau eines Open-Data-Angebots durch die Bayerische Vermessungsverwaltung. Bereitgestellt werden kostenfreie geografische Informationen für Bürger, Verwaltung und Wirtschaft. Seit Anfang 2023 umfasst das Angebot mehr als 30 digitale Produkte, darunter Luftbilder, Gelände- und Landschaftsmodelle, Webkarten, Topographische Karten, 3D-Gebäudemodelle und Freizeitwege. Besonders gefragt ist das Digitale Geländemodell, eine dreidimensionale Abbildung der Erdoberfläche, von dem bislang rund 40 Millionen Quadratkilometer abgerufen wurden.

Die Geodaten bieten Füracker zufolge eine wertvolle Grundlage für vielfältige Anwendungen. Stadtplaner nutzen sie für Standortanalysen, Umweltschutzorganisationen beobachten damit Veränderungen in der Landschaft und Entwickler verbessern die Navigation in mobilen Apps. Die Nutzung dieser Daten ist beeindruckend: Monatlich werden mehr als drei Millionen Dateien heruntergeladen und rund 70 Millionen Aufrufe über digitale Anwendungen verzeichnet. Dies entspricht einer Fläche von über 140 Millionen Quadratkilometern – das Zweitausendfache der Fläche Bayerns.

Die Bereitstellung der Geodaten steht im Einklang mit der Europäischen Datenstrategie, die den Binnenmarkt für Daten schaffen soll. Alle Geodaten werden kontinuierlich qualitätsgesichert und aktualisiert, so dass sie in einheitlicher Form landesweit als Download oder Geodatendienst zugänglich sind. Insgesamt umfasst das Angebot rund 300 Terabyte an Daten, die benutzerfreundlich abgerufen werden können. Die hohe Nutzerzahl und die umfangreiche Datenabdeckung belegten den Erfolg dieses Open-Data-Projekts, so der Minister.

Als weiteren wichtigen Schritt bei der Digitalisierung der Verwaltung in Bayern bezeichnete Füracker die nun mögliche Übertragung wichtiger Dokumente zwischen den Ämtern für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, den Grundbuchämtern und Notaren. Das hierbei verwendete „Besondere elektronische Behördenpostfach (beBPo)" zeichne sich nicht nur durch besondere IT-Sicherheit aus, der Übertragungsweg sei auch rechtssicher. So würden Kosten, tausende Seiten Papier pro Tag und wertvolle Zeit gespart.

Rechtssichere Übermittlung

Über das „beBPo" werden sensible Dokumente wie Notarurkunden und offizielle Vermessungsdokumente künftig rein digital und dennoch rechtssicher übermittelt. Dies führt zu einer schnelleren Abwicklung des Grundstücksverkehrs und fördert die Bürgernähe: Der verstärkte Einsatz digitaler Lösungen macht den Service für Bürgerinnen und Bürger schneller, effizienter und benutzerfreundlicher. Das Verfahren ergänzt den seit vielen Jahren bestehenden vollautomatischen Datenaustausch zwischen Grundbuch und Liegenschaftskataster dort, wo aus rechtlichen Gründen noch Urkunden und amtliche Dokumente ausgetauscht werden müssen. Die Nutzung des Verfahrens wird bereits auf weitere Behörden und Kommunen ausgeweitet. Oberstes Ziel ist dabei, die digitale Vernetzung in der Verwaltung weiter voranzutreiben. **DK**

Halbleiterforschung:

Aiwanger übergibt Förderbescheide

Das Bayerische Wirtschaftsministerium fördert die Halbleiterforschung mit über 13 Millionen Euro. Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat einen Förderbescheid an vier beteiligte Fraunhofer Institute übergeben. Konkret geht es um die Unterstützung im Rahmen von zwei so genannten Pilotlinien des EU-Chips-Acts. Aiwanger: „Unsere bayerische Kofinanzierung ermöglicht es, dass weitere rund 66 Millionen Euro EU- und Bundesmittel in die Fraunhofer-Mikroelektronik-Forschung in Bayern investiert werden können. Die ganze Welt ist auf Halbleiter angewiesen. Mit jedem Euro für die Chipforschung stärken wir deshalb die Position des Wirtschaftsstandortes Bayern. Ich sehe ein großes Potenzial, dass sich aus den Forschungsergebnissen der beiden Pilotlinien neue Geschäftsmodelle und wirtschaftliche Anwendungsmöglichkeiten ergeben."

Der Fokus der hauptsächlich in Deutschland angesiedelten Pilotlinie APECS (Advanced Packaging for Electronic Components and Systems) liegt auf der Integration verschiedener Technologiekomponenten. Beteiligt sind in Bayern das Fraunhofer-Institut für Integrierte Schaltungen IIS in Erlangen, das Fraunhofer-Institut für Elektronische Mikrosysteme und Festkörper-Technologien EMFT in München und das Fraunhofer-Institut für Angewandte und Integrierte Sicherheit AISEC in Garching. Hier liegt der Schwerpunkt in den Bereichen Chip-Design, Analyse und Testen und dockt auch inhaltlich an das Bayerische Chip Design Center (BCDC) an.

Die WBG-Pilotlinie zielt auf die Entwicklung von so genannten Wide-Bandgap (WBG)- und Ultra-Wide-Bandgap (UWBG)-Halbleitern. Solche Halbleiter bestehen aus neuartigen Kristallen wie zum Beispiel Aluminiumnitrid. Mit diesem Material ist die Regelung sehr hoher Leistungen möglich, zum Beispiel für den Einsatz in der Stromübertragung. Das Fraunhofer-Institut für Integrierte Systeme und Bauelementetechnologie IISB in Erlangen ist als einziges deutsches Institut auf Grund seiner herausragenden Expertise im Bereich Leistungshalbleiter an dieser Pilotlinie beteiligt. ❒

Freistaat Bayern und Vodafone GmbH:

Starke Partner für Bayerns Digitale Zukunft

„Bayern treibt die Versorgung mit schnellem Internet voran. Insbesondere beim Glasfaserausbau engagiert sich der Freistaat Bayern seit Jahren auf freiwilliger Basis massiv und hat bereits über 2,6 Milliarden Euro an Landesmitteln investiert. Mehr als 104.000 Kilometer Glasfaser werden damit verlegt. Der enge Austausch mit Telekommunikationsunternehmen ist essenziell, um beste Rahmenbedingungen für den Netzausbau beizubehalten. Gemeinsam steigern wir damit unsere ohnehin schon hohe Gigabitquote im Freistaat von bald 81 Prozent zügig", stellte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker im Rahmen eines Gesprächs mit Marcel de Groot, Chief Executive Officer der Vodafone GmbH, fest.

Als einer der größten Netzbetreiber nehme die Vodafone GmbH eine wichtige Rolle bei der Versorgung mit schnellem Internet ein. Sie sei aber auch langjähriger Vertragspartner des Freistaats Bayern beim Betrieb des Bayerischen Behördennetzes, bei Mobilfunk, Telekomminikation und BayernWLAN für staatliche Dienststellen. „Auf dem Weg ins Gigabitzeitalter ist es wichtig, dass alle Akteure weiter an einem Strang ziehen, damit gerade auch der ländliche Raum schnell flächendeckend versorgt wird. Der Bund wird seiner Zuständigkeit und finanziellen Verantwortung hier immer noch nicht ausreichend gerecht", so Füracker.

Gigabit-Motor Bayern

„Bayern ist Deutschlands Gigabit-Motor. 2018 haben wir hier zum ersten Mal das Gigabit im Festnetz gestartet, heute kann es von rund 7 Millionen Bayern genutzt werden. Und hier im Bundesland beginnen wir das größte Gigabitnetz noch besser und größer zu machen. Mit noch mehr Glasfaseranschlüssen für hunderttausende weitere Haushalte, die wir als Vodafone und gemeinsam mit der OXG in den nächsten Jahren bauen. In diesem Jahr starten wir bereits in Augsburg, Hof, Nürnberg und anderen Städten. Im Mobilfunk haben wir zudem das Echtzeit-Netz 5G+ im gesamten Bundesland freigeschaltet, damit Daten von unseren Smartphones so schnell übermittelt werden, wie das menschliche Nervensystem reagieren kann", so Michael Jungwirth, Mitglied der Geschäftsleitung der Vodafone GmbH.

Durch den engen Austausch zwischen dem Bayerischen Finanz- und Heimatministerium und der Vodafone GmbH soll der privatwirtschaftliche Ausbau des Kommunikationsnetzes als zentraler Infrastrukturmotor auch in den kommenden Jahren weiter vorangebracht werden. Auch alle Anschlussnutzer können einen wichtigen Beitrag für mehr Schub beim Ausbau von schnellem Internet in Bayern leisten: Nur eine hohe Nachfragequote setzt ein starkes Signal an die Telekommunikationsunternehmen und den Bund als originär zuständigen Fördergeber. ❒

Cyberschutz kann Existenz der Firma retten

Neue Pflicht für E-Rechnungen erhöht auch Gefahr von Hackerangriffen

Seit Januar 2025 muss jedes Unternehmen E-Rechnungen empfangen können; ab Anfang 2028 müssen alle Unternehmen E-Rechnungen versenden und empfangen können. Doch die Einführung der E-Rechnungspflicht bringt nicht nur Effizienzvorteile und spart Kosten, sie birgt auch neue Cyberrisiken mit neuen Dateiformaten, manipulierten Rechnungen und kompromittierten E-Mail-Konten.

Über manipulierte E-Mails läuft immer noch ein großer Teil der Cyberangriffe. Sie können Viren, Trojaner und Würmer enthalten, Malware, Spyware oder Ransomware. Beim Öffnen der Datei infiziert sich das System des Empfängers. Hacker können so Rechnungen abfangen und deren Inhalte, einschließlich der Zahlungsinformationen, verändern.

Sinnvolle Versicherung

Egal, ob der Cyberangriff gezielt war oder ungezielt: In jedem Fall ist er ärgerlich, teuer und geschäftsschädigend. Eine Cyberversicherung ist daher sinnvoll: Sie schützt das Unternehmen vor finanziellen Risiken, die durch Verletzungen der IT-Sicherheit und Cyberangriffe entstehen: Haftpflichtansprüche, Vertrauensschäden durch Vorsatz, Erpressung, Haftpflicht-Vermögensschäden, Eigenschäden, Assistance-Leistungen für Forensik und Datenwiederherstellung; optional auch Ertrags ausfall durch Betriebs-Stillstand.

Johannes Wagner, Cyber-Experte bei der Versicherungskammer: „Unsere Erfahrungen als Versicherer zeigen: Die üblichen Schadenhöhen und die erpressten Geldbeträge machen oft etwa fünf Prozent eines Jahresumsatzes aus. Der Geschäftsbetrieb steht dann meist im Durchschnitt ein bis zwei Wochen still. Hinzu kommen noch hohe Kosten, um die Täter wieder aus den IT-Systemen zu entfernen. Darum sage ich: Die Cyberversicherung ist die Feuerversicherung des 21. Jahrhunderts."

Cyber-Sicherheitscheck online und kostenlos

Jeder Unternehmer und Gewerbetreibende kann einen ersten, neutralen Selbsttest machen und dadurch die eigene Gefährdung einschätzen: mit dem „Cyber-Sicherheitscheck" des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV). ❒

VKU-Verbandstagung in Berlin:

Vorfahrt für Investitionen

Mit der Frage, wie milliardenschwere Investitionen getätigt werden können und Leistungen der Daseinsvorsorge zugleich für Bürger und Wirtschaft bezahlbar bleiben, befasste sich in Berlin die diesjährige VKU-Verbandstagung mit mehr als 800 Entscheidern aus Stadtwerken sowie der kommunalen Energie-, Wasser-, Telekommunikations- und Abfallwirtschaft.

Laut VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing sind die Investitionsbedarfe für den Ausbau und die Ertüchtigung der Infrastruktur in Deutschland enorm: Für die Energiewende müssten bis 2030 721 Milliarden Euro mobilisiert werden. Die Wasserwirtschaft müsse ihre jährlichen Investitionsvolumina vervierfachen und somit bis 2045 800 Milliarden Euro investieren. Der Grund hierfür sei, dass viele die Infrastrukturen an das Ende ihrer Nutzungsdauer kommen und gleichzeitig an die Folgen des Klimawandels angepasst werden müssen. „Jetzt ist nicht die Zeit für theoretische Grundsatzdiskussionen, jetzt ist Zeit zum Handeln. Wir brauchen im Haushalt einen klaren Fokus auf Investitionen. Unsere kommunalen Infrastrukturen halten Deutschland am Laufen, damit das so bleibt, muss ein Investitionsschwerpunkt auf der Ertüchtigung kommunaler Infrastruktur liegen“, betonte Liebing.

Klimaziel 2045

Aus einer Umfrage des VKU unter den CEOs von 1.584 kommunalen Unternehmen, die anlässlich der VKU-Verbandstagung veröffentlicht wurde, geht hervor, dass mehr als zwei Drittel der kommunalen Unternehmen das deutsche Klimaziel 2045 unter den geltenden Rahmenbedingungen für unrealistisch erachten. Die Kosten seien aktuell zu hoch, die Finanzierung unklar.

Damit das Ziel der Klimaneutralität erreicht wird, geben 51 Prozent der CEOs an, dass vordringlich die Finanzierung geklärt und durch neue Konzepte erleichtert werden müsse. 47 Prozent plädieren für einen Realitätscheck bei jeder Entscheidung, jedem Gesetz. 44 Prozent der Befragten wünschen sich schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren. Mit Blick auf das energiepolitische Zieldreieck von Klimaneutralität, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit votieren die meisten Befragten (39 Prozent) für eine klare Priorisierung von Bezahlbarkeit und Wirtschaftlichkeit.

„Unser Land braucht neuen Schwung für die Energiewende“, forderte VKU-Präsident Dr. Ulf Kämpfer und ergänzte: „Die ambitionierte Energiewende ist und bleibt elementar für Klimaschutz und eine resiliente nationale Versorgungssicherheit. Wir müssen die Abhängigkeiten vom Import fossiler Energien aus dem Ausland weiter reduzieren. Klimaneutralität gelingt nur, wenn wir die Kosten senken und die Prozesse der Energiewende besser aufeinander abstimmen. Zudem sollte eine neue Bundesregierung das Fundament für alternative Finanzierungsformen legen, zum Beispiel für einen Energiewendefonds.“

Sichere Wasserversorgung

Neben Klimaneutralität verfolgen kommunale Unternehmen auch das Ziel, die Ver- und Entsorgungssicherheit bei bezahlbaren Preisen zu erhalten. Den größten Investitionsbedarf sehen die kommunalen Unternehmen beim Ausbau ihrer Stromnetze für die Energie- und Wärmewende (66 Prozent) und beim Ausbau ihrer Fernwärmenetze für die Wärmewende (50 Prozent). Auf Platz 3 der am meisten genannten Infrastrukturen rangieren der Ausbau, Erhalt oder die Modernisierung bestehender Trinkwasseranlagen und -netze für eine sichere Wasserversorgung (28 Prozent).

Infrastrukturen der Wasserwirtschaft kommen ans Ende ihrer Nutzungsdauer und müssen zugleich an die Folgen des Klimawandels angepasst werden. Dies gilt genauso für die Infrastrukturen der Abwasserentsorgung auf Platz 4. Für die Abfallwirtschaft ist zudem die Möglichkeit zur Abscheidung und Speicherung von CO2-Emissionen entscheidend, um Klimaneutralität erreichen zu können. Hierfür fehlt jedoch die gesetzliche Grundlage.

Der Investitionsbedarf in die Infrastrukturen und Systeme der kommunalen Unternehmen ist enorm. Den größten Investitionsbedarf sehen kommunale Unternehmen laut Umfrage bei den Strom- und Fernwärmenetzen für die Energiewende und auch bei den Infrastrukturen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Kämpfer zufolge wünschen sich kommunale Unternehmen von einer neuen Bundesregierung mehr Verlässlichkeit und Realitätssinn, aber weniger Bürokratie.

Bezahlbare Energiepreise

Industrie, Mittelstand und Bürger benötigten bezahlbare Energiepreise. 90 Prozent der Stadtwerke verneinen die Frage, ob Energiepreise unter den aktuell geltenden Rahmenbedingungen in den kommenden Jahren bezahlbar sein werden. Sie geben an, dass es alternative Finanzierungsformen brauche. Nur 10 Prozent glauben, dass zum Beispiel mit dem Ausbau der Erneuerbaren und LNG aus den USA die Preise sinken werden.

„Das ist ein starkes Signal für Union und SPD“, urteilte Kämpfer. Für bezahlbare Energiepreise empfehlen 75 Prozent der Stadtwerke, die Stromsteuer für alle zu senken. 54 Prozent sprechen sich dafür aus, die Netzentgelte mit Zuschüssen aus Steuermitteln zu senken oder alternative Finanzierungsformen wie Amortisationskonten oder einen Energiewendefonds. Dirigistischen Markteingriffen wie Preisdeckeln erteilen sie hingegen eine klare Absage, nur 8 Prozent der Unternehmen halten dies für ein geeignetes Mittel.

Gebaut für Generationen

Infrastrukturen der Daseinsvorsorge sind langlebig und werden für Generationen gebaut. „Einmal getroffene Richtungsentscheidungen müssen Bestand haben – auch über einen Regierungswechsel hinaus. Nur so schaffen wir verlässliche Investitionsbedingungen“, stellte Ingbert Liebing abschließend fest, auch wenn es Nachsteuerungs- und Korrekturbedarf, wie etwa beim Gebäudeenergiegesetz und Wärmeplanungsgesetz gebe.

Im Rahmen der Verbandstagung zeichnete der VKU auch heuer wieder Macher und Vordenker der Kommunalwirtschaft mit dem VKU-Innovationspreis aus. Zu den Gewinnern zählt das Projekt H2Direkt von Energie Südbayern, Energienetze Bayern und Thüga.

Im Herbst 2023 stellten die Energieversorger im bayerischen Hohenwart deutschlandweit erstmals ein bestehendes Ortsnetz mit angeschlossenen Privatkunden auf 100 Prozent Wasserstoff um. Seitdem werden zehn private Haushalte und ein Gewerbekunde über das umgewidmete Netz mit H2 versorgt. Dafür wurde auf einem Grundstück in der Nähe eine Wasserstoff-Bereitstellungs- und Einspeiseanlage errichtet. In den Häusern ersetzte man die Heizkessel durch hochmoderne H2-Brennwertgeräte. Besonders erfreulich: Alle Bauteile im bestehenden Netz und in den Heizungsräumen wurden auf ihre H2-Tauglichkeit überprüft und die Tauglichkeit von Sachverständigen bestätigt. Lediglich die Therme und der Gaszähler mussten ausgetauscht werden.

H2Direkt zeigt im kleinen Maßstab, aber in der Praxis und mit Erfolg, wie die Umstellung der heutigen fossilen Gasversorgung auf eine grüne Wasserstoff-Versorgung erfolgen kann. Und das prinzipiell für alle Kundengruppen aus Haushalt, Gewerbe und Industrie. Aufgrund der sehr positiven Rückmeldungen wird bereits jetzt an einem Nachfolgeprojekt gearbeitet. Unter anderem werden Konzepte zur Errichtung einer Wasserstoff-Erzeugung vor Ort geprüft. **DK**

Mittelstand plädiert für Rohstoffwende

Forderungen an die kommende Bundesregierung

Die Mittelstandsallianz, eine Initiative des BVMW, hat in einem 12-Punkte-Papier klare Forderungen an die kommende Bundesregierung formuliert, wobei der Schwerpunkt auf nachhaltigen und wirtschaftlichen Lösungen für den Mittelstand liegt. Ein zentraler Punkt des Papiers ist das Konzept der „Rohstoffwende“, das unter der Federführung von bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock entwickelt wurde.

Die Rohstoffwende setzt auf die Kreislaufwirtschaft als einen Weg, Rohstoffe effizienter zu nutzen und gleichzeitig die Umwelt zu schonen. Ziel ist es, die Wirtschaft von einem linearen Modell (Produktion, Konsum, Entsorgung) zu einer Kreislaufwirtschaft zu transformieren, in der Ressourcen wiederverwendet und recycelt werden, statt in Mülldeponien zu landen oder als Abfall verbrannt zu werden.

Rechtssicherheit für alle Marktteilnehmer

Laut Mittelstandsallianz schont der Einsatz von Sekundärrohstoffen in der gewerblichen und industriellen Produktion natürliche Ressourcen, spart Energie und verringert den CO2-Ausstoß. Daher sei in allen relevanten Bereichen zu prüfen, ob Sekundärrohstoffe eingesetzt werden können. „Wir fordern daher eine zügige nationale Regelung für das Abfallende von wichtigen Sekundärrohstoffen, wie zum Beispiel Altpapier, Ersatzbaustoffe oder Altkunststoffe. Damit kann Rechtssicherheit für alle Marktteilnehmer geschaffen und ein Booster für die Kreislaufwirtschaft gezündet werden. Denn eine funktionierende Kreislaufwirtschaft führt sowohl zu einem effektiven Umwelt- als auch Klimaschutz und muss zur Einhaltung der deutschen Klimaschutzverpflichtungen umfassend implementiert werden.“

Ob im Straßen-, Haus- oder Gebäudebau, beim Handwerk, der Industrie oder der Verwaltung: Die deutsche Recyclingindustrie biete qualitativ ausgezeichnete Recyclingprodukte für die vielfältigsten Verwendungsmöglichkeiten. Trotzdem gebe es immer noch eine zu große Zurückhaltung öffentlicher wie privater Auftraggeber, Recyclingprodukte einzusetzen. Die öffentliche Hand sollte bei ihren Auftragsvergaben daher mit gutem Beispiel voran gehen und die Diskriminierung der Verwendung von Recyclingprodukten, beispielsweise in Ausschreibungen, ausschließen, heißt es.

Die Märkte der Metallrecyclingwirtschaft sind global. Der Einsatz von recycelten Metallen spare Energie, Treibhausgase und Primärressourcen und sei als „Green Commodity“ essenziell für die Etablierung internationaler grüner Leitmärkte. „Die Anerkennung und Weiterentwicklung von Rohstoffpartnerschaften muss daher den reibungslosen, grenzüberschreitenden Handel mit recycelten Metallen unterstützen und in Handelsabkommen berücksichtigen“, lautet eine weitere Forderung.

Spielräume für die Recyclingwirtschaft

Der Gesetzgeber muss sich nach Auffassung der Mittelstandsallianz darüber im Klaren sein, dass die Unternehmen der Recyclingwirtschaft auch Produkte aufbereiten, die vor Jahrzehnten hergestellt wurden und Stoffe enthalten können, die damals in höheren Mengen nicht als schädlich galten. Daher sei es geboten, die Einhaltung strengerer Grenzwerte mit angemessenen Übergangsfristen und Spielräumen für die Recyclingwirtschaft zu gestalten, die versuche, alle wertvollen Rohstoffe für die Industrie zu sichern.

Laut Eric Rehbock „muss die Bundesregierung das Potenzial der Recyclingwirtschaft stärker für den Klimaschutz nutzen. Wir brauchen eine Zukunftsoffensive mit einer gezielten Förderung des Mittelstands, um Recyclingkapazitäten auszubauen. Gleichzeitig müssen bürokratische Hürden in Genehmigungsverfahren abgebaut werden.“ **DK**

Bewältigung des Klimawandels erfordert schnellere Genehmigungsverfahren

Jedes Jahr am 22. März rufen die Vereinten Nationen zum Weltwassertag auf. In diesem Jahr steht der Tag unter dem Motto „Glacier Preservation“ („Erhalt der Gletscher“), wodurch die Notwendigkeit betont wird, Gletscher als natürliche Wasserspeicher zu bewahren und ihre entscheidende Rolle im Ökosystem zu schützen.

„Die Klimaveränderungen mit zunehmenden Trockenperioden und Starkregenereignissen stellen die Wasserwirtschaft vor immense Herausforderungen“, so Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser. „Um die Wasserversorgung langfristig zu sichern, müssen Investitionen in die wasserwirtschaftliche Infrastruktur deutlich schneller umgesetzt werden. Dazu brauchen wir – analog zum Ausbau Erneuerbarer Energien – Genehmigungsverfahren, die den Ausbau der Infrastruktur beschleunigen.

Zudem müssen wir die Wasser- und Abwasserinfrastruktur konsequent an die Folgen des Klimawandels anpassen. Dazu gehören nicht nur der Ausbau und die strukturelle Anpassung an Starkregenereignisse und langanhaltende Trockenperioden, sondern auch die Integration von Wasser in die städtische Infrastrukturplanung. Regenwassermanagement, begrünte Dachflächen und versickerungsfähige Wege können dazu beitragen, Grundwasserneubildung zu fördern und Abflussmengen besser zu regulieren.

Verschmutzungen bereits an Quelle vermeiden

Auch der Schutz unserer Wasserressourcen muss weiter in den Fokus rücken. Um die Qualität unserer Gewässer langfristig zu sichern, gilt es, Verschmutzungen bereits an der Quelle zu vermeiden. Das bedeutet, Pflanzenschutzmittel und schädliche Stoffe nicht ins Wasser einzutragen und Altmedikamente umweltgerecht zu entsorgen. Gleichzeitig kann jede und jeder Einzelne im Alltag einen Beitrag leisten, indem beispielsweise wassersparende Maßnahmen wie das Nutzen effizienter Armaturen umgesetzt werden und die Gartenbewässerung im Sommer nicht während der Tageszeit erfolgt.

Der Weltwassertag 2025 erinnert uns daran, dass der Erhalt der Gletscher als natürliche Wasserspeicher nicht nur eine globale, sondern auch eine lokale Herausforderung ist. Eine zukunftsfähige Wasserwirtschaft erfordert deshalb nicht nur beschleunigte Investitionen und strukturelle Anpassungen, sondern auch ein verantwortungsbewusstes Handeln auf allen Ebenen – von der Politik über die Kommunen bis hin zu jedem Einzelnen.“ ❐



KUBUS GMBH –
KOMPETENZ FÜR ÖFFENTLICHE AUFTRAGGEBER
IN SACHEN ENERGIEBESCHAFFUNG

Nutzen Sie die Vorteile einer individuellen Einzelausschreibung mit der KUBUS GmbH.

Wir sind als Unternehmen kommunaler Spitzenverbände Teil der kommunalen Familie und kennen Ihre speziellen Anforderungen genau. Daher können wir Ihre Interessen bestens vertreten. Für die Ausschreibung von Strom und Gas für öffentliche Auftraggeber sind wir eines der führenden Unternehmen auf dem Markt. Seit 2010 führen wir im Rahmen der Beschaffung von Strom und Erdgas die e-Vergabe durch. Mit mehreren hundert Verfahren als Einzel- oder Bündelausschreibungen pro Jahr verfügen wir über umfangreiche Erfahrungen, die wir in jeden Auftrag einbringen.
Wir sind nicht nur bestens mit den Anforderungen der öffentlichen Hand vertraut, sondern kennen auch bundesweit die des Marktes, da wir uns in mehr als 15 Jahren ein entsprechendes Netzwerk aufgebaut haben. Im Rahmen einer individuellen Einzelausschreibung stehen Ihre Bedürfnisse, Termine und Wünsche im Vordergrund und das zu attraktiven Konditionen.

FORDERN SIE IHR PERSÖNLICHES ANGEBOT AN UND NUTZEN SIE U. A. DIESE VORTEILE:
- Maßgeschneidertes Verfahren zugeschnitten auf Ihre Bedürfnisse
- Intensive Rund-um-Betreuung und Beratung
- Selbstbestimmung/Steuerung des Beschaffungsprozesses
- Individueller Zeitplan
- Attraktiver für regionale Bieter
- Feste Ansprechpartner
- Attraktive Konditionen

SO ERREICHEN SIE UNS: 0385/30 31-261 energie@kubus-kb.de

Qualitätssiegel „Umweltbildung.Bayern“:

Verleihung an zwölf neue Partner

Ein Dutzend Einrichtungen und Akteure mit hochwertigen Bildungsangeboten erhielten in München aus den Händen von Umweltminister Thorsten Glauber das Qualitätssiegel „Umweltbildung.Bayern“. Rund 150 Einrichtungen und Akteure tragen mittlerweile dieses Siegel und engagieren sich in der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. „Mit rund 30.000 Veranstaltungen erreichen und begeistern sie jährlich über eine Million Kinder, Jugendliche und Erwachsene und sensibilisieren sie für Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen – ganz im Sinne der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen“, unterstrich Glauber.

Zu den neuen Qualitätssiegel-Trägern zählt die Almschule im Werksviertel Mitte, München. Sie bringt Kindern und Jugendlichen ein besonderes Stück Natur in die Stadt. Auf dem begrünten Dach des WERK3 werden Mitmach-Workshops zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten angeboten.

Eine Welt-Station Fürth

Die Eine Welt-Station Fürth als derzeit größte Bildungseinrichtung für Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung in Stadt- und Landkreis Fürth setzt sich seit über 40 Jahren für mehr globale Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige Eine Welt ein. Mit mittlerweile über 200 Workshops und Projekttagen jährlich werden zahlreiche Kitas und Schulen erreicht. Der Fokus liegt auf den Bereichen nachhaltiger Konsum und anders Wirtschaften, zukunftsfähige Ernährung und globale Gerechtigkeit, insbesondere Klimagerechtigkeit. Ergänzt wird das Portfolio durch das Thema Stadtbegrünung und Selbstversorgung in der Stadt.

Die Erlebnis-Imkerei Honey&Honk, Nürnberg, zeigt am lebendigen Bienenvolk in Nürnberg, Fürth und Umgebung, wie erfolgreiche Zusammenarbeit und Nachhaltigkeit funktionieren kann. Mit einer Patenschaft für ein Bienenvolk wird den Klimazielen ein Gesicht gegeben.

Die Kinder- und Jugendfarm Regensburg e.V. ist eine Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit und außerschulischer Bildungsort. Auf ihrem „Stadtteilbauernhof“ helfen Menschen aktiv mit, treten in Kontakt mit Tieren, Natur und Umwelt und nutzen das Gelände für freies Spiel.

Zusammenspiel von Mensch und Biosphäre

Als Bildungseinrichtung des UNESCO-Biosphärenreservats Rhön spricht das Naturerlebniszentrum Rhön, Hammelburg, alle Dimensionen der Nachhaltigkeit an. Für sie steht das Zusammenspiel von Mensch und Biosphäre im Mittelpunkt. Mit dem Kompetenzzentrum Didaktik werden Angebote regelmäßig evaluiert und weiterentwickelt. Schwerpunkte der Naturpark-Umweltstation Waldkirchen sind vor allem Schulklassen-Projekttage, Angebote für Kindergärten, Führungen und Exkursionen für Erwachsene und zudem die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Tschechien und Österreich. Auch der Aufbau eines landkreisweiten Netzwerks im Bereich der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) und weitere BNE-Projekte gehören dazu. Die Umweltstation Waldkirchen ist unter der Trägerschaft des Naturparks Bayerischer Wald e.V. bereits die dritte staatlich anerkannte Umweltstation. Das Schullandheim Thüringer Hütte, Hausen in der Rhön, ist ein Bildungszentrum, das Mensch, Natur und Technik in Einklang bringt. Mit handlungsorientierten, inspirierenden Programmen werden Erlebnisse geschaffen, die Menschen nachhaltig bewegen und Perspektiven verändern. Durch die Verbindung von Kreativität, Gemeinschaft und Innovation wird Bildung lebendig und zukunftsfähig gestaltet.

Die Transition Town Augsburg e.V. ist ein offenes Netzwerk engagierter Menschen, die durch Vorträge, Workshops und gemeinschaftliche Projekte nachhaltige Veränderungen in der Fuggerstadt vorantreiben. Gefördert wird selbstwirksames Handeln in Bereichen wie Plastikvermeidung, Urban Gardening, Ressourcenschonung und nachhaltige IT-Nutzung. Jeder kann aktiv an der Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit teilnehmen.

Mensch.Natur.Stadt.

Unter dem Motto Mensch.Natur.Stadt. lädt die Umweltstation Ingolstadt alle Menschen aus Ingolstadt und Umgebung ein, Natur und Nachhaltigkeit zu erleben, sich für ein nachhaltiges Lebensumfeld einzusetzen und gemeinsam das Zusammenleben in der Stadt zu gestalten. Inhaltliche Schwerpunkte sind Biodiversität im städtischen Umfeld, globale Gerechtigkeit, nachhaltige Lebensstile, Kunst und Natur, sowie Vernetzung.



Umweltminister Thorsten Glauber mit den neuen Trägern des Qualitätssiegel „Umweltbildung.Bayern“. Bild: STMUV

Schwerpunkt Erwachsenenbildung

Die seit 2022 bestehende Umweltstation Kitzinger Land, Marktsteft, zeichnet sich durch ihr sehr vielfältiges Angebot an Bildung für nachhaltige Entwicklung und Umweltbildung aus. Die Umweltstation nimmt alle Zielgruppen in den Blick, richtet jedoch einen Schwerpunkt auf die Erwachsenenbildung. In der Ausgestaltung ihres Angebots bezieht sich die Umweltstation Kitzinger Land auf ihr Bildungskonzept, hier insbesondere das formulierte BNE-Leitbild und das pädagogische Konzept.

Juliane Wellmann ist Naturpädagogin und Waldbaden-Expertin, die Menschen mit ihrem Projekt Janes Nature, Hafenlohr (Spessart) dabei unterstützt, eine tiefere Verbindung zur Natur zu finden und achtsam mit sich und der Umwelt umzugehen. Ihre Angebote – von Waldbaden über Natur- und Umweltpädagogik bis hin zu Aktionen rund um Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) – schaffen inspirierende Naturerlebnisse, die Entspannung, Wissen und nachhaltiges Handeln fördern.

Als ganzheitlicher BNE-Lernort, der in einem Netzwerk mit anderen Lernorten agiert, sieht sich die naturindianer-kids gUG, München. Sie entwickelt und führt in der Landeshauptstadt Ferienbetreuungsmaßnahmen nach den Standards einer Bildung für nachhaltige Entwicklung für Kinder von 5 bis 12 Jahren durch. Zudem betreibt sie einen Natur-Hort und einen Naturkindergarten, in deren Konzeptionen die BNE als tragender Bildungsansatz verankert ist. Darüber hinaus wird ein zukunftsgerichtetes, innovatives BNE-Konzept für Ganztagsschulen entwickelt und etabliert, dass die gezielte Förderung der Schlüssel- und Gestaltungskompetenzen der Schülerinnen und Schüler zum Ziel hat. Auch steht die Qualifizierung von Fachpersonal durch Fort- und Weiterbildungen im Bereich nachhaltige Entwicklung und Outdoorpädagogik in der naturindianer-Akademie im Vordergrund. **DK**

Umweltmesse Landshut 2025:

Blick in die Zukunft der Nachhaltigkeit

Auch die 16. Auflage der Landshuter Umweltmesse in der Sparkassen-Arena und auf dem Messegelände war ein voller Erfolg. Unter dem Motto „Zukunft nachhaltig gestalten“ erwartete die zahlreichen Besucher ein vielfältiges Programm rund um die Themen Umwelt- und Klimaschutz, nachhaltige Technologien sowie regionale Erzeugnisse. Veranstaltet wurde die Messe von der LA-umwelt gemeinnützige GmbH, die mit ihrem Fokus auf Umweltbildung und nachhaltige Lebensweisen eine Brücke zwischen Experten, Unternehmen und Verbrauchern schlägt.

Seit ihrer Gründung im Jahr 2006 hat sich die Landshuter Umweltmesse als eine der bedeutendsten Plattformen für Nachhaltigkeit und Umweltbewusstsein in der Region etabliert. Neben einer umfassenden Informationsplattform bot die Messe praxisnahe Erlebnisse, die nachhaltige Lösungen greifbar machten.

Auch die 16. Auflage der Landshuter Umweltmesse zeichnete sich durch ihre einzigartige Kombination aus Informationsplattform, Markt für nachhaltige Alternativen und interaktivem Lernort aus. Sie brachte Verbraucher mit engagierten Unternehmen, Umweltorganisationen und Fachleuten zusammen, die innovative Lösungen präsentierten. Thematisch setzte man klare Schwerpunkte auf zukunftsweisende Bereiche wie nachhaltiges Bauen und Wohnen, erneuerbare Energien, umweltfreundliche Mobilität sowie gesunde Ernährung und bewussten Konsum. Besucher erhielten Einblicke in neueste Entwicklungen, konnten rund 90 Fachvorträge renommierter Experten sowie Workshops, Vorführungen und Seminare verfolgen und nachhaltige Produkte in Aktion erleben.

Interaktive Formate

Besonders hervorzuheben ist das Umweltbildungsprogramm für Schulen, das praxisorientierte Module anbot. Kinder lernten beispielsweise, wie Bienenwachskerzen hergestellt werden, welche Vorteile eine naturnahe Ernährung bietet oder wie Photovoltaikanlagen funktionieren. Interaktive Formate wie das Abfallwirtschaftsquiz „Wer wird MÜLLionär?“ oder der „Pfannkuchenweg“, der die Entstehung eines Pfannkuchens von der Rohstoffgewinnung bis zum fertigen Produkt veranschaulichte, vermittelten Wissen auf spielerische Weise.

„LA-Arena“

Zum ersten Mal waren Stadt und Landkreis Landshut gemeinsam mit einer „LA-Area“ vertreten. Damit wurde die „geballte Landshut-Power“ in der Live-Box der Sparkassen-Arena präsentiert: seitens der Stadt etwa mit zwei jeweils fünf mal drei Meter großen Leinwänden, auf denen das mittlerweile umfangreiche Filmmaterial über Landshut - beispielsweise der Imagefilm der Stadt oder die Filme zu den Extremsportprojekten - gezeigt wurde. Die Region Landshut wartete unter anderem mit einem neuen Freizeitführer, Informationen und Broschüren zu Freizeitmöglichkeiten und Tourismus sowie zum Wandern und Fahrradfahren auf. Zudem wurden Projekte vorgestellt, die durch das Leader-Förderprogramm der Europäischen Union ermöglicht worden sind.

Nachhaltigkeit – ein Lifestyle

Landshuts Oberbürgermeister Alexander Putz, der neben dem bayerischen Wirtschaftsminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger als Schirmherr agierte, lobte die Umweltmesse als „Leistungsschau“ im Bereich Innovation und Nachhaltigkeit. Besonders überzeuge ihn, dass die Messe praxisbezogene Lösungen biete, ohne die Wirtschaftlichkeit zu vernachlässigen. Auch zeige die Umweltmesse mit ihren smarten Produkten, dass Nachhaltigkeit mittlerweile zu einem Lifestyle geworden sei. **DK**



Alles im Blick auf der Werksausstellung. Bild: Lindner Traktoren

Großes Interesse an neuen Lindner-Modellen und Frühjahrsaktion

Rund 3.000 Besucherinnen und Besucher aus Österreich, Süddeutschland, Südtirol und der Schweiz nutzten die Gelegenheit, um sich bei der Frühjahrs-Werksausstellung des Tiroler Traktoren- und Transporterherstellers Lindner über die neuesten Innovationen sowie die Frühjahrsaktion 2025 zu informieren.

Technik, Testfahrten und Topangebote: Die Frühjahrsausstellung von Lindner rund um das Innovationszentrum war wieder ein Besuchermagnet. „Das Motto der Werksausstellung lautete ‚Wendig ins Frühjahr‘. Viele Lindner-Fans nutzten die Gelegenheit und testeten Lintrac und Unitrac mit Vierradlenkung gleich im Gelände“, sagt Geschäftsführer David Lindner. Bei den stufenlosen Lintrac-Modellen lenkt die hintere Achse bis zu 20 Grad ein. Das hat Vorteile bei Wendemanövern im Steilhang, beim Mähen oder bei Arbeiten im Stall. Darüber hinaus kann der Traktor am Ende des Feldes in einem Zug wenden und weiterarbeiten. Bei der Frühjahrsaktion gibt es die 4-Rad-Lenkung zu allen Neubestellungen kostenlos. Für Modelle ohne 4-Rad-Lenkung wartet Zusatzausrüstung im selben Wert. Das Angebot gilt bis 30. Juni 2025 in Verbindung mit der Preisliste 01-2025.

Aus nächster Nähe konnten sich die 3.000 Besucherinnen und Besucher von den aktuellen Lindner-Neuheiten überzeugen: vom geschalteten Lintrac 65 LS über den stufenlosen Lintrac 70 LDrive bis zum Profi-Transporter Unitrac 122 LDrive Pro. Für großes Interesse sorgten außerdem die Top-Vorführer mit Preishammer-Angeboten – das sind hochwertige Maschinen mit wenigen Betriebsstunden, die zu besonders günstigen Preisen zu haben sind.

Einblicke in die Produktion

Fixpunkte der Lindner-Werksausstellungen, die im Frühjahr und im Herbst stattfinden, sind die Werksführungen. In diesem Rahmen bekamen die Gäste auch dieses Mal fundierte Einblicke in die Herstellung der Lindner-Modelle und erfuhren u.a., wie aus mehr als 2.400 Einzelteilen ein einsatzbereiter Lintrac entsteht. ❐

Weilheim freut sich überZuwachs im Fuhrpark:

Unimog bringt Licht ins Dunkel

Der Landkreis Weilheim erweitert seinen Fuhrpark mit einem Unimog U535. Da auch die Straßenmeisterei einen Mercedes-Benz Geräteträger hat, sind ab sofort zwei leistungsstarke Unimog im Einsatz, um die Straßen sicher und gepflegt zu halten.

Da es sich um identische Fahrzeuge handelt, können sie beide mit den vorhandenen Anbaugeräten ausgestattet werden, um Grünpflegearbeiten an Straßenrändern zu übernehmen oder im Winterdienst zuverlässig Schnee zu beseitigen.

Die Entscheidung für die große Baureihe fiel aufgrund des hohen zulässigen Gesamtgewichts von 16,5 Tonnen sowie der kraftvollen 354 PS starken Motorisierung leicht. Ein besonderer Einsatzzweck des Unimogs ist das Reinigen von Tunneln. Hier überzeugt das Fahrzeug mit einer leistungsstarken Beleuchtung, die dem Fahrer eine optimale Sicht auf die Arbeitsumgebung bietet. ❐



V.l.: Hans Bernhard, Anton Andrä, Christian Gerold, Andreas Schmid. Bild: Henne Nutzfahrzeuge

Langjährige Forderung wird umgesetzt:

Zentraler Fahrzeugkauf für die Feuerwehr möglich

Bayerns Feuerwehren können künftig gemeinsam neue Fahrzeuge kaufen. Das spart Geld wie Verwaltungsressourcen – und ist bei gemeinsamen Einsätzen mehrerer Feuerwehren äußerst hilfreich. „Damit wird eine langjährige SPD-Forderung endlich umgesetzt“, freut sich die innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Christiane Feichtmeier. „Unsere Feuerwehren müssen möglichst effizient funktionieren, damit sie sich auf ihre wichtige Arbeit konzentrieren können.“

Aktuell plant das Bayerische Innenministerium ein Pilotprojekt, bei dem erstmals ein gängiger Fahrzeugtyp zentral vom Freistaat bestellt werden soll. Das geht aus der Antwort auf eine Anfrage des Parlamentarischen Geschäftsführers der SPD-Fraktion, Volkmar Halbleib, hervor. Der unterfränkische Abgeordnete hatte wissen wollen, ob die Staatsregierung derartige Sammelbestellungen auch für sinnvoll hält und ob es bereits konkrete Pläne gibt. „Was lange währt, wird endlich gut“, resümiert Halbleib. „Es ist besser, Bestellungen zu bündeln und zentral zu organisieren. Das entlastet die Feuerwehren und damit letztlich die Kommunen.“

Denn bisher muss sich jede Kommune einzeln mit dem Kauf neuer Feuerwehrautos beschäftigen, was umständlich und teuer ist. Für das jetzige Pilotprojekt müssen personelle und finanzielle Ressourcen beim Freistaat bereitgestellt werden. Eine Investition, die sich nach Einschätzung der SPD auf jeden Fall auszahlt. ❐



Stefan Schelle, Präsidiumsmitglied Bayerischer Gemeindetag und Bürgermeister Oberhaching, Hermann Gahr, Obmann Forum Land, Mag. David Lindner, Geschäftsführer Traktorenwerk Lindner, Landeshauptmann-Stellvertreter ÖR Josef Geisler, Land Tirol, Karl-Josef Schubert, Präsident Tiroler Gemeindeverband und Andreas Schatzer, Präsident Südtiroler Gemeindenverband. Bild: Lindner

Kommunalforum Alpenraum:

Die Energiewende findet statt

Bei der 10. Auflage des Kommunalforums Alpenraum im Lindner-Innovationszentrum in Kundl drehte sich alles um die Frage, wie die Gemeinden die Energiewende mitgestalten können. Die zentrale Botschaft: Die Kommunen haben eine wichtige Vorbildfunktion.

Alle Experten beim 10. Kommunalforum Alpenraum in Kundl waren sich einig: Die Energiewende ist in vollem Gange. Tirols Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler skizzierte in seiner Eröffnung die Eckpunkte auf dem Weg zur Energieautonomie 2050 und betonte: „Unabhängigkeit sowie leistbare und sichere Energie sind wichtig für die heimische Wirtschaft."

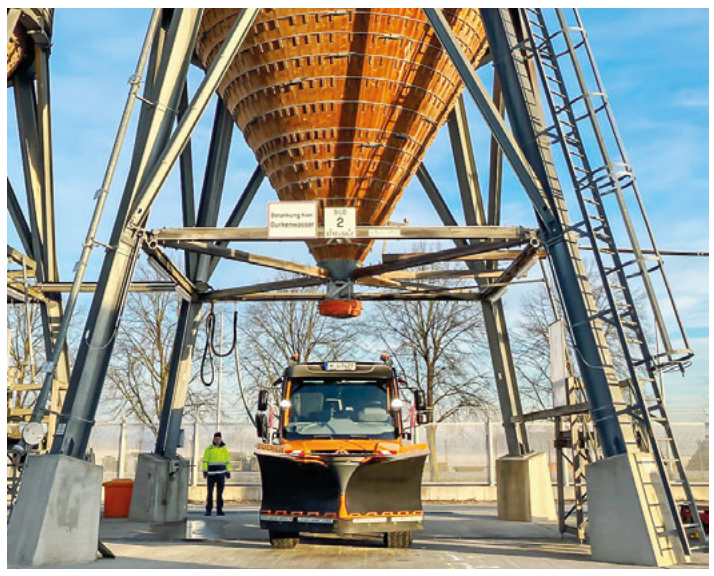
Wie können die Gemeinden die Energiewende aktiv mitgestalten? „Der wichtigste Hebel, den die Gemeinden haben, ist die Bewusstseinsbildung. Gemeinden können gute Vorbilder sein", sagte Franz Angerer, Geschäftsführer der Österreichischen Energieagentur, in seinem Impulsvortrag. TINEXT-Geschäftsführer Andreas Burger präsentierte in seinem Vortrag ganz konkrete Lösungen aus der Praxis: von Fernwärme über Photovoltaik bis zu Wasserstoff. „Fernwärme ist ganz wesentlich, um die Energiewende voranzutreiben. Darüber hinaus eignet sich der hochalpine Raum hervorragend für die Nutzung von Photovoltaik."

Finanzierung als Herausforderung

In der abschließenden Talkrunde mit den Präsidenten Andreas Schatzer (Südtiroler Gemeindenverband) und Karl-Josef Schubert (Tiroler Gemeindeverband) sowie Hermann Gahr (Obmann Forum Land) und Stefan Schelle (Präsidiumsmitglied Bayerischer Gemeindetag) wurde über die konkreten Herausforderungen der Kommunen diskutiert. „Man kann als Gemeinde mit der Energiewende viel Geld sparen. Darüber hinaus bringt Energieeffizienz einen Standortvorteil. Allerdings fehlt den Gemeinden oft das Investitionskapital", so Schubert. Hermann Gahr ergänzte: „Am Ende des Tages müssen sich Investitionen in die Energiewende rechnen." Stefan Schelle forderte von der Politik mehr Verlässlichkeit bei den Rahmenbedingungen, vor allem bei langfristigen Vorhaben. Andreas Schatzer unterstrich den Wert von Kooperationen zwischen den Gemeinden, zum Beispiel wenn es um die Errichtung von Heizwerken geht.

Gemeinsam für starke Gemeinden im Alpenraum

Das Kommunalforum Alpenraum ist eine Initiative des Tiroler Fahrzeugherstellers Lindner und hat das Ziel, die Gemeinden in den alpinen Regionen zu vernetzen und gemeinsam an Lösungen für die Zukunft zu arbeiten. Partner 2025 waren der Österreichische Gemeindebund, der Südtiroler Gemeindenverband, der Tiroler Gemeindeverband, der Bayerische Gemeindetag, Forum Land und TIWAG-Next Energy Solutions GmbH. Medienpartner sind die Tiroler Tageszeitung, Bauhof-online und die Bayerische GemeindeZeitung. Weitere Informationen unter www.kommunalforum-alpenraum.eu ❐



Gurkenwassertankstelle am Flughafen München. Bild: Henne Nutzfahrzeuge

Gurkenwasser gegen Bodenfrost

Nachhaltiger Winterdienst am Flughafen München mit Henne Nutzfahrzeuge

Der Winterdienst steht vor einer Herausforderung: Einerseits müssen Straßen und Wege sicher gehalten werden, andererseits belasten traditionelle Streumittel wie Trockensalz die Umwelt. Eine innovative Lösung wird nun am Flughafen München getestet – Gurkenwasser als nachhaltige Alternative zu Streusalz. Mit Unterstützung von Henne Nutzfahrzeuge und moderner Streutechnik wird diese umweltfreundliche Methode nun großflächig erprobt.

Unimog im Einsatz

Um die Wege und Zufahrtsstraßen eisfrei zu halten, setzt der Flughafen München auf einen Unimog aus dem Mietpark von Henne Nutzfahrzeuge. Das Fahrzeug ist mit einem Ecotech-Streuer ausgestattet, der speziell für den Ausbringung von Flüssigstreumitteln entwickelt wurde. Die verwendete Gurkensole hat mehrere Vorteile:

- Bessere Haftung auf der Fahrbahn als herkömmliches Streusalz, das leicht verweht wird.
- Effektive Enteisung bis zu Temperaturen von -18 °C.
- Umweltfreundlich, da biologisch abbaubar und ressourcenschonend.
- Kosteneffizient, da es ein Nebenprodukt der Lebensmittelindustrie nutzt.

Von der Gewürzgurke zum Winterdienst-Mittel

Die Idee, Gurkenwasser als Streumittel einzusetzen, geht auf ein Pilotprojekt der Bayerischen Staatsbauverwaltung und der Firma Develey aus dem Jahr 2019 zurück. Hierbei wird das überschüssige Wasser aus der Gewürzgurkenproduktion aufbereitet und der Salzgehalt von ursprünglich 7 auf 21 Prozent erhöht. Aus 1.000 Tonnen Gurkenwasser entstehen so 1.100 Tonnen Salzsole, die im Winterdienst zum Einsatz kommen.

Nachhaltige Alternative mit großem Potenzial

Mit der erfolgreichen Einführung am Flughafen München und dem Einsatz moderner Fahrzeuge von Henne Nutzfahrzeuge könnte das Gurkenwasser-Konzept auch für andere Kommunen und Infrastrukturbetreiber eine interessante Alternative zum klassischen Winterdienst darstellen. Die Zusammenarbeit zeigt, dass Innovationen in der Fahrzeugtechnik und nachhaltige Konzepte Hand in Hand gehen können – für eine umweltfreundliche und gleichzeitig sichere Winterdienstlösung. **CH**

demopark 2025:

Effizienter Ganzjahreseinsatz bei Kommunaltraktoren im Käuferfokus

Knappere Budgets und begrenzte Personalkapazitäten, wachsender Aufgabenumfang und E-Mobilität – kommunale Bauhöfe und Betriebshöfe öffentlicher Einrichtungen sehen sich mit immer größeren Ansprüchen konfrontiert. Mit welcher Technik können diese Herausforderungen optimal bewältigt werden?

Antworten hierauf liefern die mehr als 400 Aussteller der demopark vom 22. bis 24. Juni 2025 in Eisenach. Auf Europas größter Freilandausstellung für die Grüne Branche werden der Stand der Technik sowie die Neuheiten für alle Arten von Pflegeaufgaben in Kommunen, auf öffentlichen Straßen, Wegen und Parks sowie für die Gewässer-, Landschafts-, Golfplatz- und Friedhofspflege und den Winterdienst gezeigt.

Optimaler Überblick über neueste Kommunaltechnik

Die demopark bietet eine optimale Plattform, um sich einen Überblick über die bereits vielfältigen Angebote der Hersteller von Nutzfahrzeugen, Kompakttraktoren sowie Rad- und Teleskopladern mit Elektroantrieb zu verschaffen. Gerade in diesem Bereich sind auf der demopark 2025 interessante Neuheiten zu erwarten.

Das gilt ebenso für Traktoren und Geräteträger mit konventionellen Dieselmotoren, die mit alternativen Treibstoffen wie dem HVO 100, einem biogenen Kraftstoff aus Reststoffen, betrieben werden können. Immer mehr Hersteller bieten ihre neuen Fahrzeuge für den kommunalen Einsatz von vornherein mit der Freigabe für HVO 100 an. Auf diesem Wege können Bauhöfe und Dienstleister auch dann einen Beitrag zur Reduzierung der CO2-Emissionen leisten, wenn sie nicht mit einem Fahrzeug mit Elektroantrieb arbeiten können.

Entscheidend ist, dass die optimale Arbeitserledigung sowohl den gesamten Arbeitstag als auch über das ganze Jahr hinweg und insbesondere beim Winterdienst gewährleistet werden kann. Hierfür müssen Kommunen und ihre Dienstleister bei der Investitionsentscheidung die jeweilige Aufgabenstruktur im Blick haben.

Einsatzstruktur entscheidet über Antriebsart

Zunächst gilt es den Blick auf das Einsatzgebiet zu richten. Wo muss gearbeitet werden? Welche Wegstrecken sind bis zum Einsatzort zurückzulegen und welche Arbeiten sind mit welcher Einsatzdauer zu erledigen? Wie hoch ist dabei der Kraftanspruch? Wie breit darf das Trägerfahrzeug sein, um auf Fußwegen oder in Parks fahren zu können? Gibt es zusätzliche Restriktionen, beispielsweise bezüglich der Lärmemissionen.

Durch die genaue Analyse der zu erledigenden Aufgaben kann festgestellt werden, welche Fahrzeugart – Traktor, Geräteträger oder Nutzfahrzeug, Radlader, Teleskoplader, Bagger oder Sondermaschine – in Frage kommt und welche Motorleistung beim jeweiligen Fahrzeug gefordert ist. Erst dann kann eine fundierte Entscheidung zur Frage, mit welchem Antrieb der ausgewählte Fahrzeugtyp die Arbeiten zuverlässig und kosteneffizient erledigen kann, getroffen werden.

Entlastung des Fahrers zunehmend wichtiger

Ein weiterer wichtiger Faktor, der maßgeblich für innovative Neuheiten auf der demopark 2025 sein wird, ist die Entlastung des Fahrers von Routinetätigkeiten in der Gerätesteuerung. Dies erfolgt beispielsweise durch moderne digitale Steuergeräte mit Bildschirm und Joystick sowie die digitale Dokumentation der erledigten Arbeiten.

Neue Fahrerkabinen, auch bei kleineren Geräteträgern und Radladern, sorgen zudem für zusätzlichen Arbeitskomfort, eine bessere Übersicht über die Arbeitsgeräte und insgesamt für mehr Sicherheit bei der Arbeit an Straßen und in öffentlichen Bereichen. ❐



Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-110, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490–0, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, E-Mail: info@kurt-herold.de, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, E-Mail: verkauf@klmv.de, www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...



Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Als Erste Bürgermeisterin der Stadt Kronach, die rund 17.000 Einwohner zählt, beantworte ich gerne Ihre Fragen.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Ich habe mein Amt als hauptamtliche Erste Bürgermeisterin im Jahr 2020 angetreten.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Vor meiner Tätigkeit als Bürgermeisterin war ich als Diplom-Ingenieurin (FH) tätig.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Angela Hofmann

Erste Bürgermeisterin der Stadt Kronach

Mein Antrieb war es, aktiv zur positiven Entwicklung meiner Heimatstadt Kronach beizutragen und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger direkt zu vertreten. Kronach ist eine lebens- und liebenswerte Stadt, die Tradition und Moderne vertritt. Ich sehe viel Entwicklungspotenzial in meiner Heimat und setze mich intensiv für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt ein.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Durch meine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit, unter anderem als Vorsitzende der Volkshochschule Kreis Kronach e.V. sowie als Kreisrätin, 2. Bürgermeisterin und CSU-Ortsvorsitzende, konnte ich wertvolle Erfahrungen sammeln, die mich auf das Bürgermeisteramt vorbereitet haben.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Zu Beginn meiner Amtszeit standen wir vor der Aufgabe, die Verwaltung zu modernisieren und die Bürgerbeteiligung zu stärken, um den Anforderungen einer modernen Stadt gerecht zu werden. Auch das Thema Corona hat mich zu Beginn meiner Amtszeit beschäftigt. Wir sind gestärkt aus Herausforderungen hervorgegangen und als Team in der Stadtverwaltung gemeinsam gewachsen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan? Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Aktuell beschäftigen wir uns intensiv mit der Digitalisierung der Verwaltung, der Förderung von Bildungsangeboten und der nachhaltigen Stadtentwicklung. Zukünftig möchten wir den sozialen Zusammenhalt weiter stärken und innovative Projekte zur Steigerung der Lebensqualität umsetzen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Engagieren Sie sich frühzeitig in verschiedenen Bereichen, sammeln Sie vielfältige Erfahrungen und hören Sie stets auf die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger. Authentizität und Transparenz sind die Schlüssel zum Erfolg. Dabei ist es entscheidend, im demokratischen Prozess immer fair und ehrlich miteinander umzugehen.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Durch regelmäßige Bürgerversammlungen, Workshops und Sprechstunden fördern wir den Dialog und die Partizipation aller Beteiligten. Offene Kommunikation ist für mich von großer Bedeutung. Nur wenn alle wichtigen Protagonisten umfassend eingebunden sind, stimmt das Ergebnis.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung wird einen erheblichen Einfluss haben, da sie Prozesse effizienter gestaltet und neue Formen der Bürgerbeteiligung ermöglicht. Wir werden uns sicher auch mit den Möglichkeiten und Grenzen der Künstlichen Intelligenz auseinandersetzen müssen. Unsere soziale und berufliche Zukunft wird auch davon geprägt sein. Eine Idee wäre es, einen Digitalrat zu berufen.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

„Gemeinsam für eine starke Gemeinschaft."

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als Bürgermeisterin, die stets im Dialog mit den Menschen steht und sich für eine lebenswerte und zukunftsorientierte Stadt Kronach einsetzt. ❐

Tagung des niederbayerischen Landkreistags in Hauzenberg:

Neustart jetzt!

Bei der jüngsten Tagung der niederbayerischen Landräte in Hauzenberg (Landkreis Passau) stand die dringende Forderung nach tiefgreifenden Strukturreformen und einer besseren Finanzausstattung der Kommunen im Mittelpunkt. Der Bezirksvorsitzende, Landrat Sebastian Gruber (Freyung-Grafenau), verwies dabei auf die Notwendigkeit, dass die künftige Bundesregierung nicht nur frisches Geld für die Kommunen bereitstellen müsse, sondern auch den politischen Willen zeigen solle, bestehende Standards zu hinterfragen und Bürokratie gezielt abzubauen. Gruber verband diese Forderung mit der allgemeinen Vorstellung einer grundlegenden Staatsreform auf Bundesebene.

Ein aus Sicht der Landräte zentraler Aspekt ist die klare Haltung: „Wer anschafft, muss auch bezahlen." Die Landkreischefs betonten, dass die Bundesgesetzgebung, insbesondere im Bereich der Jugendhilfe, die Landkreise immer wieder mit neuen finanziellen Verpflichtungen belaste, ohne diese ausreichend auszugleichen. Der Passauer Landrat Raimund Kneidinger verdeutlichte diese Problematik mit konkreten Zahlen: Der finanzielle Aufwand für die Jugendhilfe sei innerhalb weniger Jahre von 10 Millionen auf nahezu 26 Millionen Euro gestiegen. Diese erheblichen Ausgaben fehlten nun an anderen dringend benötigten Stellen.

Situation der Krankenhäuser

Ein weiteres zentrales Thema war die Gesundheitsversorgung, insbesondere die Situation der Krankenhäuser. Die Landkreischefs forderten einen unverzüglichen Inflationsausgleich für Kliniken, um die kommunale Trägerschaft in der Gesundheitsversorgung auch weiterhin sicherstellen zu können. Hierbei sollte ein wesentlicher Teil des angekündigten Sondervermögens direkt an die Kommunen fließen, um eine hohe Qualität der Gesundheitsversorgung vor Ort zu gewährleisten. Für die kommunalen Krankenhäuser sei es notwendig, weiterhin auf eine stabile Finanzierung zu setzen.

Abbau unnötiger Regulierungen

Mit Blick auf das Thema Bürokratie wurde auch der Wunsch nach einem Abbau unnötiger Regulierungen geäußert. Niederbayerns Regierungspräsident Rainer Haselbeck erklärte, dass die Behörden selbst den Bürokratieabbau forderten und bereit seien, mit weniger Bürokratie auch mehr Selbstverantwortung zuzulassen. Dies sei ein Schritt in Richtung einer effizienteren und bürgernäheren Verwaltung.

Bayernweite Initiative „HeimatUnternehmen"

Einen zentralen Platz nahm auch ein Projekt ein, das der niederbayerische Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich als „Mutmacher-Initiative" bezeichnete: „HeimatUnternehmen" ist eine bayernweite Initiative, die vom Amt für Ländliche Entwicklung unterstützt wird. In aktuell 13 Regionen begleiten HeimatEntwickler mittlerweile rund 500 HeimatUnternehmer im Freistaat. In Niederbayern umfassen diese Regionen den Bayerischen Wald und die Isar-Inn-Region.

Vernetzung und Unterstützung

Wer sich der Herausforderung stellt, im ländlichen Raum ein Projekt oder eine Geschäftsidee zu verwirklichen, findet bei „HeimatUnternehmen" die Möglichkeit, sich mit Gleichgesinnten zu vernetzen oder gemeinnützige Projekte in der Region zu unterstützen. Je nach Bedarf können HeimatEntwickler passende Projekte beratend begleiten. Die Schwerpunkte liegen unter anderem auf Digitalisierung, Leerstandsmanagement und Dorfentwicklung.

Leerstandsrevitalisierung

Ein besonders erfolgreiches Beispiel ist die Initiative „Freiräume" in Kötzting (Landkreis Cham), die sich ehrenamtlich um die Revitalisierung leerstehender Geschäfte kümmert. In nur zwei Jahren konnten dort sieben von 15 Läden wiederbelebt werden.

Platz für Austausch von kreative Ideen

Auch in Zwiesel (Landkreis Regen) gibt es vielversprechende Entwicklungen: Dort wird am 25. April der Konzeptladen „Neunerlei – Die Stadt ist uns nicht einerlei" eröffnet. Dieser Laden wird für sechs Monate zudem als Begegnungsraum dienen und verschiedene Workshops anbieten. Auch können Besucher am Stadtplatz an zwei Wochenenden im Monat sowie an verkaufsoffenen Sonntagen Produkte von Handwerkern kaufen und sich über kreative Ideen austauschen. **DK**



Bezirketagspräsident Franz Löffler, Kultusministerin Anna Stolz und Thomas Schwarzenberger, Bezirkstagspräsident Oberbayern gemeinsam mit den Schülern der Thea-Diem-Schule. Bild: StMUK

Bayerischer Bezirketag und Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus:

Pooling-Modell für Schulbegleitung soll Regel werden

In der Thea-Diem-Schule in Unterhaching haben Bayerns Kultusministerin Anna Stolz und der Präsident des Bayerischen Bezirketags, Franz Löffler, gemeinsame Empfehlungen zum sogenannten Pooling-Modell unterzeichnet. Das Konzept soll eine effizientere und flexiblere Schulbegleitung für Kinder mit besonderem Förderbedarf ermöglichen und langfristig flächendeckend zum Standard werden.

Die Veranstaltung wurde von Schulleiterin Ricarda Friderichs eröffnet, die die Bedeutung der Thea-Diem-Schule als Bereicherung für die Schulfamilie hervorhob. Besonders betonte sie die Einbindung der Schule in den Fördercampus Unterhaching, der verschiedene Einrichtungen unter einem Dach vereint.

Pooling als Zukunftsmodell der Inklusion

In ihrem Grußwort lobte Ministerin Stolz die Schülerinnen und Schüler für ihren engagierten Auftritt und betonte die Bedeutung der Inklusion. „Das Pooling-Modell bietet mehr Selbständigkeit für die Schüler und bessere Planungssicherheit für die Schulen", so Stolz. Die ersten erfolgreichen Einsätze in Franken seien bereits wissenschaftlich begleitet worden. Langfristig solle das Pooling die Regel werden, denn „die Herausforderungen an den Förderschulen sind hoch."

Personalmangel, steigende Schülerzahlen und die Notwendigkeit neuer Konzepte machten es erforderlich, innovative Lösungen zu entwickeln. Stolz dankte insbesondere Franz Löffler und dem oberbayerischen Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger für ihr Engagement. „Das Ergebnis der Arbeitsgruppen ist gut, aber wir werden in unseren Anstrengungen nicht nachlassen."

Erfolgsmodell mit Herausforderungen

Löffler unterstrich in seiner Rede die Notwendigkeit, den Auftrag zur inklusiven Schule richtig einzuschätzen. „Seit 2009 wissen wir: Ein Lehrer alleine reicht nicht. Schulbegleiter müssen individuell auf jedes Kind abgestimmt sein." Er verwies auf die hohen Kosten von 250 Millionen Euro pro Jahr für die Schulbegleitung und stellte die Frage, ob das System effizienter gestaltet werden könne. „Heute gibt es zwei parallele Systeme: das Schulsystem und die Behindertenhilfe der Jugendämter. Diese müssen besser ineinandergreifen."

Besonders hob er die wissenschaftliche Evaluation hervor, die gezeigt habe, dass derzeit 60 Prozent der Tätigkeit von Schulbegleitern in organisatorische Aufgaben und nicht in die direkte Inklusionsarbeit fließe. Pooling solle Abhilfe schaffen, indem es eine flexiblere und bedarfsgerechte Betreuung ermögliche. Er plädierte für eine Gesetzesänderung, die den individuellen Rechtsanspruch auf Schulbegleitung zugunsten des Pooling-Modells modifizieren würde, ohne dass Kinder benachteiligt würden. „Schwächere dürfen nicht zurückfallen, aber wir müssen Standards überdenken."

Modell mit Vorbildfunktion

Oberbayerns Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger bezeichnete die Unterzeichnung der Handlungsempfehlung als „Tag der Freude". Seit 2018 werde der Übergang zum Pooling erprobt, unter anderem im Modelllandkreis Bad Tölz-Wolfratshausen. Aktuell seien 26 Schulen beteiligt, bis 2026 solle die Zahl auf 32 steigen. „Das Feedback ist positiv, wir wollen weitere Schulen motivieren, sich diesem Weg anzuschließen."

Die Vorteile des Pooling-Modells seien vielfältig: „Mehr Selbständigkeit für die Schüler, bessere Kontinuität und einfachere Organisation in Vertretungssituationen." Die Zusammenarbeit mit den Eltern sei entscheidend, um das Modell erfolgreich umzusetzen. „Pooling fördert nicht nur die Entstigmatisierung, sondern ermöglicht auch eine effizientere Nutzung der vorhandenen Ressourcen."

Eltern und Schule bestätigen positive Erfahrungen

Schulleiterin Ricarda Friderichs zog eine positive Bilanz: „Früher hatten wir sieben verschiedene Dienste, und wenn eine Begleitung ausfiel, war es schwer, Ersatz zu finden. Das Pooling verbessert die Kontinuität und erleichtert Vertretungen. Schulbegleiter sind inzwischen fester Bestandteil der Schulfamilie."

Auch Elternbeiratsvorsitzender von Haas begrüßte das Modell: „Früher gab es viele Probleme, jetzt gibt es mehr Konstanz und Eltern können den Alltag besser organisieren. Entscheidend bleibt: Der Mensch steht im Mittelpunkt, es geht um die Schüler."

Mit der Unterzeichnung der Empfehlungen ist ein weiterer Meilenstein zur landesweiten Umsetzung des Pooling-Modells gesetzt. Kultusministerin Stolz und die Vertreter der Bezirke sehen darin eine Zukunftslösung für die Inklusion in Bayern. Nun muss das Konzept durch gesetzliche Anpassungen und weitere Modellprojekte in der Praxis etabliert werden. **MH**

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Anne-Marie von Hassel,
Inge Metzger
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste
Nr. 59 vom 01.01.2025
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-17

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende
schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Einzigartig in Bayern:

Das Aschauer Heilige Grab

150 bunte Glaskugeln im glanzvollen Spiel

Zum dritten Mal seit 2019, als das damals frisch renovierte Heilige Grab nach Aschau zurückkam, haben nun wieder viele fleißige Helfer die überdimensionalen Bühnenbilder aufgebaut, Beleuchtung installiert und die 150 bunten Schusterkugeln befüllt. In Zusammenarbeit von Pfarrei, Gemeinde, Tourist Info und Heimat- und Geschichtsverein konnte auch in diesem Jahr erneut das Mammut-Projekt gestemmt werden.

Es gilt als eines der schönsten und vor allem vollständig bespielbaren barocken Kulissengräber Bayerns. Die dreigeschossige Szenerie zeigt, typisch für den Zeitgeist theatralisch, goldene Propheten und Engel, düstere Unterwelten und himmlische Architektur. Das Aschauer Heilige Grab ist der ideale Hintergrund für Passionssingen, klassische Konzerte und feierliche Liturgien.

Führungen

Mehr über Geschichte und Geschichten kann man bei den einstündigen Führungen – auch Sonder-Gruppenführungen sind möglich – erfahren. Aschaus Pfarrer Paul Janßen (Dritter von links) freut sich, dass fünf Führer unter der Leitung der Historikerin Martina Stoib M.A. (Zweite von links) sich intensiv vorbereitet haben und das aufgebaute Heilige Grab bei einer ersten Begehung in den vergangenen Tagen erkundeten (siehe Foto). Die Führungen finden sonntags jeweils 13.30 Uhr und mittwochs jeweils um 15.30 Uhr statt. Treffpunkt ist vor der Kirche, Kirchplatz 3. Der Eintritt kostet 8 Euro, Kinder bis 16 Jahre sind frei.

Alle weiteren Veranstaltungen und ausführliche Informationen sind im kostenlosen Sonderfaltblatt zu finden, welches in den Kirchen und in der Tourist Info Aschau i.Chiemgau und Sachrang ausliegt.

Weitere Informationen

Tourist Info Aschau, www.aschau.de, 08052/ 90490. ❐



V.l.: Das Team der Aschauer Hl. Grab Führungen: Michaela Thomas M.A., Martina Stoib M.A., Pfarrer Paul Janßen, Kathrin Thaurer und Peter Plank. Nicht auf dem Foto Dr. Christian Elsen. Bild: H. Reiter

Künstliche Intelligenz in der Verwaltung:

Landkreis Traunstein als Modellregion

Mit einem wegweisenden Projekt treibt der Landkreis Traunstein die Digitalisierung weiter voran. Das ambitionierte Vorhaben unter dem Titel „KI-gestützte Modernisierung" soll dazu beitragen, Verwaltungsprozesse zu optimieren, die Effizienz zu steigern und die Mitarbeiter zu entlasten. Die Finanzierung erfolgt über die sogenannte Fraktionsinitiative der Bayerischen Staatsregierung und umfasst ein Fördervolumen von 480.000 Euro, das für den Zeitraum März 2025 bis März 2026 bereitgestellt wird.

Wie Traunsteins Landrat Siegfried Walch im Rahmen einer Pressekonferenz betonte, setze der Landkreis bereits seit Jahren auf die Digitalisierung seiner Verwaltungsprozesse und sei dabei weit fortgeschritten. Ziel sei es, diesen Weg nun mit der Integration von KI-Technologien weiterzugehen. Die digitale Transformation solle die Arbeit im Landratsamt effizienter gestalten und auch die Interaktion mit den Bürgern verbessern.

Effizienz steigern und Bearbeitung beschleunigen

Ein konkretes Beispiel für den Einsatz von KI ist der Einsatz von Schrifterkennungssoftware, die handschriftliche Anträge automatisch in digitale Form überführt. So müssen die Mitarbeiter diese nicht mehr manuell ins System eingeben und können ihre Zeit stattdessen für anspruchsvollere Aufgaben nutzen. Dies wird nicht nur die Effizienz steigern, sondern auch die Bearbeitung von Anträgen beschleunigen, etwa im Bereich der Auszahlung von finanziellen Hilfen.

Die „KI-gestützte Modernisierung" ist Teil eines umfassenden Projekts, bei dem der Landkreis Traunstein als federführender Antragsteller auftritt. In Kooperation mit der arf GmbH für Organisationsentwicklung aus Nürnberg und einem weiteren, noch auszuwählenden Partnerlandkreis aus Bayern soll die Verwaltung auf ein neues technologisches Niveau gehoben werden. Laut Walch wird durch diese Partnerschaft nicht nur die Digitalisierung vorangetrieben, sondern auch die Möglichkeit geschaffen, von den Erfahrungen anderer Landkreise zu profitieren.

Ein kontinuierlicher Prozess

Landkreischef Walch zufolge ist die Neugestaltung der Verwaltungsarbeit ein kontinuierlicher Prozess, der stets an den aktuellen Stand der Technologie angepasst werden muss. Dabei seien Standardisierung, Digitalisierung und Automatisierung die drei wesentlichen Säulen, die die Modernisierung vorantreiben sollten. Dies soll nicht nur die internen Abläufe optimieren, sondern auch die Beziehung zu den Bürgern stärken und das Vertrauen in die Verwaltung sowie die Demokratie fördern.

Ein weiterer wichtiger Aspekt des Projekts ist die Unterstützung, die der Landkreis Traunstein von der politischen Seite erhält. Der heimische Landtagsabgeordnete Konrad Baur, der sich über die sogenannte Fraktionsinitiative für die finanzielle Unterstützung stark gemacht hat, hob die Vorreiterrolle des Landkreises bei der Digitalisierung hervor und unterstrich, dass die Verwaltung in Traunstein in vielen Bereichen, insbesondere aber im Bausektor, als beispielhaft gelte. Auch wies Baur darauf hin, dass in zahlreichen anderen Regionen zwar von Bürokratieabbau gesprochen werde, aber nur in Traunstein konkrete Schritte unternommen würden, um die Bürokratie abzubauen und Prozesse schlanker zu gestalten.

85 Prozent digital verfügbar

Julian Heigenhauser, Digitalisierungsbeauftragter des Landratsamts Traunstein, erklärte, dass das Amt bei der Digitalisierung „schon gut unterwegs" sei. Aktuell seien etwa 85 Prozent der 575 Dienstleistungen, die laut Online-Zugangsgesetz digital angeboten werden müssen, bereits online verfügbar. Beispiele hierfür seien der Online-Austausch des alten gegen den neuen Führerschein oder die Möglichkeit, ein Auto von zu Hause aus abzumelden. Dennoch, so machte Heigenhauser deutlich, bleibe noch einiges zu tun, um die digitale Verwaltung weiter zu optimieren und noch benutzerfreundlicher zu gestalten. **DK**

Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder:

Förderung für Horte in Taufkirchen, Pfarrkirchen und Geisenhausen

Der Ausbau der Kinderbetreuung für Schülerinnen und Schüler in der Grundschule in Bayern geht voran. Nach Angaben von Bayerns Familienministerin Ulrike Scharf entstehen mit dem Hort am Wald in der Gemeinde Taufkirchen 100, mit dem Kinderhort an der Grundschule in Pfarrkirchen 75 und mit dem Hort in Geisenhausen 50 neue Betreuungsplätze für Grundschulkinder. Der Freistaat unterstützt die drei Kommunen dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 1,35 Millionen Euro.

Laut Scharf ist der Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder die entscheidende familien-, sozial-, wirtschafts- und integrationspolitische Aufgabe. „Familien sollen die Betreuung erhalten, die am besten zu ihrer Lebensrealität passt, um Familie, Beruf und Pflege zu vereinbaren."

Rechtsanspruch tritt 2026 in Kraft

Bereits jetzt besucht mehr als die Hälfte der Grundschulkinder in Bayern ein Angebot am Nachmittag – einen Hort, die offene oder gebundene Ganztagsschule oder eine Mittagsbetreuung. Zum Schuljahr 2026/2027 tritt der Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung von Kindern im Grundschulalter schrittweise in Kraft. „Beim Ausbau der Kinderbetreuung auch im Grundschulalter lässt die Staatsregierung Kommunen nicht allein", betonte die Ministerin. „Wir unterstützen beim Ausbau der Plätze und der Ausstattung finanziell. Im Landesförderprogramm Ganztagsausbau stehen dafür 461 Millionen Euro bereit." **DK**

GZ PINOS WELT



In den letzten Tagen habe ich mir mal wieder eine Kinokomödie aus den 80er Jahren angeschaut. Marianne Sägebrecht in einem Film von Percy Adlon: Rosalie Goes Shopping.

Die Handlung ist schnell erzählt. Die Oberbayerin Rosalie lebt nach ihrer Heirat mit einem GI im trostlosen Stuttgart (Arkansas) und füllt ihre leeren Tage mit hemmungslosem Konsum. Ob man die Verwicklungen nun lustig findet oder nicht, die sich daraus ergeben, dass sich Rosalie die ganzen schönen Dinge, die sie kauft, objektiv nicht leisten kann und deshalb in allerlei Tricksereien verfällt – zwei Sätze in dem Film stechen heraus und sind heute so zutreffend wie damals: Hast Du hundert Dollar Schulden, hast Du ein Problem. Hast Du eine Million Dollar Schulden, hat die Bank ein Problem.

Deshalb sind wohl auch die meisten Experten so gelassen angesichts der eben beschlossenen Verfassungsänderungen. Modifizierung der Schuldenbremse für die Landesverteidigung im umfassenden Sinne, mehr Verschuldungsspielraum für die Länder und ein Sondervermögen für Infrastrukturmaßnahmen im weitesten Sinne plus Energiewende – das hört sich zunächst wie ein Problem an.

Schulden sind der neue Chic!

Aber aufgrund der zeitlichen Streckung und der guten finanziellen Ausgangslage der Republik dürfte sich die Gesamtverschuldung von derzeit ca. 65 v.H. des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf vielleicht 85 oder 87 v.H. steigern. Das verstößt zwar auch gegen die Maastricht-Kriterien, auf die seit den Kanzlerzeiten von Gerhard Schröder ohnehin alle nur pfeifen, ist aber meilenweit entfernt von der Verschuldung Japans mit 261 v.H. vom BIP, den USA mit 122 v.H. vom BIP oder Großbritannien mit 103 v.H. vom BIP. Insgesamt sind 35 von 189 Staaten, für die der Internationale Währungsfonds über zuverlässige statistische Angaben verfügt, mit 100 v.H. oder mehr vom BIP verschuldet. Schulden sind international also chic.

Bei diesen Zahlen mutet es fast rührend deutsch an, wenn bei uns in den Debatten noch gefragt wird, wer denn die vielen neuen potenziellen Schulden einmal zurückzahlen soll. Oder glaubt jemand, Japan könnte die komplette Wirtschaftsleistung von zweieinhalb Jahren jemals zurückzahlen?

Bei diesen Dimensionen geht es darum, ob man die Zinsen aufbringen kann. Wenn ja, bekommt man Geld geliehen, mit dem man auch die Tilgungen für frühere Schulden leisten kann. Wer jetzt den Begriff Schneeballsystem benutzt, hat einen Punkt. Allerdings können Staaten auch mit anderen Mitteln dafür sorgen, dass sie weiter zahlungsfähig bleiben, etwa mit Wirtschaftswachstum.

Noch platter gesprochen: Es kommt nicht drauf an, möglichst wenig Staatsschulden aufzunehmen, sondern diese sinnvoll auszugeben. Und das ist der Punkt, an dem meine Fellhaare leicht ergrauen. Wir können noch so viel Geld in die Bundeswehr zu pumpen versuchen: Wenn wir weiterhin alle Regeln zu öffentlichen Ausschreibungen beachten müssen und jede Beschaffung über 25 Millionen Euro vom Haushaltsausschuss des Bundestages einzeln genehmigt werden muss, werden die ersten nicht schuldengebremsten Panzer nach der Invasion an einen General der neuen Roten Armee übergeben werden. Stichwort: Zu langsam, zu spät.

Das gleiche bei der Infrastruktur. Schnelle, zielgerichtete und rasch umgesetzte Investitionen würden sicher den Wirtschaftsstandort stärken und Wachstum generieren. Aber wenn wir nicht gleichzeitig dafür sorgen, dass nicht weiterhin irgendwelche anonymen, staatsfinanzierten Lobbyverbände sinnvolle Investitionen gerichtlich über Jahrzehnte verhindern können, weil auf einem Grundstück die rotgrün gestreifte Blockiererunke haust, wird auch dieses Geld verpuffen. Zu langsam, zu spät.

Hoffen wir also mal das Beste, dass die neue Regierung nicht nur die Kraft hat, Geld aufzunehmen, sondern auch die doppelte Kraft, Strukturreformen anzupacken. Denn nichts wäre schlimmer, als wenn es nach den Verfassungsänderungen nur noch so ginge, wie Arthur Schopenhauer einst meinte: „Das Geld gleicht dem Seewasser – je mehr man davon getrunken hat, desto durstiger wird man."

Ihr Pino



V.l.: Jürgen Perteck (Menschenfreude e.V.) und Landrat Stefan Rößle bei der Schuleröffnung in Madagaskar. Bild: Perteck

Landkreis Donau-Ries:

Ein Jahr und vier Schulen später

Spenden statt Geschenke zum 60. Geburtstag

Zu seinem 60. Geburtstag am 16. März 2024 verzichtete Landrat Stefan Rößle auf Geschenke und bat stattdessen um Spenden für den Verein „1000 Schulen für unsere Welt", dessen Vorsitzender er ist. Die Resonanz war überwältigend: Dank der großzügigen Spendenbereitschaft kamen 50.000 Euro zusammen – genug, um anstelle einer geplanten Schule gleich vier Schulprojekte zu realisieren.

Ein Jahr später sind alle vier Schulen fertiggestellt und fast alle werden bereits für den Unterricht genutzt. „Ich bin nach wie vor tief bewegt von der unglaublichen Unterstützung, die dieses Geburtstagsvorhaben erfahren hat", erklärt Landrat Rößle. „Es zeigt, wie viel wir bewirken können, wenn wir an eine bessere Zukunft für alle glauben und gemeinsames Handeln danach ausrichten."

Die einzelnen Projekte im Überblick:

• Ruanda: In Kigali-Nyamata entstand in Zusammenarbeit mit dem Verein Menschenfreude e.V. eine neue Schule. Während einer privaten Reise im November 2024 konnte sich Landrat Rößle persönlich ein Bild vom Baufortschritt machen. Die Schule ist inzwischen vollständig fertiggestellt und in Betrieb.

• Madagaskar: In Amparaky wurde eine durch einen Wirbelsturm zerstörte Schule wiederaufgebaut. Die feierliche Eröffnung fand im September 2024 statt, an der auch Landrat Rößle und der projektverantwortliche Verein Menschenfreude e.V. teilnahmen. Auch diese private Reise blieb nachhaltig in Erinnerung – neben dem emotionalen Empfang beeindruckte Landrat Rößle besonders die Wertschätzung der Kinder für mitgebrachte Bleistifte.

• Liberia: In Tarquoi wurde in Zusammenarbeit mit dem Verein Street Child e.V. ein weiteres Schulgebäude errichtet. Das Projekt wurde im Oktober 2024 feierlich eingeweiht. Die lokale Gemeinde beteiligte sich aktiv an der Umsetzung, unter anderem durch die Bereitstellung von Baumaterialien.

• Togo: In Notse wurde mit Unterstützung des Vereins Hilfe für Togo e.V. eine Grundschule errichtet. Die Bauarbeiten sind kürzlich abgeschlossen worden und die feierliche Übergabe an die Gemeinde steht unmittelbar bevor.

Landrat Rößle unterstreicht den Wirkungsbereich des gemeinschaftlichen Engagements: „Vier Schulen später und ein weiteres Jahr älter bin ich vor allem dankbar für die vielen neuen Chancen und Zukunftsperspektiven, die wir nun zahlreichen Kindern in den ärmsten Regionen der Welt ermöglichen. Auf diesen Erfolg zurückblicken zu dürfen, ist für mich wirklich ein großes Privileg." ❐

Regionale Transformationskonferenz in Ingolstadt:

Potenziale gezielt nutzen

Rund 50 Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft trafen sich in Ingolstadt, um zentrale wirtschaftspolitische Themen zu erörtern und Weichen für die Wettbewerbsfähigkeit der Region zu stellen. Die Fortführung der Transformationsnetzwerke und der Einsatz neuer Technologien wie Künstlicher Intelligenz standen ebenso im Mittelpunkt der Diskussion wie eine verstärkte branchenübergreifende Zusammenarbeit sowie die Modernisierung von Verwaltung und Bürokratie. Darüber hinaus wurden Maßnahmen zur Innovationsförderung im Freistaat diskutiert.

Für den Initiator der Veranstaltung, Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, ist die Transformation ein Dauerprozess. „Vom Handwerk bis zur Automobilindustrie müssen wir uns stets anpassen. Wir gehen in die Regionen, um mit den Akteuren vor Ort dafür zu sorgen, dass die Wirtschaftskraft erhalten bleibt und weiter gestärkt werden kann. Jede Region hat dabei ihre eigenen Transformationsbedarfe. Die Verantwortungsgemeinschaft vor Ort muss dabei gemeinsam in eine Richtung ziehen."

Verantwortungsgemeinschaft

Die Akteure sollen sich Aiwanger zufolge als eine Verantwortungsgemeinschaft verstehen, um Herausforderungen wie Fachkräftemangel, drohende Entlassungen oder Digitalisierung gemeinsam zu meistern. „Als Politik sollten wir möglichst wenig mit falschen oder gar ideologischen Vorgaben im Weg stehen und den Unternehmern die Chance geben, die Transformation ihres Produkts so leicht wie möglich zu gestalten", betonte der Staatsminister.

Die wirtschaftliche Lage der Region sei solide, Ingolstadt stehe im Vergleich zu weiteren bayerischen Regionen gut da, hob Aiwanger hervor. Konkret lag die Arbeitslosenquote in Ingolstadt im Jahresdurchschnitt 2024 bei 2,9 Prozent und damit unter dem bayerischen Durchschnitt von 3,7 Prozent. In den vergangenen zehn Jahren stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region um 14,4 Prozent. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf lag 2022 bei 69.830 Euro, was über dem bayerischen Durchschnitt von 54.007 Euro liegt.

Laut Aiwanger fördert das Bayerische Wirtschaftsministerium in der Planungsregion bereits erfolgreich mehrere zukunftsweisende Projekte. Dazu zählen der IRMA e.V. (Initiative Regionalmanagement Region Ingolstadt e.V.), der mit seinen Fachkräftesicherungsinitiativen einen wichtigen Beitrag zur Transformation der Region leistet, sowie der Technologiepark IN-campus in Ingolstadt, der ein vorbildliches Beispiel für die Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft darstellt. So wird der von der IN-Campus GmbH, einem Joint Venture der Stadt Ingolstadt durch ihr Beteiligungsunternehmen IFG AöR und der AUDI AG geschaffene Technologiepark unter anderem bereits von der VW-Softwareschmiede CARIAD und der Technischen Hochschule Ingolstadt genutzt. Auch wird seit 2020 im Rahmen des KI-Netzwerks der bayerischen Hightech-Agenda der Aufbau eines Fraunhofer Anwendungszentrums an der TH Ingolstadt im Bereich vernetzte Mobilität und Infrastruktur unterstützt.

Wie Ingolstadts neugewählter Oberbürgermeister Dr. Michael Kern erläuterte, stünden die Automobilindustrie und mit ihr die gesamte regionale Wirtschaft vor einer tiefgreifenden Transformation. Dieses heimische Rückgrat gerate ins Wanken, weshalb entschlossenes Handeln nötig sei. Um die Wirtschaftsregion Ingolstadt und Zehntausende von Arbeitsplätzen in der Branche zu sichern, seien politische Lösungen und verlässliche Rahmenbedingungen entscheidend. „Hierbei brauchen Wirtschaft und Kommunen aus München, Berlin und Brüssel Unterstützung. Für diese Unterstützung durch den Freistaat haben wir heute gemeinsam mit den Unternehmen geworben", machte Kern abschließend deutlich. **DK**

Vorschau auf GZ 8

In unserer Ausgabe Nr. 8/2025, die am 10. April 2025 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Energie: Erzeugung · Beschaffung · Speicherung**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung**
- **Kommunaler Bau**
- **Krankenhäuser · Pflegeheime · Rehabilitation**
- **Schulen · Kindergärten · Horte · Spielplätze**
- **Kommunale Museen und Bibliotheken**



Gaben den Weg frei, v.l.: Franz Xaver Peteranderl, Präsident der Handwerkskammer für München und Oberbayern, Messechef Reinhard Pfeiffer, Hubert Aiwanger, Bayerischer Wirtschaftsminister und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Messe München, Andrea Gebhard, Präsidentin der Bundesarchitektenkammer, Messechef Stefan Rummel und Herbert Vanvolsem, 2. Bürgermeister Gemeinde Feldkirchen. Bild: Messe München GmbH

Messe München:

Neue Brücke und Multifunktionsfläche entlasten den Verkehr für Messestadt und Umland

Pünktlich zur Weltleitmesse bauma hat die Messe München eine neue Brücke und eine 5,4 Hektar große Multifunktionsfläche bei Feldkirchen eröffnet. Diese Maßnahmen entlasten bei Großveranstaltungen den Verkehr in der Messestadt Riem und den Umlandgemeinden erheblich.

Die Fläche bietet an bis zu 50 Tagen im Jahr Platz für 300 Busse oder 1.000 Pkw und ist über die Brücke direkt mit dem Messegelände verbunden. Messechefs Reinhard Pfeiffer und Stefan Rummel betonen: „Das ist eine zukunftsweisende Investition in unser Messegeschäft und ein Gewinn für die Region – eine echte Win-Win-Lösung." Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger ergänzt: „Seit über 60 Jahren schlägt die Messe Brücken zu internationalen Märkten. Mit dieser neuen Infrastruktur stärkt sie die bayerische Wirtschaft und Weltleitmessen wie die bauma."

Die Multifunktionsfläche dient nur bei Großveranstaltungen außerhalb der Vegetationszeit als Überlaufparkplatz. Eine neue Rechtsabbiegespur an der Ottendichler Straße erleichtert den Abfluss.

Ökologische Aufwertung

Der Bedarf entstand durch den Ausbau der Messestadt, der bisherige Brachflächen als Parkraum nimmt. Zur bauma (7.–13. April, 630.000 Besucher) zeigt sich der Nutzen erstmals. Ökologisch wurde die ehemalige Ackerfläche aufgewertet: Über 100 Bäume, Laichgewässer und ein 4,5-Meter-Grünstreifen auf der Brücke fördern Amphibien und Biodiversität. Bis 2027 plant die Messe zwei weitere Brücken: Eine Fahrrad- und Fußgängerbrücke über die A94 (Baubeginn Oktober 2025) und eine über die Münchner Straße (zeitlich offen, abhängig von der Umgehungsstraße). Die Gesamtkosten von 21,6 Mio. Euro trägt die Messe selbst. „Wir finanzieren das aus eigener Kraft", so Pfeiffer und Rummel.

Wichtige Punkte

- Verkehrsentlastung: Brücke und Fläche für Großveranstaltungen.
- Ökologie: Grünstreifen, Bäume und Habitate für Artenvielfalt.
- Zukunftspläne: Zwei weitere Brücken bis 2027.
- Wirtschaft: Stärkung der Region und der bauma. ❐

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

ESB ENERGIE SÜDBAYERN

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Fahnen/Arbeitsbekleidung

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Arbeitskleidung
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Fahnenmaste
Vereinsbedarf

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.
LEONET.DE

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www. AKDB .de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektiven Winterdienst
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB